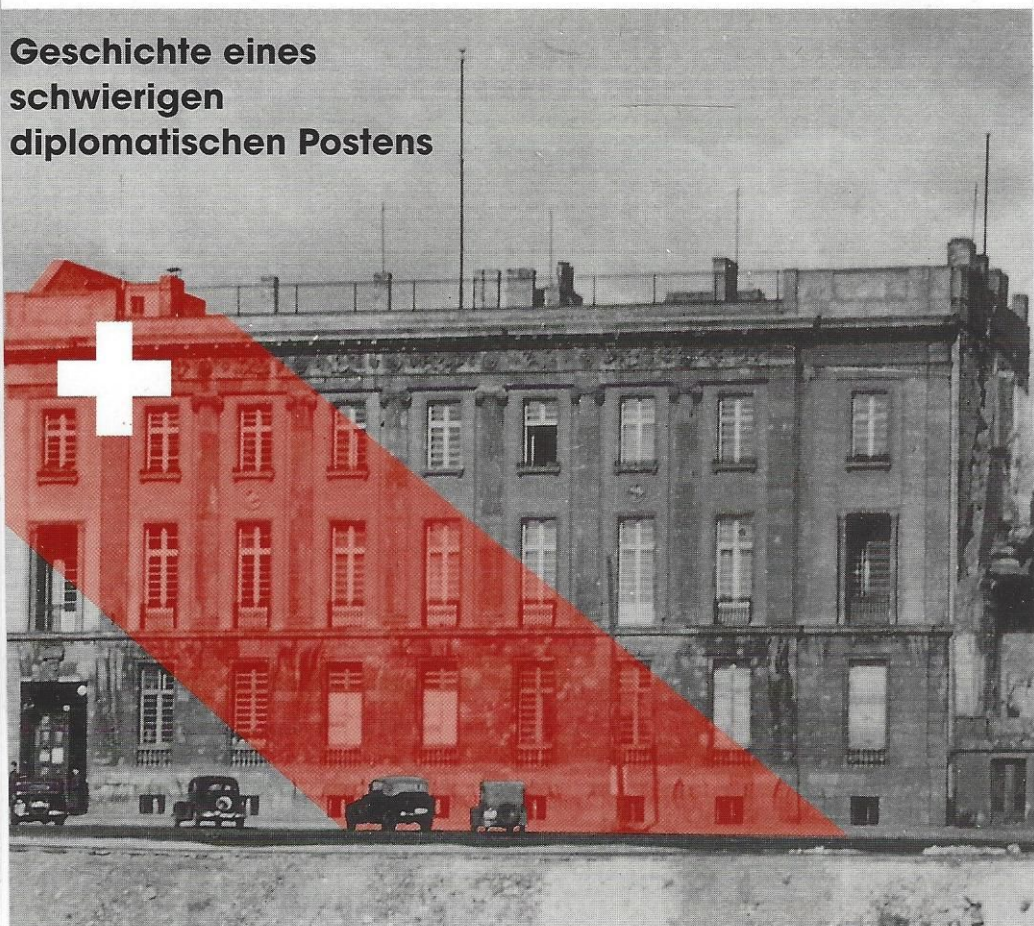


Paul Widmer

Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin

**Geschichte eines
schwierigen
diplomatischen Postens**

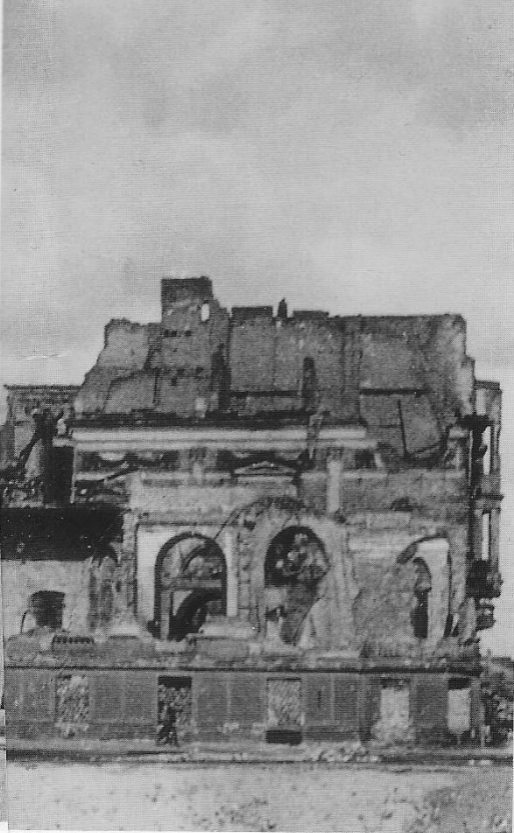


Verlag Neue Zürcher Zeitung

Paul Widmer



Verlag NZZ



Aufnahme um 1948 (Landesbildstelle Berlin)

Exponiert, umstritten, risikoreich – das ist die Geschichte der Schweizer Vertretung in Berlin. Kein anderer diplomatischer Posten war so schwierig wie das Berliner Parkett. Anhand von gründlichen Nachforschungen zeichnet der Autor das Schicksal des berühmten Botschaftsgebäudes im Spreebogen nach.

Lange quälten sich Bundesrat und Parlament, bis sie 1867 einen diplomatischen Posten in Berlin bewilligten. Doch dann gibt es vieles zu berichten: von den Intrigen Bismarcks, die einem Gesandten auf den Magen schlugen, von Minister Dinichert, den der Bundesrat aus Berlin abberief, weil er zu nazifeindlich war, und natürlich von Hans Frölicher, dem umstrittensten Schweizer Diplomaten.

Dramatisch verlief das Kriegsende auf der Gesandtschaft: Vor dem Angriff auf den Reichstag besetzten die sowjetischen Truppen die Schweizer Vertretung, richteten dort ein Divisionshauptquartier ein und führten das diplomatische Personal nach Moskau ab. Nach dem Krieg bezog eine Heimkehrungs-Delegation die ehemalige Gesandtschaft, um Tausenden von Schweizer Flüchtlingen zu helfen. Bald bereiteten die DDR-Behörden massive Schwierigkeiten; einmal versuchten sie sogar, eine Agentin in die Delegation einzuschleusen.



PAUL WIDMER

Jahrgang 1949. Studium der Geschichte und Philosophie an der Universität Zürich. Dr. phil. 1977 Eintritt in den diplomatischen Dienst der Schweiz. Diplomatischer Mitarbeiter der Botschaft in Washington. 1989–1992 Leiter des OSZE-Dienstes im EDA in Bern, seit Oktober 1992 Leiter der Aussenstelle der Schweizerischen Botschaft in Berlin.

Mehrere Buchpublikationen, darunter «Die unbequeme Realität. Studien zur Niedergangsthematik in der Antike» (1983) und «Im Alltogggenburg. Ein Gespräch über Heimat und Tradition» (1995).

Autor und Verlag danken der Kulturstiftung Pro Helvetia für die
Unterstützung dieses Werkes.

© 1997, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich
ISBN 3 85823 683 7

Eingescannt mit ABBYY Fine Reader

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Das Gebäude	11
Ein ehrwürdiges Stadtpalais im Spreebogen	13
Die Kriegswirren überstanden	31
Früher verlassen, nun im Herzen des Regierungsviertels	43
Die Anfänge der Gesandtschaft	49
Mit Ach und Krach eine Schweizer Vertretung	51
Lieber in Glarus als in Berlin: Joachim Heer	62
Eine ständige Vertretung entsteht: Bernhard Hammer	70
Wohlbestallt im Deutschen Reich	83
Appetit- und Schlaflosigkeit wegen Bismarck: Arnold Roth	85
Eine Gesandtschaft mit leiser Gangart: Alfred de Claparède	99
Turbulente Zeiten	123
Ein SBB-Generaldirektor und ein Ständerat als Notlösungen:	
Robert Haab und Philippe Mercier	125
Zwei unverhoffte Todesfälle: Alfred von Planta und	
Gaston Carlin	133
Im Berner Tanzschritt durch die Weimarer Republik:	
Hermann Rüfenacht	142
«Persona non grata» im nationalsozialistischen Deutschland	155
Ein politisch standfester Diplomat: Paul Dinichert	157
Licht und Schatten	171
Persönliche Unzulänglichkeiten und Abberufung	187
Auf dem schwierigsten Posten	195
Der umstrittene Gesandte: Hans Frölicher	197
Politische Berichterstattung aus der Höhle des Löwen	217

Gespanntes Verhältnis zur Schweizer Presse	233
Konzessionsreiche Wirtschaftsdiplomatie	239
Die Gesandtschaft und die Judenverfolgung	248
Bedrohte Schweizer im Dritten Reich	258
Die Schweiz als Schutzmacht in Berlin	264
Schwierigkeiten mit dem Nachrichtendienst – und Edgar Bonjour	272
Merkwürdige Konstellationen in der Nachwelt	287
Weder Sündenbock noch Vorbild	294
Das Kriegsende	301
Auf der Gesandtschaft	303
Abtransport nach Moskau und Heimreise in die Schweiz	320
Kriegsende in Ostpreussen	326
An der ost-westlichen Sektorengrenze	333
Neubeginn mit einer Heimschaffungsdelegation	335
Aus der DDR abgedrängt	354
Vom Generalkonsulat zur Botschaft	375
Anhang	393
Anmerkungen	395
Quellen- und Literaturverzeichnis	423
Liste der Postenchefs	435
Personenregister	441

Vorwort

Eine Schweizer Gesandtschaft hat es in Berlin nie gegeben. Das Wort «Schweizer» ist wohl zu einfach, als dass es der Bundesverwaltung als Adjektiv gefallen könnte. Sie bevorzugt das umständliche «Schweizerisch». Der Titel dieses Buches ist somit fiktiv, aber auch zweckmässig. Er steht für die Schweizerische Gesandtschaft von 1867-1945, er umfasst indes auch jene diplomatischen Nachfolge-Vertretungen, die aus der Trümmerlandschaft des Zweiten Weltkriegs hervorgewachsen sind und sich in unterschiedlichem Gewand dem komplizierten Status von Berlin angepasst haben. Auf das Jahr 2000 wird die Schweizerische Botschaft vollständig von Bonn nach Berlin umziehen. Dann beginnt ein neues Kapitel. Die vorliegende Geschichte führt von den Anfängen der offiziellen Vertretung bis zu diesem, leicht über die Gemarkungen der Gegenwart reichenden Zeitpunkt.

Der Verfasser dieser Zeilen wurde 1992 vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) als Leiter der Aussenstelle nach Berlin geschickt. Er trägt den gleichen Titel wie der erste eidgenössische Vertreter am Preussischen Hof oder der umstrittene Hans Frölicher im Dritten Reich. Dennoch steht er nicht in einer direkten Linie zu seinen Vorgängern. Der Schein trägt, wie so oft, in der Diplomatie. In Wahrheit ist nicht er der Nachfolger der früheren Gesandten, sondern der Botschafter in Bonn. Diesem obliegt die Gesamtverantwortung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland gerade so, wie sie ehemals dem Gesandten in Berlin anvertraut war.

Früher kannte die Schweiz keine höhern Auslandsvertretungen als Gesandtschaften. Botschaften blieben den Grossmächten vorbehalten. Im Zuge der Entkolonialisierung änderte sich dies. Überall entstanden Botschaften. Auch die Schweiz fing Mitte der fünfziger Jahre an, ihre Gesandtschaften in Botschaften umzuwandeln. Heute gibt es keine eidgenössische Gesandtschaft mehr. Der Titel eines Ministers hingegen blieb erhalten. Meistens wird er dem stellvertretenden Missionschef auf einem grossen Posten, also der «Nummer Zwei», verliehen. Der Minister in Berlin ist der Stellvertreter des Botschafters vor Ort. In diesem Buch werden übrigens die Bezeichnungen «Legation» und «Gesandt-

schaft», «Minister» und «Gesandter» oder «Legationsrat» und «Gesandtschaftsrat» gleichwertig verwendet.

Die Berliner Gesandtschaft hat mich vom ersten Tag an, als ich in das Stadtpalais an der Fürst-Bismarck-Strasse einzog, fasziniert. Das Haus und seine Vergangenheit zogen mich in ihren Bann. Keine andere Schweizer Vertretung weist eine derart bewegte Geschichte auf. Aber deswegen vergass ich nicht, dass mein Arbeitgeber mich nicht nach Berlin entsandte, um die Geschichte dieser Vertretung zu studieren. Mein Auftrag lautete vielmehr, als Mitarbeiter des Botschafters in Bonn die Schweizer Landesinteressen in der neu aufstrebenden Hauptstadt unseres wichtigsten Nachbarlandes zu vertreten. Und einige Arbeit stand in der Tat an. Vorerst musste man die Liegenschaft, die über Nacht von einer Randlage West-Berlins ins Herz des neuen Regierungsviertels geraten war, als Besitz der Eidgenossenschaft in die neue Zeit überführen. Sodann oblag es mir, mich, unter Leitung des Botschafters und mehrerer Bundesstellen, um die ortsgebundenen Fragen der Neugestaltung der Botschaft zu kümmern. Das alte Gebäude benötigt eine gründliche Renovation, und die zukünftige Vertretung bedarf, um alle Dienste aus Bonn aufnehmen zu können, eines Anbaus. Da sich die Schweizer Liegenschaft überdies inmitten der grössten innerstädtischen Baustelle Europas befindet, waren auch zahlreiche Besprechungen mit Baufirmen und Baubehörden nötig.

Neben der Bauplanung ging die tägliche Arbeit weiter. Schweizer strömten in der Zeit des Umbruchs in grosser Zahl nach Berlin und Ostdeutschland. Sie engagierten sich als Unternehmer, sie übernahmen Aufträge als Architekten, sie erhielten einen Ruf an Universitäten, sie entfalteten sich als Kulturschaffende. Obschon sich unsere Landsleute selbst zu helfen wussten, schätzten es viele dennoch, wenn ihnen in der Phase des Neubeginns von eidgenössischer Seite einige Kontakte vermittelt wurden. In Berlin entstanden in meinen Amtsjahren ein Schweizerisch-Deutscher Wirtschaftskreis und eine Vereinigung Schweizer Wissenschaftler. Daneben scheute ich mich nicht, mit grössern Veranstaltungen den Berlinern das Schweizer Verständnis von grundlegenden Fragen wie der direkten Demokratie oder dem Zusammenleben verschiedener Sprachgruppen und Kulturen zu erläutern. Auch diskutierten wir auf Veranstaltungen in der Aussenstelle über das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union oder die Beziehungen der Schweizer Schriftsteller zu Berlin.

Wenn ich mich in meiner Freizeit mit der Geschichte der Gesandtschaft beschäftigte, so hatte der Bund daran keinen Schaden genommen. Aber jemand kam schon zu kurz. Es ist dies zuvörderst meine Familie, meine Frau und mein Sohn. Liess mich das Thema nicht nur in den Abendstunden oder an Wochen-

enden, sondern auch in den Ferien nicht los, so konnte es vorkommen, dass meine Frau in unserer gemeinsamen Sprache meinte: «Paul, you are obsessed with this Embassy». Mein erster Dank gilt ihnen für ihr Verständnis.

Als im Herbst 1996 die intensive Debatte über das Verhalten der Schweiz in nationalsozialistischer Zeit ausbrach, hatte ich die einschlägigen Kapitel bereits geschrieben. Aufmerksam und besorgt verfolgte ich, wie die Schweiz ins Kreuzfeuer der Kritik geriet. Natürlich war die Gesandtschaft in Berlin in viele der aufgeworfenen Fragen verwickelt, wenngleich nicht in alle. Bei den Goldtransaktionen etwa spielte sie meines Wissens keine erwähnenswerte Rolle. Dieses und jenes arbeitete ich noch in den Text hinein. Aber viel ist es nicht. Das meiste, was mit grossem Aplomb als Neuigkeit verbreitet wurde, ging nicht über das hinaus, was aus seriösen Publikationen bereits bekannt war. Und die Resultate der Nachforschungen, die im Zuge der Neuaufarbeitung der schweizerischen Aussenpolitik in Auftrag gegeben wurden, stehen noch aus.

Diese Schrift konnte ich nur dank der Hilfe zahlreicher Personen verfertigen. Ihnen allen möchte ich danken, obgleich ich sie nicht namentlich erwähnen kann. Persönlich seien jedoch genannt: Herr Pierre Forestier vom Archivdienst des EDA, Herr Martin Wyss vom Bibliotheksdienst des EDA, Herr Josef Inauen und die Mitarbeiter vom Forschungsdienst der Eidgenössischen Militärbibliothek, Herr Dr. Daniel Bourgeois, Wissenschaftlicher Adjunkt im Schweizerischen Bundesarchiv, Herr Prof. Dr. Klaus Urner, Direktor des Archivs für Zeitgeschichte, ETH Zürich, Herr Chefredaktor Dr. Hugo Bütler, Zürich, Herr Dr. Rainer Blasius, Auswärtiges Amt, Bonn, Frau Dr. Daniela Lülfig, Direktorin der Staatsbibliothek zu Berlin, Herr Michael Bruch, Stellvertretender Protokollchef des Senats von Berlin, Herr General Hans Speidel, Standortkommandant zu Berlin, Herr Willi Kaspar, Bern, Herr Dr. Franz Hammer, Solothurn, Herr Bernard de Claparède, Commungny, Herr Hans-Beat Feer, Volken/ZH, Herr Dr. Max Frölicher, St.-Légier, Herr alt Generalkonsul Ernest Sunier, Grenchen, Herr Dr. Rudolf Wyder, Direktor des Auslandschweizer-Sekretariats, Bern, Herr Dr. Peter Voegeli, Korrespondent, Bonn, Frau Marion Grosse-Holz, Den Haag, und Frau Rita Reber in Berlin.

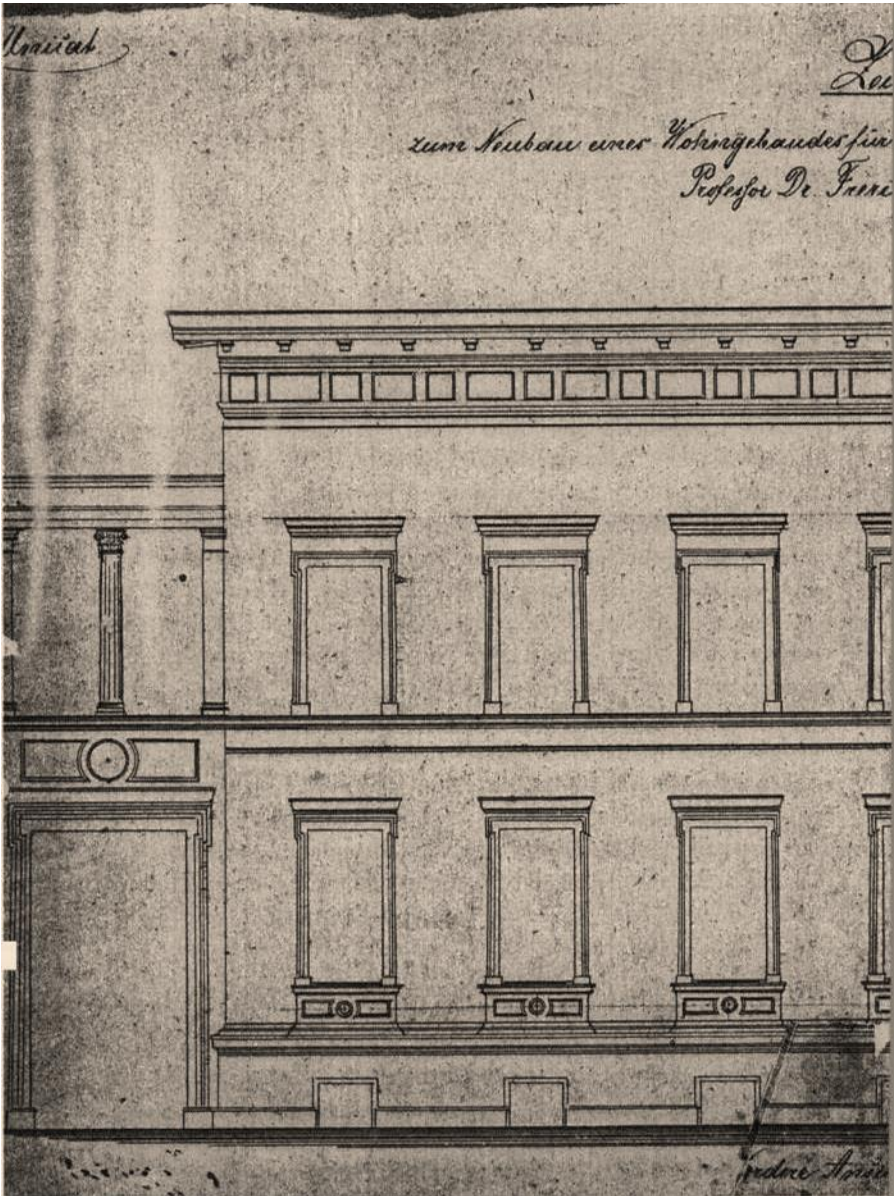
Berlin, im Juni 1997

Das Gebäude

Ein ehrwürdiges Stadtpalais im Spreebogen

Die Extreme sollen sich bekanntlich berühren. Das Schicksal der Schweizerischen Botschaft in Berlin scheint dieses geflügelte Wort zu bestätigen. Wer sich heute dem Gelände im inneren Spreebogen nähert, erkennt nichts als eine riesige Baustelle. Rings um das alte Gebäude wird gebaut: im Westen das neue Bundeskanzleramt, im Norden der Lehrter Bahnhof und zahlreiche Wohnblöcke; dann lenkt man dort auch die Spree in ein provisorisches Flussbett um; im Osten kernt man den Reichstag aus und gestaltet ihn hinter der alten Fassade völlig neu; daneben entstehen neue Bürogebäude für Parlamentarier; im Süden, vor der Haustür der Aussenstelle, heben Bauarbeiter den Grund aus, um eine U-Bahnstation zu bauen, und unmittelbar neben dem Ostgiebel der Botschaft, so nahe, dass die Hausfront abgestützt werden muss, graben sich Bagger in den Sandboden, um den grossen Tiergartentunnel für die Fernbahn, die U-Bahn und die Strasse zu errichten.

Bis im Herbst 1995 herrschte indes über dieser Ecke Berlins eher sanfte Grabesruhe. Einsam und verlassen, erhaben und etwas unheimlich lag die Aussenstelle am Rande des Tiergartens, in der Mitte von Berlin, in einem historisch befrachteten Gebiet, mit dem Reichstag und der Kongresshalle, dem sowjetischen Ehrenmal und dem Brandenburger Tor als entfernten Nachbarn. Es war das einzige bewohnte Gebäude weit und breit. Die nackten Brandmauern des Hauses an der Fürst-Bismarck-Strasse 4 verraten allerdings heute noch, dass es früher in dieser Umgebung anders ausgesehen haben muss. Tatsächlich bezeugt die Schweizer Liegenschaft ganz allein, wie sich das einstige Alsenviertel präsentierte. Ehedem ein Stadtpalais in einer geschlossenen Zeilenüberbauung, war es bis vor Kurzem, wie die Berliner gern sagen, ein Solitär in einer weitläufigen Parklandschaft. In dieser repräsentativen Wohnlage des Tiergartens wohnten früher Adel und Militärs, Diplomaten und begüterte Berliner: die Grafen von Dohna, die Grafen von der Schulenburg, der Graf von Schlieffen, die Henkell von Donnersmarck, Fürst Radziwill, der Vater des Malers Max Liebermann und der Herzog von Ratibor.¹ Auch der Botschafter von Österreich-Ungarn und die Gesandten von Persien, Brasilien, Dänemark, Belgien, Argentinien



Zeichnung von 1870 für den Neubau des Wohngebäudes an der Fürst-Bismarck-Strasse 4. Bauherr: Prof. Friedrich Theodor Frerichs, Hepatologe an der Charite. (Archiv Bezirksverwaltung Tiergarten).

Blatt II

Gebäude Ober Medicinalhalle
Bismarckstraße

J. Fr. Friedrichs
Architekt
1872

N



mit Ludwig

tinien, Serbien und Siam bevorzugten diese Gegend.² Sie alle hatten ihre Vertretungen in diesem Viertel errichtet, genauso wie zahlreiche Multimillionäre. Im Jahr 1913 zählte man nicht weniger als deren zwanzig im berühmten Alsenviertel.³ Theodor Fontane hat diesen Stadtteil in seinem Roman «Der Stechlin» verewigt: Graf Barby, ein aus dem Dienst geschiedener Diplomat, wohnte mit seinen Töchtern und seiner aus den Bündner Bergen stammende Gemahlin, einer geborenen von Planta, im Spreebogen.

Doch die Zeitspanne, in welcher das Alsenviertel als vornehmste Wohnadresse der Hauptstadt galt, war selbst für das schnellebige Berlin kurz bemessen. Kaum hatte sich die Stadt auf dieses Gelände vorgeschoben, rückten Architekten schon mit Plänen für monumentale Repräsentationsbauten auf. Das elegante Palais Raczynski, 1847 erbaut, musste 1883 schon dem Reichstag weichen. An grossartigen Ideen zur Neugestaltung des Alsenviertels und des Königsplatzes, der in der Weimarer Republik in Platz der Republik umbenannt wurde, dann wieder Königsplatz und heute wieder Platz der Republik heisst, mangelte es auch in den folgenden Jahrzehnten nicht. Schon vor Ende des Ersten Weltkrieges plante Martin Mächler – übrigens ein Architekt schweizerischer Abstammung – eine monumentale Nord-Süd-Achse von einem Nordbahnhof an der Invalidenstrasse bis zu einem Südbahnhof in Schöneberg – eine Idee, welche in den nächsten Jahrzehnten durch mehrere Architektenköpfe geistern sollte. In der Weimarer Republik entwarfen Otto Kohtz, Hugo Häring und Hans Poelzig wahnwitzige Projekte für die Neugestaltung des Spreebogens. Diese Entwürfe standen den kühnsten Phantasien, die im jüngsten, von der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin zur Neugestaltung des Regierungsviertels im Spreebogen ausgelobten Wettbewerb eingereicht wurden, in nichts nach.⁴ Schliesslich legte Hitler die Spitzhacke an das Viertel an. Hier wollte er das Zentrum seiner neuen «Welthauptstadt Germania» errichten, und er begann auch ungestüm, seine Pläne ausführen zu lassen. Schönste Stadtvillen wurden Ende der dreissiger Jahre abgerissen. Was sein Architektenteam noch stehen liess, wurde im Zweiten Weltkrieg zerbombt. Innerhalb von weniger als 80 Jahren war das Alsenviertel aus dem Boden gestampft und wieder dem Erdboden gleichgemacht worden.

Doch was war ehemals dort, wo heute die Botschaft steht? Holzplätze an der Spree und ein Exerzierfeld. Vor dem Brandenburger Tor soll das sandigste Exerzierfeld Berlins gelegen haben. Wie es da zu und her ging, beschrieb ein «alter Schweizer und Preussenfreund», der liebenswürdige Toggenburger Garnhändler und Kleinbauer, Ulrich Bräker (1735-1798). Von einem Werbeoffizier überlistet, kam Nabis Ueli gutgläubig nach Berlin; dort wurde er in eine preussische Uniform gesteckt und ins Söldnerdasein bugsiert, bis er im Sieben-

jährigen Krieg in der Schlacht von Lobositz desertieren konnte. In Berlin «gieng's nun», schreibt Bräker in seiner Lebensgeschichte, «alle Tag vor die Thore zum Manövriren; links und rechts avanziren, attaquiren, retiriren, plou-tons und divisionsweise schargiren, und was der Gott Mars sonst alles lehrte.»⁵

Erst Mitte des vorigen Jahrhunderts schob sich die Stadt ins Exerzierfeld vor den Stadtmauern vor. Um die Siedlungsgebiete geordnet zu erschliessen, beauftragte 1839 König Friedrich Wilhelm III. Preussens bedeutendsten Gartenarchitekten, Peter Josef Lenne, einen Bebauungsplan auszuarbeiten. Erste Bauten am östlichen Rand des Königsplatzes entstanden um die Jahrhundertmitte. Eine rege Bautätigkeit setzte jedoch erst nach dem Abriss der Stadtmauern im Jahr 1868 ein, als sich finanzkräftige Berliner ihre Stadtvillen an der Alsen- und Moltkestrasse, am Kronprinzen- und Reichstagsufer sowie an der Bismarck-Strasse, die 1911 in Fürst-Bismarck-Strasse umbenannt wurde, bauen liessen. Das neue Alsenviertel erinnerte mit seinen Strassennamen und der 1873 eingeweihten Siegessäule auf dem Königsplatz mit triumphierender Gebärde an die erfolgreichen Kriege gegen den dänischen König und die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie. In dieses Quartier durfte, so wollte es ein königlicher Erlass, kein Gewerbe einziehen. Es sollte eine exklusive Wohngegend werden – was denn auch geschah. «Nördlich vom Königsplatz», schrieb 1883 ein etwas ungelinker Beobachter, «ist ... der prächtige ‚Alsenstrassenstadtheil‘ errichtet. Das Generalstabsgebäude steht auf dem Terrain des früher ‚königlichen Holzplatzes‘. Bis vor wenigen Monaten erinnerten noch die alten Gebäulichkeiten vom ‚Seegerhof‘ in der heutigen ‚Hindersinstrasse‘ an die frühere Zeit, ... jetzt stehen mächtige Prachtbauten dort. Der Neubau des Reichstags wird die Umwälzung complet machen».⁶

Am 16. März 1870 reichte der Geheime, später: der Wirklich Geheime Obermedizinalrat Prof. Dr. Friedrich Theodor Frerichs ein Gesuch ein, worin er um die Erlaubnis bat, auf seinem Grundstück an der Bismarck-Strasse 4 ein Wohnhaus nebst Stall und Remisengebäude errichten zu dürfen. Der königliche Polizeipräsident forderte ihn auf, eine Zeichnung abzugeben, welche seiner Majestät, dem König, vorgelegt werden könne. Eine Kabinettsordre von 1866 verlangte in der Tat, dass alle Fassadenänderungen in der Umgebung des Königsplatzes wegen der vielen Paraden, die dort abgehalten würden, der Genehmigung durch den König bedürften. Frerichs lieferte Ende des Monats die Zeichnung nach und erhielt am 23. Juni 1870 die Baugenehmigung. Allerdings soll König Wilhelm L, als der den Entwurf sah, den Wunsch geäussert haben, das Gebäude möge dieselbe Höhe aufweisen wie das Nachbarhaus, Alsenstrasse 6, das dem königlichen Kammerherrn Ernst von Bunsen gehörte. Frerichs kam

dem Wunsch nicht nach. Das Grundstück auf der andern Seite, zur Moltkestrasse hin, war auf den Fiskus eingetragen.⁷

Frerichs, 1819 im ostfriesischen Aurich geboren, hatte 1859 einen Ruf an die Charité als Professor für spezielle Pathologie und Therapie erhalten. Mit seinem Werk «Klinik der Leberkrankheiten» hatte er sich einen Namen gemacht. Man nannte ihn auch den Vater der Hepatologie.⁸ Er war einer der geschätztesten Ärzte seiner Zeit. 1884 verlieh ihm der deutsche Kaiser den Adelstitel, und der russische Zar ehrte ihn mit dem Stanislaus-Orden erster Klasse. Kranke aus aller Welt suchten seine Privatpraxis an der Bismarck-Strasse auf. Dostojewski, der sich 1874 in dessen Sprechstunde begeben hatte, notierte: «Diese Leuchte der deutschen Wissenschaft wohnt in einem Palast (buchstäblich). Als ich auf meinen Aufruf wartete, fragte ich einen anderen Patienten, wieviel man Frerichs zahle, und er antwortete mir, dies sei nicht festgelegt, aber er selbst werde fünf Taler geben. Ich beschloss, ihm drei zu geben. Mit jedem Patienten befasste er sich drei, allenfalls fünf Minuten. Mich behielt er nicht länger als zwei Minuten da und berührte lediglich mit dem Stethoskop meine Brust. Danach sprach er nur ein einziges Wort: ‚Ems‘, setzte sich schweigend hin und schrieb zwei Zeilen auf einen Fetzen Papier. ... Ich legte drei Taler hin und ging. Der Weg hatte sich gelohnt.»⁹

Frerichs lebte als hochangesehene medizinische Kapazität eher zurückgezogen. Er blieb lange Junggeselle. Erst 1869, mit 50 Jahren, heiratete er die Pastorentochter Klara Offelsmeyer. In dieser Zeit musste in ihm auch – er war an der benachbarten Roon-Strasse wohnhaft – der Gedanke herangereift sein, ein eigenes Haus zu bauen. An der Bismarck-Strasse hatte er ein vorzügliches Grundstück mit unverstelltem Blick auf die Parkanlagen des Königsplatzes erworben. Als Architekten gewann er Friedrich Hitzig (1811-1881), als Baumeister beauftragte er E. Bergmann vom Hafenplatz. Hitzig, dessen Architektur stark von Schinkel beeinflusst war, baute viele Villen im Tiergarten. Das Alsenviertel prägte er mit mehreren Palais massgeblich. Er gilt als einer der führenden Architekten in der Ära nach Schinkel. Für Frerichs entwarf Hitzig ein klassizistisches Gebäude mit zwei Hauptgeschossen und sechs Hauptachsen, denen er noch eine mit einer Loggia überdeckte Durchfahrt anfügte. Es war ein herrschaftliches Haus mit einer Beletage, mit vier «Zimmern für den Herrn» im Erdgeschoss und einer Dienstwohnung im Keller. Ein markantes, streng geometrisches Fries verdeckte das flachwinklige Satteldach. Die Durchfahrt zur Pferdestallung und Remise – vier Futterkrippen waren vorgesehen – war leicht zurückversetzt, so wie die Fassade heute noch gegliedert ist. Der kleine Garten

zwischen Ostwand und der Liegenschaft an der Alsenstrasse 6 wurde zur Strasse hin von einer halbhohen Mauer mit aufgesetzten Kolonnaden umfriedet. In seiner leichten Eleganz hätte sich das Palais problemlos beispielsweise in die Parklandschaft von Schloss Glienecke gefügt. Dass das Gebäude schon von den Zeitgenossen besondere Beachtung fand, belegt ein Artikel in einer Fachzeitschrift.¹⁰

Frerichs dürfte das Gebäude 1871 bezogen haben. Jedenfalls hatte die Polizeibehörde den Rohbau am 7. Juni abgenommen.¹¹ Der Obermedizinalrat scheint auf eine exklusive Wohngegend sehr bedacht gewesen zu sein. Als das Parlament 1879 darüber debattierte, ob es das östlich des Königplatzes gelegene Palais Raczynski als neuen Standplatz für den Reichstag erwerben sollte, protestierte Frerichs gegen diese Standortwahl.¹² Nach Frerichs Tod im Jahr 1885 erbte seine Witwe die Liegenschaft. In den neunziger Jahren liess sie die Fassade renovieren und kleinere Änderungen auf der Gartenseite anbringen.

Das Haus wechselt 1907 zum ersten Mal den Eigentümer. Der Rentier Dr. Max Esser vom benachbarten Grundstück Alsenstrasse 6 erwarb das Palais. Er dürfte es nicht selbst bezogen haben. Denn als Dr. Erich Kunheim von der Dorotheenstrasse 32 die Liegenschaft am 26. März 1910 kaufte, wohnte der Verkäufer Esser immer noch an der Alsenstrasse 6.¹³

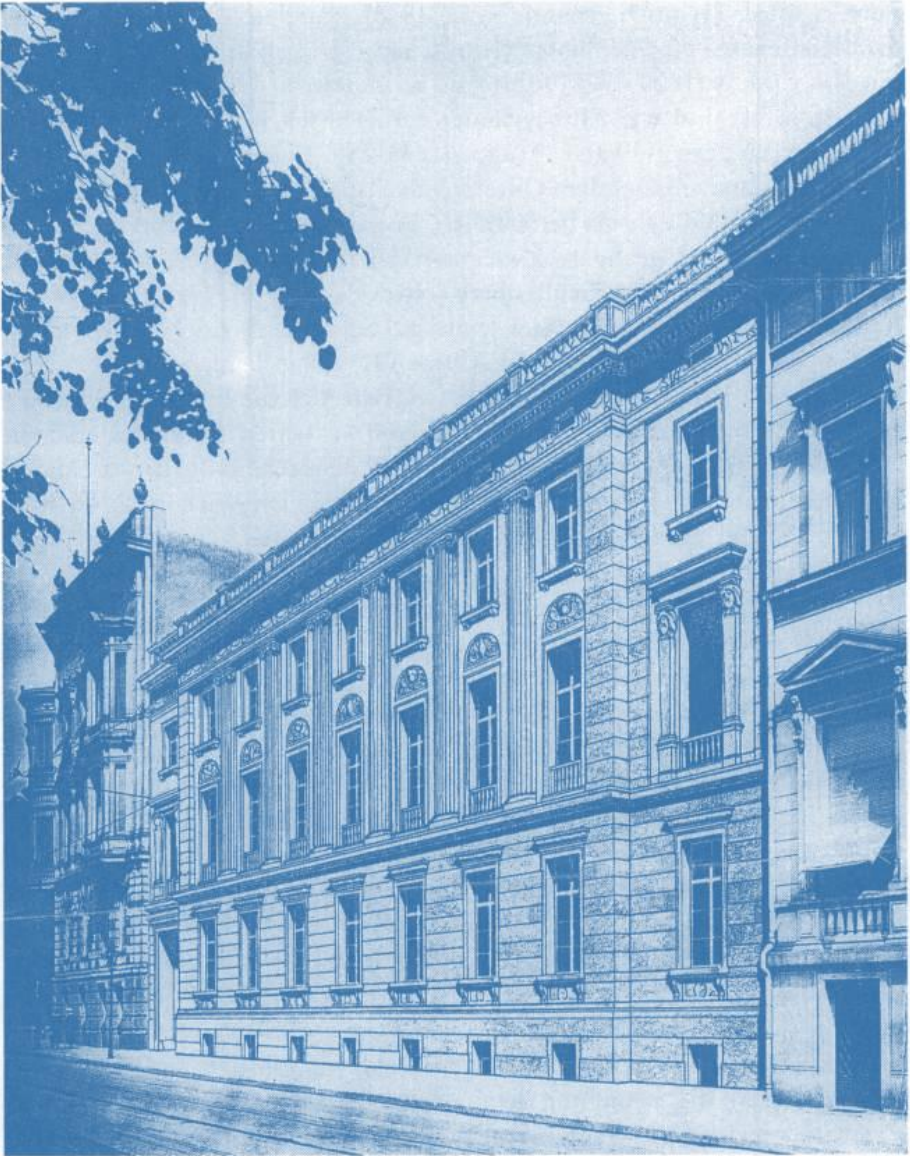
Dr. Erich Kunheim machte das Haus an der Fürst-Bismarck-Strasse zu einem Mittelpunkt der Berliner Gesellschaft. Doch bevor der Fabrikant ins Palais einzog, liess er es in den Jahren 1910/11 umbauen und erweitern. Das Haus bekam das Aussehen, welches es fast unverändert bis heute bewahrt hat. Am 22. Juni 1910 reichte Kunheims Architekt, Paul Baumgarten, ein Gesuch für einen Umbau ein. Kunheim wollte das Gebäude um ein Stockwerk erhöhen und um zwei Achsen nach Osten erweitern, so dass das Gebäude nahtlos an das Nachbarhaus an der Alsenstrasse 6 grenzte. Der Polizeipräsident erinnerte sich, dass für jegliche Änderung der dem Königplatz zugewandten Fassaden die Genehmigung ihrer Majestät einzuholen war. Der Kaiser werde dieses Gesuch, meinte der Polizeipräsident, wohl anstandslos bewilligen, da Wilhelm I. seinerzeit ja schon die Ansicht geäussert hätte, das Frerichsche Haus sollte gleich hoch sein wie die Bauten der Umgebung. Am 17. Oktober 1910 erfolgte die Umbaugenehmigung. Das aufgestockte und erweiterte Palais erhielt obendrauf ein ausgebautes Dachgeschoss mit Flachdach und Balustrade. Das Haus wies nun neun Achsen auf, von denen die beiden äussersten leicht zurückversetzt waren. Der nach hinten angebaute Seitenflügel mit Stallungen und Remise wurde abgerissen und durch ein freistehendes dreigeschossiges Hinterhaus mit Unterkunft für den Kutscher, mit Livreekammer und Besucherzimmer sowie

zehn Standplätzen für Pferde ersetzt. Eine wintergartenartige Glasdecke überwölbte die Hälfte des Hofes zwischen Vorder- und Hinterhaus.

Paul Baumgarten (1873-1954)¹⁴ hatte, als er Kunheims Auftrag bekam, 1909 gerade die Villa Liebermann erstellt. 1914 entwarf er die Villa Minoux, die später als Haus der Wannseekonferenz traurige Berühmtheit erlangen sollte. Am bekanntesten allerdings wurde Baumgarten als Hitlers Theaterarchitekt: Er baute die Deutsche Oper um, das Schiller-Theater und die Berliner Volksbühne. Am Kunheimschen Palais nahm er innen und aussen starke Eingriffe vor. Die Strassenfassade bekam ein streng symmetrisches Aussehen. Über den Muschelkalkquadern des Erdgeschosses erhoben sich nun zwischen den Fenstern ionische Dreiviertelsäulen, die sich bis zum allegorischen Figurenfries unter dem Dach hochziehen. Doch grosse Fensterfronten und eine anmutige Dachbalustrade lockern die klassizistische Strenge auf. Durch die zweiachsige Erweiterung entstand im Erdgeschoss genügend Raum für einen grosszügigen Ballsaal mit dezenten Deckenstukkaturen, im ersten Geschoss für ein zusätzliches Wohnzimmer mit Loggia sowie ein Schlafzimmer, im zweiten Geschoss für einen Turnsaal, den der Kunstliebhaber Kunheim allerdings mehr als Auktionsaal benützt haben soll, und im Dachgeschoss für zusätzlichen Lagerraum.

Das imposante Stadtpalais betritt man durch ein mächtiges Holzportal. Die ins Gebäude eingezogene Vorfahrt ist so angelegt, dass man mit Kutschen bis zu den mit einem roten Teppich ausgelegten Stufen des Hauseinganges vorfahren konnte. Die Gefährte wendeten dann auf einer Drehscheibe, die sich hinter dem zweiten Portal befand, das die Durchfahrt zum Hinterhaus abschloss. Der mit Travertin eingefasste Hauseingang führt durch eine mit schmiedeisernen Verzierungen geschützte gläserne Doppeltüre zu einem alabasterfarbenen, mit Marmor verkleideten Vorraum. Von hier aus erhält man durch die hohen Scheiben Einblick in die grosszügige Eingangshalle, welche die Empfangsräume im Erdgeschoss erschliesst. Baumgarten vertäfelte die Eingangshalle mit dem repräsentativen Treppenaufgang zur Residenz im ersten Obergeschoss mit schönstem Eichenholz, das mit mehreren, der antiken Mythologie entnommenen Motiven, insbesondere Pferdemotiven, verziert ist. Am beeindruckendsten ist allerdings die farbenfrohe reiche Stukkassettendecke in der Bibliothek, dem ehemaligen Herrenzimmer. Die Decke mit ihren zahlreichen Musikmotiven orientiert sich offensichtlich an den reichhaltigen Kassettendecken der italienischen Hochrenaissance.

Wer war Dr. Erich Kunheim? Er entstammte einer Industriellenfamilie, welche die Entwicklung der chemischen Industrie in Preussen und im Deutschen Reich wie keine zweite gefördert hatte. Sein Urgrossvater, Samuel



Neugestaltung des Gebäudes an der Fürst-Bismarck-Strasse 4 für den neuen Besitzer, den Chemiefabrikanten Erich Kunheim. Plan von Paul Baumgarten d. Älteren von 1910.
(Archiv Bezirksverwaltung Tiergarten).

Hirsch, später Heinrich genannt (1781-1848), gründete 1826 in Berlin «Auf dem Kreuzberg» eine der ersten chemischen Fabriken in Deutschland. Dessen Sohn Louis (1808-1878) führte als promovierter Chemiker das Unternehmen selbst und war Mitbegründer der Deutschen Chemischen Gesellschaft. Auch Erichs Vater Hugo (1838-1897), ebenfalls promovierter Chemiker, stand anfangs dem Unternehmen selbst vor. Unter seiner Leitung vergrösserte sich die Firma beträchtlich. Er kaufte das Alaunwerk in Freienwalde (Oder) und gründete Zweigfabriken in Berlin-Niederschöneweide sowie in «Grube Ilse» bei Senftenberg (Niederlausitz), die für den deutschen Braunkohlenbergbau bedeutsam wurden. Sein Sohn Erich (1872-1921), auch er ein promovierter Chemiker, trat 1901 als Alleininhaber das väterliche Erbe an. Unter seiner Leitung entwickelte sich die Firma in den ersten Jahren nicht weniger lebhaft als unter seinen Vorfahren. Er kaufte 1903 die in Konkurs geratene «Actiengesellschaft für Chemische Industrie» in Mannheim-Rheinau und erweiterte somit den industriellen Wirkungskreis nach Süddeutschland. Einige Jahre später erwarb er auch die Schwefelsäurefabrik in Wildau bei Berlin.

Dr. Erich Kunheim war ein hochgeachtetes Mitglied der Berliner Gesellschaft. Wie schon sein Vater wurde er 1907 italienischer Konsul und 1913 Generalkonsul. Er war auch preussischer Kommerzienrat und längere Zeit Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses, der Berliner Handelskammer, Kreistagsabgeordneter und Mitglied des Reichseisenbahnrates. Er soll nicht nur Freude an Rennpferden gehabt haben; er war auch ein grosser Kunstsammler – eine Leidenschaft, die er mit seiner Frau teilte. Im Jahr 1901 hatte er die Adoptivtochter des Geheimen Kommerzienrates Eduard Arnhold geheiratet. Arnhold besass in seiner Villa im Tiergarten eine der schönsten Privatsammlungen Berlins. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Das Bild «Die Dorfpolitiker» von Wilhelm Leibi, heute eines der wichtigen Gemälde in der Stiftung Oskar Reinhart, hatte sich der Winterthurer Kunstsammler aus der Privatsammlung Arnhold erworben. Nirgends in Berlin hatte Reinhart so viel Stilsicherheit entdeckt wie bei den Arnholds. Frau Kunheim erbt die Sammlung Arnhold. Im Palais an der Fürst-Bismarck-Strasse, einer der ersten Gesellschaftsadressen im Berlin der Vorkriegsjahre, sollen allerdings vorher schon Meisterwerke von Monet und Manet gehangen haben.

Mit Erich Kunheims Tod erlosch eine der mächtigsten Familiendynastien der chemischen Industrie. Vier Generationen von Chemikern hatten das Privatunternehmen zu grosser Blüte gebracht. Doch 1922 musste die Firma – wie ähnliche Unternehmen dieser Grössenordnung längst – Geld am öffentlichen Markt aufnehmen: sie wurde eine Aktiengesellschaft.¹⁵

Am 15. Oktober 1919 verkaufte Kunheim sein Anwesen an die Schweizerische Eidgenossenschaft. Kunheim trug wohl schwer an den Folgen des Ersten Weltkriegs. Jedenfalls steht in der Jubiläumsschrift «100 Jahre Kunheim» aus dem Jahr 1926: «Auch Kunheimsche Fabriken mussten das Los teilen, das [der Industrie] durch des Krieges unseligen Abschluss bereitet war.»¹⁶ Die familieneigenen Mittel reichten nicht mehr aus, um die zahlreichen industriellen Betriebe aufrecht zu erhalten. Nach dem Verkauf der Liegenschaft an der Fürst-Bismarck-Strasse 4 zog Kunheim wieder dorthin, woher er gekommen war, an die Dorotheenstrasse 26. Schon sein Vater hatte nahe der Spree sein Wohnhaus und das Bürogebäude der Firma Kunheim errichtet.

Die Eidgenossenschaft erwarb 1919 zum ersten Mal ein eigenes Gebäude in Berlin. Vorher hatte sie Lokalitäten nur gemietet und sich fast vagantenartig von Adresse zu Adresse durchgeschlagen, von der Wilhelmstrasse an die Bellevuestrasse, dann an die Regentenstrasse, hernach an die Friedrich-Wilhelmstrasse und die Rauchstrasse.¹⁷ Diese Angaben muss man mühsam aus Adressbüchern und Einladungskarten zusammenkratzen. Denn im Bundesarchiv in Bern befinden sich keine Unterlagen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert, welche die Liegenschaften in Berlin betreffen. Ein aufschlussreiches Dossier verbrannte zusammen mit vielen anderen Akten, die zum Abtransport in die Schweiz abgeliefert waren, bei einem englischen Luftangriff auf einen Eisenbahnhof am 20. Oktober 1943. Aber ein ehemaliger Attaché hielt in seinen Erinnerungen fest, wie er die Kanzlei an der Friedrich-Wilhelmstrasse um 1918 empfand: «Was ich in Berlin fand, entsprach wenig den grossartigen Erwartungen, die man sich von der diplomatischen Vertretung in einem für uns so wichtigen Lande machen mag. Sie war im ersten Stock eines älteren Hauses im mittleren Westen an der Friedrich-Wilhelmstrasse untergebracht, nahe dem Lützowplatz, also immerhin in einer ‚guten Gegend‘. Sechs Räume, in der Mitte das grosse ‚Berliner Zimmer‘, in dem die Kanzlei hauste. Die Arbeitsstätte des Chefs glich der ‚guten Stube‘ eines besseren bürgerlichen Pensionsempfängers».¹⁸

Der Gesandte Alfred von Planta bezahlte für die neu erworbene Liegenschaft am Königsplatz 1,7 Millionen Reichsmark, was ungefähr einer halben Million Schweizer Franken entsprach.¹⁹ Das war, wie ein Vergleich beweist, ein günstiger Kauf. Am 5. September 1919 kaufte die Reichsregierung vom preussischen Staatsministerium das Palais des Prinzen Friedrich Leopold an der Wilhelmstrasse 73. Dort war das Hausministerium der Familie Hohenzollern, also die Verwaltung des Privatbesitzes, untergebracht. Das vornehme Palais, als Wohnung des Reichspräsidenten ausersehen, dürfte volumenmässig etwa viermal so gross gewesen sein wie die Kunheimsche

16
4

Offene Aufbestätigung

~~1100~~
100

Als offene Aufbestätigung demgemäß für die
Schrift sind die ob. H. H. Haupt verzeichnet.
Berlin, den 17. Januar 1920



Notar
Adalbert Kohlstock

in der Notariats-Region für 1920



Verhandelt

Berlin, am 17. Januar 1920.

Vor dem untenzeichneten

Berlin, Kochstraße 3 wohnhaften Notar

Adalbert Kohlstock

in Bezirk des Kammergerichts

erschien heute:

Der Minister Herr Dr. Alfred von Platen, Gesandter der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Deutschland, zu Berlin Friedrich-Wilhelm-Straße 11 wohnhaft.

Derselbe ist dem Notar unbekannt, die Gemisheit über seine Person verschafft er dem Notar durch Vorlegung seines vom deutschen Auswärtigen Amt ausgestellten Ausweises, welcher mit seiner Photographie versehen ist und durch Vorlegung der Voll-

31/1/20

Form
H. 11-1000, Berlin **BERN**

Recht

Kaufvertrag der Eidgenossenschaft für die Liegenschaft an der Fürst-Bismarck-Str. 4, 17.1.1920. (BAR)

nacht, welche ihn zum Ankauf des Hauses Berlin, Bismarck-Straße
Nr. 4 ermächtigt.

Derselbe erklärt folgendes:

Ich bin der bevollmächtigte Vertreter der Schweizerischen Eidgenossenschaft und gebe nachstehende Erklärungen für diese ab, indem ich sie hierdurch aus denselben berechnete und verpflichte.

Herr Dr. Erich Kunheim zu Berlin, Dorotheenstraße 26 wohnhaft, hat am 15. Oktober 1919 der Schweizerischen Eidgenossenschaft ein notarielles Kaufangebot vor dem Notar Adalbert Kohlstock - Nr. 4 des Notariatsregisters von 1919 - über sein in Berlin, Quart-Bismarckstrasse 4 gelegenes und im Grundbuch des Amtsgerichts Mitte, vom Brandenburger-Tor Bezirk, Band 3, Blatt 66 verzeichnetes Grundstück abgegeben. Ich nehme hierdurch dieses Angebot unverändert an.

Das Protokoll wurde vom Notar dem Beteiligten vorgelesen, von ihm genehmigt und wie folgt eigenhändig unterschrieben.

Dr. Alfred von P l a n t a

Adalbert Kohlstock

Notar.

Kaufangebot im das Register unter Nr. 9
eingetragene Kaufangebot wird für
für den Minister Herrn Dr. Alfred von Planta,
Gesandten der Schweizerischen Eidgenossen-
schaft in Preußen, Berlin, Friedrich-Straße
Nr. 11, einm. übergeben.
Berlin, den 17. Januar 1920

Adalbert Kohlstock

Notar, im Bezirk des Kammergerichts

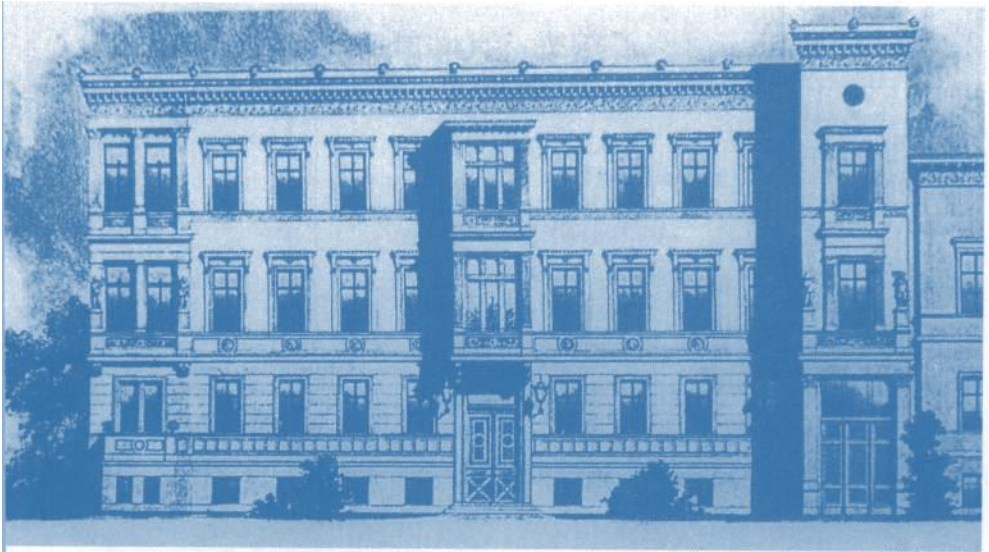
(Kaufangebot)

Stadtvilla. Der preussische Finanzminister verlangte für das Gebäude 20 Millionen Reichsmark, wobei er den Kaufpreis «für die heutigen Verhältnisse niedrig»²⁰ hielt – eine Ansicht, die Reichspräsident Friedrich Ebert allerdings entschieden bestritt, zumal das Gebäude in einem schlechten Zustand war. Der bescheiden auftretende Sozialdemokrat Ebert hielt die geforderte Summe für zu hoch.

Die Schweizer Liegenschaft, mit einer vortrefflichen baulichen Substanz, musste man nur geringfügig umbauen. Die Gesandtschaft betraute den in Berlin-Charlottenburg wohnhaften Schweizer Architekten Ernst Meier-Appenzell (1885-1940) mit dieser Aufgabe. Er gestaltete vor allem den zweiten Stock um. Aus den Privatgemächern wurden Büros. Die vielen Pferdeboxen, die im Hinterhaus keine Verwendung mehr fanden, verwandelte er in eine Garage für zwei Wagen. In einer späteren Renovation erstellte er 1934 eine Verbindungsbrücke im zweiten Stock zwischen dem Hinterhaus und dem Hauptgebäude. Über Meier-Appenzell, ein Schüler des Reichstags-Architekten Paul Wallot, ist sonst kaum etwas bekannt. Der Junggeselle verstarb 1940 in Berlin-Wannsee. Nur das zweite Gebäude, das in der Hauptstadt an die schweizerische Eidgenossenschaft gemahnt, bezeugt noch sein Schaffen in einem grösseren Ausmass. Zwischen 1934 und 1936 errichtete er an der neuralgischen Ecke Unter den Linden/Friedrichstrasse das «Haus der Schweiz». Das strenge, mit grossen Lettern beschriftete Geschäftshaus, befindet sich im Besitz einer schweizerischen Grossbank. (Es ist nur durch die sympathische Plastik des Walter Teil – Teils Sohn, weil Vater Wilhelm als Tyrannenmörder im Dritten Reich ein zu riskantes Sinnbild der Volkserhebung war – etwas aufgelockert.)

Das Alsenviertel blieb auch in nationalsozialistischer Zeit ein bevorzugtes Wohnquartier. In der Nachbarschaft zur Schweizer Gesandtschaft befanden sich die Vertretungen von Finnland, Norwegen, Dänemark und Portugal. Schräg gegenüber, jenseits der Moltkestrasse, lag im ehemaligen Generalstabsgebäude das Reichsministerium des Innern. Doch Hitler hatte mit dieser Gegend Grösseres vor. Im März 1936 beauftragte er Albert Speer, Pläne für die «Neugestaltung der Reichshauptstadt» auszuarbeiten. «Mit dieser Stadt Berlin ist», so Hitler zu Speer, «nichts anzufangen. Von jetzt an machen Sie den Entwurf... . Wenn Sie etwas fertig haben, zeigen Sie es mir. Dafür habe ich, wie Sie wissen, immer Zeit.»²¹

Speer, der Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt, plante am Königsplatz das grösste Bauwerk der Welt. Die «Grosse Halle» sollte über 150'000 Menschen fassen; der Reichstag, wirklich kein kleiner Bau, hätte neben der megalomanen Kuppel wie die Miniaturausgabe eines Parlamentes gewirkt. Bis zum Jahr 1950 sollte die Halle fertiggestellt sein. Da sie wegen ihrer kolossalen Dimensionen eine längere



Kanzlei und Residenz des Gesandten Bernhard Hammer an der Bellevue-Strasse 7 im Tiergarten. (Aus: Schmidt: Das Tiergartenviertel. Berlin 1981).

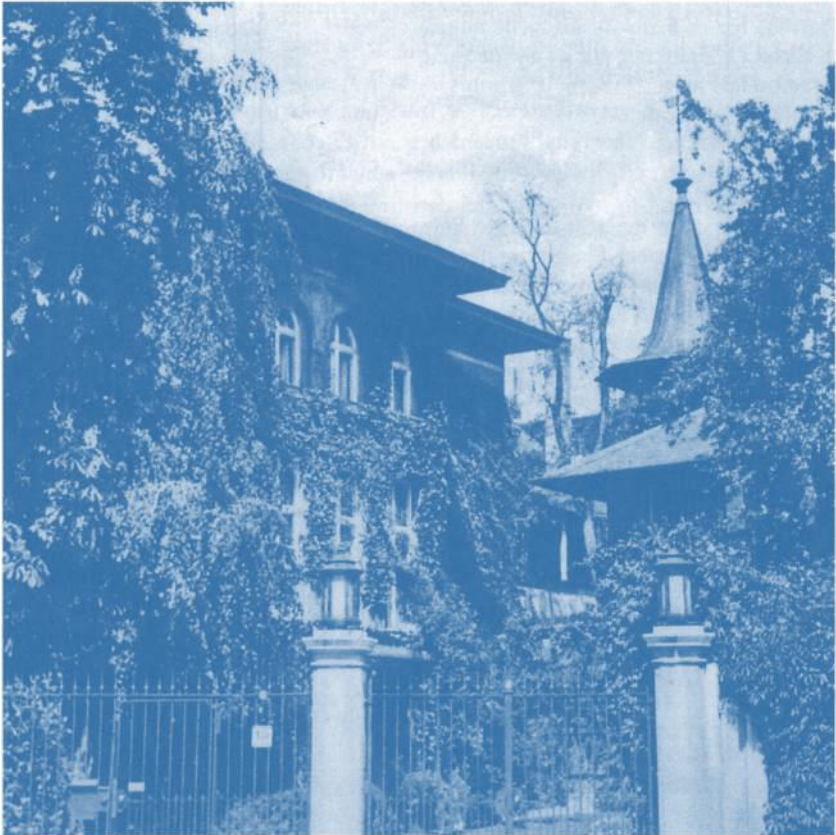
Bauzeit erforderte als die andern Bauten entlang der projektierten Nord-Süd-Achse, begannen die Vorarbeiten bereits im Sommer 1938. Das ganze Alsenviertel sollte der neuen Architektur des Tausendjährigen Reiches weichen. Man riss erste Villen ab, untersuchte den Baugrund, begann mit dem Bau von Strassen- und U-Bahn-Tunnels und hob auch zur Verlegung der Spree an, denn die Halle hätte ins bestehende Flussbett der Spree hineingeragt. Deshalb wollte Speer den Flussbogen begradigen und das Gewässer in einen zweiarmigen Kanal lenken, der im Abstand von etwa 30 Metern parallel zur Fürst-Bismarck-Strasse unter dem Vorplatz der Grossen Halle anzulegen war. Der Kanal sollte in einen voluminösen, für die Binnenschifffahrt geeigneten Tunnel gelegt werden. Um den Eindruck des Gigantischen noch zu steigern, wären östlich und westlich des Monumentalbaus ausgedehnte Bassins angelegt worden.²² Das Gelände der schweizerischen Vertretung wäre in den Wasserbecken untergetaucht.

Mit den Planungsarbeiten begann man 1938, und als gleich schritt man zur Tat und hob an einzelnen Stellen den Baugrund aus. Die Bauherren hatten es enorm eilig. Der Oberpräsident der Wasserbaudirektion Kurmark beanstandete in einem Bericht, den er am 24. Dezember 1938 zum Spreadurchstich abfasste: «Auf den Abbruch der [Schweizer] Gesandtschaft, dessen Beginn auf den 1.10.39 festgesetzt ist, kann ... wegen der einzuhaltenden Fristen nicht gewartet werden.»²³ Auf Fotografien von Anfang der fünfziger Jahre ist vor der Gesandtschaft noch ein grosses Becken zu erkennen, das aus dieser Zeit stammt.

Beinahe hätte der Schweiz das geblüht, was Dänemark und Norwegen widerfahren ist. Diese Vertretungen mussten ihre Stadtvillen im Alsenviertel gegen Liegenschaften im südlichen Tiergarten eintauschen. Wegen des deutschen Kriegsangriffs brach Norwegen jedoch am 9. April 1940 die diplomatischen Beziehungen ab und bezog das neu erstellte Gebäude nie.

Dänemark hingegen richtete sich im neuen imposanten Bau ein. Im Tiergarten sollte, so wollte es Speers Neugestaltung von «Germania», ein spezielles Diplomatenviertel entstehen. Mitte 1938 begannen die Bauarbeiten, bis zum Kriegsausbruch waren die ersten acht Gebäude für diplomatische Vertretungen erstellt: die spanischen, norwegischen, dänischen und jugoslawischen Villen und Paläste ganz nahe beim Zoo, die italienischen, japanischen, griechischen und estnischen Gebäude etwas weiter östlich. Die Schweizer Gesandtschaft sollte neben der spanischen Botschaft, die immer noch am angestammten Platz ist, entstehen, auf einem Gelände, das heute innerhalb der Grenzen des zoologischen Gartens liegt.

Um der Eidgenossenschaft einen neuen Baugrund zuweisen zu können,



Der neue Sitz der Schweizer Gesandtschaft in Berlin. Im Rahmen der Neugestaltung der Reichshauptstadt müssen u. a. auch die Gebäude mehrerer diplomatischer Vertretungen weichen. Sie erhalten ihren Wohnsitz im Tiergartenviertel, wo damit die Anfänge des Berliner Wohnteils der Botschafter entstehen.

Atlantik

Ein Non-event: «Schweizers Hausfrau» Nr. 16 (1938) meldet die Pläne von Albert Speer, Hitlers «Reichsarchitekten», bereits als Tatsache. Nach Speer sollte das Gebäude an der Fürst-Bismarck-Strasse der «Grossen Halle des deutschen Volkes» weichen, und die Gesandtschaft sollte an die abgebildete Stelle umziehen. Die beiden Villen wurden abgetragen, und ein neues Gesandtschaftsgebäude entstand dort, wo sich heute die nordöstliche Ecke des Zoos befindet. Die Schweiz bezog jedoch das neue Gebäude nie, das bei britischen Luftangriffen im November 1943 zerstört wurde. (Privatarchiv).

mussten 1938 zwei schöne Wohnhäuser abgebrochen werden. An der Lichtensteinallee 4 stand die imposante Villa Schwartz, 1886/87 nach Plänen von Hans Grisebach erbaut. Max Liebermann meinte zu dieser Villa: «Das Landhaus in der Lichtensteinallee mit der reizenden Loggia war [Grisebachs] Lieblichschöpfung, und ich glaube, dass sich in diesem Bau die ganze Fülle seines Talentes und seiner Kultur dokumentierte.»²⁴ Die Villa an der Rauchstrasse 15, vom Architekturbüro Rosemann und Jacob entworfen, muss sehr gross gewesen sein. Jedenfalls bezahlte das Deutsche Reich im Vergleich zur Villa Schwartz mehr als den doppelten Kaufpreis, nämlich 376'000 Reichsmark.²⁵

Für die Schweiz war ein Neubau an der Ecke Lichtensteinallee 4/Ecke Rauchstrasse 15 nicht nur vorgesehen; das Gebäude, von Fritz Eberhardt entworfen, war zu Kriegsbeginn im Rohbau schon vollendet. Auch die Büroräume wurden zügig fertiggestellt. Den Ausbau der Repräsentationsräume zögerte dagegen die Reichsbaudirektion etwas hinaus, und als der Krieg losbrach, wurden die Arbeiten eingestellt – nicht zum Unwillen des damaligen Gesandten, Dr. Hans Frölicher. Ihm behagte das Umzugsvorhaben nicht, ganz abgesehen davon, dass er im Neubau technische Abhörvorrichtungen vermutet haben soll.²⁶

Das neue Gebäude präsentierte sich nach aussen in jener kantigen Schwere, wie sie totalitären Baustilen eigen ist. Der voluminöse Neubau mit einem Seitenflügel, freistehendem Gartenhaus und grossem Ehrenhof glich in vielem der japanischen Botschaft. Das zur Strassenseite hin gequaderte Sockelgeschoss trug zwei Stockwerke. In der Beletage befand sich ein grosser Festsaal, dem ein langer Balkon vorgegliedert war. Dieser war auf einem Pfeilervorbau errichtet, der als Unterfahrt dienen sollte. Ein niedriges Walmdach mit einem schlichten Dachaufsatz, der in der Mitte von einem Schweizer Wappen als einzigem Emblem überhöht wurde, verstärkte den massiven Eindruck.²⁷ Für den Innenausbau hatte die Schweiz, wie Frölicher vermeldete, trotz des Widerstandes offizieller Stellen einen eigenen Architekten beigezogen, damit die Besucher dereinst auch den Eindruck bekämen, sich in einer schweizerischen Vertretung zu befinden.²⁸

Die Schweiz hat das neue Gebäude weder bezogen noch je von den deutschen Behörden übernommen. In den schweren Nachtangriffen der britischen Luftwaffe vom November 1943 wurde der Neubau gossenteils zerstört. Nach dem Kriege trug man die Ruine ab.

Die Kriegswirren überstanden

Die alte Gesandtschaft an der Fürst-Bismarck-Strasse dagegen überstand die schweren Luftangriffe vom November 1943 wie durch ein Wunder. Fröhlicher, nach einer der schlimmsten Bombennächte eben von einer Dienstreise aus der Schweiz zurückgekehrt, erinnerte sich: «Berlin war in den acht Tagen meiner Abwesenheit ein Trümmerhaufen geworden, jedenfalls in den Stadtbezirken, die angegriffen worden waren und die wir auf der Fahrt zur Gesandtschaft zu Gesicht bekamen. Bei der Gesandtschaft sah es besonders trostlos aus. Fast ausnahmslos waren alle Häuser unseres Quartiers abgebrannt oder auseinander gesprengt, nur die Gesandtschaft bildete eine Ausnahme. Vor dem Haus stand eine Motorspritze und begoss die brennenden Nachbarhäuser, um ein Übergreifen des Feuers auf das Gesandtschaftsgebäude zu verhindern. Meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen waren beschäftigt, Schutt wegzuräumen, die Fenster mit Pappe zuzunageln und ein Büro nach dem andern wieder benützbar zu machen. Für einige Tage war die Portierloge im Souterrain mein Arbeitszimmer, alle Mitarbeiter assen am Küchentisch. Die Wiederherstellungsarbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch, bis man dann, nach einem neuen Luftangriff, wieder von vorne anfangen konnte.»²⁹

Am 29. November 1943 rapportierte er nach Bern, die Mitarbeiter hätten die Bombardierungen heil überstanden; sie hätten sich auch in der Katastrophe einen kühlen Kopf bewahrt und,

«als die Nachbarhäuser lichterloh brannten, rechtzeitig beim Auswärtigen Amt einen Löschzug angefordert, der auch zur Verfügung gestellt wurde und verhinderte, dass das Feuer auf unser Haus Übergriff. Die Verwüstungen im Hause sind erheblich, aber es lässt sich, wenn nicht Wes Unheil dazukommt, alles wieder instand stellen. Der Luftdruck hat Scheiben, Türen, Fensterrahmen und eingezogene Wände eingedrückt. Das Hinterhaus, das mit Ziegeln gedeckt war, ist freigelegt. Die soliden Mauern und Decken der Gesandtschaft haben aber dem Luftdruck standgehalten.

Standgehalten hat auch der Bunker, dessen Inneneinrichtung und Türen leider aber noch nicht fertig waren, der aber bei den Angriffen von der ganzen Nachbarschaft benützt wurde. Eine Mine in unmittelbarer Nähe des Bunkers hat die Türen verbogen, einige Insassen verletzt, den Bunker selbst aber nicht beschädigt. Hoffentlich gelingt es, ihn für die Brandwache bald wieder gebrauchsfähig zu machen.

Die Kanzlei der Wirtschaftsabteilung befand sich in der Iranischen Gesandtschaft. Diese ist durch eine Sprengbombe und durch Brandbomben zerstört und Mobiliar und Akten unserer Wirtschaftsabteilung sind restlos verloren gegangen.³⁰

Seit diesen Novembertagen war die Gesandtschaft das einzige bewohnbare Haus im Spreebogen. In der Umgebung wohnten noch vereinzelt Nachbarn in notdürftigen Kellerbehausungen. Nach den Luftangriffen kamen sie mitunter zur Gesandtschaft, um an der Pumpvorrichtung, welche die Schweiz auf ihrem Gelände errichtet hatte, Wasser zu holen.

Äusserst bange Tage und Nächte durchlebte das Gesandtschaftspersonal nochmals im Februar und März 1945, als die amerikanische Luftwaffe mit ihren «Mosquitos» fast täglich Berlin angriff und eigentliche Bombenteppiche um den Reichstag herum legte. Erneut kam die Schweizer Liegenschaft recht ungeschoren davon. Um die unglaublich glücklichen Zufälle etwas eingehender zu schildern, sei eine Aufzeichnung aus Frölichers Tagebuch vom 19. März 1945 zitiert: «Die Gesandtschaft hat einige Druckschäden. Eine Bombe ist im Hof durch ein Ölfass hindurch, ohne zu zünden. Zwei Trichter sind vor der Gesandtschaft und dem Bunker in der Böschung gegen den Teich. Ein Auto ist verbrannt. Viele Brandbomben mussten gelöscht werden. Wasser ist keines mehr auf der Gesandtschaft; aber der selbst eingerichtete Brunnen im Hof, der mit einer Pumpe und unserem Benzinmotor arbeitet, versorgt uns mit dem nötigen Wasser.» Allen war indes dieses Glück im Unglück nicht beschieden. Einige Wochen vorher hatte Frölicher im Tagebuch ein Ereignis festgehalten, das nochmals ein grelles Schlaglicht auf die Kriegswirklichkeit warf. Hinter der Gesandtschaft hatte man Blindgänger entdeckt. Beim Entschärfen zündeten die Bomben. Fünf Häftlinge aus einem Konzentrationslager verloren dabei ihr Leben.³¹

Höchst gefährdet war die Gesandtschaft schliesslich in der Endschlacht um Berlin. Um das Gebäude tobten die letzten heftigen Kämpfe zwischen deutschen Streitkräften und der Roten Armee in der Reichshauptstadt. In der Nacht vom 28. April auf den 29. April stürmten mehrere Hundert Russen über die halb zerstörte Moltkebrücke. Sie stiessen gegen das stark befestigte Innenministerium vor – das «Haus Himmlers», wie die Sowjets das ehemalige General-

stabsgebäude nannten. Dort leistete eine Abteilung des Volkssturms erbitterten Widerstand. Nach einem einundzwanzigstündigen Gefecht, in welchem sich die Sowjets von Büro zu Büro und von Stockwerk zu Stockwerk vorzukämpfen hatten und die hartnäckigsten Verteidiger, unter ihnen milchgesichtige Hitlerjungen, mit Sprengladungen kampfunfähig machen mussten, nahmen die Sowjets die Ruine ein. Die 150. sowjetische Division verlor dabei mehr als ein Viertel ihrer Truppen, und das Gelände war übersät mit ausgebrannten russischen und deutschen Panzern.³² Die Erde um die Schweizer Gesandtschaft ist buchstäblich mit dem Blut von Tausenden von Soldaten durchtränkt.

Dann setzten die Sowjets zum Sturm auf den Reichstag an. Von einem Granatrichter zum andern schoben sie sich über den von Schützengräben aufgewühlten Königsplatz an den ausgebrannten Reichstag heran. Bis zum 30. April hatten sie es geschafft. Doch den Siegern wurde nichts geschenkt. Abgehärtete SS-Desperados wichen auch in aussichtsloser Lage keinen Zoll. Sie verteidigten den Reichstag mit dem Mut von Todeskandidaten. Die meisten waren Ausländer und wussten, dass es für sie kein Entrinnen mehr gab. Am Abend des mörderischen Tages erklimmen Meliton Kantaria und Michael Jegorow das Dach des Reichstags und hissten die sowjetische Fahne. Die letzten Kämpfer aber ergaben sich erst am nächsten Morgen, um 06.00 Uhr, nachdem man sie ausgeräuchert hatte. Das Dritte Reich war besiegt. Der damalige Funker, Willi Kaspar, zählte, als die erbitterten Kämpfe abgeflaut waren, 17 Artillerieeinschüsse am Gebäude. Ausserdem fand man nach Kriegsende in der Speisekammer im Keller eine rund 60 Kilogramm schwere russische Fliegerbombe, die glücklicherweise als Blindgänger steckengeblieben war. Unentschärft trugen sie die beiden Mitarbeiter der Gesandtschaft, Willi Kaspar und Paul David, in einem Wäschekorb aus dem Haus und warfen sie vor dem ehemaligen Generalstabsgebäude in einen Kanalabschnitt, der noch von dem Unterfangen «Spree-durchstich» herrührte.³³

Erheblichen Schaden verursachten nicht nur die Kämpfe, die um das Haus tobten, sondern auch die sowjetischen Besetzer. Im Endkampf um Berlin hatte die Rote Armee sogleich, nachdem sie sich über die Spree vorgeschoben hatte, die schweizerische Vertretung besetzt und dort ihr Divisionshauptquartier eingerichtet. Die Eidgenossenschaft unterhielt bis 1946 keine diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion, was die völkerrechtswidrige Besetzung erleichterte. Von diesem Befehlsstand aus leitete die Rote Armee den westlichen Nebenangriff auf den Reichstag³⁴, während der Hauptangriff vom Osten her, von der Dorotheenstadt aus erfolgte. Das verbliebene Gesandtschaftspersonal wurde im tiefsten Keller eingesperrt. Nach übereinstimmenden Berichten wurden auf dem Hof der Gesandtschaft mindestens drei deutsche Frauen, welche sich mit

Panzerfäusten in der Hand der Roten Armee entgegengeworfen hatten, brutal exekutiert.³⁵ Die Sowjets hausten während zehn Tagen in der Gesandtschaft, zuweilen mit bis zu zweihundert Mann, und hinterliessen gemäss Zeitzeugen einen unbeschreiblichen Unrat. In einigen der mit Damast bespannten Räumen der Residenz waren Sanitätshunde eingesperrt. In einem Salon verursachten die Besetzer mit Zigarettenstummeln, die auf einen Stapel von Matratzen fielen, einen Brand, den das Personal glücklicherweise frühzeitig löschen konnte.³⁶

Wie konnten nur Artillerietreffer, Stabsbrandbomben und Phosphorkanister dem Gebäude nichts anhaben? Die Schweizer Gesandtschaft hatte zweifelsohne ausserordentliches Glück. Sie blieb vor einem Bombenvolltreffer verschont. Sie verdankt aber auch viel dem Berliner Chauffeur des Gesandten. Richard Fritze blieb in den grauenvollen Bombennächten des Novembers 1943 in der Gesandtschaft und löschte die von Brandbomben verursachten Feuer mit der Handspritze. Zudem traf die Gesandtschaft alle erdenklichen Vorkehrungen. Die Lichtschächte wurden mit kistenähnlichen Aufbauten ausgerüstet, in welche man Sand füllte, um die Wirkung von Treffern zu verkleinern. Auch pflegte man gute Beziehungen zur Feuerwehr – mitunter wohl auch, wie es die mündliche Überlieferung will, mit etwas Nahrungsmitteln. Der allseits beliebte Konsul Eugen Erni soll den Helfern öfters einige Tafeln Schokolade zugesteckt haben. Als in der allerschlimmsten Nacht die Nachbarhäuser lichterloh brannten und die Tochter von Hausmeister Wilhelm Kappeler um Hilfe telefonierte, war rasch ein Löschzug zur Stelle und konnte so ein Übergreifen des Feuers verhindern. Ein anderer Faktor dürfte nicht minder wichtig sein: Das Haus war sehr gut gebaut, mit tragenden Mauerwerkswänden und Massivdecken. Mit dem Umbau von 1910/11 wurde das hölzerne Giebelgebälk durch eine flache Betondecke ersetzt. Ohne diesen Umbau stünde das alte Stadtpalais wohl nicht mehr. Am Potsdamer Platz hat auch nur ein Gebäude den Krieg überlebt: Das Weinhaus Huth, bezeichnenderweise – die schweren Weinlager erforderten es – ebenfalls eine für die damalige Zeit eher unübliche Massivkonstruktion. Ob schliesslich die Briten und die Amerikaner das Haus, auf welchem die Schweizer Fahne flatterte, gezielt von ihren Bombardierungen ausnahmen, weiss man nicht. Ganz auszuschliessen ist der Gedanke nicht, dass sie bei einzelnen Raids darauf achteten, die Gesandtschaft nicht zu treffen, vertrat doch die Schweiz deren Interessen im Dritten Reich, nachdem diese Staaten die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hatten. Aber dass eine generelle Rücksichtnahme bestand, ist unwahrscheinlich, wenn man bedenkt, dass diese beiden Nationen auch ihre eigenen Botschaftsgebäude am Pariser Platz nicht vor Bombenabwürfen verschonten.

Der Dienstbetrieb in' der Gesandtschaft wurde während des ganzen Krieges nie eingestellt. Aber seit dem Sommer 1943 residierte Frölicher nicht mehr an der Fürst-Bismarck-Strasse. Er hatte für sich und seine Mitarbeiter Ausweichquartiere ausserhalb Berlins besorgt. Nach der Schlacht bei Stalingrad und den deutschen Rückschlägen in Nordafrika, also ab Frühjahr 1943, war die Vermutung mehr als berechtigt, dass die alliierte Luftwaffe Berlin bombardieren würde. Englische und amerikanische Freunde rieten zudem der Schweiz, ausserhalb Berlins Logis zu beziehen – ein freundschaftlicher Rat, den die Gesandtschaft wohl wegen der erwähnten Interessenvertretung erhielt. Am weitesten von Berlin entfernt liess sich der Chef der Schutzmachtabteilung, Minister Feldscher, nieder. Er wohnte etwa 100 km westlich von Berlin auf einem märkischen Landsitz in Gross Wudicke. Seine zahlreichen Mitarbeiter fanden in ähnlicher Entfernung Unterkunft, so in Neustadt an der Dosse, in Bantikow bei Kyritz und in Blumenow im Land Mecklenburg.³⁷ Die Mitarbeiter der Gesandtschaft, die weiterhin mindestens zeitweise in der Kanzlei im Spreebogen arbeiteten, musste man näher bei Berlin unterbringen. Die meisten logierten im Westen von Berlin, im Ortsteil Kladow: die einen in der Villa Köpp, dem Anwesen, das dem Besitzer der marktbeherrschenden Kosmetikfirma Vasenol gehörte, die andern in der Villa Körfer, dem direkt an der Havel gelegenen Wohnsitz des Direktors der Zigarettenfabrik Reemtsma.³⁸ Minister Frölicher quartierte sich mit einigen Mitarbeitern in Börnicke bei Bernau ein, etwa 30 km vom Stadtzentrum entfernt. Dort bewohnte er das Schloss, welches der Witwe des Bankiers Paul Mendelssohn-Bartholdy, einem direkten Nachkommen des Komponisten, gehörte. Die Gräfin Kesselstatt, wie Elsa von Mendelssohn nach ihrer 1940 erfolgten Heirat mit dem österreichischen Grafen hiess, hatte der Schweiz das Anwesen angeboten. Am 1. Februar 1945, nachdem die sowjetischen Truppen im Sturm über die Weichsel vorgedrungen und bis zur Oder vorgestossen waren, verlegte auch Frölicher sein Quartier von der östlichen Seite Berlins nach Kladow. Im April überrannten die sowjetischen Soldaten Börnicke. Sie plünderten das Schloss. Dann richteten sie ein Lazarett ein. Später sollte das Rittergut kurz dem Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), Wilhelm Pieck, als Residenz dienen. Schliesslich nutzte man das Schloss, mit hässlichen Zweckbauten verschandelt, bis 1992 als Schule für körperbehinderte Kinder. Heute kämpfen die Nachkommen der ursprünglichen Besitzer um die Rückgabe des nach 1945 verstaatlichten Gutes.

Es war nicht leicht, die Arbeit der über ganz Berlin und das Umland zerstreuten Mitarbeiter zu organisieren und koordinieren. Den Transport des Gesandtschaftspersonals von der Kanzlei zu den Aussenquartieren übernahm die

eigenössische Postverwaltung. Sie stellte drei Postautos zur Verfügung, die mit Holzgeneratoren versehen waren. Dazu kam noch ein kleiner Postwagen, mit welchem man den Kurierdienst zwischen der Gesandtschaft und den zahlreichen Interessenvertretungen besorgte. Schweizer Chauffeure sassen in ihrer heimischen Postuniform am Steuer der Alpenpostwagen. Es muss eine merkwürdige Erscheinung gewesen sein, wenn die gelben Postwagen mit ihrem «Tati-Tata»-Klang durch das Brandenburger Tor fuhren – ein Signal, das ehem dem Kaiser vorbehalten war und im Dritten Reich nicht gebraucht werden durfte. «Erstaunt blicken die Passanten», berichtete die ‚Schweizer Illustrierte‘, «in der Berliner Prachtstrasse Unter den Linden auf, wenn sich unter den gewohnten Strassenlärm der Dreiklang der schweizerischen Alpenposten mischt. Da gleitet ein in leuchtendem Gelb gestrichener Autobus durch die Säulen des Brandenburger Tores, rollt an Dom und Schloss vorbei...».³⁹

Ende März 1945, als der Fall von Berlin nur noch eine Frage von Tagen war, zog Frölicher auf Geheiss des Bundesrates mit einigen Mitarbeitern nach Süddeutschland. Er erhielt im Schloss Bernried am Starnbergersee Gastrecht. Das Anwesen gehörte einer Amerikanerin, Clara Busch-Liengme, die während des Krieges im Hotel Dolder in Zürich wohnte. Sie war die Schwester von Frau von Gontard, die ihr Gut Gross Wudicke der schweizerischen Schutzmachtvertretung zur Verfügung gestellt hatte. Die meisten Gesandtschaftsangestellten verblieben jedoch in Berlin. Unter der Leitung von Legationsrat Alfred Zehnder standen sie den Schweizern bei, bis die Gesandtschaft am 28. April von den sowjetischen Truppen besetzt wurde.

Während der Luftangriffe auf Berlin stellte sich heraus, dass der mit schweren Eisentüren versehene Luftschutzkeller in der Gesandtschaft den Anforderungen nicht mehr genügte. Frölicher überlegte sich, ob er wie die Schweden bei seiner Regierung beantragen soll, einen Bunker auf eigene Rechnung zu bauen. Da meldete sich das Auswärtige Amt und teilte mit, die Reichsbaudirektion würde auf Geheiss des Reichskanzlers für jede ausländische Vertretung einen Luftschutzbunker errichten. Auf dem Gelände der Gesandtschaft war allerdings kein Platz vorhanden. Deshalb wurde der Bunker auf dem Zwischenstreifen der breiten, mit zwei Fahrbahnen versehenen Alsenstrasse gebaut. Da der Grundwasserspiegel im Spreebogen lediglich etwa drei Meter unter dem Boden liegt, wurde mit armiertem Beton ein Hochbunker gebaut. Die Schutzhülle war zwei Meter dick.

Die Arbeiten begannen im Frühjahr 1943, verzögerten sich dann aber etwas, so dass der Bunker, als die grossen Nachtangriffe der britischen Flugwaffe im November 1943 einsetzten, zwar noch nicht fertiggestellt, aber immerhin be-

nützlich war. Über die Nacht vom 22. auf den 23. November 1943 schrieb Frölicher:

«Auch der neue Bunker hatte seine Feuertaufe erhalten. Er war der Gesandtschaft noch nicht übergeben, jedermann hatte zu ihm Zutritt, aber niemand sorgte für Ordnung und das Schliessen der Türen. Als etwa 20 Meter vom Bunker eine Luftmine niederging, waren denn auch die Türen offen. Trotzdem kamen die Insassen des Bunkers mit dem Schrecken davon; zwei Männer jedoch, es waren Angehörige des Reichsarbeitsdienstes, die sich das Schauspiel beim Bunkerausgang ansahen, mussten ihre Unvorsichtigkeit mit dem Leben bezahlen. Auch Legationsrat Kappeler, mein Stellvertreter, hatte in diesen Nächten Glück im Unglück. Er war in seiner Stadtwohnung im Grunewald, einem kleinen Einfamilienhaus, geblieben, als ein Grossangriff erfolgte. Wie es für einen Luftschutzwart richtig war, begab er sich mit dem eidgenössischen Stahlhelm auf dem Kopf während des Angriffs in die Wohnung, um zu kontrollieren, ob noch alles in Ordnung sei. Er war gerade im Begriff, wieder in den Keller hinabzusteigen, als eine Luftmine in unmittelbarer Nähe des Hauses einschlug, die das kleine Haus buchstäblich zusammendrückte. Herr Kappeler erhielt dabei einen Schlag auf den Kopf beziehungsweise auf den Stahlhelm und landete etwas benommen, aber unverletzt, im Luftschutzkeller.»⁴⁰

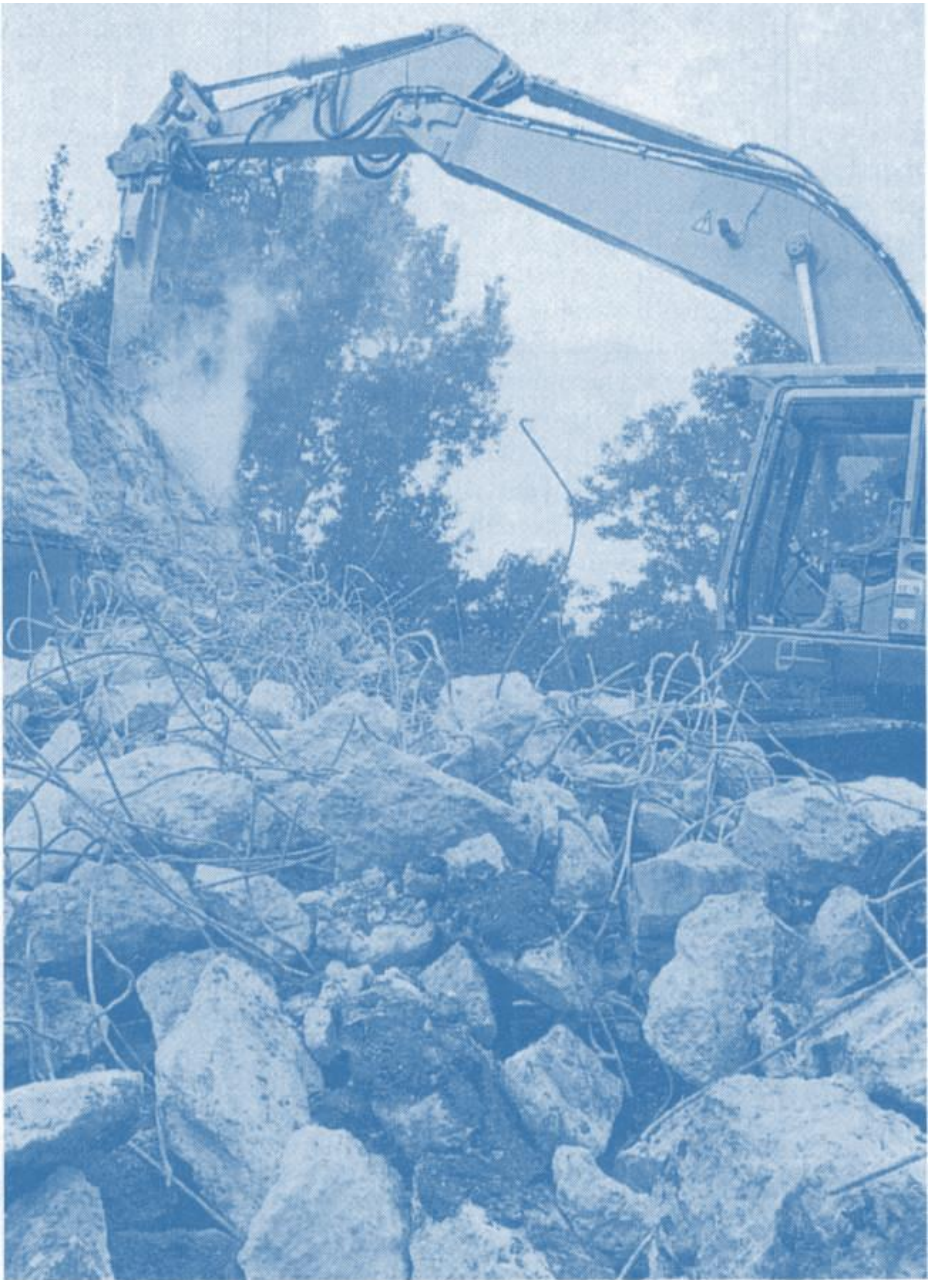
Auch bei den Tiefflugangriffen der amerikanischen Luftwaffe im Jahr 1944 suchte das Personal der Gesandtschaft häufig im Bunker Zuflucht. Dort soll es wie in einer Sardinenbüchse gewesen sein. Nicht nur das Gesandtschaftspersonal strömte herbei, auch die Mitarbeiter, die am Pariser Platz die Fremden Interessen für die Vereinigten Staaten und Grossbritannien wahrnahmen, kamen angefahren; dann suchten die Schweizer Heimkehrer aus den Ostgebieten, die vorübergehend auf der Gesandtschaft wohnten, Zuflucht; auch konnte man den schutzsuchenden Kellerbewohnern aus der Nachbarschaft die Tür nicht vor der Nase zuschlagen, obschon der Bunker ausschliesslich für die Gesandtschaft reserviert war. «Oft schrien», erinnerte sich Frölicher, «auch noch Frauen und Kinder vor den verschlossenen Türen, die man auch nicht ihrem Schicksal draussen überlassen konnte. Die Bomben in der Nähe hörte man durch die Luft zischen, und deren Einschlag brachte den Bunker ins Schwanken.»⁴¹

Die Schweizer Gesandtschaft überstand indes auch die Tagesangriffe der amerikanischen Luftwaffe mit viel Glück. Ein Volltreffer blieb dem Palais wie dem Bunker erspart. Nie wurde über diesem Gelände ein sogenannter Bomben-

teppich gelegt. Frölicher meinte: «Welches die Gründe für diese Schonung waren, habe ich bisher noch nicht erfahren. Für uns war es ein Glück, denn die Erfahrungen zeigten, dass Zwei-Meter-Bunker Bombentreffern mittleren Kalibers nicht mehr standhielten.»⁴² Sobald der Flaksender Berlin, den man im Bunker stets mit Spannung abhörte, die erlösende Nachricht durchgab, das letzte Geschwader überfliege das Stadtgebiet, liefen Verbindungsleute zur Gesandtschaft, um zu sehen, ob das Gebäude, in welchem ein paar unerschrockene Männer während den Bombardierungen den Luftschutzdienst versehen hatten, noch stehe. Als nach dem Krieg die Gesandtschaft in der ausgebombten Umgebung des Reichstags allein intakt dastand, kam dieser fast gespensterhaft heile Zustand der Schweizer Delegation vor «wie ein Sinnbild der Heimat, die auch wie ein Wunder, inmitten einer durch Krieg verwüsteten Umgebung, unversehrt dastand.»⁴³

Der zwölf mal zwölf Meter grosse Bunker wurde 1995 abgetragen. Lange vermutete man, er kaschiere auch einen Einstieg zu unterirdischen Anlagen aus der Nazizeit. Auch glaubte man, er könnte einen ungefähr 30 Meter langen Betonpfeiler überdecken, einen sogenannten Caisson, einen Senkkasten, mit dem die Leiter des «Germania»-Projektes ausprobieren wollten, wie man die Grosse Halle fundieren könne. Doch unter der Oberfläche befand sich lediglich ein 2,5 Meter langer Betonklotz. In etwas weiterer Entfernung, nördlich des Reichstags, stiessen die Bauarbeiter jedoch völlig überraschend auf eine unterirdische Bunkeranlage. Auf keinem Plan waren diese Mauern aus unserem Jahrhundert eingezeichnet. Und die Erde hatte die Betonmassen schon so verschluckt, als ob sie dieses Menschenwerk so rasch als möglich in den archäologischen Schlummer einlullen wollte.

Andere Altlasten aus den dreissiger Jahren waren ebenfalls zu beseitigen, ehe das neue Regierungsviertel am Platz der Republik entstehen konnte. In mühsamer Arbeit musste man die Betonhülle eines ungefähr 200 Meter langen Schnellbahnschachtes, der durch Kriegseinwirkungen beschädigt war, zwischen dem Reichstag und der Schweizer Gesandtschaft unterirdisch zertrümmern. Auch das Fundament mit Mittelwand für den beabsichtigten Spreedurchstich war zu entfernen, bevor die Bauarbeiten für den Tiergartentunnel beginnen konnten. Ausserdem war das Gelände zwischen dem Reichstag und der Botschaft auf Munitionsrückstände abzusuchen. Insbesondere in den letzten Kriegstagen hatten, so befürchtete man, Soldaten Munition in die teichartigen Becken geworfen, die vom Spreedurchstichunternehmen übriggeblieben waren. Diese Becken wurden Mitte der fünfziger Jahre zugeschüttet. Solange die Ladungen der tief in der Erde versenkten Munition nicht gezündet waren, bestand bei den geplanten umfangreichen Tiefbauarbeiten eine beträchtliche Explosi-



Der Bunker der Schweizer Gesandtschaft wird im Sommer 1995 zertrümmert und abgetragen.
(«Der Tagesspiegel» vom 16.6.1995).

onsgefähr. Monatelang klopfen 1995 Spezialisten die Gefahrenzone ab und durchwühlten die Erdmassen. Sie spürten, obschon man das ganze Gelände bereits seit 1968 abgesucht und 17 Tonnen Kampfmittel behoben hatte, noch einige Wurfbomben auf. Aber das Gebiet war noch immer munitionsverseucht. Beim Schürfen des Tiergartentunnels kamen im Spreebogen nochmals 4,5 Tonnen Granaten und andere Kampfmittel zum Vorschein. Als man anfang, den Tunnel auszuheben, mussten Arbeiter immer darauf gefasst sein, auf Munition zu stossen. Besonders gefährlich war die Lage, wie die Projektleitung mitteilte, unmittelbar vor der Schweizer Vertretung. Im Wasserbecken, das vom abgebrochenen Spreedurchstich stammte, stiessen Arbeiter während Tagen jeweils auf 50-100 kg Munition. Es waren vornehmlich Granaten und kleinere Wurfbomben. Und im Dezember 1996 stiessen Bauarbeiter nördlich des Reichstags auf eine 250 kg schwere Bombe. Als sich eine Equipe von Sprengmeistern daran machte, den kolossalen Blindgänger zu entschärfen, wurde die Aussenstelle gebeten, alle Fenster vorsichtshalber zu öffnen. Exerzierplatz, Königsplatz, Platz der Republik: Wer empfände diesen Ort nicht als Schnittstelle kühner Projekte – und als Trümmerfeld gespenstischer Vergangenheit zugleich?

Als die schweizerische Heimschaffungsdelegation im September 1945 nach Berlin kam, befand sich das ehemalige Gesandtschaftsgebäude zwar in einem schlechten Zustand, aber im Vergleich zur Umgebung war dieser beneidenswert. Zahlreiche Räume waren noch benutzbar, namentlich der ganze Keller, das Erdgeschoss und die Residenz im ersten Stock. Die Empfangsräume im Hochparterre, von der Besetzung zwar übel hergerichtet, waren durch den Krieg kaum beschädigt worden, sieht man von eingedrückten Fensterscheiben ab. Einzig die Stukkassettendecke in der Bibliothek wies in der Nähe des Kamins einen Einschuss auf; und der Leuchter war zertrümmert. Das Holzgetäfel in der Eingangshalle, die Holzkassettendecke im Speisesaal und der Ballsaal dagegen hatten den Krieg unversehrt überstanden. Die Büros im zweiten Stock sowie das Dachgeschoss waren erheblich beschädigt. In der Nähe des Einstiegs ins Treppenhaus war das Dach von einem Treffer durchschlagen worden. Das Wasser drang auch in die beiden oberen Stockwerke ein, die mit ihren zerschmetterten Fenstern und Türen ohnehin Wind und Wetter ausgesetzt waren. In diesen Räumen konnte man nicht mehr geregelt arbeiten. Zur Not konnte man noch das eine oder andere, sofern es nicht lange dauerte, behelfsmässig verrichten.

Die ersten Schweizer, die nach dem Krieg in den Spreebogen zurückkehrten, packten das Dringendste mit eigenen Händen an und stellten das Haus, so gut es ging, wieder instand. Im kriegsversehrten Berlin war es freilich schwierig, Baumaterial zu bekommen. Holz, Glas, Ziegel und Zement musste man

häufig aus der Schweiz heranschaffen. Erschwerend wirkte sich auch aus, dass auf Befehl der alliierten Kommandantur ausländische Vertretungen keine Baulizenzen erhielten. Dennoch war das Gebäude bis 1947 wieder, wie es im Geschäftsbericht der Heimschaffungsdelegation heisst, in einem «befriedigenden Bauzustand».⁴⁴ Man hatte sogar in den Dachstock zwei kleine Wohnungen eingebaut. Als die Delegation 1948 erstmals eine ordnungsgemässe Baulizenz erhielt, hatte sie das Notwendigste bereits in eigener Regie erledigt. Man konnte jetzt grössere Renovationen in Angriff nehmen. Das Bezirksamt Tiergarten stellte Arbeitskräfte und Materialien frei, um die Fassade zu verputzen und das Dach zu reparieren. Die Heimschaffungsdelegation hatte auch darauf gedrängt, dass die ausgebombten Ruinen rund um das Gebäude abgetragen würden.⁴⁵ Nun war es dringend erforderlich, die nackten Brandmauern zu verputzen. Denn was früher in eine Zeilenüberbauung eingebettet war, wurde nun zu einem einsamen Zeugen eines vernichteten Viertels, ohne Nachbarn zur Linken oder zur Rechten.

Bis zum Beginn der Blockade von 1948 verwandte man die meisten Räume wieder gemäss ihrer ursprünglichen Bestimmung. Einzig die herrschaftlichen Empfangsräume im Hochparterre mussten für viel grundlegendere Bedürfnisse als die Repräsentation erhalten. Sie dienten eine Zeitlang als Lebensmittellager. Aber schon 1952 richtete man drei Räume wieder in ihrer ursprünglichen Schönheit her, und bis 1955 war die Renovation auf dieser Etage abgeschlossen. Ausser im Ballsaal entfernte man allerdings in allen Räumen den akzentsetzenden Damast. Ein Jahr zuvor war auch der Delegationschef mit seiner Familie wieder in die Residenz im ersten Stock eingezogen, die in der Zwischenzeit von verschiedenen Delegationsmitgliedern zimmerweise bewohnt worden war. Damit fand das Leben in diesem Haus nach einem schwierigen Jahrzehnt wieder zu jenen Formen zurück, die mit der Flucht in Ausweichquartiere verloren gingen.

Neben der offiziellen Liegenschaft befindet sich über einer Tiefgarage an der Moltkestrasse eine Holzbaracke, die von der eidgenössischen Zentralstelle für Auslandschweizerfragen Anfang 1948 nach Berlin geliehen wurde, damit die Delegation über einen Unterstand verfügte, in welchem sie Lebensmittel an bedürftige Schweizer verteilen könne. Aber die Baracke erfüllte ihren Zweck nicht. Sie war weder einbruchssicher, noch konnte man sie heizen. Nach einigen Wochen gab man den Versuch auf und verteilte die Lebensmittel wieder in den Empfangsräumen der Residenz. Die Baracke aber beliess man in Berlin. Sie diente bis Ende 1995 dem Schweizer Verein als Lokal. Seither benützt die Bauleitung der Firma Spie-Batignolle das «Schwyzerhüsli». Bald muss es dem neuen Regierungsviertel weichen.

Das «Schwyzerhüsli» war vom äussern Anschein her nie eine Zierde des Tiergartens. Aber die offizielle Schweiz verdankt ihm – abgesehen vom Heimatgefühl, das es vielen Schweizern bot – aus folgendem Grund recht viel: Die Baracke stand auf einem Grundstück, das dem deutschen Staat gehörte. In den fünfziger Jahren fand der damalige Postenchef Felix Schnyder, die Schweiz sollte ein zusätzliches Grundstück erwerben, um das Vereinslokal auf eigenem Grund und Boden aufzustellen. Die Baracke veranlasste somit die Schweiz, sich nach Vergrößerungsmöglichkeiten der Liegenschaft umzusehen. Nach langwierigen Verhandlungen konnte Schnyder, welcher der Delegation seit 1949 vorstand, 1954 das Nachbargrundstück an der Ecke Fürst-Bismarck-Strasse/Alsenstrasse 6 erwerben. Am Tage seiner Abreise aus Berlin, am 17. Februar 1954, unterzeichnete er den Kaufvertrag. Wer hatte die Liegenschaft ehemals besessen? Als die Schweiz ins Alsenviertel gezogen war, gehörte das Palais auf der östlichen Seite der Gräfin von Redern, unmittelbar vor dem Krieg der Graf Redern'sehen Güterverwaltung, und 1954 trat der Senator für Finanzen als Verkäufer auf. Der Kaufpreis für das 567 m² grosse Grundstück betrug 77'777 Westmark, was im Eidgenössischen Politischen Departement mit 65'000 Franken verbucht wurde. Der Neuerwerb wurde jedoch nicht als Baugrund für das «Schwyzerhüsli» genutzt. Dieses blieb weiterhin dort, wo es die Militärdelegation nach dem Krieg aufgestellt hatte. Schnyders Nachfolger, Hans Lacher, integrierte das neue Gelände als Garten in die bestehende Liegenschaft, deren Umfang nun 1'593 m² betrug.⁴⁶

Früher verlassen, nun im Herzen des Regierungsviertels

In den folgenden Jahren weist das Gebäude selbst keine grosse Geschichte mehr auf. Das Leben normalisierte sich. Diplomaten, Konsuln, Sekretärinnen und Hausmeister kamen und gingen. Die ehemalige Gesandtschaft änderte verschiedentlich ihren Status: zuerst wurde sie Heimschaffungsdelegation, dann Delegation, später Generalkonsulat und schliesslich Aussenstelle der Botschaft. Am Gebäude wurde kaum noch etwas geändert. Einzig in der Residenz baute man eine Küche im ersten Stockwerk ein. Die alte Gesandtschaftsküche im Keller, heute noch mit ihren Dimensionen beeindruckend, war für den bescheideneren Lebensstil, der nun gepflegt wurde, viel zu gross und zu umständlich. Mit einem Lift musste man das Essen in die zwei Stockwerke höher gelegene Residenz befördern. Und nach dem Wohnungsbrand von 1976 kam es zu kleinen Umbauten. Damals war in den frühen Morgenstunden des Weihnachtstags im Speisezimmer des ersten Stocks ein Brand ausgebrochen. Der Schaden war beträchtlich, wenngleich erste Schätzungen, die von einer halben Million DM sprachen, zu hoch angesetzt waren. Das Speisezimmer wurde gänzlich, das nebenan liegende Gästezimmer weitgehend zerstört. Hernach ersetzte man die doppelflügelige Türe zwischen den beiden Räumen nicht mehr, sondern mauerte den Durchgang zu.

Nach dem Bau der Mauer bekam auch die Schweizer Delegation die Nachteile der Randlage ihrer Liegenschaft immer mehr zu spüren. In den siebziger Jahren dachte die Bundesverwaltung in Bern daran, die Liegenschaft im abgelegenen Spreebogen zu verkaufen. Doch private Käufer waren kaum zu finden, da das Objekt in einer Grünzone lag und die Berliner Behörden einen Umbau zu gewerblichen oder privaten Wohnzwecken kaum genehmigt hätten. Der Senat von Berlin, dem verschiedentlich die Verkaufsbereitschaft der Eidgenossenschaft signalisiert wurde, bekundete auch kein grosses Interesse an dieser Liegenschaft. Nachdem die Berliner Behörden eine Zeitlang den Erwerb als Gästehaus zu erwägen schienen und einige Beamte das Haus auch zu diesem Zweck besichtigten, liess Anfang 1980 der damalige Protokollchef des Landes Berlin, Senatsdirektor Freiherr von Schacky, den schweizerischen Generalkon-

sul Walter Wild wissen, der Regierende Bürgermeister verzichte endgültig auf einen Kauf. Dieser vernahm freilich den abschlägigen Bescheid mit grosser Befriedigung.

So verharnte die Schweiz in ihrem traditionsreichen Gebäude, abseits vom Pulsschlag der City, lediglich an sonnigen Wochenenden von Tausenden von Picknickern umlagert. Doch der Fall der Mauer schüttelte die Liegenschaft aus dem Dornröschenschlaf. Die Vertretung der Schweiz sollte nun wieder im Herzen Berlins liegen, und bald würde sie auch ins Zentrum des zukünftigen Regierungsviertels rücken. Am 20. Juni 1991 beschloss der Deutsche Bundestag, dass Berlin wieder Regierungs- und Parlamentssitz sein soll. Im Gefolge dieses Beschlusses wurde entschieden, dass Bundestag und Bundeskanzler ihren Sitz im südlichen Spreebogen nehmen. Der Bundestag wird nach einem aufwendigen Umbau ab 1999 im Reichstagsgebäude tagen, der Bundeskanzler auf der andern Seite des Platzes der Republik seinen Sitz aufschlagen. Am 4. Februar 1997 erfolgte die Grundsteinlegung für das neue Kanzleramt durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. In gebührendem Abstand wird nördlich der Verbindungsachse zwischen den beiden Gebäuden die Schweizer Botschaft liegen.

Ausser der Schweiz besitzt kein anderes Land, auch keine Privatperson, ein Grundstück im südlichen Spreebogen. Das ganze Areal gehört entweder der Bundesrepublik oder dem Land Berlin. Es erstaunt daher nicht, dass namhafte deutsche Kreise der Eidgenossenschaft einen Liegenschaftstausch vorschlugen. Denn das Gelände um den Reichstag sollte zum Kerngebiet der deutschen Regierung werden. Ein besonders reges Interesse zeigte die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft. Die Schweiz beantwortete diesbezügliche Anfragen vorsichtig. Sie wollte nicht, dass man wegen der schweizerischen Liegenschaft das zukünftige Regierungsviertel nicht so gestalten konnte, wie die deutschen Entscheidungsträger es wünschten. Andererseits hingen die Schweizer selbst, nach all den schwierigen Jahren, an ihrem Gebäude, nicht zuletzt auch jene Diplomaten, die das Haus bewohnt hatten. Einige von Ihnen, namentlich Generalkonsul Wild, hatten mit ihren Analysen und Empfehlungen die Berner Zentrale geschickt so bedient, dass deren Verkaufsbereitschaft stark gedämpft wurde. Zudem hatte das Gebäude für viele Berliner, im Osten nicht minder als im Westen, einen hohen Symbolwert. Immer wieder ermunterten diese Freunde der Schweiz die eidgenössische Vertretung, am angestammten Platz auszuharren. Die Schweiz beschloss daher, über einen Abtausch erst dann zu entscheiden, wenn die Resultate des «Internationalen Städtebaulichen Ideenwettbewerbs Spreebogen» vorlägen. Da sie vom Wettbewerb direkt betroffen war, wurde sie auch im Vorfeld der Ausschreibung konsultiert. Die Eidgenossenschaft

wünschte, dass das Wettbewerbskomitee nebst Projekten, die frei über unser Gelände verfügten, auch solche einfordere, in denen das Gebäude fortbestehe. In den Wettbewerbsunterlagen vom Juni 1992 stand dann die etwas sibyllinisch formulierte Bestimmung: «Das Gebäude der Schweizerischen Gesandtschaft blieb als letzte Erinnerung an das Alsenviertel erhalten und ist bis heute Sitz des Schweizerischen Generalkonsulates. Von den Wettbewerbsteilnehmern werden Vorschläge zum weiteren Umgang mit diesem Gebäude erwartet.»⁴⁷

Von den 835 eingereichten Projekten hatten bis auf einen Bruchteil alle das Gebäude, das wegen seines exterritorialen Status nicht denkmalgeschützt ist, in ihr Konzept einbezogen, auch Axel Schultes, der den ersten Preis gewann.⁴⁸ Das ehemalige Stadtpalais fügte sich ausgezeichnet in Schultes' städtebaulichen Entwurf ein. Nachdem die Würfel über die Neugestaltung des Spreebogens gefallen waren und der Weiterbestand des Gebäudes an der Fürst-Bismarck-Strasse auch von der Planung des Regierungsviertels her erwünscht war, unterrichtete die Schweiz die Bundesbehörden in Bonn und die Landesbehörden in Berlin, dass sie ihre Liegenschaft inskünftig als Botschaft zu verwenden gedenke. Der Entscheid stiess überall auf Verständnis. So verliefen denn auch die intensiven Verhandlungen, die vornehmlich wegen des Tiergartentunnels erforderlich waren, sehr einvernehmlich. Die Schweiz willigte in eine Linienführung ein, die ihr Gelände unterquerte; die deutschen Behörden ihrerseits waren bereit, der Schweiz noch 650 m² Land an der einmaligen Lage zu verkaufen, damit die Botschaft auch inskünftig über einen Garten verfügt.

Unterdessen bildete sich in der Bundesverwaltung in Bern eine «Arbeitsgruppe Berlin», die sich mit den konkreten Anforderungen für den Umzug befasste. Sie kam zum Schluss, das bestehende Gebäude an der Fürst-Bismarck-Strasse solle auch hinfort so benützt werden wie bisher, nämlich als klassische Botschaft, als Residenz und Kanzlei in einem Anwesen; der Altbau sei gänzlich zu renovieren und, um den erhöhten Platz- und Sicherheitsbedürfnissen nach einem vollständigen Umzug der Botschaft von Bonn nach Berlin zu genügen, mit einem Anbau zu ergänzen. Das unansehnliche Hinterhaus dagegen, erst 1910/11 errichtet und, da in eine komplette Zeilenüberbauung hineingestellt, an sich nie für die Augen der Öffentlichkeit bestimmt, soll abgebrochen werden. Am 11. April 1994 hiess der Bundesrat dieses Konzept gut. Voraussichtlich im Herbst 1997 wird die Baubotschaft vor das Parlament gelangen.

Das Amt für Bundesbauten lud dann neun Architekturbüros zum Studienauftrag für die Neukonzeption der schweizerischen Vertretung ein, darunter auch drei deutsche Firmen. Von den Schweizer Architekten erhielten jene einen Auftrag, die sich bereits in einem grössern Wettbewerb in Berlin ausgezeichnet

hatten. Am 30. Mai 1995 entschied sich die Expertenkommission für das Projekt der Basler Firma Diener & Diener. Das Team von Roger Diener löste die knifflige Aufgabe, indem es mit einem dezidiert abgehobenen Anbau auf der östlichen Seite des Stadtpalais eine kritische Rekonstruktion einer Ecke des einstigen Alsenviertels versucht. Im Garten der Vertretung, auf dem ehemaligen Grundstück des Grafen von Redern, entsteht entlang der einstigen Alsenstrasse ein Neubau aus Beton, der die alte Gesandtschaft zu einer neuen Einheit fasst. Der Neubau fügt sich L-förmig an das bestehende Gebäude an. Die Hauptfassade ist durch einen Lichthof mit einer Terrasse und einer grossen Fassadenöffnung markiert, die zugleich die Proportionen der Säulenordnung des Altbaus aufzufangen sucht. Die alte Brandmauer, auf der Seite zum Kanzleramt hin, bezeugt mit ihrer nackten Fassade die geschichtlichen Brüche, die Berlin auf Schritt und Tritt prägen. Eine Konzession an die Gegenwart besteht einzig darin, dass der St. Galler Künstler Helmut Federle mit einem gemäldeartigen Relief die Mauer gestaltet. Auf der östlichen Seite dagegen fordert der Neubau mit zahlreichen diskret versetzten Fenstern, die sich wie ausgestanzte Löcher entlang der ehemaligen Alsenstrasse ausnehmen, sein eigenes Gestaltungsrecht ein. Die Erweiterung hat einen unübersehbar eigenen Charakter und betont, dass die neue Einheit aus zwei Gebäuden besteht. Der Architekturkritiker der «Neuen Zürcher Zeitung», Roman Hollenstein, meinte zum Projekt, das zahlreiche Betrachter auf den ersten Blick befremden mag: «Die Erweiterung fasziniert als sensibler Versuch, Form und Fassadenrhythmus des Baudenkmals in einer zeitgenössischen Sprache fortzuschreiben. Der neue Baukomplex beschwört dabei als Zeichen des Verlustes von Stadt die Idee des zerstörten Alsenquartiers...».⁴⁹

Eine Botschaft nimmt in erster Linie geschäftsmässige Aufgaben wahr. Sie ist eine Kontaktstätte. Ihr obliegt es, die Beziehungen von Regierung zu Regierung zu pflegen. Aber eine Botschaft verweist im städtebaulichen Ensemble auch auf politische und symbolische Zusammenhänge. Sie versinnbildlicht die Anerkennung eines Staates durch die Staatengemeinschaft und ist somit visueller Ausdruck eines wesentlichen Aspektes einer Hauptstadt: nämlich deren internationaler Dimension. Die Schweiz als befreundeter Nachbarstaat von Deutschland ist stolz darauf, diesen Dienst in Berlin an besonders prominentem Ort zu versehen.

Der Neubau wird in Angriff genommen, sobald der Tiergartentunnel, auf den er zu stehen kommt, in diesem Baubabschnitt überdacht ist. Die Neukonzeption der schweizerischen Botschaft ist aufs Engste mit der Neugestaltung der Hauptstadt Berlin verknüpft. Wie es derzeit aussieht, sollte das Riesenprojekt des Tiergartentunnels – man spricht von 5 Milliarden DM Baukosten für

eine Strecke von bloss sechs Kilometern – bis im September 1998 so weit fortgeschritten sein, dass die Schweiz dann mit ihrem Anbau beginnen kann. Die Neugestaltung der Vertretung – denkmalgerechte Renovation des alten Palais plus Neubau – soll 22 Millionen Franken kosten.

Vorderhand ist das Gebäude dermassen von Baugruben umstellt, dass die Aussenstelle Ende März 1996 in andere Lokalitäten umziehen musste. Vorübergehend ist die Kanzlei im schönen «Haus am Wasser» an der Kirchstrasse 13 in Moabit untergebracht, die Residenz dagegen an der Podbielskiallee 23 in Dahlem, in einer Villa übrigens, in der früher die tschechoslowakische Militärdelegation logierte. Auf das Jahr 2000 wird die Schweizerische Botschaft jedoch ins alte und alsdann erweiterte Stadtpalais zurückkehren. Das älteste Gebäude auf dem Exerzierplatz preussischer und deutscher Geschichte – die Gesandtschaft wurde ein Vierteljahrhundert früher gebaut als der Reichstag – erinnert sozusagen als Zeuge des Alltagslebens, zusammen mit dem historisch stark befrachteten Reichstag, der von den USA gespendeten Kongresshalle und dem sowjetischen Ehrenmal an wechselvolle Zeitläufte. Den Altbau denkmalgerecht zu renovieren und die Erinnerung an Berlins Geschichte zu bewahren ist somit ein Akt der Pietät vor der Vergangenheit, das Anwesen neu zu gestalten, aber ein Zeichen des Vertrauens in die Zukunft Berlins und der Hauptstadt des wichtigsten Landes der Europäischen Union.

Die Anfänge der Gesandtschaft

Mit Ach und Krach eine Vertretung in Berlin

Die Diplomatie hat in der Schweiz einen schwierigen Stand, heute genauso wie früher. Republikanische Gesinnung verträgt sich eher schlecht mit Repräsentation und Protokoll, zwei wichtigen Elementen der Diplomatie. Kein Kanton der Eidgenossenschaft getraute sich im Zeitalter des Absolutismus, den Prunk fürstlicher Hofhaltungen voll nachzuahmen. Die aussenpolitische Repräsentation mit ihrem zeremoniellen Gepränge war in der alten Eidgenossenschaft suspekt. In der modernen Schweiz nach 1848 war und ist sie es nicht weniger. Bundesrat Friedrich Frey-Herosé brachte diese Einstellung in einem umfangreichen Antrag, der sich mit der Reorganisation des diplomatischen und konsularischen Netzes befasste, auf den Begriff. Der damalige Vorsteher des Politischen Departementes schrieb, wenn die Schweiz nach Belieben Gesandte ins Ausland schicken würde, dann müssten diese auch, um nicht allzusehr von den andern Mitgliedern des diplomatischen Corps abzufallen, mit einem gewissen äusseren Glanz auftreten.

«Dazu müssten den Betreffenden die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt und Besoldungen ausgeworfen werden ähnlich denen anderer Staaten. Da man im Fernern im Ausland für den schweizerischen Gesandten die gleichen Ehrenbezeugungen und das gleiche Ceremonial fordern müsste wie andere Gesandte von gleichem Rang es geniessen, so müsste man, um nicht ungerecht zu sein, den bei der Schweiz accreditirten Gesandten ebenfalls die gleichen Höflichkeiten erweisen. Es würden somit nicht nur äussere Repräsentationsformen im Ausland, sondern auch solche, als Erwiederung, im Inland nöthig. Solche Formen liegen nun aber nicht im Sinn und Geist einer Republik und am wenigsten der Schweiz. Die Kosten dafür wären wohl eben so gross als unpopulär und die Sache erscheint daher schon von diesem Gesichtspunkt aus als sehr bedenklich.»⁵⁰

Der frisch aus der Taufe gehobene Bundesstaat wachte denn auch wie ein Sperber über die Kosten des diplomatischen Apparates. Der prozentuale Anteil des

Politischen Departementes an den Bundesaussgaben betrug zu Beginn fast nichts; selbst 1910 belief er sich lediglich auf 0,7% des Staatshaushaltes, also gleich viel wie 1881, als die statistischen Zahlbücher eingeführt wurden.⁵¹ 1993 machten die Anforderungen für die Beziehungen zum Ausland dagegen 5,1% aus.

Im Jahr 1854 verfügte die Schweiz lediglich über zwei diplomatische Vertretungen im Ausland. In Paris und Wien hatte sie je eine Gesandtschaft. Die Postenchefs durften sich aber nicht Gesandte, sondern nur Geschäftsträger nennen, was sich, nebenbei bemerkt, eben etwas kostengünstiger auf das Budget der Eidgenossenschaft auswirkte. Die Schweiz besass hingegen ein erstaunlich dichtes Netz von Generalkonsulaten und Konsulaten. In Leipzig residierte ein Generalkonsul für Deutschland, Kollegen amtierten in London, in St. Petersburg, in Washington, in Mexiko und in Rio de Janeiro sowie ein Generalagent in Neapel. Dazu kamen noch 36 Konsuln und 3 Handelsagenten. Weshalb diese eindeutige Bevorzugung der konsularischen Vertretungen? Diplomaten nehmen nach völkerrechtlichem Gebrauch die Geschäfte von Regierung zu Regierung wahr, Konsuln kümmern sich in erster Linie um die eigenen Landsleute im Ausland. Es schien dem Bundesrat viel wichtiger, den Auslandschweizern und der Wirtschaft zu helfen, als diplomatische Vorsprachen an den Höfen vorzunehmen. Überdies konnten die Generalkonsuln, falls erforderlich, den üblichen diplomatischen Verkehr auch besorgen.

Noch aus einem andern Grund fand die oberste Landesbehörde Gefallen daran, vorzugsweise Generalkonsuln und Konsuln anzustellen. Da es sich um Ehrenstellen handelte, entrichtete ihnen der Bund weder ein Jahresgehalt noch eine andere Entschädigung. Sie belasteten die Bundeskasse fast nicht. So kam Bundesrat Frey-Herosé denn zum Schluss, die Schweiz müsse vornehmlich ihr konsularisches Vertretungsnetz dichter knüpfen. Neue diplomatische Missionen waren hingegen seiner Ansicht nach nicht nötig.

Namentlich «mit Preussen, Bayern, Württemberg, Baden, Belgien, den Niederlanden, sind die Verhältnisse der Art, dass diplomatische Geschäfte theils durch directe Correspondenz zwischen dem Bundesrath und dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, theils durch die in der Schweiz residirenden oder für dieselbe bestellten diplomatischen Agenten der genannten Staaten ganz gut und leicht besorgt werden können, wobei für nöthige Spezialgeschäfte die Sendung besonderer Abgeordneter immer Vorbehalten bleibt; für Handelsgeschäfte aber, die einer gewissen Vermittlung bedürfen, so wie zum Schutz und zur Hülfeleistung an Landsleute sind Handelsconsuln völlig genügend, und man würde der Schweiz ein Weitergehen

in diplomatischen Bestrebungen nur als den Versuch von Einmischungen in anderweitige Verhältnisse auslegen und dann mit einem umso grösseren Nachdruck sich auch in unsere Angelegenheiten einmischen wollen. Aus allen diesen Gründen hält das Departement eine Ausdehnung des diplomatischen Verkehrs in Europa für die Schweiz nicht nur für unnütz und höchst kostspielig, sondern eher für schädlich und gleichzeitig aus Mangel an geeigneten und sich dazu hergebenden Personen für unausführbar.»⁵²

Bei dieser nüchternen Einstellung erstaunt es nicht besonders, wenn die Schweiz selbst in jenem Land über keine eigene diplomatische Vertretung verfügte, gegen welches sie Truppen mobilisierte, nämlich in Preussen. Seit der Gründung des Bundesstaates im Jahr 1848 kam es zwischen der Schweiz und dem regierenden Haus der Hohenzollern immer wieder zu Konflikten, denn die rechtliche Stellung Neuenburgs war unbefriedigend gelöst. Neuenburg war seit 1815 ein Schweizer Kanton. Aber gleichzeitig erhob auch der König von Preussen als Fürst von Neuenburg und Valendis (Valangin) Anspruch auf dieses Gebiet. Im Frühjahr 1848 beseitigten Revolutionäre die Monarchie und schafften das aristokratische Regime ab. In einer Volksabstimmung hiess eine Mehrheit die neue republikanisch-demokratische Verfassung gut. Auch die Schweizer Bundesbehörden genehmigten die neue Verfassung. Doch die Tagsatzung hatte es versäumt, von König Friedrich Wilhelm IV. den förmlichen Verzicht seiner Souveränitätsrechte über das Fürstentum zu erwirken. Mit der einseitigen Nichtigerklärung konnte sich Friedrich Wilhelm IV. nicht einverstanden erklären. Er wollte seine Ansprüche auf das «von den Gottlosen zertretene Ländchen am Jura» festhalten.⁵³ Im sogenannten Londoner Protokoll von 1852 liess er sich seine Rechte international bestätigen. In den folgenden Jahren warf der Konflikt allerdings keine hohen Wellen. Die Schweiz hatte, solange sie von Preussen in Ruhe gelassen wurde, keinen Anlass, auf Verhandlungen zu drängen. Und Preussen mochte wegen einer so untergeordneten Angelegenheit keinen Krieg riskieren. Der damalige Schweizer Generalkonsul in Leipzig, Caspar Hirzel-Lampe, unterrichtete den Bundesrat, dass ausser dem König und dem berüchtigten Küchenkabinett, der sogenannten Kamarilla, sowie einigen abgehalfterten Neuenburger Royalisten, die ihre Fortüne am Hof der Hohenzollern machen wollten, im Ministerium niemand an einem «Casus belli» interessiert sei.⁵⁴

Das änderte sich indes im Jahr 1856. Damals inszenierten Neuenburger Royalisten, nicht ohne wohlwollendes Kopfnicken des Königs, einen Aufstand, den indes die Neuenburger Bevölkerung nach zwei Tagen schon niederschlug.

Über 530 Königsanhänger fielen als Gefangene in die Hände der Republikaner. Der König von Preussen forderte sogleich die bedingungslose Freilassung seiner Getreuen. Der Bundesrat lehnte die Forderung ab. Nun begannen langwierige Vermittlungen, in welchen die Schweiz zu spüren bekam, wie ihr die direkten diplomatischen Kanäle fehlten. Preussen schaltete Kaiser Napoleon III. als Vermittler ein, die Schweiz ihrerseits versuchte, so gut es ging, diplomatische Kontakte über ihre Pariser Gesandtschaft herzustellen. Doch die erste Vermittlung schlug fehl. Hernach erbat Preussen von den süddeutschen Höfen die Erlaubnis zum Truppendurchmarsch, um gegen die Eidgenossenschaft ziehen zu können. In dieser Notlage sandte die Schweiz Bundesrat Jonas Furrer mit der Bitte zu den süddeutschen Regierungen, sie möchten den Preussen das geforderte Recht nicht gewähren. Doch die Sondermission scheiterte. Preussen brach Mitte Dezember die diplomatischen Beziehungen zur Schweiz ab und liess verkünden, am 2. Januar 1857 erfolge die angedrohte Mobilmachung. Darauf bot der Bundesrat über Weihnachten 1856 zwei Divisionen auf und ernannte den im Sonderbundskrieg bewährten Genfer Dufour wieder zum General. In einer Proklamation an das Schweizervolk erklärte die oberste Landesbehörde am 3. Januar 1857: «So stehen wir vielleicht am Vorabend wichtiger Ereignisse, an der Schwelle von tief gehenden Prüfungen, die möglicher Weise unserem Vaterland beschieden sind.»⁵⁵ Eine starke patriotische Stimmung ergriff die ganze Schweiz. «Roulez, tambours», das schöne Nationallied von Henri-Frédéric Amiel, erscholl landauf und landab.

Die Stimmung im Land war erregt, der Bundesrat wurde zusehends nervöser, und über einen diplomatischen Arm in Deutschland verfügte er nicht. Kein Wunder, dass Bundesrat Furrer dem Generalkonsul in Leipzig am 23. Dezember 1856 einen Auftrag erteilte, den dieser beim besten Willen kaum erfüllen konnte. Dafür war er nämlich nicht gerüstet.

*«Ich ersuche Sie nun dringend, zuverlässige Leute an den Orten zu halten, wo die Truppen sich concentriren und von wo sie dann gegen die Schweiz aufbrechen sollen. Mittels derselben halten Sie uns beständig, wo möglich per Telegraph, in Kenntniss. Schlagen Sie uns und ihren Berichterstattern gewisse Worte oder Phrasen vor, welche einen andern für die Telegraphenbeamten nicht verständlichen Sinn haben. Eine förmliche Chiffre können wir jetzt nicht mehr verabreden und vermuthlich würde die Chiffre-Correspondenz in Preussen nicht gestattet während eines Krieges. Lassen Sie sich durch die Ausgaben nicht abhalten, uns wo möglich schnelle und sichre Berichte zu schicken, wenn auch nur einige Worte alle 2 oder 3 Tage oder so oft nöthig.»*⁵⁶

In dieser delikaten Situation versuchte der Bundesrat nochmals eine gütliche Einigung herbeizuführen. Er entsandte den Thurgauer Juristen Johann Conrad Kern zu Napoleon III. Der brillante Politiker kannte den französischen Kaiser noch von dessen Aufenthalt auf Schloss Arenenberg am Bodensee. Napoleon war bereit, sich erneut als Vermittler einzuschalten. Und dieses Mal erreichte er einen tragfähigen Kompromiss, der vorerst auf Schweizer Seite zur Freilassung der Gefangenen und auf preussischer Seite zum Abbruch der Mobilisierung führte. Länger dauerte es, bis Friedrich Wilhelm IV. bereit war, seine Hand zu einem rechtlichen Kompromiss zu reichen. Zwei Monate mussten die Grossmächte in Paris verhandeln, bis Ende Mai 1857 ein Vertrag zustande kam. Der König von Preussen verzichtete endgültig auf seine Rechte in Neuenburg, er durfte aber den Titel «Fürst von Neuenburg und Valangin» behalten. Allerdings schmolte der König noch lange. Der Bundesrat dachte schon im Februar 1857 daran, die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen.⁵⁷ Doch Friedrich Wilhelm IV liess sich Zeit. Erst zwei Jahre später traf der neue preussische Gesandte, Karl von Kamptz, in Bern ein, und er bedankte sich beim Marquis de Turgot, dem französischen Botschafter, der in der Zwischenzeit die preussischen Interessen in der Eidgenossenschaft wahrgenommen hatte.⁵⁸

Die Neuenburgerkrise brachte der Eidgenossenschaft schmerzhaft ins Bewusstsein, über welche dürftigen diplomatischen Kanäle sie verfügte. Sie zog ihre Lektionen daraus. Als 1860 mit dem Übergang Savoyens an Frankreich die Neutralität in den Landschaften Chablais und Faucigny gefährdet war und ein Teil der Bevölkerung einen Anschluss an die Schweiz begehrte, akkreditierte sie sogleich einen ausserordentlichen Gesandten beim Königreich von Sardinien-Piemont in Turin und gründete somit die dritte diplomatische Mission.⁵⁹ Die Gebietsübertragung des neutralisierten Landstrichs am Südufer des Genfersees, welche Frankreich für seine Unterstützung im Krieg gegen Österreich von Italien erhielt, rief in der Schweiz Entrüstung hervor. Viele Schweizer betrachteten das Chablais und Faucigny halbwegs als ihr Gebiet. Der Gesandte sollte in Turin vor Ort versuchen, die Gebietsabtretung an Frankreich zu verhindern und einen Anschluss an die Schweiz zu erwirken – ein Unterfangen, das wohl selbst einen Diplomaten von Metternichschem Kaliber überfordert hätte. Der Schweizer Gesandte erreichte natürlich sein Ziel nicht. Aber seine Mission, anfangs nur provisorisch bewilligt, wurde stillschweigend zu einer ständigen Einrichtung.

Die Sparsamkeit des neuen Bundesstaates war gewiss eine Tugend. Sie war aber auch eine Notwendigkeit, wenn der Bundesstaat vor den Augen seiner Bürger bestehen wollte. Nur allzu häufig wurde der neue Staat mit jenem lockern Gebilde verglichen, das als restauriertes Ancien Regime von 1815-1848 exi-

tiert hatte. Natürlich schnitt der neue Staat in finanzieller Hinsicht schlecht ab, denn der alte Bund hatte kaum gemeinsame Organe. Folglich kostete er auch fast nichts. In den sechziger Jahren bekam der Bundesrat zusehends zu spüren, wie ungenügend das rudimentäre diplomatische Vertretungsnetz war. Es war karg selbst im Vergleich zu andern Kleinstaaten.⁶⁰ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die wirtschaftlichen Verflechtungen rasant zunahmen, konnte es sich die Schweiz nicht mehr leisten, erst beim Ausbruch von politischen Krisen diplomatisch tätig zu werden und dann Hals über Kopf Sondermissionen zu entsenden. Der Bundesrat beauftragte deshalb den in Wien lebenden Schweizer Naturwissenschaftler und hochgeachteten Gelehrten, Johann Jakob von Tschudi, eine Studie über das diplomatische Vertretungsnetz zu schreiben. Tschudi, der vorher selbst eine Sondermission in Brasilien durchgeführt hatte, empfahl in seiner Expertise von 1866, auch in Grossbritannien und Deutschland Legationen zu eröffnen.

Trockene Nützlichkeitserwägungen sprachen also für neue Gesandtschaften. Hinzu kam der sanfte Druck der Höflichkeitsgebote. Je mehr sich der Bundesstaat von 1848 festigte, umso mehr liessen jene Staaten, die in Bern eine Gesandtschaft unterhielten, durchblicken, dass es für die Schweiz an der Zeit wäre, Gegenrecht zu halten. Als der erste Schweizer Gesandte König Wilhelm I. das Beglaubigungsschreiben überreichte, erklärte dieser, wie sehr es ihn freue, dass die Schweiz in Berlin eine Gesandtschaft errichtete. Er hätte schon lange gewünscht, die Schweiz würde in dieser Hinsicht Gegenrecht üben.⁶¹

Schliesslich regten sich auch die Schweizerkolonien im Ausland. In Berlin gab es seit 1844 die «Charite», eine Schweizer Wohltätigkeitsgesellschaft, übrigens der älteste Schweizerverein in Deutschland. 1861 gründeten einige Konditoren, Schankwirte, Büchsenmacher und Studenten einen allgemeinen Schweizer Verein. Ein Genfer Linienstecher oder Guillocheur aus Carouge hatte schon zwei Jahre früher versucht, einen solchen Verein zu gründen. Doch in Preussen herrschte die Reaktion, und das Polizeipräsidium witterte hinter diesem Ansinnen revolutionäre Umtriebe. Nachdem die Vereinsgründung beim zweiten Anlauf geglückt war, gelangte der Vorstand bald zur Überzeugung, Berlin bedürfe unbedingt eines Konsulates. Er beschloss 1864, möglichst viele Unterschriften zu sammeln und diese, mit einem Gesuch versehen, dem Bundesrat einzureichen.⁶²

In den Jahren 1866/67 ereignete sich nun einiges, was die rasche Errichtung einer diplomatischen Vertretung in Berlin ratsam erscheinen liess. Die Schweiz hatte ja an der Spree im Gegensatz zu Bremen, Hamburg und Leipzig, nicht einmal einen konsularischen Posten. Mit dem Sieg Preussens über Österreich

bei Königgrätz hatte sich das politische Schwergewicht in Deutschland, wie der Bundesrat richtig erkannte, eindeutig vom Süden nach Berlin verlagert. Unter preussischer Aegide bildete sich der Norddeutsche Bund. Österreich aber wurde, seit Bismarck die kleindeutsche Lösung mit allen Mitteln durchzusetzen begann, aus Deutschland abgedrängt. Der Deutsche Bund, in welchem es den Vorrang innegehabt hatte, wurde aufgelöst. Somit konnte die Gesandtschaft in Wien auch nicht mehr über die Angelegenheiten des Deutschen Bundes berichten. Die Idee, in Berlin eine ständige Vertretung zu errichten, nahm im Herbst 1866 Gestalt an. Der preussische Gesandte in Bern, Karl von Kamptz, wusste am 20. November seiner Regierung etwas Interessantes mitzuteilen. Er berichtete, in der fabrikreichen Stadt Winterthur hätte man vorgeschlagen, Johann Kaspar Bluntschli, Rechtsprofessor in Heidelberg, als ersten Gesandten an den preussischen Königshof zu entsenden. Der Vorschlag sei freilich sofort in verschiedenen Zeitungen heftig bekämpft worden, teils mit dem Argument, Gesandtschaften nützten ohnehin nichts, teils weil der tatkräftige liberalkonservative Bluntschli den radikalen Meinungsmachern nicht genehm war. Mit Datum vom 20. November sei nun im «Bund», der nicht selten als Sprachrohr der Regierung diene, ein Artikel erschienen, der unmissverständlich darlege, dass diplomatische Vertretungen kein verschwenderischer Luxus seien und dass die Schweiz eine ständige Gesandtschaft sowohl in Washington wie in Berlin benötige.⁶³

Im Jahr 1866 gelangte auch der St. Galler Landammann Arnold Otto Aepli zur Überzeugung, die Schweiz sollte in Berlin eine Vertretung errichten. Aepli, ein angesehener Regierungsrat, war nicht ohne diplomatische Erfahrung. Im Sommer 1866 hatte er drei Monate lang eine Vakanz in Wien als Geschäftsträger ad interim überbrückt. Er kannte auch wichtige Leute in Berlin. 1865 war er in die aufstrebende Hauptstadt Preussens und des Norddeutschen Bundes gereist. Auf Empfehlung von Fürst Karl Anton von Hohenzollern empfing Bismarck den Schweizer. Aepli versuchte, den preussischen Regierungschef für sein Lieblingsprojekt, den Bau eines Eisenbahntunnels durch den Lukmanier, zu gewinnen – allerdings vergeblich. Der Zürcher Industriearbeiter Alfred Escher hatte Bismarck bereits während eines Kuraufenthaltes in Baden-Baden von den Vorteilen der Gotthard-Bahn überzeugt.

Am 1. Dezember 1866 schrieb Aepli seinem guten Freund, dem Fürsten Karl Anton von Hohenzollern, die öffentliche Meinung in der Schweiz hätte grosse Mühe, sich mit den neuen Verhältnissen in Deutschland zurechtzufinden: Die Herzen vieler Schweizer würden für die süddeutschen Staaten schlagen.

«Ich würde daher doppelt wünschen, dass man sich bei uns zur Errichtung eines Gesandtschaftspostens in Berlin entschliessen könnte, um üblen Rückwirkungen unserer oft irgeleiteten Presse besser Vorbeugen zu können. Wie mir aus Wien Herr v. Tschudi, unser dortiger provisorischer Geschäftsträger, schreibt, soll ihm Baron Werther versichert haben, dass Graf Bismarck von den wohlwollendsten Absichten gegen die Schweiz beseelt sei. Es dürfte also gewiss an Elementen zur Pflege des freundlichsten Verständnisses nicht fehlen»⁶⁴

Warum wandte sich der St. Galler Politiker an einen Angehörigen aus dem Hause Hohenzollern? Fürst Karl Anton war Aepli lebenslang dafür dankbar, dass dieser seinem Sohn, Prinz Karl, in einer Notlage einen Reisepass ausgehändigt hatte. Der Prinz war nämlich im Frühling 1866 von den beiden Kammern der Fürstentümer Walachei und Moldau, aber gegen den Willen der Grossmächte, zum König von Rumänien gewählt worden. Er konnte indes, inmitten der heftigen Kriegsvorbereitungen in Österreich und Preussen, kurz vor dem Ausbruch des Bruderkrieges, nicht offiziell durch Feindesland nach Bukarest reisen. Aepli war bereit, dem Fürsten Karl Anton, der auch Besitzungen im Kanton St. Gallen hatte und sich öfters dort aufhielt, eine Gunst zu erweisen und dessen Sohn ein unverdächtiges Reisedokument auszustellen. Als «Carl Hettingen, Partikulier von Thal, Bezirk Unterrheintal», brach der Prinz am 19. Mai zu seiner riskanten, jedoch erfolgreichen Reise durch Österreich in die Walachei auf.

Fürst Karl Anton erwies seinem Freund gern einen Dienst. Ja, er schien ihm den Wunsch von den Lippen zu lesen; sogleich sondierte er bei Bismarck, wie es um die Errichtung einer schweizerischen Gesandtschaft stünde. Am 26. Dezember 1866 schrieb er dem Landammann:

«In Berlin ist man gegen die Schweiz nichts weniger als gleichgültig. Man wünscht dort entschieden, mit der Schweiz sich auf einen guten und erspriesslichen Fuss zu setzen. Ich habe Ihre Andeutung wegen einer diplomatischen Vertretung der Schweiz in Berlin zum Gegenstand einer vertraulichen Anfrage bei Graf Bismarck gemacht und von demselben wörtlich folgende Erwiderung erhalten: ‚dass die Königl. Preuss. Regierung auf die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zur Schweiz besonders Werth lege und daher die Etablierung einer schweizerischen Gesandtschaft in Berlin mit Vergnügen sehen würde‘.

Abgesehen von allen Principienfragen müsste die Vertretung der Schweiz am norddeutschen Bundessitze schon wegen der Verkehrs-, Handels- und vielen andern rein materiellen Interessen geboten erscheinen. Alle in die-

ses ungeheure Gebiet einschlagenden Fragen werden in Berlin allein entschieden und auf Gesamtdeutschland, also auch südlich vom Main, übertragen. Es wird für den deutschen Süden eine eiserne Nothwendigkeit, eine Existenzfrage werden, sich den von Norden kommenden Auffassungen und Einrichtungen anzubequemen...

Ich rathe also ernstlich, da ich mich auch als ein Stück eines freien Schweizers ansehe, in diplomatische Verbindung mit Berlin einzutreten. Niemand wird ein solches Beginnen als eine Beugung vor der Macht ansehen, sondern als eine pure Anerkennung der von Preussen geschaffenen und völkerrechtlich begründeten Neubildung Deutschlands.»⁶⁵

Ohne Zweifel beantwortete Bismarck die inoffizielle Anfrage der königlichen Hoheit äusserst positiv. Auch die amtlichen Dokumente des Auswärtigen Amtes verbürgen die Richtigkeit der Version von Fürst Karl Anton.⁶⁶ Bismarck handelte allerdings nicht selbstlos. Er hatte vielmehr Grund, sich entgegenkommend zu zeigen. Denn jede neue Gesandtschaft in Berlin verlieh der von Preussen erzwungenen kleindeutschen Lösung etwas internationale Respektabilität. Sie milderte die Erinnerung an die beiden Kriege, die Bismarck zielstrebig ausgelöst hatte, um einen deutschen Nationalstaat unter preussischer Führung zu schaffen. Trotz allen verheissungsvollen Vorzeichen geschah in Bern vorerst an der Oberfläche wenig. Doch im Bundesratskollegium begann man umzudenken. Als im April 1867 wegen Luxemburg ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland auszubrechen drohte, entschied der Bundesrat innert wenigen Tagen, dem Antrag des Politischen Departementes, einen «ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister» nach Berlin zu entsenden, stattzugeben. Dieser sollte dem preussischen Königshof die strikte und bewaffnete Neutralität der Schweiz erklären und dahin wirken, dass die Neutralität von den Kriegsparteien auch respektiert wird. In seiner Sitzung vom 17. April beschloss der Bundesrat:

«Bezüglich der Frage über die Nothwendigkeit der Aufstellung einer schweizerischen diplomatischen Vertretung in Berlin, mit Rücksicht auf die neuste Umgestaltung Deutschlands in eine starke Föderativmacht, ist nach Anhörung des einlässlichen Berichts des politischen Departements und seiner Anträge und nach stattgehabter allseitiger Berathung in Sachen beschlossen worden:

es seien die Vorschläge des politischen Departements in nachfolgend spezialisierter Weise genehmigt:

a. Es ist provisorisch ein schweizerischer diplomatischer Posten für Deutschland zu erstellen;

- b. *der Gesandte ist in Berlin zu akkreditieren unter dem Vorbehalte, denselben auch bei dem deutschen Bunde zu beglaubigen, wenn letzterer sich konstituiert haben wird. Der nemliche Gesandte ist auch bei den süd-deutschen Staaten zu akkreditiren.*
- c. *er führt den Titel ‚ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister‘.*
- d. *Die Jahresbesoldung des Gesandten beträgt fs 22'000 – nebst Entschädigung für amtliche Reisen.*
- e. *Das Militärdepartement sei beauftragt, Bericht und Antrag darüber zu hinterbringen, ob nicht dem Gesandten ein Schweiz. Offizier beizugeben sei, welchem insbesondere die Berichterstattung in Militärsachen obläge».⁶⁷*

Der Bundesrat hatte also beschlossen, eine vierte Gesandtschaft zu eröffnen. Damit hatte die Schweiz in allen Nachbarstaaten – ausser im Fürstentum Liechtenstein – diplomatische Vertretungen errichtet, denn die Schweiz liess ihren Gesandten in Berlin auch im Königtum Bayern, im Königtum Württemberg und im Grossherzogtum Baden akkreditieren – ein Vorgang, nämlich eine Mehrfachakkreditierung, die es in der schweizerischen Diplomatiegeschichte bisher nicht gegeben hatte.

Der schweizerische Gesandte wurde in Berlin mit offenen Armen empfangen. In der Hauptstadt des Norddeutschen Bundes versprach man sich einiges von der neuen eidgenössischen Vertretung. Der preussische Gesandte Roeder wusste nämlich dem Auswärtigen Amt Interessantes über ein Gespräch mit Bundespräsident Fornerod zu berichten. Dieser hatte ihm anvertraut, der Bundesrat werde in der kommenden Sommersession dem Parlament beantragen, die Gesandtschaft in Wien aufzuheben. Österreich hätte, seit es im vergangenen Jahr aus dem Deutschen Bund ausgeschieden sei, an Bedeutung eingebüsst. Ausserdem sei der Bundesrat verstimmt darüber, dass Österreich grenznachbarliche Probleme über Gebühr verschleppe. Schliesslich falle auch der österreichische Gesandte in Bern, Ferdinand von Mensshengen, unangenehm auf; er verkehre am liebsten im Kreis von konservativen Patriziern, die sich mit dem Bundesstaat von 1848 nicht abgefunden hätten. Der Bundespräsident hatte sich gar veranlasst gesehen, «den Vertreter Österreichs von dem offiziellen Diner, welches bei meiner Ankunft gegeben wurde, auszuschliessen, was nirgends unbemerkt blieb.»⁶⁸ Die Schweiz habe, meinte Roeder, anscheinend bereits beim österreichischen Aussenminister Ferdinand von Beust die Abberufung Mensshengens angeregt. Tatsächlich verabschiedete sich der Baron, der elf Jahre lang in der Schweiz residiert hatte, kurz hernach.

Beabsichtigte die Eidgenossenschaft wirklich die Berliner Gesandtschaft an Stelle des Wiener Postens zu errichten? Für Preussen hätte eine solche Umschichtung einen diplomatischen Erfolg sondergleichen bedeutet. Nachdem Preussen Österreich bei Königgrätz auf dem Schlachtfeld besiegt hatte, wäre die k. und k. Monarchie auch noch diplomatisch gedemütigt worden. Die Instruktionen, welche der erste Gesandte auf den Weg mitbekam, und die merkwürdigen Umstände seiner Bestallung sprechen allerdings eine andere Sprache. Sie bekräftigen Roeders erstaunlichen Bericht keineswegs. Dass einige Politiker in der Aarestadt indes mit der Schliessung des Wiener Postens liebäugelten, ist nicht abzustreiten. Schon im Vorjahr hatte der eidgenössische Geschäftsträger in Wien dem Bundesrat von einer solchen Massnahme abgeraten.⁶⁹ So wurde sie denn auch nie in die Tat umgesetzt.

Am Rande vermerkt, fällt auf, dass sich der Bundesrat ein weiteres Mal treu blieb: wie schon der letzte Posten in Turin wurde auch die Gesandtschaft in Berlin nur provisorisch bewilligt – provisorisch, weil man mit diesem Etikett den Argwohn zahlreicher Parlamentarier leichter zu besänftigen hoffte. Man stattete den neuen Gesandten jedoch mit einem beachtlichen Rang aus: als ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister war er höher eingestuft als sein Kollege in Wien, der lediglich Charge d'affaires war, also Geschäftsträger. Bei der Gehaltsentschädigung verfuhr man allerdings weniger grosszügig. Der Gesandte in Berlin erhielt eine wesentlich geringere Besoldung als die beiden Kollegen in Frankreich und Italien, die mittlerweile ebenfalls den Gesandtentitel trugen. Der Bund entschädigte den Gesandten Kern in Paris mit 50'000 Franken und Minister Giovanni Battista Pioda in Florenz mit 30'000 Franken, der Berliner Posten aber war mit 22'000 Franken dotiert.

Lieber in Glarus als in Berlin: Joachim Heer

Kaum hatte der Bundesrat entschieden, in Berlin eine Gesandtschaft zu errichten, liess er den Glarner Landammann und Nationalrat Joachim Heer anfragen, ob er das Amt übernehmen würde. Drei Tage nach der wichtigen Bundesrats-sitzung vom 17. April 1867 schrieb Heer an Bundespräsident Constant Fornerod, er könne das bundesrätliche Telegramm nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten. Tatsächlich wand sich der Magistrat in seinem Schreiben so, dass er selbst glaubte, er hätte die bundesrätliche Anfrage höflich abgelehnt. Fornerod jedoch telegraphierte postwendend, man erachte Heers Erklärung als Zusage unter gewissen Bedingungen. In seiner Sitzung vom 22. April billigte der Bundesrat Heers Bedingungen und beauftragte das Politische Departement, für den eidgenössischen Gesandten das Agreement in Preussen und bei den süddeutschen Staaten einzuholen. Die Bedingungen, unter welchen Heer seine Mission antrat, sollten allerdings, wie der Bundesrat wohlweislich präziserte, den Empfangsstaaten nicht mitgeteilt werden.⁷⁰ Der neu angekommene preussische Gesandte in Bern, Max von Roeder, rühmte Heer als einen «Mann von anerkannt ausgezeichneten Eigenschaften».⁷¹ Am 6. Mai erteilte der König, nachdem ein in protokollarischen Fragen reichlich unbeholfener Bundesrat schon nach wenigen Tagen ungeduldig nachfragen liess, das Agreement. Das Telegramm lautete kurz und bündig: «Heer Seiner Majestät angenehm.»⁷²

Die Ernennung Heers ist in der Tat etwas merkwürdig. Der gestandene Politiker erklärte unumwunden, er würde den diplomatischen Posten in Berlin nur antreten, wenn er auf sein Amt als Landammann in Glarus nicht verzichten müsse. Das Äusserste, wozu er sich verpflichten könnte, wäre eine Mission von drei bis vier Monaten. In sympathischer Offenheit schrieb er: «So interessant u. wichtig in besonders gearteten, ausserordentlichen Zeitläufen eine diplomatische Thätigkeit in Berlin sein möchte: in gewöhnlichen, normalen Zeiten, die hoffentlich doch auch wieder kommen werden, erachte ich die Stellung u. die Wirksamkeit des Gesandten eines kleinen Staates für nichts weniger als beneidenswerth u. habe ganz ernstlich die Ansicht, dass ich der Welt in meiner bescheidenen Stellung im hiesigen Kanton mehr nütze, denn als Minister der

schw. Eidgenossenschaft in Berlin – gar nicht zu reden von dem Masse eigener Befriedigung, die mir aus der einen oder aus der andern dieser Stellungen erwachsen würde.»⁷³ Entgegenkommend, wie der Bundesrat dem Glarner Landesfürsten gegenüber war, wartete man vorerst die Landsgemeinde am ersten Maiensonntag ab. Dann begab sich Heer nach Bern, wo er umfassende Instruktionen entgegennahm. Am 12. Mai brach er nach Berlin auf. Dort sollte er, wie es in den Instruktionen hiess, eine Residenz beziehen, eine Kanzlei einrichten und so viel Personal auf seine Kosten anstellen, wie er für nötig erachtete.

Joachim Heer (1825-1879) entstammte einer begüterten Glarner Honoratiorenfamilie. Generation um Generation stellte sie den Landammann. Im Jahr 1857 wählten seine Landsleute auch ihn in dieses Amt. Ausserdem entsandten sie ihn in den Nationalrat, den er 1863 und 1869/70 präsidierte. Der promovierte Jurist, übrigens auch ein beachtenswerter Historiker, gehörte im Parlament dem Zentrum an. Er suchte den Ausgleich zwischen radikalen Freisinnigen und ultramontanen Katholiken. Kulturkämpferischen Strömungen war er abhold, radikalen Eifer dämpfte er, sozialpolitischen Bestrebungen aber verschloss er sein Herz nicht. Unter seiner Leitung nahmen die Glarner 1864 das wegweisende Fabrikgesetz an. Als erstes Gemeinwesen in Europa hatte der damals höchstindustrialisierte Kanton der Schweiz den Zwölf-Stunden-Tag für alle Fabrikarbeiter eingeführt und die Kinderarbeit eingeschränkt. Bei den Bundesratswahlen von 1875 portierten die Katholisch-Konservativen den Protestanten Heer. Er wurde im ersten Wahlgang ins Kollegium gewählt, das er schon 1877 präsidieren sollte.

Dem Bundesrat war wohl aus einem ganz bestimmten Grund daran gelegen, den Berliner Posten mit Heer zu besetzen. Dieser hatte grosse Erfahrung als Unterhändler. Zusammen mit dem Basler August Staehelin-Brunner und dem Generalkonsul in Leipzig, Caspar Hirzel-Lampe, hatte er schon 1865 die umfangreichen Verhandlungen mit dem Deutschen Zollverein geführt. Der Vertrag, den ein Kenner den «ersten grossen Wurf» aller handelspolitischen Vertragswerke der Schweiz genannt hat,⁷⁴ blieb jedoch Entwurf, da Preussen sich geweigert hatte, ihn zu ratifizieren. Heer erhielt den Auftrag, die Verhandlungen so rasch als möglich wieder aufzunehmen und zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Konsequenterweise gab man ihm die vorhandenen Akten mit auf den Weg.

Andere Kandidaten scheint der Bundesrat nicht in Betracht gezogen zu haben. Der St. Galler Landammann Arnold Otto Aepli hätte sich für den Berliner Posten allerdings auch interessiert. Hinterher glaubte er, der Bundesrat hätte ihn wegen der Parteinahme für den Lukmanier-Durchstich nicht berücksichtigt.⁷⁵ Später vertrat er die Schweiz zehn Jahre lang in Wien.

Am Abend des 15. Mai 1867 traf Heer in Berlin ein. Er kannte die Stadt bereits aus seiner Studienzeit. Schon am übernächsten Tag nach seiner Ankunft wurde er von Bismarck, dem Ministerpräsidenten und Chef der auswärtigen Angelegenheiten, empfangen. Die Luxemburgerfrage, derentwegen der Bundesrat Heer nach Berlin entsandt hatte, war mittlerweile geregelt. Bismarck versicherte jedoch dem Gesandten, Preussen wisse es zu schätzen, dass die Schweiz im Kriegsfall ihre Neutralität nach allen Seiten hin verteidigt hätte. Auf den Handelsvertrag, welcher der Schweiz sehr am Herzen lag, kam Heer nicht zu sprechen, auch nicht am folgenden Tag, als er König Wilhelm I. das Beglaubigungsschreiben überreichte. Für konkrete Verhandlungen war die Zeit, wie Heer schon vor seiner Abreise richtig vermutet hatte, noch nicht reif. Als der Gesandte schliesslich den Finanzminister auf einen neuen Handelsvertrag ansprach, erklärte dieser unumwunden, vorerst müsse sich der Norddeutsche Bund eine neue Zollvereinsverfassung geben und dann, in einigen Monaten, könne man auf Verhandlungen eingehen. Auch die Postverhandlungen, ein anderes vordringliches Geschäft aus Schweizer Sicht, wollten nicht richtig anlaufen.

So gelangte denn der Gesandte nur fünf Tage nach seiner Ankunft zur Überzeugung, die Gesandtschaft hätte eigentlich keinen Stoff, um sich entfalten zu können, da in der Kriegsfrage Ruhe herrsche und sich bei den Vertragsverhandlungen auf Monate hinaus nichts tun werde.⁷⁶ Noch zwei Wochen verstrichen, in welchen der frischgebackene Diplomat nicht recht wusste, was er tun sollte. Da raffte sich Heer auf und schrieb an Bundesrat Jakob Dubs: «Ich habe im vollen und wahren Sinne des Wortes Heimweh und sehne mich inbrünstig aus diesem Lärm einer mir fremden Welt in die Stille und in die gewohnte Tätigkeit meines lieben Glarnerlandes zurück.»⁷⁷ Unterdessen hatte er an der vornehmen Wilhelmstrasse eine Kanzlei eingerichtet. Eine Residenz bezog er wahrscheinlich nicht. Jedenfalls empfing er eine Delegation des Schweizer Vereins in einem Hotel.

Am 24. Juni verliess er Berlin, um König Ludwig II. in München, der Regierung des Grossherzogtums von Baden in Karlsruhe und König Karl I. von Württemberg in Friedrichshafen, wo dieser ferienhalber verweilte, das Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Am 24. Juli kehrte Heer von seiner Akkreditierungstournee nach Berlin zurück. Danach begab er sich in seine Heimat in den Urlaub. Gelegentlich erledigte er einige Geschäfte von Glarus aus. So sondierte er in Berlin, wann die ersehnten Gespräche über den Handelsvertrag wieder aufgenommen werden könnten. Als er im September vernahm, die Verhandlungen würden nicht vor Neujahr einsetzen, demissionierte er kurzerhand. Am 2. Dezember 1867 nahm der Bundesrat die Demission an. Heer hatte sich aber verpflichtet, die fraglichen Verhandlungen in Sondermission weiterzuführen.

Bonn, den 22 April 1867

p. 22/4

Ich bin sehr erfreut, dass Sie mir die
Gefälligkeit erweisen, Sie von dem
Königlichen Hofe in Berlin zu empfangen,
sowie die Bitte, Sie in Berlin zu empfangen
zu lassen, die ich sehr gerne annehmen
würde, wenn Sie sich dafür entscheiden,
an dem Hofe in Berlin zu erscheinen,
und die Bitte, Sie in Berlin zu empfangen
zu lassen, die ich sehr gerne annehmen
würde, wenn Sie sich dafür entscheiden,
an dem Hofe in Berlin zu erscheinen.

Ich bin sehr erfreut, dass Sie mir die
Gefälligkeit erweisen, Sie von dem
Königlichen Hofe in Berlin zu empfangen,
sowie die Bitte, Sie in Berlin zu empfangen
zu lassen, die ich sehr gerne annehmen
würde, wenn Sie sich dafür entscheiden,
an dem Hofe in Berlin zu erscheinen.

Ich bin sehr erfreut, dass Sie mir die
Gefälligkeit erweisen, Sie von dem
Königlichen Hofe in Berlin zu empfangen,
sowie die Bitte, Sie in Berlin zu empfangen
zu lassen, die ich sehr gerne annehmen
würde, wenn Sie sich dafür entscheiden,
an dem Hofe in Berlin zu erscheinen.
1867

Agrément-Gesuch für den ersten Schweizer Gesandten in Deutschland,
den Glarner Joachim Heer. (Bundesarchiv, Abt. Potsdam).

ren. Den verschiedenen Aussenministern gab das Politische Departement freilich nicht bekannt, dass Heer seine ordentliche Mission bereits beendet hatte. Den sogenannten «Lettre de rappel», das Rückberufungsschreiben, überreichte Heer erst, nachdem er auch seine Sondermission abgab. Doch auch darauf musste der Bundesrat nicht lange warten.

Die Sondermission begann ganz ähnlich wie die erste Ernennung. Die schweizerisch-deutschen Verhandlungen drohten mit der Glarner Landsgemeinde zu kollidieren. Heer war nur bereit, die Postverhandlungen zu führen, wenn sie seine Landsgemeindevorbereitungen nicht stören würden. Selbst Dubs, der wohlmeinende Freund im Bundesrat, meinte, das «glarnerische Stillleben» dürfe «denn doch nicht das höchste Gesetz in der Eidgenossenschaft sein».⁷⁸ Aber der Bundesrat gab erneut nach. Schwieriger wurde es mit dem Handelsvertrag. Denn dieser musste dem deutschen Zollparlament vorgelegt werden, welches nur einmal im Jahr, nämlich im Mai tagte. Nun kam der Glarner Landrat seinem Landammann entgegen. Er erklärte sich bereit, das Unerhörte vorzunehmen, nämlich wegen Heer die Landsgemeinde um 14 Tage auf den 17. Mai zu verschieben. Junge Glarner spöttelten denn auch, damit sei der Beweis erbracht, dass der Landsgemeindekanton eben insgeheim doch eine Monarchie sei.

Mitte März 1868 brach Heer erneut nach Berlin auf. Er sollte zwei Verhandlungen zur Vertragsreife führen. Aber der Erfolg war ihm nicht so beschieden, wie er es erhofft hatte. Der Handelsvertrag konnte nicht unterzeichnet werden, obschon kaum noch textliche Differenzen bestanden. Auch eine letzte Intervention des Schweizer Gesandten bei Bismarck brachte keine Lösung. Bismarck war der Ansicht, die Schweiz hätte Frankreich im 1864 abgeschlossenen Handelsvertrag besser behandelt als Deutschland. Aus Gründen der nationalen Ehre könne sich aber Deutschland derlei nicht gefallen lassen. Die gescheiterten Verhandlungen trübten allerdings das Klima zwischen den Kontrahenten nicht wesentlich. Schon im nächsten Jahr konnte Heers Nachfolger den Handelsvertrag, lediglich mit einigen Retouches versehen, abschliessen.

Die Postverhandlungen ihrerseits mussten am 9. Mai ergebnislos abgebrochen werden. Anderntags reiste Heer, der bereits am 14. April dem König sein, wie er sich ausdrückte, «Recreditiv» eingereicht hatte und hernach im Beisein von Bismarck zur königlichen Tafel gebeten worden war,⁷⁹ in die Schweiz zurück, bemerkenswerterweise zuerst nach Glarus an die Landsgemeinde, dann zur Berichterstattung nach Bern.

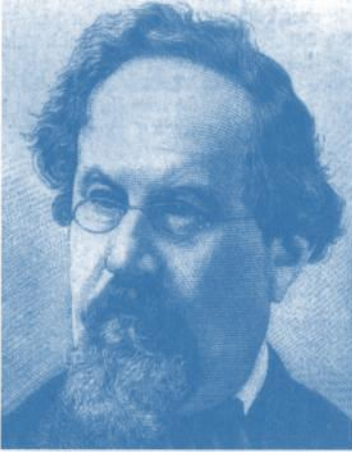
Es ist schwierig, Heers Verdienste als Gesandter zu würdigen. Nach heutigen Kriterien müsste man wohl von einer Fehlbesetzung sprechen. Man errich-

tet nicht in einer aufstrebenden Hauptstadt Europas eine neue Gesandtschaft, damit der erste Schweizer Vertreter seine Präsenz bestenfalls sporadisch markiert. Und mehr als sporadisch kann man Heers Aufenthalte an der Spree nicht nennen: sechs Wochen in ordentlicher Mission, acht Wochen in Sondermission. Das entsprach nicht den Anforderungen an eine ständige Vertretung, was die Schweizer Gesandtschaft de jure war.

Heer war zweifelsohne eine Persönlichkeit mit viel Prestige, aufgrund seiner Herkunft, seines Vermögens, seiner Stellung und seiner Fähigkeiten. Kein Geringerer als Philipp Anton von Segesser, der geistreiche Staatsmann und Freund aus Luzern, charakterisierte ihn wohl zu Recht als einen «Mann, der Festigkeit und Milde in seltenem Masse vereinigte und durch ungewöhnliche Geistesgaben nicht minder als durch Biederkeit und Wohlwollen allen imponierte».⁸⁰ Er war auch ein Mann des Ausgleichs. In der Eisenbahnfrage, die das Land wie kein zweites Thema spaltete, war er unvoreingenommen. Später, als Bundesrat, erwarb er sich grosse Verdienste um die Finanzierung der Gotthardlinie. Wenn man bedenkt, wie sehr die Volksvertreter selbst den geringsten Ausbau des diplomatischen Netzes beargwöhnten, dann war es wohl richtig, einen angesehenen Parlamentarier mit der ersten ständigen Mission in Deutschland zu betrauen.

Doch einige komische Züge bei der Besetzung des Berliner Postens kann man nicht übersehen. Die kurze Amtsdauer nimmt sich, wie immer man die Sache wendet, ungewöhnlich und abträglich aus. Wahrscheinlich hatte der Bundesrat gehofft, der Glarner Landammann würde sich, hätte er erst am Berliner Leben Gefallen gefunden, schon für eine Verlängerung seines Aufenthaltes gewinnen lassen. Denn etwas Wankelmütiges haftete Heer tatsächlich an. Kaum hatte er beispielsweise sein Beglaubigungsschreiben in Berlin überreicht, klagte er schon über Heimweh. Und gut zwei Wochen später, auf der Rückfahrt in die Schweiz, sinniert er: «Weiss der Himmel, ob ich mit alter Freudigkeit in den kleinen engen Geschäften und Geschäftchen der Heimat mich wieder zurechtfinden werde».⁸¹ Etwas entnervt vertraute Bundesrat Dubs am 11. Mai 1868, als er gerade die Nachricht erhielt, Heer sei nach dem Abbruch der Verhandlungen erneut aus Berlin abgereist, seinem Tagebuch an: «Er ist eine Frauenzimmeratur, eitel, launig, schwankend, furchtsam, lässt sich imponieren bei aller Gescheitheit».⁸² Man kann Dubs verstehen. Er war in jenem Jahr gerade Bundespräsident und somit mit der Leitung der Aussenpolitik betraut.

Zu Heers Ehre sei erwähnt, dass er schon von Anbeginn Zweifel hegte, ob er sich für die Übernahme eines diplomatischen Postens eigne. Und ehe er sich das Berliner Mandat überbürden liess, hatte er niemand anderem als Bundesrat Dubs in einem privaten Brief alle seine Schwächen offenbart. Ihm mangle es



Joachim Heer, Erster Minister in Berlin, 1867/1868; Bundesrat von 1876-1878. (Altermatt: die Schweizer Bundesräte).

an Entschiedenheit und Entschlossenheit, er lasse sich leicht beeindrucken, und das könne gerade für ihn als Gesandten in Berlin, «weil ich eine grosse Vorliebe für den preussischen Staat und die neueste Phase seiner Politik habe», zu schwerwiegenden Konsequenzen führen. Denn er dürfte der Argumentation der preussischen Seite kaum mit der erforderlichen Festigkeit entgegentreten»⁸³ – eine Einschätzung, die Heers Berichte zumindest nicht widerlegen.

Heer war ein gebildeter und toleranter Grandseigneur. Am wohlsten war ihm als patriarchalischer Landammann in Glarus, umgeben von einigen ebenbürtigen Familien, mit freundlich distanzierter Beziehungen zum Volk. Das diplomatische Leben war nicht nach seinem Geschmack. Mit erfrischender Unbefangenheit spöttelte er nach dem Berliner Zwischenspiel über «leere, geschniegelte, auf Stelzen laufende, lächelnde, medisirende ‚Diplomatiker‘».⁸⁴ Oder als die Schweiz 1876 den Posten an der Spree neu besetzen musste, vertraute er seinem Tagebuch an, es sei jammerschade, wenn man einen Mann in der Vollkraft der Jahre, der für seinen Heimatkanton wirken könnte, in die bedeutungslose Scheinwelt eines «petit-diplomate» verdamme.⁸⁵ Doch auch im Bundesrat behagte es ihm nicht richtig. Er meinte, er führe dort eine «Bürolisten-Existenz». Schon in seinem ersten Amtsjahr hätte er am liebsten demissioniert. Im zweiten Jahr, kurz nach der Übernahme des Bundespräsidiums, erkrankte er an einer Brustfellentzündung. Er erholte sich davon nicht mehr richtig. Im Sommer 1878 verschlechterte sich sein Gesundheitszustand dermassen,

dass ihm die Ärzte zum Rücktritt rieten. Auf Jahresende schied er aus dem Kollegium aus; zwei Monate später starb er in Glarus. Als Nachfolger wählte das Parlament den Bündner Simeon Bavier, der bereits nach vier Jahren aus dem Bundesrat zurücktrat und die Schweiz über zehn Jahre als Minister in Rom vertrat.

Während Heers langer Abwesenheit in Berlin zwischen Sommer 1867 und Frühjahr 1868 vertrat der Kaufmann Charles-Philippe Mercier die Schweizer Interessen als Geschäftsträger ad interim. Vor seiner endgültigen Demission schlug Heer dem Politischen Departement vor, Mercier den Titel eines Attachés zu verleihen. Mercier erledigte nicht nur die laufenden Geschäfte, zwischen- durch versah er auch den Posten eines Generalkonsuls in St. Petersburg. Dort brachte er wieder Ordnung in die schweizerische Vertretung. Die Bundesbehörden hatten nach dem Tod von Honorargeneralkonsul Adolf Glinz entdeckt, dass dieser Geld im grossen Stil veruntreut hatte. Mercier wurde 1871 schliesslich Gesandtschaftssekretär in Berlin. Doch in dieser Stellung blieb er nicht lang. Nach einigen Monaten folgte er seinem Gönner nach Glarus, erwarb dort das Bürgerrecht und heiratete im September Heers Tochter Emilie. Dann führte er ein nicht minder standesgemässes Honoratiorenleben als sein Schwiegervater. Er wurde National- und Ständerat, Landesstatthalter und Gemeindepräsident von Glarus. Sein Sohn Philipp, auch er Gemeindepräsident von Glarus und Ständerat, ja sogar Ständeratspräsident, sollte 1918 für anderthalb Jahre als Gesandter nach Berlin zurückkehren.

Eine ständige Vertretung entsteht: Bernhard Hammer

Den Sommer 1868 hindurch prüfte der Bundesrat verschiedene Anwärter für den Berliner Gesandtenposten. Auf Vorschlag von Bundespräsident Jakob Dubs fiel am 5. August die Wahl auf den Artillerie-Oberinstructor Bernhard Hammer (1822-1907). Vielseitig gebildet, an naturwissenschaftlichen Fragen nicht weniger interessiert als an Philosophie, hatte der Solothurner Fürsprecher und Notar nach seinen Studien, die ihn auch nach Berlin geführt hatten, zuerst eine Karriere als Statthalter und Amtsgerichtspräsident in seinem Heimatkanton begonnen. Nachdem ihn das Parteienglück in seinen öffentlichen Ämtern nicht begünstigte, betätigte sich Hammer, von Hause aus nicht unbegütert, mit beachtlichem Erfolg als Privatbankier. Schliesslich übernahm der ehemalige Sonderbundsmitglied mit grossem Engagement einen Instruktorposten in der prestigeträchtigen Artillerieschule in Thun. In seiner sechsjährigen Amtszeit erwarb sich Hammer hohes Ansehen in der Armee und hervorragende militärische Sachkenntnisse. Gerade diese dürften, nebst seiner neutralen Haltung in der umstrittenen Eisenbahnführung durch die Alpen, bei der Wahl zum Berliner Gesandten den Ausschlag zu seinen Gunsten gegeben haben.⁸⁶ Hammers Wahl war eine Überraschung, denn dem Obersten, ohne jegliche Regierungs- oder Parlamentserfahrung, hatte man lediglich die Chancen eines Aussenseiters eingeräumt.

Der neue Gesandte glich in vielen Eigenschaften seinem Vorgänger. Nicht nur hatte er, wie damals gang und gäbe, einige Auslandssemester in Berlin verbracht; er war auch parteipolitisch recht unabhängig. Wie Heer liess er sich nie vom radikalen Freisinn an die Kandare nehmen. Er gehörte zum liberalen Zentrum und war ein Vermittler zwischen Radikalen und Ultramontanen. 1875 wählte ihn eine Allianz von Katholisch-Konservativen und Liberalen in heftig umstrittenen Runden in den Bundesrat – im gleichen Jahr, in welchem auch Heer, dem er sich in seiner Weltanschauung verbunden fühlte, in den Bundesrat gelangte. Zusammen mit dem mächtigen Emil Welti bildeten die beiden ehemaligen Gesandten das liberale Zentrum in der obersten Exekutive.

Im Herbst 1868 trat Hammer seinen Posten in Berlin an. Kanzlei und Residenz richtete sich das Ehepaar an der Bellevuestrasse 7 im Tiergarten ein. Für jährlich 7'000 Mark mieteten sie eine Wohnung mit acht Stuben, einem Salon, fünf Kammern, einer Badstube, Küche und Keller.⁸⁷ Da der König fast den ganzen Monat Oktober in Baden-Baden zur Kur weilte, erfolgte die Überreichung des Beglaubigungsschreibens erst Anfang November. Wie sein Vorgänger war Hammer auch in München, Stuttgart und Karlsruhe akkreditiert; neu hinzu kam Darmstadt für das Grossherzogtum Hessen. Zuerst musste sich der Gesandte, so wollten es die Instruktionen, in Berlin beim König von Preussen und beim Norddeutschen Bund beglaubigen lassen, zuletzt sollte er die Aufwartung dem Grossherzog von Hessen machen. Im Übrigen waren die Instruktionen, abgesehen von kleineren Änderungen, die gleichen wie für Joachim Heer. Auch das Parlament absolvierte den altvertrauten Parcours. Wieder einmal debattierte man über die Gehälter der Gesandten. Insbesondere der Berliner Posten erregte mit seinen grossen Reisespesen den Unwillen der Nationalräte. Es brauchte einige Anstrengung, bis der Vermittlungsantrag des Ständerates, wonach der Gesandte in Berlin mit 27'000 Franken – Repräsentationskosten inbegriffen – zu besolden sei, angenommen wurde.⁸⁸ Allerdings war dies keine kümmerliche Entlohnung: ein Bundesrat verdiente zur gleichen Zeit lediglich 13'500 Franken.

Mit Hammers Amtsantritt kann man mit gutem Gewissen von einer ständigen Gesandtschaft der Schweiz in Berlin sprechen. Die «Kölner Zeitung» wollte wissen, der König hätte, als er Minister Heer verabschiedete, den Wunsch geäussert, die Schweiz möchte sich ständig am preussischen Hof vertreten lassen – ein deutlicher Hinweis, dass die offiziellen Stellen Heers rare Präsenz mit gemischten Gefühlen vermerkten. Hammer lebte sich rasch in Berlin ein und entfaltete in der pulsierenden Hauptstadt, die damals geradezu explodierte – die Bevölkerung schnellte von 1860 bis 1880 von 493'000 auf 1'120'000 hoch – eine erfolgreiche Tätigkeit. Die zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen schlugen ihm indes buchstäblich auf den Magen. Verwunderlich ist dies nicht. Das königliche und kaiserliche Berlin der Gründerjahre gab sich splendid. Die oberste Gesellschaftsschicht repräsentierte gern und verschwenderisch. Bankette mit acht Gängen und mehr sowie sechs verschiedenen Weinsorten waren keine Seltenheit. Gesundheitliche Probleme zwangen Hammer, Jahr für Jahr Erholungsurlaube in der Heimat und in Vichy einzuschalten. Als Bundesrat war Hammer viel weniger von Beschwerden geplagt. Offensichtlich bekam ihm diese Existenz besser als das Diplomatenleben.

Hammer war es vergönnt, schon ein halbes Jahr nach seiner Ankunft den

langersehten Handelsvertrag mit dem Deutschen Zollverein abschliessen zu können. Die förmliche Unterzeichnung erfolgte am 13. Mai 1869 in Berlin. Am meisten in Anspruch nahm ihn indes das Gotthardbahngeschäft. Immer wieder drängte Bundesrat Welti auf einen positiven Entscheid des Norddeutschen Bundes. Zwar befürwortete Bismarck die Linienführung durch den Gotthard, und er entwarf auch, wie es seine Art sein konnte, optimistische Perspektiven. Doch mehreren heiter gestimmten Berichten, die Hammer nach Bern sandte, folgte die Ernüchterung auf dem Fuss, bis endlich, im Oktober 1871, das Deutsche Reich dem Staatsvertrag beitrug, den die Schweiz und Italien schon 1869 über den Bau der Gotthardbahn abgeschlossen hatten. Wie der italienische Senat bereits im Juni, ratifizierte der Reichstag den Vertrag im November. Damit konnte man schliesslich, nach jahrelangen nervenaufreibenden Verhandlungen, die Gotthardbahngesellschaft gründen. Der Zürcher Nationalrat Alfred Escher, Präsident des bisherigen Komitees, wurde zum Verwaltungsratspräsidenten gewählt. Im Frühjahr 1872 begannen die Bauarbeiten. Sie schritten gut voran; nach zehn Jahren erfolgte die feierliche Eröffnung der berühmten Nord-Süd-Strecke. Aber zwischendurch zogen noch einige bedrohliche Wolken am Himmel auf, vor allem 1875, als ein weiterer Nachtrag von 102 Millionen Franken aufzutreiben war. Zuweilen schien es, Deutschland und Italien könnten, wie auch das aufgebrachte Schweizer Volk, das Gotthardbahnunternehmen in Konkurs geraten lassen. Hammer, und sein Nachfolger Arnold Roth nicht minder, mussten noch zahlreiche Demarchen in dieser Angelegenheit unternehmen. Doch schliesslich zeigte gerade das Deutsche Reich ein reges Interesse, die Gotthardbahngesellschaft zu sanieren und bewilligte, ebenso wie Italien, einen Nachtragskredit von 10 Millionen Franken.

Hammer schloss in seiner Amtszeit noch andere bedeutsame Verträge ab, so eine Literaturkonvention und einen Auslieferungsvertrag. Mit besonderem Interesse vertrat der Jurist und Instruktionsoffizier die Schweiz 1874 in Brüssel an einem wichtigen internationalen Kongress, den Zar Alexander angeregt hatte. Es ging um das allgemeine Völkerrecht im Kriegsfall, also um die Genfer Konvention. 1875 führte er die Schweizer Delegation auch an der Internationalen Telegraphenkonferenz in St. Petersburg an.

Am wichtigsten waren indes für Hammer die politischen und militärischen Angelegenheiten. Dass Bismarcks Machtpolitik mit der Niederlage Österreichs bei Königgrätz (1866) noch nicht befriedigt war, blieb keinem alerten Beobachter verborgen. Der preussische Regierungschef steuerte, indem er das eitle Gebaren Napoleons III. kaltblütig ausnützte, unverhohlen auf einen offenen Konflikt zu.

Als der deutsch-französische Krieg ausbrach, weilte Hammer zur Kur in Vi-



Kaiserliche Einladung für den Gesandten und Frau Hammer zu einem Galaabend am Hof. (Privatarchiv).

chy. Sein Stellvertreter Charles-Philippe Mercier brachte die Neutralitätserklärung des Bundesrates vom 20. Juli 1870 ins Auswärtige Amt. Anderntags überreichte der Gesandte des Norddeutschen Bundes in Bern, General von Roeder, dem Bundesrat ein Telegramm, welches Bismarck unterzeichnet hatte. Es lautete: «Die Neutralität der Schweiz steht vertragsmässig fest. Wir haben zur Wahrung derselben durch die Eidgenössischen Streitkräfte volles Vertrauen, und bürgen unsere Vertragstreue und Deutschlands freundnachbarliches Verhältnis zur Schweiz für die Achtung dieser Neutralität durch Deutschland.»⁸⁹

Bismarcks Haltung war freilich nicht immer so kristallklar, wie diese Sätze vermuten liessen. Er spielte auch schon mit dem Gedanken, die Westschweiz an Frankreich zu verschachern, und umgekehrt hat er dem Schweizer Gesandten Kern in Paris mit nonchalanter Grosszügigkeit die Möglichkeit vorgegaukelt, Deutschland könnte einen Teil des eroberten Elsasses an die Schweiz abtreten. Derlei Ideen konnten natürlich den Bundesrat nicht gleichgültig lassen. Die Landesbehörde erkundigte sich bei Hammer, ob er auch schon so etwas gehört hätte. Hammers Antwort fiel nüchtern aus: Bismarck selbst hätte sich nie in diesem Sinn geäussert, Staatssekretär von Thiele im Aussenministerium soll hingegen einmal eine solche Andeutung gemacht haben, über die er Bericht erstattet hätte. Vor allem aber durchschaute er Bismarck mehr als andere Diplomaten. Er schrieb: Ich muss darauf hinweisen, «dass man hier die Worte dieses Staatsmannes mehr nach dem Gewichte seiner subjektiven Absicht, als nach dem der objektiven Richtigkeit zu wägen hat, und dass sie hier vorwiegend den ablehnenden Bescheid nicht motiviren, sondern nur ausschmücken sollten».⁹⁰ Das ist eine scharfe Beobachtung. Mit unverblümter Sprache sagte Bismarck häufig, solange er in einer Angelegenheit noch keinen Entschluss gefasst hatte, auf alle Seiten hin das zu, was die Leute gern hörten, um dann im entscheidenden Augenblick die eigenen Interessen unzögerlich durchzusetzen.

Bismarck hatte die Schweiz auch ermuntert, Nordsavoyen während des deutsch-französischen Krieges zu besetzen. Jakob Dubs, der starke Mann im Bundesrat und 1870 dessen Präsident, hegte solche Absichten. Hammer erkannte jedoch klar, dass sich die Schweiz mit einem militärischen Aufmarsch in Bismarcks Kalküle verwickeln liesse, da es die Flanke im Südwesten zum Vorteil der deutschen Kriegspartei abdeckte. Frankreich verwahrte sich verständlicherweise gegen Dubs' Absichten, die auch in der Schweiz weitherum Empörung auslösten. Mit Bismarcks nüchterner Machtpolitik schwand die deutschfreundliche Stimmung erstmals bei einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung. Katholisch-konservative und liberal-konservative Kreise hatten ihm nicht verziehen, wie er lediglich aus preussischem Machthunger den Krieg von

1866 gegen Österreich inszeniert hatte. Mit dem Feldzug gegen Frankreich entfremdete er die Westschweiz, der Kulturkampf sollte bald den Graben zur katholischen Bevölkerung noch tiefer aufreissen, und die Sozialistengesetzgebung schürte die Aversionen in der Arbeiterschaft gegen das monarchische Deutschland. Gewiss, gerade unter den Gebildeten liessen sich viele in ihrer Treue zur deutschen Kultur nicht erschüttern, und einige Kreise, von der Aufbruchstimmung der Gründerzeit geprägt, verhehlten auch nicht ihre Bewunderung für Bismarcks Leistungen.

Im deutsch-französischen Krieg kam jedoch etwas zum Vorschein, was die schweizerisch-deutschen Beziehungen in Krisenlagen immer wieder belasten sollte: Verstimmungen, die von Presseberichten herrühren. Höchst ungehalten war Bundespräsident Emil Welti über einen Artikel des «Berliner Tagblattes» vom 17. Mai 1872. Da stand mit Blick auf die Schweiz geschrieben: «... es bedarf nur eines mittelmässigen politischen Scharfblicks, um den nahen Zerfall der Republik voraussehen zu lassen, deren französische und italienische Bürger schon lange zu ihren national geeinten Stammesbrüdern hingravieren und deren einzige bisher zuverlässige Stützen, die Deutschen, jetzt fast mit Gewalt zu dem Anschluss an Deutschland gedrängt werden. Bedenkt man, wie viele comerielle Interessen ausser den politischen die Bourgeoisie der Nord- und Ostschweiz zu uns herüberziehen, so erscheint es vollends nicht mehr zweifelhaft, dass einst und zwar bald der Tag kommen wird, wo die Berge des Berner Oberlandes und Graubündens die südlichen Grenzmarken des deutschen Reiches sind.»⁹¹ Welti zitierte den deutschen Minister in Bern, General von Roeder. «Sie werden sehen,» sagte er ihm, «was aus dieser Schmiererei wieder für ein Spektakel gemacht wird. Diese Art von Publicistik sät nicht bloss im Innern Zwietracht, sondern sie muss notwendig auch sehr übel auf die öffentliche Meinung der Schweiz gegenüber Deutschland einwirken. Ich behaupte, dass in der ganzen Schweiz niemand an einen frühem oder spätem Anschluss an Deutschland auch nur denkt...»⁹²

Umgekehrt musste Hammer schon im Oktober 1870 nach Bern berichten, die Stimmung gegen die Neutralen sei verbittert. Selbst Staatssekretär von Thiele vom Auswärtigen Amt spreche von einer feindseligen Gesinnung in der Schweiz, natürlich nicht von Seiten der Regierung, sondern von der Bevölkerung. Den gegenseitigen Beziehungen nützte am meisten, wenn die Presse etwas mehr Zurückhaltung ausübte.

Zweifelsohne sympathisierte die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung mit Frankreich, ganz besonders nach der Niederlage des «Second Empire» bei Sedan. Der Tonhallekrawall vom 9. März 1871 belegte dies deutlich.

Dass die deutsche Kolonie in Zürich eine hurrapatriotische Siegesfeier in der Tonhalle aufzog, empfand man weitherum in der Schweiz als eine Geschmacklosigkeit. Französische Internierte, Sozialisten und auch bürgerliche Kreise stürmten das Festlokal, es kam zu Zusammenstössen, vier Tote waren zu beklagen, und während einigen Tagen besetzte ein eidgenössischer Kommissar, übrigens der ehemalige Gesandte Joachim Heer, Zürich mit einigen Tausend Truppen. Nach diesen Ereignissen gingen die Wogen der Leidenschaft in der deutschen Presse hoch. Doch Bismarck versicherte dem Schweizer Gesandten, er wisse sehr wohl zwischen der Haltung der Regierung und Vorfällen, welche sich ihrer Gewalt entzögen, zu unterscheiden. Dennoch soll er privat Äusserungen getan haben, wonach man die Deutschen vor solchen Kränkungen inskünftig schützen müsse.⁹³

Die offiziellen Beziehungen hatten den deutsch-französischen Krieg unbeschadeter überstanden als die öffentliche Meinung. Als Hammer dem neu gekürten Kaiser am 19. April 1871 wiederum ein Beglaubigungsschreiben überreichte – dieser Vorgang war erforderlich, da der Norddeutsche Bund aufgelöst und das Deutsche Reich gegründet worden war –, empfing Wilhelm I. ihn sehr wohlwollend und dankte der Schweiz für die loyale Handhabung der Neutralität. Auch Bismarck bemerkte kurz danach, man solle die gehässigen Hetzereien hüben und drüben unbeachtet lassen. «Die Schweiz hat ihre internationalen Pflichten nach allen Seiten zu erfüllen gewusst u. hat es verstanden, Deutschland zufrieden zu stellen, ohne Frankreich sich zu entfremden.»⁹⁴ In der Schweiz ebte denn auch die deutschfeindliche Stimmung namentlich im Bürgertum bald wieder ab, man besann sich in der Deutschschweiz auf das gemeinsame kulturelle Erbe. In gebildeten Schichten breitete sich nicht selten eine betont deutschfreundliche Gesinnung aus. Übrigens hatte die Schweiz 1870/71 erstmals in einem internationalen Konflikt Schutzmachtfunktionen wahrgenommen. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen vertrat sie die Interessen des Königreichs Bayern und des Grossherzogtums Baden in Paris. Mit solchen Mandaten sollte die neutrale Schweiz inskünftig mehr als jeder andere Staat betraut werden.⁹⁵

Nach der Reichsgründung war der vielbeschäftigte Bismarck, was mühelos zu verstehen ist, für Diplomaten nur schwer zugänglich. Seit dem deutsch-französischen Krieg war Berlin das wichtigste Machtzentrum auf dem Kontinent geworden. Das wilhelminische Deutschland befand sich in voller Expansion, die Hauptstadt des neuen Kaiserreiches platzte aus allen Nähten. Bismarck, nicht nur Aussenminister, sondern in erster Linie Reichskanzler, musste mit seiner Zeit sparsam umgehen. Umso bedeutungsvoller war es, als der Reichskanzler im Februar 1873 den Schweizer Gesandten zu sich bestellte und sich

Speisekarte

den 13. April 1871.

Austern.

St. Péray.

Krebsuppe.

Portwein.

Klare Kraftbrühe.

Madeira.

Hibitz Eier mit Radieschen.

Kleine Pastetchen.

Hamburger Rauchfleisch mit Sauerkohl Tischwein.

Puter auf indische Art.

Steinbutte mit Caviar Sauce.

Liebfrauenmilch.

Forellen, blau mit frischer Butter.

Auflauf von Hühner mit Trüffeln. Chât. Lafitte.

Kumner mit Remoulade.

Chât. d'Yquem.

Eis Punsch.

Fr. Waldochnepfen.

Junge Sainse, Salad.

Champagner.

Eingemächtige Früchte.

Fr. Staugenspargel mit Butter.

Morcheln.

Gefornes.

Butter und Käse.

Torte.

Nachtisch.

Ein offizielles Bankett am Hof mit einer üppigen Folge von Speisen und Weinen.
(Privatarchiv).

mit ihm während gut einer Stunde über den Kulturkampf unterhielt. Damals befanden sich die religiös motivierten Auseinandersetzungen in der Schweiz auf dem Höhepunkt. Im Jahr zuvor hatten die Stimmbürger eine Totalrevision der Verfassung abgelehnt. Um einer neuen Vorlage grössere Chancen einzuräumen, milderte man einige zentralistische Bestimmungen und verschärfte dafür jene Artikel, die die Bewegungsfreiheit der katholischen Kirche einschränkten. Mit diesen Änderungen wollte man protestantische Föderalisten, welche die erste Vorlage bekämpft hatten, für das neue Projekt gewinnen. Die Rechnung ging 1874 auf. Das protestantische Appenzell-Ausser Rhoden etwa verwarf die Erste Vorlage im Verhältnis 2:1 und nahm die neue Verfassung im Verhältnis 5:1 an. Bismarck ermunterte nun die Eidgenossenschaft, den Kulturkampf unerbittlich fortzusetzen. Sie dürfte mit Preussen als zuverlässigem Weggefährten rechnen. So wie Preussen zuerst Österreich und dann Frankreich bezwungen hätte, würde es auch im kirchlichen Kampf bis zum Äussersten gehen.⁹⁶ Wie Hammer, der liberale Katholik, diese Empfehlungen persönlich empfand, ist nicht bekannt. Aber seinem Freund, Bundesrat Welti, der sich bitter über die Exzesse der Radikalen in Glaubenssachen beklagte, antwortete er, er teile vollständig seine Ansichten in diesen Belangen.⁹⁷ Politisch, urteilte Hammer, finde Bismarck vornehmlich deswegen Gefallen am Kulturkampf in der Schweiz, weil er davon ausgehe, dass dadurch Frankreichs Einfluss geschwächt würde.⁹⁸

Hammer war ein nüchterner und zuverlässiger Berichterstatter. Er kommentierte das politische Geschehen nur spärlich – dann aber mit viel Umsicht und Einsicht. Er liess sich nicht von wohltonenden Erklärungen einnehmen. Einzig eine Schwäche konnte er nicht überwinden: Wenn es um Krieg und Frieden ging, neigte er zu dramatischen Versionen – eine «déformation professionnelle», der etliche Militärbeobachter erliegen. Der ehemalige Instruktionsoffizier, der als Gesandter auf ausländischen Posten seine diplomatischen Noten mit «Hammer, Oberst» unterzeichnete, befasste sich in Berlin eingehend mit dem Kriegswesen, schrieb eigenhändig verschiedene preussische Reglemente und Instruktionen ab und verkehrte gesellschaftlich häufig mit der Armeespitze, auch mit Feldmarschall Graf Moltke. Als kundiger und ausgewiesener Gesprächspartner wurde Hammer von diesen Kreisen geschätzt, aber auch beeinflusst. Jahr für Jahr erwartete er einen neuen Krieg mit Frankreich, so 1873, dann 1874 und natürlich auch 1875, als die politische Atmosphäre in der «Krieg-in-Sicht-Krise» mit Frankreich vor Spannung knisterte. Offensichtlich gab er Stimmungen wieder, die im militärischen Milieu vorherrschten.

Unter Hammer hatte sich die Schweizer Gesandtschaft in Berlin fest eta-

Chef des General-Stabes

der

Armee

Berlin, den 24. Januar 1874.

N^o 261

Der kaiserlich-preussische Gesandtschafts-Botschafter in Bern,
für die gefällige Übermittlung von zwei Exemplaren
des mit Bewilligung des eidgenössischen Bundesraths,
Departement des Herrn Major Favall geschickten,
gebundenen Werkes: Les troupes françaises
intervenues en Suisse a la fin de la guerre franco-
allemande en 1871. — unicum verbindlichen Dank
sagend, sowie verbindlichst mitzuteilen.

Der General-Adjutant
G. Moltke

Herr

der kaiserlich-preussischen Gesandtschaft in Bern
Herrn Grafen

Herr

Dankesschreiben von Generalfeldmarschall Helmuth Graf Moltke an den Gesandten Hammer.
(Privatarchiv).

bliert. Die Bedeutung dieses Postens im Deutschen Kaiserreich wurde selbst von den kritischsten Parlamentariern kaum noch bestritten. 1872 erreichte Hammer, dass sein Stellvertreter Mercier, kurz bevor dieser nach Glarus wegzog, vom Sekretär zum Legationsrat befördert wurde. Dieser Rang und dieser Titel waren ein Novum in der schweizerischen Diplomatie. Der Gesandte Kern in Paris beeilte sich, für seinen Mitarbeiter Lardy die gleichen Vorteile zu verlangen. Schliesslich erhöhte der Bundesrat Hammers Gehalt auf 40'000 Franken – ein erklecklicher Sprung, aber immer noch 10'000 Franken weniger, als sein Kollege in Paris verdiente.⁹⁹

Obschon Hammer den Diplomatenberuf liebte, teilte er etwas mit seinem Vorgänger und mit zahlreichen Nachfolgern: noch lieber hätte er an prominenter Stelle in seiner Heimat gewirkt. Seiner Schwester in Olten schrieb er einmal: «Ich würde eine öffentliche Wirksamkeit in meiner Heimat der jetzigen Stellung immer noch vorziehen, doch hege ich eine gründliche Furcht vor den politischen Tagesleidenschaften ... und so glaube ich allerdings, dass, so schmerzlich es auch für mich ist, in meinem Alter in der Fremde zu sein, ... es für alle besser sei, ich bleibe einstweilen hier.»¹⁰⁰ In der Schweiz scheint man auch gewusst zu haben, dass Hammer eine aussichtsreiche politische Kandidatur kaum ausschlagen würde. Dank seinen langen Erholungsaufenthalten hatten ihn weder seine militärischen noch seine politischen Freunde vergessen. Politiker verschiedener Parteien setzten ihn 1872 auf die Solothurner Ständeratsliste, allerdings gegen seinen Willen. Hammer erklärt unmissverständlich, er würde die Wahl nicht annehmen. Zuvor hatte er jedoch den Rat seines Freundes Emil Welti eingeholt. Dieser beschied ihm, weder könne er gleichzeitig Minister in Berlin und Ständerat in der Schweiz sein noch könne der Bundesrat derzeit auf ihn in Berlin verzichten.¹⁰¹

Als Ende 1875 gleich vier Bundesräte zurücktraten, dachten Parteifreunde im liberalen Zentrum wieder an Hammer. Der betont gemässigte Politiker war allerdings den Radikalen innerhalb des Freisinns ein Dorn im Auge. Erst im fünften Wahlgang und nur dank der uneingeschränkten Unterstützung der Katholisch-Konservativen wurde er mit einer Stimme über dem absoluten Mehr gewählt. Im Bundesratskollegium, dem er bis 1890 angehörte, befand sich Hammer meistens im Einklang mit Emil Welti, der stärksten Persönlichkeit, und mit seinem Berliner Amtsvorgänger Joachim Heer. Nach dieser denkwürdigen Wahl schrieb der deutsche Gesandte in Bern, General Roeder, an Bismarck, die neuen Bundesräte seien, ausser Ruchonnet, «entschieden deutsch gesinnt».¹⁰²

Einige Monate lang war Hammer Bundesrat und Gesandter in Berlin zugleich. Das war ungewöhnlich. Prompt musste er sich gegen den Vorwurf weh-

ren, er beziehe zwei Gehälter. Das traf indes nicht zu. Bis zum Ende seiner diplomatischen Tätigkeit bezog er lediglich seine Besoldung als Gesandter. Nach seiner Wahl blieb Hammer vorerst in Bern und nahm im Siebnerkollegium Einsitz. Erst am 27. März 1876 begab er sich auf einen langen, für einen Bundesrat sehr langen Urlaub, nämlich bis zum 12. Juni. Er reiste nach Berlin, um letzte Geschäfte zu erledigen und um sich zu verabschieden. Am 1. Juni veranstalteten der Schweizer Verein und die Wohltätigkeitsgesellschaft im Kaffeehaus Beyer an der Friedrichstrasse ein Abschiedsfest mit rund 120 Landsleuten. Der Abschied aus Berlin falle ihm schwer,¹⁰³ rief Hammer der Schweizer Kolonie zu. Am 7. Juni verliess er die aufstrebende Weltstadt, um sich auf der Rückfahrt noch bei den süddeutschen Höfen und der Kaiserin, die zur Kur in Baden-Baden weilte, zu verabschieden. Vorher aber hatte er sein Rückberufungsschreiben Kaiser Wilhelm überreicht, der bei der Entgegennahme den Wunsch äusserte, der Bundesrat möge für Oberst Hammer bald einen Nachfolger schicken. Dem war allerdings nicht so. Der neue Gesandte, Arnold Roth, traf erst Anfang 1877 in Berlin ein. In der Zwischenzeit kümmerte sich der tüchtige Legationsrat Alfred de Claparède allein um die Geschäfte vor Ort.

Wohlbestallt im Deutschen Reich

Appetit- und Schlaflosigkeit wegen Bismarck: Arnold Roth

Dem Bundesrat war daran gelegen, den Posten in Berlin rasch wieder zu besetzen. Schon im Frühjahr 1876 lud Bundespräsident Emil Welti den Appenzeller Regierungsrat Arnold Roth ein, die Gesandtschaft zu leiten. Doch der ausser-rhodische Magistrat und Standesherr lehnte das ehrenvolle Angebot ab. Er war Vizepräsident des Ständerates, und turnusgemäss würde er im nächsten Jahr die Kleine Kammer präsidieren. Im Dezember ersuchte Welti den stillstehenden Landammann erneut, das Angebot anzunehmen. Dieses Mal sagte Roth zu.

Arnold Roth (1836-1904) wurde als Sohn eines Landammanns in Teufen geboren. Er studierte in Zürich und Heidelberg die Rechte. Als farbentragender Student in Heidelberg erhielt er, wenn man so sagen kann, den ersten Auftrag des Vaterlandes. Als sich 1856 die Beziehungen zwischen der Schweiz und Preussen wegen dem Fürstentum Neuenburg verschlechterten und die Eidgenossenschaft bekanntlich über keine diplomatischen Kanäle in Deutschland verfügte, musste Bern in der Not Informationen über die preussischen Kriegsvorbereitungen von Studenten erbeten. Roth und ein Schweizer Verbindungsbruder setzten sich die Mütze des Heidelberger Corps «Rhenania» auf und fuhren den Rhein hinunter nach Köln, um zu erkunden, wie weit die preussische Mobilisierung vorangeschritten sei.¹⁰⁴

Nach dem Studium arbeitete Roth zuerst am Zürcher Bezirksgericht. Daneben schlug er eine militärische Karriere ein; bereits 1873 war er Oberstleutnant der Artillerie, und 1888 wurde er, schon über ein Jahrzehnt lang in Berlin, zum Obersten befördert. Diesen Grad freilich musste sich Roth nicht sauer abverdienen. Die Bundesbehörden erkannten klugerweise, dass am Kaiserhof in Berlin der militärische Rang viel zählte, eine militärische Beförderung den Staat aber nichts kostete. Deshalb schenkten sie Roth den neuen Grad, um ihm höheres Ansehen zu verleihen. Der Schweizer Gesandte erschien danach bei Hof häufig in Uniform, und in den Ministerien sprach man nicht mehr vom «Gesandten Roth», sondern vom «Obersten Roth». Dem alten Kaiser Wilhelm I. soll Roths schwerer Ordonnanz- Artilleriesäbel besonders imponiert haben.¹⁰⁵

Von grösster Bedeutung für Roths Laufbahn war indes etwas anderes. Roth hatte sich 1861 zur Weiterbildung nach Paris begeben. Dabei stellte er sich auch beim Schweizer Gesandten in Frankreich vor. Der Thurgauer Johann Conrad Kern kannte natürlich Roths Vater, den ehemaligen Landammann, den National- und Ständerat. Als Kerns Sekretär einmal erkrankte, bot er 1859 dem jungen Gentilhomme eine Stellvertretung auf seiner Kanzlei an. Diesem gefiel die Arbeit so gut, dass er blieb. Bald wurde er Gesandtschaftssekretär. Nach zehnjährigem Aufenthalt in Paris kehrte er 1869 in die Schweiz zurück. Vorerst leitete er das Sekretariat des Politischen Departementes in Bern. Nach knapp zwei Jahren demissionierte er, um sich im Haus seiner verstorbenen Eltern in Teufen niederzulassen. Er blieb freilich nicht lange müssig. Bereits 1871 wählten ihn die Appenzeller zum Landesstatthalter, und sie entsandten den Fünfunddreissigjährigen in den Ständerat.

Im Januar 1877 brach Roth nach Berlin auf. Es sollte ein langer Aufenthalt werden. Über ein Vierteljahrhundert vertrat er die Schweizer Interessen im Deutschen Kaiserreich, viel länger als die Vorgänger, länger auch als jeder Nachfolger. Dass es so kommen würde, stand jedoch nicht in den Sternen geschrieben. In Bern hatte man Arnold Roth keineswegs vergessen. Verschiedentlich dachte man, Roth würde sich gut als Bundesrat eignen, beispielsweise 1882, als Simeon Bavier aus dem Kollegium ausschied. Bundesrat Emil Welti, der einmal mehr hinter den Kulissen die Fäden ziehen wollte, bat den Gesandten zu kandidieren. Doch Roth lehnte entschieden ab. Als Liberal-Konservativer fürchtete er, über keine ausreichende Hausmacht zu verfügen. Nur allzu leicht könnte ihm blühen, was beinahe Hammer widerfahren wäre, den das Parlament nach einer ersten Amtsperiode nur äusserst knapp wiederwählte.

Roth schätze die Lage wohl richtig ein. Sein parlamentarischer Rückhalt wäre noch dürftiger gewesen als jener von Hammer. Denn ihm misstrauten nicht nur die Radikalen; auch die Ultramontanen verziehen ihm die kulturkämpferischen Pfeile, die er im Kampf um die Revision der Bundesverfassung verschossen hatte, nicht. Damals hatte er in der «Appenzeller Zeitung» verkündet: «Die Religionsartikel sind das Salz des neuen Entwurfes; unser Volk wird mit Freuden dafür eintreten».¹⁰⁶ Die Katholiken hätten ihn höchstens gewählt, um einen noch weniger genehmen radikalen Kandidaten zu verhindern. In seinem Schreiben vom 2. Dezember 1882 an Welti kam Roth zum Schluss, dass es «im Hinblick auf meine Lebensstellung überhaupt gut tue, den jetzigen Wirkungskreis nicht gegen eine allerdings sehr ehrenvolle, aber von vorneherein unterminierte Beamtung zu vertauschen. Ich würde mich durch diesen Tausch der Eventualität aussetzen, meinen politischen Lebensgang mit einer baldigen

Wahniederlage oder der Notwendigkeit eines freiwilligen Rücktrittes zu schliessen...».¹⁰⁷

Als 1891 Bundesrat Welti zurücktrat, streckten die Liberalen wieder die Fühler aus. Doch Roth winkte erneut sofort ab. Auch das ehrenvolle Angebot, als Kerns Nachfolger nach Paris zu ziehen, schlug er aus. Mittlerweile hatte er sich so gut in Berlin eingelebt, dass ihn nicht danach beehrte.

Die ersten drei offiziellen Vertreter in Berlin – und somit die Gesandten im 19. Jahrhundert – waren sich in vielem ähnlich: in ihrer Ausbildung, in ihrer Laufbahn und in ihrer gesellschaftlichen Stellung. Sie vertraten eine vom politischen Tagesgeschehen abgehobene Oberschicht. Für die Parteipolitik konnten sie sich kaum ereifern. Zwar gehörten alle dem staatstragenden Freisinn an, aber den radikalen Draufgängern misstrauten sie ebenso sehr wie den ultramontanen Apologeten. Sie sympathisierten mit dem starken Mann im Bundesrat, dem auf Ausgleich bedachten Emil Welti. Von Hause aus waren sie begütert und finanziell unabhängig, sie hatten die Rechte studiert und auch einige obligate Semester in Deutschland verbracht. Heer, Hammer und Roth waren auch Offiziere; die letzten beiden hatten als Obersten eine beachtliche militärische Laufbahn vorzuweisen. Am auffallendsten ist freilich der politische Werdegang. Nicht bloss, dass zwei von ihnen eine kantonale Regierung präsidiert hatten; alle drei hatten auch Erfahrung in der Grossen oder Kleinen Kammer der Eidgenossenschaft gesammelt, wengleich Hammer sich erst, als er aus dem Bundesrat ausgeschieden war, in den Nationalrat wählen liess. Schliesslich wurden Heer und Hammer in den Bundesrat gewählt, derweil Roth sich ernsthaft wehren musste, um einer Kandidatur zu entgehen. Im 19. Jahrhundert war der Gesandte in Berlin, so darf man wohl feststellen, ein Papabile, ein hochkarätiger Politiker im Wartestand.

Mit der Ernennung von Arnold Roth kommen indes erste Züge einer professionellen Diplomatie zum Vorschein. Zwar bestehen keine Zweifel, dass der Bundesrat den Appenzeller wegen seiner politischen Meriten als Landammann und Ständerat auswählte; aber genausowenig hatte der Bundesrat übersehen, dass dieser Mann durch eine zehnjährige Erfahrung in Paris und an der Zentrale in Bern diplomatisch vorgebildet war. Roth seinerseits nutzte die Gesandtschaft nicht als exotische Episode, sondern fasste sie als Lebensaufgabe auf. Seinem Mentor, Johann Conrad Kern, schrieb er einmal: «Sieben Jahre schon lebe ich nun in Berlin und habe hier ein Arbeitsfeld gefunden, welches mir für die Dauer unstreitig in jeder Beziehung besser angepasst ist, als meine frühere Wirksamkeit in meinem Duodezkanton und in dem militanten Kleinleben der schweizerischen Politik.»¹⁰⁸ Roth war dabei vergönnt, eine Zeitspanne von solcher Län-

ge an ein und demselben Ort zu verbleiben, in welcher der Diplomat heutzutage durchschnittlich siebenmal umzieht.

Roth kam in einer aussenpolitisch eher windstillen Zeit nach Berlin. Das Ehepaar richtete sich im eleganten Tiergartenviertel an der Regentenstrasse 17 behaglich ein. Residenz und Kanzlei befanden sich im selben Gebäude. Pflichtbewusst und exakt bis zur Pedanterie, besass Roth, wie sein Kanzleisekretär Gygax rühmte, «einen unermüdlichen Arbeitsgeist. Alle Geschäfte mussten stets prompt erledigt werden und er selbst legte in ganz erspriesslicher Weise Hand ans Werk. Da die Gesandtschaftskanzlei in seiner Wohnung untergebracht war und er infolgedessen sämtliche Akten stets zur Hand hatte, erledigte er sehr oft wichtigere Geschäfte noch in später Abendstunde, so dass man sie am folgenden Morgen nur noch zu registrieren brauchte.»¹⁰⁹ Roth befasste sich gewissenhaft mit den grossen Dossiers: den Handelsverträgen, der Gotthardbahn und der Niederlassungs- und Asylpolitik.

Ins gesellschaftliche Leben von Berlin war der Schweizer Gesandte gut eingeführt. Seine vornehme Zurückhaltung, seine unaufdringliche Art auch, erschlossen ihm das Zutrauen selbst von solchen Personen, die eher schwer zugänglich waren. Feldmarschall Graf Moltke stellte ihm sozusagen eine «Carte blanche» aus. War eine Besprechung nötig, durfte ihn Roth stets vormittags um elf Uhr aufsuchen.¹¹⁰ Oder für die Qualität von Roths Beziehungen spricht folgendes Beispiel Bände: Leo Graf Caprivi, Bismarcks Nachfolger als Reichskanzler, besuchte nach seiner Entlassung den Schweizer Gesandten in dessen Residenz und beklagte sich bei ihm über die unerfreulichen Hintergründe, die zu seiner Demission geführt hatten. Mit Reichskanzler Bismarck ergaben sich dagegen nur selten vertiefte Gespräche, da der Fürst im Prinzip nur die Botschafter der Grossstaaten empfing. Und die Schweiz interessierte ihn ohnehin kaum. Zwar hatte er Anfang der sechziger Jahre, als er in ein schlimmes Stimmungstief gesunken war, beiläufig erwogen, als Gesandter nach Bern zu ziehen. Doch diese Vorstellung liess er rasch wieder fallen. Augenzwinkernd schrieb er seiner Schwester, ein so langweiliger Ort in einer so hübschen Gegend sei doch eher etwas für alte Leute.¹¹¹

Die ersten zehn Berliner Jahre verliefen in arbeitsamen, aber ausserordentlich ruhigen Bahnen. Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre setzten internationale Spannungen dem wohlgeordneten Diplomatenleben zu. Dem deutschen Gesandten in Bern, Otto von Bülow, schwante um die Jahreswende von 1886/87 Schlimmes. Ein Krieg zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich liesse sich kaum noch vermeiden. Vom Schweizer Gesandten in Paris, Charles Lardy, liefen auch beunruhigende Nachrichten ein. Unschlüssig, was er davon

halten solle, verlangte der Bundesrat von seinen wenigen Missionschefs eine Lagebeurteilung. Roth kam seiner Aufgabe hervorragend nach. Er berichtete zwar zuweilen etwas weitschweifig und umständlich, aber er war zuverlässig. Er wusste seine Quellen zu gewichten. Dass Bismarck in jener Phase keinen Krieg wolle, daran liess er in seinen Berichten keinen Zweifel. Es war ja nicht das erste Mal, dass der Reichskanzler aussenpolitische Gefahren heraufbeschwor, um innenpolitische Gegner in die Zange zu nehmen. Gewiss, es fehlte nicht an hohen Militärs und Beamten am Kaiserhof, die auch die Kriegstrommel wirbelten. Roth analysierte aber nüchtern. Er wusste, wo die Fäden der Macht zusammenliefen. Bismarck werde, so sein Urteil, diese Gruppen schon im Zaum halten. Ein Musterbeispiel von kühler Berichterstattung war etwa folgende Begebenheit: Graf Moltke hatte ihm auf einem gesellschaftlichen Empfang zugerufen: «Rüsten Sie sich nur!». ¹¹² Anderntags wollte Roth wissen, was Moltke damit genau gemeint habe. Er sprach beim Grafen vor und rapportierte dem Bundesrat alle Details der Unterredung. Der Feldmarschall schloss in der Tat einen baldigen Waffengang mit Frankreich nicht aus. Dennoch endete Roth den Bericht mit der Bemerkung, seiner Meinung nach ändere sich an der Gesamtbeurteilung, wonach derzeit keine Kriegsgefahr bestehe, nichts.

Der Bundesrat jedoch behielt einen weniger klaren Blick. Bernhard Hammer, damals Vorsteher des Militärdepartementes, empfing den Gesandten von Bülow am 5. April 1887 in seiner Privatwohnung. Er hatte eine delikate Demarche im Sinn. Ob denn die Schweiz, wenn sie an der Seite Deutschlands gegen Frankreich kämpfen würde, ihr Territorium um Genf herum erweitern könnte, wollte er wissen. Derlei ungewohnte Anfragen kabelte von Bülow rasch nach Berlin. Bismarck antwortete mit hämischem Unterton, es sei ebenso erfreulich wie neu, dass die Schweiz Annexionsgelüste hätte. Zweifelsohne könnte die Schweiz «als eventueller Verbündeter Deutschlands ohne Weiteres dessen volle Zustimmung zu jeder beliebigen Aneignung französischen Gebietes haben». ¹¹³ Doch Hammer, der wohl im Auftrag des Bundesrates handelte, gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Er liess nachfragen, ob Deutschland die schweizerischen Gebietswünsche auch dann erfüllen würde, wenn Frankreich die schweizerische Neutralität respektierte und die Eidgenossenschaft somit nicht gegen Frankreich in den Krieg zöge. Auf diese Krämerfrage reagierte Bismarck mit vernichtender Herablassung: Er gönne der Schweiz selbstverständlich jede Vergrösserung nach Westen, aber eine bindende Erklärung dazu könne er nicht im Voraus abgeben. ¹¹⁴

Kaum war diese Angelegenheit abgeklungen, vergiftete ein übler Zwischen-

fall die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ganz erheblich. Seit der Reichstag unter Bismarcks Druck im Jahr 1878 das Sozialistengesetz verabschiedet hatte, rissen die Vorwürfe an die Adresse der Schweiz, sie sei ein Hort revolutionärer Agitation, nicht ab. Zahlreiche Sozialdemokraten hatten, da sie im Deutschen Reich nicht mehr publizieren konnten, in der Schweiz Zuflucht gesucht, wenngleich der Emigrantenstrom im Allgemeinen erheblich überschätzt worden ist.¹¹⁵ Immer wieder forderten fremde Mächte, die Schweiz müsse die Agitation von Anarchisten und Sozialisten unterbinden. Die Schweizer Behörden verboten denn auch die Anarchistenblätter «Avant-Garde» in La-Chaux-de-Fonds und «Revolte» in Genf. Gegen das Periodikum «Sozialdemokrat», das Bismarck aufs Blut ärgerte, unternahmen die Behörden allerdings nichts. Schliesslich intervenierte der deutsche Gesandte in Bern wegen einer Faschnachtsnummer, die Bismarck als persönliche Beschimpfung seiner selbst und als Beleidigung des Hauses Hohenzollern empfand. Dieses Mal reagierte der Bundesrat. Er verwarnte die deutschen Redaktoren, doch die Zürcher Behörden schritten nicht ein. Abgesehen davon, dass der linke Freisinn in manchen Belangen mit den Sozialdemokraten sympathisierte, hätten dazu auch die gesetzlichen Befugnisse gefehlt. Nun hetzten einige deutsche Blätter, die dem Reichskanzler nahestanden, gegen die Schweiz. Zürich sei mit seiner Universität, so hiess es, ein agitatorisches Nest. Diese Beschuldigungen bewogen die Zürcher Behörden, zum Gegenschlag auszuholen. Polizeihauptmann Fischer händigte den deutschen Sozialdemokraten kompromittierende Aktenstücke aus. Aus ihnen ging schwarz auf weiss hervor, dass die deutsche Regierung in der Schweiz mit ‚Agents provocateurs« operierte. Als der Reichstag 1888 die Verschärfung des Sozialistengesetzes debattierte, rückte der sozialdemokratische Abgeordnete Singer diese Dokumente heraus und blamierte die Regierung gründlich.

Roth beurteilte die heikle Angelegenheit ruhig. Gewiss, in regelmässigem Rhythmus beschwerten sich offizielle Stellen wegen den Umtrieben von deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz. Der Gesandte hatte es jedoch stets vermieden, im Auswärtigen Amt auf dieses Thema zu sprechen zu kommen. Zu Recht meinte er, die deutsche Regierung könne mit den Reibungsflächen leben, auch wenn diese manchmal zum Protest reizten. Aber die Behörden seien über den Zeitpunkt, in welchem Polizeihauptmann Fischer die entlarvenden Dokumente den Sozialdemokraten zugespielt hätte, äusserst aufgebracht. Roth schrieb: «... in dem akut ausgebrochenen Zorne der Regierungskreise über die Fischer'schen Indiscretionen und deren Consequenzen und in dem nunmehr in hohem Grade genährten Misstrauen der Kaiserl. Regierung gegenüber unsern Kantonalen Behörden, Zürich an der Spitze, ist der Schlüssel zu suchen für die

Erklärung der schroffen Form der letzten Reclamationen betreffend die Sozialdemokraten...». ¹¹⁶ Und schroff war offenbar der Ton, den der mitunter aufbrausende Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Herbert Graf Bismarck, ein Sohn des Reichskanzlers, beim Tête-à-tête mit Roth anschlug. Dieser meldete nach Bern: «Und nun zum Bericht über diese peinliche Unterredung, welche, ... wenn mich die Natur nicht mit einem ruhigen Temperament bedacht hätte, zunächst zweifellos *das* Resultat gehabt haben würde, dass ich den Hohen Bundesrath noch gestern Abend um meine Entlassung hätte bitten müssen.» ¹¹⁷ Während die Enthüllungen in Berlin wie eine Bombe einschlugen und zur Entlassung des stockkonservativen Innenministers Robert von Puttkammer führten – übrigens der einzigen nennenswerten Handlung Friedrichs III. während seiner hunderttägigen Amtszeit –, war der Bundesrat konsterniert. Er wies sogleich einen Agenten aus. Aber er rügte auch Polizeihauptmann Fischer und legte der Zürcher Regierung nahe, die Redaktoren des «Sozialdemokraten» zu verwarren. Als dies geschah und die Zeitung in trotzigem Überschwang erklärte, sie würde ihre Haltung nicht ändern, verwies der Bundesrat die vier Redaktoren des Landes, unter ihnen auch den prominenten Eduard Bernstein.

Noch gefährlichere Dimensionen nahm ein ähnlicher Fall im nächsten Jahr an. Trotz Singers Enthüllungen fuhr die deutsche Polizei fort, in der Schweiz Lockspitzel einzusetzen. So suchte der preussische Polizeiinspektor Wohlgemuth den deutschen Schneider Lutz in Basel als politischen Spion anzuwerben. Dieser tat so, als ob er auf das Angebot einging, und er verabredete ein Verschwörertreffen in Rheinfelden. Ingeheim jedoch benachrichtigte er einen sozialistischen Basler Politiker, der seinerseits dem Bezirksammann von Rheinfelden Bericht erstattete. So kam es denn, dass Wohlgemuth, als er im aargauischen Städtchen eintraf, sogleich vom Bezirksammann verhaftet und ins Gefängnis gesteckt wurde. Hell empört waren die Schweizer, als sie erfuhren, Wohlgemuth hätte auf sich ein Schreiben getragen, in welchem der kompromittierende Ratschlag an seinen Schützling stand: «Wühlen Sie nur lustig darauf los».

Die deutsche Regierung sah allerdings diesen Vorfall in einem andern Licht. Der Gesandte von Bülow in Bern verlangte im Auftrag des Reichskanzlers die unverzügliche Freilassung des Polizeiinspektors. Wegen der revolutionären Umtriebe in der Schweiz sei, so die Argumentation, die innere Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet, und deshalb sehe sich Berlin zu solchen Gegenmassnahmen gezwungen. Doch der Bundesrat ging auf diese Forderung nicht ein. Stattdessen wies er den preussischen Polizeiinspektor aus der Schweiz aus. Nun wurde auch Roth vom Auswärtigen Amt direkt in die Angelegenheit ein-

bezogen. Bisher waren alle Demarchen über den deutschen Gesandten in Bern gelaufen. Roth, der einen ausgezeichneten Gewährsmann im Ministerium besass, dessen Namen er klugerweise selbst der eigenen Regierung verschwieg – wahrscheinlich Unterstaatssekretär Graf Berchem¹¹⁸ –, hatte indes Bern jeweils im Voraus über die nächsten Schritte der Wilhelmstrasse orientiert. Im Mai nun zitierte Fürst Bismarck den Schweizer Gesandten zu sich in sein Arbeitskabinett. Er beschwerte sich mit bitteren Worten über die deutschfeindliche Haltung der Schweizer Presse und der Bevölkerung. Dann legte er Roth die Instruktionen vor, die er gleich dem Gesandten von Bülow zuschicken werde. Der Reichskanzler verlangte, dass die Schweiz den Ausweisungsbeschluss zurücknehme und sich für den Vorfall entschuldige. Er drohte, andernfalls den Niederlassungsvertrag zu kündigen, den Passzwang an der Grenze wieder einzuführen und die schweizerische Neutralität nicht mehr zu garantieren. Schliesslich beendete er sein Exposé mit den barschen Worten: «... zur Zeit ist das Tischtuch zwischen Deutschland und der Schweiz zerrissen.»¹¹⁹ In seiner Entgegnung gab Roth Bismarck zu verstehen, dass der Bundesrat die Ausweisung Wohlgemuths nicht rückgängig machen dürfte. Und er hatte recht. Noch am gleichen Tag bestätigte ihm Bundesrat Droz, Bismarcks Vorschläge seien nicht annehmbar. Sie würden für die Schweiz politischen Selbstmord bedeuten. Roth erkannte den Ernst der Lage. Schon am nächsten Tag reise er inkognito nach Bern, um dem Bundesrat mündlich Bericht zu erstatten.

Bismarck zögerte derweil nicht, Österreich und Russland als Mitgaranten der schweizerischen Neutralität anzustacheln, beim Bundesrat ebenfalls vorstellig zu werden. Insbesondere das Zarenreich suchte er dermassen in diese Angelegenheit einzuspannen, dass viele sich des Eindrucks nicht erwehren konnten, der alte Reichskanzler wolle auf dem Buckel der Schweiz den Beweis erbringen, dass der angefochtene Rückversicherungsvertrag mit Russland immer noch zweckmässig sei. In einem vertraulichen Brief an Innenminister von Boetticher bekannte der Regierungschef, mit dem gemeinsamen Vorgehen gegen die Schweiz wolle er die Solidarität unter den monarchischen Staaten stärken. Anfänglich schien der Schweiz grosse Gefahr von einer Kollektivdemarche der drei Grossmächte zu drohen. Roth gab sich äusserst pessimistisch. «Die Situation ist mittlerweile sehr ernst für uns geworden. Ist der Bundesrat nicht in der Lage, den Forderungen der drei Kollektivmächte entgegenzukommen ..., so müssen wir für die allernächste Zeit schwerwiegenden Komplikationen entgegensehen.»¹²⁰ Doch die von Bismarck aufgebauchte Krise entspannte sich rasch. Die beiden Grossstaaten kamen zwar dem deutschen Drängen pro forma

nach, aber sie liessen bei ihren Demarchen in Bern deutlich durchblicken, dass sie des Reichskanzlers Eifer nicht teilten.

Seit Bismarck das Sozialistengesetz zu verschärfen suchte, nahm seine Autorität zu Hause rasant ab. Er verrannte sich und verbiss sich in Positionen, die selbst seine Freunde nicht mehr nachvollziehen konnten. Auch in der Wohlgemuth-Affäre ging es ihm letztlich darum, die Sozialdemokraten mit einem harten Schlag auszuschalten. «Wenn wir», schrieb er 1889 dem Kaiser, «mit der Schweiz überhaupt politische Geschäfte haben und eines kaiserlichen Gesandten daselbst bedürfen, so wird es dessen vornehmste Aufgabe sein, die Stärke der dortigen Position der deutschen Sozialdemokratie zu vermindern und ihren Zusammenhang mit den Schweizer Regierungs- und Beamtenkreisen zu lockern. Andere Aufgaben für unsere Politik in der Schweiz lassen sich in gewöhnlichen Verhältnissen kaum ausfindig machen».¹²¹

Bismarcks Drohungen bewirkten in der Schweiz nicht viel. Allerdings erleichterte der baldige Rücktritt des Regierungschefs einiges. Das Sozialistengesetz wurde aufgehoben, die deutschen Sozialdemokraten mussten nicht mehr ihre publizistische Tätigkeit ins Ausland verlegen, und politische Schnüffeleien erübrigten sich ebenfalls. Die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz normalisierten sich wieder. Auch erneuerte Deutschland bald wieder den schweizerisch-deutschen Niederlassungsvertrag.

Der Bundesrat hatte in der ganzen Affäre standhaft gehandelt. Das war sicher zum grossen Teil ein Verdienst des damaligen Vorstehers des Politischen Departementes, Numa Droz. Vorteilhaft war aber auch, dass Droz während Jahren ununterbrochen dem Politischen Departement vorstand. Üblicherweise führte ja der Bundespräsident die auswärtigen Angelegenheiten. Somit gab es jedes Jahr einen Wechsel. Der Bundesrat zog aber auch seine Lehren aus den verschiedenen Zwischenfällen. Offensichtlich verfügte die Landesbehörde, obschon für die Aussenpolitik zuständig, über unzureichende fremdenpolizeiliche Kompetenzen. Roth drückte es in einem Bericht recht unumwunden aus: «Mögen die derzeitigen Differenzen so oder anders beigelegt werden, mit der gegenwärtigen Organisation betr. Fremdenpolizei kommen wir auf die Dauer entschieden nicht mehr aus. Ohne eine durchgreifende Verbesserung der jetzigen Zustände riskieren wir jeden Augenblick neue Conflictte mit dem Auslande und je öfter solche Conflictte vorkommen, je bedrohlicher werden die Grossmächte im Norden und im Osten gegen uns auftreten, bis dann schliesslich die Anerkennung unserer Neutralität in der That in die Brüche geht.»¹²² Einen Monat später wurde er noch deutlicher. «Die neueste Kundgebung der deutschen So-

zialdemokraten in der Schweiz ... liefert nach meinem Dafürhalten einen neuen Beweis dafür, dass es bei uns, betreffend Duldung der fremden agitatorischen Elemente, entschieden anders werden muss.»¹²³ Für den vorsichtigen Roth waren dies zweifelsohne starke Worte. Aber er fand Gehör beim Bundesrat. In der Tat war es unangemessen, wenn kantonale Beamte auf unkontrollierte Weise internationale Konflikte auslösen konnten. Deshalb beantragte der Bundesrat unverzüglich, wieder eine Bundesanwaltschaft einzurichten, welche fremdenpolizeiliche Kompetenzen wahrnehmen sollte. Dieser Entscheid trug ebenfalls dazu bei, die schweizerisch-deutschen Beziehungen wieder in freundschaftliche Bahnen zu lenken.

Die zahlreichen Spannungen Ende der achtziger Jahre und vollends der Wohlgemuth-Handel hatten Roth gesundheitlich mitgenommen. Aus den Ferien in Pontresina berichtete er einem Freund, es sei in Berlin in letzter Zeit, in dieser «ekelhaften Periode»,¹²⁴ sehr elend gewesen. Er hätte unter Schlaf- und Appetitlosigkeit gelitten. Doch im folgenden Jahr heiterte sich der Himmel wieder auf. Er beriet den Bundesrat klug, als Bismarck versuchte, die Schweiz in seine verschachtelte Obstruktionspolitik gegen den Kaiser einzuspannen. Es ging dabei um Folgendes: Eine offizielle Einladung der Schweiz zu einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz überschneidet sich zeitlich mit einem kaiserlichen Erlass, der eine ähnliche Konferenz in Berlin bezweckte. Dem Kaiser lag an einem einvernehmlichen Verhältnis zur Arbeiterschaft, Bismarck aber suchte dies zu torpedieren. In einem längeren Gespräch mit Roth ermunterte der Reichskanzler die Schweiz, die Konferenz wie geplant in Bern durchzuführen; was Wilhelm II. beabsichtige, sei lediglich eine technische Veranstaltung; die beiden Konferenzen würden einander nicht ins Gehege kommen.

Doch Roth durchschaute das Intrigenspiel ebenso sehr wie die Entourage des Kaisers. Friedrich von Holstein, die graue Eminenz der deutschen Aussenpolitik, riet Philipp Graf zu Eulenburg und Hertefeld, einem Diplomaten und engen Freund Wilhelms II., der Kaiser möge «Oberst Roth, der ein hochgeachteter, deutschfreundlicher Mann ist»,¹²⁵ zum Frühstück einladen. Zwei Tage später sass Roth an der kaiserlichen Tafel. Was geschah dort? Nach Eulenburgs Aufzeichnungen muss es ein folgenreiches Gespräch gewesen sein. Wilhelm II. erzählte ihm Jahre später, im Vorfeld der Arbeiterschutzkonferenz hätte er klar erkannt, dass er sich des Reichskanzlers entledigen müsse. Dieser hätte begonnen, sich offen gegen ihn aufzulehnen, indem er die englischen, französischen und italienischen Botschafter dazu bewegen wollte, die Einladung zur Konferenz nach Berlin abzulehnen. Auch hätte Bismarck die Schweiz ermuntert, die Berner Konferenz durchzuführen. Roth hätte indessen diese Zumutung

wie ein Gentleman beantwortet: er soll mit seinem Rücktritt gedroht haben, falls die Schweiz ihre Veranstaltung nicht absagen würde.¹²⁶

Roth empfahl in der Tat dem zögernden Bundesrat wärmstens, die Einladung, obschon sie zuerst ergangen war, zurückzuziehen. Man solle sich nicht an den greisen Fürsten halten, der überdies «...wenig Verständniss und Geschmack für *unsere* politischen Zustände hat, seine 75 Jahre zählt und aus Gesundheitsrücksichten oder aus anderer Veranlassung von heute auf morgen zurückzutreten in die Lage kommen könnte...»,¹²⁷ derweil der junge Kaiser der Schweiz viel freundlicher gesinnt sei. Der Bundesrat hielt sich an Roths Empfehlung. Wilhelm II. seinerseits dankte der Schweiz für das Entgegenkommen, als er 1890 den Reichstag eröffnete. Auch lag ihm daran, letzte Missstimmungen zu beseitigen, welche die Politik des starrköpfigen Reichskanzlers hinterlassen hatte.

Nach Bismarcks Rücktritt vom März 1890 atmete man in der Schweizer Gesandtschaft auf. Dem umgänglichen Roth standen nicht nur die Türen aller Ministerien wieder offen, mit etlichen tonangebenden Persönlichkeiten verkehrte er auf vertrautem Fuss. Allerdings trübten anarchistische Machenschaften auch jetzt noch gelegentlich das gute Einvernehmen. Die Wellen gingen namentlich hoch, nachdem ein italienischer Anarchist im September 1898 die Kaiserin Elisabeth von Österreich in Genf ermordet hatte. Mit viel Getöse – und unverhohlener Spitze gegen die Eidgenossenschaft – lud Italien zu einer internationalen Anti-Anarchisten-Konferenz. Immer noch haftete dem demokratischen Bollwerk in den Alpen der zweifelhafte Ruf an, den Anarchisten das Handwerk nicht entschieden genug zu legen.

Für diesen üblen Leumund musste das Land zuweilen seinen Preis an der aussenpolitischen Front entrichten. Gern wäre beispielsweise Bundesrat Numa Droz im Auftrag der Staatengemeinschaft Gouverneur in Kreta geworden. Doch Deutschland und Russland wussten die Kandidatur dieses in der Wohlgemuth-Affäre so standhaften Politikers zu hintertreiben. Oder Roth musste bei anderer Gelegenheit erfahren, wie die monarchistischen Grossmächte unterschwellig Rechnungen beglichen. An der wichtigen Friedenskonferenz von 1899 in Den Haag – Roth gehörte der Schweizer Delegation an – wollte sich die Eidgenossenschaft mit Genf um den Sitz des internationalen Schiedsgerichtshofs bewerben. Roth mahnte zur Vorsicht. Wichtige Staaten, unter ihnen auch Deutschland, würden auf ein schweizerisches Angebot überhaupt nicht eingehen. Im Gegenteil, vielerorts spreche man davon, die Schweiz hätte einen «Heisshunger nach internationalen Bureaux».¹²⁸ Seine Warnung war mehr als gerechtfertigt. Später teilte ihm der amerikanische Botschafter mit, die USA wären gewillt gewesen, eine Schweizer Kandidatur zu unterstützen. Aber Genf sei gar nicht

ernsthaft zur Debatte gestanden, weil die Schweiz, wie verschiedene Staaten eingewandt hätten, die Anarchisten zu wenig überwache.

Bismarcks Abgang von der politischen Bühne erleichterte Roth dermassen, dass es seinen nüchternen Blick für die politische Lage eine Zeitlang etwas beeinträchtigte. Den neuen Reichskanzler, Leo Graf Caprivi, und dessen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Adolf Freiherr von Marschall, pries er mit geradezu überschwenglichen Worten – wie übrigens auch den jungen Kaiser. Der sogenannte neue Kurs unter Caprivi gefiel ihm offensichtlich gut. Aber auch sein Stellvertreter, Alfred de Claparède, und Legationssekretär Fininger berichteten nicht weniger wohlwollend über die neue Spitzenmannschaft. Der aus dem Grossherzogtum Baden stammende Freiherr von Marschall übertreffe alle Erwartungen, schrieb Roth, nachdem Marschall zwei Monate im Amt war. Unter seiner Leitung lasse das Auswärtige Amt «nichts, aber auch gar nichts zu wünschen übrig».¹²⁹ Marschall war dem Minister als treuer Ratgeber in der Wohlgemuth-Affäre bestens vertraut. Überdies war er ein Sohn des ehemaligen badischen Gesandten bei der Eidgenossenschaft, August Friedrich Marschall von Bieberstein.

Aus Paris erhielt das Politische Departement aber ganz anderslautende Informationen. Herr von Marschall sei, hiess es, ein Lebemensch und Schuldenmacher, ohne intellektuellen Tiefgang oder diplomatische Erfahrung. Im britischen Foreign Office hätte man seine Ernennung mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Empört reagierte Roth auf die abträglichen Depeschen des Gesandten Lardy. Er kenne von Marschall seit Langem und wisse, dass dieser ein durch und durch seriöser Mann sei; wie könne man in London nur zu einer solchen Beurteilung gelangen. Roth hielt mit seiner Vermutung, wer solche Verleumdungen ausgestreut haben könnte, nicht hinter dem Berg: Marschalls Vorgänger im Auswärtigen Amt, Herbert Graf Bismarck, engstens mit dem britischen Thronfolger befreundet. Roth schoss mit seiner Charakterisierung wohl etwas über das Ziel hinaus. Dennoch lag sie näher bei der Wahrheit als die üble Nachrede aus der Londoner Gerüchteküche. Ironischerweise sandte das Deutsche Reich 1912 den Freiherrn von Marschall, der als der fähigste deutsche Diplomat galt, an den Hof von St. James, um die deutsch-englische Verständigung zu fördern.

Freilich, so wie Roth urteilte damals ganz Berlin. Der Rücktritt des alten Reichskanzlers wurde überall begrüsst. Ein frischer Wind schien den Muff des Bismarckschen Systems zu verblasen. Mit seinem greisenhaften Festhalten an der Macht bildete Bismarck um 1890, wie dessen Biograph Lothar Gall urteilt, den dunklen Hintergrund zur strahlenden Figur des jungen Kaisers. Dieser verkörperte die neuen Erwartungen. Fünf Jahre später sah jedoch alles ganz anders aus. Die von Bismarck selbst kräftig geförderte Legendenbildung verklarte

schon seinen Sturz. Und die Person des Reichsgründers beschwor eine Vergangenheit herauf, die nun als golden galt, derweil sie vor Kurzem noch als aussichtslos verspottet worden war.¹³⁰ Auch wenn Roth später in keinem seiner politischen Berichte je etwas auf Caprivi und Marschall zukommen liess, musste er übers Jahr doch eingestehen, dass die Aussenpolitik des Deutschen Reiches im Vergleich zu Bismarcks Zeiten an Gewicht verloren hatte. Nach Caprivis Sturz 1894 bemerkte er trocken, ein grosser Staatsmann à la Bismarck sei der Graf nicht gewesen; aber die Schweiz hätte einen freundlich gesinnten Reichskanzler verloren.

Roth war zweifelsohne eine hochgeachtete Persönlichkeit in Berlin. Seine deutschen Gesprächspartnern schätzten ihn, die Schweizer Kolonie hatte ihn gern. Der zurückhaltende Gesandte wies noble Züge auf. Nie hätte er, wenn man sich auf seinen Biographen verlassen darf, an der Beerdigung eines Schweizers gefehlt, auch nicht des geringsten.¹³¹ Als der Schweizer Verein 1902 Roths fünfundzwanzigjähriges Amtsjubiläum im Palast-Hotel feierte, trafen von allen Seiten her Gratulationen ein: vom Kaiser, vom Bundesrat, vom Grafen Zeppelin und von der Regierung des Kantons Appenzell-Ausser rhoden. Das grosse Bankett erfreute Roth. Es bildete den gesellschaftlichen Höhepunkt in einer langen und distinguierten diplomatischen Karriere.

Ansonsten hatte der emsige Schaffer in den letzten Jahren eine gemächlichere Gangart eingeschaltet. Zwar kümmerte er sich immer noch, wie es seine Art war, um alle Geschäfte. Aber der tragische Tod seiner jüngeren Tochter überschattete sein Lebensende. Sie war, als Roth die Haager Friedenskonferenz besuchte, auf einer Reise nach England bei einem Eisenbahnunglück in Vlissingen ums Leben gekommen. Stundenlang lag sie unter einem umgekippten Waggon. Zu ihrem Gedenken stiftete Roth Fr. 100'000 – damals eine gewaltige Summe – an das Waisenhaus und Krankenhaus seiner Heimatgemeinde. Arnold Roth starb am 7. April 1904 in Berlin. Am 11. April fand in der St. Matthäikirche in Berlin eine Trauerfeier statt. Zwei Tage später wurde er in Teufen begraben.

Das grösste Kompliment bekam Roth allerdings erst nach seinem Tod. Und es stammte aus völlig unverfänglicher Quelle, nämlich von seinem Nachfolger. Diese sind in der Diplomatie wie auch in andern Berufen üblicherweise nicht darauf aus, den Ruf der Vorgänger zu mehren, sondern eher zu mindern. Als Alfred de Claparède im August 1904 den Antrittsbesuch am Hof vornehmen konnte, erfuhr er in der Audienz einiges, das er dem schweizerischen Bundespräsidenten verbatim berichtete. Kaiser Wilhelm II. hatte nämlich Minister Roth als einen Freund bezeichnet, der – so zitierte Claparède den Kaiser – «ihm persönlich nahe gestanden, näher als wohl ein fremder Gesandter je einem Sou-

verän gestanden habe». Und der Monarch soll angefügt haben, «ohne Herrn Roths Beistand hätte er seine Bestrebungen betreffend den Arbeiterschutz nicht verwirklichen können.»¹³² Einen so grossen Einfluss hat vorher kein Schweizer Diplomat in Deutschland ausgeübt; und nachher muss man auf Generalkonsul Franz-Rudolph von Weiss, den bedeutenden Gesprächspartner und Freund von Konrad Adenauer, warten, bis man in Deutschlands Stunde Null wieder einen Schweizer in vergleichbarer Stellung vorfindet.

Eine Gesandtschaft mit leiser Gangart: Alfred de Claparède

Nach Roths Tod hätte die Landesregierung gern die wichtige Berliner Gesandtschaft wieder mit einem Politiker besetzt. Sie liess den angesehenen Basler Juristen, Nationalrat, Obersten und späteren Korpskommandanten Isaak Iselin anfragen, ob er als Gesandter nach Berlin gehen würde. Doch der vornehme Iselin – er hatte schon 1898 an der internationalen Anti-Anarchisten-Konferenz in Rom etwas Diplomatenluft geschnuppert – winkte höflich ab. Mittlerweile hatte sich freilich eine Berufsdiplomatie herangebildet, die sich für den Berliner Posten stark interessierte. Gaston Carlin, Minister in London, wünschte sehnlichst nach Deutschland zu wechseln. Aber der Bundesrat erachtete seine Erfahrung für nicht ausreichend. Er bevorzugte Alfred de Claparède (1842-1922), Missionschef in Wien, dank langjährigen Aufenthalten in Berlin ausserdem bestens eingeführt in Preussens Gesellschaft.

Claparède, 1842 in Genf geboren, entstammte einer hochangesehenen Familie von Pastoren, Gelehrten und städtischen Beamten. Das Geschlecht kam ursprünglich aus dem Languedoc und hatte sich in der Berliner Gegend schon etwas herumgesehen. Der protestantische Vorfahre Claude wanderte nämlich nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes (1685) nach Brandenburg aus, wurde kurfürstlicher Rat, zog nach einigen Jahren jedoch in die Westschweiz weiter und liess sich 1724 in Genf einbürgern. Claparède, dessen Vater Gerichtsbeamter war, begann seine juristischen Studien in Genf, setzte sie in Bonn fort und schloss 1866 an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin mit einer römischrechtlichen Dissertation ab. Graf von Schlieffen und F. Haack bewerteten die lateinisch geschriebene These mit «summa cum laude».

Den Weg in die Diplomatie schlug Claparède ebenfalls in Berlin ein. Minister Hammer stellte ihn 1869 als Legationssekretär ein, fünf Jahre später wurde er zum Legationsrat befördert. In dieser Stellung verblieb er bis 1888. Nach Hammers Wahl in den Bundesrat amtete er während fast eines Jahres als Geschäftsträger ad interim. In gleicher Funktion sprang er zwischendurch auch in Wien ein, als diese Mission durch den Rücktritt von Minister von Tschudi eini-

ge Monate verwaist war. 1888 ernannte der Bundesrat Claparède zum Minister in Washington, 1893 versetzte er ihn nach Wien, und 1904 trat Claparède an die Spitze jener Mission, die er am meisten begehrte: Berlin. Die Aufnahme war sehr freundlich – dies umso mehr, als er während seiner ersten Amtszeit Katharina Crola, eine Deutsche, geheiratet hatte. Ihr Bruder war Offizier in der kaiserlichen Armee. Claparède, der wie seine Vorgänger ausserdem in Bayern akkreditiert war und ab 1915 überdies in Schweden, verblieb auf seinem Posten bis zu seinem Rücktritt, den er 1917 an seinem 75. Geburtstag nahm. Er verschied 1922 in Berlin, anscheinend schon halb vergessen. Jedenfalls meinte das heimatliche «Journal de Genève» in einem Nachruf, der von einem Berliner Korrespondenten verfasst war, Claparède sei vor ungefähr 10 Jahren von seinem Amt zurückgetreten. Sein Sohn Alfred hatte sich ebenfalls für den diplomatischen Dienst entschieden und die Laufbahn gleich beim Vater in Berlin begonnen, der Sohn Hugo wurde Professor der Rechte in Genf.

Der Beamte Claparède ist der erste eidgenössische Diplomat, der einen Werdegang durchlief, wie er mittlerweile für Berufsdiplomaten üblich ist.¹³³ Jung in den auswärtigen Dienst eingetreten, absolvierte er seine Karriere ausschliesslich in der Diplomatie. Er erklomm eine Stufe nach der andern, und er nahm, wie man es von einem Diplomaten heutzutage erwartet, zahlreiche Versetzungen in Kauf. Achtundvierzig Jahre lang diente er der Eidgenossenschaft, auf drei Posten war er ausserordentlicher und bevollmächtigter Minister. Als er zurücktrat, gewährte ihm der Bundesrat – eine aussergewöhnliche Geste, nicht zuletzt wegen Claparèdes bescheidenen finanziellen Verhältnissen – eine Rente von 10'000 Franken. Die sozialistische «Berner Tagwacht» quittierte hinterher die Unterstützung für den Genfer Aristokraten mit Hohngelächter¹³⁴. Damit der noble Herr weiterhin standesgemäss leben könne, erhalte er eine Unterstützung, derweil der kleine Mann leer ausgehe.

Claparède war eine vornehme Persönlichkeit, zurückhaltend und diskret im Umgang. Die Schweizer Bürger in Berlin schätzten ihn sehr. Dem Schweizer Verein, der 1870 eine Bibliothek anlegte, schenkte der junge Legationssekretär den Grundstock dazu. Auch später scheute er sich nie, sich für die Vereine einzusetzen. Als das Zentralkomitee der Schweizer Vereine 1877 in Bedrängnis geriet, weil Dr. Theodor Curti, der Redaktor der Frankfurter Zeitung, das Präsidium niedergelegt und in die Schweiz zurückgekehrt war, sprang Claparède in der Not ein und leitete das Präsidium aller Schweizer Vereine in Deutschland gut zehn Jahre lang selbst, bis zu seiner Versetzung nach Washington. Er erwarb sich zweifelsohne die grössten Verdienste im stillen Einsatz für seine Landsleute. Die Vereine und die Schweizer Kolonie verdankten es ihm später

reichlich. Zu seinem siebzigsten Geburtstag luden sie eine grosse Gesellschaft in den Bankettsaal des Restaurants «Zoologischer Garten». In einem theatralischen Akt, den sein erster Mitarbeiter, Walter Deucher, inszenierte, durfte der Jubilar eine Büste entgegennehmen, die der Stanser Bildhauer Eduard Zimmermann, damals in München tätig, geschaffen hatte.

Ein Jahr später feierte Claparède sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum als Gesandter. Eine Delegation der Schweizer Vereine war natürlich wiederum zugegen, aber auch der frühere Staatssekretär Freiherr Marschall von Bieberstein und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Gottlieb von Jagow, der Claparède im Namen des Kaisers einen prächtigen Tafelaufsatz aus weissem Porzellan überreichte. Der Sekretär des Politischen Departementes, Charles-Daniel Bourcart, eigens aus Bern angereist, überbrachte die Grüsse des Bundesrates und als Geschenk das Bild «Bord du lac de Genève» des Genfer Malers Albert Silvestre. Der Jubilar muss übrigens dieses grosse Gemälde, welches eine heitere Frühlingslandschaft am Genfersee mit einem nackten Mädchen darstellte, später der Eidgenossenschaft überlassen haben. Denn Minister Frölicher notierte, das Bild, das während eines Nachtessens zum Jahreswechsel 1942/43 krachend zu Boden stürzte und die politischen Ahnungen jener Zeit ominös verstärkte, sei eine Leihgabe der Gottfried-Keller-Stiftung.¹³⁵

Ein treuer Staatsdiener – das war Claparède. Was auf ihn zukam, erledigte er pflichtbewusst. Einen starken Durchsetzungswillen, wie er politischen Naturen zu eigen ist, bemerkte man an ihm weniger. Der Genfer Diplomat hinterliess keine tiefen Rillen in der Geschichte. Was der perfekt zweisprachige Gesandte nach Bern berichtete, war korrekt, sehr höflich formuliert, aber etwas fade. Nicht ganz ohne Grund suchte die Berner Zentrale den politischen Rat des Berliner Postenchefs selten. Claparède begnügte sich meistens damit, das, was ihm seine Gesprächspartner mitteilten, kommentarlos zu rapportieren – auch dann, wenn ein Kommentar durchaus angebracht gewesen wäre. In einem politischen Bericht vom Januar 1908 etwa unterrichtete er den Bundespräsidenten über ein längeres Gespräch mit dem Kaiser. Nicht ohne Stolz erwähnte er, Wilhelm II. hätte mit ihm wesentlich länger gesprochen als mit andern Diplomaten. Am Schluss des Berichtes bemerkte er, dass der Kaiser «...deutlich zeigen wollte, welch grosses Interesse er der Entwicklung unserer Wehrkraft beimisst und wie gerne er bereit sein will, uns stets dabei zu unterstützen».¹³⁶ Bundesrat Forrer, der den Bericht ebenfalls zu lesen bekam, kritzelte kritisch an den Rand: «Nicht nötig!». Überhaupt scheint der politische Spürsinn Claparède mitunter im Stich gelassen zu haben. Am 27. Juli 1914, als es im Gebälk von Europa schon un-



Auf Allerhöchsten Befehl Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Majestäten

beehrt sich der unterzeichnete Ober-Hof- und Haus-Marschall

Seine Excellenz von Geymüller von Schwarzberg Landesmarschall

Alfred de Claparède

zur Tafel am 27^{ten} Februar 1905 um 8 Uhr

im Weissen-Saale des Königlichen Schlosses zu Berlin

einzuladen

Alfred de Claparède

Ueberanzug pp. umstehend!

G. Haas

Kaiserliche Einladung für den Gesandten Alfred de Claparède. (Privatarchiv).

Anzug: Damen: lange ausgeschnittene Kleider,
 Herren vom Militair: Parade-Anzug bzw. Regiments-Uniform; die Herren Generale und Offiziere der Fußtruppen mit langen Bankleibern, } mit Bedenckband
 Herren vom Civil: Gala mit dunklen Beinkleidern,
 Die Herren Minister: 2. gestickte Uniform,

Anfahrt: Die Allerhöchsten u. Höchsten Herrschaften mit den Gefolgen vom Dienst: vom Lustgarten her unter Portal 4, Ausgang Theatertrappe,
 die anderen Eingeladenen: vom Lustgarten her durch Portal 5 an der Wandeltrappe.

Versammlung: Die Allerhöchsten u. Höchsten Herrschaften: im Rittersaale,
 die Gefolge: in der Rothen Sammetkammer,
 die anderen Eingeladenen: in der Bildergalerie.

überhörbar knisterte, wollte er allen Ernstes in den Sommerurlaub fahren. Der Bundesrat musste ihn auffordern, auf seinem Posten auszuharren, bis sich die Lage geklärt habe – was sich dann allerdings, da der Krieg viel länger als erwartet dauerte, auch als schwierig erweisen sollte.

Im Vergleich zu seinem Vorgänger Roth hatte die Berliner Gesandtschaft unter Claparède deutlich an Einfluss verloren. Der Berufsdiplomate verfügte in Bern nicht über die guten Beziehungen des ehemaligen Landammanns und Ständerats, in den Ministerien der kaiserlichen Regierung dagegen konnte er, der Hauptmann der Kavallerie, nicht mit dem Rang eines Obersten imponieren. Claparède schien auch nicht allzuviel Wert auf nützliche Kontakte zu legen. Seinen üblicherweise dreimonatigen Urlaub verbrachte er häufig – im Gegensatz zu seinen Vorgängern – nicht in der Schweiz. Er begab sich vorzugsweise nach Bad Wildungen. Der Minister hatte freilich noch gegen ein anderes Problem anzukämpfen. Die deutsche Gesandtschaft in Bern war während seiner Amtszeit ausserordentlich prominent besetzt: Von 1900 bis 1912 leitete Alfred von Bülow, ein Bruder des Reichskanzlers Bernhard von Bülow, die Mission, von 1912 bis 1917 war Gisbert von Romberg Gesandter; auch er verfügte über beste Beziehungen.

In der Diplomatie ist es üblich, dass jeder Staat die eigenen Geschäfte über seine Vertretung im Ausland abwickelt. Wenn Bern also Deutschland etwas mitteilen möchte, dann beauftragt es den Schweizer Diplomaten in Berlin mit einer Demarche. Man lädt nicht den deutschen Diplomaten in der Aarestadt ins Bundeshaus ein. Doch geschickten Diplomaten gelingt es immer wieder, nicht nur die eigene Seite zu vertreten, sondern auch einen Teil des Geschäftsverkehrs der Gegenseite zu übernehmen. Der schweizerische Bundesrat, ohnehin geneigt, der Einfachheit halber vieles in Bern abzuhandeln, hat während Claparèdes Amtszeit der deutschen Tendenz, die eigene Gesandtschaft als Kommunikationskanal in beiden Richtungen einzusetzen, kaum entgegengewirkt. Ein beträchtlicher Teil des Geschäftsverkehrs, der nach Protokoll eigentlich über die Schweizer Vertretung in Berlin hätte laufen müssen, wickelte sich in der deutschen Gesandtschaft in Bern ab. Diese bezog übrigens ihre schönen und repräsentationsbetonten Gebäulichkeiten am Brunnadernrain im eleganten Elfenauquartier pünktlich auf den Kaiserbesuch von 1912 hin.

Dem Gesandten Claparède stand während seiner Berliner Amtszeit ein erster Mitarbeiter zur Seite, der dem diplomatischen Milieu um die Jahrhundertwende voll gerecht wurde: Walter Deucher (1869-1945), Sohn des freisinnigen Bundesrates Adolf Deucher und Bruder des gleichnamigen Ständerates, mit Frieda Emily Bühler, die ihrerseits aus einer Industriellenfamilie stammte, verheiratet. Der Thurgauer wirkte in Berlin von 1904 bis 1919, zuerst kurze Zeit

als Gesandtschaftssekretär, dann als Gesandtschaftsrat. Er wird als eine angenehme und gemütliche Person beschrieben.

Das zwanzigste Jahrhundert liess sich auf der Gesandtschaft in Berlin wie in der Schweizer Aussenpolitik generell eher beschaulich an. Nur zwei grössere Probleme trübten vor dem Ersten Weltkrieg die Beziehungen zum Deutschen Reich. Beide waren wirtschaftlicher Natur; das eine betraf den Mehlzoll, das andere den sattsam bekannten Gotthardvertrag.

Gegen Ende des letzten Jahrhunderts gewann der Protektionismus auf dem europäischen Kontinent wieder bedenklich an Terrain. Die Zollkonflikte der Schweiz mit ihren protektionsfreudigen Nachbarstaaten häuften sich. Dabei spitzte sich ein Streitfall ganz besonders zu: die Mehlzollfrage mit Deutschland. Die deutsche Regierung versuchte, mit versteckten Subventionen die zolltarifrischen Bestimmungen zu unterlaufen. Das deutsche Reichsgesetz von 1906, welches der Mühlenindustrie beim Export feinsten Weizenmehls eine beachtliche Prämie zugestand, bedrohte das eidgenössische Müllereigewerbe in seiner Existenz. Der Import von deutschem Mehl, spottbillig angeliefert, stieg innert kürzester Frist explosionsartig an. Im Januar 1906 betrug die Einfuhr 1'341 q, im Oktober 1907 dagegen 25'898 q und im Januar 1908 gar 30'678 q.¹³⁷ Der Bundesrat beschwerte sich mehrmals bei der deutschen Regierung und beantragte, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu überweisen. Die deutsche Seite jedoch wies den Antrag ab und begnügte sich mit einer leichten Ermässigung der Subvention. Schliesslich musste der Bundesrat eingestehen, dass seine Bemühungen, den Konflikt einvernehmlich zu lösen, gescheitert waren. Zwar war die Einfuhr in den Jahren 1911-1913 etwas zurückgegangen, aber sie betrug immer noch das Siebenfache der durchschnittlichen Importmenge von 1900-1905. Claparède teilte Reichskanzler Theodor von Bethmann Hollweg mit, dem Bundesrat bliebe nichts anderes übrig, als autonome Zollmassnahmen zu erlassen.¹³⁸ Dazu kam es indes nicht, denn die Landesregierung wollte sachte vorgehen, um nicht eine inländische Brotverteuerung heraufzubeschwören. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges erledigte den Streitfall dann über Nacht, weil das Deutsche Reich jedes Interesse verloren hatte, die Schweiz reichlich mit Weizenmehl zu versorgen. Deutschland bekundete sogar Mühe, die schon vor dem Krieg zugesagten Getreidemengen zu liefern.

Der zweite Konflikt betraf, man möchte sagen: wieder einmal, die Gotthardbahn. Der Bundesrat beabsichtigte, die privaten Anteile der Bahn zurückzukaufen. Er sprach sein Vorgehen allerdings nicht mit Deutschland und Italien ab, welche die Bahn bekanntlich mitfinanziert hatten. Im März 1904 überreichte Claparède im Auswärtigen Amt eine Note, in welcher der Bundesrat den Rückkauf der Gotthardbahn vertragsgerecht auf den 1. Mai 1909 ankündigte. Die

deutsche Regierung – wie auch die italienische – liess sich sehr viel Zeit, bis sie auf die Note reagierte. Claparède intervenierte mehrmals, jedoch vergeblich. Immer wieder wurde er auf später vertröstet. Schliesslich schlug er dem Bundesrat vor, die Vertragsparteien zu einer Konferenz einzuladen, damit Italien und Deutschland sich nicht ständig hinter den Argumenten des andern verbergen können. Aber der Bundesrat befolgte den klugen Vorschlag nicht,¹³⁹ obwohl ihn ungute Gefühle beschlichen. Das endlose Hinausschieben einer Antwort deutete nichts Gutes an. Als dann endlich nach fünf Jahren, im Februar 1909, die gemeinsame Antwort in Bern eintraf, war der Bundesrat konsterniert. Die schlimmsten Befürchtungen wurden übertroffen. Die beiden Monarchien erhoben nicht bloss gegen das eigenmächtige und ungeschickte Vorgehen der Schweizer Regierung Einspruch, sie verlangten auch noch gravierende Kompensationen. Nach langwierigen Verhandlungen, die weniger das Deutsche Reich als Italien erschwerte, konnte man die Angelegenheit im Oktober 1909 vertraglich regeln. Die Schweiz musste den beiden Nachbarstaaten allerdings einschneidende Rechte abtreten, insbesondere musste sie den deutschen und italienischen Bahnen die Meistbegünstigung nicht nur für die Transitstrecken, sondern für das ganze schweizerische Schienennetz einräumen.

Die Schweiz erkaufte die Verstaatlichung der Gotthardbahn in der Tat teuer. Sie verlor die selbständige Preisgestaltung für das eigene Bahnwesen. Die Abmachungen lagen dem Bundesrat noch lange auf dem Magen. Im Versailler Friedensvertrag versuchte er, die Fesseln abzustreifen. Deutschland wurde von den Siegermächten eine entsprechende Verpflichtung auferlegt, doch Italien widersetzte sich erneut einer Regelung. Erst 1925 konnte das Mitspracherecht endgültig behoben werden. Die beiden Nachbarstaaten hatten allerdings, wie der Bundesrat später feststellen durfte, das lästige Regime in keiner Weise missbraucht.

Die Bundesversammlung ratifizierte den Gotthardvertrag nach hitziger Debatte im Jahr 1913. Aber im Schweizer Volk hatten die unwürdigen Vorgänge um den Rückkauf der Gotthardbahn einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Der angesehene Staatsrechtler und Publizist Carl Hilty scheute sich nicht, von Kolonialismus zu sprechen und den Vertrag mit der Suez-Kanal-Konvention zu vergleichen. Er nannte ihn den «Anfang eines Kollektivprotektorates».¹⁴⁰ Die Westschweiz empört sich besonders heftig. Dort befürchtete man, das Vertragswerk leiste einer schleichenden Germanisierung der Eidgenossenschaft Vorschub. Sogleich sammelten die Vertragsgegner emsig Unterschriften für eine Petition an die Bundesversammlung. Auch der Gesandtschaft in Berlin und den Schweizer Vereinen sandten sie Unterschriftenbögen zu. Aber der Präsident



Auszug aus dem Protokoll der A Sitzung des Schweizerischen Bundesrates

Donnerstag, 11. Januar 1917.

Gesandtschaftsverhältnisse
in Berlin.

Politisches Departement. Mündlich.

Herr Bundesrat Hoffmann berichtet, dass die Bestände, wie sie zur Zeit bei der Gesandtschaft in Berlin beständen, unhaltbar geworden seien. Herr Minister von Claparède sei seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen, so dass die Geschäfte im Rückstande blieben und mangelfhaft erledigt würden. Herr Claparède werde im Februar nächsthin 75 Jahre alt; es lieesse sich daher rechtfertigen, wenn ihm durch seine Familie würde nahegelegt werden, er sollt sich entschliessen, auf dem Zeitpunkt seines Geburtstages zurückzutreten.

Allerdings könne Herr Claparède auf eine Remuneration nicht völlig verzichten. Der Herr Vorsteher des Politischen Departementes glaubt, dass eine Summe von Fr. 10,000 den Verhältnissen entsprechen würde.

Schwierigkeiten werde der Herr zu bereiten. Wenn die Kriegsverhältnisse nicht wären, wäre sich das Politische Departement darüber klar, dass es vorschlagen würde, Herrn von Planta nach Berlin zu versetzen. Wie denn auch der Vorsteher des Politischen Departementes jetzt schon entschlossen sei, auf den Zeitpunkt der Beendigung des Krieges dem Bundesrate einen Antrag auf Uebergabe des Postens in Berlin an den Genannten zu beantragen.

Da eine Versetzung zur Zeit ausgeschlossen sei, so sei es mit Rücksicht auf die künftige Besetzung am Zweckmässigsten, einen Vertreter in ausserordentlicher und temporär beschränkter Mission zu entsenden. Herr Bundesrat Hoffmann habe hierbei an Herrn Obersten Iselin oder auch an Herrn Nationalrat Arthur Hugster gedacht.

Der Herr Vorsteher des Politischen Departementes frägt an, ob sich der Bundesrat mit seiner Auffassung und den beabsichtigten und dargelegten Schritten einverstanden erklären könne.

Der Bundesrat schliesst sich der Ansicht seines Politischen Departementes an und billigt sein geplantes Vorgehen.

Protokollauszug aus Politische Departement (Auswärtiges) zur Vollziehung.

Für getreuen Auszug,
Der Protokollführer:

Beil. 1041. (1041)

des Schweizer Vereins lehnte es rundweg ab, die Unterlagen zu verteilen. Sein Argument: man falle weder der eigenen Regierung in den Rücken noch kritisiere man etwas, welchem der Reichstag bereits zugestimmt hätte. So steuerten die Schweizer in Deutschland nur 46 Unterschriften bei, aus Frankreich hingegen kamen über 1'000.¹⁴¹

Das Aktionskomitee war sehr erfolgreich. Es sammelte mehr als 130'000 Unterschriften. Doch das Parlament liess sich nicht mehr umstimmen. Petition hin oder her, es hiess den Vertrag gut. Nun erlosch die Opposition jedoch keineswegs. Sie steckte sich vielmehr ein höheres Ziel: in der Aussenpolitik solle inskünftig nicht mehr das Parlament, sondern das Volk das letzte Wort zu sagen haben. Die Gegner strebten eine Verfassungsänderung an. Langfristige oder unkündbare Staatsverträge sollten dem Referendum unterstellt werden. Die Initiative, welche die Oppositionsbewegung lancierte, erreichte innert kürzester Zeit das nötige Unterschriftenquorum. Wegen des Krieges wurde über die Vorlage allerdings lange nicht abgestimmt. Als es im Januar 1921 soweit war, wurde die Initiative mit starker Mehrheit angenommen, und die Schweizer setzten die letzte bedeutsame Erweiterung der Volksrechte durch.

Die Mehlzollfrage und die Gotthardbahn beiseite – insgesamt waren die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland Anfang des Jahrhunderts besser denn je. Deutschschweizer und Deutsche standen sich nahe wie noch nie. In den sogenannt gehobenen Schichten sprach man nicht selten Hochdeutsch, und die Armeespitze verhehlte ihre Bewunderung für das Deutsche Reich keineswegs. Korpskommandant Ulrich Wille, der spätere General, dessen Frau eine geborene von Bismarck war, und Korpskommandant Theophil Sprecher von Bernegg, Generalstabschef im Ersten Weltkrieg, waren ausgesprochen deutschfreundlich. Beide standen massgeblich hinter der Militärorganisation von 1907 und der Heeresreform von 1911, mit welchen die Schweizer Miliz in eine schlagkräftige Armee nach preussischen Drillmustern umfunktionierte wurde. Um 1910 lebten auch mehr Deutsche in der Schweiz denn je zuvor oder danach. In der Stadt St. Gallen waren 30% der Bevölkerung Deutsche, in Basel-Stadt 31% und in Rorschach 40%.

Kaiser Wilhelm II. hatte wie der gesamte preussische Hofstaat eine Vorliebe für das Militärische. Er war offenbar erpicht darauf, sich persönlich zu erkundigen, wieviel die Schweizer Armee taugte. Verschiedentlich deutete er an, er würde gern die Schweiz besuchen. Schon 1903 liess er den Bundesrat wissen, er würde eine Einladung zu einem Besuch anlässlich seiner Reise nach Italien nicht ausschlagen. Die eidgenössische Exekutive antwortete jedoch mit einer Nonchalance sondergleichen. Hege der deutsche Kaiser einen solchen

Wunsch, so würde er, liess sie verlauten, sicher nicht ermangeln, den Bundesrat auf diplomatischem Weg zu informieren. Die Schweizer Regierung ihrerseits werde gewiss nicht die Initiative zu einer Einladung ergreifen.¹⁴² Wie konnte der Bundesrat eine solche Antwort, beinahe einen Affront, erteilen? Die Erklärung ist einfach: Die republikanische Schweiz hatte weder ein Faible für höfisches Zeremoniell noch die winzigste Erfahrung mit Staatsbesuchen. Der erste fand nicht vor 1910 statt. Damals besuchte der französische Präsident Armand Fallières die Landeshauptstadt Bern.

Doch Wilhelm II. wurde nicht müde, seine Absicht erneut zu bekunden. Als Sprecher 1908 Kaisermanöver in Deutschland besuchte, teilte ihm der Kaiser mit, er würde gern ein eidgenössisches Manöver beobachten, notfalls auch inkognito. Doch diese Ansinnen gefiel dem Bundesrat auch nicht. Die oberste Landesbehörde meinte, falls der Kaiser wirklich unerkannt den Manövern beiwohnen wolle, so würde die Schweizer Regierung eben das Ihrige dazu beitragen und ihn folglich nicht empfangen; falls er indes entsprechend seinem Rang auftreten möchte, so sei dies nur im Rahmen eines offiziellen Besuches möglich. Dazu müsste aber das deutsche Staatsoberhaupt eine formelle Anfrage via die diplomatischen Kanäle stellen. Eine neue Sondierung im nächsten Jahr behandelte der Bundesrat gleich. Im Jahr 1911 sodann ging Wilhelm II. beim Hofball auf Claparède zu und sagte ihm, er hätte schon lange den Wunsch gehabt, die Schweiz zu besuchen und eidgenössischen Manövern beizuwohnen. Er hätte einen vorzüglichen Eindruck von der Schweizer Armee. Namentlich rühmte er die charakterlichen und militärischen Eigenschaften von Korpskommandant Sprecher – wie er bei früherer Gelegenheit auch Korpskommandant Wille, den er 1906 bei Manövern in der Rheinprovinz kennengelernt hatte, aufs Höchste pries.¹⁴³ Claparède war in seinem Bericht an Bundespräsident Marc Ruchet überzeugt, der deutsche Gesandte werde demnächst in Bern vorsprechen und einen offiziellen Besuch beantragen. Er erbat Instruktionen, damit er im Auswärtigen Amt oder bei einer Begegnung mit dem Reichskanzler wisse, welche Haltung die Schweizer Regierung einnehme. Der Bundesrat blieb sich treu und antwortete, er würde einen offiziellen Besuch begrüssen, aber selbst keine Initiative ergreifen.¹⁴⁴

Ein Jahr danach, am 13. Januar 1912, erfolgte endlich die offizielle Anfrage. Diese war allerdings so präzise abgefasst, dass es Bundespräsident Forrer beinahe die Sprache verschlug. Der Gesandte von Bülow händigte ihm ein ausgearbeitetes Programm aus. Selbst Ort und Zeitpunkt der Manöver, welchen der Kaiser beiwohnen wollte, waren schon aufgeführt. Über Einzelheiten wollte von Bülow mit Generalstabschef Sprecher reden.



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

— à —

Monsieur le Dr. Alfred de Claparède,
Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire
de la Confédération suisse
à Berlin.

Monsieur le Ministre,

J'y a quelques jours, en vous faisant part de notre décision d'accepter la démission que vous nous avez remise, nous vous avons invité à rester à votre poste jusqu'au 10 février, jour anniversaire de vos soixante-quinze ans. Dans la pensée que ce serait pour vous le meilleur gage de notre gratitude et du respect dont nous vous entourons, nous avons voulu faire coïncider cette date avec celle où vous prendrez votre retraite, et déjà alors nous vous avons dit que nous n'oublierions jamais les inestimables services rendus à votre pays au cours de votre longue carrière.

Der Bundesrat verdankt die Verdienste des betagten Claparède. (BAR).

Toutefois, nous ne voulons pas laisser passer le 10 février sans vous présenter aussi toutes nos félicitations et nos chaleureux souhaits pour le rétablissement de votre santé.

Puisse le soir de votre vie se prolonger longtemps encore dans le bonheur et la tranquillité!

Puisse vous longtemps encore être conservé à l'affection des vôtres et faire rayonner sur tous ceux qui vous approchent cette bonté et cette gaieté du cœur qui ont toujours été chez vous des signes distinctifs et qui sont l'apanage des hommes de bien, ainsi que la récompense d'une existence de travail comme la vôtre!

En formant ces vœux, le Conseil fédéral sait qu'il est le fidèle interprète de tous vos compatriotes reconnaissants.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance de notre haute considération.

Berne, le 6 février 1917.

Au nom du Conseil fédéral suisse.

Le Président de la Confédération,

Schweizer

Le Chancelier de la Confédération,

Chastemann

Das war dem Bundesrat dann doch zuviel. Der Bundesrat musste den Gesandten zurechtweisen: derlei Angelegenheiten seien Sache des Chefs des Militärdepartements – und nicht des Generalstabschefs.¹⁴⁵

Wilhelm II. schien sich bewusst zu sein, dass sein Besuch in der Schweiz keiner Monarchie galt, sondern einem erzrepublikanischen Staatswesen. Anlässlich seines Geburtstages – es war an einer Galavorstellung im Opernhaus – bat er Claparède, der Schweizer Regierung, die sich mit der Einladung schwertat, Folgendes mitzuteilen: «... bitte versichern sie den Herrn Bundespräsidenten, dass ich in der Schweiz nicht majestätisch sein werde».¹⁴⁶ Wilhelm II. hielt sein Wort. Beargwöhnt von der Linken, die seinen Besuch zu ignorieren versuchte, kam ein leutseliger Kaiser in die Schweiz. Allgemein war man vom Kaiser angetan. Der «Toggenburger Anzeiger» meinte gar: «Menge Gmeindrot duet nöd so fründli!».¹⁴⁷

Der deutsche Kaiser, der 1893 auf seiner Heimreise von Italien die Schweiz erstmals flüchtig kennengelernt hatte, traf am 3. September 1912 ohne seine Gattin Augusta Viktoria in der Schweiz zum Staatsbesuch ein. Er überschritt die Grenze bei Basel und begab sich nach Zürich, wo er in der Villa Rietberg übernachtete. An den beiden folgenden Tagen beobachtete er, verfolgt von einer riesigen Menschenmenge – wohl an die hunderttausend Zuschauer – die Manöver im unteren Toggenburg und im st. gallischen Fürstenland. Er scheute sich nicht, sein Nachtquartier schon morgens um vier Uhr zu verlassen, um beim Morgengrauen den Pulverdampf im Feld zu riechen. Am 6. September begab er sich in die Bundeshauptstadt. Er war darauf gefasst, in Bern kühl empfangen zu werden. Der Gesandte von Bülow wusste Reichskanzler von Bethmann Hollweg indes zu berichten, die gesamte Bevölkerung hätte seine Majestät mit unglaublichem Jubel begrüsst. Der Kaiser sei ausserordentlich beeindruckt und sein Befinden vortrefflich. «Die Presse bis zu den links liberalen Blättern widmen Besuch begeisterte Worte, Sozialdemokraten schweigen sich aus.»¹⁴⁸ Noch am späten Abend des 6. September, nach dem Staatsbankett im «Bernerhof», verliess Wilhelm II. Bern. Am nächsten Morgen um acht Uhr verabschiedete er sich von seiner Schweizer Eskorte in Schaffhausen.

Ursprünglich hatte Wilhelm II. beabsichtigt, noch zwei Übernachtungen im Hotel Viktoria in Interlaken einzuschalten, auf das Jungfrauoch hinaufzureisen, die Aussicht auf das Eismeer zu geniessen und den Heimweg über den Brünig und Luzern anzutreten. Aber seine Ärzte rieten ihm von dieser Anstrengung ab. Claparède als Genfer hätte es nicht ungern gesehen, wenn der Kaiser einen Westschweizer Kanton besucht hätte. Er schlug deshalb einen Abstecher mit der Montreux-Oberland-Bahn zum Schoss Chillon vor.¹⁴⁹ Aber der Kaiser wollte offenbar diesen Plan nicht verwirklichen.

Der Kaiserbesuch von 1912, von Schweizer Seite ganz bewusst als Gegenstück zum Besuch des französischen Präsidenten vor zwei Jahren verstanden, war ein Staatsakt sondergleichen. Weder vorher noch nachher wurde je ein Staatsoberhaupt «mit solcher Begeisterung und aufwendiger Gastfreundschaft aufgenommen».¹⁵⁰ Überall strömte die Bevölkerung in riesigen Scharen herbei. Meinrad Inglin, der die Kaisermanöver bei Kirchberg als Berichterstatter mitverfolgte, schreibt in seinem «Schweizerspiegel», bei Tagesanbruch seien die Leute von überall her aufgetaucht und auf die Hügelkuppe südlich von Kirchberg marschiert, die wie ein Ameisenhaufen ausgesehen hätte. Auch der Bundesrat liess sich den Staatsbesuch etwas kosten. Das Politische Departement gab 110'000 Franken aus, womit die Repräsentationskosten 1912 243'000 Franken betragen. Im Vorjahr lagen sie bei 81'000 Franken, und auch nach dem Kaiserbesuch pendelten sie sich wieder bei 97'000 Franken ein.¹⁵¹ Selbst ein Städtchen wie Wil spendierte 4'000 Franken für Dekoration und Militärunterkünfte.¹⁵²

Die Schweiz selbst bestand nicht nur eine protokollarische Feuerprobe, die der Sekretär-Adjunkt Paul Dinichert, später Gesandter in Berlin, im Politischen Departement koordiniert hatte. Bundespräsident Ludwig Forrer, ein durch und durch republikanisch gesinnter Staatsmann, wusste auch die Würde des demokratischen Kleinstaates gegenüber der mächtigen Nachbarmonarchie voll zum Ausdruck zu bringen. Anders als der Vorsteher des Militärdepartements, Bundesrat und Oberst Arthur Hoffmann, erschien er zu den Manövern in Zivilkleidung und bildete schon rein äusserlich einen starken Gegensatz zum höchsten deutschen Repräsentanten. In seiner Berner Tischrede hatte der Bundespräsident höflich, jedoch entschieden, die Unterschiede in den Staatsformen herausgestrichen und den Willen der Schweiz betont, ihre Unabhängigkeit gegen jeden möglichen Angreifer zu verteidigen.

Wilhelm II. wusste ohne Zweifel die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung für sich einzunehmen. Bei vielen Deutschschweizern beseitigte er mit seiner umgänglichen Art letzte geistige Vorbehalte dem Deutschen Reich gegenüber. Eine solche Begeisterung für einen politischen Repräsentanten Deutschlands hatte es weder vorher gegeben, noch sollte sie später je wieder aufkommen. Die ganze Schweizer Bevölkerung allerdings feierte nicht mit. Viele Westschweizer misstrauten der Politik des Kaiserreichs. Der enthusiastische Empfang, den Wilhelm II. in der Deutschschweiz erhielt, bestärkte deren Argwohn, wonach die deutschsprachige Schweiz zusehends ins Kielwasser des Deutschen Reiches geraten sei. Somit förderte der Kaiserbesuch, dieser symbolische Höhepunkt in den gegenseitigen Beziehungen, ungewollt jenen Zwist im Verhältnis von Deutschschweizern und Romands, der die Schweiz in der

strapaziösen Nervosität des Ersten Weltkriegs beinahe zum Bersten brachte: Die Deutschschweizer fieberten zu Kriegsbeginn mit den Deutschen von Erfolg zu Erfolg, die Westschweizer litten mit den Franzosen an deren Niederlagen.

Sind die Beziehungen zwischen zwei Staaten gut, dann verrichten die diplomatischen Vertretungen vorwiegend Sonntagsarbeit. Sie sorgen dafür, dass sich jener Verkehr geschmeidig abwickelt, der sich ohnehin über die Landesgrenzen hinweg abspielen würde. Je schlechter indes die Beziehungen werden, desto mehr zählt die Geschicklichkeit der Diplomaten. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs war die Berliner Gesandtschaft kein Brennpunkt der Berichterstattung und aussenpolitischen Beratung – nicht zu vergleichen mit der Pariser Mission unter Charles Lardy oder gar früher unter Johann Conrad Kern, den man zuweilen den achten Bundesrat nannte. Claparède schickte seine Berichte zwar stillbewusst, aber fast kommentarlos nach Bern. Einen Tag bevor die deutsche Armee in Belgien einmarschierte und die belgische Neutralität aufs Größte verletzte, informierte Claparède den Vorsteher des Politischen Departementes treuherzig, der Chef des Grossen Generalstabs, Helmuth Johann Ludwig von Moltke, hätte ihm versichert, die deutsche Armeeleitung wolle die Neutralität der Schweiz voll respektieren. Dem fügte er an: der General wiederholte «die Bereitwilligkeit der deutschen Armeeleitung, uns in allen Fällen entgegenzukommen, wo es ihr möglich sein wird, der Schweiz von Nutzen zu sein»¹⁵³ – eine Bemerkung, die der Gesandte unter den gegebenen Umständen gewiss hätte bewerten müssen.

Die Verletzung der belgischen Neutralität beunruhigte Claparède auch nicht über alle Massen. Doch in dieser Hinsicht unterschied er sich kaum von seinen Zeitgenossen. Nicht einmal ein Mann wie Max Huber, gewissermassen damals das neutralitätspolitische Gewissen der Schweiz, empfand den deutschen Einmarsch als ein schreiendes Unrecht. In einer Welt, wo Unrecht herrscht, hätte er stets mit einem solchen Schritt gerechnet, schreibt Huber in seinen «Denkwürdigkeiten».¹⁵⁴ Brillante Analysen der politischen Lage findet man in Claparèdes Berichten kaum. Weit grössere Sorgen bereitete ihm, was er den Schweizer Militärflichtigen im Zeitpunkt sagen sollte, da der Bundesrat den Mobilisierungsbefehl erliesse. Er bat die Zentrale um entsprechende Instruktionen,¹⁵⁵ ja, er fühlte sich am wohlsten, wenn er Instruktionen ordentlich ausführen konnte. Dieses bescheidene Auftreten hatte zweifelsohne seine Nachteile. Aber ohne jegliche Vorteile war es auch nicht.

An politischen Drähten zwischen Bern und Berlin mangelte es im Ersten Weltkrieg nicht. Aber sie liefen nicht über die Gesandtschaft. Generalstabschef

von Moltke hatte mit seinem Schweizer Kollegen schon während der Kaisermanöver von 1912 vereinbart, er würde ihn über einen unmittelbar bevorstehenden Krieg mit dem Codewort «ante portas» informieren. Prompt traf am 31. Juli 1914 das entsprechende Telegramm in Bern ein – und möglicherweise noch Wesentliches dazu. Moltke behauptete später, er hätte Anfang August dem Schweizer Generalstabschef auch einen Entwurf zu einem geheimen Bündnisvertrag geschickt. Theophil Sprecher von Bernegg bestritt dies aufs Entschiedenste. Moltkes Behauptung konnte nie belegt werden. In der Schweiz fand man begrifflicherweise kein belastendes Dokument. Hätte ein solches existiert, hätte Sprecher es nach dem Krieg gewiss vernichtet. Aber in Deutschland liess sich auch kein Beleg auftreiben. Als die Angelegenheit ruchbar wurde, erteilte der Bundesrat dem damaligen Gesandten, Alfred von Planta, den Auftrag, sich offiziell nach dem Wahrheitsgehalt der Aussage zu erkundigen. Im November 1919 antwortete das Auswärtige Amt, in den Akten des Ministeriums und des Generalstabs sei nichts gefunden worden, was auf einen angeblichen Bündnisvertrag hindeutete.¹⁵⁶

Die Gesandtschaft hatte ihre Hand auch nicht im Spiel bei der sogenannten Oberstenaffäre. Oberst Karl Egli und der Chef des Nachrichtendienstes, Oberst E Moritz von Wattenwyl, hatten den Militärattachés Deutschlands und Österreichs zu Kriegsbeginn täglich vertrauliche Berichte überbringen lassen. Unter Nachrichtendiensten ist es gewiss üblich, Informationen auszutauschen. Aber nur die Zentralmächte zu bedienen, war eine krasse Verletzung der Neutralitätspflicht. Die schweizerischen Informationen waren, wie aus dem deutschen Schriftenverkehr hervorgeht, nicht wertlos. Zwei Monate nach Kriegsausbruch meldete der Gesandte Romberg: «Vom ersten Tage seit Ausbruch des Krieges hat die Schweiz unter der Hand ihr gesamtes geheimes militärisches Nachrichtenmaterial uns Tag für Tag zur Verfügung gestellt, sie gibt uns Kenntnis von aufgefangenen Telegrammen, die für uns wertvoll sein können „...».¹⁵⁷ Als die Angelegenheit 1915 ans Licht kam, brach in der Westschweiz und im Parlament helle Empörung aus. Gegen den hartnäckigen Widerstand des Generals und des Generalstabschefs setzte der Bundesrat durch, dass die beiden Obersten vor Gericht gestellt wurden. Das Gericht sprach sie zwar frei, überwies sie aber zur Disziplinaruntersuchung an die Armee. Schliesslich auferlegte ihnen der General zwanzig Tage scharfen Arrest und entthob sie ihrer Funktionen.

Auch als die Schweiz bei Vermittlungsversuchen zweimal kläglich scheiterte, nahm die Berliner Gesandtschaft nur eine Nebenrolle wahr. Die erste Aktion fädelt Minister Paul Ritter in Washington ein. Er versuchte im Februar 1917, nachdem das Deutsche Reich den verschärften U-Bootkrieg erklärt und

Wilhelm,
von Gottes Gnaden
Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

an
Ihre Königlich Preussische Legation in Rom.

Herr Präsident!

Ihre bisherige außerordentliche Gesandtschaft und
bravollnähmte Mission in Königlich Preussischer
Legation an Meinem Hofe Hr. Albrecht von
Claparède seit Meinem Abschied vom 26. Junii
an d. J. überwieft, worauf Sie, Herr Präsident,
sich bewegen gelassen haben, ich in Genehmigung
der nachstehenden Entlassung von diesem wichtigen Posten
abzuerkennen.

Es ist bekannt, dass Herr von Claparède
auf seinem langjährigen Dienstwege
zu

Kaiser Wilhelm II. würdigt den scheidenden Gesandten Claparède, nachdem dieser ihm das Abberufungsschreiben überreicht hatte. (BAR).

zu sehen, in dem er sich durch seine hervorragenden
persönlichen Eigenschaften und sein sorgfältiges Be-
halten, die zwischen Deutschland und der Schweiz so
glücklich bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu
erhalten und immer inniger zu gestalten, Weins
Anerkennung in jedem Maße erworben hat. Wir
in besten Wünschen begleiten ihn für sein ferneres
Leben.

Zugewungen Sie, Herr Reichardt, bei diesem An-
laß die Versicherung Weinen vorzüglichster Geystlichkeit

Großes Geystlichkeit,

In 23. März 1917.


F. Zimmermann

F. Zimmermann

Präsident Wilson die diplomatischen Beziehungen mit Berlin abgebrochen hatte, eine amerikanische Kriegserklärung an die Zentralmächte zu verhindern. Auf deutsche Anregung liess er Washington wissen, Deutschland sei bereit, mit Amerika zu verhandeln. Ritter war in einer delikaten Situation. Die deutsche Regierung war eben daran, ihre Vertretung in Washington der Schweiz zu übertragen. Aber die Eidgenossenschaft hatte das neue Mandat noch nicht übernommen. Ritter handelte also ausschliesslich als Schweizer. Er hatte sich in ein Unterfangen einspannen lassen, das der scheidende deutsche Botschafter in Washington, Johann Heinrich von Bernstorff, ausgeheckt hatte. Es schlug sogleich fehl. Das Staatsdepartement lehnte Ritters Angebot entschieden ab und informierte stracks die Presse. Nun distanzierte sich auch das Auswärtige Amt von der Vermittlung und erklärte, Ritter hätte eigenmächtig gehandelt. Man liess ihn im Regen stehen. Dem neuen Schweizer Missionschef in Berlin, Robert Haab – er war eben erst angekommen – überreichte man eine Erklärung, die sich halbwegs als Entschuldigung anhörte. Die Wilhelmstrasse liess wissen, Deutschland hätte, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, es sei am Ende seiner Kräfte angelangt und müsse um jeden Preis verhandeln, keine andere Möglichkeit gesehen, als Ritter zu desavouieren.¹⁵⁸ Die Entente aber bezichtigte die Schweiz erneut der Parteilichkeit. Natürlich hätten die Verhandlungen, wären sie von Erfolg gekrönt worden, die Kriegsanstrengungen Frankreichs und Englands tödlich gefährdet. Ritter, gedeckt durch die Berner Zentrale, hatte eine fragwürdige Demarche mit wenig Fingerspitzengefühl unternommen. Aber man kann sein Verhalten verstehen. Er hätte seinen Kopf kaum so weit zum Fenster hinausgestreckt, hätte er sich nicht schon halbwegs Deutschland verpflichtet gefühlt. Letztlich hatte ihn wohl seine Doppelfunktion als eidgenössischer Gesandter und designierter Schutzmachtvertreter aufs Glatteis geführt.

Schliesslich hatte die Berliner Gesandtschaft auch kaum etwas zu tun mit jenem Verstoss gegen die Neutralitätspflicht, der Bundesrat Arthur Hoffmann, den hochbegabten Leiter des Politischen Departementes, im Jahr 1917 zum Rücktritt zwingen sollte. In der redlichen Absicht, sein Bestes zu tun, um den Krieg zu verkürzen, benützte er einen Besuch von Nationalrat Robert Grimm in Petrograd, um die Möglichkeit eines separaten Friedensschlusses zwischen der Kerenski-Regierung und den Zentralmächten zu sondieren. Aber eine Depesche Hoffmanns an Grimm, in welcher er die Bedingungen mitteilte, unter denen die Zentralmächte bereit wären, mit Russland Frieden zu schliessen, geriet in die Hände der Entente. Wahrscheinlich spielte der Pfortner der schweizerischen Vertretung in Petrograd den Text den Franzosen zu. In gekürzter Form publizierte eine schwedische Zeitung das Telegramm. Wiederum ent-

stand im Ausland der Eindruck, die Schweiz kollaboriere mit den Zentralmächten. Bundesrat Hoffmann erkannte sogleich, dass er sich in der Landesregierung nicht mehr halten konnte. Obschon niemand, wie Bundesrat Motta erklärte,¹⁵⁹ an der Ehrenhaftigkeit Hoffmanns zweifelte, reichte er ohne Zögern seinen Rücktritt ein. Er wurde durch den Genfer Staatsmann Gustave Ador ersetzt. Vom Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes war nicht zu erwarten, dass er sich in den Fangnetzen der Grossmächte verstricken würde. Die Wilhelmstrasse war allerdings über die Wahl Adors gar nicht erfreut. Man glaubte, er neige mit seinem ganzen Wesen der Entente zu. Ein komisches Nachspiel blieb dem gestrauchelten Hoffmann aber nicht erspart. Das Auswärtige Amt liess nämlich die Schweizer Gesandtschaft in Berlin wissen, man hätte zum Sozialisten Grimm überhaupt kein Zutrauen gehabt. Haab berichtete, in Regierungskreisen erblickte man in ihm vielmehr einen Gegner Deutschlands, möglicherweise gar einen «Agent provocateur».¹⁶⁰

Die leise Gangart der Berliner Gesandtschaft vor und während des Ersten Weltkrieges verdient noch eine Anmerkung. Die Behutsamkeit war alles andere als selbstverständlich. Hing die Diskretion nur mit Claparèdes Naturell zusammen? Oder spielte vielleicht auch mit, dass der Missionschef in Berlin ein Welscher, ein Genfer war? Jedenfalls wirkte die Schweizerische Vertretung in Berlin in aufgewühlter Zeit erstaunlich leidenschaftslos, was der Schweiz zum Segen gereichte. Mochte die Armeespitze mit Ulrich Wille und Theophil Sprecher sehr deutschfreundlich gesinnt sein, mochte auch Bundesrat Hoffmann den Zentralmächten zuneigen, Claparède goss nicht mit parteiisch gefärbten Berichten Öl ins Feuer. In gefährlichen Zeitläuften, als sich Deutschschweizer und Welsche empfindlich verfremdeten, mahnte Carl Spitteier am 14. Dezember 1914 in Zürich: «... die patriotischen Phantasien von einer vorbildlichen (oder schiedsrichterlichen) Mission der Schweiz bitte möglichst leise. Ehe wir andern Völkern zum Vorbild dienen könnten, müssten wir erst unsere eigenen Aufgaben mustergültig lösen...» Auf ihre Weise, durch ihre besonnene Zurückhaltung auf exponiertem Posten, hatte die Gesandtschaft in einer hochbrisanten Phase der nationalen Verständigung etwas zum innerschweizerischen Ausgleich beigetragen.

Die Schweizer Diplomaten in Berlin hielten sich von politischen Vermittlungsaktionen fern. Im gemächlichen Stil Claparèdes kümmerten sie sich vornehmlich um Wirtschaftsfragen, allerdings auch auf diesem Gebiet mit gemessenem Elan. Als im August 1914 der Krieg ausbrach, war die wirtschaftliche Versorgung der Schweiz stark gefährdet. Ohne die Lieferung von Lebensmitteln und die Zufuhr von Rohstoffen aus dem Ausland konnte die Schweizer Bevölkerung nicht überleben. In den ersten Monaten freilich war die Lage nicht

so schlimm. Man zehrte noch von den Vorräten. Doch der Krieg zog sich hin. Er dauerte viel länger, als allgemein erwartet. Die Lager leerten sich, und als Deutschland Ende Januar 1917 den uneingeschränkten U-Bootkrieg erklärte, wurde die Versorgung prekär. Falls es dem Deutschen Reich geglückt wäre, die Lebensmittellieferungen aus Überesse zu unterbinden, wäre ohne Zweifel auch in der Schweiz eine grosse Hungersnot ausgebrochen. In den bedrängten Jahren 1916/17 stammten rund vier Fünftel der Schweizer Einfuhren aus den Entente-Ländern und ein Fünftel aus Deutschland und Österreich.

Der Bundesrat entsandte im Mai 1915 den St. Galler Industriellen und Nationalrat Ernst Schmidheiny, während des Krieges zugleich Leiter des sogenannten Kompensationsbüros, zu Verhandlungen nach Berlin. Wie Frankreich, England und Italien hatte Deutschland die Ausfuhr von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fabrikaten verboten – es sei denn, die Schweiz garantierte, dass die Waren ausschliesslich im eigenen Land verwendet würden. Aber Deutschland, der Hauptlieferant von Kohle und Stahl, war so wenig wie die andern Länder gewillt, sich mit einem schlichten bundesrätlichen Ausfuhrverbot oder einer Erklärung der Behörden zufriedenzugeben. Die deutschen Unterhändler forderten vielmehr, in Fabriken der chemischen Industrie und des Maschinenbaus, welche deutsche Erzeugnisse verarbeiteten, müssten Inspektoren fallweise untersuchen, ob kein unerlaubter Export stattfinde. Für die restlichen Importsparten begnügte sich die deutsche Seite mit einer einfachen Lösung. Der angesehene Zürcher Ständerat Paul Emil Usteri sollte nach deutschem Vorschlag als Treuhänder darüber wachen, dass die schweizerische Ausfuhr gemäss den Abmachungen mit Deutschland erfolge. Diesen Vorschlag nahm der Bundesrat gern an, den ersten aber, die fremden Inspektionen in Schweizer Fabriken, nur widerwillig. Doch er sah keine andere Möglichkeit,¹⁶¹ auch wenn die Schweiz als hochindustrialisiertes Land nicht gänzlich ohne Trümpfe dastand. Sie lieferte nämlich Material, das man im langwierigen Krieg kaum aus anderer Quelle beziehen konnte. Selbst gewisse Güter, die in der Rüstungsindustrie Verwendung fanden, stammten aus der Schweiz. Die kriegsführenden Mächte hatten – mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, die selbst nach Kriegseintritt Getreide an die Schweiz ohne Kompensationsforderungen lieferten – durchaus ein Eigeninteresse daran, die Schweiz ausreichend mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu versorgen.

Man darf das ausländische Interesse am Industriestandort Schweiz allerdings nicht überbewerten. Die Schweiz war nicht auf der Geberseite, sie gehörte zu den schwächeren Nehmern. Auf allen Flanken verwundbar, musste sie noch und noch Konzessionen machen. Kompensationsgeschäfte allein genüg-

ten nicht. Die deutsche Regierung drosselte mehrmals die Kohlelieferungen, um höhere Preise oder die Gewährung von Handelskrediten zu erzwingen. Schon im Sommer 1916 meldete die Schweizer Gesandtschaft, Ausfuhrbewilligungen würden aus den verschiedensten Gründen hingehalten: aus valutapolitischen Absichten, wegen Kompensationsforderungen oder im Interesse einer deutschen Industriepolitik.¹⁶² Je tiefer Deutschland im Krieg versank, desto mehr war es darauf erpicht, mit Warenlieferungen an die Schweiz wenigstens einen kleinen Beitrag zur Sanierung des zerrütteten Finanzhaushaltes zu erwirtschaften. Bei den katastrophalen Zuständen im eigenen Land bedurfte es allerdings besonders lukrativer Bedingungen, bis Deutschland Rohstoffe an einen neutralen Staat verkaufte. Ende 1917 erklärte sich die deutsche Regierung ausserstande, die vereinbarten Mengen an Kohle und Stahl zu liefern. Schliesslich gelang es in zähen Verhandlungen noch einmal, Kontrakte abzuschliessen. Aber die Preise für Kohle und Stahl verteuerten sich rasant. Die Schweiz musste Deutschland ausserdem einen zinsgünstigen Kredit von monatlich 20 Millionen Franken einräumen. 1918 verdoppelten sich die Kohlepreise nochmals – und dennoch, Deutschland konnte die vereinbarte Kohlenmenge nur zum Teil liefern.

Auf der Berliner Gesandtschaft waren die Verhältnisse Anfang 1917 so, dass sich der Bundesrat damit in einer Sitzung befassen musste. Beim verdienstvollen, aber betagten Claparède machten sich mittlerweile die Beschwerden des Alters stark bemerkbar. Er war seinen Aufgaben nicht mehr voll gewachsen. Die Geschäfte blieben bedenklich im Rückstand oder wurden nur mangelhaft erledigt. Der Bundesrat sprach von «gewissen Unzulänglichkeiten». Er wollte den Gesandten auf seinen 75. Geburtstag hin zum Rücktritt bewegen. Um möglichst schonend vorzugehen, sollten Familienangehörige ihm diesen Schritt nahelegen.¹⁶³ Claparède gab selbstverständlich dem sanften Druck sofort nach. Die ausserordentliche Rente, die ihm der Bundesrat gewährte, erleichterte ihm den Entscheid. Diplomaten ohne ein beträchtliches Vermögen mussten wie Bundesräte bange dem Zeitpunkt entgegenblicken, wo sie ihr bezahltes Amt abgeben mussten.

In derselben Sitzung beschloss der Bundesrat auch, wer Claparèdes Nachfolge antreten sollte. Es war Alfred von Planta, Minister in Rom. Solange aber noch Krieg herrschte, wollte ihn die Regierung nicht aus Italien abziehen. Für Berlin zog man deshalb bis zum Kriegsende eine provisorische Lösung in Betracht.

Turbulente Zeiten

Ein SBB-Generaldirektor und ein Ständerat als Notlösung: Robert Haas und Philippe Mercier

Nach Claparèdes Rücktritt fragte Bundesrat Hoffmann wiederum zuerst den Basler Isaak Iselin an, ob er die Berliner Gesandtschaft übernehmen würde. Er lehnte erneut ab, obschon es sich nur um eine temporäre Mission gehandelt hätte. Hoffmann dachte auch an den Appenzeller Nationalrat Arthur Eugster, der 1916 die Grosse Kammer präsidiert hatte.¹⁶⁴ Aber dieser war für das Vorhaben auch nicht zu gewinnen. Den Völkerrechtler Max Huber dagegen zog der Bundesrat nicht in Betracht, mochten auch Leute wie General Wille ihn ins Gespräch bringen.¹⁶⁵

Die Landesregierung fällte schliesslich einen eigenwilligen Entscheid. Sie schickte einen Gesandten nach Berlin, der sein Amt in der Schweiz, wie ehemals der Glarner Landammann Heer, beibehielt. Robert Haas (1865-1939), so hiess der neue Missionschef, erhielt seine Ernennung am Tag, als Claparède seinen 75. Geburtstag feierte und von seinem geliebten Amt zurücktrat. Mitten im Krieg durfte die Gesandtschaft nicht lange verwaist bleiben. Haas brach sofort nach dem 10. Februar 1917 in die Reichshauptstadt auf. Er hatte einen bis zum Kriegsende befristeten Auftrag in Berlin. Gleichzeitig verblieb er in der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen. Er liess sich lediglich beurlauben. Haas legte auch als Minister Wert darauf, an den SBB-Verwaltungsratssitzungen teilzunehmen. Die linke Presse kritisierte denn auch, Haas, der Millionär, bezöge zwei Gehälter.¹⁶⁶ Der Bundesrat dementierte diese Behauptung aufs Entschiedenste: seit seiner Ernennung zum Minister erhielt Haas lediglich eine Entlohnung als Missionschef in Berlin. Der Zürcher Haas, kein eidgenössischer Politiker, sondern ein entschlossener, mitunter etwas barsch auftretender Verwaltungsfachmann, hatte bereits eine erstaunliche Karriere hinter sich. Vom Wädenswiler Gemeinderat rückte er zum Zürcher Kantonsrat, Oberrichter, Regierungsrat und schliesslich zum SBB-Generaldirektor auf. In den Kriegsjahren betraute der Bundesrat die angesehene Autoritätsperson auch mit wirtschaftlichen Sondermissionen in Deutschland und Rumänien.

Der Berliner Gesandte auf Zeit sollte allerdings die schweizerische Vertretung noch weniger lang leiten, als ohnehin schon vorgesehen war. Haas wurde

nämlich – wie schon Heer und Hammer – in den Bundesrat gewählt. Im Herbst 1917 demissionierte Ludwig Forrer. Die Zürcher dachten zuerst an Ständerat Paul Emil Usteri als Nachfolger – ein Mann mit viel Prestige, wie bereits seine Berufung zum Treuhänder für die Verwendung der deutschen Importe verdeutlichte. Doch Usteri schlug wie verschiedene andere Kandidaten das ehrenvolle Angebot aus. Schliesslich gelangte Haab in die engere Wahl. Er entsprach allerdings nur bedingt dem Bild vom landläufigen Politiker. Der Freisinnige hatte nie im eidgenössischen Parlament gesessen, ausserdem war stramme Parteipolitik nicht seine Sache. Sein vermittelnder Einfluss reichte über die Grenzen der eigenen Partei hinaus. Selbst der sozialdemokratische Nationalrat Hermann Greulich, sonst kein Freund des Freisinns, befürwortete seine Wahl. Haab übernahm im Bundesratskollegium, dem er von 1918-29 angehörte, das Post- und Eisenbahndepartement. Für einen ehemaligen SBB-Generaldirektor war dies naheliegend.

Seine Begabung konnte Haab natürlich in den wenigen Monaten, die er in der Diplomatie verbrachte, nicht voll entfalten. Aber die Feuerprobe bestand er. Unter widrigen Umständen trat er sein Amt an. Er war noch nicht in Berlin eingetroffen, da kündigten die Zentralmächte im Zuge des verschärften Unterseebootkrieges die vollständige Seeblockade an. Haab musste in Berlin nachdrücklichen Protest und Rechtsverwahrung einlegen. Dann platzte, bevor er die Koffer ausgepackt hatte, die Affäre Ritter. Der Neuling auf dem diplomatischen Parkett hatte sein Beglaubigungsschreiben noch nicht überreicht, da wurde er schon an die ehrfurchtgebietende Wilhelmstrasse zitiert. Und einige Monate später erfuhr er, wie eingeschränkt das Diplomatenleben sein kann. Die Gesandtschaft wurde, nachdem es in Genf zu Demonstrationen vor dem deutschen Konsulat gekommen war, vorsichtshalber polizeilich bewacht.¹⁶⁷

Doch Haab liess sich in seiner Entschlussfreudigkeit nicht beirren. Zielstrebig baute er das Büro für den Schutz der Fremden Interessen auf. Auf die Schweizer Gesandtschaft in Berlin waren mit den Schutzmachtmandaten neue und ungewohnte Aufgaben zugekommen. Im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 hatte die Schweiz bekanntlich erstmals die Interessenvertretung von solchen Staaten übernommen, welche die diplomatischen Beziehungen untereinander abgebrochen hatten.¹⁶⁸ Dann wurde die Schweiz lange nicht mehr gebeten, als Schutzmacht zu amten. Auch als der Erste Weltkrieg ausbrach, blieb es verhältnismässig ruhig. Die meisten Länder, die in den Konflikt hineingezogen wurden, übertrugen ihre Mandate den Vereinigten Staaten. Lediglich Italien hatte 1915 die Schweiz gebeten, seine Interessen in Berlin wahrzunehmen, und umgekehrt betraute Deutschland die Schweiz von 1915-1920 mit seinen Mandaten in Italien. Die Dienste der Eidgenossenschaft wurden indes stärker

gefragt, nachdem die Vereinigten Staaten im Jahr 1917 selbst in den Krieg getreten waren. Bis zum Jahresende übertrugen zwölf Staaten der Schweiz ihre Mandate für mehr als vierzig Länder. In Berlin war die Schweiz ausser für Italien Schutzmacht für Brasilien und Uruguay (1917-1920), Dänemark und Norwegen (1918-1920) und die Türkei (1918-1924). Umgekehrt vertrat sie in acht Staaten die Interessen Deutschlands.¹⁶⁹ Dabei war namentlich die Vertretung in den Vereinigten Staaten von grosser Bedeutung.

Ende August 1917 beschloss der Bundesrat, im Politischen Departement eine «Abteilung für Vertretung Fremder Interessen und Internierung» ins Leben zu rufen. In Berlin gliederte man, wie auch in London, Paris und Wien, der Gesandtschaft eine eigene Abteilung zur Wahrung der Fremden Interessen an. Gleich in den ersten Tagen nach seiner Ankunft liess Haab Minister Leo Vogel, welcher der Schutzmachtabteilung vorstehen sollte, nach Berlin kommen.

Vogel (1863-1945) durchlief eine merkwürdige Karriere. In Rio de Janeiro geboren, trat er 1891 in den diplomatischen Dienst ein, war von 1898-1904 ein erstes Mal in Berlin und wurde hernach Gesandter in Washington. Doch schon 1908 demissionierte er – offiziell hiess es aus Gesundheitsgründen, seine Kollegen aber wollten wissen, man hätte ihn zu diesem Schritt gezwungen, weil er seine Haushälterin geheiratet hätte. Mit dem unerwarteten Arbeitsanfall, den der plötzliche Ausbau der Fremden Interessen während des Ersten Weltkriegs brachte, bestand im Politischen Departement ein grosser Bedarf an diplomatisch geschultem Personal. Vogel packte die Gelegenheit beim Schopf. Er konnte 1916 wieder ins Departement eintreten und kam nach Berlin, zuerst kurze Zeit als Geschäftsträger, von 1917-1920 als Leiter der Abteilung für Fremde Interessen, hernach bis zu seiner Demission im Jahr 1930 als Gesandtschaftsrat, aber mit Ministertitel ausgestattet.

Nach Haabs Wahl in den Bundesrat in der Wintersession 1917 sandte Minister Ritter, in den aussenpolitischen Zirkeln Berlins durch seine verunglückte Washingtoner Vermittlungsaktion kein Unbekannter, der obersten Landesbehörde von seinem neuen Arbeitsplatz Den Haag aus ein Telegramm. Er bat, man möchte ihn als Nachfolger Haabs in Betracht ziehen. Der Bundesrat schenkte indes seiner Kandidatur wenig Beachtung. Ein anderer Politiker kam zum Zug: der Glarner Philippe Mercier. Seine zahlreichen Ämter in der Schweiz – er war in seinem Heimatkanton Landrat, Präsident des Obergerichtes und ausserdem Ständerat – führte er auch von Berlin aus weiter. Er nahm vom Ausland her an den Ständeratssitzungen teil, als ob er aus Glarus anreisen würde. Im Dezember 1917 trat Mercier, dessen Vater schon Diplomat in Berlin gewesen war, seine

Mission an. Er pendelte mehr als anderthalb Jahre zwischen der Schweiz und Berlin hin und her, um dann dem längst designierten Nachfolger, Alfred von Planta, Platz zu machen. Die häufige Abwesenheit von Berlin brachte natürlich einige Nachteile mit sich. In der delikaten Schlussphase des Krieges und des revolutionären Aufbruchs in Deutschland, im November 1918, weilte Mercier bei seiner Familie in Glarus. Die Leitung der Gesandtschaft oblag seinem Stellvertreter, Legationsrat Karl Egger. Die Schweiz war wohl etwas weniger disponibel auf dem Platz Berlin, als es eine optimale Mandatsausübung erfordert hätte.

Den Vollblutpolitiker in Mercier – man spürte ihn rasch. Er war das pure Gegenteil des übervorsichtigen Claparède. Noch keinen Monat in Berlin, gerade von seinem Antrittsbesuch im Auswärtigen Amt zurückgekehrt, beschwerte er sich schon in Bern über jenes Thema, das wie ein Dauerbrenner in der diplomatischen Korrespondenz der schweizerisch-deutschen Beziehungen aufflakt: Die Schweizer Zeitungen würden abträglich über Deutschland berichten, schrieb Mercier. Er empfahl dem Bundesrat, «...ohne Rücksicht auf allfälliges innerpolitisches Geschrei in der Schweiz in Zukunft in Pressefragen Zentralmächte und Entente auf absolut gleichem Fusse zu behandeln.»¹⁷⁰ Um sich den nötigen Nachdruck zu verschaffen, fügte er an, Bundesrat Haab, mit dem er sich besprochen habe, teilte seine Ansicht.

Mit zupackender Hand kümmerte sich Mercier auch um sowjetische Angelegenheiten. Nachdem die Bolschewisten in Petrograd die Macht an sich gerissen hatten, fiel die Schweizer Vertretung in Russland als Informationsquelle weitgehend aus. Die meisten Fäden liefen nun in Berlin zusammen. Hier stellte auch die neue Sowjetregierung den Antrag, einen Emissär in die Schweiz entsenden zu können. Mercier bildete sich rasch ein Urteil über den Sondergesandten. Einige spärliche Informationen und ein einstündiges Gespräch genügten ihm, um dem Bundesrat einen günstigen Bericht über Jan Berzin zuzustellen. Berzin sei in jeder Hinsicht besser als der erste Kandidat, den die provisorische russische Regierung in die Schweiz entsenden wollte, vor dessen Aufnahme die deutsche Regierung jedoch die schweizerische Gesandtschaft gewarnt hatte. Aufgrund von Merciers Empfehlung war der Bundesrat bereit, Berzin zu empfangen und mit den neuen revolutionären Machthabern faktische, aber nicht juristische Beziehungen aufzunehmen. Mercier erteilte Berzin und dessen zwölfköpfigem Mitarbeiterstab die erforderlichen Visa – allerdings mit der ausdrücklichen Verpflichtung, sich jeglicher politischen Propaganda zu enthalten.¹⁷¹ Der Emissär setzte sich aber schon am ersten Tag über sein Versprechen

hinweg. Er begann sogleich, wie er später voller Stolz selbst einräumte, die Gesandtschaft in Bern zu einer bolschewistischen Agitationszentrale für Westeuropa auszubauen. Völlig verdrossen bereitete die Landesregierung auf dem Höhepunkt des Generalstreiks, am 11. November 1918, seinem Treiben ein Ende. Sie wies Berzin mitsamt seinen Mitarbeitern aus der Schweiz aus. Die diplomatischen Beziehungen, soweit sie überhaupt noch existierten, wurden gänzlich abgebrochen. Zu ostentativ hatte sich der Revolutionär in den Generalstreik eingeschaltet. Auch hatten andere Staaten beim Bundesrat wegen der von Bern aus orchestrierten Agitation Protestdemonstrationen unternommen.

In Berlin begab sich Legationsrat Egger gleichentags, also am 11. November, ins Auswärtige Amt, um für die ausgewiesene Delegation die Durchreisewilligung durch Deutschland zu beantragen. Sie wurde nicht nur problemlos gewährt; der mit den Regierungsgeschäften betraute Friedrich Ebert legte persönlich Wert darauf, den schweizerischen Geschäftsträger zu empfangen. Egger kämpfte sich durch verschiedene Cordons von Spartakisten in den Reichstag vor. Dort fand er eine unbeschreibliche Unordnung vor. Matrosen schliefen in den Prunksälen auf den Polstermöbeln, am Boden lagen Speisereste, überall herrschte ein Wirrwarr. Doch der SPD-Vorsitzende und nachmalige Reichspräsident bat den Legationsrat, gerade dies zu übersehen und dem Bundesrat mitzuteilen, «...dass die gegenwärtige Regierung den bestimmten Glauben habe, die Ruhe und die Ordnung aufrecht zu erhalten».¹⁷² Ebert fügte zudem an, Feldmarschall Hindenburg hätte der Regierung die Unterstützung der Armee zugesichert.

Ebert wollte dem eidgenössischen Nachbarn gewisse Zusicherungen geben. Aber in erster Linie wandte er sich wohl an das Land, das die deutschen Interessen in Amerika vertrat. Immer wieder baten deutsche Gesprächspartner die Gesandtschaft, Washington informell über die Notlage in Berlin zu unterrichten. Im Allgemeinen waren diese Botschaften pessimistisch gestimmt. Sofern die Entente dem darniederliegenden Deutschland nicht weiter entgegenkomme, werde dieses Land, so lautete der Tenor, dem Bolschewismus anheimfallen. Mitte November 1918 verliess selten ein politisches Schriftstück die Kanzlei an der Fürst-Bismarck-Strasse, in welchem ein solcher Hinweis gefehlt hätte. Mercier war ganz Auge und Ohr für diese Art von Argumentation. Voller Überzeugung hatte er sich bereits im Oktober 1918 für ein Unterfangen begeistern lassen, das der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Hilmar Freiherr von dem Bussche, an ihn herangetragen hatte. Im Osten bestünde grosse Gefahr, dass die Bolschewiken unmenschliche Greuelthaten begehen würden, sobald sich die deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten zurückzögen; ein neutraler Staat wie die Schweiz, so beteuerte der Staatssekretär, sollte Präsident Wilson und

andere massgebliche Persönlichkeiten der Entente auf diese Gefahren aufmerksam machen. Als Schutzmacht musste die Schweiz gewiss deutsche Botschaften dem amerikanischen Adressaten übermitteln. Doch Bussche wünschte mehr als eine einfache Weiterleitung. Er erwartete vielmehr, dass sich die Schweiz seine Einschätzung der Lage zu eigen mache und in eigenem Name interveniere. Dem Gesandten Mercier leuchtete der Vorschlag der Wilhelmstrasse ein. Nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, nein, die Schweiz sollte schlicht aus eigenem Interesse so handeln wie erbeten. Schliesslich sei es ausserordentlich erwünscht, «...dass die grosse bolschewistische terroristische Welle möglichst weit von der deutschen und infolgedessen auch von der schweizerischen Grenze ferngehalten wird.»¹⁷³ Der Bundesrat bremste jedoch seinen Eifer. Er erkannte die neutralitätspolitische Falle. Wenn es nach Mercier gegangen wäre, dann hätte die Schweiz, nach der Oberstenaffäre, der Ritter-Affäre und dem Fall Hoffmann, in den letzten Kriegstagen noch einen weiteren politischen Vermittlungsversuch unternommen, der leicht ins Zwielficht der Parteilichkeit geraten wäre.

Bei Kriegsende war die Lage in Berlin und in zahlreichen deutschen Städten chaotisch. Der Kaiser dankte am 9. November ab und flüchtete nach Holland. In den Strassen der Hauptstadt herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann rief vom Reichstag die Republik aus, der Revolutionär Karl Liebknecht proklamierte vom Schloss aus einen kommunistischen Staat. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war es auf Messers Schneide, wer die Oberhand gewinnen würde, die Demokraten oder die kommunistischen Spartakisten. In München proklamierte Kurt Eisner eine sozialistische Räterepublik. Mercier berichtete über einen Antrittsbesuch beim neuen bayerischen Ministerpräsidenten:

«Eisner empfing mich im gleichen Raume wie Ende Mai sein Vorgänger Ministerpräsident von Dandl. An der Wand hängt noch ein schönes Porträt vom letzten König von Bayern. Auf dem Tisch steht eine grosse Jardiniere mit roten Maschen. Am Tische sitzt statt des zielbewussten, energischen und imponierenden Dandl ein kleines mageres Jüdlein mit langen rot und grau melierten Haaren. Ein betäubender Unterschied!»¹⁷⁴

Die Schweizer in Berlin verhielten sich ruhig, aber sie waren besorgt. Mercier liess in Bern anfragen, ob er ausnahmsweise Wertschriften von Schweizer Bürgern auf der Gesandtschaft entgegennehmen und allenfalls mit dem Kurier in die Schweiz schicken dürfe. Eine ähnliche Bewilligung hatte man der Schweizer Gesandtschaft in Petrograd erteilt, als die revolutionären Umtriebe zugekommen hatten.¹⁷⁵

Mercier schätzte die Nachkriegssituation pessimistisch ein. Verschiedentlich sah er Deutschland bereits in der kommunistischen Brandung untergehen. Für die Schweiz schwante ihm Übles. Ohne drakonische Massnahmen würde die Schweiz von der kommunistischen Welle überspült. Als der Bundesrat im März 1919 die Einreisebestimmungen lockerte, um den Wünschen der Hotellerie entgegenzukommen, protestierte der Glarner Standesherr aufs Heftigste:

«... wenn die Schweiz die Einreise für Frühjahr und Sommer erleichtert, so kann ich mir nicht vorstellen, wie es hier gelingen wird, sich den Bolschewismus vom Halse zu halten. Ich verkenne die Notlage der schweizerischen Hotellerie, unter der ich persönlich als Aktionär und Obligationär auch zu leiden habe, keineswegs, doch erlaube ich mir der Meinung Ausdruck zu geben, die Bekämpfung des Bolschewismus sei wichtiger als die sofortige Förderung der Hotellerie.»¹⁷⁶

Seiner Meinung nach mussten die Grenzen, bis der Bolschewismus bekämpft sei, so hermetisch wie möglich geschlossen werden. Solange Mercier in Berlin weilte, warnte er den Bundesrat vor den Gefahren des Kommunismus. Noch im Juni 1919, kurz vor seiner Abreise, empfahl der Oberst und Stabschef des ersten Armeekorps, welcher Mercier auch war, ständig mobile Truppen in Reserve zu halten, damit die Schweiz notfalls sofort reagieren könne.¹⁷⁷

Letztlich war Mercier überzeugt, der Siegeszug der Revolution könne in Deutschland nur verhindert werden, wenn die Entente der deutschen Regierung mit geeigneten Massnahmen helfe.¹⁷⁸ Unablässig bearbeitete er die Zentrale mit solchen Vorstellungen. Als der selbstbewusste Politiker dem Bundesrat nahelegte, in Paris, Rom, London und Washington vorstellig zu werden, um diese Regierungen zu mehr Verständnis für Deutschlands Probleme zu bewegen, hielt der Vorsteher des Politischen Departementes, Felix Calonder, den Zeitpunkt gekommen, um dem Berliner Missionschef klaren Wein einzuschenken: Er schrieb:

«In Beantwortung Ihres Télégrammes Nummer 9 vom 19. Februar beehren wir uns, Ihnen mitzuteilen, dass wir regelmässig unsere Gesandtschaften über Ihren Standpunkt orientiert und denselben wiederholt mitgeteilt haben, dass Sie der Meinung seien, Deutschland liege gegenwärtig hilflos am Boden, und es läge im Interesse der Schweiz und der Entente, Deutschland zu kräftigen und zu stützen, um es als Bollwerk gegen den Bolschewismus zu verwenden. Diese Ihre Ansicht wird von vielen Leuten in der Schweiz ge-

teilt; wir haben uns aber überzeugen müssen, dass die Ententestaaten im Allgemeinen von einem solchen Standpunkt nichts wissen wollen. ... Wir müssen uns darauf beschränken, hier in Bern in der diskretesten Weise Andeutungen zu machen und können nicht unsere Gesandten beauftragen, den von Ihnen vertretenen Standpunkt offen zu verbreiten, denn unsere Nachbarn sind ausserordentlich empfindlich, und jeder Schritt, der mehr oder weniger zu Gunsten Deutschlands geschieht, wird als eine unneutrale Handlung betrachtet.»¹⁷⁹

Lange befolgte die Landesregierung Merciers Ratschläge nicht. Aber zum Amtsende hin bekam er doch noch eine kleine Genugtuung. Als Kurt Eisner die Räterepublik in München ausgerufen hatte, beauftragte der Bundesrat Anfang März 1919 die Gesandten in den Entente-Ländern, die Regierungen auf die explosive Lage in Deutschland aufmerksam zu machen. In den gleichen Tagen lud das Politische Departement die Vertreter der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und Italiens ins Bundeshaus. Dort teilte man ihnen im gravitätischen Stil einer Zitation mit, in München herrschte die absolute Anarchie und die Gefahr der Bolschewisierung Deutschlands wüchse ständig. Aber im gleichen Atemzug fügte man etwas an, das vielleicht scharfsinnig gedacht war, jedoch widersinnig klang. Die Schweiz, so betonte die Abteilung für Auswärtiges, bezwecke mit dieser Darlegung nicht nur nichts für sich selbst, sie wolle auch nichts suggerieren.¹⁸⁰ Der Kleinstaat verwischte den Zweck des Unterfangens. Es schien, als ob man Angst vor der eigenen Courage bekommen hätte.

Auf einem andern Gebiet hinterliess Mercier noch Spuren. Als erster Gesandter empfahl er dem Bundesrat, Militärattachés einzusetzen. Die Bedeutung seiner Intervention unterstrich der Oberst mit dem Hinweis, dass er als höherer Offizier wohl die nötigen Kontakte selbst herstellen konnte. Aber erstens sei er mit seinem Grad eine Ausnahme im diplomatischen Corps, und zweitens wäre es vorteilhaft, wenn ein Militärattaché direkt mit dem Kriegsministerium verkehren könnte.¹⁸¹ Im Militärdepartement stiess Mercier offene Türen ein, im Gesamtbundesrat war man skeptischer. Dieser wartete noch zwanzig Jahre, bevor er die ersten Militärattachés ernannte. Anzumerken bleibt freilich, dass der Bundesrat schon 1867, als er beschloss, in Berlin eine Gesandtschaft zu errichten, daran dachte, dem Gesandten zur militärischen Berichterstattung einen Offizier beizugeben.

Zwei unverhoffte Todesfälle: Alfred von Planta und Gaston Carlin

Ob der Glarner Politiker mit seinem zielstrebigem, aber etwas hemdsärmeligen Draufgängertum langfristig den Berliner Posten gut versehen hätte, bleibe dahingestellt. Mercier selbst hatte sich stets nur als Verweser verstanden. Mehrmals forderte er die Landesbehörde auf, ihn von seinem Amt zu entbinden. Er war sofort bereit, seinen Platz zu räumen, als der Bundesrat im Sommer 1919 bekanntgab, Minister von Planta nach Berlin zu entsenden.

Alfred von Planta (1857-1922) war eine angesehene Persönlichkeit, als er Missionschef in Berlin wurde. Geboren in Reichenau, am Zusammenfluss von Vorderrhein und Hinterrhein, entschied er sich nach juristischen Studien für die diplomatische Laufbahn. Er wurde 1884 Legationssekretär in Wien. Aber schon nach einem Jahr demissionierte er. Seine Schnupperlehre war noch kürzer, als jene von Carl Jakob Burckhardt später auf dem gleichen Posten sein sollte – oder, um in der Familie zu bleiben, als jene von Burckhardts Vater auf der Berliner Gesandtschaft (1885/86). In die Schweiz zurückgekehrt, liess sich der junge Rechtsanwalt in seinem stattlichen Schloss in Reichenau nieder, wurde Rechtskonsulent der Rhätischen Bahn, bald auch deren Verwaltungsrat und Verwaltungsratspräsident; daneben war er Verwaltungsrat der Bank von Graubünden und Präsident der Kraftwerke Brusio. In der Wirtschaft seines Heimatkantons sass er überall an den Schalthebeln, ausserhalb Graubündens galt er als Autorität in Wasserwirtschafts-, Finanz- und Bahnfragen.

Mit Leichtigkeit erklomm Planta auch die Sprossen der politischen Leiter. Im Nationalrat, dem er seit 1896 angehörte, rückte er rasch zum Präsidenten der liberal-konservativen Partei auf. Im Kriegsjahr 1914 präsidierte er die Grosse Kammer. Im Frühjahr 1913, als sein Landsmann Felix Calonder in den Bundesrat gewählt wurde, war Planta auch als Kandidat im Gespräch gewesen. Aber da er nicht der Hauptrichtung des Freisinns, sondern den Liberalen angehörte, waren seine Chancen gering. In der eidgenössischen Politik war er einer der prominentesten Gegner des Gotthardvertrages; hingegen befürwortete er, der einflussreichste Bündner Politiker, nach einigem Zögern, den Beitritt zum Völ-

kerbund. Der Gebirgskanton brachte eine zustimmende Mehrheit auf, was zu einem nicht geringen Teil sein Verdienst war.¹⁸²

Im Jahr 1914 zog es Planta wieder in die Diplomatie. Der Bundesrat übertrug ihm den Ministerposten in Rom. Dieses Amt versah er mit Auszeichnung. Ab 1915 hatte er nicht nur die Schweizer Interessen in Italien zu vertreten, sondern nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland auch die deutschen. Aber sein grosser Einsatz brachte ihm auch den Ruf ein, sehr deutschfreundlich zu sein; ja, einzelne Stimmen warfen ihm vor, er verstosse manchmal gegen die Neutralitätspflicht. Aus gesundheitlichen Gründen bat Planta im Februar 1918 den Bundesrat um vorübergehende Dispensierung vom Staatsdienst, und im April zog er sich auf sein Anwesen zurück. Wie bei einem Diplomaten nicht anders zu erwarten, nahm sich diese Erklärung so banal aus, dass ihr die politischen Kaffeesatzleser zwangsläufig misstrauten und eine «diplomatische» Krankheit vermuteten. Doch der Berner Korrespondent der «Gazette de Lausanne» hatte den scheidenden Minister, als dieser den Bundesrat aufsuchte, in den Wandelhallen des Bundeshauses gesehen. Er war, berichtete er am 14. Februar 1918, bestürzt, wie erschöpft Planta aussah. Dieser hielt sich dann mehrere Monate im Engadin zur Kur auf.

Im Verlaufe desselben Jahres fand jedoch sein Bündner Landsmann Felix Calonder, Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departementes, die Eidgenossenschaft könne auf Plantas Dienste nicht verzichten. Im Juni stellte er seinem Landsmann die Wahl zum Gesandten in Berlin auf den 1. November in Aussicht. Er schrieb ihm indes auch, Planta müsste Verständnis aufbringen, falls sich die Wahl wegen der politischen Lage verzögerte. Tatsächlich verschob sich die Wahl, mehr aber noch der Amtsantritt, um einige Monate. So problemlos wie im Januar 1917 konnte sich das Bundesratskollegium nicht mehr auf den Anwärter einigen. Der Favorit des Politischen Departementes stiess vor allem beim Chef des Finanz- und Zolldepartementes, bei Giuseppe Motta, auf Ablehnung. Zuerst begründete dieser seinen Widerstand mit dem Krieg: solange Krieg herrsche, könne man Planta nicht nach Berlin versetzen; nach dem Krieg stiess er sich an der Persönlichkeit: der Bündner Aristokrat mit seinem vornehmen Gehabe passe nicht in die neuen Verhältnisse in Deutschland hinein.¹⁸³ Ein erster formeller Antrag scheiterte im Bundesratskollegium am 31. Dezember 1918. Am 17. Januar 1919 kam das Siebnergremium auf das Geschäft zurück. Nun drang der Vorsteher des Politischen Departementes mit seinem Anliegen durch. Der Bundesrat ernannte den Beurlaubten zum neuen ausserordentlichen und bevollmächtigten Minister im Deutschen Reich.¹⁸⁴

Calonder musste etliche Hindernisse wegräumen, bis er seinen Kandidaten

durchbrachte. Nur so erklärt sich die ausserordentlich lange Frist zwischen der persönlichen Anfrage im Juni 1918 und der Ernennung im Januar 1919. Aber damit waren noch nicht alle Probleme behoben. Der Beschluss blieb lange geheim. Über den Zeitpunkt des Amtsantrittes war nämlich nichts entschieden worden. Am 22. Juli 1919 aber war es soweit. Der Bundesrat gelangte jetzt mit einem Kommuniqué an die Öffentlichkeit, worin er mitteilte, dass Philippe Mercier seine Mission auf Ende September abschliesse und Alfred von Planta zum Nachfolger bestimmt sei. Unklar blieb, ob man den Bündner auch in Schweden akkreditieren wollte. Nach einigem Hin und Her beschloss der Bundesrat zu Plantas Arger, in Schweden eine eigene Gesandtschaft zu eröffnen. Das Beglaubigungsschreiben zuhanden von König Gustav stellte die Bundeskanzlei allerdings noch für Planta aus, wie übrigens auch jenes, das er dem Ministerpräsidenten der Bayerischen Republik überreichen sollte. Versiegelt und ungebrochen lagern sie im Bundesarchiv.

Mit viel Energie übernahm Planta am 1. Oktober 1919 die Leitung der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin. Schon in den allerersten Tagen hatte er Kontakte auf höchster Ebene hergestellt. Seine zahlreichen politischen Berichte beruhen häufig auf Gesprächen mit dem Aussenminister oder den höchsten Beamten. Wirtschafts- und Finanzfragen diskutierte er mit den zuständigen Ministern, und auch mit Reichskanzler Wirth besprach er sich mehrmals. Plantas Leistung ist beeindruckend. Auch die Schweizer Kolonie achtete den liberal-konservativen, in seiner Weltanschauung tief christlich geprägten Diplomaten hoch. Der Schweizer Verein gedachte seiner mit den Worten: «In Herrn Minister von Planta ist einer der Besten jäh aus dem Leben gerissen worden».¹⁸⁵

Wie jeder Persönlichkeit, die im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht, blieben auch Planta Vorwürfe nicht erspart. Er scheint ein etwas aristokratisches Auftreten gepflegt zu haben. Jedenfalls musste er sich, kaum war er in Berlin angekommen, ausfällige Kritik in den unbedeutenden «Schweizerischen Republikanischen Blättern» gefallen lassen. Am 15. November 1919 meldeten sie unter dem Titel «Zu den fürstlichen Manieren des Herrn Ministers von Planta»: «Heute befindet sich Herr von Planta am Ziele seiner Wünsche – in Berlin ... Herr Minister von Planta hatte den republikanen Einfall, einen besonderen Kommentar für die Schweizer, die mit dem Gesandten zu tun haben, einzuführen. Es wird ihnen durch einen Unterbeamten ... eingeschärft, sie hätten den Minister so und so anzureden – vor allem nie in der direkten Redensart, sondern immer mit verbundenem Titel in der dritten Person, z.B.: ‚Herr Minister geruhen, belieben, usw.‘». Willig übernahmen andere Zeitungen das Gespött. Planta

war empört. Er schrieb Bundesrat Calonder: «Dass an der Meldung kein wahres Wort ist, bedarf keiner Erwähnung. Wer einmal im Vorzimmer der Gesandtschaft verkehrt hat, weiss, dass die dort herrschende Formlosigkeit kaum übertroffen werden kann.»¹⁸⁶ Planta wollte nicht nur den Redaktor der «Republikanischen Blätter» einklagen, er legte dem Bundesrat auch nahe, eine Untersuchung einzuleiten. Er vermutete nämlich, die Gerüchte stammten aus der Gesandtschaft selbst; sein Vorgänger Mercier hätte sich schon mit ähnlichen Vorwürfen herumschlagen müssen. Der Bundesrat scheint der Episode keine Bedeutung beigemessen zu haben. Tatsächlich verstummte das Geschwätz bald von selbst.

Gut ein Jahr später empörte sich Planta erneut über einen Presseartikel. Im Deisberger «Démocrate» kritisierte der Berner Korrespondent den Bundesrat. Die Regierung hätte dem Völkerbund nicht gestattet, französische Truppen durch die Schweiz zu schicken. Diese sollten im Gebiet von Vilnius eine Volksabstimmung überwachen, in welcher es darum ging, ob die Bevölkerung zu Litauen oder zu Polen gehören wolle. Der «Démocrate» behauptete, der Bundesrat hätte seinen Entscheid aufgrund von ungenauen Angaben gefällt, die ihm Minister von Planta, ein notorischer Polenhasser, geliefert hätte.¹⁸⁷ Die Anwürfe waren aus der Luft gegriffen. Planta hatte, soweit ersichtlich, nie über den polnisch-litauischen Streitfall berichtet. Das Politische Departement unter Bundesrat Motta zögerte denn auch nicht, von der Redaktion des «Démocrate» mit eingeschriebenem Brief eine Berichtigung zu verlangen. In seiner politischen Berichterstattung neigte von Planta zu einer pessimistischen Weltanschauung. Er überschätzte, was aus der unruhigen Berliner Perspektive leicht verständlich ist, die Gefahr einer bolschewistischen Machtergreifung in Deutschland. Als die KPD und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) im März 1921 einen kläglichen Putsch inszenierten, war für ihn «virtuell die Herrschaft des Bolschewismus in Deutschland eröffnet».¹⁸⁸ Auch tadelte er die Schweizer Presse, weil sie den Aufruhr zu harmlos darstellte. Das Heranwachsen der faschistischen Saat nahm er dagegen, im Gegensatz zu seinem Nachfolger, kaum wahr.¹⁸⁹

Dennoch war Planta ein angesehener Diplomat, dessen Dienste hoch geschätzt wurden. Der Schock war gross, als er unerwartet unter tragischen Umständen verstarb. Im Februar 1922 eilte er ans Krankenbett seines Sohnes in Davos. Aber er konnte nur noch den toten Sohn in seine Arme nehmen. Zwei Tage nach dessen Hinschied verstarb er selbst am 2. März an einer Lungenentzündung und Herzlähmung. Der Verlust des Sohnes hatte ihm das Herz gebrochen.

Der Bündner Diplomat hatte etwas Entschiedenes an sich. Ehe er nach Berlin reiste, liess er sich versichern, der Bundesrat wäre einverstanden, ein Ge-

sandtschaftsgebäude in Berlin zu kaufen, sofern eine passende Liegenschaft gefunden würde. Der Bundesrat stimmte grundsätzlich zu, zumal er schon im Geschäftsbericht von 1917 die Ansicht vertreten hatte, die Eidgenossenschaft sollte in den vier Nachbarstaaten eigene Gebäude beziehen. Weniger als drei Monate nach Plantas Ankunft war der Kaufvertrag für die Gesandtschaft an der Fürst-Bismarck-Strasse 4 abgeschlossen. Einige Wochen später, am 3. Februar 1920, bezog die Schweizer Mission die neue Liegenschaft. Das Gebäude im Spreebogen diente fortan als Kanzlei und als Residenz des Leiters der schweizerischen Vertretung.

Dem Minister blieb allerdings kaum Zeit, um sich in der neuen Residenz gediegen einzurichten. Kaum war er in Berlin angekommen, musste er einer politischen Affäre nachgehen, die gefährlich hätte ausarten können. Anfang Oktober 1919 suchte Dr. Oskar Cohn, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung und Angehöriger der Partei der unabhängigen Sozialisten, einer linken Abspaltung der sozialdemokratischen Partei, den Schweizer Gesandten auf und teilte ihm Folgendes mit: Eine parlamentarische Untersuchungskommission hätte eine Notiz General Helmuth von Moltkes an das Auswärtige Amt vom 3. August 1914 gefunden. In dieser würde von einer Abmachung zwischen dem schweizerischen und dem deutschen Generalstab für den Fall gesprochen, dass Frankreich die schweizerische Neutralität verletzte.¹⁹⁰ Cohn überreichte Planta, nachdem dieser inständigst darum gebeten hatte, die entsprechende Notiz. Darin stand: «Es wird vorteilhaft sein, der Schweiz die Versicherung zu geben, dass Deutschland bereit ist, ihre Neutralität durch militärische Beihilfe zu sichern. Ein Bündnisvertrag mit der Schweiz ist von mir für diesen Fall bereits vorbereitet und befindet sich in je einem gleichlautenden Exemplar in meinen Händen und in den Händen des schweizerischen Generalstabes. ... Diese Verabredungen sind strengstens zu sekretieren, ... um den Chef des schweizerischen Generalstabes nicht durch vorzeitiges Bekanntwerden seiner Regierung gegenüber zu discreditieren...»¹⁹¹ Der deutsche Parlamentarier machte sodann Planta darauf aufmerksam, dass die Untersuchungskommission dieses Aktenstück zu publizieren gedenke. Der Bundesrat war darob höchst besorgt und beauftragte den Minister, sein Möglichstes zu tun, um dies zu verhindern. Ausserdem verlangte er vom ehemaligen Generalstabschef Sprecher einen Rechenschaftsbericht.¹⁹²

Planta erfüllte seine Aufgabe gut. Es gelang ihm, Cohn von einer diskreten Behandlung des Falls zu überzeugen. Der Abgeordnete versprach ihm, auf eine offizielle Publikation zu verzichten und den Text auch nicht den schweizerischen Genossen zuzustellen, obschon die Sozialisten an sich ein Interesse daran hätten, aller Welt bekanntzugeben, wie sich die Militärs über die Köpfe der Re-

gierungen hinweggesetzt hätten. Auch Aussenminister Hermann Müller versicherte Planta, die Regierung werde eine offizielle Publikation nicht gestatten, da zu heftige Leidenschaften durch dieses Dokument aufgewühlt würden. Er versprach ausserdem, im Auswärtigen Amt nach der eigentlichen Abmachung, welche Moltke in seiner Notiz erwähnte, suchen zu lassen. Nach gut einem Monat benachrichtigte er den schweizerischen Missionschef, man hätte unter den Akten des Auswärtigen Amtes und des Generalstabes keinerlei Anhaltspunkte für einen angeblichen Bündnisvertrag gefunden. Korpskommandant Sprecher seinerseits beteuerte dem Militärdepartement, er hätte mit dem deutschen Generalstabschef während der Kaisermanöver von 1912 gewiss die militärische Lage allgemein besprochen, jedoch nur eine einzige bestimmte Abmachung getroffen, nämlich, dass Moltke ihm bei unmittelbar drohendem Kriegsausbruch zwei Codeworte telegraphieren solle. Ein oder zwei Jahre nach diesem Treffen soll General Moltke dem schweizerischen Generalstabschef einige Vorschläge unterbreitet haben, worin er erläuterte, wie er sich eine allfällige Zusammenarbeit vorstellen könnte. Der Entwurf zu einem Bündnisvertrag hätte somit wohl existiert, aber im Laufe des Krieges hätte man davon nicht mehr gesprochen. Sprecher will das Dokument, nachdem Moltke als Generalstabschef zurückgetreten war, vernichtet haben.¹⁹³

Die Angelegenheit hatte damit ihr Bewenden. Planta unterrichtete den deutschen Aussenminister sowie den Abgeordneten Cohn vom Resultat der Untersuchung. Cohn, der mit seiner vertraulichen Unterredung in der Gesandtschaft die sozialistische Solidarität arg strapaziert hatte, zeigte sich besonders erfreut, dass es sich nur um eine unverbindliche Aussprache und einen einseitigen Vorschlag gehandelt hatte. Somit bestünde für die Antimilitaristen kein Grund mehr, sich des Falls zu bemächtigen. In diesem Sinn unterrichtete er auch Karl Kautsky, den prominenten Sozialisten, der in seiner kurzen Amtszeit als Beigeordneter im Auswärtigen Amt mit dem Eifer des nach Taten dürstenden Theoretikers die Dokumentensammlung bearbeitete. Kautskys Wohlwollen war wichtig. Denn er hatte sämtliche Aktenstücke abschreiben lassen und gedroht, gewisse Dokumente, falls die neue Regierung sie nicht veröffentlichen wollte, auf eigene Faust zu publizieren. Ihn schien das Resultat der Untersuchung gleichfalls befriedigt zu haben.

Viel Zeit beanspruchten sodann Wirtschaftsfragen. Die Lage in Deutschland war desolat, die Wirtschaft lag darnieder. Dazu gesellten sich noch die in Versailles vereinbarten Reparationsleistungen, deren Betrag 1921 auf der schwindelerregenden Höhe von 132 Milliarden Mark festgesetzt wurde. In der Schweiz hatte sich die Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung nach dem Krieg keineswegs gebessert, sondern in Teilbereichen verschlechtert.

Planta war beauftragt, das Wirtschaftsabkommen, das Ende November 1919 auslief, zu verlängern. Der Schweiz war insbesondere an Kohlelieferungen gelegen. Nach dem Waffenstillstand im November 1918 brachen die deutschen Lieferungen fast vollständig zusammen. Betrug sie im Oktober 1918 noch 215'000 Tonnen, so gelangten im Dezember nur noch 20'000 Tonnen in die Schweiz. Auch im folgenden Jahr besserte sich die Lage kaum. Mit grosser Mühe gelang es, das Abkommen um einen Monat zu erstrecken. Ende Dezember aber scheiterten die Verhandlungen, da Deutschland den Kohlenpreis massiv heraufsetzen wollte. Erst im Juli 1920 gelang es, wiederum ein halbjähriges Kohleabkommen abzuschliessen. Planta bezweifelte allerdings, ob Deutschland überhaupt in der Lage sei, die Vertragsbedingungen zu erfüllen. Denn die Reparationsleistungen, welche die Entente Deutschland auferlegte, seien so drakonisch, dass das revolutionsgeschüttelte Land kaum genügend Kohle für sich selbst, geschweige denn für einen neutralen Staat abzweigen könne. Der Vertrag war an sich vorteilhaft ausgehandelt. Im Gegensatz zu früheren Abkommen musste die Schweiz keine kompensatorischen Leistungen erbringen. Deutschland wünschte einzig, dass die Schweiz Frischmilch nach Süddeutschland liefere, wenn möglich in bisherigem Umfang.

Planta beurteilte in seiner politischen Korrespondenz die Reparationsforderungen immer sehr skeptisch. Mit so wichtigen Gesprächspartnern wie Reichspräsident Friedrich Ebert und Reichskanzler Joseph Wirth war er der Ansicht, Deutschland seien unter französischer Federführung zu harte Bedingungen auferlegt worden. Doch Wirth war bereit, die Schuld anzuerkennen. Seine vordergründige Absicht war es, die Siegermächte davon zu überzeugen, dass Deutschland redlich bemüht sei, die Schuld abzutragen. Insgeheim hoffte er, die ehemaligen Feinde würden nach kurzer Zeit einsehen, dass das geschundene Land beim besten Willen den Verpflichtungen nicht nachkommen könne. Dann würden die Reparationsforderungen revidiert. Um seine politischen Anliegen zu fördern, zog Wirth Diplomaten ins Vertrauen, auch den Schweizer Gesandten. Er ersuchte ihn, als «Go between» zu den Mitgliedern der Reparationskommission zu amten. Jener mächtigen Kommission sollte Planta versichern, der Reichskanzler unternehme alles in seiner Macht Stehende, um deren Forderungen zu erfüllen, aber Wirth könne sich möglicherweise nicht durchsetzen und müsse dieser Frage wegen den Reichstag auflösen; dann könnte in Deutschland eine kommunistische Revolution ausbrechen.¹⁹⁴ Die Regierung Wirth sollte in der Tat einige Monate später an der Reparationsfrage scheitern.

Das Urteil des Schweizer Gesandten wurde aber nicht nur auf höchster Regierungsebene, sondern auch von Parteiführern geschätzt. Im April 1921 fand

sich eine Abordnung bei Planta ein, um dessen Ansicht zu den Reparationen zu vernehmen. Die Parlamentarier befanden sich in einer Zwickmühle. Sollte Deutschland die Reparationsforderungen ablehnen, weil diese nicht erfüllbar seien? Dann würde das Land mit harten Sanktionen bestraft. Oder sollte Deutschland die Reparationsforderungen annehmen, auch im Wissen, dass man sie nicht erfüllen könne? Planta empfahl die Annahme als das kleinere Übel. Denn er glaubte, mit der Zeit würden sich die Gegensätze zwischen Deutschland und der Entente abschleifen, und dann könnte man sachlich verhandeln. Planta informierte die Bundesbehörden über seine Gespräche. Bundesrat Motta, seit 1920 Chef des Politischen Departementes, war anscheinend etwas pikiert über Plantas Einfluss in Berlin. An den Rand des Berichtes notierte er: «Ich finde es sonderbar, dass die Parteiführer Rath bei Herrn v. Planta einholen.»¹⁹⁵ Ähnliche Glossen brachte er mehrmals an. Das Verhältnis zwischen Motta und Planta war korrekt, aber nicht mehr.

Im gleichen Bericht erwähnte Planta zudem, er hätte den Nuntius, Monsignore Eugenio Pacelli – den spätem Papst Pius XII – und den italienischen Botschafter in seine Residenz an der Fürst-Bismarck-Strasse geladen und mit diesen geprüft, ob man das Reparationschaos durch Vermittlung bei den Entente-Staaten einer Lösung zuführen könnte. Planta, der sein reiches Beziehungsnetz in Berlin nicht brachliegen liess und sich wie jeder talentierte Diplomat nur zu gern vermittelnd eingeschaltet hätte, hielt sich indes bedeckt. Wohl sah er das Elend im besiegten Deutschland, und in den harten Friedensbedingungen erkannte er den Keim zu neuer Gewalttätigkeit. An sich hätte sich die internationale Diplomatie einschalten müssen. Aber ihm waren die begrenzten Einflussmöglichkeiten eines Kleinstaates bewusst. Daher schrieb er der Zentrale, es wäre unter den obwaltenden Umständen völlig aussichtslos zu vermitteln, ja gar schädlich. Diese Bemerkung gefiel Bundesrat Motta. Er kritzelte an den Rand: «Richtig». Hätte von Planta anders urteilen sollen? Sicher nicht. Das Ansehen der Neutralen war nach den Friedensschlüssen von Versailles gering und die Erinnerung an missglückte schweizerische Initiativen zugunsten Deutschlands noch hellwach.

Als der Bundesrat nach Plantas unverhofftem Tod am 8. April 1922 Gaston Carlin (1859-1922) zum Nachfolger ernannte, ging für den Berufsdiplomaten ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung. Er hatte eine ausgezeichnete Karriere hinter sich. Mit 36 Jahren schon war er Minister in Rom geworden, dann hatte er in gleicher Funktion in London und Den Haag gedient. Der gebürtige Jurassier hatte sich bereits 1904 um die Nachfolge Roths beworben. In London nämlich, wo er auf Posten war, gefiel es ihm gar nicht. Der Bundesrat glaubte aber damals, für die wichtige Berliner Vertretung hätte Carlin noch zuwenig Erfahrung.¹⁹⁶

Carlin konnte sich jedoch seiner neuen Mission nicht lange erfreuen. Am 1. Juni 1922 überreichte er Reichspräsident Ebert das Beglaubigungsschreiben. Der Reichspräsident lobte im Gespräch beim Antrittsbesuch insbesondere die Tätigkeit von alt Bundesrat Calonder in Oberschlesien. Dieser hat tatsächlich Wesentliches zur Regelung des Nationalitätenproblems beigetragen. Von den zahlreichen Minderheitenkonflikten, die der Völkerbund lösen wollte, konnte er einzig die oberschlesische Frage einigermaßen befriedigend regeln. Carlin absolvierte hernach seinen Antrittsbesuch beim Aussenminister. Walther Rathenau erläuterte dem neuen Gesandten die alles beherrschende Reparationsfrage. Obschon dem Aussenminister zusammen mit Reichskanzler Wirth der Ruf vorauselte, ein sogenannter Erfüllungspolitiker zu sein, also ein Politiker, der für die Anerkennung der Reparationsforderungen eintrat, erachtete auch Rathenau die Höhe der Forderungen für wirklichkeitsfremd: ohne eine Revision der Reparationssumme würde die Weimarer Republik im Chaos versinken. Auch das Gespräch mit Reichskanzler Joseph Wirth drehte sich in pessimistischen Tönen um dieses politische Kardinalproblem. Carlin sandte Bundesrat Motta darüber einen ausführlichen Bericht.¹⁹⁷ Das Schriftstück sollte ein einsames Zeugnis seiner Berliner Tätigkeit werden. Bloss zwölf Tage nach seinem Antrittsbesuch verstarb Carlin an einem Herzschlag, und Rathenau war neun Tage nach der Unterredung auch nicht mehr unter den Lebenden. Aufgehetzte Freikorpsoffiziere hatten den Politiker jüdischer Abstammung ermordet.

Im Berner Tanzschritt durch die Weimarer Republik: Hermann Rüfenacht

Nach dem plötzlichen Tod von Gaston Carlin handelte der Bundesrat binnen zwei Wochen. Schon am 26. Juni ernannte er den neuen Gesandten. Seine Wahl fiel auf Hermann Rüfenacht (1867-1934), einen behäbigen und reichen Bernburger, der nicht nur ein Landhaus in Merligen am Thunersee sein Eigen nannte, sondern auch ein prächtiges Anwesen mitsamt Pferdestallungen an einer der schönsten Lagen Berns, am Kalcheggweg. Rüfenacht wurde 1867 in Bern geboren und studierte die Rechte. Als Student trat er der schlagenden Verbindung der Tiguriner bei, was er zeitlebens mit einem auffälligen Schmiss am Kinn bekennen musste. 1891 hat er, wie die Chronik der Rechtsfakultät von Bern vermerkt, das beste Staatsexamen seit 10 Jahren abgelegt. Im gleichen Jahr gewann er auch eine Preisaufgabe mit einer Arbeit über das schweizerische und das internationale Urheberrecht. Seine Studie wurde zugleich von der juristischen Fakultät als Dissertation entgegengenommen. Im folgenden Jahr begab er sich nach Paris, wo er eine Stelle beim Vertrauensanwalt der schweizerischen Vertretung fand. Nach verschiedenen kurzen Bildungsaufenthalten eröffnete der tüchtige Jurist mit 27 Jahren sein eigenes Anwaltsbüro. Rasch erwarb sich seine Kanzlei einen hervorragenden Namen.

Dem leidenschaftlichen Reiter sagte natürlich auch die militärische Karriere zu. Bei der Artillerie erklomm er rasch die Stufen eines Majors, eines Oberstleutnants und schliesslich eines Obersten. Der vierschrotige Rüfenacht, der auch seine Freude am Pistolenschiessen hatte, zeigte sich in Berlin nicht ungern in militärischer Uniform, obgleich er gelegentlich auch in der schwarzen, mit aufgestickten Edelweiss- und Alpenrosenmotiven verzierten Diplomatenuniform auftrat. Doch die Berliner Gesellschaft hatte schon immer eine Schwäche für militärisches Zeremoniell. Rüfenachts Vorgänger, insbesondere Hammer und Roth, wussten, dass am Hof die Obristenuniform mehr geschätzt wurde als die feine diplomatische Gewandung. In der Weimarer Republik nahmen sich die Dinge allerdings etwas anders aus. Deutschlands Armee war im Versailler Friedensvertrag auf 100'000 Mann beschränkt worden. Eine militärische Mi-

lizuniform an einem Galaabend konnte Sehnsüchte erwecken. So soll der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Carl Theodor von Schubert, zu Rüfenacht gesagt haben, er ver falle in Melancholie über die deutschen Zustände, wenn er den Schweizer Gesandten in Offiziersuniform sehe, der weil die eigenen Leute in Fräcken herumstünden.¹⁹⁸

Rüfenacht, Sohn eines Weinhändlers und Berner Grossrates, heiratete 1896 Madeleine Studer, die Tochter des wohlhabenden Apothekers Bernhard Studer, der Stadtrat, Gemeinderat und Burgerratspräsident war. Das Ehepaar hatte drei Söhne und eine Tochter. Einer der Söhne, Walter Rüfenacht, schlug auch die diplomatische Karriere ein – nicht ohne Schwierigkeiten, wie sein Vater Bundesrat Häberlin einmal klagte. Denn EPD-Chef Motta, so meinte er, bevorzuge deutlich Tessiner Landsleute und katholische Anwärter. Walter Rüfenacht beendete seine Karriere 1945 als Generalkonsul in Wien. Die Tochter Edith verheiratete sich in Berlin mit dem deutschen Diplomaten Carl von Below.

Der junge Berner Fürsprecher engagierte sich stark im aufblühenden Krankenkassenwesen. Er wurde 1897 in den Zentralvorstand der bernischen Krankenkassen berufen. Seine Fähigkeiten wurden rasch erkannt; nach nur wenigen Jahren vertraute man ihm das Präsidium an. Als die Eidgenossenschaft nach der Volksabstimmung von 1912 die obligatorische Unfallversicherung einführte, musste ein neues Bundesamt für Sozialversicherung geschaffen werden. Der Bundesrat wählte Rüfenacht zum ersten Direktor. Die Annahme dieses Amtes fiel Rüfenacht nicht ganz leicht. Das Gehalt eines Direktors erreichte nämlich keineswegs das Einkommen, welches ihm aus seiner Anwaltstätigkeit erwachsen war. Doch Rüfenacht war ohnehin finanziell unabhängig – und ausserdem erhoffte er sich von seinem Einsatz für die Sozialversicherung einen politischen Ertrag. Er strebte nämlich eine politische Karriere an. Die Einführung des Proporz bei den eidgenössischen Wahlen durchkreuzte indes 1919 seine Pläne. Als Freisinniger schrumpften seine Chancen auf ein Minimum im Kanton Bern, der zur eigentlichen Domäne der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, der nachmaligen Schweizerischen Volkspartei, wurde. Er bewarb sich aber 1922 für einen Sitz im Grossen Rat seines Heimatkantons und wurde prompt gewählt. Doch bevor er seinen Stuhl im Berner Rathaus einnehmen konnte, ernannte ihn der Bundesrat zum ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Berlin.

Zum zweiten Mal vertraute der Bundesrat – nach Bernhard Hammer – einem hohen Bundesbeamten die Berliner Gesandtschaft an. Das war alles andere als selbstverständlich. Aber Rüfenacht hatte sich als Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung bereits beachtliche Erfahrung mit internationalen Verhand-

lungen erworben. Er hatte 1919 die Schweiz auf der ersten internationalen Arbeitskonferenz in Washington vertreten, aus der die Internationale Arbeitsorganisation hervorging. Ab 1920 sodann sass er im Vorstand dieser Organisation. Ausserdem hatte er mit Deutschland schon über ein Sozialversicherungsabkommen verhandelt.

Als Rüfenacht am 27. September 1922 die Leitung der Gesandtschaft in Berlin übernahm, konnte er auf ein gut eingespieltes Mitarbeiterteam zurückgreifen, dem der langjährige Minister Friedrich Vogel vorstand. Unter dessen Ägide hatte sich allerdings ein Arbeitsstil eingeschlichen, welcher der zugriffigen Natur Rüfenachts nicht behagte. Ironisch meinte er einmal, die Herren würden ihre Arbeit am Mittag auf deutsche Art unterbrechen und am Abend auf englische Art beschliessen, d.h. am Mittag gönnten sie sich einen zweistündigen Arbeitsunterbruch und am Nachmittag einen frühen Feierabend.

Dem Ehepaar Rüfenacht gefiel es in Berlin bald sehr gut. Als Rüfenacht schon zwei Jahre in Berlin verbracht hatte, bekannte er seinem Freund, Bundesrat Heinrich Häberlin, er würde sich, wenn er nochmals zwischen Bern und Bundesamt oder Berlin und Gesandtschaft wählen müsste, unbedenklich für letzteres entscheiden. Dennoch drang das Heimweh in den zahlreichen Briefen, die er Häberlin schrieb, immer wieder an die Oberfläche. Gern liess er sich von Tagträumen wegtragen, er malte sich dann aus, wie er etwa im heimeligen Merligen mit Freunden einen Jass klopfen würde oder wie er im frisch verschneiten Bern frühmorgens sein Pferd ausreiten könnte. Schon nach vier Jahren erwog er den Rücktritt. Er aspirierte auf eine Berufung an die Spitze der schweizerischen Nationalbank. Zuweilen liebäugelte er auch mit einem Direktorenposten bei einer internationalen Organisation. Doch die Pläne zerschlugen sich. So blieb er schliesslich ein Jahrzehnt lang in Berlin, bis er mit 65 Jahren seinen Rücktritt nahm. Im Sommer 1932 verliess das Ehepaar Rüfenacht Berlin, obchon Bundesrat Motta den Gesandten inständigst gebeten hatte, wenigstens bis zum Jahresende noch den Posten zu versehen.¹⁹⁹ Im Februar 1934 erlag Rüfenacht einem Darmleiden, das ihm schon seit Jahren arg zugesetzt hatte.

Ende September 1922, bei Rüfenachts Arbeitsantritt, war die Wirtschaftslage in Deutschland, wie er in seinem ersten politischen Bericht schrieb, anarchisch. Sie sollte sich in den nächsten Monaten noch drastisch verschlechtern. Im Januar 1923 besetzte Frankreich das Ruhrgebiet. Die deutsche Regierung wusste sich nicht anders zu helfen, als den passiven Widerstand anzuordnen. Sie bezahlte die Arbeiter in den Eisenhütten und Gruben, damit sie nichts taten. Die Rechnung der Regierung ging auf. Frankreich scheiterte mit seiner Besetzung kläglich an Rhein und Ruhr, aber Deutschland bezahlte einen unermessli-

chen Preis. Die Inflation beschleunigte sich mit schwindelerregendem Tempo, bis man schliesslich einen Dollar mit 4,5 Millionen Mark begleichen musste. Rügenacht hatte die Pläne der deutschen Regierung und der Grossindustrie von Anfang an durchschaut. Er zweifelte nicht daran, dass sie mit Absicht die deutsche Währung zerrütteten, um den überzogenen Reparationsforderungen den Boden zu entziehen.

Die Wirtschaftslage präsentierte sich kaum besser, als er im Sommer 1932 das Land verliess. Deutschland war in den Schlund der Weltwirtschaftskrise geraten. Um die einheimischen Probleme zu meistern, griffen die meisten Staaten mit fast automatischem Reflex zum trügerischen Heilmittel von Schutzzöllen. Ausserdem riefen sie ihre Kredite ab, die sie dem Reich gewährt hatten. Die Folgen liessen nicht lange auf sich warten. Banken krachten zusammen, und die Arbeitslosigkeit schnellte hoch. Mehr als 6 Millionen Beschäftigte verloren ihre Stelle. In der schier ausweglosen Situation versuchte Reichskanzler von Brüning, die Steuern zu erhöhen, Löhne, Gehälter und Arbeitslosenunterstützungen zu kürzen. Weitere Sparmassnahmen sollten den Staatshaushalt wieder ins Lot bringen. Obschon sich die Wirtschaft zwischen dem Hyperinflationjahr 1923 und dem New Yorker Börsenkrach von 1929 erstaunlich gut zu entfalten begann, prägten Not, Aufruhr und Unsicherheit das politische und wirtschaftliche Leben in der Weimarer Republik weit stärker als jener gesellschaftliche Glamour und kulturelle Glanz, den das Gerede von den «Goldenen Zwanzigern» vorgaukelt.

Aber in gewissen Kreisen, das ist richtig, amüsierte man sich nach bestem Vermögen. Ja es schien sogar, als ob die allgemeine Misere das abgehobene Gesellschaftsleben mit besonderer Exklusivität gewürzt hätte. Die Botschaften und Gesandtschaften wurden dabei zu eigentlichen Herden, an denen sich die Berliner Gesellschaft erwärmte. Der Krieg, das Ende der Monarchie und die verheerende Inflation hatten nämlich die etablierten Gesellschaftsschichten völlig durcheinandergeworfen. Der Adel, aus Ämtern und Armee entlassen, hatte sich entweder auf seine Landgüter zurückgezogen oder war verarmt. Die schönsten Stadtpalais wurden ausländischen Missionen für ein Butterbrot zum Kauf angeboten. Die Inflation hatte auch bürgerliche und grossbürgerliche Kreise um ihr Vermögen gebracht. Mitte der zwanziger Jahre, vor allem nach Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten im März 1925, strömte der Adel von seinen Landgütern wieder zurück nach Berlin. Er bemühte sich, den Anschluss an das neue Gesellschaftsleben zu finden. Gern nahm man Einladungen von Diplomaten an. Das galt auch für Wirtschaftsführer, Politiker und Künstler. Eduard A. Feer, der

1925 als junger Legationssekretär nach Berlin kam, schreibt in seinen Aufzeichnungen: «Wir hatten Glück. Bis zur Machtergreifung Hitlers 1933 lebte Berlin wie in einer Euphorie. Die Berliner nannten diese Zeit die ‚tollen zwanziger Jahre‘, denn es war ein ausgiebiger Tanz auf dem Vulkan. Man wollte Krieg, Revolution, Wirtschaftsmisere vergessen und sich endlich wieder einmal unbeschwert austoben. Die diplomatischen Missionen als Sammelpunkte gesellschaftlicher Geltung wurden zu einem Jahrmarkt der Eitelkeit. Auch junge Diplomaten wurden masslos verwöhnt. Man macht sich schwer einen Begriff von der Flut von Einladungen zu Cocktails, Tee’s, Mittagessen und Dinners». ²⁰⁰

Der vermögende Rüfenacht stürzte sich nicht weniger ins Berliner Gesellschaftsleben als seine Mitarbeiter. Er erachtete es als seine Hauptaufgabe, in seinem Gastland gute Beziehungen herzustellen. Das gelang ihm vollauf. Er war eine überall geachtete Persönlichkeit. Die deutschen Behörden schätzten ihn als Gesprächspartner und Gastgeber, die Schweizer Landsleute als ihren Vertreter. Er wurde äusserst tatkräftig von seiner Gattin unterstützt. Sie blühte im Berliner Gesellschaftsleben dermassen auf, dass ihrem Ehemann manchmal bange wurde. Wie sollte sich denn seine Frau später wieder an das biedere republikanische Leben in Bern gewöhnen, fragte er sich zuweilen. Auch sorgte er sich um die moralische Erziehung seiner Kinder. Seinem Freund Bundesrat Häberlin vertraute er einmal an, die künstliche Welt der «haute volé» würde ihnen mehr behagen, als zuträglich sei. Er schrieb: Ich muss «aufpassen, dass die persönlichen Beziehungen meiner Familie nicht zu sehr nach rechts gehen. Es schmeichelte dieser, dass an unserem letzten deutschen Ball unter den 150 Gästen der alte Adel bis hinauf zu Fürsten und Prinzessinnen stark vertreten war und dass wir jeden Sonntag gleich an mehreren gräflichen Tees willkommen sind. ... Der ganze Betrieb macht mir überhaupt hie und da etwas Angst für die Kinder. ... [Sie] gewöhnen sich vielleicht nur zu sehr an den grosszügigen Train, die Vergnügungen des gesellschaftlichen Verkehrs und das large Geldausgeben, wie es hier unvermeidlich ist. ... Haben die Kinder all das einmal nicht mehr, so werden sie vielleicht unzufrieden oder sie zeigen in der Erinnerung an Berlin eine Blasiertheit und Überhebung, mit der sie sich bei den Mitmenschen kaum beliebt machen werden». ²⁰¹

Ganz unempfänglich für klingende Namen war freilich Rüfenacht selber auch nicht. In seinen zahlreichen Briefen an Bundesrat Häberlin berichtete er über nichts derart ausführlich wie über gesellschaftliche Anlässe. Mit verhaltenem Stolz kommt er so häufig darauf zurück, dass einem die Frage auf der Zunge liegt, ob es denn wirklich nichts Wesentlicheres zu berichten gegeben hätte. Aber Rüfenacht nahm sich nicht nur viel Zeit, um die gesellschaftlichen

Kontakte zu pflegen, er bezahlte dafür auch viel aus seiner eigenen Tasche.²⁰² Er rechnete Häberlin einmal vor, wie er mit dem, was er für die Repräsentation in Berlin aufwende, ein komfortables Leben als Privatier in Bern führen könnte. Einen Höhepunkt im Gesellschaftsleben der Familie Rüfenacht bildete zweifelsohne die Hochzeit der Tochter Edith mit Carl von Below, einem deutschen Diplomaten. Zur Brautsoiree waren etwa zweihundert Gäste geladen, zum Dinner am 27. Oktober 1925 waren 50 auserwählt, an ihrer Spitze der Staatssekretär Carl Theodor von Schubert.

In der Weimarer Republik repräsentierte die Schweizer Gesandtschaft in Berlin im grossen Stil. Rüfenachts Gastlichkeit färbte anscheinend auch auf seine Mitarbeiter ab. Minister Vogel verkehrte im Herrenklub am Pariser Platz, wo Landjunker und abgehalfterte Generäle ihre Zeit vertrieben, als Habitué. Oder Legationssekretär Feer und seine gesellschaftsfreudige Frau Nelly luden voller Stolz annähernd hundert Gäste, von denen 90 Prozent ein Adelsprädikat trugen, zu einem Ball in ihre Wohnung. Die Kosten waren natürlich erheblich. Als Feer sich bei Bundesrat Motta beklagte, das Repräsentationsbudget eines Legationssekretärs reiche in Berlin nicht aus, um die standesgemässen Erfordernisse dezent zu erledigen, wischte der Magistrat alle wohlklingenden Argumente mit trockenem Realismus zur Seite: Repräsentation sei nicht Sache eines Sekretärs, sondern in erster Linie des Missionschefs, und dieser werde entsprechend dafür bezahlt.²⁰³

Bei allem gesellschaftlichen Erfolg war Rüfenacht zuweilen nicht vor Selbstzweifeln gefeit. Der «circuit diplomatique», ein Leben, angefüllt mit Einladungen und Gegeneinladungen, war das wirklich erstrebenswert, war das nicht zu hohl, fragte er sich. Doch solche Stimmungen verflüchtigten sich rasch, wenn er die zahlreichen Zeichen der Anerkennung entgegennehmen durfte. Als er sich aus Deutschland verabschiedete, wollte ihm das Deutsche Rote Kreuz gar das Ehrenzeichen I. Klasse überreichen. Er wusste, dass er als Bundesbeamter die Auszeichnung nicht entgegennehmen konnte. Aber er liess sich seinen Verzicht gern noch von den Bundesbehörden bestätigen.²⁰⁴

Das Ehepaar Rüfenacht machte die Schweizer Gesandtschaft zu einem gesellschaftlichen Mittelpunkt. Die politische Berichterstattung dagegen betrachtete der Gesandte als zweitrangig. Sein Vorgänger, Alfred von Planta, hatte fast täglich einen Bericht nach Bern geschickt. In diesem einzigen Punkt, so schärfte man dem Neuling, ehe er nach Berlin abreiste, im Politischen Departement ein, solle er Planta nicht nachahmen.²⁰⁵ Die Zentrale sei nämlich nicht in der Lage, so viele Informationen zu verarbeiten. Rüfenacht kam diesem Rat gern entgegen, war er doch ohnehin überzeugt, die «Neue Zürcher Zeitung» erfülle die Berichterstattung besser als er es selbst könnte.

Seine spärlichen Berichte weisen Rügenacht als sehr klugen Beobachter aus. Bundesrat Motta, immer den spitzen Griffel für eine Randbemerkung in der Hand, qualifizierte ab und zu einen Bericht mit «sehr lesenswert!».²⁰⁶ Rügenacht erkannte von der ersten Stunde an die Gefahren, die der Weimarer Republik drohten – und zwar von allen Seiten. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung konnte, so sein Urteil, sich mit der existierenden Staatsform nicht abfinden. Zwar sehnten sich nur wenige nach der Monarchie zurück, aber zu zahlreich waren jene, die eine Genesung des Staatswesens von einer Links- oder Rechtsdiktatur erwarteten. Der Hitler-Putsch in München und der Putsch der «schwarzen Reichswehr» in Küstrin, beide in seinem ersten Amtsjahr, bestärkten ihn in der Ansicht, dass das rechtsextreme Lager an politischem Terrain gewinne und mit weiteren Putschversuchen zu rechnen sei. Vor allem die wirtschaftliche Misere trieb seiner Meinung nach das Volk den rechtsextremen Rattenfängern in die Arme.²⁰⁷

Die politischen Analysen des Schweizer Gesandten waren stets von einem verhaltenen Pessimismus durchzogen. Gewiss, Mitte der zwanziger Jahre zogen einige Silberstreifen am politischen Horizont auf. Mit dem Dawes-Plan wurden die masslos überzogenen Reparationsforderungen so reduziert, dass sie materiell erfüllbar und politisch durchsetzbar erschienen. Dank der Grosszügigkeit der Vereinigten Staaten, die Deutschland ein Darlehen von 800 Millionen Goldmark gewährten und somit die erste Rate der Reparationen vorfinanzierten, erholte sich auch die darniederliegende Wirtschaft. Ausserdem setzte sich Gustav Stresemann mit seiner Aussenpolitik durch: der Vertrag von Locarno sicherte Deutschlands Westgrenze, entzog secessionistischen Absichten im Rheinland den Boden und gewährte überdies Deutschland praktisch einen Blankoscheck im Osten; es konnte die Grenze mit Polen nach seinen Vorstellungen revidieren. Stresemann, auch verantwortlich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, hatte innert kürzester Zeit das Meisterstück fertiggebracht, dass Deutschland, eben noch eine geächtete Nation, wieder die erste Geige im Konzert der europäischen Mächte spielte.

Doch das waren, wie gesagt, nur einzelne Silberstreifen. Die Grosswetterlage war nach Rügenachts Ansicht nie von einem Hoch bestimmt. Er bedauerte 1925 den Tod von Reichspräsident Friedrich Ebert, dem integren Sozialdemokraten, der vom Sattler zum höchsten Amt aufgestiegen war. Seinen Nachfolger, Generalfeldmarschall von Hindenburg, beurteilte er nicht günstig. Er befürchtete, die deutschen Wähler würden dem legendären Ruf des Helden von Tannenberg erliegen und die Republik zugunsten monarchistischer Deutschtümelei weiter schwächen. Rügenachts Zweifel an der republikanischen Gesinnung der Mehrheit der Deutschen erhielt stets von Neuem Nahrung. 1929 starb

Stresemann, mit dem Rügenacht einen vertrauten Umgang gepflegt hatte. Der Aussenminister war häufig zu gesellschaftlichen Anlässen in die Residenz gekommen. Frau Stresemann soll eine unermüdliche Tänzerin gewesen sein, welcher der schöne Ballsaal in der Schweizer Residenz gut gefiel.

Rügenacht bezeichnete Stresemanns Tod als ein Unglück. Nach dessen Hinschied verfinsterte sich der politische Ausblick rasch. Hindenburg wurde zusehends von der nationalistischen Rechten umgarnt, er versetzte der Republik einen Schlag nach dem andern. Als eigentlichen Scharfmacher im Hintergrund erkannte Rügenacht den Grossindustriellen Hugenberg, den die Deutschnationalen 1928 zum Parteivorsitzenden erhoben. Ohne viel Aufhebens machte Hugenberg die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) beim gehobenen Bürgertum salonfähig. Der riesige Wahlerfolg der Nationalsozialisten vom 14. September 1930, als sie ihre Mandate von 12 auf 107 steigerten, überraschte freilich auch Rügenacht. «Unter dem Druck der Wirtschaftskrise und im Gefühl der politischen Ohnmacht sind weite Kreise irre geworden an Republik, Demokratie und Parlamentarismus und erwarten bessere Zeiten von einem ‚Dritten Reich‘, ohne sich von dessen Wesen einen klaren Begriff zu machen.»²⁰⁸ Die bedrückende Entwicklung in der deutschen Innenpolitik kontrastierte Rügenacht stets mit den aussenpolitischen Zwängen. Das Ausland war nicht unschuldig an dem, was sich in der Weimarer Republik abspielte. Rügenacht war wie seine Vorgänger zutiefst davon überzeugt, dass der Versailler Friedensvertrag und die nachfolgenden Reparationsforderungen unausgeglichen waren. Die Vertragsbedingungen müssten beträchtlich geändert werden, wenn Deutschland eine Chance haben sollte, im Innern zu genesen.

«... eines glaube ich zu wissen: auf psychologisch-politischem Gebiet können weitere Erschütterungen nur vermieden werden, wenn die Regierung in der Reparationsfrage bald zum mindesten einen Anfangserfolg aufweisen kann. Gelingt es ihr nicht, eine Entspannung herbeizuführen, die eine wesentliche Lockerung der schweren Fesseln verspricht, so könnten die Pessimisten Recht bekommen. Die nationalsozialistische Welle könnte die gegenwärtige Ordnung zeitweilig überfluten und ihre Pfeiler unterwühlen. Das gelobte Dritte Reich würde dabei nicht entstehen, wohl aber würde der Bolschewismus darauf lauern, in den Ruinen der Ansätze sich einzunisten.»²⁰⁹

Diese Zeilen schrieb er im Juni 1931. So falsch sollten sie nicht sein. Brüning, Papen und Schleicher wurden der Probleme nicht mehr Herr; ein Drittes Reich

im Sinn einer legitimen Ordnung entstand nicht, dafür ein zwölfjähriges nationalsozialistisches Terrorreich, über dessen Ruinen in einem Teil Deutschlands 45 Jahre lang die kommunistische Flagge wehte.

Seinen unverfänglichen Blick bewahrte sich Rüfenacht auch für Schweizer, welche die Grenzen förderlicher Zusammenarbeit überschritten. Im März 1932 wurde er zu einem Frühstück «zu Ehren des schweizerischen Oberst Bircher» beim Chef der Heeresleitung gebeten. Eugen Bircher, Chef der Chirurgie am Kantonsspital Aarau und damals Präsident der schweizerischen Offiziersgesellschaft, gab seiner Bewunderung für das deutsche Armeewesen wohl mehr öffentlichen Ausdruck, als einem hohen Offizier eines neutralen Landes anstand. Leicht verärgert fragte Rüfenacht Bundesrat Häberlin: «Wie kommt eigentlich Oberst Bircher zu der jedes Jahr sich wiederholenden Beweihräucherung durch die Reichswehr?»²¹⁰ Folgenlos blieb dieses Zeremoniell nicht. Bircher sollte später jene vier Schweizer Ärztemissionen organisieren, welche im kalten Winter 1941 und im folgenden Jahr die deutsche Wehrmacht an der Ostfront medizinisch betreuten – ein neutralitätspolitisch bedenkliches Unterfangen, welches der Bundesrat nicht genehmigt hatte.²¹¹ Ob Rüfenacht wusste, dass sich Bircher schon lange in der rechts extremen Szene herumtrieb, darf man bezweifeln. Bereits 1920 unterstand sich der Aktivist, als Präsident des «Schweizerischen Vaterländischen Verbandes» dem Bundesrat eine alarmistische Eingabe zukommen zu lassen. Nachdem der Kapp-Putsch von rechts gescheitert war und die deutsche Regierung die Entwaffnung der sogenannten Einwohnerwehren anordnete, forderte Bircher allen Ernstes, die Schweiz sollte sich auf internationaler Ebene für die Einwohnerwehren, diese «staatserhaltenden Elemente in Deutschland»²¹², einsetzen; sonst sei die Schweiz und ganz Europa dem Bolschewismus preisgegeben.

Das mit Abstand wichtigste politische Geschäft, um das sich Rüfenacht in Berlin zu kümmern hatte, betraf die Beziehungen der Schweiz zur Sowjetunion. Seit der Ausweisung des Politagitators Berzin²¹³ und dem Überfall auf das schweizerische Generalkonsulat in Petrograd war das Verhältnis zwischen den beiden Staaten tief gestört. An eine förmliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen war nicht zu denken. Das Verhältnis verschlimmerte sich noch, als der russische Exilschweizer Moritz Conradi am 10. Mai 1923 in Lausanne den sowjetischen Beobachter an der Meerengenkonferenz, Waclaw Worowski, ermordete und das Waadtländer Geschworenengericht Conradi und seinen russischen Helfer mangels Einstimmigkeit freisprach.²¹⁴ Die Sowjetunion boykottierte nun nicht nur die Schweiz, sie drohte auch, an keinen internationalen Tagungen, die auf Schweizer Boden abgehalten würden, mehr teilzunehmen, da die Eidgenossenschaft den sowjetischen Vertretern keinen

Schutz angeeignet lasse. Rufenacht berichtete Bundesrat Motta einmal gar, der sowjetische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Georgi Tschitscherin, hätte gedroht, die Sowjetunion würde solange nicht in den Völkerbund eintreten, als der Sitz dieser Organisation nicht aus der Schweiz in ein anderes Land verlegt würde.²¹⁵

Die Schweiz ihrerseits sperrte ihre Grenzen hermetisch ab für Einreisende aus der Sowjetunion, unbesehen ob es sich um Bolschewiken, Menschewiken oder Anhänger der alten Ordnung handelte. Dass dieser Zustand nicht andauern konnte, war vielen klar, insbesondere Bundesrat Edmund Schulthess, dem Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes. Er fürchtete um den sowjetischen Markt, den damals zahlreiche Wirtschaftsvertreter als zukunftsfruchtig einstufte. Deshalb drängte er darauf, mit dem bolschewistischen Regime, nachdem es siegreich aus den revolutionären Kriegen hervorgegangen war, lose Kontakte zu knüpfen. Bereits hatte Deutschland, zum Entsetzen der westlichen Mächte, die Sowjetunion mit dem Schachzug von Rapallo 1922 anerkannt. Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin eignete sich daher besonders, das ungesicherte Terrain abzutasten. Dank der Vermittlung von Professor Ludwig Stein traf Rufenacht den sowjetischen Botschafter in London, Christian Rakovskys, 1924 zu einem ersten Gespräch in einem Privathaus in Berlin.²¹⁶

Es sollte ein langwieriger Prozess werden. Nach dem fragwürdigen Freispruch im Conradi-Prozess war das sowjetische Ehrgefühl schwer verletzt, und die Schweizer misstrauten den bolschewistischen Propagandisten zutiefst. Es war beiden Regierungen jahrelang nicht möglich, zu einem «Modus vivendi» zu gelangen. Aber der sowjetische Druck auf die Schweiz erhöhte sich stetig. Als Moskau 1925 drohte, die geplanten Abrüstungsverhandlungen in Genf nicht zu beschicken, liessen verschiedene Staaten durchblicken, dass sie, sollte die Sowjetunion der Konferenz fernbleiben, den Nutzen von Abrüstungsgesprächen bezweifelten. Auch die Genfer Regierung intervenierte beim Bundesrat, weil sie befürchtete, die eidgenössische Politik schade der Rhonestadt; die schlechten Beziehungen zur Sowjetunion könnten nicht nur zur Abwanderung der Konferenz, sondern gar des Völkerbundes führen.²¹⁷ Die Frage der diplomatischen Beziehungen geriet zusehends auf die höchste politische Ebene.

In dieser Zwangslage beschloss der Bundesrat lustlos, aber der Not der Stunde gehorchend, Rufenacht mit neuen Instruktionen zu versehen. Er sollte mit Botschafter Krestinski in Berlin direkt verhandeln: Rufenacht traf sich mit seinem sowjetischen Kollegen von Mitte März bis Mitte April 1927. Schliesslich erreichte er im letzten Verhandlungsschub, nach vier langen Jahren, ein

Teilergebnis. Die Sowjetunion verzichtete darauf, die Schweiz weiterhin wirtschaftlich zu boykottieren. Die Eidgenossenschaft ihrerseits bedauerte die Ermordung Worowskis und stellte seiner Tochter eine Entschädigung in Aussicht, sobald die Gesamtheit der Beziehungen zwischen beiden Ländern geregelt würde.²¹⁸ Auch sperrte die Schweiz ihre Grenzen für sowjetische Staatsangehörige nicht mehr länger. Es kam zu einem zaghaften Handel. Aber die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen lag noch meilenweit entfernt. Nachdem sich Bundesrat Motta 1934 leidenschaftlich gegen die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund ausgesprochen hatte, verschlechterten sich die Beziehungen nochmals. Die Sowjetunion weigerte sich bis 1946, jegliche Schweizer Avancen zur Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zu beantworten.

Mit Wirtschaftsverhandlungen hatte Rüfenacht, obschon schwerwiegende Probleme anstanden, wenig zu tun. Der damalige Direktor der Handelsabteilung, Walter Stucki, bewältigte sie sozusagen im Alleingang. Lediglich den mit Wirtschaftsaufgaben betrauten Mitarbeiter der Gesandtschaft, Eduard A. Feer, zog er als «Junior-Partner» bei. Stucki, seit 1924 Direktor der Handelsabteilung und ab 1938 Minister in Paris, war ein knallharter Unterhändler. Rüfenacht meinte gar, gelegentlich trete er den deutschen Vertragspartnern gegenüber zu schroff auf.²¹⁹

Grosse Verdienste erwarb sich Rüfenacht um die Schweizer Staatsangehörigen in Berlin. Im Inflationsjahr 1923 verteilte er grosszügig Lebensmittelpakete an bedürftige Landsleute. Überhaupt stieg in jenem Jahr die Anzahl der Bedürftigen rasant an. Die Gesandtschaft musste einen Mitarbeiter anstellen, der sich ausschliesslich mit Fürsorge- und Unterstützungsfällen befasste. Pfarrer Zurlinden übernahm diese Tätigkeit und übte sie bis 1929 aus. Dann entschloss er sich, das juristische Examen abzulegen. Er erwarb 1930 den Dokortitel an der Universität Breslau, schlug die diplomatische Laufbahn ein und wurde als Gesandtschaftssekretär nach Bukarest versetzt. Sein Posten in Berlin wurde erst 1932 wieder besetzt, als sich mit der Wirtschaftskrise die Hilfsgesuche erneut häuften. Der Präsident des Schweizer Vereins, Eugen Erni, arbeitete anfänglich halbtags auf der Gesandtschaft. Doch schon bald wechselte der Personalchef des Berliner Maggi-Betriebes ganz an die Fürst-Bismarck-Strasse. In seiner langjährigen Tätigkeit im Dienst der Schweizer in Berlin wurde «Konsul Erni» zu einer eigentlichen Institution. Rüfenacht ging nicht mitleidlos über das Elend der Wirtschaftskrise hinweg. Als er sah, wie Anfang der dreissiger Jahre zahlreiche Schweizer in Not gerieten, errichtete er einen Minister-Rüfenacht-Fonds für bedürftige Kinder und erwerbsunfähige Erwachsene.²²⁰

Mit Rüfenachts Abgang verlor das EPD nicht nur den besten und ausgewo-

gensten Berichterstatter, den es in der Zwischenkriegszeit in der Reichshauptstadt hatte; es kehrte auch ein Mann in die Schweiz zurück, der den Bernergeist verkörperte, sich aber auch in der grossen Welt Berlins spielend zurechtgefunden hatte. Wie sagte er? «Ich weiss nun, dass ich das so oft verschrieene Berlin direkt liebe. Ich freue mich der vielen angenehmen und teils interessanten Beziehungen, ich schätze den mir wichtig vorkommenden Verkehr mit der Wilhelmstrasse, meine Eitelkeit wird vom Reiz der Stellung gekitzelt, mir imponiert der Pulsschlag in Arbeit und Vergnügen dieser unermüdlichen Grossestadt, und ich empfinde eine Anhänglichkeit an viele durch tägliche Berührung vertraut gewordene Anlagen, Strassen und Plätze. So werde ich also in Freundschaft und Frieden von hier scheiden und viele gute Erinnerungen mitnehmen».²²¹

**«Persona non grata»
im nationalsozialistischen Deutschland**

Ein politisch standfester Diplomat: Paul Dinichert

Zum Nachfolger Rüfenachts ernannte der Bundesrat am 27. Juni 1932 einen Berufsdiplomaten. Paul Dinichert (1878-1954), damals Vorsteher der Abteilung für Auswärtiges im Politischen Departement, hatte sich als eigenständiger Kopf das Vertrauen von Bundesrat Giuseppe Motta erworben. In dieser Schlüsselstellung hatte er seinen Chef, seit der Tessiner im Jahr 1920 das Politische Departement übernommen hatte, beraten. Motta hielt viel von seinem Mitarbeiter. Dinichert war erfahren, arbeitsam und leistungsfähig, perfekt zweisprachig und vertrat eine klare Meinung. Gegen die Berufskrankheiten der Diplomatie war er immun. Von floskelhafter Höflichkeit, Duckmäsertum und Intrigantenschläue hielt er nichts. Einem solchen Mann wollte Motta die Berliner Gesandtschaft anvertrauen, den damals wichtigsten und mit Abstand delikatesten Posten, den die Eidgenossenschaft zu vergeben hatte. Und dass die Vertretung der Schweizer Interessen in Berlin von Monat zu Monat schwieriger wurde, daran zweifelte im Sommer 1932 kaum noch jemand.

Dinichert kam 1878 in Muntelier bei Murten zur Welt. Sein Vater war 1871 als einfacher Uhrenarbeiter aus dem Elsass ins Murtenbiet eingewandert; innert kurzer Zeit arbeitete er sich zum Direktor einer Uhrenfabrik empor und nahm als freisinniger Freiburger Nationalrat in der Bundesversammlung Einsitz. Mit einem Abschluss einer etwas obskuren «Ecole libre des Sciences Politiques» in Paris ausgestattet, schlug der zielstrebige Sohn die diplomatische Laufbahn in sehr jungen Jahren ein. Er begann, kaum zwanzigjährig, als Attaché in London, verbrachte einige Jahre in Paris und kehrte 1905 an die Zentrale zurück. Zahlreiche Lorbeeren erntete er mit dem Kaiserbesuch von 1912. Als Protokollchef hatte er diesen Staatsakt hervorragend organisiert. Der reibungslose Ablauf war alles andere als selbstverständlich. Denn die Schweiz war protokollarisch so unerfahren, wie es nur ein republikanisches Staatswesen sein konnte, das höfisches Zeremoniell geringschätzte. Dinichert wurde denn auch 1915 mit dem Gesandtenposten in Buenos Aires belohnt. Nach zwei Jahren jedoch demissionierte er. Angeblich war seine Gesundheit angeschlagen. Er zog sich freilich

nicht lange ins Privatleben zurück. Ausgerechnet zu jener Zeit suchte die Eidgenossenschaft fieberhaft nach Persönlichkeiten, die eine diplomatische Aufgabe übernehmen konnten. Das vorhandene Corps konnte die Schutzmandate, welche der Schweiz nach Kriegsausbruch von allen Seiten her übertragen wurden, nicht bewältigen. Schliesslich liess sich Dinichert bewegen, die Abteilung für Fremde Interessen in Wien zu übernehmen. Ein Jahr später berief ihn der Bundesrat nach Bern, wo er der Abteilung für Fremde Interessen und Internierung vorstand. Auf den 1. Januar 1920 wurde er an die Spitze der wichtigen Abteilung für Auswärtiges berufen, der eigentlichen Schaltzentrale der schweizerischen Diplomatie. Selbst in dieser Schlüsselposition übertrug der Bundesrat dem ausgezeichneten Organisator gern noch Sonderaufgaben. So arrangierte er beispielsweise 1929 die Rotkreuzkonferenz in Genf und erhielt dafür wegen aussergewöhnlichen Verdiensten eine Sonderentschädigung.

Die Ernennung zum Gesandten in Berlin im Jahr 1932 bedeutete zweifelsohne den Höhepunkt in Dinicherts Laufbahn. Sechs Jahre stand er der Gesandtschaft im Spreebogen vor. Und wenn alles nach seinem Willen gegangen wäre, dann wären noch einige Jahre dazugekommen. Doch im Jahr 1938 berief ihn der Bundesrat, von verschiedenen Seiten gedrängt, von seinem Posten ab und versetzte ihn nach Stockholm. Ohne Begeisterung, ja nur mit Widerwillen fügte sich der kantige Minister der bundesrätlichen Anordnung. Er nahm seine Mission an den königlichen Höfen von Schweden, Norwegen und Dänemark bis zu seiner Demission im Jahr 1946 wahr. Hernach verbrachte er seinen Lebensabend in seiner Heimatgemeinde Muntelier. Der Öffentlichkeit diente er weiterhin als Präsident der Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes. Der begeisterte Freund des Radrennsports hätte es auch nie versäumt, die «Tour de Suisse» auf ihrer Durchfahrt in Murten zu begrüssen. 1954 brach er, als er seinen Sohn in Genf besuchte, auf der Strasse zusammen und verschied an Ort und Stelle.

Dinicherts Amtszeit in Berlin sollte sehr schwierig werden. Als er am 26. Oktober 1932 die Geschäfte an der Fürst-Bismarck-Strasse 4 übernahm, drängten die Nationalsozialisten ungestüm an die Macht. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) war aus den Juliwahlen als grosse Siegerin hervorgegangen. Im 608-köpfigen Reichstag konnte sie ihre Sitze von 107 auf 230 erhöhen. Sie war zur stärksten Partei herangewachsen. Hitlers Griff zur Macht rückte in Reichweite. Gefördert von der nationalistischen und antiparlamentarischen Politik des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), Hugenberg, schob sich Hitler so ins Machtgefüge ein, dass der ehemalige Reichskanzler Franz von Papen meinte, dem greisen Reichspräsidenten Hindenburg Hitler als Reichskanzler vorschlagen zu müssen. Am 30. Januar

1933 wurde Hitler mit seiner Koalitionsregierung des sogenannten «nationalen Zusammenschlusses» vereidigt. Danach hob der neue Machthaber Schlag auf Schlag die verfassungsmässigen Grundrechte auf. Nach dem Reichstagsbrand vom 28. Februar wurde der Ausnahmezustand deklariert, und mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März verschaffte sich die Regierung das Recht, vier Jahre lang ohne den Reichstag Gesetze zu erlassen. Die Verfassung wurde ausser Kraft gesetzt.

Schnörkellos, aber präzise, informierte Dinichert den Bundesrat über die nationalsozialistische Herrschaft. In seinen Berichten schimmert nie die geringste Sympathie für jene Bewegung durch, die ein neues Europa zu bauen beanspruchte. Keine Faser seines Wesens war vom nationalsozialistischen Bazillus befallen. Die Schweizer Regierung war mit Dinichert in dieser Hinsicht von Anfang an gut bedient. Klipp und klar sagte er, was im wichtigsten Nachbarstaat vor sich ging. War dies selbstverständlich? Keineswegs. Wer Hitlers Ideologie nicht durchschaute und sich damit begnügte, die Resultate der Tagespolitik zu begutachten, der konnte von den Leistungen des NSDAP-Reichskanzlers anfänglich beeindruckt sein. Hitler war vergönnt, die späten Früchte der umsichtigen Politik Stresemanns in die Scheune einzufahren. Nicht nur war das Rheinland 1930, fünf Jahre vor der festgesetzten Frist, geräumt worden; die Konferenz von Lausanne (Juni 1932) strich auch die riesigen und weitherum als ungerecht empfundenen Reparationsforderungen. Von dieser Bürde befreit, begann Hitler unter Missachtung der Bestimmungen von Versailles, massiv aufzurüsten. Mit seinen Waffenschmiedern und dem Autobahnbau beseitigte er die Massenarbeitslosigkeit, was ihm grosse Zustimmung im Innern, aber auch Bewunderung von aussen eintrug.

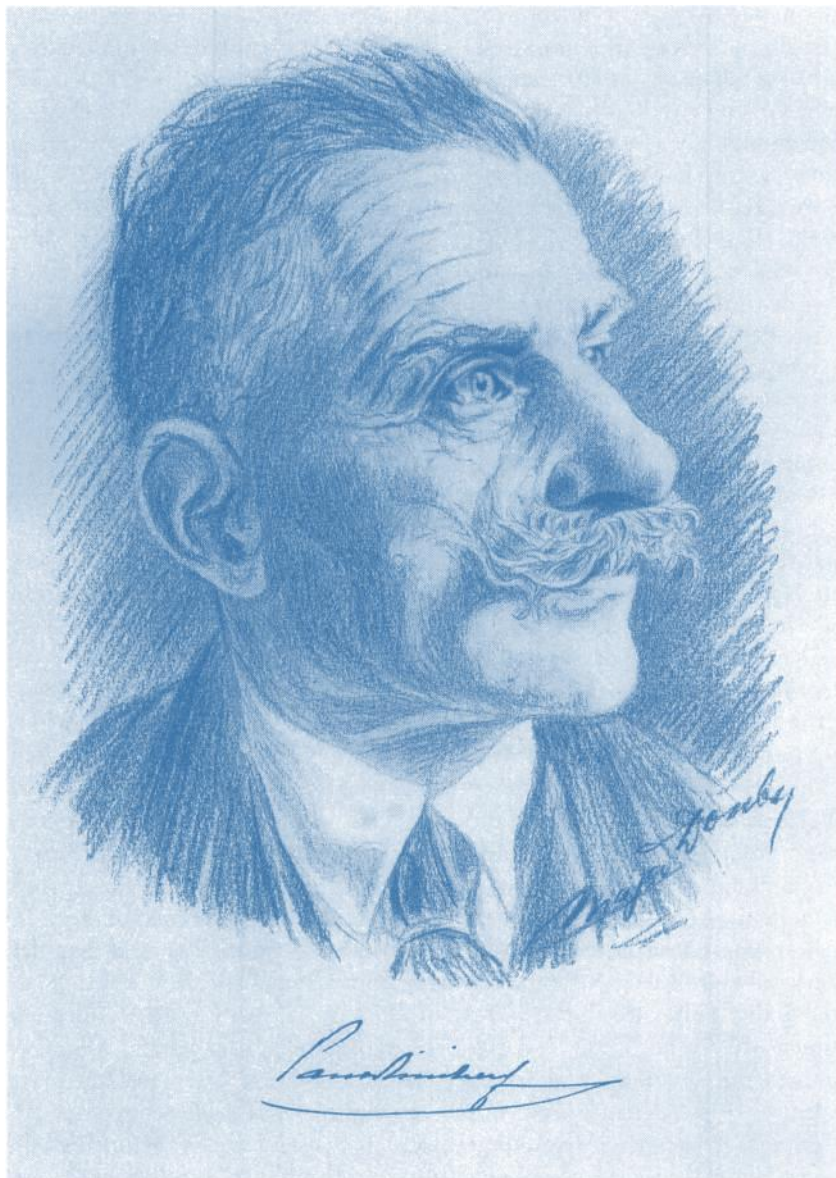
Dinichert gehört nicht zu jenen, die Memoiren schreiben mussten, um darin zu behaupten, sie hätten früher das gesagt, was sie eben nicht gesagt hatten, aber nachträglich gern gesagt gehabt hätten. Der schwächliche Missionschef stand von Anfang an Gewehr bei Fuss. Die erste Programmrede des neuen Reichskanzlers Adolf Hitler kommentierte er in einem Bericht an den Bundesrat folgendermassen: «Nun noch eine letzte Frage, die in diesem ersten Bericht über die neue Regierung Deutschlands Aufnahme zu finden hat. Was haben wir, Ausländer und Schweizer, von ihr zu gewärtigen? Es gibt in dieser Beziehung viele bekümmerte Leute. ... Ich möchte mich für heute auf die Versicherung beschränken, dass die Gesandtschaft an ihrer Stelle die zu gewärtigenden Massnahmen der Regierung aufs Genaueste verfolgen wird auf allen Gebieten, die unsere besonderen Interessen unmittelbar oder mittelbar berühren mögen. Erweisen sich die gehegten Befürchtungen als unberechtigt, so erwächst uns, in

unserer Wachsamkeit, ein Grund mehr uns zu freuen. Kommt es allenfalls anders, dann wird nach meiner Überzeugung gleich den Anfängen zu wehren sein, ich würde nicht verfehlen, Ihnen zu beantragen, mich dazu in gebührender Weise zu ermächtigen.»²²²

Nicht alle Diplomaten – auch nicht auf der schweizerischen Gesandtschaft – bewahrten sich einen ungetrübten Blick. Sir Nevile Henderson etwa, britischer Botschafter in Berlin von 1937-1939, hoch angesehen und eine Erscheinung, wie man sich einen Diplomaten im Bilderbuch vorstellt, war selbst bei Kriegsausbruch noch sehr empfänglich für Hitlers Erfolge. In seinen Aufzeichnungen von 1939, als Buch unter dem Titel «Failure of a Mission» erschienen, zögerte er nicht, Hitler ein Genie zu nennen und ihm zu attestieren, er hätte während vier Jahren gigantische Fortschritte beim militärischen, industriellen und – auch das steht geschrieben – moralischen Wiederaufbau von Deutschland erzielt.²²³

Der Schweizer Gesandte bewahrte sich ein unabhängiges Urteil auch gegenüber Ernst von Weizsäcker. Der hohe Beamte, seit 1936 im Auswärtigen Amt und 1938 zum Staatssekretär ernannt, verstand es ausgezeichnet, die ausländischen Diplomaten für sich einzunehmen und seine Interpretation der politischen Lage in deren Berichte einfließen zu lassen. Die Botschafter und Gesandten suchten den klugen Württemberger gern an der Wilhelmstrasse auf. Er galt als einer der besten Gesprächspartner. Weizäckers Einfluss auf das diplomatische Korps verstärkte sich noch, als 1938 Joachim von Ribbentrop den entlassenen Aussenminister Konstantin von Neurath ablöste. Ein Gespräch mit dem eitlen Ribbentrop fruchtete, wie sich bald herumsprach, herzlich wenig. Warum sollte Dinichert nicht einen privilegierten Zugang zu Weizsäcker suchen, zum Staatssekretär, der von 1933-1936 den Gesandtenposten in Bern versehen hatte und das schweizerische Staatswesen sehr gut kannte?²²⁴ Er tat es nicht.

Weizsäcker war zweifelsohne ein Freund der Schweiz. Verschiedene Äusserungen und Taten belegen dies. Aber sein Herz schlug doch etwas weniger für sein einstiges Gastland, als er in seinen «Erinnerungen» später vorgab. Jedenfalls verfolgte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, bei all seinen weitläufigen Umgangsformen, eine betont nationale und grossdeutsche Politik.²²⁵ Auch klaffen Dichtung und Wahrheit über Gebühr auseinander, wenn man vergleicht, was Weizsäcker in seinen Memoiren schreibt und was er seinerzeit Briefen und Aufzeichnungen anvertraute. In den «Erinnerungen» meinte er zur Schweizer Presse: «Meine Sorge in der Schweiz war und blieb die Presse. Sie schrieb, was mich nicht wunderte, kritisch über alle deutschen Vorgänge... Das war ihr gutes Recht. Die Schweizer hatten Anspruch auf eine Stellungnahme



Paul Dinichert, Gesandter in Berlin von 1932-1938, gezeichnet von Maja Doubs, Genf.
(Aus: Schweizerische Magistraten und Diplomaten. Verbandsdruckerei, Bern 1941).

und diese konnte in einer bewährten Demokratie nur negativ sein. Dem deutschen Publikum hätte es sehr gut getan, solche ausländischen Stimmen zu verfolgen... .»²²⁶ Der deutsche Gesandte in Bern nannte seinerzeit jedoch nicht nur die Basler «Nationalzeitung» ein «Drecksblatt», er schrieb sich in privaten Aufzeichnungen auch gerne seine Verdrossenheit vom Leib. So notierte er Ende 1933: «Die Schweizer Presse ist mein cauchemar. Denn von dieser täglichen Speise verderbe ich nicht nur mir selbst den Appetit. ... Diese wohlfeile Lobpreisung der wahren Demokratie hängt mir zum Hals heraus, und die Pressefreiheit soll der Teufel holen, wenn sie die Gefühle vergiftet. Feigheit ist der Leitstern der Politik. Da man vor uns noch keine Angst haben zu müssen glaubt, übergiesst man uns mit Jauche.»²²⁷ Was immer man von solchen Diskrepanzen hält, im Tagebuch drückt man sich üblicherweise am redlichsten aus. Man muss auf keinen Gesprächspartner Rücksicht nehmen, man braucht keinen Gedanken taktvoll abzufedern.

Für seine kaum verhüllte Gegnerschaft zum Nationalsozialismus bezahlte Dinichert einen erklecklichen Preis. Seine Kontakte in der Hauptstadt des Dritten Reiches waren schlecht. Er hatte keinen Zugang zu Nazi-Größen, zu Hitler schon gar nicht. Auch in den Ministerien empfing man ihn nicht auf hoher Stufe. Den Aussenminister sah er selten. Der Schweizer Gesandte war kein Gesprächspartner, den diese Kreise suchten. Nicht einmal die Staatssekretäre wollten ihn empfangen. Bernhard von Bülow ging ihm nach Möglichkeit aus dem Weg. Er fand ihn weitschweifig und lästig; Dinichert suche ihn bei jedem gesellschaftlichen Diner in ein politisches Gespräch zu verwickeln.²²⁸ Die Kontakte mit von Weizsäcker scheinen sich auch auf das protokollarische Minimum beschränkt zu haben. Seine Informationen sammelte Dinichert bei Beamten und im Diplomatenkorps. Besonders schätzte er den Umgang mit seinem französischen Kollegen. Botschafter André François-Poncet, scharfzüngig und geistreich wie kein zweiter, standen Tür und Tor der Berliner Gesellschaft offen, auch der nationalsozialistischen Würdenträger. Selbst Hitler, der die Diplomaten mied, wo er nur konnte, lud ihn zu einem «tête-à-tête» auf den Berghof in Berchtesgaden ein.²²⁹ Die Gespräche mit dem französischen Botschafter schimmern öfters in Dinicherts politischen Berichten durch. Charakterisierungen wie «Goebbels sei ein ,véritable fanatique»» (ein eingefleischter Fanatiker) oder «Göring ein ,morphinomane invétéré»» (ein unheilbarer Morphininist) verraten François-Poncet als Urheber. Dinichert stand dazu. Er erwähnte den französischen Kollegen gelegentlich als Quelle.

Der Vorsteher des Politischen Departementes, Bundesrat Motta, schätzte,

wie nicht anders zu erwarten war, Dinicherts Berichte aus Berlin. Schon im März 1933 schrieb er dem Gesandten, die Art, wie er ihn über das politische Geschehen im «Dritten Reich» informiere, entspreche genau seinen Wünschen. Den bundesrätlichen Zuspruch konnte Dinichert gut gebrauchen. Denn seine Amtsführung, welche die ungewohnten Tücken einer diplomatischen Vertretung in einem totalitären Staat meistern musste, gelangte schon im ersten Jahr ins Schussfeld der Kritik. Im September 1933 hatte er wie die meisten Missionschefs am Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg teilgenommen. Dagegen protestierten verschiedene Schweizer Parlamentarier, und der Zentralvorstand der Freisinnig-Demokratischen Partei bedauerte diesen «acte de présence». Dinichert meinte zu Recht, die nationalsozialistische Selbstinszenierung in Nürnberg sei weniger eine Parteisache als vielmehr eine nationale Kundgebung im weitesten Sinn.²³⁰ Partei und Staat liessen sich in der Tat im Totalitarismus immer weniger trennen. Vielmehr bemächtigte sich die Partei der staatlichen Institutionen und nahm sie unter ihre Fittiche.

Ein instinktsicherer, ja prinzipienfester Ton durchzieht Dinicherts politische Korrespondenz, die Edgar Bonjour ausgiebig zitierte und in seiner Neutralitätsgeschichte wiedergibt. Nach dem Reichstagsbrand vom 28. Februar 1933 streute die Regierung die Nachricht von einer kommunistischen Verschwörung aus. Dinichert misstraute dieser Behauptung und schloss nicht aus, dass das Regime selbst Komplize des Verbrechens war. Die politische Entwicklung sollte seine Vermutung, wonach die Regierung vor keiner Lüge zurückschreckte, nur zu bald rechtfertigen: etwa mit dem Boykott von jüdischen Geschäften, welchen das Regime, während es die eigene Unschuld beteuerte, nationalen Bewegungen in die Schuhe schieben wollte; oder mit der neuen Finanzpolitik von Hjalmar Schacht, die sich schnöde über internationale Verpflichtungen hinwegzusetzen versuchte; oder mit Friedensschalmeien, welche eine heimliche Aufrüstung übertönen sollten.

Das Misstrauen, das die nationalsozialistische Politik erzeugte, belastete auch die bilateralen Beziehungen aufs Schwerste. Durfte man den Äusserungen des neuen Reichskanzlers Glauben schenken? Immerhin hatte Hitler in seinem Buch «Mein Kampf» als Ziel erklärt, alle Menschen deutschen Blutes in einem Reich zu vereinen. Was bedeutete dies für die Schweiz mit ihrer mehrheitlich deutschsprachigen Bevölkerung? Auf der Gesandtschaft in Berlin war man nicht weniger auf der Hut als an der Zentrale in Bern. Das ist eine rare Erscheinung. Diplomaten an der Aussenfront treten oft als Fürsprecher ihres Residenzlandes auf. Sie verfolgen die Ereignisse vor Ort, sind auf gute Kontakte zu den Behörden angewiesen und finden daher immer eine Begründung dafür, weshalb

man der Politik des Gaststaates mehr Verständnis entgegenbringen müsse oder sollte. Dinichert hingegen mahnte das Politische Departement verschiedentlich. Bald empfahl er, in Verhandlungen eine härtere Gangart einzuschlagen, bald warnte er davor, sich von Hitlers gefälligen Äusserungen beruhigen zu lassen.

Bundesrat Motta, nicht unbeeindruckt von Gesprächen, die er im September 1933 am Rande der Völkerbunds-Generalversammlung mit Aussenminister Konstantin von Neurath und Reichspropagandaminister Joseph Goebbels geführt hatte, war ein Bekenntnis Hitlers zur schweizerischen Neutralität und Unabhängigkeit ein Herzensanliegen. Ihm schwebte eine Unversehrtheitserklärung vor, wie sie Mussolini im Juni 1928 vor dem Senat abgegeben hatte. Dieser hatte beteuert, Italien habe ein fundamentales Interesse an einer freien, unabhängigen und neutralen Schweiz und, was den Tessin betreffe, so sei Italien daran gelegen, diesen Kanton als integralen Bestandteil der Schweiz zu erhalten. Mit spitzen Ohren lauschte man den Reden Hitlers. In der Reichstagsrede vom 30. Januar 1934 kam Hitler auch auf Österreich und mit zwei Sätzen auf die Schweiz zu sprechen. Angesichts der bekannten Einstellung Hitlers zur Unabhängigkeit Österreichs missfiel Dinichert schon, dass Hitler die Schweiz unmittelbar nach Österreich erwähnte. Dann sprach er von den Deutschschweizern als «Millionen Bürger deutscher Nationalität». Diesen Ausdruck missbilligte Dinichert zutiefst. Auch ein Kompliment an die Adresse der Schweiz konnte diese Scharte nicht auswetzen. Hitler hatte nämlich festgestellt, der Bundesrat sei vom Vertrauen des Schweizer Volkes getragen. Als Hans Frank, damals Kronjurist des Regimes und später Generalgouverneur von Polen, Dinichert zu Hitlers Äusserungen über die Schweiz beglückwünschte, meinte der Gesandte trocken, gewisse Passagen hätten ihm überhaupt kein Vergnügen bereitet.²³¹

Noch mehr zu reden gab Hitlers Rede vom 21. Mai 1935. Der Reichskanzler erklärte, Deutschland hätte keineswegs die Absicht, sich in die innerösterreichischen Verhältnisse einzumengen und Österreich etwa zu annektieren. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung hätten aber aus einem Solidaritätsgefühl gemeinsamer nationaler Herkunft den begreiflichen Wunsch, auch dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten. Mit kaum verhüllten Worten forderte Hitler also für die Österreicher das Recht, über einen Anschluss abstimmen zu können. Dann fuhr er wörtlich fort: «Ich selbst glaube, dass auf die Dauer kein Regime, das nicht im Volke verankert, vom Volke getragen und vom Volke gewünscht wird, Bestand haben kann. Wenn zwischen Deutschland und der zu einem grossen Prozentsatz auch deutschen Schweiz

solche Schwierigkeiten nicht bestehen, dann einfach deshalb, weil die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Schweiz eine *tatsächliche* ist, und weil niemand zweifelt, in ihrer Regierung den wirklichen legalen Ausdruck des Volkswillens zu sehen. Wir Deutschen haben aber allen Anlass zufrieden zu sein, dass sich an unserer Grenze ein Staat mit einer zu einem hohen Teile deutschen Bevölkerung bei grosser innerer Festigkeit und im Besitz einer wirklichen und tatsächlichen Unabhängigkeit befindet.»²³²

Motta fand an dieser Rede Gefallen. Zwar enthielt sie nicht jenes unumstössliche Bekenntnis zur schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität, das der Chef der schweizerischen Aussenpolitik gern vernommen hätte. Aber die Rede bot eine gute Grundlage. Auf ihr liess sich aufbauen – im Gegensatz zum zugeknöpften Auswärtigen Amt und zum abstrusen Benehmen von Göring. Staatssekretär Bernhard von Bülow hatte mehrere Demarchen Dinicherts mit der Begründung abgeblockt, die gewünschte Erklärung zur Unversehrtheit der Schweiz wäre ungewöhnlich und würde mehr Fragen aufwerfen als beantworten; Göring seinerseits hatte in einer Rede in Freiburg im Breisgau am 10. Mai 1935 die Schweizer mit der Bemerkung verhöhnt, sie hätten «Dreck in der Hirnschale».²³³ Der Departementschef beauftragte Dinichert, bei günstiger Gelegenheit erneut an der Wilhelmstrasse vorzusprechen, um eine Ergänzung zur Erklärung vom 21. Mai zu erlangen.

Dinichert, sich der Fragwürdigkeit von Hitlers Erklärung voll bewusst, war von der Rede weniger angetan als Motta. Er stritt dem Reichskanzler das Recht ab, sich darüber auszusprechen, ob die Schweizer Regierung den Volkswillen ausdrücke und ob die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft echt sei, auch wenn sich der Führer derzeit positiv ausdrücke. Seiner Meinung nach sollte man dahin wirken, dass die deutsche Regierung alle Anspielungen auf die deutsche Schweiz in Wort und Schrift unterlasse. Bis zu einem gewissen Grad schwenkte Dinichert somit auf die Argumentationslinie von Staatssekretär von Bülow ein. Mit ähnlicher Begründung hatte dieser alle Gesuche um eine Neutralitätserklärung abgewiesen. Die Ansicht des Schweizer Ministers wurde an der Wilhelmstrasse korrekt registriert. In seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1937 erwähnte Hitler als Staaten, mit denen Deutschland freundschaftliche Beziehungen unterhalte, Belgien und die Niederlande; er erklärte sich auch bereit, deren Neutralität und Unversehrtheit zu garantieren. Die Schweiz blieb dagegen unerwähnt. Dies beruhigte die Schweizer Gemüter indes keineswegs. Nun ängstigte man sich im Bundeshaus über die Unterlassung. Auftragsgemäss setzte sich Dinichert trotz seiner Bedenken von Neuem für eine Unversehrtheitserklärung ein. Anfang Februar sprach er in dieser Angelegenheit beim Aussenmini-

ster vor. Doch Freiherr von Neurath lehnte das Ersuchen genauso ab wie sein Staatssekretär die früheren Vorstösse.

Als in dieser Phase zermürender Ungewissheit alt Bundesrat Schulthess einen Privatbesuch in Berlin zu absolvieren beabsichtigte, ermunterte ihn Motta, Hitler aufzusuchen. In Berlin hatte der als deutschfreundlich bekannte Aargauer Unterredungen mit Aussenminister von Neurath und Reichswirtschaftsminister Schacht. Zusammen mit dem Auswärtigen Amt öffneten ihm die beiden Minister den Zugang zu Hitler. Die schweizerische Vertretung wurde in die Besuchsvorbereitungen nicht, wie es gutem Brauch entsprochen hätte, eingeschaltet. Der Führer empfing Schulthess am 23. Februar 1937 zu einem rund einstündigen Gespräch. Die Unterredung, welche sich auf die verschiedensten Gebiete erstreckte, erbrachte jenes Resultat, das Motta kaum noch zu erhoffen wagte. Schulthess sprach Hitler auf dessen jüngste Reichstagsrede an. Er meinte, in der Schweiz würde man die Tatsache, dass er wohl die Neutralität Belgiens und Hollands erwähnt, die schweizerische indessen übergangen hätte, so interpretieren, dass Hitler die Anerkennung der schweizerischen Neutralität als Selbstverständlichkeit betrachte. Hitler erwiderte, genau so verhalte es sich. Er erklärte in kategorischen Worten, er sei gewillt, die schweizerische Neutralität zu respektieren. Schulthess fragte dann, ob er die Erklärungen des Reichskanzlers dem Bundesrat zuhanden des Schweizervolkes mitteilen dürfe. Hitler war damit einverstanden. Der Schlüsselsatz im Kommuniké lautete: «Zu jeder Zeit, komme was da wolle, werden wir die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz respektieren.»²³⁴ Darüber hinaus erklärte der Reichskanzler, der Bestand der Schweiz sei eine europäische Notwendigkeit und er wünsche mit diesem Nachbarn im besten Einverständnis zu leben. Wenn er die Schweiz in seiner Rede nicht erwähnt hätte, dann deshalb, weil er bei ähnlichen Erklärungen früher aus der Schweiz das Echo erhalten hätte, solche Erklärungen brauche man nicht.

Der unberechenbare Hitler verstand sich offensichtlich gut mit Schulthess, der seit knapp zwei Jahren aus dem Bundesrat ausgeschieden war und nebst seinem Einsitz in verschiedenen bedeutenden Wirtschaftsunternehmungen auch die Bankenkommission präsiidierte. Der Altbundesrat kehrte in der Überzeugung aus Berlin zurück, ein markantes Zugeständnis gewonnen zu haben. Motta war etwas skeptischer: aber er hatte endlich die Erklärung erhalten, die er so lange begehrte. Er bediente sich ihrer auch mehrmals. Dinichert freilich geriet in die Schusslinie der Kritik. Wozu, so fragten sich etliche Parlamentarier, bedurfte man eines Gesandten in Berlin, wenn dieser in jahrelanger Arbeit das nicht erreichte, was ein altgedienter Magistrat dem Führer in einer Stunde entlockte? Was die Schweizer Kritiker nicht bemerkten, war Folgendes: die

Rechnung der Wilhelmstrasse ging voll auf. Mit System wurde Dinichert kaltgestellt. Das Auswärtige Amt hatte wie in einem Schachspiel Zug um Zug ausgeheckt. Ernst von Weizsäcker schrieb im Juli 1937 unumwunden, man hätte die Neutralitätserklärung nicht dem Gesandten gegeben, der mehrmals darum gebeten hätte, sondern Schulthess, der sich inoffiziell in Berlin aufhielt.²³⁵ Auch mit Dinicherts Nachfolger verfuhr das Regime grosszügiger. Hitler bekräftigte gegenüber Hans Frölicher schon beim Antrittsbesuch die Neutralitätserklärung. Motta musste den desavouierten Minister in beiden Räten in Schutz nehmen und erklären, Dinichert besitze weiterhin das volle Vertrauen des Bundesrates.²³⁶ Dinichert gab sich nach aussen damit zufrieden. Aber in seinem Innern vernarbten die Wunden verletzten Ehrgefühls nicht. Mit dieser Affäre waren Angriffsflächen ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten, die scharfe Beobachter vorher schon gesichtet hatten.

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland verschlechterten sich nicht nur in der politischen Auseinandersetzung. Auch dort, wo man den Staat sozusagen mit Händen greifen kann, an der Landesgrenze, mehrten sich die Verletzungen. Im August 1933 verhafteten vier SA- und SS-Angehörige im schaffhausischen Ramsen einen tschechoslowakischen Schmuggler und brachten ihn über die Grenze. Die Gesandtschaft protestierte nachhaltig gegen diese schwere Verletzung der Gebietshoheit und verlangte die sofortige Rückgabe der verschleppten Person. Das geschah gleich. Aber die Schuldigen wurden nicht ernsthaft bestraft, obschon der deutsche Aussenminister Bundesrat Motta in der Genfer Besprechung vom September 1933 eine entsprechende Zusicherung gab.²³⁷

Der schwerwiegendste Fall ereignete sich jedoch zwei Jahre später. Am 9. März 1935 entführte die Geheime Staatspolizei (Gestapo) in Basel auf offener Strasse Dr. Berthold Jacob und verschleppte den in Strassburg lebenden jüdischen Emigranten nach Deutschland. Jacob hatte der mehr oder weniger heimlichen Wiederaufrüstung in seinem Herkunftsland nachgespürt. Seine publizistische Tätigkeit war dem Naziregime äusserst unangenehm. Die Schweizer Bevölkerung war verständlicherweise hell empört über die krasse Missachtung der Hoheitsrechte. Auch Dinichert wusste sein Temperament kaum noch zu zügeln. Die in diplomatischen Kreisen bestens eingeführte Bella Fromm, bis zu ihrer 1934 erfolgten Entlassung aus «rassischen» Gründen Kolumnistin der «Vossischen Zeitung», notierte in ihrem Tagebuch über einen Empfang auf der schweizerischen Vertretung:

«7. April [1935]. In der Schweizer Gesandtschaft. Gute Musik, ausgezeichnetes kaltes Büfett, aber ausserordentlich trübe Stimmung. Seine Exzellenz,

Paul Dinichert, zeigt sich in höchstem Masse irritiert, weil die Nazis den (nach Frankreich) emigrierten Journalisten Berthold Jacob (am 9. März in Basel) gefangengenommen haben. Der Gesandte hat bereits vor längerem im Namen seiner Regierung dagegen protestiert. ‚Wir verlangen seine Zurückstellung‘, sagte er entrüstet.

Es war bemerkenswert, wie schnell Dinichert von beinahe unkontrollierter Wut zu höflichster Verbindlichkeit wechseln konnte, als er den eben angekommenen Innenminister Frick und seine Gattin begrüßte». ²³⁸

Der Fall Jacob wurde zu einer «cause célèbre» und beschäftigte die Gesandtschaft während eines halben Jahres aufs Intensivste. Auf die ursprüngliche Protestnote vom 23. März antwortete das Auswärtige Amt mit einer blanken Lüge: Jacob hätte sich aus freiem Entschluss nach Deutschland begeben, um dort Komplizen zu treffen. Dinichert empfahl nun Bundesrat Motta, rasch und entschieden zu handeln, notfalls gar den bilateralen Schieds- und Vergleichsvertrag anzurufen und eine internationale Untersuchung zu verlangen, denn «sonst glaubt das jetzige Regime mit seinen willkürlichen Methoden und gewalttätigen Parteistellen sich nach und nach alles erlauben zu dürfen.»²³⁹ Der Bundesrat befolgte Dinicherts Ratschlag. Er konnte sich ein entschiedenes Vorgehen umso mehr leisten, als er über lückenlose Beweise verfügte. Die Basler Behörden hatten nämlich einen Komplizen der Gestapo verhaftet, der ein umfassendes Geständnis abgelegt hatte. Nach langem Hin und Her gestanden die deutschen Behörden endlich die Entführung Jacobs ein, behaupteten hingegen, sie sei das Werk einer Privatperson gewesen, nämlich des deutschen Lockspitzels Dr. Lesemann, der nun hinter Schloss und Riegel sitze. Man könne deshalb nicht von einer Verletzung der schweizerischen Gebietshoheit sprechen.

Angesichts des widerspenstigen Verhaltens der Wilhelmstrasse hielt es der Bundesrat für aussichtslos, weiterhin auf der diplomatischen Ebene zu verhandeln. Er entschloss sich, den Schiedsvertrag von 1921 anzurufen. Am 26. Juli einigten sich die beiden Parteien über das Prozedere. Die Schweiz sah den angesehenen Max Huber als Schiedsrichter vor, die deutsche Seite den Freiherrn von Freytagh-Loringhoven. Drei Tage später überbrachte die Gesandtschaft das Anklage- und Beweismaterial ins Auswärtige Amt. Die Dokumentation war offensichtlich so erdrückend, dass die Reichsregierung beschloss, das Schiedsverfahren nicht durchzuführen. Sie bekannte sich nun zur Entführung, behauptete auch, die Schuldigen seien bestraft worden, und schob Jacob am 17. September heimlich in die Schweiz ab, die ihn ihrerseits nach Frankreich auswies.

Der erfolgreiche Ausgang dieser Affäre trug massgeblich zur Stärkung des

eidgenössischen Selbstbewusstseins Mitte der dreissiger Jahre bei. Mit ihrer aufrechten Haltung erwarb sich die Schweiz auch internationale Achtung. Der Bundesrat benützte die Angelegenheit, um seine Stellung im Innern – ähnlich wie 1889 nach dem Wohlgemut-Fall – zu stärken.²⁴⁰ Er baute die Bundesanwaltschaft aus und verschaffte sich eine Bundespolizei. Dinichert aber hatte Grund zu grosser Genugtuung. Vom ersten Augenblick an hatte er den Bundesrat gut beraten. Das konsequente Vorgehen hatte sich bewährt.

Im Jahr 1936 beschäftigte die Ermordung des Landesgruppenleiters der nationalsozialistischen Partei in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, die Gesandtschaft monatelang. Der aus Jugoslawien stammende David Frankfurter erschoss am 5. Februar 1936 Gustloff in dessen Wohnort Davos. Nach dem Mord stellte sich der Medizinstudent sogleich der Polizei und gab als Motiv für seine Tat an: «Weil ich ein Jude bin.»²⁴¹ Bundesrat Motta entschuldigte sich unverzüglich beim deutschen Gesandten in Bern. Ernst von Weizsäcker nahm die Entschuldigung an. Aber er zeigte sogleich auf jene, welche das geistige Umfeld für diese Tat vorbereitet hätten: die Schweizer Presse. Der Bundesrat wies den Vorwurf entschieden zurück.

Dinichert war gerade am grossen Jahresempfang, den der Reichsminister des Auswärtigen im Hotel Kaiserhof gab. Als er im Gedränge von mehr als tausend Geladenen kurz nach 22.00 Uhr den Gastgeber, Freiherr von Neurath, begrüßte, teilte dieser dem völlig überraschten Schweizer Gesandten mit, was in Davos geschehen war. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer. SA- und SS-Männer zogen sich auf höheren Befehl sogleich vom Fest zurück. Mit ihrer Forderung jedoch, den Empfang kurzerhand abzubrechen oder wenigstens die Musik einzustellen, drangen sie nicht durch. Selbst Reichsminister Joseph Goebbels blieb. Als Dinichert dessen Weg kreuzte, überschüttete der Chefpropagandist den Gesandten mit übelsten Vorwürfen. Dinichert erregte sich über alle Massen und liess sich, wie der Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung an Motta schrieb, zu einem «scharfen Wortwechsel hinreissen».²⁴² Dinichert selbst beschrieb den Vorgang etwas abstrakter: Es hätte sich um die letzte Unterredung an jenem Abend gehandelt.²⁴³

Der Fall Gustloff wirkte sich an verschiedenen Fronten aus. Dinichert warnte den Bundesrat gleich nach dem Attentat, die deutsche Regierung würde den Mord zum Anlass nehmen, um die Freiheit der Berichterstattung in der Schweiz einzuschränken. Der Kausalzusammenhang, den Weizsäcker prompt nach der Tat konstruierte, und verschiedene Interventionen des deutschen Gesandten bei Motta bewiesen, dass Dinicherts Vermutung berechtigt war.²⁴⁴ Die Landesregierung liess sich indes kaum beeinflussen. Sie entschied lediglich, in

Zukunft den Bundesratsbeschluss vom 26. März 1934 über die Ausschreitungen der Presse strenger zu handhaben. Der Entschluss hatte keine weitreichenden Konsequenzen. Er wurde der deutschen Regierung nicht einmal offiziell bekanntgegeben. Aber sprachliche Verunglimpfungen mit Worten wie «Henkersbestien», «Blutsäufer» und dergleichen sollten unterbleiben. Härter fasste man die deutsche nationalsozialistische Partei in der Schweiz an. Der Bundesrat beschloss einstimmig, die Landes- und Kreisleitungen zu verbieten.

Deutschland hatte selbstverständlich Anrecht auf eine offizielle Vertretung. Und der Schweiz lag auch viel an korrekten diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Gesandtschaft in Bern. Wohin dagegen eine nationalsozialistische Paradiplomatie führte, die sich ausserhalb völkerrechtlicher Gepflogenheiten ausbreitete, veranschaulichte das österreichische Beispiel überdeutlich. Der nationalsozialistische Apparat überwucherte in Wien zusehends die Diplomatie des Auswärtigen Amtes, dessen altgedienten Beamten die Parteieiferer oft mit unverhohlenem Misstrauen begegneten. Doch die deutsche Seite blieb auch in Bern nicht untätig. Sie suchte nach einem Ausweg. Dieser bestand darin, dass sie die NSDAP der offiziellen Vertretung zu- und unterordnete. Im Bundeshaus drückte man mehr als nur ein Auge zu, als sich die deutsche Regierung anschickte, die NSDAP in der Schweiz aus der Gesandtschaft am Brunnadernrain zu leiten und zu diesem Zweck den Diplomaten Hans Sigismund von Bibra von Prag an die Aare versetzte. Denn die Bundesbehörden wussten durchaus, was der Botschaftsrat in der Tschechoslowakei getrieben hatte. Er hatte die Interessen der Auslandsorganisation (AO) der NSDAP vertreten.

Rascher als erwartet glätteten sich die Wogen nach der Ermordung von Gustloff. Hitler schlug in seiner Trauerrede, die er beim aufwendigen Staatsbeerdigungsfeier im Dom zu Schwerin hielt, einen gemässigten Ton an. Das harte Urteil, welches das Bündner Kantonsgericht fällte – es verurteilte Frankfurter zu 18 Jahren Zuchthaus und zu lebenslänglicher Landesverweisung – wurde in Deutschland allgemein mit dem Kommentar aufgenommen, die Schweiz hätte sich um ein korrektes Verfahren bemüht. So drückte sich Hitler 1937 auch in seiner Unterredung mit dem Bundesrat Schulthess aus. Zwei Jahre später sollte allerdings ein ähnlicher Vorfall schlimmste Pogrome auslösen. Nachdem der polnische Jude Herszel Grynszpan in Paris den deutschen Diplomaten Rath erschossen hatte, rächten sich die Nationalsozialisten in der Kristallnacht vom 9. November 1938 mit Feuer und Schwert an den in Deutschland verbliebenen Juden. Synagogen gingen in Flammen auf, jüdische Geschäfte wurden geplündert und angezündet, die endgültige Verdrängung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben begann.

Licht und Schatten

Stark belastet wurden die bilateralen Beziehungen auch durch das Pressewesen. In der diplomatischen Korrespondenz zwischen Bern und Berlin gibt es seit Anbeginn kein Thema, das zu mehr Beschwerden Anlass gegeben hätte als die Freiheit der Berichterstattung. Berichte und Kommentare, die jeweils nicht nach dem Geschmack einer Regierung waren, boten immer wieder Anlass zu Reibungsflächen. Deutschland und die Schweiz sind im Medienbereich ausserordentlich stark verwoben. Man nimmt sich wegen der gemeinsamen Sprache gegenseitig so zur Kenntnis, wie es in dieser Intensität selten zwischen zwei Ländern vorkommt. Konflikte sind daher nichts Aussergewöhnliches, sondern eine fast natürliche Erscheinung. In Hitlers Staat verschoben sich allerdings die Auseinandersetzungen auf eine andere Ebene. Autoritäre und totalitäre Regime beschwerten sich mit berechenbarer Regelmässigkeit über die freie Presse. Kaum waren die Nationalsozialisten an die Macht gelangt, verboten sie wegen missliebiger Berichterstattung die Einfuhr von verschiedenen Schweizer Zeitungen. Darunter waren so angesehene Organe wie die «Neue Zürcher Zeitung», «Der Bund» und die Basler «Nationalzeitung». Mit Demarchen von Dinichert, aber auch mit Fürsprachen des deutschen Gesandten Weizsäcker bei seinem eigenen Ministerium wurden die Erlasse nach einigen Wochen üblicherweise wieder aufgehoben.

Im Sommer 1934 verschärfte sich der Konflikt. Die Schweizer Presse berichtete ungeschminkt über den Röhm-Putsch und die brutale Ausschaltung der gesamten SA-Führung. Das erregte Hitlers Unwillen. Die «Neue Zürcher Zeitung» und die «Nationalzeitung» wurden erneut verboten. Das Luzerner «Vaterland» war schon seit einem Jahr mit einem Bann belegt. Befristet durften um jene Zeit auch die «Thurgauer Zeitung» und die St. Galler «Ostschweiz» nicht im Dritten Reich erscheinen. Der Bundesrat entschloss sich nun erstmals, Gegenmassnahmen zu ergreifen. Er verbot die Einfuhr des «Völkischen Beobachter», der «Berliner Börsenzeitung» und des «Angriff». Die Massnahme war auf zwei Wochen befristet. Prompt reagierte die Reichsregierung. Sie sperrte ihrerseits die «Neue Zürcher Zeitung», die «Nationalzeitung» und den «Bund» auf sechs Monate. Nun riet Dinichert, energisch durchzugreifen. «..., ich bleibe un-

bedingt bei der Meinung, dass wir äusserst scharf reagieren müssen, sobald und solange hier eine Verständigung nicht erstrebt werden sollte.»²⁴⁵ Das Politische Departement zögerte. Von einem Wettlauf mit Verboten, so hiess es an der Zentrale, würde die Schweiz viel stärker betroffen als Deutschland, denn der Verkauf von deutschen Zeitungen in der Schweiz sei gering. Der Spitzenreiter, die «Frankfurter Zeitung», setze lediglich etwas mehr als 2'000 Stück pro Nummer ab. Dennoch verlängerte der Bundesrat die von ihm erlassenen Verbote auf unbestimmte Zeit, worauf die deutsche Seite die Spirale um eine weitere Runde drehte und die drei Tageszeitungen ebenfalls mit einem unbefristeten Verbot belegte.

Nicht immer war es jedoch ausschliesslich die Berichterstattung, welche den Unwillen der Wilhelmstrasse erzeugte. Manchmal war es blosser Futterneid, manchmal die Angst, die eigene Presselandschaft nicht mehr genügend kontrollieren zu können. Die «Basler Nachrichten» setzten zeitweise bis zu 80'000 Exemplaren in Deutschland ab. Goebbels untersagte deshalb Mitte 1935 auch die Einfuhr der letzten grossen Schweizer Zeitung, die noch auf den deutschen Markt gelangte, eben der «Basler Nachrichten». Dinichert protestierte aufs Heftigste, und er mochte anscheinend auch, unterstützt vom Gesandten Weizsäcker, das Auswärtige Amt von seiner Argumentation zu überzeugen. Der Chefredaktor des Blattes, Nationalrat Jakob Albert Oeri, konnte Aussenminister von Neurath einen Besuch abstatten. Er wollte auch bei Goebbels vorsprechen. Dieser empfing ihn jedoch nicht und beharrte auf dem Verbot. Hitler selbst, der auf Presseattacken höchst empfindlich reagierte, soll gegen die Wiederzulassung der Basler Tageszeitung entschieden haben. Er meinte – aus seiner Sicht nicht ganz zu Unrecht – eine so starke Verbreitung unterlaufe zu sehr die Pressekontrolle im Reich. Nur wenn die «Basler Nachrichten» bereit gewesen wären, bestimmte Zusicherungen über die künftige Haltung des Organs abzugeben und sich somit der deutschen Pressekontrolle mindestens im Ansatz zu unterziehen, hätte Goebbels seinen Einspruch zurückgenommen. Diese Zumutung wies der angesehene Chefredaktor natürlich von sich. Dem Bundesrat aber waren die Hände gebunden. Ihm standen keine gleichwertigen Retorsionsmassnahmen zur Verfügung. Um die Landeswürde zu wahren, verbot er immerhin die drei kleinen Hetzblätter «Der Stürmer», «Der Alemanne» und «Der Reichsdeutsche».²⁴⁶

Etwas anderes erschwerte die Zustellung der Schweizer Presse zusätzlich. Etliche lokale Schweizer Zeitungen und unpolitische Zeitschriften konnten weiterhin nach Deutschland ausgeliefert werden. Nach Erhebungen der Oberpostdirektion vom November/Dezember 1938 waren es noch 22 deutsch-

schweizer, 11 welsche und eine Tessiner Tageszeitung in 7'748 Tagesexemplaren. Jährlich versandte die Schweiz ungefähr 2,7 Millionen politische Blätter, und sie bezog 3,7 Millionen Nummern aus dem Reich.²⁴⁷ Die Klagen von Auslandsschweizern, dass sie ihr Leibblatt nicht erhielten, obschon dessen Zustellung nicht verboten war, häuften sich indes auf der Gesandtschaft. Der Grund war folgender: Lokale Postangestellte glaubten, sich bei den nationalsozialistischen Parteigrössen Pluspunkte zu erwerben, wenn sie die ausländischen Produkte nicht verteilten.

Presseprobleme stellten sich auch auf andern Ebenen ein. In Dinicherts Amtszeit fiel die Ausweisung des Korrespondenten der «Basler Nachrichten». Hermann Böschenstein war ein kritischer Journalist. Besonders guten Kontakt pflegte er zur evangelischen Kirchgemeinde um Pfarrer Martin Niemöller in Dahlem. Bewegungen wie die «Deutschen Christen» nannte er ungeschminkt das, was sie waren, nämlich Vereinigungen mit nationalsozialistischen Sympathien. Auch scheute er sich nicht, die nationalsozialistische Verfolgung von Katholiken eingehend darzustellen. Seine Berichterstattung erregte nicht nur den Unwillen der Machthaber in Berlin. Auch im Eidgenössischen Politischen Departement hielt man es für nötig, sich beim Delegierten des Verwaltungsrates der Berichthaus AG, Dr. Karl Sartorius, über die mangelhafte Objektivität Böschensteins zu beschweren. Hans Frölicher unterzeichnete einen entsprechenden Brief am 9. September 1937. Sartorius stellte ihn Böschenstein zu und forderte diesen auf, sich zu rechtfertigen. Darauf antwortete der Angeschuldigte mit den denkwürdigen Worten: «Ich berichte, mehr oder weniger deutlich, was ein im rechtsstaatlichen Denken erzogener, liberaler, aufgeklärter Schweizer in Gottes Namen berichten muss.»²⁴⁸

Mitte November 1937 bat der Chefredaktor der «Basler Nachrichten», Jakob Albert Oeri, das Departement, zugunsten von Böschenstein zu intervenieren, da dessen Aufenthaltsgenehmigung nicht erneuert werde. Laut Oeri hätte Böschenstein sich in den letzten Monaten gemässigt und die Richtlinien der Redaktion befolgt. Dinichert verwandte sich zweimal beim Auswärtigen Amt. Ein Erfolg blieb ihm jedoch versagt. Böschenstein musste nach knapp zweijährigem Aufenthalt die Reichshauptstadt verlassen. Die Gesandtschaft erreichte lediglich, dass er nach Ablauf der Aufenthaltsbewilligung noch eine Zeitlang bleiben konnte, um seine privaten Angelegenheiten zu regeln. Der Reichskirchenminister Hanns Kerri, der Böschensteins Ausweisung betrieben hatte, zeigte sich unerbittlich. Die Kontakte des Schweizer Korrespondenten zur Bekennniskirche ärgerten ihn zu sehr.

Böschensteins Ausweisung löste eine Welle der Kritik aus – weniger vom Betroffenen und den «Basler Nachrichten» als von Reto Caratsch, dem Berliner

Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung». Der Presseverband intervenierte beim Politischen Departement, und im Parlament kam es zu Anfragen. Dinichert hatte allerdings korrekt gehandelt. Weisungsgemäss hatte er die Demarchen ausgeführt. Bei seiner Gesinnung und seinem Arbeitsstil hätte man indes erwarten dürfen, dass er, der seinen Standpunkt oft heftig verfocht, sich mehr für den bedrängten Journalisten einsetzte. Leider mochten sich die beiden nicht sonderlich.²⁴⁹ Und die Berner Zentrale fand ohnehin, Böschensteins Hinauswurf sei nicht völlig unberechtigt, hätte er doch verschiedentlich in verletzender Form über das Geschehen in Deutschland berichtet. In einem Bundesratsantrag hielt das Politische Departement fest, wegen Böschensteins Wegweisung sollten keine Gegenmassnahmen ergriffen werden, welche die deutschschweizerischen Beziehungen gefährden könnten.²⁵⁰ Dinichert beklagte sich bei Bundespräsident Motta schwer über Caratschs unberechtigte Vorwürfe. Selbst Böschenstein beschwerte sich lediglich, dass ihn die Gesandtschaft nicht sofort von der beabsichtigten Ausweisung verständigt habe. In der Tat zeigte Böschenstein Verständnis dafür, dass der Bundesrat keine Gegenmassnahmen ergreifen konnte. Dies bestätigte er auch dem Departementschef, als dieser ihn nach seiner Heimkehr empfing. Die Affäre Böschenstein war somit erledigt. Dem angeschlagenen Gesandten jedoch, der seit dem Schulthess-Besuch ohnehin in die Schusslinie der Kritik geraten war, sollte sie indes noch hart zusetzen.

Im Staate Hitlers gestalteten sich auch die bilateralen Wirtschaftsverhandlungen noch schwieriger, als sie es ohnehin schon waren. Die Nationalsozialisten richteten mit ihren unzähligen Eingriffen ins Wirtschaftsleben unermesslichen Schaden an. Mit einem falsch verstandenen Autarkiebegriff bekämpften sie auch die ausländischen Unternehmungen. Der zwischenstaatliche Verkehr geriet überall in Schwierigkeiten, bei den Waren, den Personen und den Finanzen. Der Handelsaustausch zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich schrumpfte schlagartig: Betrug die Schweizer Exporte nach Deutschland im Jahr 1931 noch 135 Millionen Reichsmark, so fielen sie 1933 auf 83 Millionen RM; die Schweiz importierte im Jahr 1931 Waren im Wert von 541 Millionen RM, 1933 dagegen nur noch für 352 Millionen RM. Deutschland hatte die Zölle massiv erhöht. In gewissen Branchen, etwa im Baumwollgewerbe, kamen die Exporte fast vollständig zum Erliegen. Unzufrieden mit der Entwicklung waren auch die Hoteliers. Das Deutsche Reich hatte den Visazwang für die Ausreise eingeführt. Mit den neuen Ausreise-Sichtvermerken versiegte der Strom deutscher Touristen fast vollständig.

Gewichtige Interessen standen bei den Finanzverhandlungen auf dem Spiel.

Deutschland war bei der Schweiz stark verschuldet. Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht drohte indes, die Transferzahlungen einzustellen. Dinichert witterte eine gefährliche Falle. Deutschland könnte, so vermutete er, vorerst seine Auslandsverpflichtungen nicht mehr einhalten und hernach die in Verruf geratenen Schuldtitel zu Spottpreisen aufkaufen – ein Verfahren, das seither, wie die Schuldenkrisen in den achtziger Jahren zeigen, Schule gemacht hat. Ausserdem befürchtete er, der Reichsbankpräsident könnte die Vereinigten Staaten bevorzugt behandeln. Bei allem Verständnis, das man gegenüber einem zahlungsunfähigen Staat aufzubringen habe, müsse sich die Schweiz strikte gegen jegliche Ungleichbehandlung wehren.

Dinichert, obschon von Hause aus nicht Jurist, fühlte sich immer am wohlsten, wenn er, scharfsinnigen Advokaten gleich, mit cartesianischer Logik argumentieren konnte. Als dem schweizerischen Chefunterhändler in den Wirtschaftsverhandlungen der Geduldfaden zu reissen drohte, warnte Dinichert davor, die deutsche Einstellung des Schuldendienstes mit einem Handelsboykott oder andern Retorsionsmassnahmen zu beantworten.²⁵¹ Die Schweiz sollte, wie in einem Anwaltsbüro, jeden Bereich gesondert behandeln und auf dem Recht «à tout prix» bestehen. Pragmatismus war weniger seine Sache. Verknüpfungen und Ausgleich zwischen verschiedenen Belangen machen aber gerade das Wesen der Diplomatie aus. Noch mehr als mit Recht, das im zwischenstaatlichen Verkehr immer auf wackligen Füßen steht, hat sie mit Billigkeit zu tun.

In Wirtschaftsfragen wog Dinicherts Stimme eher wenig. Im Laufe seiner Karriere hatte er sich nie in diese Materie vertieft. Auf der Gesandtschaft befasste sich Eduard Feer zehn Jahre lang, bis zu seinem Wegzug im Jahr 1936, mit den Wirtschaftsdossiers. Dann lagen sie kurzfristig in den Händen von Peter Anton von Salis, dem nachmaligen Missionschef in Paris; hernach betreute Max Grässli, der direkt von der Handelsabteilung in Bern kam, die wirtschaftlichen Angelegenheiten. In Wirtschaftsverhandlungen galt das Wort des tatkräftigen Direktors der Handelsabteilung, Walter Stucki, viel. Stucki, der später die Schweiz bei der französischen Regierung in Paris und Vichy vertrat, führte zahlreiche Verhandlungen selbst. Meistens nahm er den Wirtschaftsdiplomaten der Gesandtschaft in seine Delegation auf, aber eher der Form als der Sache wegen. Dinichert beschwerte sich schon im ersten Amtsjahr bei Bundesrat Motta über barsche Instruktionen, die ihm Stucki eigenmächtig erteilte, ohne sich mit dem Politischen Departement abgesprochen zu haben. Stucki seinerseits legte wenig Wert auf eine intensive Zusammenarbeit mit dem Gesandten. Die Klagen aus der Wirtschaft häuften sich, die Mission in Berlin sei falsch besetzt, sie vermöge sich kein Gehör bei den massgeblichen Stellen zu ver-

wurde aber wenigstens erreicht, dass nach der Entlassung von einer Ausweisung Umgang genommen wurde. Noch unerledigt sind die Fälle Ott (Chemnitz) und Rubin (Konzentrationslager Sonnenburg).

Mit den Bundesbehörden wurde geprüft, ob nicht eine Vereinbarung mit Deutschland getroffen werden sollte, wonach in allen Verhaftungsfällen der zuständigen Auslandsvertretung ex officio Mitteilung gemacht würde, sofern der Verhaftete ein dahingehendes Begehren stellt. Da aber gegen Ende des Berichtsjahres nur wenig neue Schutzhaftfälle vorkamen und die schweizerische Auslandsvertretung regelmässig, sei es von den Verhafteten, sei es von ihren Angehörigen oder von der deutschen Behörde selbst, Kenntnis erhielt, so wurde der Anrechnung vorderhand keine weitere Folge gegeben.

Schweizerische Israeliten.

Die Schweizer israelitischen Glaubens oder israelitischer Herkunft sind in Deutschland wenig zahlreich. Im Gegensatz zu andern Ländern, die grosse jüdische Kolonien in Deutschland aufweisen, hatte sich daher unser Land über nur wenige Zwischenfälle, die Juden betrafen, zu beklagen. Über den Vorfall Guggenheim ist bereits berichtet worden. Ähnliche Misshandlungen jüdischer Schweizer haben sich unseres Wissens nicht ereignet. Bezüglich der Frage, ob schweizerische Juden ebenfalls den einschränkenden Massnahmen der deutschen Rassegesetzgebung unterliegen, vertritt die Gesandtschaft, im Einvernehmen mit den Bundesbehörden, die Auffassung, dass eine Diskriminierung nicht zulässig sei, soweit die deutsch-schweizerischen Staatsverträge die Gleichbehandlung vorsehen. Dieser Grundsatz ist auch deutscherseits nicht bestritten worden. Trotzdem gelang es nicht immer, eine unterschiedliche Behandlung zu verhindern, weil der Grundsatz der Gleichbehandlung eine allgemeine Maxime bedeutet, von der in der Staatspraxis gelegentlich Ausnahmen gemacht werden.

Die im Frühjahr eingeleitete Boykottbewegung der jüdischen Geschäfte traf auch mehrere schweizerische Geschäftsleute. Grundsätzlich war zwar angeordnet, dass der Boykott,

DEUTSCHLAND 18. MRZ 1936

Schwiz. G. - Konsulat in Berlin
Eing: 05903 W 14. MRZ 1936

R.-P. Nr.

39106/15744

Gesuch um Ausstellung eines Reisepasses

Vom Gesuchsteller ausfüllen

Familienname: [REDACTED]
 Vorname: Erich
 Familienstand: ledig
 (ledig, verheiratet oder geschieden)
 Beruf: ohne
 Gegenwärtige Adresse: Berlin SW. 29,
 Zossemerstraße Nr. 41, b. Bruder (Alfred)
 Heimatgemeinde: Dertingen
 Kanton: Bern
 Geburtsdatum: 22. Juli 1908
 Vorname des Vaters: Johannes

Signalement

Höhe: Mittel (1,71 M).
 Augen: braun
 Haare: dunkelblond
 Besondere Kennzeichen: keine

Bemerkungen

[REDACTED] ist schwachsinzig.
 Im Jahre 1935 wurde er sterilisiert.
 W. ist nicht in stande einen Beruf auszuführen.

Von einer Behörde des gegenwärtigen Wohnortes zu ergänzen und zu bekräftigen



Die unterzeichnete Behörde erklärt, daß obenwähntes Signalement dasjenige des Gesuchstellers ist und bescheinigt die Echtheit der Photographie, sowie der beiden untenstehenden Unterschriften des Genannten.

[REDACTED] Erich ich selbst nicht in der Lage die Unterschrift zu leisten.
 Geleistet ist die Unterschrift von der Frau Alfred [REDACTED] geb. Gebars, Helene
 Berlin, den 10. März 1936.



Stempel und Unterschrift der Behörde:



H. A.
Oster
Kleiber, von Gloggen

Zwei Unterschriften des Gesuchstellers:

Helene [REDACTED] geb. Gebars
Helene [REDACTED] geb. Gebars

Passgesuch eines Schweizer, der aufgrund des «Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses» vom 14.7.1933 sterilisiert wurde.

schaffen. Solche Beschwerden widerhallten im Ohr des Direktors der Handelsabteilung besonders laut. Gehorchte Stucki lediglich der Not der Stunde, als er seinen Teil zur Abberufung Dinicherts beitrug? Jedenfalls zögerte er nicht, den Wunsch der deutschen Behörden nach einer Abberufung Dinicherts dem Bundesrat persönlich mitzuteilen.

Seit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, kamen ungewohnte Aufgaben bei der Betreuung der eigenen Landsleute auf die Gesandtschaft zu. Viele Angelegenheiten betrafen jüdische Staatsangehörige. Der Leidensweg der Juden begann sogleich nach Hitlers Machtübernahme. Zuerst kam es zu sporadischen Aktionen gegen jüdische Geschäfte, vornehmlich in der Provinz. Von der Polizei erhielten die Bedrohten, wenn uniformierte SA-Scharen aufrückten, meistens keinen Schutz. Nicht selten begünstigten die Ordnungshüter die antisemitischen Ausschreitungen. Die ausländische Presse berichtete natürlich über diese Vergehen, welche Goebbels, der neuernannte Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, als Teil der sogenannten nationalen Revolution guthiess. Als Rache für die angebliche Verschwörung der ausländischen Presse mit dem «internationalen Judentum» riefen Parteistellen, unterstützt von Goebbels und der SA-Leitung, einen allgemeinen Boykott jüdischer Geschäfte und Geschäftsleute auf den 1. April 1933 aus. Auf dieses Stichdatum hin meldeten sich mehrere jüdische Schweizer auf der Gesandtschaft. Sie bangten um ihre berufliche Existenz.

Dinichert brauchte nicht lange, um zu erkennen, dass die Judenverfolgung der bedenklichste Teil der sogenannten nationalen Revolution sei. Mochten auch Braunhemden, also SA-Fanatiker, die Untaten ausführen, für ihn stand fest, dass der Staat nicht scheinheilig die Verantwortung auf diese allgegenwärtigen Gruppierungen abschieben konnte mit der Begründung, die SA sei ein privater Verein, über welche der Staat keine Verfügungsgewalt habe. Schliesslich waren diese Organisationen vom Staat bewilligt, und sie wurden von der Regierung für ihre Zwecke eingesetzt. Er zögerte nicht, diesen Sachverhalt in unmissverständlicher Sprache Staatssekretär von Bülow darzulegen, als er im Auswärtigen Amt gegen die Misshandlung des Schweizerbürgers Willy Guggenheim protestierte.²⁵² SA-Leute hatten Guggenheim am 8. März, als er in einer jüdischen Gaststätte in Magdeburg speiste, geschlagen und mit einem Messerschnitt am Kopf verletzt. Dinichert forderte die Bestrafung der Unholde. Die Ermittlungen verliefen allerdings trotz weiterer Demarchen der Gesandtschaft erfolglos. Angeblich konnten die Täter nicht mehr festgestellt werden.²⁵³

Die Gesandtschaft in Berlin musste häufig zugunsten von jüdischen Mitbürgern intervenieren, wenngleich die jüdische Kolonie im Vergleich zu andern

Ländern klein war. Die Nürnberger Rassengesetze von 1935, also das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, drohten auch die jüdischen Schweizer in Mitleidenschaft zu ziehen. In mehreren Vorsprachen verbat sich die Gesandtschaft jegliche Art von Diskriminierung. Die deutsch-schweizerischen Staatsverträge beruhten auf dem Grundsatz der Gleichbehandlung. Und es gab nach eidgenössischer Lesart nur eine Kategorie von Schweizer Staatsangehörigen, nicht zwei, eine bessere und eine schlechtere. Diese Argumentation war, was die deutsche Seite nicht bestritt, triftig; in der Praxis wurde sie jedoch wiederholt missachtet. Mehrere Schweizer Geschäftsleute wurden vom Judenboykott im Frühjahr 1933 getroffen. Auch andere Grossbetriebe erregten das Missfallen der NSDAP. Die Parteifanatiker boykottierten die Metzgerfirma Hefter, ein Unternehmen der Basler Bell AG, ebenso wie die Migros GmbH. Duttweiler hatte im Frühling 1932 eine Berliner Firma, die in Finanznöte geraten war, aufgekauft. Binnen eines Jahres hatte er die Anzahl seiner Lebensmittelverkaufswagen von 20 auf 85 erhöht. Aber nach all den Schwierigkeiten, welche die Behörden und die Nationalsozialisten dem deutschen Duttweiler-Unternehmen bereiteten, wurde diese Firma liquidiert, und Duttweiler beschränkte fortan seine Geschäftstätigkeit auf die Schweiz. Die offiziellen Interventionen konnten, dies muss leider gesagt sein, bei den Boykottfällen selten etwas ausrichten. Der Erfolg blieb auch versagt, als sich die Gesandtschaft zugunsten von Professor Albert Einstein wandte. Das Vermögen des berühmten Physikers wurde in Deutschland aufgrund der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat eingezogen, da es angeblich staatsfeindlichen Zwecken diene.

Weit mehr Arbeit als die Betreuung der eigenen jüdischen Staatsangehörigen verursachten indes die zahllosen Anfragen und Gesuche deutscher und ost-europäischer Juden. Im März 1933 schnellten die Visagesuche und die Erkundigungen über die schweizerischen Niederlassungsbedingungen in die Höhe. Die Gesandtschaft war dem Verzagen nahe. Dinichert schrieb alarmiert an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, Bundesrat Heinrich Häberlin, und stellte die Frage, ob man nicht besondere Massnahmen gegen die Zunahme jüdischer Einwanderer ergreifen könnte. Der später vielgeschmähte Chef der Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, griff diese Anregung jedoch nicht auf. Sollte man der Situation nicht mehr Herr werden, so müsste man, meinte er, die Visumpflicht generell für Österreich und Deutschland einführen, also für alle, ob sie Juden seien oder nicht.

Bei allem Mut, den Dinichert auf politischem Parkett bewies, bei aller Klarheit, mit der er das Trugbild des Nationalsozialismus erfasste, auf allen Gebie-

ten konnte er die harten Prüfungen nicht bestehen. Auch ihm lag zuweilen die Kapitulation vor dem Unrecht näher als der verbissene Kampf für das Recht. Als die Judenverfolgung einsetzte, schloss er die Augen vor den Tatsachen nicht, aber vor deren Konsequenzen. Er plädierte nie für eine grosszügige Aufnahme von Flüchtlingen und Verfolgten. Im Gegenteil. Er warnte vor den Gefahren, die eine solche Politik mit sich brächte.²⁵⁴ Am 7. April 1933 entschied der Bundesrat, der Judenboykott vom 1. April rechtfertige es nicht, jüdischen Verfolgten den Status von «politischen Flüchtlingen» zu gewähren. Dinicherts Berichte dürften dieses Urteil begünstigt haben.

Dinichert protestierte gegen die Diskriminierung von jüdischen Schweizern²⁵⁵ – aber nicht aus eigenem Antrieb. Es war die Zentrale, welche ihm unmissverständliche Instruktionen geben musste. Dinichert selbst war vorerst unschlüssig, ob man für Schweizer jüdischer Herkunft wie für die andern Schweizer die Gleichbehandlung mit den arischen Deutschen verlangen könne. Da schrieb ihm der Chef der Auslandsabteilung des Politischen Departementes, Maxime de Stoutz: «Wir sind der Ansicht, dass nötigenfalls des bestimmtesten der Anspruch vertreten werden muss, dass es für die Anwendung des Rechtsschutzvertrages nur eine Kategorie von Schweizerbürgern gibt, dass alle Schweizer... das Recht auf Gleichbehandlung mit den vollwertigen deutschen Staatsangehörigen besitzen. Wenn die deutschen Behörden gewisse Kategorien von Deutschen ausserhalb des Rechts stellen oder als Personen mindern Rechts behandeln wollen, so ist das ihre Sache.»²⁵⁶ Zwei Jahre später, nachdem das Regime die Nürnberger Rassengesetze erlassen hatte, warnte die Gesandtschaft nicht nur vor einer weitherzigen Gewährung von Aufenthaltsbewilligungen; der damalige Geschäftsträger, Eduard Feer, befürchtete, «in einem Jahrzehnt auch in der Schweiz ein Judenproblem zu haben», falls die Aufenthaltsbewilligungen nicht mit grösster Zurückhaltung erteilt würden.²⁵⁷

Um die Berliner Olympiade von 1936 breitete sich im Dritten Reich eine trügerische Ruhe aus. Im Jahr 1938 brach dagegen die nationalsozialistische Judenpolitik mit ihrer ganzen Brutalität aus und entlud sich in den Pogromen der Kristallnacht vom 9. November 1938. Zu jenem Zeitpunkt lebten in Deutschland noch etwa 275'000 Juden. Aber es gab nur noch wenige jüdische Schweizer im Dritten Reich. Anfang des Jahres 1938 waren es in Deutschland und Österreich zusammen noch ungefähr 300 Personen. Im Laufe des Jahres wurde ein Gesetz nach dem andern erlassen, um die radikale «Arisierung der Wirtschaft» durchzupfeitschen, die der inzwischen entlassene Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht früher verhindert hatte. Schweizerische Unternehmen in jüdischen Händen waren davon ebenfalls betroffen. Mehrfach intervenierte die

Gesandtschaft, aber die Wirkung blieb versagt. Schliesslich sah man sich veranlasst, den jüdischen Schweizern nahezulegen, die Konsequenzen aus der Entwicklung in Deutschland zu ziehen und in die Schweiz zurückzukehren. Auch der diplomatische Schutz konnte ihnen weder zu Recht noch zu Sicherheit verhelfen.²⁵⁸ Wo blankes Unrecht waltet, vermögen Völkerrecht und Diplomatie wenig bis nichts.

Schwerwiegende Probleme gab es auch an andern Fronten. Schlecht erging es jenen Schweizern, die wegen Hoch- und Landesverrat inhaftiert waren. Solche Straffälle häuften sich in der nationalsozialistischen Zeit. Am 1. Januar 1935 beispielsweise waren 10 Schweizer in Haft wegen Landesverrat, 8 wegen Hochverrat, und im Laufe des Jahres kamen 7 neue Fälle dazu. Einige waren verurteilt, andere warteten auf den Prozess vor dem sogenannten Volksgerichtshof in Berlin. Während des ganzen Jahres befasste sich die Gesandtschaft mit 33 politischen Strafangelegenheiten. Die Strafverfahren wurden fast immer entweder wegen militärischer Spionage oder kommunistischer Betätigung erhoben. Der französische Spionagedienst scheint einige Schweizer für seine Zwecke eingespannt zu haben. Die Botschaft beschwerte sich verschiedentlich beim Auswärtigen Amt über die ungebührlichen Verzögerungen bei der Voruntersuchung. Ein Johannes Schaufelberger etwa wurde am 25. Januar 1934 festgenommen. Gegen ihn wurde ein Strafverfahren eingeleitet, weil der Verdacht bestand, er hätte Vorbereitungen zum Hochverrat getroffen. Er soll in einer Firma einige Konstruktionszeichnungen gestohlen und an die illegale kommunistische Partei weitergereicht haben. Die Untersuchung schleppte sich 16 Monate hin. Ende Mai 1935 wurde er freigesprochen. Die Gesandtschaft forderte, ihm sei eine Entschädigung und Genugtuung auszurichten. Nach langem Zögern erklärten sich die deutschen Behörden bereit, ihm tausend Reichsmark zu bezahlen – ein mickriger Betrag für einen Freiheitsentzug von derartiger Länge. Auch die Verfahren gaben oft Anlass zu Beschwerden. Manchmal wurden Inhaftierte, obschon der Amtsrichter die Freilassung angeordnet hatte, von untergeordneten Beamten zurückbehalten, um sie der Gestapo zuzuführen. Die Urteile, die gesprochen wurden, waren in den meisten Fällen ausserordentlich hart. Die Gesandtschaft reichte verschiedentlich Begnadigungsgesuche ein. Aber bevor ein Häftling mindestens die Hälfte der Strafe abgebusst hatte, wurden solche Gesuche kaum berücksichtigt. Es war ein Glücksfall, wenn die Gesandtschaft erreichte, dass ein Häftling vor der Durchführung eines Strafverfahrens aus Deutschland in die Schweiz abgeschoben wurde.²⁵⁹

In jenen Jahren hatte die Gesandtschaft auch mehrfach mit Massnahmen gegen akademische Lehrer schweizerischer Staatsangehörigkeit zu tun. Drei Fälle seien erwähnt. Im November 1934 wurde Karl Barth, Ordinarius für evan-

gelische Theologie an der Universität Bonn, vom Amt suspendiert, weil er sich geweigert hatte, den Eid auf den Reichskanzler zu leisten. Das preussische Oberverwaltungsgericht in Berlin hob zwar den erstinstanzlichen Entscheid einer Kölner Strafkammer wieder auf; der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ordnete dennoch Barths Versetzung in den Ruhestand an. Die Universität Basel berief darauf den engagierten Landsmann auf den Lehrstuhl für systematische Theologie.

Gegen Professor Albert Debrunner, Lehrstuhlinhaber für indogermanische Sprachwissenschaft in Jena, wurde Anfang 1935 ein Dienststrafverfahren eingeleitet, weil er das mit nationalistischen Untertönen propagierte Winterhilfswerk verächtlich gemacht haben soll. Die Schweizer Diplomatie erwog, Debrunner mit dem deutschen Staatsangehörigen Professor Porzig auszutauschen, einem Indogermanisten an der Universität Bern, der durch seine nationalsozialistische Betätigung unangenehm auffiel. Die Gesandtschaft glaubte bereits, den Tausch diskret eingefädelt zu haben, als der Berner Regierungsrat Porzig seines Amtes enthob und Debrunner an dessen Stelle berief. Was man hinter den Kulissen arrangieren wollte, wurde mit einem Eclat gelöst.

Im Mai 1935 boykottierten Studenten an der Universität Heidelberg die Vorlesungen von Max Gutzwiller, Professor für internationales Privatrecht, angeblich weil er Demokrat sei. In Wahrheit bedrängten sie ihn, weil seine Frau jüdischer Abstammung war. Bezeichnenderweise wurde ihm im Herbst 1935 unter Berufung auf die Nürnberger Rassengesetze nahegelegt, um seine Entpflichtung nachzusuchen. Da Gutzwiller, der von 1918-1921 auf der Berliner Gesandtschaft als Attaché gearbeitet hatte, für sich im Deutschen Reich keine Zukunft mehr sah, kam er dieser Aufforderung nolens volens nach. Die Universität Freiburg im Uechtland bot ihm eine neue Lehrtätigkeit an. Die Gesandtschaft erwirkte, dass er wenigstens die Reichsfluchtsteuer nicht bezahlen musste und dadurch nicht um seine Ersparnisse gebracht wurde.²⁶⁰ Wie bescheiden sich solche Begünstigungen auch angesichts des Unrechts ausnahmen, im Vergleich zur Behandlung, die Deutschen widerfuhr, bedeuteten sie viel. Es waren Privilegien, die der totalitäre Staat ohne die Interventionen einer fremden Macht nicht mehr gewährt hätte.

Dinichert war ein erbitterter Gegner der Nationalsozialisten. Daran zweifelte in Berlin niemand. Sogar Kollegen, denen gegenüber ein Diplomat sich normalerweise etwas reserviert ausdrückt, bemerkten seine kompromisslose Haltung. Der amerikanische Botschafter William E. Dodd, von 1933-1937 auf Posten in Berlin, zögerte denn auch nicht, Dinichert in seinem Tagebuch als Nazigegner zu bezeichnen. «Der Schweizer Gesandte war heute eine Stunde zu

Besuch hier ... Trotz seines merkwürdigen Verhaltens auf einigen grossen Abendgesellschaften glaube ich, dass er noch immer gegen die Nazis ist, jedoch befürchtet, dass sein Land von Hitlerdeutschland annektiert werden könnte».²⁶¹ Am 23. Dezember 1937 notierte der Amerikaner gar, ein bekümmertes Dinichert sei zu ihm gekommen, um ihm Lebewohl zu sagen. Dabei hätte der Schweizer Gesandte geklagt, Nazikreise würden in der Schweiz ihre propagandistische Wühlerei verstärken und die Regierung getraute sich nicht, dagegen einzuschreiten.²⁶² Dodds Stellung in Berlin glich übrigens in vielem jener seines Schweizer Kollegen. Den kompromisslosen Gegner der NS-Diktatur, welcher der Geschichtspräsident von Anfang an war, manövrierte die Berliner Führungsriege rasch ins politische Abseits, und Ende 1937 sah sich die amerikanische Regierung gezwungen, ihren um jeden Einfluss gebrachten Botschafter aus der Reichshauptstadt abzuziehen.

Auf einer diplomatischen Vertretung ziehen nicht immer alle Mitarbeiter am gleichen Strick. Der mit wirtschaftlichen Angelegenheiten betraute Eduard Feer verhielt sich politischen Strömungen gegenüber ziemlich degagiert; Walter Grässli, der ihm 1936 nachfolgte, distanzierte sich stärker vom Nationalsozialismus. Dinicherts Stellvertreter war zu Beginn Hans Frölicher. Er bekleidete den Posten eines Ersten Mitarbeiters von 1930-1934; nach einem Berner Zwischenspiel wird er 1938 Dinichert ablösen. Über ihn gibt es später mehr zu sagen. In seiner ersten Amtszeit bewegte sich Frölicher in Berlin mit weltmännischer Gelassenheit, fernab vom Bekannertum seines Chefs, aber mit nicht minder grossem beruflichen Eifer. Frölichers politische Berichte waren klug. Er erkannte die heraufziehende Gefahr des Nationalsozialismus nicht weniger als Dinichert, ja in mancher Hinsicht sogar schärfer.²⁶³

Am 2. Februar 1931 berichtete er dem Departement über eine Rede Goebbels im Sportpalast zu Berlin. Er kommentierte, es bestünde kein Zweifel, dass die Nationalsozialisten nach der Machtergreifung die Demokratie beseitigen würden. Auch sei nicht daran zu zweifeln, dass Hitlers Drohung «Köpfe werden rollen» in die Tat umgesetzt würde. Wenn ein Professor Hellpack in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 1. Februar schreibe: «Nichts ist in Deutschland so wenig bedroht wie die Staatsform», so müsse man dies schlicht als Professorenblindheit bezeichnen.²⁶⁴ Der Nationalsozialismus wolle zielbewusst die Demokratie beseitigen und im «Dritten Reich» eine völkische Diktatur errichten. Es sei nur zu hoffen, dass es rechtzeitig gelinge, die nationalsozialistische Bewegung zu stoppen und sie von der Macht fernzuhalten. Am 15. August 1932 warnte er, die Nationalsozialisten würden auf legalem Weg an die Macht kom-

men. Die Uneinigkeit der andern Parteien würde Hitler den Weg zur Reichspräsidenschaft ebnen. Dann bestünde keine Möglichkeit mehr, die völkische Diktatur und den Faschismus in Deutschland zu verhindern.²⁶⁵ Frölicher gab sich auch, im Gegensatz zu Dinichert, keinen Illusionen über die Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft hin. Schon im Sommer 1933 warnte er Motta, der Nationalsozialismus sei in Deutschland eine Tatsache, mit der man auf längere Zeit zu rechnen habe.²⁶⁶ Man kann Frölicher gewiss nicht vorwerfen, er hätte als Legationsrat in Berlin das Heraufkommen der Hitler-Diktatur erlebt, ohne zu sehen, welche Barbarei mit dem Nationalsozialismus über Deutschland und die Welt hereinbrach.²⁶⁷ Er erkannte während seines ersten Berliner Aufenthalts die Gefahren bestürzend klar. Rätselhaft ist eher, weshalb er sich während seiner zweiten Amtszeit nicht dementsprechend verhielt.²⁶⁸

Franz Kappeler, der 1935 Frölicher als Ersten Mitarbeiter ersetzte, begegnete hingegen der nationalsozialistischen Umwälzung über Jahre hinweg mit Wohlwollen. Der Thurgauer Pfarrerssohn war ein höflicher, aber etwas furchtsamer Mensch. Mit vorausseilender Unterwürfigkeit ging er Konflikten mit seinen Gesprächspartnern aus dem Weg. Wo immer er als Diplomat tätig war – später im Libanon und in Südafrika –, verteidigte er stets die Politik des Residenzlandes mit einem an Nibelungentreue grenzenden Engagement. Ein Mann mit einem solchen Naturell war nur allzu leicht von der Erfolgsserie, die Hitler Mitte der dreissiger Jahre aufzuweisen hatte, beeindruckt: vom wirtschaftlichen Aufschwung, von der Beseitigung anarchischer Zustände in der Weimarer Republik und vom aussenpolitischen Respekt, den sich Deutschland wieder zu erwerben wusste. Hinzu kam die grandios inszenierte Machtentfaltung auf Parteitag, bei Staatsempfängen und Sportanlässen. Nur wenige mochten sich der unterschwelligen Wirkung solch imperialer Prachtmanifestationen entziehen. André François-Poncet meinte zu den Reichsparteitagen: «Während der acht Tage ist Nürnberg eine Stadt, in der nur Freude herrscht, eine Stadt, die unter einem Zauber steht, fast eine Stadt der Entrückten. Diese Atmosphäre ... beeindruckte die Ausländer stark; und das Regime vergass nie, sie zu dieser jährlichen Tagung einzuladen. Es ging davon eine Wirkung aus, der nicht viele widerstehen konnten; wenn sie heimkehrten, waren sie verführt und gewonnen.»²⁶⁹ Und sein Nachfolger, Botschafter Robert Coulondre, gestand gar ironisch ein, bei diesen Anlässen sei er für einen Augenblick selbst Nationalsozialist geworden.²⁷⁰

Die politische Einstellung eines Diplomaten kommt am deutlichsten in den Kommentaren, die er an die Zentrale schickt, zum Ausdruck. Kappeler konnte nicht viele politische Berichte schreiben. Dinichert behielt sich diese Aufgabe

vor. Gelangte aber zuweilen, wenn der Chef im Urlaub weilte oder wenn man aus protokollarischen Gründen die «Nummer zwei» vorschicken musste, ein Bericht aus der Feder des Chef-Stellvertreters auf die Pulte im Bundeshaus, dann war nicht nur der Schreibstil verschieden. Es herrschte ein anderer Grundton vor: sie waren nicht in einer Moll-, sie waren in einer Dur-Tonart verfasst. Ein erstes Beispiel: Im Jahr 1936 lehnte es Dinichert ab, am Reichsparteitag in Nürnberg teilzunehmen. Dem Auswärtigen Amt lag indes viel an seiner Teilnahme. Es wiederholte die Einladung. Dinichert entsandte nun nach Absprache mit dem Politischen Departement Kappeler zu dieser Veranstaltung. Kappeler berichtete auf neun Seiten über das Ereignis. Im Originalton: «Dass die zahlreichen Massenkundgebungen, die organisatorische Aufgaben von ungewöhnlichem Ausmass stellten, mit einer bewunderungswürdigen Sicherheit und Reibungslosigkeit bewältigt wurden, ist dank den Erfahrungen und der Übung, die die Partei- und Staatsorgane im Laufe der Jahre gewonnen haben, beinahe eine Selbstverständlichkeit geworden. ... Man würde ... fehlgehen, wenn man die Diktatur Hitlers mit einem absolutistischen Regime oder einer Militärdiktatur in eine Linie stellen würde. Die Diktatur ist vielmehr durchaus volkstümlich und die Macht, die sie entfalten kann, beruht wesentlich mit darauf, dass die Leiter durch Massenversammlungen, Aufmärsche und Kundgebungen aller Art, deren Gepränge die Leute in gehobene Stimmung versetzt, immer wieder die Fühlung mit dem Volke suchen und so die Anhänglichkeit, das Vertrauen und die Liebe der grossen Masse des Volkes festzuhalten wissen.»²⁷¹

Dinichert kam in seinem nächsten politischen Bericht selbst auf den Parteitag zu sprechen. Er streifte ihn mit einem Satz: Er hätte in Berlin, «nach dem Nürnberger, Austoben, eine verhältnismässig ruhige politische Atmosphäre vorgefunden.»²⁷² Kappelers Berichterstattung sticht insbesondere ins Auge, wenn man vergleicht, was Dinichert 1933 oder 1937, als er den Reichsparteitag selbst besuchte, an die Zentrale schrieb. Es war nicht nur weniger als die Hälfte an Umfang, es war vor allem nüchterner, verhaltener, mitunter in eine Warnung ausmündend.

Ein zweites Beispiel: Im Herbst 1937 berichtete Kappeler über den Besuch Mussolinis in Deutschland. Kappeler war offensichtlich vom pompös inszenierten Staatsakt beeindruckt. Der Besuch werde, so schrieb er, «zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Freundschaft zwischen dem Faschismus Italiens und dem Nationalsozialismus Deutschlands und zwischen den von den beiden Bewegungen beherrschten Völkern und Reichen».²⁷³ Er glaubte auch, dieses Mal seien sich Hitler und der Duce persönlich nähergekommen und die Betonung des Friedenswillens der «beiden Staatsmänner» sei ehrlich gemeint. Und worauf stützte sich Kappelers Einschätzung ab? Er berief sich, wie öfters, auf das

Auswärtige Amt: Kein Geringerer als Staatssekretär Weizsäcker hätte ihm, unterstrich der Legationsrat, diesen Sachverhalt bestätigt. Dinichert, mit der ihm eigenen Skepsis, bemerkte in einem nachfolgenden Bericht lediglich, der Führer und Mussolini hätten die Gespräche unter vier Augen so kurzgehalten, wie es das Protokoll erlaubte. Die beiden seien sich, wann immer sie konnten, aus dem Weg gegangen. Von der Analyse seines Ersten Mitarbeiters blieb in Dinicherts Zusammenfassung nicht viel übrig. Fairerweise muss man aber zur Beurteilung von Kappeler noch Folgendes anfügen: Rückblickend gestand Kappeler selbst, den Nationalsozialismus falsch eingeschätzt zu haben.²⁷⁴

Persönliche Unzulänglichkeiten und Abberufung

Unzweifelhaft war Dinichert der bessere politische Analytiker als Kappeler. Auch wahrte er grössere Distanz zur Wilhelmstrasse. Aber die Tatsache, dass er die Berichte seines Mitarbeiters in einem knappen Postskriptum kommentierte, verrät auch etwas über seinen Arbeitsstil, wenn nicht seinen Charakter. Unter Dinichert war die Stimmung auf der Gesandtschaft ausgesprochen schlecht. Eduard Feer, einer der wichtigsten Mitarbeiter, schrieb in seinen Aufzeichnungen, der Missionschef hätte in vier Jahren sein Büro, das auf der gleichen Etage nebenan lag, nie betreten. Der Chef schloss sich in seinen eigenen vier Wänden ein und liess niemand auf der Gesandtschaft wissen, was er nach Bern berichtete.²⁷⁵ Dinichert, extrem pedantisch und kleinlich im eigenen Betrieb, soll sich auch im Auswärtigen Amt wie ein schulmeisterlicher Besserwisser benommen haben. Wenn er bei den Behörden vorsprach, zog er sein Notizbuch hervor und zückte den gespitzten Bleistift. Die Deutschen hätten, meinte Feer, das emsige Protokollieren als aufdringlich empfunden und ihm so wenig als möglich mitgeteilt. Ja, Feer und Kappeler behaupteten, man hätte Dinichert im Auswärtigen Amt gar nicht mehr ernst genommen, vielmehr hinter dem Rücken verlacht.²⁷⁶

Der vernichtenden Kritik der Mitarbeiter steht das Urteil von zwei Journalisten in nichts nach. Reto Caratsch, Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», ärgerte sich über Dinicherts Auftreten dermassen, dass er Bundesrat Motta einen Brief schrieb und ihn ersuchte, seinen Gesandten aus Berlin abzurufen. Und nach Hermann Böschstein, dem Korrespondenten der «Basler Nachrichten», war Dinichert als Missionschef in Berlin ebenfalls fehl am Platz. Er sei unfähig gewesen, einem Gesprächspartner zuzuhören. Er hätte immer alles besser zu wissen vermeint. Beging er tatsächlich, wie Caratsch behauptete, eine Taktlosigkeit nach der andern?²⁷⁷ Wahrscheinlich spielte bei den massiven Vorwürfen auch persönliche Abneigung etwas mit.²⁷⁸

Dass man Dinicherts Art im Auswärtigen Amt nicht goutierte, erstaunt keineswegs; geradezu vernichtend aber war, wie man ihn dort einschätzte. In einem Bericht der Reichskanzlei vom 11. Dezember 1935 heisst es, Dinichert ge-

niesse im diplomatischen Corps kein grosses Ansehen, er erscheine «zuweilen als etwas komische Figur»²⁷⁹, ausserdem habe Dinichert in der Schweiz und unter Schweizern viele Feinde. Das Personal auf der Gesandtschaft mache aus seiner Abneigung gegenüber dem Chef keinen Hehl. Insgesamt gelangte die Reichskanzlei zum Schluss, Dinicherts Stellung in Berlin sei schwach. Er galt als unbedeutender Diplomat. Ein solches Verdikt schmälerte nicht nur sein Ansehen, es schränkte auch seinen Wirkungskreis erheblich ein.

Wie ist Dinicherts Tätigkeit unter dem Strich zu bilanzieren? Dass der Gesandte arbeitsam, pflichtbewusst und gründlich war, bestritten selbst seine Gegner nicht. Er war auch hochintelligent. Ohne vertiefte Hochschulbildung – Dinichert trat schon mit 20 Jahren in den diplomatischen Dienst ein – erwarb sich der Nicht-Jurist in den juristischen Gremien des Völkerbunds hohes Ansehen. Als langjähriger Leiter der wichtigen Abteilung für Auswärtiges gewann er das volle Vertrauen von Bundesrat Motta. Der Chef des Politischen Departementes antwortete denn auch Caratsch, als dieser seine schweren Anschuldigungen gegen Dinichert erhob: Ich muss «Ihnen ... aus Pflicht sagen, dass unsere Meinung und unser Urteil über die Person die Sie nennen *stark auseinander gehen.*»²⁸⁰ Niemand wird auch die Qualität von Dinicherts politischer Berichterstattung herabwürdigen wollen. Die Schweiz war mit ihm im politischen Bereich gut bedient. Ohne Beschönigung erfuhr das offizielle Bern, was in Deutschland vorging; und in mutiger Direktheit überbrachte der Schweizer Vertreter die Stellungnahmen seines Landes an die Wilhelmstrasse. Wäre Dinichert ein politischer Kommentator gewesen, man müsste ihm grosses Lob spenden. Der drahtige Mann aus dem Murtenbiet hätte sich gewiss auch als Freiburgischer Präfekt hochverdient gemacht: Mit Fleiss hätte er darüber gewacht, dass die Direktiven der Hauptstadt an die Adressaten gelangen.

Als Gesandter in Berlin gingen Dinichert allerdings Eigenschaften ab, über die ein Diplomat gerade an einem schwierigen Ort verfügen sollte. Dinichert liess die Umgebung klipp und klar wissen, was er dachte und wollte; er verstand es indes nicht, seine Gesprächspartner für sich und seine Anliegen einzunehmen. Gewinnbringend auftreten konnte er nicht. Deshalb verfügte er lediglich über ein dürftiges Kontaktnetz. Diplomatie besteht aber zu einem wesentlichen Teil aus Kontakten. Dinichert konnte nur dort vorsprechen, wo ihm der Amtsweg die Türen öffnete. Doch was hätten gute Beziehungen im nationalsozialistischen Staat letztlich geändert? In politischen Belangen wenig bis nichts. Man konnte Dinichert vorwerfen, er hätte im Fall Böschenstein mit seiner Demarche im Auswärtigen Amt nicht vermocht, die Ausweisungsverfügung rückgängig zu machen. Aber François-Poncet, seinerzeit der raffinierteste Diplomat mit

den besten Beziehungen in Berlin, konnte die Ausweisung seines Landsmanns, Paul Ravoux, des Chefs des Nachrichtenbüros Havas, ebensowenig verhindern. Oder Caratsch behauptete, ein Diplomat mit mehr Fingerspitzengefühl hätte die Rückführung von Berthold Jacob schon nach einigen Wochen erreichen können. Dinichert hätte mit seinem lärmigen Auftreten die Sache verschlimmert. Mag sein. Vielleicht hätte man mit einem direkten Draht zu Göring einen Deal arrangieren können, hätte gar den Fall im diskreten Halbdunkel rascher lösen können. Aber was soll schliesslich das Nörgeln an einem Vorgehen, das nicht zuletzt dank Dinicherts kluger Beratung nationalsozialistisches Unrecht brandmarkte und der Schweiz volle Genugtuung brachte?

Man kann Dinichert den Vorwurf mangelnder Kontaktfreudigkeit und dürftiger Gesprächsbereitschaft nicht ersparen. Der Vertraute von Bundesrat Motta war keine optimale Besetzung des bedeutenden Berliner Postens. Aber Qualitäten auf andern Gebieten verweisen die Kritik in Schranken. Dinichert hat, wenn man eine Bilanz ziehen will, sich bleibende Verdienste mit seiner kompromisslosen Abwehr des nationalsozialistischen Regimes erworben. In der politischen Klarsicht war er am grössten; wo es um menschliche Anteilnahme geht, schwindet die Eindeutigkeit des Urteils. Seine Beurteilung des Antisemitismus und seine Haltung in der Flüchtlingspolitik sind keine Ruhmesblätter. Auch bei der diplomatischen Eignung dominieren die Schatten.

Wo Dinicherts mangelnde Beziehungen am meisten verspürt wurden und die grössten Folgen zeitigten, war in den Wirtschaftsverhandlungen. In Schweizer Handels- und Industriekreisen empfand man den Gesandten, der in den deutschen Ministerien wenig zählte, zusehends als Belastung. Führungskräfte aus der Wirtschaft drängten spätestens seit Mitte 1935 darauf, den höchsten Repräsentanten in Deutschland durch jemanden abzulösen, der mit den Machthabern geschmeidiger umzugehen wusste.²⁸¹ Im Spätherbst 1937 verstärkte sich der Druck von verschiedenen Seiten auf Bundesrat Motta dergestalt, dass sich der Magistrat schweren Herzens entschloss, seinen getreuen Mitarbeiter zu versetzen.

Ohne Dinichert beim Namen zu nennen, schaltete sich die «Neue Zürcher Zeitung» am 7. Dezember 1937 in die Angelegenheit ein und kritisierte den Berliner Gesandten scharf. In der Abendausgabe plazierte sie auf der Frontseite einen nicht gezeichneten Artikel mit der Überschrift «Reorganisation des Aussendienstes». Sie sprach von eigentlichen Fehlbesetzungen in der Diplomatie und legte den Finger direkt auf die Wunde: «Leider ist zu sagen, dass unsere Beziehungen zu einem der beiden autoritären Nachbarstaaten im Aussendienst heute nicht derart aufgehoben sind, dass das Schweizer Volk die Gewissheit

hätte, seine Interessen in jedem Falle mit der von Anmasslichkeit und Schwäche gleichweit entfernten Grundhaltung ruhiger Festigkeit und sicheren Taktes vertreten zu sehen... Für das Ansehen und die Interessen der Schweiz steht aber hier so viel auf dem Spiel, dass man die dringende Erwartung aussprechen darf, die vom eidgenössischen Politischen Departement vorbereitete Reorganisation werde nicht zur Hinausschiebung jetzt schon als notwendig erkannter Entschlüsse führen». Über den Bundeshauskorrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» intervenierte Motta sogleich bei Chefredaktor Willy Bretscher an der Falkenstrasse in Zürich. Der Bundesrat soll, wie Motta seinem Minister schrieb, die Zusicherung erhalten haben, Bretscher werde die gegen Dinichert gerichtete Kampagne einstellen. Aber die sozialistische Presse mache sich, bedauerte Motta, nun ein Vergnügen daraus, nicht nur über Dinichert, sondern auch über Paul Rüeegger, den Gesandten im faschistischen Italien, herzufallen.²⁸²

Nicht lange nach dieser Auseinandersetzung erhielt Motta von Ernst Schürch, dem Chefredaktor des «Bund», einen Artikel zur Stellungnahme, in welchem das Verhalten der Gesandtschaft in Berlin bei der Ausweisung von Hermann Böschenstein schwer gerügt wurde. Schürch wollte dem Bundespräsidenten den Namen des Verfassers nicht mitteilen; er versicherte lediglich, der Text stamme nicht von Böschenstein selbst. Motta wusste dennoch, wer der Verfasser war, nämlich Caratsch.²⁸³ Diese Zuschrift war indes nicht der Tropfen, der das Fass zum Überfließen brachte. Motta hatte schon, ehe er Schürchs Schreiben in Händen hielt, zur Feder gegriffen und Dinichert in aller Offenheit mitgeteilt, weshalb er als Gesandter in Deutschland nicht mehr tragbar sei: Die Hauptursachen, so Motta, lägen in Berlin; Dinichert sei bei der deutschen Regierung unerwünscht. Diese dränge auf eine Ablösung. Im gleichen Schreiben bot Motta dem wohl etwas verdutzten Gesandten Stockholm als nächsten Posten an. Und er drückte die klare Erwartung aus, dass Dinichert auf sein Angebot eingehe.

Der deutschen Regierung wäre es schon 1935 mehr als recht gewesen, wenn Bern Dinichert abgezogen hätte. Damals setzte das Auswärtige Amt seine Hoffnung auf Hans Frölicher. Er sollte Dinicherts vorzeitige Versetzung einfädeln. Der Stellvertreter des Missionschefs war ja 1934 nach einem vierjährigen Aufenthalt in Berlin an die Zentrale zurückberufen worden, wo er zuerst den Personaldienst des Politischen Departementes leitete. Er hatte also eine geradezu ideale Stellung inne, um Versetzungsentscheide vorzubereiten. Doch die Erwartungen erfüllten sich nicht. Frölicher liess sich nicht in Intrigen gegen seinen ehemaligen Chef einspannen, obgleich auch er ein ziemlich distanzierendes Verhältnis zu Dinichert hatte. Das Auswärtige Amt sah sich somit in die unan-

genehme Lage versetzt, die Abberufung Dinicherts selbst betreiben zu müssen. Am 23. November 1937 fragte Otto Köcher, der in der Jahresmitte Ernst von Weizsäcker als Gesandten in Bern abgelöst hatte, Bundespräsident Motta bei einem Gespräch über die Reorganisation des Departementes, ob Minister Dinichert noch in Berlin verbleiben würde. Obschon sich diese Frage an sich nicht ungebührlich anhört, muss sie sich in der wohltemperierten Gesprächskultur der Diplomatie wie ein frostiger Einbruch ausgenommen haben. Was damit gemeint war, konnte Motta nicht entgehen.

Mit lateinischer Noblesse stellte sich Motta vor seinen Mitarbeiter. Er soll geantwortet haben, Dinichert sei ein verdienter Beamter, dessen Versetzung sich nicht über alle Massen aufdränge. Aber er wusste, dass er seinen Getreuen in Berlin nicht mehr halten konnte. Walter Stucki, bis vor Kurzem Direktor der Handelsabteilung, hatte den Dienst, um welchen ihn sein deutscher Kollege bei den Wirtschaftsverhandlungen, Botschafter Karl Ritter, gebeten hatte, wunschgemäss ausgeführt. Er hatte dem Bundesrat die Nachricht überbracht, die deutsche Regierung wünsche die Abberufung Dinicherts. Köcher konnte dem Auswärtigen Amt getrost berichten: «Bundespräsident Motta (ist) über unsere Einstellung zu Dinichert durch Minister Stucki informiert worden. Dieser hat nach seiner Ernennung zum Gesandten in Paris Herrn Motta den Inhalt des Gesprächs, das er seinerzeit mit Botschafter Ritter geführt hat wegen unseres Wunsches Dinichert loszuwerden, mitgeteilt.»²⁸⁴

Nach all den Turbulenzen begab sich Dinichert über die Weihnachtstage nach Bern zu einer Unterredung. Bundespräsident Motta erklärte ihm nun ohne Umschweife, er sei in Deutschland unerwünscht. Gründe, weshalb Dinichert der Reichsregierung nicht mehr genehm sei, konnte oder wollte Motta nicht angeben. Vieles spricht dafür, dass sich die deutsche Seite nie bemüssigt fühlte, ihren Abberufungswunsch zu begründen. Aber allen war klar, weshalb Dinichert aus Berlin verschwinden sollte – ausser ihm selbst. Unentwegt beteuerte er, auf dem Platz Berlin hätte er nichts, aber auch gar nichts bemerkt, was auf eine Verstimmung in den offiziellen Kreisen hindeutete; dafür gäbe es weder Beweise noch Anzeichen, ja nicht einmal irgendwelche Anspielungen seien je in diese Richtung ergangen; im Gegenteil, man hätte ihm immer höchste Wertschätzung bezeugt.²⁸⁵ Mit einem unübersehbaren Hang zur Rechthaberei bekräftigte er seine Sicht der Dinge selbst über den 19. Februar 1938 hinaus, den Tag, an welchem er die Versetzung nach Stockholm nach langem Zögern endlich annahm.

Dinicherts Uhr war abgelaufen. In seiner Sitzung vom 11. Februar 1938

stellte der Bundesrat mit beschwichtigender Eleganz, deren nur die französische Sprache fähig ist, etwas an sich Bedrückendes fest: «... M. Paul Dinichert, Ministre de Suisse à Berlin, dont, sans qu'il y ait quoi que ce soit à lui reprocher, la situation en Allemagne n'est plus ce qu'il serait désirable qu'elle fût.»²⁸⁶ Also: Die Situation von Minister Dinichert in Berlin sei, ohne dass ihm das Geringste vorzuwerfen wäre, nicht mehr so, wie sie es wünschenswerterweise sein sollte. Gerade zimperlich verfuhr der Bundesrat mit dem altgedienten Diplomaten nicht. Mit Datum vom 11. Februar 1938 erreichte ihn ein Schreiben, aus welchem er erfuhr, dass das Politische Departement für ihn das Agreement in Schweden, Norwegen und Dänemark einhole – speditive Anfragen, wenn man bedenkt, dass Dinichert erst acht Tage später in die Versetzung einwilligte. Im gleichen Schreiben gab man auch zu verstehen, dass Dinichert Berlin in der zweiten Maihälfte zu verlassen hätte. Minister Hans Frölicher, welcher als Nachfolger vorgesehen sei, müsse seinen Posten bis Anfang Juni beziehen, da wichtige Verhandlungen über die Erneuerung der Wirtschaftsverträge anstünden.

Wie nicht anders zu erwarten war, reagierte der bedrängte Dinichert auf das Schreiben vom 11. Februar heftig. Vier Tage später schickte er Motta einen handgeschriebenen Brief. Er protestierte; man hätte ihn vor ein «fait accompli» gestellt. Aber sein Protest fruchtete nicht mehr viel. Am vorigen Tag hatte er mit dem Departementschef telefoniert. Und dieser hatte ihm mit dem Zaunpfahl gewinkt. Er liess ihn wissen, dass der Bundesrat seinen etwaigen vorzeitigen Rücktritt annehmen und ihm eine Pension gewähren würde. Dinichert versuchte, wenigstens einen noch halbwegs ehrenvollen Abgang auszuhandeln. Nachdem ihn mehrere Presseorgane scharf kritisiert hätten, möge der Bundesrat, so verlangte Dinichert, ihm sein volles Vertrauen aussprechen und seine Geschäftsführung in Berlin ausdrücklich billigen. Am geeignetsten geschehe dies in jenem Kommuniké, welches seine Versetzung nach Stockholm bekanntgebe. Motta forderte ihn am 17. des Monats auf, ihm einen Entwurf zuzusenden, wobei er allerdings betonte, Dinichert solle sich soweit als möglich an die üblichen Formulierungen halten; der Bundesrat hätte nicht die Absicht, sich mit jenen Zeitungen zu streiten, die Dinichert attackiert hätten. Zu diesem Entwurf kam es freilich nicht.

Am 21. sah sich Motta gezwungen, seinem Minister in Berlin einen Eilbrief zu schicken. Am gleichen Tag war nämlich in der sozialistischen «Berner Tagwacht» Frölichers unmittelbar bevorstehende Ernennung zum Gesandten in Berlin in einem, wie Motta sich ausdrückte, «sehr bösen Artikel» bekanntgegeben worden. Das Departement sah sich gezwungen, Stellung zu nehmen. Es konnte Dinicherts Kommuniké-Entwurf nicht mehr abwarten. Motta legte

vielmehr die offizielle Mitteilung, wie sie am nächsten Tag in den Zeitungen erscheinen würde, dem Schreiben bei. Das Kommuniqué war so verfasst, dass der Betroffene beim Lesen des ersten Satzes wohl zweimal leer schlucken musste. Nichts fand sich, was seine Amtsführung auch nur entfernt gewürdigt hätte; stattdessen hiess es: «Mitgeteilt. Der Bundesrat hat sich veranlasst gesehen, die Versetzung des Schweizerischen Gesandten in Deutschland nach einem andern Posten ins Auge zu fassen. Über die künftige Verwendung von Herrn Dinichert, der nach wie vor das volle Vertrauen des Bundesrates geniesst, wird späterhin eine Mitteilung ausgegeben werden. Zu seinem Nachfolger in Berlin hat der Bundesrat Herrn Dr. Hans Frölicher, bisher Legationsrat und Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Auswärtiges in Bern, ernannt.»²⁸⁷ Gleichen tags benachrichtigte der Bundesrat die deutsche Regierung, Minister Paul Dini chert würde seine Mission in Deutschland demnächst beenden.

Der unrühmliche Abgang fand immerhin einen korrekten diplomatischen Schlusspunkt. Der Reichskanzler beantwortete die offizielle Mitteilung von Dinicherts Rückruf mit einem höflichem Schreiben. Es enthielt die polierten Formulierungen, die man bei solchen Gelegenheiten zwischen Staaten austauscht. Im Dokument, am 6. Juli 1938 in Berchtesgaden von Hitler und Ribbentrop unterzeichnet, stand in feinsten Sütterlinschrift geschrieben: «Ich bedauere aufrichtig, Herrn Dinichert von seinem hiesigen Posten scheiden zu sehen, auf dem er durch seine hervorragenden persönlichen Eigenschaften und seine unermüdliche, den freundschaftlichen Beziehungen beider Länder gewidmete Tätigkeit es verstanden hat, meine und der Deutschen Reichsregierung vollste Anerkennung zu finden.»²⁸⁸ Mochte auch die Form gewahrt sein, für Dinichert musste aus diesen Zeilen blanker Hohn hervorblicken.

Dass Dinicherts kompromisslose Gegnerschaft zum Nationalsozialismus der Reichsregierung missfiel, ergab sich zwangsläufig; dass sich Schweizer Wirtschaftsführer über ihn beklagten, kann man nachvollziehen; dass sich Teile der Schweizer Presse, die selbst an vorderster Front den Nationalsozialismus bekämpften, gegen ihn wandten, erklärt sich nicht mehr aus der Sache, sondern nur aus der Person. Dinichert verdarb mit seinen persönlichen Unzulänglichkeiten viel. Er selbst beklagte sich, diese Kreise würden ihm vorwerfen, er vertrete die Schweizer Interessen mit zuwenig Nachdruck, derweil die deutsche Regierung ihn der Starrköpfigkeit und feindlichen Gesinnung bezichtige.²⁸⁹ Wurde Dinichert also zwischen den Fronten zerrieben, war er ein Opfer widersprüchlicher Anforderungen? Kaum. Zur Selbstverteidigung dürfte er die Stossrichtungen der Beschwerden bewusst verschoben haben. Die deutschen und schweize-

rischen Beschwerden jedoch hoben sich nicht gegenseitig auf. Niemand in der Schweiz bezichtigte ihn der Nachgiebigkeit; man warf ihm Unfähigkeit vor. Aber – und dies hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack – sie alle, Stuckis Vorsprache, die Klagen aus der Wirtschaft und die Attacken in der Presse, trugen auf ihre Art dazu bei, die Absicht der Reichsregierung zu verwirklichen. Willy Bretscher soll denn auch später gesagt haben, er bereue es, Dinicherts Abberufung aus Berlin betrieben zu haben.²⁹⁰

Man versteht den Bundesrat, wenn er den schwierigsten aussenpolitischen Posten, den er zu vergeben hatte, nach dieser «mission non-accomplie» mit einem Diplomaten besetzen wollte, der die klassischen Anforderungen des Metiers bestens zu erfüllen versprach, das heisst mit jemandem, der im Gastland willkommen war, der über gute Beziehungen verfügte und als kontaktfreudig galt. Hans Frölicher entsprach diesem Profil.

Auf dem schwierigsten Posten

Der umstrittene Gesandte: Hans Frölicher

«Es sind wenig Biographien, welche einen reinen, ruhigen, steten Fortschritt des Individuums darstellen können. Unser Leben ist, wie das Ganze, in dem wir enthalten sind, auf eine unbegreifliche Weise aus Freiheit und Notwendigkeit zusammengesetzt. Unser Wollen ist ein Voraus verkünd en dessen, was wir unter allen Umständen tun werden. Diese Umstände aber ergreifen uns auf ihre eigne Weise. Das *Was* liegt in uns, das *Wie* hängt selten von uns ab, nach dem *Warum* dürfen wir nicht fragen, und deshalb verweist man uns mit Recht aufs *Quia*.»
(*Goethe: Dichtung und Wahrheit, 11. Buch*)

In seiner Sitzung vom 11. Februar 1938 hatte der Bundesrat beschlossen, Hans Frölicher als neuen Missionschef nach Berlin zu senden; diese Wahl liege im Interesse der schweizerisch-deutschen Beziehungen; Frölicher habe während seines ersten Aufenthalts in der deutschen Hauptstadt ausgezeichnete Beziehungen mit jenen Gesellschaftskreisen geknüpft, die derzeit die Macht innehätten. Und ausserdem: «Mit viel politischem Gespür ausgestattet, klarsichtig und geschickt, hat Herr Frölicher schon im Amt, das er gegenwärtig ausübt, grosse Dienste geleistet, namentlich durch die freundschaftlichen Beziehungen, die er mit dem Minister von Deutschland in Bern geknüpft hat.»²⁹¹

Diese Mitteilung stiess weitherum auf Zustimmung. Aber in einigen Redaktionsstuben schüttelte man den Kopf – nicht weil man sich an Dinicherts Ablösung gestört hätte. Für den Murtenbieter setzte sich niemand ein. Frölicher gefiel jedoch der Linken nicht, weil er in der Abteilung für Auswärtiges die Fäden zum Regime von General Franco gesponnen und dessen diplomatische Anerkennung vorbereitet hatte. Unter der Überschrift «Der neueste Streich Mottas» schrieb Nationalrat Robert Grimm auf der Frontseite der «Berner Tagwacht»

vom 21. Februar 1938: «... die Nazis aber erhalten einen schweizerischen Interessenvertreter, der der fascistischen Ideenwelt zumindest nicht allzu demokratisch angekränkt gegenübersteht. Wir haben hier das Gegenstück zur Ernennung des Herrn Dr. Rüeegger mit seiner fascistischen Comtesse zum Gesandten in Rom». Mottas Diplomatie und Politik werde «nicht fröhlicher, sie wird immer trauriger.» Der Bundesrat liess sich allerdings von dieser Kritik nicht beirren. Er entsandte Frölicher 1938 nach Berlin, obschon er wusste, dass der Designierte Beziehungen zu nationalsozialistischen Kreisen pflegte; ja, die Wahl war auf Frölicher gefallen, gerade weil dieser über solche Kontakte verfügte; man bewertete sie als gewichtige Pluspunkte für seine Mission.²⁹²

Hans Frölicher (1887-1961) entstammte einem alten Bürgergeschlecht der Stadt Solothurn. In gesellschaftlicher Hinsicht war er mit der Oberschicht in Solothurn, Bern und Zürich nach allen Seiten hin verwoben. Der ehemalige Gesandte und Bundesrat Bernhard Hammer, dessen zweite Frau eine Frölicher war, zählte zu seiner näheren Verwandtschaft. Der Vater Maximilian Josef, ein schwerreicher Industrieller, heiratete die nicht minder begüterte Seidenfabrikantentochter Margaretha Emerenzia Stehli aus Zürich. Hans Frölicher wuchs im Kreis von vier Geschwistern in Zürich auf. Er vermählte sich in erster Ehe mit der vermögenden Bernburgerin Margaretha Thormann. Sie brachte den aus der von-Mayschen Familie ererbten Landsitz Ursellen in die Ehe ein, eine der reizvollsten Berner Campagnen des 18. Jahrhunderts, am Eingang zum Emmental bei Konolfingen gelegen, mit einem prächtigen Bauernhof und, wie es sich im Bernbiet gehört, einem stattlichen Stöckli.

Nach juristischem Studium in Leipzig, München, Bern und Zürich, legte Frölicher 1912 in Zürich das Doktorexamen ab und erwarb das Anwaltspatent. Danach arbeitete er einige Jahre in der Anwaltskanzlei eines Zürcher Verwandten, ehe er 1918 in das Politische Departement eintrat und in der Rechtsabteilung arbeitete. Als er nach Bern zog, liess er sich im Schlösschen von Allmendingen nieder, das sich ebenfalls im Familienbesitz befand. Der junge Diplomat und Hauptmann der Artillerie kümmerte sich nebst seinem Beruf auch um das Ortsgeschehen. Der wohlgelittene Schlossherr stellte sich seinem Dorf zuerst als Schulratspräsident, dann als Gemeindepräsident zur Verfügung. 1928 übersiedelte er aufs Landgut Ursellen, seinem endgültigen Wohnsitz. Während den Berner Jahren verbrachte der leidenschaftliche Jäger nach Möglichkeit die freien Wochenenden im Oberland oder im Wallis. Er war ein guter Schütze; einmal wurde er gar Berner Schützenkönig.

Der Schlossbesitzer hatte etwas von einem Gentleman-Farmer. Er hätte ausgezeichnet in die englische «upper dass» hineingepasst: kultiviert, sportlich, nicht allzu tiefgründig, über beste Beziehungen verfügend und mit einem leich-

ten Hang zum Spleen. Er war ausgesprochen naturverbunden. Wann immer er konnte, frönte er seinem Hobby, der Jagd. Manchmal wirkte es fast grotesk, wie er seiner Leidenschaft nachging. Mochten die Bomben auf Berlin fallen, er liess sich nicht von einer Niederjagd im Havelland abhalten. Er war auch eng mit der Landwirtschaft verbunden. Gern gab er sich mit den Bauern von Ursellen leutselig, auch nahm er ab und zu am Vereinsleben der Gemeinde teil. Seine privaten Aufzeichnungen bereicherte er immer wieder mit Bildern und Vergleichen aus Feld und Stall. Nach einem Neujahrsempfang in der Reichskanzlei bemerkte er in seinem Tagebuch, die Diplomaten hätten sich aufgestellt «wie die Kühe in einem guten Schweizer Stall».

Frölicher war nicht das, was man einen musisch veranlagten Menschen nennen könnte. Aber ohne künstlerische Ader war er nicht. Er liebte die Musik und spielte selbst Geige, meistens für sich allein, gelegentlich in einem kleineren Freundeskreis. Er schloss sich zudem der Berner Gesellschaft von Musikfreunden an und war 1926 ein Mitbegründer der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik. In Berlin besuchte er häufig Konzerte und Opern. Herbert von Karajan gehörte in den letzten Kriegsjahren zu seinen häufigsten Hausgästen. Frölichs spärliche Kommentare zu musikalischen Darbietungen liegen ohne Zweifel über dem Niveau, das ein Premierenpublikum im Allgemeinen auszeichnet. Aber er war kein Intellektueller. Er erhob diesen Anspruch auch nicht. Zur Literatur scheint er keinen besonderen Zugang gehabt zu haben. Philosophische Gedankengänge lagen ihm nicht. Er war auf das Praktische ausgerichtet.

Im Jahr 1930 trat Frölicher seinen ersten Auslandsposten an. Als Legationsrat wurde er Stellvertreter des Missionschefs in Berlin, zuerst zwei Jahre unter Rüfenacht, dann zwei Jahre unter Dinichert. Ausserdem war er Militärattaché. Um dieses Amt mit dem nötigen Prestige versehen zu können, wurde dem Hauptmann der Grad eines Majors geschenkt. Rüfenacht soll Frölicher sehr geschätzt haben. Er sei der beste Mitarbeiter gewesen, den er je gehabt hätte, teilte er seinem Neffen mit.²⁹³ Frölicher führte ein geselliges Leben; er war allseits beliebt. Aber meistens nahm er die gesellschaftlichen Verpflichtungen allein wahr. Seine Ehe war arg zerrüttet, als er nach Berlin zog. Seine Frau begleitete ihn nicht. Sie tauchte nur sporadisch auf. Nach seiner Rückkehr als Legationsrat nach Bern verliess sie ihn ganz. Sie heiratete Oberst Edwin Schwarzenbach aus der berühmten Seidenfabrikanten-Dynastie vom Zürichsee. Als Legationsrat war Frölicher, soweit die schriftlichen Zeugnisse reichen, ein alerter Beobachter. In scharfsinnigen und sorgfältigen Berichten, die er als Gesandter in dieser Qualität nicht mehr lieferte, informierte er das Politische Departement über die

heraufziehende nationalsozialistische Gefahr.²⁹⁴ Er pflegte auch, wie es seinem Naturell entsprach, Kontakte nach allen Seiten hin, unbesehen des politischen Standpunktes seiner Gesprächspartner.

Mitte 1934 kehrte er nach Bern zurück. Kurze Zeit war er Personalchef des Konsulardienstes. Dann berief ihn Motta in die wichtige Abteilung für Auswärtiges, wo er Stellvertreter von Pierre Bonna wurde. Frölicher gedachte sich endgültig in Bern niederzulassen. Auf seinem Landgut Ursellen richtete er sich bequem ein und pachtete eine Jagd im Tiroler Lechtal. Er schien den angenehmen Lebenswandel eines begüterten Mannes ohne grossen Ehrgeiz einzuschlagen. Im Departement trug er die Politik von Bundesrat Motta voll mit. Wie sein Chef erkannte er im Bolschewismus die grösste Gefahr für Europa. Auch war er ausgesprochen deutschfreundlich, ja fast auf Deutschland fixiert. Frölicher hatte in Deutschland studiert, und als Diplomat war er nur in Deutschland auf Posten. Andere Länder kannte er wenig. In Bern pflegte er ausgezeichnete Kontakte zuerst zum Gesandten Ernst von Weizsäcker, dann zu dessen Nachfolger Otto Köcher. Auch mit Hans Sigismund von Bibra, der auf der deutschen Gesandtschaft in Bern die Auslandsorganisationen (AO) der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) betreute, verstand er sich ausgezeichnet. Allerdings äusserte er sich später über dessen Tätigkeit abträglich – im Gegensatz zu Weizsäcker und Köcher, deren Ehrenhaftigkeit er auch nach dem Fall des Dritten Reiches verteidigte.

In Deutschland löste Frölichers Ernennung, wie der damalige Geschäftsträger Franz Kappeler später festhielt, ein freudiges Echo aus.²⁹⁵ Diese Mitteilung trifft zweifelsohne zu. Freiherr und Freifrau von Bibra liessen es sich nicht nehmen, im Morgengrauen des 1. Juni 1938 auf das Flugfeld Belpmoos hinauszufahren, um den neuen Gesandten, der in die Reichshauptstadt abflog, zu verabschieden. Ins Büro zurückgekehrt, setzte von Bibra ein Schreiben auf an den Leiter der AO, Staatssekretär Ernst Wilhelm Bohle, und empfahl diesem, dem Schweizer Diplomaten bei dessen Ankunft in Berlin dafür zu danken, dass er sich mit soviel Energie und Verständnis für die AO bei den andern Amtsstellen in Bern eingesetzt hätte.²⁹⁶ Selbst Hitler geizte beim Antrittsbesuch nicht mit einer grosszügigen Gebärde. Frölicher durfte das entgegennehmen, was Dinichert stets versagt blieb: nämlich eine Anerkennung der schweizerischen Neutralität in ähnlichen Worten, wie sie schon alt Bundesrat Schulthess vernommen hatte. Frölichers Einstieg in der Reichshauptstadt schien rundum gelungen zu sein. Freudig berichtete er der Zentrale über die Audienz bei Hitler. Auch in späteren Jahren dachte Frölicher gern an diesen Augenblick zurück. Am 28. Dezember 1942 notierte er sich im Tagebuch, es sei ein Glück gewesen, dass Hitler ihm gegenüber die schweizerische Neutralität gleich zu Beginn an-

erkannt hätte. Ein Diplomat hätte die Aufgabe, mit allen gute Beziehungen aufrechtzuerhalten. Die Schweizer würden dies häufig nicht verstehen. Sie meinten, Diplomaten würden sich so benehmen, wie wenn «das Kälbli dem Metzger die Hand leckt».

Frölicher stattete sogleich, wie es das diplomatische Protokoll erfordert, den wichtigsten Regierungsvertretern einen Antrittsbesuch ab. Ausser beim Reichskanzler meldete er sich natürlich auch bei Aussenminister Joachim von Ribbentrop, beim Propagandaminister Joseph Goebbels, beim Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht und bei Hermann Göring an – einem Mann mit vielen Titeln. Alle empfingen den Minister zu einem Höflichkeitsgespräch, aber damit hatte es meistens sein Bewenden. Frölicher musste schon bald zur Kenntnis nehmen, dass die nationalsozialistischen Grössen den Kontakt mit dem Abgesandten eines demokratischen Kleinstaates nicht suchten. Hitler, Ribbentrop, Goebbels, Himmler, auch der Führerstellvertreter Hess und selbst der salonerprobte Göring – sie alle hatten nie eine Einladung in die schweizerische Gesandtschaft angenommen. Mit Hitler und Goebbels kam es nie mehr zu einer Unterredung am Amtssitz. Es blieb bei beiläufigen Konversationen an Gesellschaftsempfängen und offiziellen Anlässen. Auch mit Reichsmarschall Göring und dem gespenstisch unzugänglichen Reichsführer-SS Himmler bahnte sich nie ein Kontakt an. In seinen Aufzeichnungen «Meine Aufgabe in Berlin» vermerkte Frölicher, wie er den Kontakt mit Goebbels gesucht hatte. Angesichts des schwerwiegenden Pressekonflikts, der die offiziellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz aufs Höchste gefährdete, war dies alles andere als erstaunlich. Aber der wortgewaltige Propagandachef legte keinen Wert auf Kontakte mit dem schweizerischen Minister.²⁹⁷

Zweifelsohne verfügte Frölicher über gute Beziehungen in Berlin, aber spektakulär waren sie nicht – nicht zu vergleichen mit der Position eines Arnold Roth, der in wilhelmischer Zeit zum innersten Kreis der Macht hervorragenden Zutritt hatte²⁹⁸, nicht zu vergleichen mit den noblen Beziehungen, die Kollege Paul Rüeegg im faschistischen Rom mit Hilfe seiner adligen Gattin nach allen Seiten hin geknüpft hatte, nicht zu vergleichen auch mit dem freundschaftlichen Verhältnis des Kölner Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss zu Konrad Adenauer in der unmittelbaren Nachkriegszeit.²⁹⁹ Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht war eine der raren Persönlichkeiten in einer Spitzenposition, welche stets bereit war, Frölicher zu empfangen. Doch Schacht geriet zusehends in Konflikt zum Führerstab. Hitler drängte ihn 1937 aus dem Wirtschaftsministerium ab, 1939 sollte er auch das Reichsbankpräsidium verlieren. Leidlichen Zu-

gang hatte Frölicher lediglich noch zu Wirtschaftsminister Walter Funk, Schachts Nachfolger. Der Schweizer Gesandte unterhielt somit, als der Krieg ausbrach, mit niemandem, der sich an den Schalthebeln der Macht befand, enge persönliche Beziehungen: weder mit einem Minister der Reichsregierung noch mit einer Parteigrösse aus dem innern Führungszirkel. Erstaunlich ist dies nicht. Es entsprach vielmehr den Umgangsformen der nationalsozialistischen Machthaber. Ländern wie Dänemark, Schweden oder den Niederlanden erging es nicht anders. Viele nationalsozialistische Grössen stammten aus einfachsten Verhältnissen und waren gesellschaftlich unbeholfen. Sie scheuten das diplomatische Parkett. Jene raren Exempla wie Göring, die gern ins internationale Flair eintauchten, erwiesen jedoch nur den Botschaftern der Grossmächte die Ehre, sie zu empfangen und deren Gegeneinladungen anzunehmen.

Minister geniessen im Allgemeinen das Vorrecht, ausländische Vertreter nach Gutdünken empfangen zu können. Wen sie nicht mögen, den müssen sie nicht vorlassen. Nur der Aussenminister unterliegt gewissen protokollarischen Zwängen. Zu seinen Pflichten gehört es, das Gespräch mit den Missionschefs zu pflegen. Ribbentrop kam dieser Aufgabe in keiner Weise nach. Wie er mit dem schweizerischen Minister umging, kam einem Affront gleich. In sieben Jahren empfing er ihn, abgesehen vom obligaten Antrittsbesuch, nur zweimal. An der Auffahrt 1940 zitierte er Frölicher plötzlich ins Reichspräsidentenpalais, um ihn wegen zwei Angelegenheiten zu warnen: Erstens sei der Führer über die täglichen Beschimpfungen in der Schweizer Presse aufs Höchste aufgebracht, zweitens werde es die Reichsregierung nicht hinnehmen, dass der Bundesrat einem Vertreter der polnischen Exilregierung ein Agrement erteile. Dann war er für den Gesandten beinahe fünf Jahre lang nicht mehr zu sprechen. Die zweite Begegnung allerdings lief nach veränderten Spielregeln ab. Am 28. Februar 1945 lud Ribbentrop die wenigen Missionschefs, die noch in Berlin verblieben waren, zu einem Mittagessen ins ausgebombte Palais an der Wilhelmstrasse ein.³⁰⁰ Zur Rechten des Aussenministers sass der japanische Botschafter, zur Linken der italienische; gegenüber präsiidierte Staatssekretär von Steengracht, umgeben vom schwedischen und schweizerischen Gesandten. Dann zierten noch einige Vertreter von Kryptostaaten, deren Namen nicht mal dem Gastgeber geläufig waren, die Tafel. Ribbentrop, stets der Getreuste von Hitlers Getreuen, bemühte sich, Katastrophenstimmung zu verbreiten. Mit Deutschlands Niederlage, schärfte er dem diplomatischen Rumpfcorps ein, verfallende Europa sowjetischer Knechtschaft. Frölicher konnte sich beim Dejeuner des Eindrucks nicht erwehren, «dass wir im letzten Akt einer Tragödie stehen, kurz bevor der Vorhang fällt».³⁰¹ Ribbentrop hätte sich bei ihm entschuldigt, ihn nicht öfters empfangen zu haben. Aber der Schweizer Gesandte habe ja, soll

der Aussenminister entschuldigend beigefügt haben, auch nie um eine Audienz nachgesucht. Frölicher bestritt diesen Vorwurf nicht, obgleich er, insbesondere wegen den zahlreichen Schutzmachtmandaten, gern mit dem Aussenminister gesprochen hätte. Doch im Auswärtigen Amt soll man ihm stets, wie Frölicher in seinem Tagebuch festhielt, von einer Vorsprache bei Ribbentrop abgeraten haben.³⁰² In der Tat, in diplomatischen Kreisen galt eine Unterredung mit dem eitlen Ribbentrop als nutzlos. Er konnte weder zuhören, noch vermochte er sich eine eigene Meinung zu bilden.

Für die meisten ausländischen Vertreter war Staatssekretär Ernst von Weizsäcker bis zu seiner Versetzung an den Heiligen Stuhl, die Mitte 1943 erfolgte, der Hauptansprechpartner. Der gebildete Diplomat verstand nicht nur vorzüglich mit seinen Kollegen umzugehen, er vermochte sie auch immer wieder von seiner Ansicht zu überzeugen. Frölicher unterlag seinem Einfluss, der französische Botschafter André François-Poncet, der Brite Sir Nevile Henderson und der Italiener Bernardo Attolico nicht weniger. Viele Fehleinschätzungen in der politischen Berichterstattung der Jahre 1938-1940, namentlich um das Münchener Abkommen herum, vor dem Einmarsch in die Tschechoslowakei oder vor dem deutschen Überfall auf Dänemark und Norwegen, gehen auf Weizsäcker zurück. Immer wieder gelang es ihm, Befürchtungen abzdämpfen und die deutsche Rolle zu beschönigen. Frölicher stützte sich sehr stark auf Weizsäckers Analysen. Er betrachtete den ranghohen Diplomaten als den wichtigsten und besten Freund der Schweiz in der deutschen Regierung. Auch persönlich war er dem württembergischen Freiherrn seit dessen Berner Gesandtenzeit verbunden. Mit unverbrüchlicher Loyalität, die er auch unter widrigen Zeitumständen nicht aufkündigte, war Frölicher bereit, zugunsten von Weizsäcker eine Erklärung abzugeben. Als dieser nach dem Krieg vor dem amerikanischen Militärtribunal in Nürnberg angeklagt war, bezeugte Frölicher im sogenannten Wilhelmstrassenprozess Folgendes: «Herr von Weizsäcker stand beim Bundesrat in hohem Ansehen... In einem weiten Kreis von schweizerischen Bekannten genoss Herr von Weizsäcker allgemeine Hochschätzung. Man war überzeugt, dass er ein Freund unseres Landes sei und sich aufrichtig bemühte, die deutsch-schweizerischen Beziehungen freundschaftlich zu gestalten...». Ausserdem fügte er an: «Als ich im Juni 1938 meine Tätigkeit als Schweizerischer Gesandter in Berlin begann, war es für mich im Hinblick auf meine schwere Aufgabe wichtig und geradezu eine Beruhigung, dass Herr von Weizsäcker Staatssekretär im Auswärtigen Amt war. Dieses Vertrauen, das ich Herrn von Weizsäcker entgegenbrachte, wurde auch keineswegs getäuscht.»³⁰³

Die politischen Erläuterungen des Staatssekretärs erwiesen sich häufig als nicht korrekt. Deshalb drängt sich die Frage auf, ob Weizsäcker die ausländischen Missionschefs wider besseres Wissen falsch informierte oder ob er selbst nicht richtig unterrichtet war. Das Zweite traf sicher zu, das Erste ist gelegentlich nicht auszuschliessen. Der Staatssekretär wusste oft selbst nicht, welche Aussenpolitik der innere Führungszirkel um Hitler einschlug. Weder war das Auswärtige Amt an den wichtigsten Entscheidungen beteiligt, noch wurde es darüber frühzeitig informiert. Es ist sogar zweifelhaft, ob man im Führerhauptquartier die Aktennotizen des Auswärtigen Amtes gelesen hat. Als Weizsäcker vor seiner Versetzung nach Rom einen Abschiedssee für das diplomatische Corps gab, muss diese Einsicht auf sein Gemüt durchgeschlagen haben. Jedenfalls notierte sich Frölicher, Weizsäcker hätte bedrückt ausgesehen – wohl deshalb, weil er keinen Einfluss auf die unheilvolle Entwicklung ausüben konnte.³⁰⁴ Diese Vermutung des Gesandten war, wie später veröffentlichte Dokumente des Staatssekretärs belegen, zutreffend. Aber gleichermaßen zutreffend ist, dass Weizsäcker während seiner Amtszeit an der Wilhelmstrasse gern das Gegenteil vorzutäuschen liebte.

Mit Weizsäckers Nachfolger, Gustav Adolf Baron Steengracht von Moyland, verkehrte Frölicher auch häufig, aber dem Umgang ging die freundschaftliche Note ab. Er beschränkte sich auf das Geschäftsmässige. Steengracht verstand es nicht, die Diplomaten für sich einzunehmen. Er war eine schwache Persönlichkeit, eine reine Kreatur Ribbentrops. Dies war wohl der einzige Grund, weshalb er in die hohe Stellung gelangt war.³⁰⁵

Ein ranghoher Diplomat pflegt nicht nur Kontakte zur Regierung. Er sucht Anschluss an alle tonangebenden Kreise. In dieser Hinsicht war Frölicher sehr erfolgreich. Nebst dem umworbenen Stadirigenten Herbert von Karajan zählte auch Professor Ferdinand Sauerbruch, weltberühmter Chirurg an der Charité, zu seinen Stammgästen. Frölicher war sodann gut eingeführt bei Victoria von Dirksen, die im «Kaiserhof» ihren vornehmen «Cercle» mit Gesellschaftsdamen abhielt und Hitler zahlreiche Verbindungen zu ersten Adressen des Grossbürgertums verschaffte. Sie war eine glühende Verehrerin des Führers. Die russische Grossfürstin Marie Wassiltschikoff, mit einem untrügerischen Sensorium für gesellschaftliche Ränge und Vorränge ausgestattet, bezeichnete sie in ihrem Berliner Kriegstagebuch als eine der Spitzengastgeberinnen der Hauptstadt. Wer bei ihr eingeführt war, der galt etwas in jenen Kreisen, die sich im Abglanz der Macht sonnten.

Mit Widerstandskreisen kam Frölicher ebenfalls in Berührung, vor allem im Oberkommando der Wehrmacht. Es blieb indes bei losen Kontakten, da er es nicht als seine Aufgabe erachtete, sich um innere Angelegenheiten zu küm-

mern, ja er sogar froh war, nicht in Umsturzpläne eingeweiht zu werden. In seinen «Erinnerungen» berichtete er über ein Essen bei seinem alten Bekannten General Olbricht im Herbst 1943. Die Tischrunde diskutierte Angelegenheiten, die Frölicher den Eindruck gaben, «bei den Generälen einer Widerstandsbewegung eingeladen» zu sein. Doch ganz ins Vertrauen ziehen wollte Olbricht den Gesandten nicht. Und dieser war ihm dafür dankbar. «General Olbricht war aber so taktvoll und verständig, dass er mich nie zum Mitwisser der bestehenden Pläne machte».³⁰⁶ Dieser Informationslage entsprechend, halb wissend, halb unwissend, vernahm Frölicher die Nachricht vom fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler im Juli 1944. Am 20. Juli empfing er abends einen Freund zu einer Bridgepartie im Ferienhaus am Wannsee. Im Tagebuch hielt der Gesandte fest: Der Beamte «war überrascht, als er die Nachricht hörte und doch weiss ich, dass er diese Entwicklung schon lange vorausgesagt hat».³⁰⁷

Verglichen mit Dinichert verfügte Frölicher nicht nur über viel bessere, sondern auch breiter gefächerte Beziehungen. Unterhalb der obersten Machtstufe konnte er mit seinen Kontakten überall dienen. Heinrich Hornberger, der Direktor des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, nahm als Mitglied der ständigen Verhandlungsdelegation zusammen mit dem Direktor der Handelsabteilung, Jean Hotz, regelmässig an den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland teil. Für ihn war es «geradezu ein Glücksfall», dass Frölicher mit seinem dichten Beziehungsnetz die Schweiz in Berlin vertrat. «Aus der Perspektive der Wirtschaftsverhandlungen war es von grösstem Wert für die Schweiz, in Berlin durch einen Diplomaten vertreten zu sein, der bei den massgebenden Persönlichkeiten des deutschen Regierungsapparates Ansehen und Sympathie genoss».³⁰⁸ Hornberger spendete sein Lob nicht ohne Risiken. Selbst im Jahr 1970 vermeinte der Eugen Rentsch-Verlag noch, sich mit einer Fussnote von der Ansicht des Autors distanzieren zu müssen – ein einmaliger Vorgang, zumal wenn man bedenkt, dass Hornberger eine hochangesehene Persönlichkeit war.

Nicht alle Kreise in der Schweiz waren jedoch mit Frölichers Kontaktfähigkeiten dermassen zufrieden wie Hornberger. Wahrscheinlich spielten die Beziehungen des Gesandten exakt im Umfeld der Wirtschaftsverhandlungen am besten. Frölicher scheint im Rückblick den Sachverhalt ähnlich gesehen zu haben. Jedenfalls war er sich bewusst, dass er mit Hitler und dessen Führungskreis keinen persönlichen Kontakt herzustellen vermochte. Freilich hätte die Schweiz, so meinte er, auch gar kein Interesse gehabt, diesen Kontakt zu suchen. Doch war dem wirklich so? Massgebliche Leute in Bern empfanden in den Jahren 1940 und 1941 Frölichers Zugang zu den nationalsozialistischen

Machthabern als unbefriedigend. General Henri Guisan, der katholisch-konservative Nationalrat Heinrich Walther und nicht zuletzt Bundesrat Pilet-Golaz selbst trachteten mehrmals danach, Frölicher aus Berlin abzubufen. Verschiedene Gründe steckten hinter dieser Absicht. Einer davon war, dass man Frölicher vorwarf, er werde nicht zu Hitlers innerem Führungszirkel vorgelassen und könne somit die eidgenössischen Interessen nicht wirkungsvoll vertreten.

Ein früher Vorstoss stammte von Pilet-Golaz. Der Waadtländer schätzte Frölicher, im Gegensatz zur landläufigen Meinung, keineswegs besonders. Schon in seinem ersten Amtsjahr im EPD dachte er daran, Frölicher in Berlin abzulösen. Im Dezember 1940 liess er durch Bundespräsident Ernst Wetter beim deutschen Gesandten in Bern, Otto Köcher, sondieren, ob Walter Stucki, damals Minister in Vichy, als neuer Vertreter der Schweiz in Berlin genehm wäre. Köcher übermittelte die Anfrage pflichtgemäss an das Auswärtige Amt, wo sie allerdings wenig Begeisterung auslöste. Eine interne Notiz hielt fest: «Stucki ist einer der verbissensten und durchtriebensten Gegner einer neuen Ordnung in Europa. Er gilt in der Schweiz geradezu als Symbol der freimaureisch-demokratischen Welt... Seine Ernennung zum Gesandten in Berlin müsste daher als offene Herausforderung des Reiches auf gefasst werden».³⁰⁹ Ferner steht im dreiseitigen Lebenslauf, den man über Stucki erstellt hatte, dieser hätte dem deutschen Gesandten gegenüber eingestanden, sich bisher in seiner politischen Grundausrichtung geirrt zu haben. Aber er hätte dies wohl nur aus reinem Opportunismus wegen den Jüngsten deutschen Kriegserfolgen gesagt.

Bei einer derart vernichtenden Beurteilung des Kandidaten erstaunte es nicht, wenn die Wilhelmstrasse auf die Sondierung negativ reagierte und die Verdienste des residierenden Amtsinhabers hervorstrich. «Die Haltung des hiesigen schweizerischen Gesandten Frölicher hat bisher in keiner Weise seine Abberufung als wünschenswert erscheinen lassen»,³¹⁰ hiess es in den Weisungen, welche das Auswärtige Amt der deutschen Gesandtschaft in Bern Mitte Dezember 1940 zustellte. Köcher teilte Bundespräsident Wetter am Neujahrstag 1941 mit, zu einem Wechsel auf dem Gesandtschaftsposten in Berlin bestehe nach deutscher Auffassung kein Anlass. Zu dieser Episode vermerkte Frölicher in seinem Tagebuch am 23. Oktober 1944, Hans König, der Generaldirektor der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt, hätte ihm ausgerichtet, Wetter bedauere, sich für Stucki eingesetzt zu haben, doch er, Frölicher, hätte diese Angelegenheit schon halb vergessen gehabt.

Nachdem die ersten Ablösungsbestrebungen mit einem Misserfolg endeten, fand sich Pilet-Golaz mit Frölicher ab, allerdings ohne grossen Enthusiasmus.

Im Mai 1941 soll er in der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates erklärt haben, Minister Frölicher sei zwar in Berlin unhaltbar, aber man könne ihn kaum ersetzen.³¹¹ Pilet-Golaz war freilich auch nicht Frölichers Wunschkandidat an der Spitze des EPD. In seinem Tagebuch schimmert immer wieder durch, dass Frölicher es viel lieber gesehen hätte, wenn der Berner Eduard von Steiger die Aussenpolitik bestimmt hätte.

Unzufrieden mit Frölichers Kontakten war auch General Guisan. Mit hartnäckiger Entschlossenheit versuchte er in den Jahren 1940 und 1941 den Bundesrat zu bewegen, in der Person von Professor Carl Jacob Burckhardt, dem einstigen Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, einen Emissär zu Hitler zu entsenden. Den ersten Anlauf nahm Guisan am 14. August 1940. Er schrieb Bundesrat Minger, dem Vorsteher des Militärdepartementes, einen persönlichen und geheimen Brief. Eingangs stellte der General fest, mit dem deutschen Sieg über Frankreich, dem Waffenstillstand und der Vorherrschaft der Achsenmächte in Europa habe sich die politische Lage vollständig verändert. Die neue Situation erfordere auch eine Diplomatie, die sich nicht mehr an veraltete Methoden klammere. Die Resultate, welche die Gesandtschaft in Berlin, etwa im Gegensatz zu Rom, erziele, seien völlig ungenügend. Gerade die Art, wie die Fliegerzwischenfälle mit Deutschland erledigt worden seien, verdeutlichte, dass Frölicher keinen Zugang zu den wirklichen Machthabern habe, sondern sich mit nachgeordneten Kanzleien begnügen müsse. Unter diesen Umständen sollte eine «neue» Persönlichkeit mit zeitlich befristeten Missionen betraut werden, «Wenn man aus Gründen, welche das Armeekommando nicht zu kennen braucht, unsern derzeitigen Minister in Berlin noch eine gewisse Zeit belassen muss».³¹²

Diese Sondermissionen wollte der General mit grossen Kompetenzen ausstatten. Sie sollten nicht einfach neben der ordentlichen diplomatischen Tätigkeit einherlaufen. Ihr Aufgabenbereich sollte breiter und gewichtiger sein. Die Sondermissionen sollten mit einer «*politique de prestige et de propagande suisse*» das erreichen, was man von einer ‚Ambassade‘ extraordinaire erwarten dürfte.³¹³ Anschliessend begründete der General ausführlich, weshalb man eine solche Mission Burckhardt übertragen sollte. Dank seinen persönlichen Kontakten könnte der einstige Hochkommissar direkt mit dem Führer, mit Göring und andern verhandeln. Die Entsendung von Burckhardt hätte gegenüber dem Dritten Reich auch einen grossen symbolischen Wert. Sie verdeutlichte, dass die Schweiz beim Anbruch eines neuen Zeitalters ebenfalls fähig sei, ihren kleinkarierten Geist zu überwinden, kurz: «M. Burckhardt serait particulièrement qualifié pour tenter un apaisement et instituer une collaboration».³¹⁴ Der Bundesrat trat auf dieses Ansinnen nicht ein, ebensowenig wie auf das Schrei-

ben vom November 1940 und die beiden Vorstösse, welche der General im Frühjahr 1941 nochmals in gleicher Sache unternahm. Willi Gautschi, der Biograph von General Guisan, stellt wohl zu Recht fest, dass es im Nachhinein «in jeder Hinsicht ein Glücksfall war – auch für das posthume Ansehen des Generals –, wenn das fragwürdige Vorhaben unterblieb». ³¹⁵

Mindestens viermal versuchte der General, Frölicher's Position in Berlin zu marginalisieren, wenn nicht gar den Diplomaten vom Posten zu entfernen. Dabei schlug er Methoden vor, welche den Anpassungskurs, dessen man Frölicher gerade in der Umgebung des Generals bezichtigte, noch übertrafen. Eingeweihte, welche seinerzeit vom Vorhaben Kenntnis hatten, waren schockiert. Die Öffentlichkeit erfuhr davon erst mit der Veröffentlichung des Bonjour-Berichtes im Jahr 1970. Viele schüttelten ungläubig den Kopf. Sie wollten nicht wahrhaben, dass der General, diese Verkörperung des eidgenössischen Widerstandes, in schicksalsschweren Tagen auch gewankt und unsicher gehandelt hatte. Im Sommer 1940 suchte freilich General Guisan nicht grundlos nach einem bessern Verhältnis zur Reichsregierung. Den deutschen Truppen waren nämlich Mitte Juni in La Charite-sur-Loire Dokumente in die Hände gefallen, welche auf eine Absprache zwischen der französischen und der schweizerischen Armeeführung hinwiesen. Im Falle eines deutschen Angriffs auf die Schweiz würden, so sei vereinbart worden, französische Truppen in die Schweiz einmarschieren. Der Aktenfund war peinlich und neutralitätspolitisch belastend. Aber konnte man dem General direkt einen Verstoss gegen die Neutralitätspflichten vorwerfen? Guisan hatte bis zu seinem Tod stets bestritten, eine Militärkonvention abgeschlossen zu haben; ja er war nicht einmal bereit einzugestehen, Eventualvereinbarungen eingegangen zu sein. Dass indes solche Absprachen erfolgten, daran gibt es aufgrund glaubwürdiger Zeugen keinen Zweifel. Hätte die operative Zusammenarbeit mit Frankreich erst eingesetzt, nachdem die schweizerische Neutralität von deutscher Seite verletzt worden wäre, dann hätte kein neutralitätsrechtlicher Verstoss vorgelegen. Generalstabschef von Sprecher hatte im Ersten Weltkrieg mit seinem deutschen Kollegen von Moltke ähnliche Abmachungen getroffen. ³¹⁶

In Berlin und in der Schweiz herrschte allerdings nach dem Aktenfund grosse Nervosität. Die Gesandtschaft telegraphierte am 3. August: «Starke Missstimmung gegen General wegen kürzlichem Armeebefehl als gegen Deutschland gerichtet empfunden. Schritte zu gewärtigen. Angeblich in Frankreich Armeeleitung belastende Dokumente gefunden.» ³¹⁷ Deutschfreundliche Armeekreise in der Schweiz um Korpskommandant Wille versuchten die Krise auszunützen, um den General zum Rücktritt zu zwingen. Frölicher, der sich diesen Offizieren stets verbunden fühlte, hätte einen Kommandowechsel an der Ar-

meespitze gewiss begrüsst. Er verhehlte seine Sympathien für deutschfreundliche Offiziere wie Korpskommandant Wille, Korpskommandant Labhart und Oberst Däniker ebensowenig wie seine Abneigung gegenüber Guisan. Jedenfalls berichtete der Journalist Peter Dürrenmatt, der schweizerische Minister in Berlin rede abschätzig über den General.³¹⁸ Erwiesen ist ausserdem, dass Frölicher im Einklang mit der germanophilen Offiziersgruppe um Däniker die Absetzung von Generalstabschef Jakob Huber forderte. Dieser sollte durch Wille ersetzt werden. Am 17. September 1940 schrieb Frölicher dem EPD: «Bei der Animosität, die hier gegen den General besteht, wäre es auch nützlich, wenn wenigstens die in Aussicht genommenen Veränderungen in der Umgebung des Generals zur Tatsache würden.»³¹⁹ Dass sich der Gesandte jedoch, wie der Nachrichtendienst immer wieder ausstreute, zu Ränkespielen gegen den General herliess und diese gar orchestrierte, ist durch nichts belegt.³²⁰

Das Verhältnis zwischen Guisan und Frölicher war offensichtlich nicht von gegenseitiger Sympathie geprägt. Der General dürfte Frölichers Animosität gegen seine Art von Armeeführung nicht vergessen haben, als er, immer wieder nachhakend, seiner Unzufriedenheit über die Gesandtschaft in Berlin Ausdruck gab. Es entbehrt nicht der Ironie, dass er Frölichers Schwächen mit Mitteln kurieren wollte, welche diese noch verstärkt hätten, nämlich einem «appeasement» auf höchster Ebene. Frölicher selbst hatte eine etwaige Sondermission von Carl Jacob Burckhardt stets begrüsst, obschon sie seine Position in der Reichshauptstadt untergraben hätte. Möglicherweise war die Idee gar mit seiner Hilfe entstanden. Denn der schweizerische Konsul in Prag, Albert Huber, regte schon in einem Schreiben vom 22. Juli 1940 eine solche Mission an. Das Generalkonsulat in Prag war aber nach dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei vom Frühjahr 1939 der Gesandtschaft in Berlin unterstellt. Somit musste der Generalkonsul seinen Vorschlag via Berlin an das EPD richten. In einem Begleitschreiben vom 2. August hiess Frölicher Hubers Vorstoss gut.³²¹ Guisans erste Demarche bei Minger datiert dagegen vom 14. August.

Konsequenterweise unterstützte Frölicher Anfang November 1940 auch die Idee, alt Bundesrat Schulthess erneut zu Hitler und überdies zu Göring zu entsenden. Die eigene Person in den Hintergrund schiebend, rapportierte er beipflichtend die Ansicht eines Publizisten, wonach die Schweiz mit geeigneten Persönlichkeiten den Kontakt mit der deutschen Staatsführung aufnehmen sollte – so wie die Schweden, die eben den bekannten Forscher Sven Hedin zu Hitler geschickt hätten.³²² Der Bundesrat verzichtete wohlweislich darauf, den alternden Schulthess, der von diesem Vorschlag sehr angetan war, mit einer

solchen Mission zu betrauen. Zu Recht meinte er, man könne nie wissen, welche Forderungen Hitler an die Schweiz stellen würde.

Im Frühjahr 1941 meldete sich auch ein hochangesehener Parlamentarier in Sachen Postenbesetzung zu Wort. Der Luzerner Heinrich Walther, unter der Bundeshauskuppel als «Königsmacher» bekannt, schlug sich auch für Carl Jacob Burckhardt in die Bresche. Burckhardt sollte nicht bloss in Sondermission nach Berlin reisen; nach Walther sollte er Frölicher auf dem Gesandtenposten «en pieds» ablösen. Er schrieb: «Unser Gesandter in Berlin, Herr Dr. Frölicher, ist ganz wohl gelitten, hat aber keine ‚Position‘ und weiss sich keine zu schaffen. Die Situation würde mit einem Schlage ändern, wenn man Herrn Frölicher ersetzen und Herrn Dr. Burckhardt schicken würde. Das wäre die beste und wirksamste Geste, die man gegenüber Deutschland machen könnte. Dr. Burckhardt geniesst dort hohes Ansehen und Vertrauen, er würde sogar das Ohr Hitlers haben.»³²³ Ende Mai 1941 wärmte die sozialistische Presse das Gerücht von Frölichers Ablösung durch Burckhardt auf. Die Gesundheit des Gesandten sei, wie man aus gut unterrichteter Quelle erfahren hätte, derart angeschlagen, dass Frölichers Rücktritt unmittelbar bevorstünde und Burckhardt wohl um die Nachfolge angegangen werde.³²⁴

Doch hätte Burckhardt eine Sondermission oder eine ständige Mission überhaupt angenommen? Als Bonjour 1970 Guisans Briefe publizierte, zeigte sich Burckhardt völlig überrascht. Er behauptete, von diesem Ansinnen des Generals nichts gewusst zu haben. Dies traf indes, wie Paul Stauffer nachwies, nicht zu.³²⁵ Schon 1953 hatte Burckhardt Bundesrat Feldmann unterrichtet, er habe im Herbst 1940 von der Absicht des Generals gehört, ihn zum deutschen Reichskanzler zu entsenden. Seinem Freund Frölicher, den er als Völkerbundskommissar oft in Berlin besucht hatte, mit dem er auch zusammen auf die Jagd gegangen war, versicherte er damals brieflich, er hätte keinerlei Aspirationen auf die Berliner Gesandtschaft. Er beteuerte gar, wie unangenehm ihm «diese ebenso törichten als unanständigen Pressenachrichten sind, durch welche unsere beiden Namen in Zusammenhang gebracht werden».³²⁶ Gemäss Stauffer wäre Burckhardt wohl nicht bereit gewesen, seine Tätigkeit im Vorstand des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, wo er sozusagen als Aussenminister amtierte, gegen den Gesandtenposten in Berlin auszutauschen. Hingegen hätte Burckhardt eine Sondermission zu Hitler als ausserordentliche Herausforderung empfunden, welcher er kaum hätte widerstehen können.

Nach dem Sommer 1941 wich die angsterfüllte Nervosität in der Schweiz; auch die Stimmen, die Frölicher ungenügenden oder zu intensiven Kontakt mit den nationalsozialistischen Machthabern vorwarfen, verstummten. Um den Mi-

nister wurde es, obgleich seine Tätigkeit umstritten blieb, ruhiger. Er blieb in Berlin, übernahm für die Schweiz zahlreiche Schutzmachtmandate und ging den ordentlichen Gesandtschaftsgeschäften im Alsenviertel nach, das seit Ende 1943 völlig in Trümmern lag. Auf einsamem Posten harrte die Schweizer Vertretung aus. Als der Zusammenbruch Deutschlands 1944 zur Gewissheit wurde, zog ein Land nach dem andern seinen Gesandten zurück, die einen, weil sie die diplomatischen Beziehungen mit dem Dritten Reich abbrachen, die andern, weil sie ihre Diplomaten nicht den Gefahren einer sowjetischen Invasion aussetzen wollten. Frölicher bestand darauf, dass die Schweizer Vertretung bis zum bitteren Ende in Berlin ausharrte. Wie risikoreich es war, im kriegsumkämpften Deutschland zu verbleiben, bekam die Schweizer Diplomatie zweimal zu spüren. Die zwanzigjährige Gesandtschaftsmitarbeiterin Margarete Wyss kam während des Schlafs ums Leben; die besorgten Eltern hatten ihr einziges Kind in einer der gefürchteten Bombennächte zum Schutz in ein Nachbarhaus in Kladow geschickt; das Gebäude stürzte infolge der Druckwellen zusammen. Ein paar Tage vor Kriegsende, am 29. April 1945, wurden Generalkonsul Adolf Zehnder und dessen Frau auf dem Bismarckschen Gut in Friedrichsruh, wo sie vor Hamburgs Bombardierung Zuflucht gesucht hatten, Opfer eines Tieffliegerangriffs.

Über Weihnachten 1944 weilte Frölicher in der Schweiz. In einem Gespräch mit Pilet-Golaz vertrat er entschieden die Ansicht, die Gesandtschaft müsse, solange die Reichsregierung in Berlin sei, in der Hauptstadt bleiben. Dies birge gewiss grosse Gefahren in sich. Doch müssten alle Beamten die mit einer sowjetischen Besetzung verbundenen Risiken im Landesinteresse auf sich nehmen.³²⁷ Zögernd erklärte sich Pilet-Golaz mit dem Vorschlag einverstanden. Sollte das Regime aus Berlin abziehen, so müsste Frölicher allerdings, wie der Bundesrat schon im September angeordnet hatte, dem Auswärtigen Amt nachziehen und die Leitung der Amtsgeschäfte in Berlin nachgeordneten Beamten überlassen. Ende Januar 1945 kam der entsprechende Befehl. Frölicher sollte, obschon er der Zentrale vorgeschlagen hatte, ihn in Berlin zu belassen, aus der Reichshauptstadt abziehen, da sich ein Teil des Auswärtigen Amtes mittlerweile nach Thüringen abgesetzt hatte. Die Schweiz wollte nicht das Risiko eingehen, dass ihr Minister in die Sowjetunion verschleppt würde.³²⁸ Frölicher machte sich also keineswegs, wie ihm Kritiker hämisch unterstellten, in jenem Augenblick aus dem Staub, als die Lage in Berlin todernt wurde.

Im März 1945 floh das Ministerium nach Süddeutschland. Während etliche Mitarbeiter der Gesandtschaft bangend im fast vollständig eingekesselten Berlin den Ansturm der sowjetischen Truppen abwarteten, befolgte Frölicher seine

Le Chef
du
Département Suisse
Fédéral

Berne, le 11 janvier 1943.

Monsieur le Ministre,

Votre message de fin d'année m'est parvenu un peu tard à cause d'une absence de quelques jours que j'ai faite à l'occasion des fêtes. Je vous en remercie, ainsi que de vos bons vœux.

Je suis heureux d'apprendre que vous êtes satisfait maintenant de vos collaborateurs et qu'ils travaillent dans un esprit d'équipe, absolument indispensable si l'on veut quelques résultats de son activité. Il a fallu quelque temps pour y parvenir, mais l'essentiel c'est que ce soit aujourd'hui acquis.

Je ne manquerai pas de rappeler la question Schmitz au chef de la Division des affaires étrangères.

Il m'est agréable aussi de savoir que vous allez mieux. Je m'explique parfaitement les raisons de cette amélioration. Peut-être suis-je un peu moins rassuré que vous, non à cause des circonstances objectives, mais parce que je crois que nous allons vers une pression de plus en plus forte des oppositions de guerre et que nous devons nous attendre aux surprises nerveuses les plus singulières. C'est une raison de plus, d'ailleurs, pour rester nous-mêmes calmes et raisonnables; très fermes en ce qui concerne nos droits essentiels et notre politique de loyale neutralité; très compréhensifs pour les circonstances dans lesquelles se trouvent les belligérants et très serviables pour tout ce qui peut faciliter leurs rapports, leur rapprochement éventuel, alléger leurs souffrances, préparer l'avenir et sauver ce qu'on peut encore espérer de l'esprit d'humanité et du respect du droit.

Ce fut toujours ma ligne de conduite et je suis d'accord avec vous pour que nous maintenions dans toute la mesure du pos-

Monsieur H. Frölicher,
Ministre de Suisse,

Berlin.

Brief von Bundesrat Pilet-Golaz an Frölicher vom 11.1.1943. (BAR).

stable les bonnes relations que nous désirons avoir.

Vous voudrez bien accepter l'expression de ma reconnaissance pour le travail fourni au cours de l'année dernière. Elle vous est due ainsi qu'à tous vos collaborateurs. J'y joins mes vœux les meilleurs pour 1943.

Croyez, Monsieur le Ministre, à mes sentiments les plus distingués.

P. Lévy-Gulay

Einheits: D'Schwyz hat sich in dene schwere Zyte
bisher behauptet und bewährt

und andersits: schint es g'cho und
D'Zyt. schint mir z'cho und nüme fern, wo au en chline Staat
wider s'Recht uf g'sicherti Existenz wird ha, wenn er im Stand isch, sini statthlyfgebe z'erfülle.
er im Stand isch, sini statthlyfgebe z'erfülle.

«Handschriftliche Bemerkung von H. Frölicher: „Einheits: D'Schwyz hat sich in dene schwere Zyte bisher behauptet und bewährt und andersits: D'Zyt schint mir z'cho und nüme fern, wo au en chline Staat wider s'Recht uf g'sicherti Existenz wird ha, wenn er im Stand isch, sini statthlyfgebe z'erfülle.«
(BAR).

Weisungen und dislozierte am 27. März 1945 mit einigen Beamten in ein Landgut am Starnbergersee. In Bernried bei Tutzing nahm er Quartier und verblieb dort, bis er am 8. Mai über den Landessender Beromünster vernahm, der Bundesrat hätte ihn «abberufen». Abberufen? Die Wortwahl schmerzte ihn. Man hätte eher, meinte er, sagen müssen, er hätte seine Aufgabe «beendet». «Aber man wollte in Bern», so schrieb er in seinen Aufzeichnungen, «wohl noch in letzter Stunde die Beziehungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland abbrechen, obwohl es bereits nicht mehr existierte.»³²⁹ Frölicher erachtete das Vorgehen des Bundesrates als stillos, ja als würdelos. Jetzt, da Deutschland am Boden lag, wollte man mit hohlen Gesten auftrumpfen. «Schliesslich hatten wir mit dem nationalsozialistischen Deutschland bis zu dessen Ende korrekte Beziehungen unterhalten».³³⁰ Die Meldung über seine Abberufung brachte Frölicher allerdings nicht aus der Fassung. Am Abend feierte er mit seiner kleinen Delegation das Kriegsende. Dann verzog er sich, selbst in dieser Stunde seine Eigenständigkeit kultivierend, für einige Tage auf seine Jagdpacht ins Lechtal. Als er aus dem Tirol zurückkehrte, hob er das Quartier am Starnbergersee auf und überschritt am 22. Mai mit seinem Trupp bei St. Margrethen die Schweizergrenze und begab sich nach Zürich.

Am folgenden Tag war die Delegation von der ehemaligen Quartiergeberin in Bernried zum Mittagessen ins Hotel Dolder geladen. Frölicher bedankte sich bei der vermögenden Gastgeberin, die am Zürichberg das Kriegsende abgewartet hatte, für das grosszügige Logis. Am nächsten Tag meldete er sich bei Bundesrat Max Petitpierre, dem Nachfolger von Pilet-Golaz, in der Überzeugung zurück, auf seinem Berliner Posten Wesentliches zur Kriegsverschonung der Schweiz geleistet zu haben. Wie verlief die Unterredung? Frölicher habe, soll Petitpierre gesagt haben, nach Ansicht des Bundesrates seine Aufgabe nicht nur mit Erfolg abgeschlossen, sondern auch gut durchgeführt. Ob der Chef des EPD dies wirklich gesagt hat? Jedenfalls hätten die Worte nicht viel bedeutet. Die Mehrheit des Schweizervolkes dachte, wie Frölicher schmerzhaft erkennen musste, anders. Im Rückblick meinte er: «Dass der Bundesrat damals nicht öffentlich seinem Dank Ausdruck gab und es auch nicht wagen konnte, mir einen neuen Auslandsposten zu geben, muss man verstehen... Es brauchte schon Mut, dass das Politische Departement mir die Leitung der Deutschen Interessenvertretung entgegen der Meinung der Kritiker übertragen konnte».³³¹

Bis Frölicher sich zu dieser Einsicht durchgerungen hatte, musste er hart mit sich kämpfen. Ende 1944 verabschiedete sich Pilet-Golaz von seinem Gesandten. Er erklärte in einem persönlichen Brief, weshalb er aus dem Bundesrat ausscheide; er sei zur Überzeugung gelangt, die Aussenpolitik in der Nachkriegs-

zeit werde besser von einem andern Bundesrat geleitet. Dann deutete, wie Frölicher im Tagebuch notierte, der scheidende EPD-Vorsteher an, «dass wir bald beide melancholische Gespräche zu führen haben».³³² Melancholische Gespräche? Frölicher brauste auf. Warum sollte er sich auf der Verliererseite einreihen lassen? «Dass Berlin bald fertig ist, ist klar. Aber für Melancholie ist kein Grund, höchstens wegen Deutschland, aber nicht wegen mir und der Erfüllung meiner Mission.»³³³ Erst allmählich wurde dem Minister bewusst, dass mit dem Zusammenbruch des Reiches auch seine Karriere beendet war. Zwar hoffte er noch eine Zeitlang, der Bundesrat würde ihm eine ruhige, etwas im Abseits des Weltgeschehens gelegene Gesandtschaft als Altersposten anvertrauen. Aber eine solche Bestallung schickte sich im neuen politischen Umfeld nicht mehr. Stattdessen verabreichte man ihm, wie es in der Familie empfunden wurde, den «Eseltritt».³³⁴

Nach seiner Rückkehr in die Schweiz wurde Frölicher auf eine administrative Dienststelle abgeschoben. Er leitete bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1951 die Deutsche Interessenvertretung im EPD. In diesem Amt musste er sich um die deutschen Staatsangehörigen und die Verwaltung des Reichsvermögens in der Schweiz kümmern. Bundeskanzler Konrad Adenauer dankte Frölicher für die Sorgfalt, die er dieser unauffälligen Verwaltungstätigkeit angedeihen liess, mit einem Schreiben und einer Bronzeplastik. Auch ehrte ihn die Bundesrepublik 1958 mit dem grossen Verdienstkreuz mit Stern. Nach der Interessenvertretung betätigte sich Frölicher bis zu seiner Pensionierung Ende März 1953 noch mit solchen Aufgaben, die man am zweckmässigsten wohl als Aufräumarbeiten bezeichnet. Er nahm in der Vertrauensstelle für Goldhypothesen Einsitz; sodann evaluierte er die Schäden, welche den Schweizern durch völkerrechtswidrige Handlungen der japanischen Streitkräfte zugefügt worden waren, und im Auftrag der Bundesrepublik verwaltete er eine Reihe deutscher Heilstätten in der Schweiz. Wie bescheiden die Aufgaben auch sein mochten, Frölicher hätte seine ordentliche Pensionierung, die er bereits um drei Monate hinauschieben konnte, gern mit der Bearbeitung von Entschädigungsansprüchen aus dem Fernen Osten noch weiter vor sich hergeschoben. Aber im Departement fand man, auf Ende März sei ein Schlussstrich zu ziehen.³³⁵

Frölicher zog sich nun ganz auf sein Anwesen in Ursellen zurück und lebte im geschlossenen Kreis seiner Familie. Er hatte sich nach dem Krieg nochmals verheiratet. Seine aus Pommern gebürtige Frau, Rosemarie von Holzschuher, geborene Müller, schenkte ihm eine Tochter, die seine alten Tage erfreute. Über seine Berliner Mission jedoch schwieg er vollständig.

Nie hätte er seine Tätigkeit als Gesandter öffentlich verteidigt. Aber Mitte der fünfziger Jahre verfasste er Aufzeichnungen über die bewegten Berliner Jahre. Die flüssig geschriebenen Memoiren durften allerdings erst nach seinem Tod erscheinen. Er verstarb 1961 in Ursellen und liegt in Konolfingen begraben. Das Buch «Meine Aufgabe in Berlin» kam im folgenden Jahr als Privatdruck für einen kleinen Leserkreis heraus.

Politische Berichterstattung aus der Höhle des Löwen

Von seiner Ausbildung und seiner Geisteshaltung her war Frölicher durch und durch deutschfreundlich. Deutsche Kultur schätzte er über alles – was ja im deutschschweizerischen Bürgertum um die Jahrhundertwende eher die Norm als die Ausnahme war und sich auch über den Ersten Weltkrieg hinaus nicht gänzlich verlor. Angefeuert vom wohlwollenden Echo, das seine Ministerernennung in den Regimekreisen der deutschen Hauptstadt auslöste, überzeugt auch, mit seinen Vorkenntnissen und vielfältigen Kontakten die schwierige Aufgabe bewältigen zu können, trat er seine Mission in Berlin an. Zwar focht ihn die politische Linke in der Schweiz an. Aber das störte ihn, so bekommt man den Eindruck, nur gelinde.

Sein Einstieg in der Hauptstadt war fulminant – und fatal. Mit der Neutralitätserklärung gab ihm Hitler beim Antrittsbesuch mehr, als der neu akkreditierte Gesandte erhoffen durfte. Frölicher war von Hitler im direkten Gespräch tief beeindruckt. Am 10. Juni 1938 berichtete er nach Bern: die für uns günstigen Erklärungen Hitlers zeigten, «dass das deutsche Staatsoberhaupt persönlich unserem Lande gegenüber sympathisch und verständnisvoll eingestellt ist. ... Die ruhigen, logisch aufgebauten und grosszügigen Ausführungen haben mir nicht nur einen grossen Eindruck gemacht, sondern mich auch in Bezug auf meine hiesige Stellung und namentlich hinsichtlich der Zukunft der deutschschweizerischen Beziehungen beruhigt.»³³⁶ In dieser Begegnung mit Hitler verlor Frölicher jene kritische Geisteshaltung, die er beim ersten Berliner Aufenthalt durchaus an den Tag gelegt hatte. Er wog sich im Glauben, den richtigen Zugang zum verschlossenen Hitler gefunden zu haben; er traute sich zu, mit etwas Geschick das Beste für sein Land herauszuholen zu können, kurz: er wollte den Tiger reiten. Unverständlich ist diese Haltung nicht; ein Diplomat ist ja dazu da, selbst dann noch Verständigungsmöglichkeiten herzustellen, wenn eine Situation ausweglos erscheint. Aber Frölicher bildete sich zuviel auf einen Erfolg ein, der letztlich nur eine kalkulierte Geste Hitlers war. Verschiedentlich warb er nun in der Öffentlichkeit dafür, den Führer beim Wort zu nehmen und ihm zu vertrauen. Hitler war bei Frölichers Antrittsbesuch erneut das gelungen,

was er schon mit dem Briten Sir Nevile Henderson durchgespielt hatte: Der neu eingetroffene Diplomat verliess die Audienz im Glauben, den Führer beeindruckt zu haben, derweil Hitler den Diplomaten aufs Höchste beeindruckt hatte. In diesem Irrtum befangen, plädierte Henderson schon kurz nach seiner Ankunft in der Reichshauptstadt dafür, Hitlers Erklärungen zum Nennwert zu nehmen. Ähnlich erging es Frölicher.

Am 25. November 1938 hielt Frölicher in München eine Rede vor dem schweizerischen Wohltätigkeitsverein. Die Ansprache wirbelte viel Staub auf. Die sozialistische Presse lief Sturm. «Ist das noch ein schweizerischer Gesandter?» betitelte das «Volksrecht» in Zürich seine Rüge vom 28. November. Auch die katholisch-konservativen «Neue Zürcher Nachrichten» waren ob der Ansprache entsetzt. Was hatte Frölicher gesagt? Vor der versammelten Schweizerrunde hielt er eine völlig patriotische Rede. Aber an einer Stelle liess er sich – er hatte wohl noch den Antrittsbesuch bei Hitler im Hinterkopf – von seinem eigenen Erfolgserlebnis wegtragen. Das Deutsche Nachrichtenbureau meldete, der Schweizer Gesandte habe Folgendes gesagt:

«Ausserhalb Deutschland werde es noch immer nicht genügend erkannt, dass es ein Verdienst des Nationalsozialismus ist, nicht Aussenpolitik nach alten imperialistischen Rezepten zu machen, sondern den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts des Volkes auf sein Panier geschrieben zu haben! Eine ‚logische‘ Folge sei, dass in Anerkennung des freien Willens der Schweizer von höchster Stelle Deutschlands Erklärungen abgegeben worden sind, die jeden Zweifel beseitigen. Dr. Frölicher betonte, er wisse, dass in der Schweiz – viel sei daran die Schweizer Presse schuld – jedes Gespräch mit Vorliebe kolportiert werde, das spät am Abend am Wirtshaus-tisch nach vielen Gläsern Wein gesprochen werde. Das einzig wichtige sei aber, was der deutsche Reichskanzler erklärt hat. Bei dieser klaren Stellung wäre es wahrhaftig an der Zeit, dass man im ganzen Schweizer Volk der Aussenpolitik des Bundesrates Verständnis entgegenbringe.»³³⁷

Am meisten Entsetzen löste in den Redaktionsstuben der Seitenhieb gegen die Schweizer Presse aus. Kritisiert wurde freilich auch das Kompliment, welches Frölicher der nationalsozialistischen Aussenpolitik erteilte, obschon etwas weniger stark. Denn bis zum Zeitpunkt der Ansprache spielte sich Hitler als der hartnäckigste Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf, eines Grundpfeilers der Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg. Den Österreichern und Sudetendeutschen war dieses Recht indes nach dem Krieg vorenthal-

ten worden. Hitler nützte diese prinzipienverletzende Situation geschickt aus und erhielt dafür selbst in Grossbritannien und den USA Zustimmung. Die erste Phase der grossdeutschen Expansion war tatsächlich unter der Tarnkappe des Selbstbestimmungsrechtes erfolgt.

Einige Blätter verlangten nach der Münchner Rede die sofortige Abberufung Frölicher's. Der Bundesrat forderte den Minister umgehend auf, ihm die Rede zuzustellen. Lediglich gestützt auf eine Agenturmeldung des nationalsozialistisch eingefärbten Deutschen Nachrichtenbureaus wollte er sich keine Meinung bilden. Frölicher sandte dem Bundesrat seinen Text zu, den er jedoch erst nachträglich aufgesetzt hatte. Denn er hatte seine Ansprache, nur mit ein paar Stichworten versehen, freigehalten. In der schriftlichen Version stand nichts über die Rolle der Presse, was freilich nicht verbürgte, dass der Gesandte davon nicht gesprochen hätte. Frölicher selbst wollte diese Möglichkeit in seinen Memoiren nicht ausschliessen.³³⁸ Hingegen hatte er eindeutig die Zusicherungen, welche Hitler alt Bundesrat Schulthess und ihm gegenüber abgegeben hatte, in aller Form unterstrichen. Der Nationalsozialismus verfare, so beteuerte er, nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung. In seinem Manuskript stand: «Es ist nun nichts anderes als eine logische Folge dieses Grundsatzes der Selbstbestimmung, wenn in Anbetracht des klaren Willens des Schweizer Volkes hohe und höchste Persönlichkeiten hier im Reich Erklärungen abgegeben haben, die ein für allemal Jeden Zweifel in den deutsch-schweizerischen Beziehungen beseitigten.» Dann machte sich Frölicher über die Wirtshausgespräche lustig, um zu schliessen: «Wichtiger als dieses Gerede und einzig wichtig ist, was hier der Herr Reichskanzler und Führer des Deutschen Reiches zu Herrn alt Bundesrat Schulthess gesagt hat und was er auch mir bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens bestätigte: ‚zu jeder Zeit, komme was da wolle, Deutschland wird die Unverletzlichkeit und Neutralität achten«.»³³⁹

Der Bundesrat war mit dieser Rede zufrieden. In seiner Sitzung vom 5. Dezember 1938 hielt er fest, Minister Frölicher hätte eine «vorzügliche, sehr kluge und durchaus einwandfreie Rede gehalten». Die Rede wurde veröffentlicht und im Allgemeinen mit Erleichterung aufgenommen. Die «Neue Zürcher Zeitung» vermerkte, das Original enthalte den arg kritisierten Satz über die Schweizer Presse nicht.³⁴⁰ Der «Bund» lobte schon im Titel: «Die Rede von Minister Frölicher: Der Wortlaut klärt Missverständnisse in erfreulicher Weise auf». ³⁴¹ Und das «Berner Tagblatt» kommentierte: «Es ergibt sich also, dass die Behauptungen der ‚Münchener Neuesten Nachrichten über angebliche Auslassungen unseres Ministers betreffend das Verhalten der Presse nicht zutreffen. Zum tatsächlichen Text der Rede unseres Berliner Vertreters, welches die Rede eines verantwortlichen Diplomaten war, wird kein vernünftiger Eidgenosse etwas

einzuwenden haben.»³⁴² Auch Nationalrat Grimm zeigte sich in der «Berner Tagwacht» vom 6. Dezember 1938 erleichtert, dass die nationalsozialistische Nachrichtenagentur den Passus über die Schweizer Presse eigenmächtig hinzugefügt hätte. Aber ein Meisterwerk sei die Rede deswegen immer noch nicht. In einem klugen Kommentar meinte Grimm: «Wir haben es also einmal mit einer Lüge und Erfindung der Goebbels-Presse zu tun. Zum andern aber mit dem naiven Glauben des Herrn Frölicher an Hitlers Neutralitätsversprechen. Das Wort gegen die Gerüchtemacherei nach ‚vielen Gläsern Wein‘ sei ihm verziehen, vielleicht hatte er selbst schon einige hinter die Binde gegossen, als er seine ungeschickte Rede hielt. Bleibt also sein kindlicher Glaube an Hitlers Versprechungen.» Wie könne man sich, fragte Grimm, auf Neutralitätserklärungen berufen, nachdem Österreich verschwunden sei, die Tschechoslowakei zerstückelt und das Memelland bereits als nächstes Opfer eingekreist werde.

Zu Beginn der nationalsozialistischen Diktatur wusste Frölicher, der alte Legationsrat, dass man dem Regime nicht trauen darf; nach schmerzhaften Lektionen wurde es ihm von Neuem beigebracht. Aber in den ersten anderthalb Jahren nach seinem Antrittsbesuch liess er sich nicht von der Hoffnung abbringen, auch mit Hitler und den Nationalsozialisten eine Diplomatie betreiben zu können, die auf den Regeln der Vernunft beruhe. In Frölichers Psyche haben sich Hitlers Zusicherungen über die Unversehrtheit der Schweiz, die der Gesandte bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens persönlich entgegennehmen durfte, einem Urerlebnis gleich eingenistet. Immer wieder beteuerte er dem Politischen Departement, die Aussagen des Führers seien wahrhaftig. Nach dem Münchner Abkommen glaubte Frölicher, mit der Einverleibung des Sudetenlandes ins grossdeutsche Reich würde Hitler keine weitem territorialen Ansprüche mehr erheben – ausser auf Danzig und das Memelland, welche der Führer als deutsche Gebiete betrachte. «Meines Erachtens wäre es unrichtig zu glauben, dass die Erklärungen des Reichskanzlers, dass Deutschland keine weitem territorialen Ansprüche in Europa mehr habe, unwahr seien. ... Es ist sicherlich keine leere Phrase, wenn Hitler in seiner Rede von Godesberg erklärt hat, dass allen Anrainern Deutschlands die Unverletzlichkeit ihres Gebietes zugesichert werde.»³⁴³ Mit ähnlichem Zutrauen kommentierte er auch die Hitlerrede vom 30. Januar 1939. Er meinte, aus den Äusserungen des Führers dürfe man schliessen, dass die Kriegsgefahr für das Jahr 1939 gebannt sei. Die Hitlerrede hätte auch für die Schweiz eine bedeutungsvolle und, wie Frölicher meinte, erfreuliche Abklärung gebracht. Denn der Führer hätte erklärt: (*«Deutschland ist glücklich, heute im Westen, Süden und Norden befriedete*

Grenzen besitzen zu dürfen». ... In diesen Erklärungen liegt eine erneute Anerkennung unserer Grenzen und unserer Neutralitätspolitik... Die Bedeutung dieser Ausführungen wird man nicht übersehen ... Es wäre wohl am Platze gewesen, wenn die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ in ihren schwarzseherischen Kommentaren auch diese Stellen der Rede, die unser Land direkt betreffen, wenigstens erwähnt hätte.»³⁴⁴

An sich wäre Frölicher vor zuviel Vertrauen in Hitlers Versprechungen gewarnt gewesen. Als er bei seinem Amtsantritt dem französischen Kollegen einen Höflichkeitsbesuch abstattete und ihm seine Erfolgsgeschichte bei Hitler erzählte, antwortete Botschafter André François-Poncet, auf Hitlers Erklärungen dürfe man sich nicht verlassen. Der Reichskanzler hätte auch den Locarnepakt als eine Verpflichtung anerkannt, welche Deutschland freiwillig eingegangen sei. Dies hätte ihn indes nicht gehindert, 1935 die Verträge aufzukündigen und ins Rheinland einzumarschieren. Frölicher rückte indes von seiner Meinung nicht ab. Er glaubte, François-Poncet, obschon dieser als bestinformierter Diplomat in der Reichshauptstadt galt, vergleiche Unvergleichbares. Hitler habe, so erwiderte Frölicher, Stresemanns Verträge innerlich nie gebilligt; dass die schweizerische Neutralität jedoch für Deutschland wertvoll sei, diese Auffassung entspreche der innersten Überzeugung des Reichskanzlers. Dieser selbst habe es ihm bezeugt.³⁴⁵

Vor diesem Hintergrund erstaunt es kaum, wenn Frölichers politische Berichterstattung bis ins erste Kriegsjahr hinein optimistischer ist, als es die Umstände rechtfertigten. Er wollte den Glauben nicht aufgeben, dass letztlich selbst Hitlers Aussenpolitik den Regeln der Vernunft gehorchen müsse. Die deutsche Wirtschaftslage sei viel zu schlecht, als dass sich der Führer aussenpolitische Abenteuer leisten könnte, bemerkte er mehrfach. Stets von Neuem legte er sich die widerborstigen Fakten so zurecht, dass sie einer aussenpolitischen Logik gehorchten: Der Anschluss Österreichs liess sich mit dem Selbstbestimmungsrecht erklären, das diesem Land nach dem Ersten Weltkrieg im Widerspruch zur neuen Friedensordnung versagt blieb. Ähnliches galt für die sudetendeutsche Minderheit in der Tschechoslowakei; auch sie konnte sich nie über ihre Staatsangehörigkeit aussprechen. Die Ansprüche auf Danzig gehörten in die gleiche Kategorie, die Forderung nach dem Memelland, die rechtlich unhaltbar war, versuchte er aufgrund der Geschichte zu verstehen. Noch im November 1938 war er überzeugt, Deutschland werde diese Ansprüche aber nur im Einverständnis mit Polen regeln.³⁴⁶

Die Unersättlichkeit von Hitlers Machtansprüchen erkannte er in diesem Stadium ebensowenig wie des Reichskanzlers Bereitschaft, blanke Macht einzusetzen. Wenn Frölicher an der Festversammlung in München verkündete, das

nationalsozialistische Deutschland betreibe keine imperialistische Aussenpolitik, sondern ver helfe dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Durchbruch, dann gab er exakt jene Ansicht wieder, welche Staatssekretär Weizsäcker in jener Zeit im diplomatischen Corps ständig verbreitete.³⁴⁷ Erst als Weizsäcker im Frühjahr 1939 mit dem militärischen Einmarsch in die Tschechoslowakei in flagranti des Irrtums überführt wurde, schreckte Frölicher auf. Er hatte, nicht anders als seine Kollegen, die ihre Informationen an der Wilhelmstrasse bezogen, Hitlers Marsch nach Prag, wie er in einem Bericht einräumen musste, nicht vorhergesehen.³⁴⁸

Nun verstärkten sich in ihm die Zweifel an seiner bisherigen Beurteilung der politischen Lage. Zwar hoffte er noch immer, Hitler werde nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen, sondern wirtschaftliche Gegebenheiten und völkerrechtliche Verpflichtungen in seinen aussenpolitischen Plänen berücksichtigen. Aber diese Hoffnung erlosch im Sommer 1939. «Die optimistische Note, die ich glaubte in meinem Pfingstbericht anstimmen zu können, scheint sich leider nicht als gerechtfertigt zu erweisen. Die Entwicklung der internationalen Lage, nämlich die undurchsichtige Haltung Sowjetrusslands, die englisch-japanische Spannung in Folge der Zwischenfälle in Tientsin, die achsenfreundliche Haltung Spaniens bilden gewissermassen eine Aufmunterung für Deutschland, die Lösung der Danziger und der Korridorfrage in absehbarer Zeit eigenmächtig vorzunehmen.»³⁴⁹ Frölicher prognostizierte Mitte Juni, die Krise um Danzig werde in der zweiten Augushälfte ihren Höhepunkt erreichen. Mittlerweile schein e es ausgeschlossen, noch eine Verständigung zu erreichen. Und am 28. August schreibt er dem Bundesrat, «die Lage muss ... als sehr ernst beurteilt werden.»³⁵⁰ Frölicher hat die Gefahren, welche sich zusammenbrauten, sehr wohl erkannt. Er hat den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht, wie ihm übelgesinnte Mitarbeiter des schweizerischen Nachrichtendienstes andichteten, verschlafen.

Zutreffend ist allerdings, dass Frölicher häufig harmlose Interpretationen nach Bern schickte – schicken musste. Wenn er am Nachmittag des 1. September 1939 dem Politischen Departement kabelte, Weizsäcker hätte ihm gesagt, es bestehe noch kein Kriegszustand mit Polen, dann mag dies im Nachhinein merkwürdig klingen. Doch ein Diplomat hat keine andere Wahl, als solch wichtige Äusserungen von hochrangigen Persönlichkeiten an seine Hauptstadt weiterzuleiten – er sollte sie allerdings mit einem Kommentar versehen. Dass der Staatssekretär diese Erklärungen abgegeben hat, daran besteht kein Zweifel. Unter dem Datum vom 1. September 1939 zeichnete Weizsäcker selbst auf, die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein hätten als erste eine Neutralitätserklärung abgegeben, wobei er bei der Entgegennahme der diplomatischen Noten

geäussert hätte, ein Kriegszustand im eigentlichen Sinn mit Polen liege noch nicht vor, obschon Deutschland in Feindseligkeiten verwickelt sei.³⁵¹

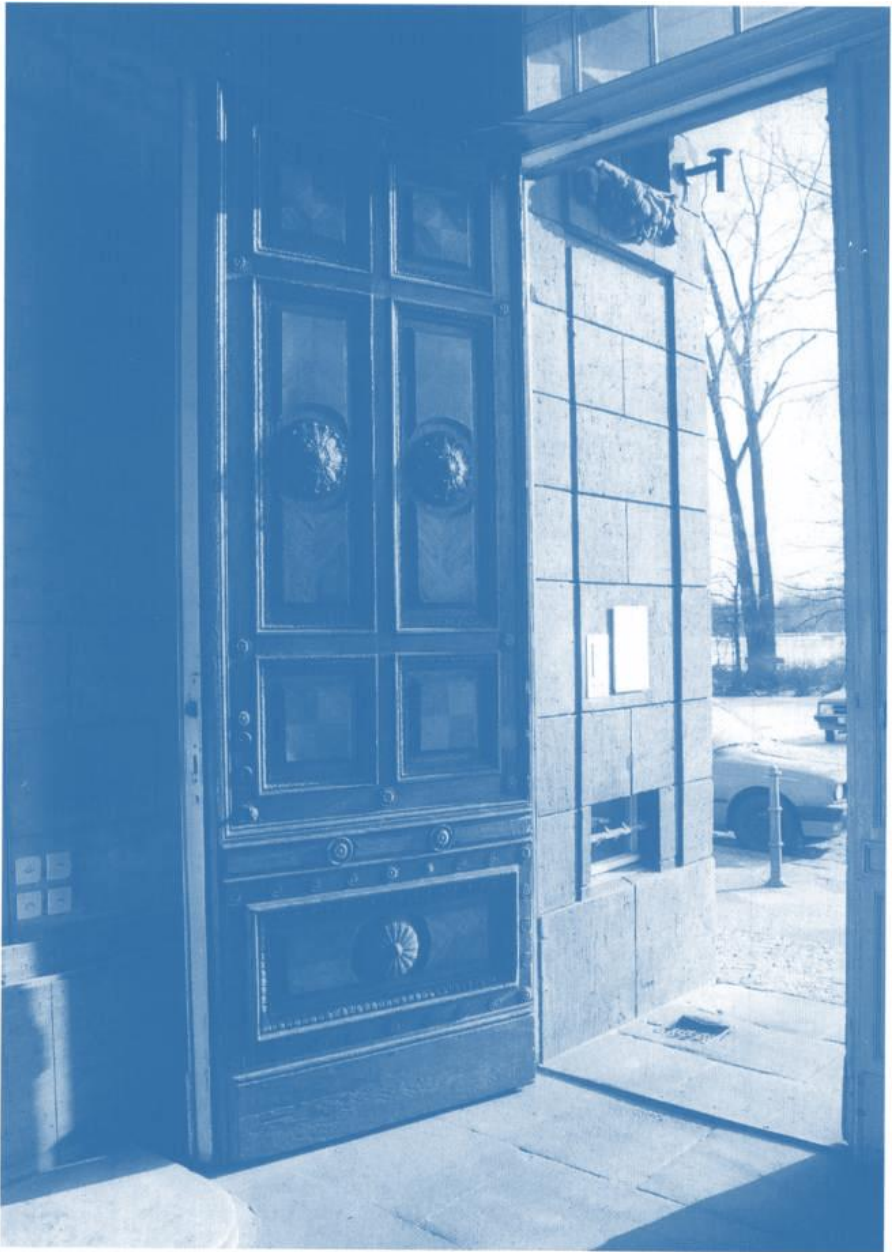
Frölicher war auch nicht blind für die militärischen Gefahren, welche der Schweiz drohten. ÄITte gâtions rat hatte er, wie erwähnt, auch das Amt eines Militärattachés bekleidet. Im Mai 1940, nach dem deutschen Überfall auf die Niederlande, Belgien und Frankreich, war die Schweiz in höchster Alarmbereitschaft. Nach dem 10. Mai befürchtete man einen Einfall von einer Stunde auf die andere. Im Nachrichtendienst von Brigadier Robert Masson jagten sich die beängstigenden Depeschen – eine Falschmeldung nach der andern, wie sich später herausstellen sollte. Mit geschickt gestreuten Gerüchten wurde der «Aufmarsch gegen die Schweiz» vorgetäuscht. An jenem gefahrenvollen 10. Mai 1940 fuhr Frölicher mit seinem Auto von München über Ulm nach Bregenz. Auf den mutmasslichen Aufmarschstrassen begegneten Frölicher keinen Truppen. Er begab sich nach Bern und meldete seine Beobachtungen, fand aber wenig Glauben. Die Rückfahrt wählte er wieder bewusst durch das angebliche Aufmarschgebiet. Erneut nahm er keine verdächtigen Bewegungen wahr. Pflichtgemäss informierte er Bern darüber.

Gefährlicher schienen ihm die Fliegerzwischenfälle vom Juni 1940. Die Schweizer Verteidigung schoss einige deutsche Messerschmidts ab, die den helvetischen Luftraum verletzt hatten. Göring soll, wie Frölicher in seinen Aufzeichnungen berichtet, getobt haben.³⁵² Von Mitte Juni bis Ende Juli 1940 war die Schweiz, so glaubte Frölicher, mehr gefährdet als je zuvor oder danach. Seine Einschätzung der militärischen Bedrohungslage erwies sich im Nachhinein, wie eine Studie von Klaus Uerner belegt³⁵³, als richtig. Sie stimmte auf erstaunliche Weise mit den deutschen Angriffsplänen überein. Vom Dezember 1940 an bestand, wie Frölicher sich später in einer Denkschrift für Bundesrat Petitpierre erinnerte, keine akute Gefahr mehr. Mit Hitlers Angriff auf die Sowjetunion verzogen sich die Gewitterwolken vollends nach Osten. Wäre der Russlandfeldzug erfolgreich verlaufen, dann wäre die Schweiz nochmals in eine lebensgefährliche Lage geraten. «Wir haben es sicherlich», schrieb Frölicher, «dem erfolgreichen russischen Winterfeldzug 1941/42 zu verdanken und dem Widerstand der russischen Armee im Sommer 1942, dass die Frage Schweiz nicht schon vor dem Endsieg akut wurde.»³⁵⁴

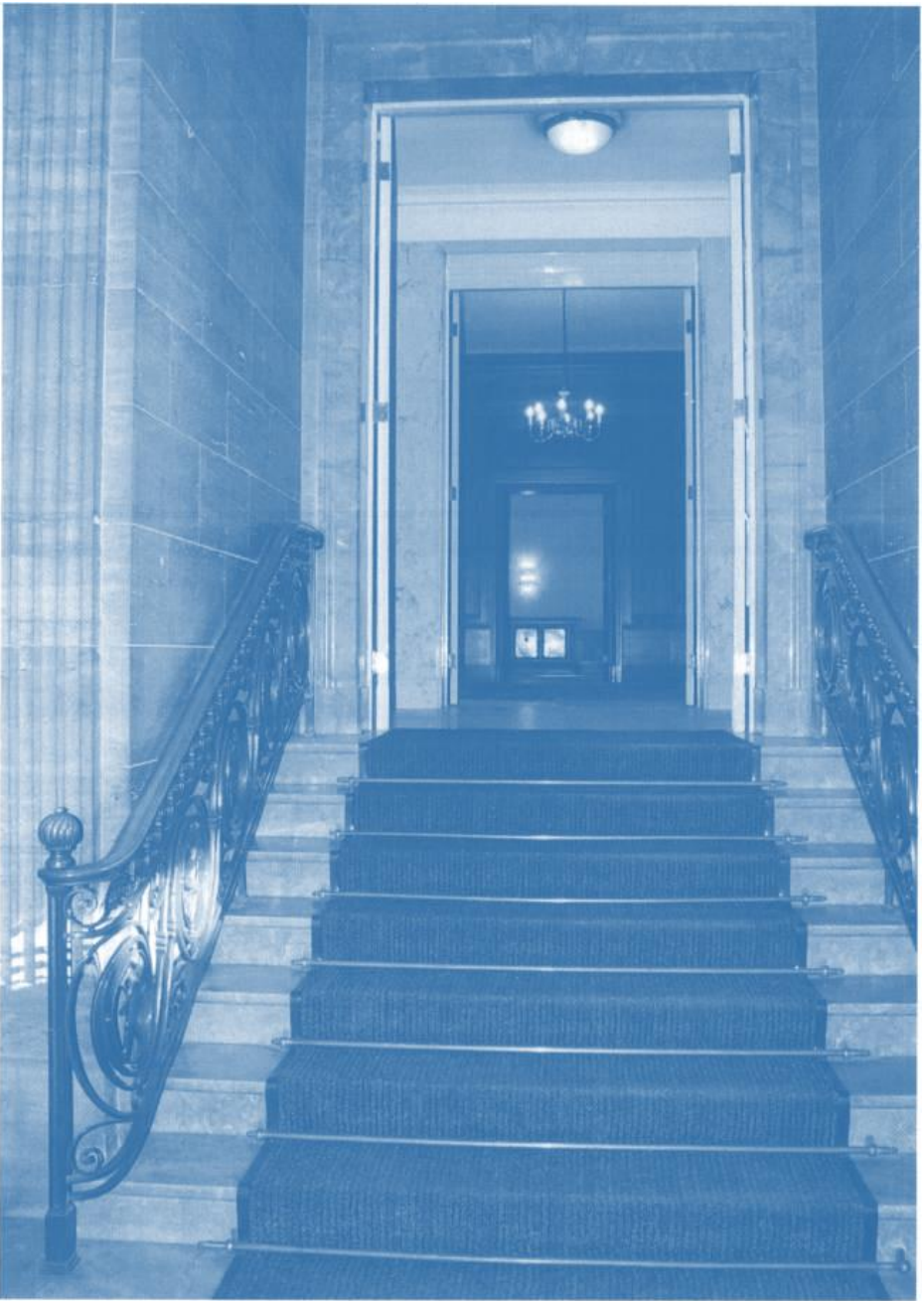
Diese Sicht, so richtig sie ist, nimmt sich etwas zu abgeklärt aus. Frölicher hat vom Wissen dessen profitiert, der weiss, wie die Geschichte verlaufen ist. Allerdings hat er schon am 21. Dezember 1943 an Bundesrat Pilet-Golaz geschrieben: «Ich bin ja immer der Ansicht gewesen, dass schon Ende 1940 eine

Erleichterung unserer Lage eingetreten ist, damals als deutscherseits der Entschluss gefasst wurde, den Krieg mit Russland zu beginnen. Die späteren Alarmnachrichten habe ich nie mehr ernst nehmen können und mein Optimismus hat sich denn auch bisher als richtig erwiesen.»³⁵⁵ Warum ermahnte er dann den Bundesrat in den ersten Kriegsjahren immerfort, den deutschen Wünschen entgegenzukommen? Direkt oder indirekt lieferte er das Argument stets mit: weil die Schweiz keinen Angriff provozieren dürfe. Auch die fragwürdigen Ärztemissionen nach Russland, die er anregte, entsprachen kaum einer gelassenen Gefahreinschätzung. Rechtfertigte er diese Delegationen nicht gerade damit, dass sie guten Willen in solchen Kreisen erzeugen sollten, welche immer noch mit einem Überfall auf die Schweiz liebäugelten?³⁵⁶ Frölicher veranschlagte das Bedrohungspotential lange als sehr gross, er schätzte indes die jeweils akute Gefahr richtigerweise eher gering ein. Er sass, das muss man ihm attestieren, weit weniger als der Nachrichtendienst Invasionsgerüchten auf. Und solche wurden ihm von allen Seiten zugetragen. Mit klarem Kopf erkannte er die hohe Gefährdung im Frühsommer 1940; sodann befürchtete er in der Schlussphase des Krieges zu Recht, die Wehrmacht könnte bei ihrem Rückzug aus Frankreich die Hoheitsrechte der Schweiz aus schierer Verzweiflung verletzen. In der Zwischenzeit merkte er deutlicher als andere, dass der Dampf in der Gerüchteküche häufig nur anstieg, um den Druck auf die wichtigen Wirtschaftsverhandlungen zu erhöhen.³⁵⁷

Freilich war die Lage für die Schweiz im Sommer 1940, ob eine militärische Invasion bevorstand oder nicht, so existenzgefährdend wie noch nie seit der Gründung des Bundesstaates. Frölicher tat alles, was er konnte, um die Selbständigkeit seines Landes zu wahren und zu verteidigen. Er war ein Patriot bis in die letzten Fasern seines Wesens. Aber wie er die Verteidigung der schweizerischen Interessen in der gefährlichsten Zeitspanne wahrnahm, ist problematisch. In der Überzeugung, im besten Landesinteresse zu handeln, vertrat er, seit er seine Mission im Jahr 1938 in Berlin angetreten hatte, einen nachhaltigen Anpassungskurs. Er hätte dem Bundesrat nie geraten, den deutschen Forderungen zu widerstehen. Stets plädierte er für Nachgeben. Von der Richtigkeit seines Vorgehens war er tief überzeugt. Zum Jahresende 1941 unterrichtete er Bundesrat Pilet-Golaz über ein Gespräch mit Weizsäcker. Der Staatssekretär hatte ihm vielsagend prophezeit: «Das Jahr 1942 werde ... erweisen, dass unsere Aussenpolitik, wie ich sie in Berlin vertreten habe, die richtige gewesen sei.»³⁵⁸ Gern zitierte Frölicher auch das Kompliment, welches ihm Weizsäcker erteilte, bevor sich dieser nach Rom verabschiedete, um als Botschafter beim Heiligen Stuhl zu wirken. Der langjährige Gesprächspartner schrieb dem Gesandten:



Haupteingangstüre zur Gesandtschaft an der Fürst-Bismarck-Strasse 4. Erbaut während der Umgestaltung von 1910/1911.



Treppe von Durchfahrt ins Hochparterre, mit Blick ins Repräsentationsgeschoss.



Vorfahrt, früher für Kutschen, mit Blick auf das Hoftor, das zum 1910/1911 errichteten Hinterhaus mit den ehemaligen Pferdestallungen führt.



Eingangshalle mit Eichentreppe zur Residenz im ersten Obergeschoss.



Detail des fein ausgearbeiteten Treppengeländers aus Bronze.



Detail der hochrenaissanceartigen Stuckdecke mit zahlreichen Musikmotiven.



Schnitzerei an der Bibliothekstür.



Beschlag an der Bibliothekstür.



Bibliothek mit Kassettendecke. Über dem Kamin Porträt des Gesandten Alfred de Claparède.



Ballsaal mit Blick auf Gartentüren.



Speisesaal mit Holzkassettendecke.



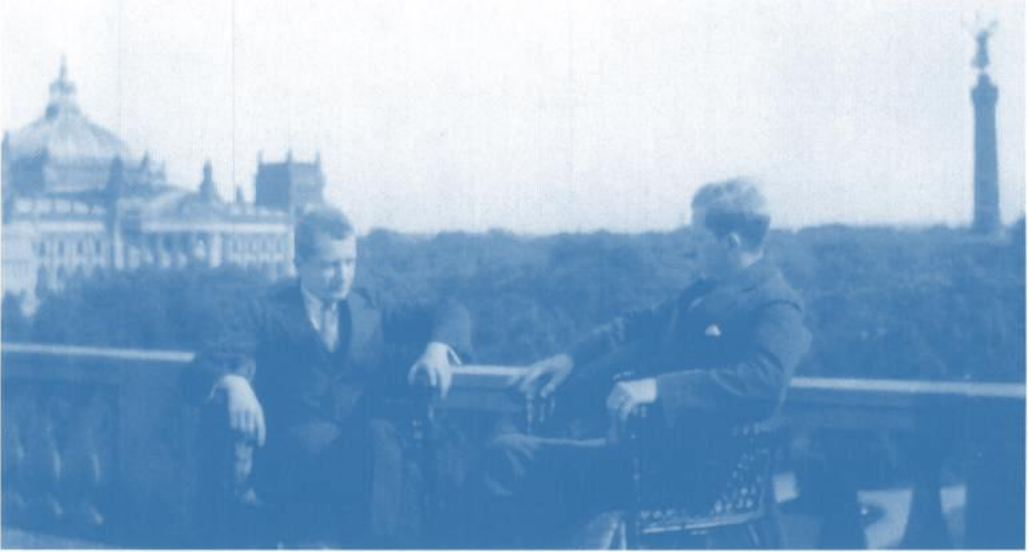
Aussenansicht des Gebäudes an der Fürst-Bismarck-Strasse 4, 1910/1911 neugestaltet für den Besitzer Erich Kunheim. Aufnahme um 1914. (Landesbildstelle Berlin).



Fürst-Bismarck-Strasse mit der neuen Gesandtschaft. Aufnahme von 1920. (Privatarchiv).



Im Auftrag von «Reichsarchitekt» Albert Speer errichtetes Gebäude für die Schweizer Vertretung im südlichen Tiergarten, Ecke Lichtensteinallee/Rauchstrasse; von der Schweiz nie übernommen; im November 1943 bei britischen Luftangriffen zerstört. (Landesbildstelle Berlin).



Otto und Paul Haberland, Söhne von Fritz Haberland, dem langjährigen Kammerdiener von Minister de Claparède, auf dem Dach der Gesandtschaft. Im Hintergrund der Reichstag und die Siegessäule, diese an ihrem ursprünglichen Standort am Königplatz.
Aufnahme um 1932. (Privatarchiv).



Blick auf den Königsplatz vom Reichstag aus. Links die Krolloper, in der Mitte das Generalstabsgebäude, rechts daneben die Fürst-Bismarck-Strasse, dahinter der Lehrter Bahnhof. Aufnahme um 1935. (Landesbildstelle Berlin).



Zerstörtes Kriegsgerät hinter der Schweizer Gesandtschaft, bei der Moltkebrücke.
Aufnahme von Anfang Mai 1945. (Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz).



Zerstörtes Kriegsgerät vor der Schweizer Vertretung und den Ruinen des Generalstabsgebäudes. Aufnahme von 1945. (Auslandsschweizersekretariat).



Luftaufnahme von 1945 des zerbombten Spreebogens. In der Mitte das sowjetische Ehrenmal, dahinter der kahlgefegte Königplatz. Links am Rande des Wasserbeckens, das vom unfertigen Spreedurchstich her stammt, das Generalstabsgebäude, rechts daneben die Schweizer Liegenschaft. (Landesbildstelle Berlin).



Die Schweizer Vertretung mit Kriegsschäden. Aufnahme um 1946.
(Auslandschweizersekretariat).



Blick vom Reichstag auf den Platz der Republik, den ehemaligen Königsplatz. Im Hintergrund die Ruinen des Generalstabsgebäudes und des Lehrter Bahnhofs, dazwischen das Gebäude der schweizerischen Delegation. Aufnahme von 1951. (Landesbildstelle Berlin).



Nach dem Mauerbau von 1961 lag die Schweizer Vertretung während einiger Wochen in einem Niemandsland. Die britischen Militärbehörden riegelten einen Sicherheitsstreifen entlang der Spree von der Moltkebrücke bis zum Brandenburgertor ab. (Privatarchiv).



Die Aussenstelle der Schweizerischen Botschaft im südlichen Spreebogen, daneben der ehemals für die Schweizer Diplomaten errichtete Bunker. Im Vordergrund Maschinen zur Zertrümmerung von unterirdischen Schächten aus der nationalsozialistischen Zeit. Aufnahme von 1995. (DB Projekt Knoten Berlin).



Blick nach Süden Reichstag

Tiergarten



Blick nach Norden Moltke-Brücke

Lehrter Stadtbahnhof

«timeline Berlin» macht vom Dach der Aussenstelle aus täglich eine Rundaufnahme vom Spreebogen, die man über Internet abrufen kann. Vor dem Reichstag Baustellen für Parlamentsnebengebäude sowie die Tunnels von U-Bahn, Fernbahn und Strasse; vor der Kongresshalle die Baustelle für das Bundeskanzleramt. (Aussenstelle Berlin).

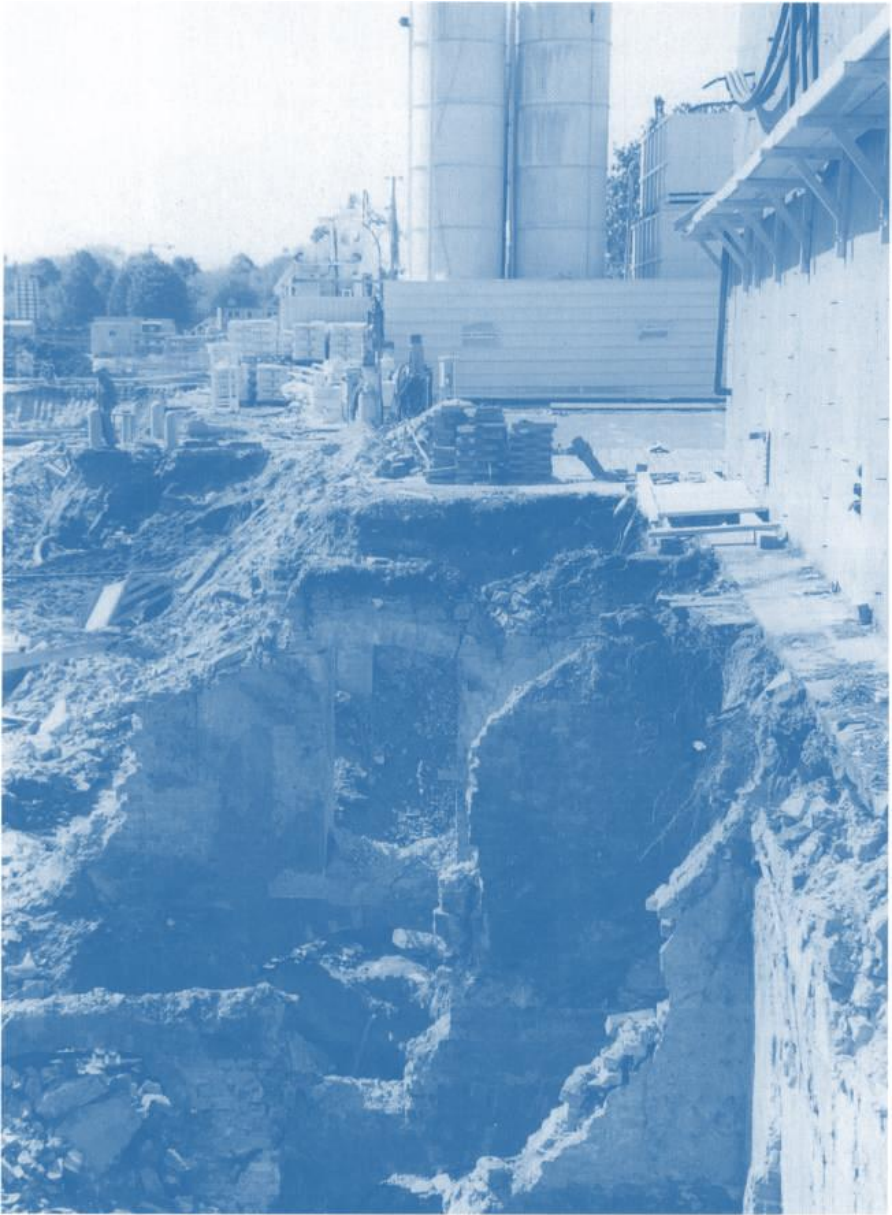


Kongresshalle



Humboldt-Hafen

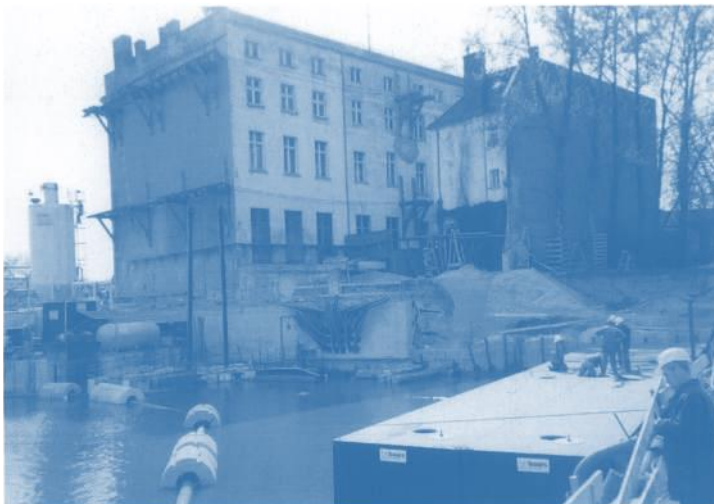
Charite



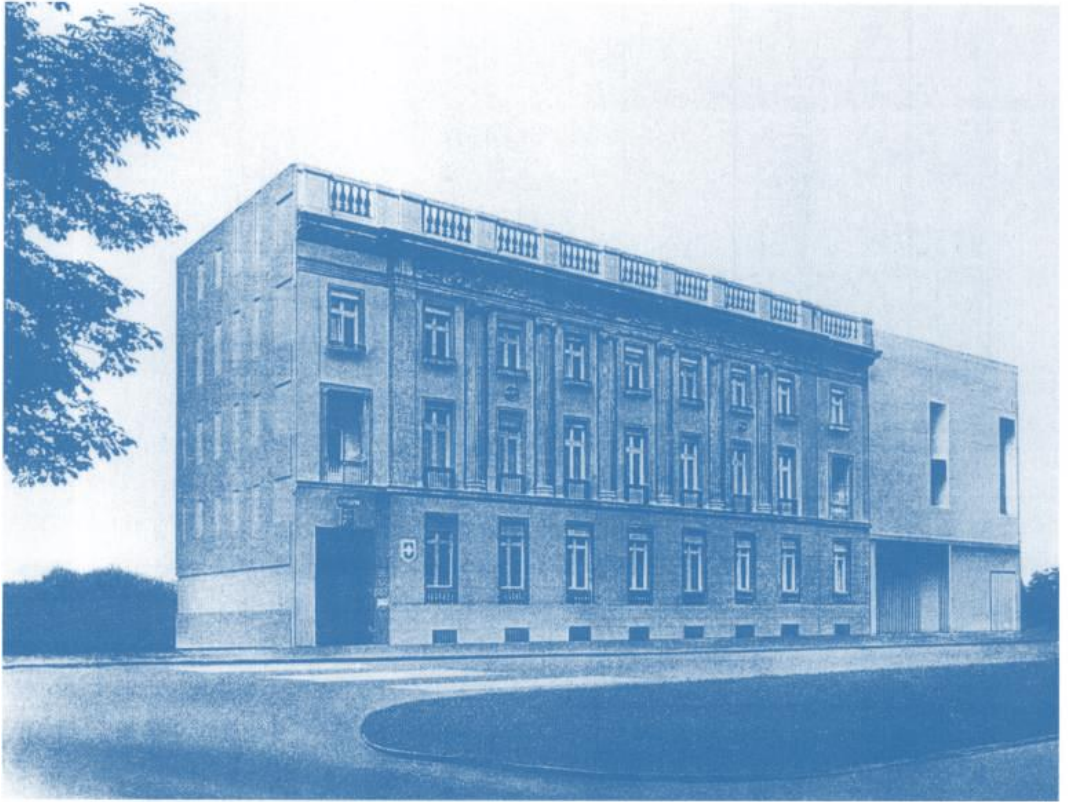
Der Tiergartentunnel wird unmittelbar am Ostgiebel der Botschaft vorbeiführen.
Kellerruinen des ehemals benachbarten Wohnhauses Alsenstrasse 6. Bis zum Beginn der Bauarbeiten diente diese Parzelle, welche die Schweiz 1954 hinzukaufte, als Garten.
Aufnahme vom Mai 1996. (Privatarchiv).



Die Aussenstelle mit dem verdeckten Hinterhaus vor dessen Abbruch. Aufnahme vom April 1997. (Privatarchiv).



Grundwasser füllt den zukünftigen Strassentunnel auf, der unter dem Neubau der Botschaft durchführen wird. Tauchspezialisten müssen die Tunnelwanne unter Wasser betonieren. Stahlseile halten das Hauptgebäude zusammen, damit es den Erschütterungen während der Bauarbeiten standhält. Aufnahme vom April 1997. (Privatarchiv).



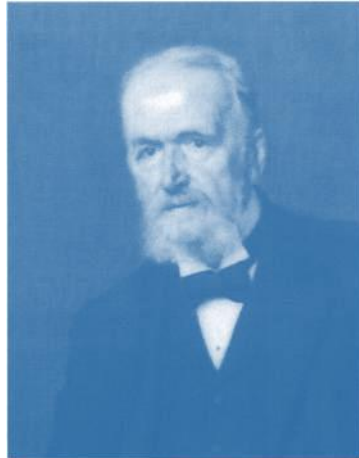
Neukonzeption der Schweizerischen Botschaft von Diener & Diener, Basel. An der linken Brandmauer gemäldeartiges Relief von Helmut Federle. Der vollständige Umzug der Botschaft von Bonn nach Berlin ist auf die Jahrtausendwende vorgesehen. (Diener & Diener).



Arnold Roth, Minister in Berlin von 1876-1904. Roth, zweiter von links, empfängt mit seiner Gattin in seinem Anwesen in Teufen/AR zum Tee. Aufnahme um 1890. (Privatarchiv).



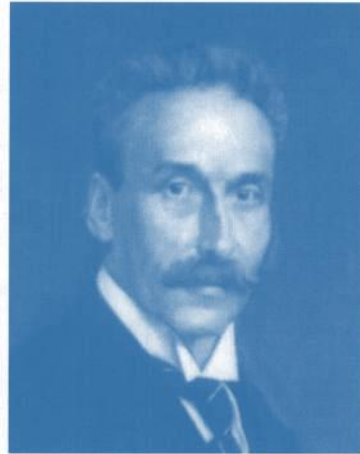
Bernhard Hammer, Minister in Berlin von 1868-1876; Bundesrat von 1876-1890. Gemälde von O. Kodym in der Schweizerischen Botschaft, Aussenstelle Berlin.



Alfred de Claparède, Minister in Berlin von 1904-1917. Gemälde von Gustav Adolf Meng-Trimmis in der Schweizerischen Botschaft, Aussenstelle Berlin.



Alfred von Planta, Minister in Berlin von 1919-1922. Gemälde von Gustav Adolf Meng-Trimmis in der Schweizerischen Botschaft, Aussenstelle Berlin.



Hermann Rüfenacht, Minister in Berlin von 1922-1932. Gemälde von Gustav Adolf Meng-Trimmis in der Schweizerischen Botschaft, Aussenstelle Berlin.



François de Diesbach, Major, Chef der Heimschaffungsdelegation in Berlin von 1945-1949.
(Auslandschweizersekretariat).



Felix Schnyder, Chef der Delegation in Berlin von 1949-1954. (BAR).



Kaiserbesuch. Festbankett im Grand Hotel Bernerhof (heute Sitz des Eidgenössischen Finanzdepartementes) zu Ehren von Kaiser Wilhelm dem IL, 6. September 1912. Zeichnung von F. Mantania (Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz).



Hans Frölicher, Minister in Berlin von 1938-1945, in der Reichskanzlei bei der Eintragung der Glückwünsche zum Neujahr 1944, begleitet vom Militärattaché Major Peter Burckhardt. (Privatarchiv).



Die Schweizerkolonie Berlin posiert zum Neujahr 1942. (Privatarchiv).



Divisionär **Eugen Bircher**, Leiter der ersten Ärztemission an die Ostfront, spricht zur Schweizerkolonie in Berlin. Aufnahme um 1943. (Privatarchiv).



Frölicher nach der Rückkehr 1945 mit seiner Enkelin in Ursellen. (Privatarchiv).



Der leidenschaftliche Jäger während einer Jagdpause. (Privatarchiv).



Lebensmittellager für hilfsbedürftige Landsleute in der beschädigten Bibliothek der Schweizer Vertretung. (Auslandsschweizersekretariat).



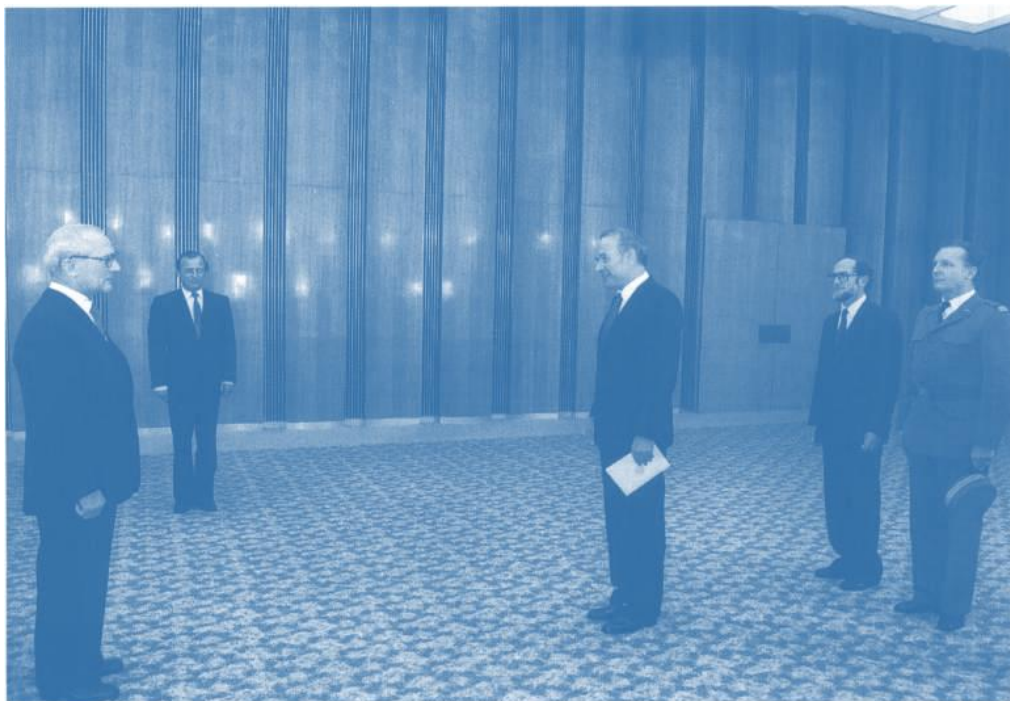
Lebensmittelverteilung auf einer Betreuungsstelle in der sowjetischen Besatzungszone. (Auslandsschweizersekretariat).



Major François de Diesbach, Chef der Heimschaffungsdelegation, mit Hauptmann **Jürg Nabholz** und einem sowjetischen Offizier in Berlin. Aufnahme um 1946. (Auslandschweizersekretariat).



Eine Schweizerfamilie aus Pösneck in Thüringen kehrt nach Reichenbach im Kandertal zurück. (Auslandschweizersekretariat).



Peter Dietschi, Schweizerischer Botschafter in der DDR, überreicht SED-Generalsekretär **Erich Honecker**, dem Vorsitzenden des Staatsrates, am 4. Oktober 1982 das Beglaubigungsschreiben. Im Hintergrund Botschaftssekretär Rudolf Stauch und Militärattaché Oberst Urs Breu. (Auswärtiges Amt, Aussenstelle Berlin).



Eine Schar verummter Kurden hatte am 10. Dezember 1985 das Generalkonsulat besetzt, um gegen die Entsendung von General Haydar Saltik als türkischem Botschafter in der Schweiz zu protestieren. Generalkonsul Ernest Sunier verabschiedet einen Besetzer. (BZ-Archiv Berlin).



Kolloquium «Berlin und die Schweizer Schriftsteller» auf der Aussenstelle der Schweizerischen Botschaft, 14./15. Oktober 1994. Auf dem Foto, von links nach rechts: Thomans Hürlimann, Urs Richie, der Moderator Andreas Isenschmid, Urs Jaeggi. (Lothar Deus, Berlin).



Teilnehmer am Schriftsteller-Kolloquium im Ballsaal der Aussenstelle. (Lothar Deus, Berlin).



Jeanne-Claude und Christo mit dem Autor auf dem Dach der Aussenstelle vor dem verhüllten Reichstag. Aufnahme Juni 1995. (Privatarchiv).

«Niemand hätte es besser machen können als Sie».³⁵⁹ Frölicher wählte nicht nur sanfte Umgangsformen mit dem Gastland, er war auch in der Sache nachgiebig. Hingegen pochte er häufig auf den Tisch, um deutschen Forderungen Nachdruck in Bern zu verleihen. Nicht grundlos beschuldigte man ihn im Nachrichtendienst, den deutschen statt den schweizerischen Standpunkt zu vertreten.³⁶⁰

Der Gesandtenposten im nationalsozialistischen Berlin war zweifelsohne die schwierigste Aufgabe, welche die Schweiz je an der Aussenfront zu vergeben hatte. Weder in Rom noch in Vichy-Frankreich – den einzigen Gesandtschaften, die einigermassen mit der Berliner Mission vergleichbar sind – waren die schweizerischen Vertreter ähnlichem Druck ausgesetzt. Frölicher war um seine Aufgabe nicht zu beneiden. Im Frühjahr und Sommer 1940, als sich die deutschen Siegesmeldungen überschlugen und die Gefahr eines Einmarsches in die Schweiz mehr als nur eine Generalstabsübung war, wurde er von verschiedenen Seiten her eingeschüchert, selbst vom Reichsaussenminister. Dieser zitierte ihn am 2. Mai 1940, am Auffahrtstag, kurzfristig zu sich an die Wilhelmstrasse und hielt ihm eine Standpauke. Ribbentrop hielt in einer akribischen Aktennotiz fest, wie er den Schweizer Gesandten abgekanzelt hatte. Da heisst es:

«Ich empfing heute den Schweizer Gesandten und sagte ihm..., dass wenn die Schweiz das Agrément für einen neuen Gesandten der polnischen Emigranten-Regierung erteile, dies zur Folge haben würde, dass wir unseren Gesandten zurückziehen und uns nicht mehr durch einen Gesandten in Bern vertreten lassen würden. Deutschland müsse dies als einen unfreundlichen Akt auffassen... Ich wies dann den Gesandten sehr ernst darauf hin, dass wir eine weitere Beschimpfung des deutschen Volkes durch die Schweizer Presse nicht mehr hinnehmen... Wir hätten nun eine Engelsgeduld in dieser Sache bewiesen, und ich könnte ihm nur dringend anraten, bei seiner Regierung die ernsthaftesten Vorstellungen in dieser Richtung zu machen. ... Ich sagte dem Gesandten noch, dass der Führer gestern ausserordentlich aufgebracht über die Angelegenheit eines neuen polnischen Gesandten in Bern gewesen sei und bei dieser Gelegenheit sich sehr abfällig über die Schweizer Presse geäussert habe. Zum Schluss erwähnte ich noch, dass ich immer gute deutsch-schweizerische Beziehungen gewünscht hätte, und ich könnte seiner Regierung nur den guten Rat geben, baldmöglichst völlig neue Wege in dem Verhältnis zu Deutschland einzuschlagen. Dass ich ihm, dem Gesandten, der zweifellos mit dem besten Willen nach Berlin gekommen sei, die Dinge freundschaftlich zu gestalten, dies sagen müsse, bedauerte ich; er

müsse aber zugeben, dass seine Tätigkeit bisher die Dinge zwischen unseren Ländern in keiner Weise verbessert habe.»³⁶¹

Den massiven Druck, den Frölicher zu ertragen hatte, leitete er an das Politische Departement weiter. Das war seine Pflicht. Das offizielle Bern wäre schlecht bedient gewesen, hätte ein Diplomat Drohungen dieses Kalibers nicht wortgetreu der Zentrale unterbreitet. Aber Frölicher ging oft noch einen Schritt weiter. Er machte sich selbst zum Anwalt der deutschen Forderungen. Mit Bundesrat Motta teilte er die Ansicht, die Schweiz müsse mit allen Nachbarstaaten freundschaftliche Beziehungen pflegen. Er glaubte, man könne dieses Ziel am besten erreichen, indem man Verständnis für die deutschen Anliegen zeige. Diese Haltung hatte Frölicher schon in Bern eingenommen, als er der Abteilung für Auswärtiges stellvertretend vorgestanden war. So hatte er sich innerhalb der Bundesverwaltung energisch für Sigismund von Bibra eingesetzt, damals die wohl meistgehasste Person in der Schweiz. Dieser lenkte, wie man überall wusste, den schweizerischen Ableger der NSDAP von der deutschen Gesandtschaft aus, nachdem der Bundesrat die Landesgruppenleitung der deutschen Nationalsozialisten in der Schweiz verboten hatte. Mit diesem fadenscheinigen Arrangement wahrte die Schweiz einigermassen ihr Gesicht, während die Nationalsozialisten ihre Tätigkeit kaum behelligt fortsetzen konnten. Auch für die deutsche Kritik an der Schweizer Presse zeigte er schon vor Kriegsausbruch viel Verständnis. Am nachhaltigsten forderte Frölicher indes im Jahr 1940, die Schweiz müsse sich dem neuen Kurs anpassen. Als Italien an Deutschlands Seite in den Krieg eintrat, zweifelte er nicht mehr daran, dass das nationalsozialistische Deutschland den Krieg bald gewinnen werde. Am 11. Juni 1940 berichtete er Bundesrat Pilet-Golaz: «Die grosse Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland für lange die entscheidende Kontinentalmacht sein wird und Italien die Mittelmeer Macht, muss in unserer Aussenpolitik berücksichtigt werden. Die Schweiz muss sich in ihrer Neutralitätspolitik auf die Freundschaft Deutschlands und Italiens stützen.»³⁶² Frölicher schlug alsdann vor, die Schweiz solle ein konkretes Zeichen geben, dass sie den neuen Geist verstanden hätte, sie solle die Neuorientierung ihrer Politik mit dem – von Deutschland gewünschten – Austritt aus dem Völkerbund markieren. Diesen gewichtigen politischen Bericht sandte er, entsprechend dem üblichen Verfahren, als vertraulich nach Bern; Pilet-Golaz erkannte die kritische Brisanz und klassifizierte ihn als geheim.

Wahrscheinlich hat Frölichers Bericht den Bundespräsidenten beeinflusst, als dieser die Ansprache vom 25. Juni 1940 vorbereitete. In jener höchst umstrittenen Rede, die anfänglich jedoch nicht ausserordentliches Aufsehen erreg-

te, ermahnte der Bundespräsident seine Landsleute, sich auf die neuen Verhältnisse in Europa einzustellen. Frölicher bedrängte den Bundesrat den ganzen Sommer und Herbst hindurch mit Ratschlägen zur Anpassung. Weitsichtige Kritiker wie Willy Bretscher und Jean-Rodolphe von Salis verfochten damals schon die Ansicht, man dürfe Hitler nicht mit Konzessionen beschwichtigen. Wer ihm den kleinen Finger gebe, der komme bald um die ganze Hand; der österreichische Anschluss und der Untergang der Tschechoslowakei bewiesen dies zur Genüge. Die Geschichte sollte ihnen recht geben. Doch Frölicher sass in der Höhle des Löwen. Bei welchem Ministerium er auch in der Reichshauptstadt anklopfte, überall fand er verschlossene Türen, und in der Reichskanzlei war man über die Aktenfunde von Charité-sur-Loire verärgert. Echte und weniger echte Freunde der Schweiz legten ihm immer wieder nahe, sich in Bern dafür einzusetzen, dass die Schweiz den deutschen Forderungen entgegenkomme. Solche Gesten, sagten sie, könnten über das Schicksal unseres Landes entscheiden. Frölicher nahm die Warnungen sehr ernst. Am 17. September 1940 etwa, als er in hoher Erregung dem Departement den gesamten Forderungskatalog der Wilhelmstrasse einreichte, war er offensichtlich verängstigt. In einem Ton der Verzweiflung forderte er Bern auf, ein Bekenntnis zum neuen Europa abzugeben, die Landes- und Kreisleiter der deutschen nationalsozialistischen Partei wieder zuzulassen, der polnischen und der norwegischen Gesandtschaft in der Schweiz die Akkreditierung zu entziehen und in der Umgebung des Generals personelle Veränderungen vorzunehmen. Schliesslich mahnte er: «Es ist nicht ratsam, vor den Gefahren den Kopf im Sande zu verstecken und abzuwarten, was sich ereignen werde. Besser ist es eine Lösung zu suchen, solange man noch eine gewisse Bewegungsfreiheit hat und nicht erst dann, wenn man aus dem letzten Loch pfeift.»³⁶³

Frölicher aus der abgeschirmten Distanz des Geschichtsbetrachters zu kritisieren ist wohlfeil. Niemand war den rauhen Winden so stark ausgesetzt wie er. An ihm entlud sich der Unmut der nationalsozialistischen Machthaber zuerst. Kann man es dem schweizerischen Vertreter in der Reichshauptstadt verargen, wenn er in den gefährlichen Phasen des Jahres 1940, als sich zahlreiche Schweizer aus den Grenzregionen vorsichtshalber ins Landesinnere absetzten, aus banger Sorge um sein Land Massnahmen empfahl, die er unter andern Zeitumständen ebenfalls verworfen hätte? Meinrad Inglin, der staatspolitisch umsichtige Autor des «Schweizerspiegels», besuchte auf einer Vortragsreise Anfang März 1940 Frölicher in Berlin. Bei dieser Begegnung kam er auch auf dessen Mission zu sprechen. Mit viel Verständnis für Frölichers delikate Lage bemerkte Inglin:

«Während [der Minister] uns die repräsentablen Gesandtschaftsräume zeigte, kamen wir ins Gespräch über das unvermeidliche Thema. Auch er beklagte sich über den Neutralitätswidrigen Mutwillen besonders der kleineren Schweiz erpresse, der von den zuständigen deutschen Stellen keineswegs übersehen, sondern peinlich angekreidet werde, und betonte, dass diesem ungeheuer mächtigen neuen Reiche gegenüber doch nur ein Verhältnis auf freundschaftlichem Fuss erträglich und fruchtbar sei. Ich erinnerte ihn daran, dass man mit allgemeineren freundschaftlichen Gefühlen für das Dritte Reich in der Schweiz nicht rechnen dürfe, und dass man ja ihm selber in gewissen politischen Kreisen der Heimat gram sei, weil er angeblich mit prominenten Nationalsozialisten freundschaftliche Beziehungen pflege und nicht entschieden genug als Exponent einer Demokratie aufträte. Darauf erwiderte er bitter, er möchte den schweizerischen Gesandten sehen, der ohne solche Beziehungen wirtschaftlich soviel erreichen würde wie er. 'Zweifellos wusste er genauer als irgendjemand, was er seiner Aufgabe schuldig war, einer Aufgabe von äusserst delikater Natur, die vor allem unter den jetzt und heute herrschenden Umständen erfüllt werden musste und nicht im unbestimmten Hinblick auf vielleicht anders laufende künftige Entwicklungen.»³⁶⁴

Frölicher betrieb mit seiner Geschmeidigkeit keine heldenhafte Diplomatie, sondern eine entgegenkommende, in ihrem Kern auf das nackte Überleben der Schweiz ausgerichtete Politik. Aber war diese Diplomatie auch schädlich? Was hätte es etwa genützt, Ribbentrop zu widersprechen? Der arrogante Aussenminister hatte nichts für die Schweiz übrig. Tapferer Widerspruch hätte bei ihm gewiss keine Bewunderung ausgelöst. Eher hätte er den Führer beredet, die infame Demokratie, diesen Stachel im Fleisch des Dritten Reiches, auszumerzen. Oder was hätte es gebracht, sich gegen die Hetztiraden des diabolischen Goebbels zu verwahren? Am 8. Mai 1943 sinnierte der Propagandaminister in seinem Tagebuch über Karl den Grossen, der als «Sachsenschlächter» in die Geschichte eingegangen war. Dessen Politik sei dennoch richtig gewesen; er hätte den Widerstand niederschlagen müssen, um sein Reich verwirklichen zu können. Vielsagend fügte er hinzu: «Wer gibt dem Führer die Garantie, dass er später nicht etwa einmal als Schweizerschlächter angeprangert wird! Auch Österreich musste ja zum Reich gebracht werden.»³⁶⁵ Hätte sich der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg dem Anschluss gewaltsam widersetzt, so wäre der Aufstand niedergeschlagen worden. Bei einer etwaigen Eroberung der Schweiz rechnete Goebbels offenbar mit einem Blutbad.

In der siegestrunkenen Phase des Zweiten Weltkriegs verhielt sich Fröli-

cher wie ein Autofahrer, der auf vereister Strasse ins Schleudern gerät; er gab kein Gegensteuer – was unter den widrigen Umständen vernünftig war. Hitler und sein Führungszirkel waren notorisch unberechenbar. Zudem verachtete Hitler die erdemokratisch und unkriegerisch eingestellte Schweiz. Sie war für ihn ein Staat ohne eigentliche Macht und insofern gar kein richtiger Staat, sondern eher eine Marionette, in nichts mit einer geschichtsbezwingenden Nation wie Deutschland vergleichbar. Als er kurz vor dem Ende auf den Wahnwitz des Dritten Reiches zurückblicke, meinte er, das Dritte Reich hätte nie eine Entwicklung wie die Schweiz einschlagen können, es hätte sich nicht mit einer Scheinunabhängigkeit zufrieden geben können: «Das mag für Schweden oder Schweizer genügen, die immer bereit sind, sich mit leeren Versprechungen abspesen zu lassen, vorausgesetzt, dass ihre Taschen dabei gefüllt werden.»³⁶⁶ Hätte Frölicher eine launische Verstimmung ausgelöst, so hätte sie schlimmste Folgen nach sich ziehen können.

Im nachgiebigen Auftreten von Frölicher liegt indes auch die Tragik des Ministers. Er verhielt sich, um es auf einen Nenner zu bringen, richtig in Berlin, aber falsch in Bern. Den sanften Umgang mit den nationalsozialistischen Herrschern fasste er zu Recht als eine zeitbedingte Rolle auf, die er als Diplomat zu spielen hatte – und auch gut spielte. Leider hatte er aber seine Rolle so verinnerlicht, dass er sie auch seiner Regierung gegenüber nicht ablegte. Sie wurde vielmehr, begünstigt durch eine innige Verehrung deutscher Kultur und ein unerschütterliches Vertrauen in die Deutschen, Teil seiner Anschauung. Frölicher beschwor den Bundesrat nicht bloss in höchster Gefahr, den Deutschen entgegenzukommen; dass die Schweiz mit Anpassungen am besten fahre, entsprach seiner innersten Überzeugung. Während seiner gesamten Berliner Amtszeit verwandte er sich immer wieder für freundliche Gesten dem Reich gegenüber. Ob es darum ging, die Schweizer Presse einzuschränken, aus dem Völkerbund auszutreten, die Kreisleiter der NSDAP wieder zuzulassen oder Mandschukuo anzuerkennen, stets ermahnte Frölicher den Bundesrat, den deutschen Wünschen im eigenen Landesinteresse entgegenzukommen. Allzu beflissen machte er sich die Forderungen der Wilhelmstrasse zu eigen.

Gewiss handelte Frölicher immer mit dem Ziel, sein Bestes zum Schutz der Schweiz zu leisten. Mehrmals riskierte er, nebenbei sei es erwähnt, sein Leben, wenn er quer durch Deutschland fuhr, um dem Bundesrat Bericht zu erstatten. Doch die Frage, an welchem Punkt Anpassung in Selbstaufgabe übergeht, beantwortete er zu unbekümmert. Andere Schweizer, Willy Bretscher beispielsweise, erkannten die Folgen einer schleichenden Aushöhlung des eigenen Staatswesens viel deutlicher und widerstanden dem heftigen Anpassungsdruck selbst auf dem Höhepunkt der Kriegsgefährdung mit unerschrockener Stand-

haftigkeit.³⁶⁷ Wenn es nach Frölicher gegangen wäre, dann hätte sich die Schweiz den neuen Verhältnissen wohl dermassen angepasst, dass es nicht mehr viel zu schützen gegeben hätte. Man konnte ihm noch folgen, wenn er am 23. Juli 1940 erklärte: «Es gibt Momente in der Geschichte eines kleinen Landes, wo es nicht angeht, die Goldwaage hervorzuholen, um das Gewicht der beidseitigen Konzessionen abzuwägen.

Die Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes lässt kein Opfer zu hoch erscheinen.»³⁶⁸ Aber in einem Schreiben vom 9. September 1940 an das EPD gab er nicht nur Wezsäckers Ansicht wieder, wonach die Schweiz einzelne Bausteine zu einem besseren Einvernehmen liefern sollte. Er ging wesentlich weiter. Seiner Meinung nach war der Krieg mit dem Zusammenbruch Frankreichs entschieden. Die Schweiz musste ihre Aussenpolitik schleunigst grundsätzlich neu ausrichten. Für ihn war klar, «dass die bisherige Neutralitätspolitik nicht weitergeführt werden kann, sondern dass sich unser Land, wenn auch unter möglicher Aufrechterhaltung seiner rechtlichen Neutralität, zur Zusammenarbeit mit dem neuen Europa, das von den Mächten der Achse geleitet wird, bekennen muss».³⁶⁹ Im bereits zitierten Brief vom 17. September 1940 doppelte er nach: Man kann «...sich der Tatsache nicht verschliessen, dass das machtpolitische Gleichgewicht, auf dem unsere bisherige Neutralitätspolitik beruhte, nicht mehr besteht und dass sich daher auch unsere Neutralitätspolitik den neuen Verhältnissen anpassen muss. Es nützt nichts an Grundsätzen festzuhalten, die auf nicht mehr bestehenden Voraussetzungen beruhen.»³⁷⁰

Frölicher beschwor den Bundesrat, das Verhältnis zu Deutschland und Italien zu bereinigen und eine Stellungnahme zum neuen Europa abzugeben. Mit dem Ratschlag, die schweizerische Neutralitätspolitik achsenfreundlich zu gestalten, stiess Frölicher im Politischen Departement bei Pierre Bonna auf einen rohen Nerv. Mit Recht ermahnte Bonna, der Chef der Abteilung für Auswärtiges, den Gesandten, sein Vorschlag werfe die Frage auf, inwieweit die eidgenössische Politik des Entgegenkommens und der Nachgiebigkeit noch zu rechtfertigen sei. Der Gedanke, auf die traditionelle Neutralitätspolitik zu verzichten, sei entschieden abzulehnen. Die Schweiz würde, so argumentierte Bonna, in den Augen der Achsenmächte kaum an Achtung gewinnen, wenn sie allzu beflissen ihre staatliche Existenz von der Politik der Nachbarstaaten abhängig machte. Bonna instruierte Frölicher unmissverständlich, den schweizerischen Standpunkt unerschrocken zu vertreten.³⁷¹ Auch Pilet-Golaz missfielen Frölichers ständige Ermahnungen, die schweizerische Politik nach den deutschen Forderungen auszurichten. Von Mai bis in den Herbst 1940 drängte der Gesandte unermüdlich auf Konzessionen. Anfang Oktober rügte ihn der Bundesrat

in einer mündlichen Aussprache. Und Piletz-Golaz unternahm, wie erwähnt, einen erfolglosen Anlauf, ihn durch den kantigeren Stucki zu ersetzen. Einzelne Untergebene wie der Kölner Generalkonsul Franz-Rudolph von Weiss distanzten sich ebenfalls von Frölichers Kurs; sie begegneten der Entwicklung in Deutschland mit wesentlich mehr Kritik.³⁷²

Die Politik der freundlichen Gesten obsiegte zuweilen auch über Frölichers juristischen Sachverstand. Im Sommer 1941 regte er an, schweizerische Ärztemissionen an die Ostfront zu entsenden. Die Sanitätsmissionen, welche unter dem Patronat des schweizerischen Roten Kreuzes erfolgten, unterstanden dem deutschen Kriegsrecht und durften somit nur deutsche Soldaten, jedoch keine verwundeten Russen betreuen. In einem Geheimabkommen, das erst nach dem Krieg bekannt wurde, waren die ganzen Operationen der Wehrmacht unterstellt worden.³⁷³ Die erste Delegation von 31 Ärzten und 30 Krankenschwestern brach unter der Leitung von Divisionär Eugen Bircher im Oktober 1941 nach Smolensk auf. Frölicher war auf seine Initiative, die er während eines Kuraufenthaltes im Engadin ausgeheckt hatte, recht stolz. Noch in Vulpera weihte er einige prominente Persönlichkeiten in seine Pläne ein, so den Charite-Professor Ferdinand Sauerbruch, den Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt, Peter Vieli, und Eugen Bircher, seines Zeichens Chefarzt in Aarau sowie Divisionär und später auch Nationalrat. Über dessen enge Kontakte zu rechtslastigen Militärkreisen in der Weimarer Republik hatte sich schon der Gesandte Rüfenacht gewundert. Frölicher handelte ohne Zweifel in bester Absicht. In seinen Aufzeichnungen schildert er, wie Goebbels vor Schweizer Pressevertretern vielsagend gedroht hatte, es werde sich bald erweisen, wer im neuen Europa mitzumachen gewillt sei. Frölicher beschreibt dann, wie er sich nach diesem Vorfall überlegte, welchen Beitrag die Schweiz leisten könnte, um Deutschland zu beschwichtigen, ohne jedoch den Neutralitätspfad zu verlassen.³⁷⁴ Da verfiel er in einem Gedankenblitz auf die Ärztemission. Beschlichen ihn wirklich keine neutralitätsmässigen Bedenken? Frölicher war zweifellos zu sehr Jurist, um nicht zu merken, dass er sich auf abschüssiges Gelände begab. In seiner politischen Korrespondenz wie in seinen privaten Aufzeichnungen war er sich sehr wohl bewusst, dass man Gute Dienste nicht zugunsten einer einzigen Kriegspartei erbringen durfte. Am 10. Mai 1943 beispielsweise notierte er im Tagebuch: «Die Neutralität erfordert aktiv zu sein, im Sinne der Leistung Guter Dienste für beide Seiten, aber nicht, um Friedenspolitik zu treiben, wenn es nur von einer gewünscht wird.» Am 8. Mai 1943 soll er gar Sauerbruch gesagt haben, es wäre leichter, eine fünfte Ärztemission zustande zu bringen, wenn Deutschland gestattete, eine Mission auch der «andern Seite» zur Verfügung zu stellen.³⁷⁵

Warum schlug Frölicher einen Pfad ein, der neutralitätsmässig ins «Off-side» führte? Warum handelte er wider bessere Einsicht? Die Antwort muss wohl lauten: weil er glaubte, die Schweiz könne die existentielle Bedrohung nur mit freundlichen Gesten von sich abwenden. Dass einer solchen Politik enge Grenzen gesetzt sind, wollte Frölicher lange nicht wahrhaben. Es entbehrt nicht der Ironie, dass ausgerechnet Sauerbruch dem Schweizer Gesandten diesen Sachverhalt beizubringen versuchte. In einem Tischgespräch von Anfang 1942, über welches Frölicher den Departementsvorsteher informierte, meinte der Chirurg, die Schweiz müsse mittlerweile keinen militärischen Einfall mehr befürchten, aber bei den Parteigrössen sei sie nach wie vor aus weltanschaulichen Gründen sehr unbeliebt. «Konzessionen auf andern Gebieten könnten deshalb an dieser Einstellung nichts ändern und seien infolge dessen auch zwecklos.»³⁷⁶ Frölicher jedoch setzte sich selbst nach diesem Gespräch noch für weitere Missionen an die Ostfront ein – Missionen, die der Chefredaktor der «Basler Nachrichten», Albert Oeri, ohne Umschweife «Hakenkreuz-Missionen» nannte.

Gespanntes Verhältnis zur Schweizer Presse

Immer wieder beanstandete Frölicher die Art, wie die Schweizer Presse über Deutschland berichtete. Und nichts rückte ihn selbst dermassen ins Fadenkreuz der Kritik wie seine ständigen Presseschelten. Dabei begann seine Mission unter recht günstigen Vorzeichen. Gewiss, die sozialistische Presse war ihm, seit er die offiziellen Beziehungen zum falangistischen Spanien eingefädelt hatte, nicht wohlgesonnen. Aber kein Geringerer als Markus Feldmann, Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung», Nationalrat und zeitweiliger Präsident des Schweizer Pressevereins sowie nachmaliger Bundesrat, gratulierte ihm zur Ernennung mit den Worten: «Ich betrachte es als einen besonderen Vorteil, dass in der deutschen Reichshauptstadt eine Persönlichkeit die Schweizer Interessen vertritt, die namentlich auch mit der schweizerischen Presse Kontakt zu halten verstand.»³⁷⁷

Frölicher missfiel die Berichterstattung über Deutschland in vielen heimischen Zeitungen von Anfang an. In seiner Korrespondenz mit dem EPD kam er bis ins Jahr 1942 immer wieder auf dieses Thema zurück. Im höheren Landesinteresse fühlte er sich verpflichtet, gegen die Meinungsfreiheit Stellung zu beziehen, wo immer diese die Beziehungen zu Deutschland gefährdete. Verschiedentlich bemerkte er, wenn man die Presse kritisiere, könne man keine Lorbeeren ernten. Dennoch müsse er sich dieser Aufgabe unterziehen. Erst ab 1943 dämmerte ihm, dass die Schweizer Gazetten die Sicherheit des Landes nicht aufs Spiel setzten, auch wenn sie unverhohlen mit den Alliierten sympathisierten. Nun belächelte er in seinen Tagebucheintragungen den deutschen Gesandten in Bern, Otto Köcher, und die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes: diese würden immer noch ihre alten Steckenpferde reiten und sich über die Schweizer Presse beschweren.

Was beanstandete Frölicher? Ab und zu kritisierte er verbale Entgleisungen. Meistens aber ging es ihm um mehr. Er fand, die Schweizer Presse berichte insgesamt abträglich über das nationalsozialistische Deutschland und in den ersten Kriegsjahren habe sie zu einseitig für die Westmächte Partei ergriffen. Kaum vier Monate in Berlin, ermahnte er die Zentrale: «Schon wiederholt hatte ich Gelegenheit Sie schriftlich und mündlich auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die sich

aus der Schreibweise unserer Presse ergeben. Fast jedermann, mit dem ich hier über die schweizerisch-deutschen Beziehungen sprach, hat sich über die unfreundliche Haltung gewisser schweizerischer Zeitungen beklagt. ... Man wird sich ... keinen Illusionen darüber hingeben können, dass auf die Dauer für Grossdeutschland diese Hetze gegen den nationalsozialistischen Staat unerträglich wird...»³⁷⁸ Frölicher ging noch weiter. Er rügte nicht nur einzelne Artikel oder Zeitungen, er verlangte auch mehr oder weniger offen die Abberufung von Journalisten, deren Berichterstattung das schweizerisch-deutsche Verhältnis belastete. Dem Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung», Reto Caratsch, legte er im Juli 1940 nahe, Deutschland zu verlassen, da er sich offensichtlich, wie seine Berichte zeigten, in Berlin nicht wohl fühle. Der Gesandte erteilte dem verdutzten Korrespondenten diesen Ratschlag eine Stunde, bevor dieser im Reichspropagandaministerium von seiner Ausweisung erfuhr.³⁷⁹ Dem Politischen Departement berichtete Frölicher lakonisch, es wäre am besten gewesen, wenn die «Neue Zürcher Zeitung» ihren Korrespondenten, wie von ihm mehrfach angeregt, schon längst zurückgezogen hätte.³⁸⁰ Im März war bereits der Wirtschaftskorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», Johann Conrad Meyer, ausgewiesen worden. Auch ihm warf Frölicher vor, mit seiner Berichterstattung viel Schaden angerichtet zu haben.

Schon Mitte der dreissiger Jahre, als Frölicher in der Abteilung für Auswärtiges arbeitete, hatte er viel Verständnis für die Pressekritik des Dritten Reiches gezeigt. Mehrmals hatte er sich zum Sprecher deutscher Forderungen gemacht.³⁸¹ Diese Neigung verstärkte sich noch, als er der Berliner Gesandtschaft vorstand. Im September 1938 betrieb Frölicher gar die Absetzung des Chefredaktors der «Neuen Zürcher Zeitung». Nachdem dieses Blatt das Münchner Abkommen schärfstens kritisiert hatte, forderte er in einem Brief an Hans Koenig, den Generaldirektor der Rentenanstalt, unverhohlen, man müsse auf der Zürcher Redaktion zum Rechten sehen. Sein Stellvertreter, Franz Kappeler, doppelte am 12. Oktober 1938 in einem Schreiben an Verwaltungsrat A. Stahel nach und pochte in rüdem Ton auf den Tisch: «Wenn Herr Bretscher und Konsorten unbelehrbar sind und sich nicht davon abbringen lassen, auf Kosten der Landesinteressen ihren aus der Hörigkeit gegenüber einer fremden und unschweizerischen Mentalität entspringenden Hetzefeldzug gegen unseren nördlichen Nachbar fortzusetzen, so sollte erwartet werden können, dass wenigstens der Verwaltungsrat der Zeitung mehr Weitsicht und Einsicht besitzt und diesem Treiben ein Ende setzt.»³⁸²

In der Folge kam Frölicher mit grosser Hartnäckigkeit auf seinen Vorschlag zurück. Im Gefahrensommer 1940 rekapitulierte er mehrmals, Willy Bretscher

und auch der Chefredaktor des «Bund», Ernst Schürch, sollten durch geeignetere Persönlichkeiten ersetzt werden.³⁸³ Dass solche Angelegenheiten privater Natur sind und nicht ins Pflichtenheft eines Diplomaten gehören, wollte Frölicher lange nicht einsehen. Mehr als nur einmal musste die Zentrale ihren Missionschef zurechtweisen. Bretscher nahm Frölicher sehr übel, dass er hinter seinem Rücken seinen Sturz betrieb. Als sich Motta noch vor dem Krieg beim NZZ-Chefredaktor über Caratschs Berichterstattung beschwerte, nahm Bretscher seinen Korrespondenten in Schutz, obgleich er ihn wenige Wochen zuvor wegen eines entstellten Zitats in scharfen Worten gerügt, ja ihm deswegen schwerwiegende Konsequenzen angedroht hatte.³⁸⁴ Jetzt hingegen parierte er Mottas Kritik mit der Bemerkung, Caratsch sei bei den deutschen Behörden offenbar besser angeschrieben als bei der Gesandtschaft in Berlin, welche mit privaten Schreiben gegen die «Neue Zürcher Zeitung» intrigiere.³⁸⁵

Im Laufe der dreissiger Jahre verschlechterte sich das Verhältnis zwischen dem Bundesrat und den wichtigsten Presseorganen. Auch aus der Wirtschaft mehrten sich die Klagen, wonach die Zeitungen mit ihren deutschfeindlichen Kommentaren das Geschäftsgebaren erschwerten. Alle forderten eine zurückhaltendere Berichterstattung. In dieser gereizten Stimmung begaben sich im Oktober 1938 die drei angesehenen Chefredaktoren der «Neuen Zürcher Zeitung», der «Basler Nachrichten» und des «Bundes», Willy Bretscher, Albert Oeri und Ernst Schürch, zu Bundesrat Motta, um sich über die Verantwortung der Presse in der internationalen Berichterstattung auszusprechen. Schürch verfasste Notizen über dieses Gespräch.³⁸⁶ Die Pressevertreter verfochten ihre Sache gut. Sie obsiegten auf der ganzen Linie. Alle waren sich einig, dass die Schweiz keine Gesinnungsneutralität kenne und sich folglich auch von niemandem solche Richtlinien vorschreiben lasse. Jegliches Ansinnen, die Berichterstattung in der Schweizer Presse an Neutralitätspflichten zu binden, müsse man entschieden abweisen. Wenn der Bundesrat zur Mässigung aufrufe, dann sehe er sich zu solchen Schritten lediglich aus innenpolitischen Erwägungen gezwungen. Mit Neutralitätspflichten hätte derlei nichts zu tun. Doch sollte die Schweiz im höhern Landesinteresse nationalsozialistisches Unrecht nicht mehr so hart kritisieren? Sollte sie einen Anpassungskurs einschlagen? Die drei Chefredaktoren wehrten sich dagegen aufs Entschiedenste. Man hätte gesehen, wohin der sogenannte Pressefrieden des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg geführt hätte. Die Nationalsozialisten würden jedes Nachgeben als Schwäche interpretieren und dementsprechend ihre Forderungen in die Höhe schrauben. Das Chefredaktorentrio bezog in dieser Besprechung einen Standpunkt, der Frölichers Credo diametral entgegengesetzt war:

Widerstand statt Anpassung. Die Geschichte sollte ihnen recht geben. Aber Frölicher befürchtete damals, die ungeschminkte Sprache der Schweizer Blätter vergiftete unnötigerweise die Beziehungen zum Dritten Reich, die Verwegenheit der Journalisten könnte Hitler zu Taten mit unabsehbaren Folgen für die Eidgenossenschaft reizen.

Frölicher exponierte sich mit seinen Presseschelten mehr als andere; aber allein war er wirklich nicht. Das Unbehagen in den schweizerischen Führungszirkeln war weit verbreitet. Im Jahre 1938 fühlte sich der Bundesrat gezwungen, Massnahmen gegen Missbräuche im Pressewesen zu erlassen. Am 15. Dezember setzte er den Beschluss zum Schutze gegen staatsgefährliche Umtriebe in Kraft. Das EPD erklärte in einem Rundschreiben an alle Gesandtschaften, weshalb es zu diesem Beschluss gekommen sei. Die schweizerischen Beziehungen zum Deutschen Reich hätten sich unerfreulich entwickelt. Sie hätten sich in erster Linie verschlechtert, weil die Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland nichts anderes gestattete. Aber leider sei «ebenso richtig, dass ein nicht geringer Teil der schweizerischen Presse in der Form der Kritik nicht Mass zu halten vermag, ja dass gewisse Blätter sich dazu hergeben, Gerüchten und glatten Erfindungen in so auffallender Weise Raum zu gewähren, dass der Argwohn nicht ganz unbegründet ist, es werde mit solchen Machenschaften versucht, das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland systematisch zu vergiften. ... Die bis anhin eifersüchtig gehütete Pressefreiheit wird sich Einschränkungen gefallen lassen müssen, wenn nicht durch die eingerissenen Missbräuche die Existenz unseres Staates aufs Spiel gesetzt werden soll».³⁸⁷

Die Schaltzentrale der eidgenössischen Aussenpolitik sparte nicht mit Kritik an der Schweizer Presse. Sie stand gewiss unter dem Eindruck von Frölichers Ratschlägen. Aber mitunter riet auch der Schweizer Gesandte in Rom dem Bundesrat, die Redaktoren zur Mässigung anzuhalten.³⁸⁸ Paul Rüegger, ein Diplomat mit erlesenen Umgangsformen, drückte sich allerdings verhaltener aus. Kritik kam indes auch von völlig unverdächtiger Seite. Major David Gerber etwa, ein Mann des Widerstandes der ersten Stunde und später Mitglied der sogenannten Offiziersverschwörung, notierte im Frühjahr 1939 nach einem dreimonatigen militärischen Ausbildungsaufenthalt in Norddeutschland: «Unsere Einstellung so wie die geistige Wehrbereitschaft soll eine innerlich tief gewurzelte sein und muss uns rein interne Angelegenheit bleiben. Sie darf sich deshalb nicht in [einer], aus einer gewissen Angstpsychose hervorgerufenen und aus der Feder von Leuten, die dadurch ihre vaterländische Gesinnung dokumentieren zu glauben müssen, stammenden Pressepolemik gegen Nachbarstaaten auslassen... Unsere Presse sollte einmal verstehen, dass ihre Aufgabe

nicht darin liegt, fremde Angelegenheiten zu kritisieren und lächerlich zu machen, sondern vielmehr unsere eigene Idee, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ins Volk zu tragen um sie hier zu festigen.»³⁸⁹ Oder Oberst Oscar Frey, Mitglied der Aktion Nationaler Widerstand und Chef der zur geistigen Landesverteidigung gegründeten Sektion Heer und Haus, meinte, es sei unbestritten, dass sich die Schweizer Presse bis zum Krieg nicht immer so verhalten habe, wie es wünschbar gewesen wäre. Vieles könne man weder als klug noch als anständig bezeichnen.³⁹⁰ Schliesslich forderte, auch dies muss man erwähnen, General Guisan im Sommer 1940 vom Bundesrat weit mehr, als Frölicher es je getan hat. Der General verlangte die Einführung der vollständigen Vorzensur mit der Begründung: «Ich glaube, die Vorzensur ist das einzige Mittel, um Zwischenfälle zu vermeiden, die aus den Tollheiten und Übertreibungen unserer Presse herrühren könnten.»³⁹¹ Der Bundesrat gab bekanntlich Guisans Ersuchen nicht statt.

Mochte sich Frölicher mit seiner Pressekritik in guter Gesellschaft befinden, die Tatsache, dass er die Rolle der freien Berichterstattung in der Schweiz nicht richtig einschätzte und mit seinen Interventionen entschieden zu weit ging, lässt sich nicht leugnen. Aber etwas anderes kann man ihm zugute halten: Niemand war einem solchen psychischen Druck ausgesetzt wie er. Dass Schweizer Geschäftsleute in Deutschland ihn bedrängten, sich füreinandere Berichterstattung einzusetzen, ist belegt.³⁹² Frölicher machte sich zu deren Sprecher und leitete ihre Beschwerden nach Bern weiter. Auch die Schweizer Delegationen, welche die Wirtschaftsverhandlungen in Berlin führten, beklagten sich zuweilen, die Schweizer Zeitungen würden mit ihrer scharfen Kritik die Aufgabe der Unterhändler über Gebühr erschweren.³⁹³ Den Schweizer Gesandten in Berlin beunruhigte sodann die öffentliche Meinung in Deutschland. Sie war häufig kritisch, mitunter giftig und drohend. Die «Frankfurter Zeitung» schrieb beispielsweise am 2. Dezember 1940: «Nie wird die deutsche Nation die Haltung der schweizerischen Öffentlichkeit während dieses Krieges vergessen... Mehr als einmal hatte der deutsche Leser den Eindruck, dass mancher Journalist der Schweiz die britischen Kollegen an hemmungsloser Feindschaft gegen das Reich noch übertreffen wollte.»³⁹⁴

Am härtesten war freilich der Druck, den das Regime ausübte. An die Wilhelmstrasse zitiert zu werden, war schon in den kriegsschwangeren Jahren vor 1939 keine Angelegenheit, die man auf die leichte Schulter nahm – und in den ersten Kriegsjahren erst recht nicht. Kein Diplomat wäre einer Zitation gefolgt, ohne um sein Land zu bangen. In solchen Momenten wurde Frölicher einer nervlichen Belastung ausgesetzt, wie sie noch kaum ein schweizerischer Missionschef auszuhalten hatte. Wie war es am Auffahrtstag 1940, als Ribbentrop

den Gesandten von einer Stunde auf die andere zu sich bestellte? Er tadelte die Schweiz, aufs Schärfste. Die deutsche Regierung würde eine weitere Beschimpfung des deutschen Volkes durch die Schweizer Presse nicht mehr hinnehmen; auch drohte er, den deutschen Gesandten zurückzuziehen und Deutschland in der Schweiz nicht mehr durch einen Gesandten vertreten zu lassen. Sollte dies bedeuten, das Dritte Reich würde die diplomatischen Beziehungen zur Schweiz abbrechen? Die Drohung war so formuliert, dass diese Interpretation sehr wohl möglich war. In Kriegszeiten hätte ein solcher Akt Unheilvolles ankündigen können. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ging häufig Hand in Hand mit der Kriegserklärung.

Nicht jede Besprechung im Auswärtigen Amt nahm einen derart dramatischen Verlauf. Aber Frölicher war beständig dem Trommelfeuer des Staatsapparates ausgesetzt. Sein Freund, Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, bearbeitete ihn nicht weniger als andere Beamte. Immer wieder kam er auf das Thema «Berichterstattung in der Schweizer Presse» zurück. Am 2. Mai 1939 etwa vermerkte Weizsäcker in seinen Aufzeichnungen: «Ich habe dem schweizerischen Gesandten heute gesagt, dass die schweizerische Presse die feindseligste Haltung von allen Ländern zeige. Sie überbiete noch Amerika, England und Frankreich. Es sei mir unfasslich, wie die Schweiz glaube, eine derartige Haltung mit ihrem angeblichen Neutralitätswillen in Einklang zu bringen.»³⁹⁵ Oder Botschafter Karl Ritter, der die Wirtschaftsverhandlungen auf deutscher Seite führte, vertraute am 3. Juni 1940 den Akten an: «Ich benutzte die Gelegenheit, um dem Schweizer Gesandten die Sünden der Schweizer Regierung und der schweizerischen Öffentlichkeit in den letzten sieben Jahren vorzuhalten.»³⁹⁶

Frölicher nahm diese Drohungen ernst. Und seine Strategie lautete: Anpassung und nochmals Anpassung. Den unberechenbaren Hitler durfte man seiner Meinung nach nicht reizen. Deshalb stand Frölicher auch hinter der Eingabe der Zweihundert, in welcher der Bundesrat aufgefordert wurde, die Pressefreiheit einzuschränken und den politischen Kurs den Achsenmächten anzunähern. Den unbedingten Widerstand gegen nationalsozialistische Übergriffe und die Verteidigung der Pressefreiheit erachtete er angesichts der massiven Gefährdung als, wie er sich in seinen Aufzeichnungen rechtfertigte, «Untergangshysterie.»³⁹⁷ Lieber die Freiheit ganz zu verlieren, als sie einschränken – das mochte vor Feme Hieroisc Tien zeugen. Aber Frölichs Sache war dies nicht. Noch lange nicht alle Schweizer, meinte er in seinen Memoiren, wollten wegen Presseäußerungen, die einen Krieg hätten provozieren können, untergehen.³⁹⁸ Er wollte die Schweiz auf seine Weise retten.

Konzessionsreiche Wirtschaftsdiplomatie

Angewiesen auf deutsche Kohle und deutschen Stahl, nicht minder abhängig aber auch von den Nahrungsmitteln der Westmächte, drohte die Schweiz im unerbittlichen Poker von Blockaden und Gegenblockaden zerrieben zu werden. Von grösster Bedeutung für das Binnenland Schweiz waren die Wirtschaftsverhandlungen. Zum Glück war die Eidgenossenschaft auf den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wesentlich besser vorbereitet als auf den Ersten Weltkrieg. Der Bundesrat und die Bevölkerung hatten aus den bitteren Erfahrungen ihre Lektionen gezogen. Unter der tatkräftigen Leitung von Bundesrat Obrecht hatte die Landesregierung, gestützt auf die im März 1938 erlassene Verordnung über die «Organisation der Kriegswirtschaft», eine kriegswirtschaftliche Parallelorganisation errichtet, die sich im Ernstfall als leistungsfähig erweisen sollte. Als erkennbar wurde, dass Europa erneut auf einen Krieg zusteuerte, hatten die Behörden auch grosse Vorräte an Lebensmitteln und Rohstoffen anlegen lassen. Das eidgenössische Kriegsernährungsamt stellte in den Kriegsjahren die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicher. Mit dem «Anbauplan Wahlen» schliesslich nutzte man nach Kriegsbeginn alle landwirtschaftlich irgendwie brauchbaren Böden für den Ackerbau. Die Bundesbehörden nahmen auch die von den Kriegsparteien gewünschte Überwachung der Importe und Exporte autonom vor. Die unwürdigen Zustände im Ersten Weltkrieg, als fremde Mächte die eidgenössische Ein- und Ausfuhrpraxis mit eigenen Kontrollorganen überwachten, wurden vermieden.

Im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Vorsorge klärte der Bundesrat auch bei den Nachbarstaaten die Versorgungsmöglichkeiten ab. Von der deutschen Regierung erbat er im Herbst 1938 eine Erklärung, wonach die besondere Lage der Schweiz in einem Kriegsfall anerkannt und die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern aufrechterhalten würde. Die deutschen Behörden nahmen sich reichlich Zeit, um die schweizerische Demarche zu beantworten. Erst am 28. Juni 1939 erfolgte die gewünschte Zusage, allerdings nur unter der Bedingung, dass die Schweiz den deutschen Transitverkehr durch die Alpen, soweit er nicht im Widerspruch zur Neutralität stehe, gewährleiste. Der Bundesrat war

mit dieser Erklärung einverstanden und bestätigte, im Kriegsfall würden die nötigen Massnahmen gemeinsam mit der deutschen Regierung geprüft. Kurz nach Kriegsausbruch verlangte die deutsche Seite, die im Notenwechsel vom 28. Juni vereinbarten Verhandlungen aufzunehmen.³⁹⁹ Nun begann ein sechsjähriger Verhandlungsmarathon, dessen Parcours mit Hindernissen verstellte war, wie sie die schweizerische Wirtschaftsdiplomatie noch nie zu überwinden hatte.

Im Sommer 1940, als Frankreich zusammenbrach und Italien an der Seite des Dritten Reiches in den Krieg eintrat, war die Schweiz von den Achsenmächten umzingelt; selbst die nackte materielle Existenz der Bevölkerung war gefährdet. In jenen Monaten hing die Sicherung der Lebensgrundlagen davon ab, wie die Schweiz ihre Aussenhandelsbeziehungen mit Deutschland gestalten konnte. Denn das eingeschlossene Land musste sich mit dem Dritten Reich nicht bloss über den gegenseitigen Wirtschaftsverkehr verständigen, sondern auch über den Aussenhandel mit allen andern Staaten. Deutschland musste den Transitverkehr durch den von den Achsenmächten beherrschten Teil Europas genehmigen. Frölicher meinte rückblickend, ohne Kohle und Eisen aus Deutschland hätte die Eidgenossenschaft nicht einmal das Réduit befestigen können, denn ohne Kohle gab es keinen Zement und ohne Zement kein Réduit; und ohne Verständigung über die Gegenblockade hätte sich die Schweiz, da sie mehr als zwei Drittel ihrer importierten Nahrungsmittel aus Übersee bezog, nicht mit genügend Lebensmitteln versorgen können. «Die Verständigung über die Wirtschaftsfragen war eine Existenzfrage.»⁴⁰⁰

Mit grossem Geschick verhandelten Jean Hotz, der Direktor der Eidgenössischen Handelsabteilung, und Heinrich Hornberger, der Direktor des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, fast ohne Unterbruch in Bern, Berlin und London, um den Würgegriff von Blockade und Gegenblockade zu lockern. Sie erreichten, dass die Zufuhr von lebenswichtigen Gütern nie ganz abbrach. Die Schweiz bezog von Kriegsausbruch bis Ende 1944 mehr Waren aus dem Machtbereich der Achse, als sie dorthin lieferte, nämlich Waren im Wert von 7,1 Milliarden Franken gegen 5,3 Milliarden. Die Importe aus den alliierten Ländern beliefen sich im selben Zeitraum auf 2 Milliarden, die Exporte auf 1,7 Milliarden Franken.⁴⁰¹ Stets bestand indes die Gefahr, dass die Schweiz zwischen der Blockade der Achsenmächte und der Gegenblockade der Alliierten ersticken würde. Diese sehr schwierigen Dreiecksverhandlungen erforderten Beharrungsvermögen, viel Phantasie und starke Nerven. Die Schweiz musste freilich angesichts der dramatischen Lage auch Konzessionen eingehen, die sie lieber vermieden hätte. Äusserst delikate wurde die Lage für die Schweizer Un-

terhändler, als sich das Dritte Reich im Mai 1940 mit atemberaubendem Erfolg in die Westoffensive gestürzt hatte.⁴⁰² Im Überschwang der sich überstürzenden Siegesmeldungen schlugen auch die deutschen Verhandlungspartner einen herberen Ton an. Auf einer von Göring geleiteten internen Sitzung am 2. Juli wurde die Schweiz heftig kritisiert, und der Reichsminister forderte kategorisch, dass die Schweiz in den Wirtschaftsverhandlungen «auf das Schärfste angefasst werden müsse.»⁴⁰³ Göring wollte zudem die Kohlelieferungen unterbinden.

Die Schweiz hatte in der ersten Kriegsphase, dies ist unbestritten, einseitig die Westmächte mit Kriegsgeräten beliefert – nicht aus einem neutralitätswidrigen Verhalten heraus, sondern weil die deutsche Seite keine entsprechenden Gesuche gestellt hatte. Selbst der Gesandte Hemmen, der die deutsche Wirtschaftsdelegation leitete, anerkannte in einem Schreiben an das Auswärtige Amt, dass die Schweiz Deutschland gleichermassen mit Rüstungsgütern beliefern würde wie die Westmächte, wenn die deutsche Regierung konkrete Forderungen stellte.⁴⁰⁴ Am 27. Mai bekamen Frölicher und Direktor Hotz die neue Diktion von Botschafter Ritter, dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im Auswärtigen Amt, zu hören. Er kanzelte die eidgenössischen Vertreter mit folgenden Worten ab: die Schweiz erscheine «heute als eine grosse Rüstungswerkstatt, die fast ausschliesslich für England und Frankreich arbeite», und Deutschland werde es nicht zulassen, «dass weiterhin in der Schweiz noch ein Kilogramm deutscher Kohle für die Herstellung und Verfrachtung von industriellen Erzeugnissen verwendet werde, die für England und Frankreich bestimmt seien ... Wir wollen der schweizerischen Regierung die Chance lassen, Vorschläge zu machen. Nur eines müsse dabei sicher sein, dass unser Ziel zu hundert Prozent erreicht wird».⁴⁰⁵

Nach dieser Schelte fiel die schweizerische Wirtschaftsdelegation jedoch nicht um. Sie gab nicht einseitig deutschen Druck nach. Langwierige Verhandlungen folgten, dramatisch zugespitzt mit Verhandlungsunterbrüchen und der zeitweiligen Einstellung von Kohlelieferungen. Aber im August 1940 konnte ein erstes Abkommen unterzeichnet werden. Es musste freilich mit gravierenden Konzessionen erkaufte werden. Neutralitätspolitisch am vertracktesten und wirtschaftlich am schmerzhaftesten waren die Clearing-Vorschüsse, auf welchen das Deutsche Reich unnachgiebig bestand. Schon im Frühjahr 1940 hatte Reichswirtschaftsminister Walter Funk Frölicher auf dieses Thema angesprochen: Deutschland werde die Wirtschaftsbeziehungen mit der Schweiz nur regeln, wenn es hohe zinslose Vorschüsse erhalte. Diese Clearing-Kredite waren, wie Frölicher erkannte, Vorfinanzierungen, die kaum je zurückbezahlt würden. Errang nämlich Deutschland – was 1940/41 durchaus im Bereich des Möglichen

lag – den Endsieg, so würden die Summen vom Sieger wohl als solidarischer Beitrag der kriegsverschonten Schweiz zum neuen Europa deklariert; würde es im Krieg dagegen unterliegen, so dürfte es zahlungsunfähig sein; dann wären die Staatsforderungen als Non-valeur zu betrachten.⁴⁰⁶ Als die Forderungen an den Bundesrat herangetragen wurden, musste dieser schwer mit sich ringen. Er war sich bewusst, dass zinslose Kredite in der von Deutschland geforderten Höhe jenseits dessen lagen, was man guten Gewissens mit einer strikten Neutralitätspolitik vereinbaren konnte. Das Departement gab Frölicher nach qualvollen Beratungen folgende Richtlinie bekannt: Die Schweiz sehe sich genötigt, Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht entgegenzukommen: sie sei aber nicht bereit, politische Konzessionen einzugehen. Bundesrat Pilet-Golaz bestätigte ihm diese Marschrichtung mündlich.⁴⁰⁷

Die Schweiz räumte also Deutschland im August 1940 einen Vorschuss von 150 Millionen Schweizer Franken ein, was gemäss Frölicher zu einer merklichen Entspannung in den beidseitigen Beziehungen führte. Doch der enorme deutsche Finanzbedarf war damit keineswegs gedeckt. Im Gegenteil. Das problemlose Erschliessen von neuen Finanzquellen hatte den Appetit der Machthaber an der Wilhelmstrasse geweckt. Bevor der erste Vorschuss aufgebraucht war, drängte die deutsche Seite darauf, einen neuen Kredit auszuhandeln. In einem Zwischenprotokoll vom Februar 1941 gewährte die Schweiz weitere 165 Millionen, und im Abkommen vom 18. Juli 1941, welches Hornberger als den Höhepunkt der schweizerischen Handelspolitik im Kriege bezeichnete,⁴⁰⁸ versprach die Schweiz, nochmals 535 Millionen Franken vorzuschüssen. Bis zum Kriegsende beliefen sich die schweizerischen Clearing-Vorschüsse auf über eine Milliarde Franken. Die Schweiz beschaffte sich mit diesen Verträgen in erster Linie Arbeit für die Bevölkerung. Denn ohne Rohstoffe aus Deutschland konnte die Schweizer Industrie nicht produzieren. Deutschland verpflichtete sich, Rohstoffe in grossen Mengen zu liefern. Im Jahr 1941 gelangten monatlich 200'000 Tonnen Kohle und 13'500 Tonnen Eisen sowie 14'500 Tonnen flüssigen Treib- und Brennstoffs in die Schweiz. In den Abkommen sicherte Deutschland auch zu, die bedeutsamen Zinszahlungen und anderen Entgelte für Dienstleistungen weiterzuführen. Diese betrug jährlich rund 200 Millionen Franken. Das Dritte Reich lobte die Clearing-Vorschüsse als wichtigen «schweizerischen Baustein zum neuen Europa». Funk meinte gegenüber Frölicher im März 1942, Deutschland sei mit den wirtschaftlichen Leistungen der Schweiz zufrieden und hätte keinen Grund, die Zusammenarbeit zu gefährden.⁴⁰⁹ Tatsächlich hatte Deutschland allen Grund, mit der Schweiz zufrieden zu sein. Die entscheidende Mittelzufuhr erfolgte just in jener Phase, als Hitler den Russlandfeldzug einlei-

tete. Es lässt sich somit nicht in Abrede stellen, dass die helvetische Geldspritze dieses Unterfangen erleichterte. Aber dass die Schweiz den Überfall auf die Sowjetunion vorfinanziert hätte, ist eine überzogene Folgerung, die durch den Sachverhalt nicht abgedeckt ist. Man darf die Proportionen nicht aus den Augen verlieren.⁴¹⁰ Ein wahnwitziges Unterfangen wie der Russlandfeldzug kostete nicht eine Milliarde, sondern Dutzende oder Hunderte von Milliarden Franken.

Die Schweiz belieferte das Dritte Reich auch mit zahlreichen Rüstungsgütern. Von 1941 an nahm das Handelsvolumen an kriegswichtigen Waren rasant zu; es betrug 1942 mit 353 Millionen Franken das Sechsfache von 1938 und 1943 mit 425 Millionen Franken das Siebenfache. Insgesamt dürften die Waffen- und Kriegsmaterialexporte nach Deutschland über eine Milliarde Franken betragen haben.⁴¹¹ Dies ist eine beträchtliche Summe. Aber stellt man sie in den Zusammenhang der gesamten deutschen Kriegskosten von 1'200 Milliarden, dann machen die schweizerischen Rüstungslieferungen weniger als 0,1 Prozent aus.⁴¹²

Deutschland war ursprünglich weniger an Kriegsgerät im eigentlichen Sinn interessiert als an Spezialwerkzeugmaschinen, beispielsweise an Maschinen, welche für die Fertigung von Uhrwerkszündern benötigt wurden. In einem Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht an das Auswärtige Amt vom 16. Januar 1940 heisst es: «Wie dem Auswärtigen Amt ... bekannt ist, sind diese aus der Schweiz zu liefernden Maschinen von entscheidender Bedeutung für die Erfüllung des Programms für die Fertigung von Flakzündern; im Falle der Nichtlieferung wäre dieses Programm aufs Äusserste gefährdet.»⁴¹³ Bald freilich verlängerte sich die Auftragsliste und umfasste reine Munitionslieferungen ebenso wie Maschinen, welche man zur Entlastung der deutschen Produktionsstätten aus der Schweiz bezog. In einem Vermerk vom 21. Februar 1941 waren deutsche Stellen durchaus bereit, die Leistungen der Schweiz anzuerkennen: «Wenn die Schweiz uns jetzt in so erheblichem Umfang wichtigstes Kriegsmaterial liefert, wird man nicht mehr daran festhalten können, dass die Schweiz für uns als Lieferland uninteressant sei und deshalb hinsichtlich der Belieferung mit Kohle und Eisen hinter anderen Ländern zurücktreten müsse».⁴¹⁴

In jüngster Zeit beurteilen viele die Clearing-Kredite, die Goldkäufe und die Rüstungslieferungen der Schweiz an das Dritte Reich sehr kritisch, namentlich auch Stuart Eizenstat im Vorwort zur offiziellen Publikation des amerikanischen Staatsdepartementes. Die Schweiz habe, so heisst es im sogenannten Eizenstat-Bericht, mit ihrem Verhalten zur Verlängerung des Krieges beigetragen⁴¹⁵ – eine Behauptung, die in der Schweiz weitherum auf Ablehnung stösst und vom Bundesrat zurückgewiesen wurde; eine Behauptung auch, die er ei-

gentliche Bericht weder erhebt noch dokumentiert. Eizenstats These verdeutlicht jedoch schlagartig, wie sich das Problem der Wirtschaftskonzession von einer Seite auf die andere verschoben hat. Dass die Konzessionen wichtig waren, bestritt noch nie jemand. Aber wer den grössten Nutzen davon hatte, das sahen bisher die meisten anders. Die zeitgenössische Einschätzung lautete: die Wirtschaftskonzessionen waren ziemlich wichtig in Deutschland, und sie waren überlebensnotwendig für die Schweiz – und nicht umgekehrt.

Die Frage, ob die Wirtschaftskonzessionen die Schweiz vor einem militärischen Einfall bewahrt haben, stellt man sich auch heute noch zu Recht. Aber man kann die Frage nicht eindeutig beantworten. Wer wollte schon wissen, welches Motiv für die Unversehrtheit der Schweiz den Ausschlag gab? Grosse Ereignisse und Begebenheiten lassen sich selten nur aus einem Erklärungsstrang herleiten. Vielmehr durchdringen sich verschiedene Gründe und wirken in ihrer Verflechtung das Gewebe der Zeitgeschichte. Eine behutsame Geschichtsschreibung wird nicht die Wirtschaftskonzessionen gegen die militärische Abwehrbereitschaft oder die Verdienste der unabhängigen Presse aufwiegen, sondern deren Zusammenspiel untersuchen und würdigen.

Die Frage freilich, ob die Schweiz zu grosse wirtschaftliche Vorleistungen erbracht hätte, ist damit nicht vom Tisch gewischt. Einige Anhaltspunkte stützen diese Annahme.

Hitler hatte bekanntlich wenig Sinn für Wirtschaftsfragen. Hätte er es sich in den Kopf gesetzt, die Schweiz einzunehmen, so hätte er sich kaum von wirtschaftlichen Überlegungen davon abbringen lassen. Ausserdem schätzten deutsche Kreise das wirtschaftliche Überlebenspotential der Eidgenossenschaft höher ein als die meisten Schweizer. Im Oktober 1943 gelangte eine deutsche Studie über das «Durchhaltevermögen der Schweiz im Falle eines Wirtschaftskrieges mit Deutschland» zum Schluss, die Schweiz wäre auf keinem Gebiet, selbst wenn Deutschland den gesamten Aussenhandel unterbinden würde, vor Ablauf von anderthalb Jahren gezwungen, um jeden Preis nachzugeben.⁴¹⁶ Folgt man diesem Argumentationsstrang, dann wäre die Schweiz Hitler zu weit entgegengekommen. Die Vorschussleistungen wurden allzu eifertig erbracht, weil die Schweiz entweder ihre eigene Kraft unterschätzte oder sonst Konzessionen einging, welche auf Hitlers unberechenbares Gebaren ohnehin keinen Einfluss gehabt hätten.

Doch wer konnte damals, als das Dritte Reich ein Land nach dem andern überfiel, so eiskalt und furchtlos in den Abgrund schauen? Die Schweiz war, dies ist unbestritten, für die deutsche Wirtschaft wichtig. Sie gewährte grosszü-

gige Kredite, sie lieferte Rüstungsgüter, sie setzte Gold um und diente als unersetzbares Transitland nach Italien. Ein bedachter Historiker wie Klaus Urner gelangt zum Schluss, gerade die wirtschaftlichen Vorteile einer intakten Schweiz hätten die Besetzung des Landes uninteressant gemacht.⁴¹⁷ In dieses Bild fügen sich die Wirtschaftskonzessionen nahtlos ein. Sie steigerten die Attraktivität des Wirtschaftsplatzes Schweiz für das Dritte Reich erheblich. Frölicher war stets der Ansicht, die Schweiz hätte in erster Linie wegen den Wirtschaftskonzessionen den Krieg unversehrt überstanden. In einem unpublizierten Aufsatz, der als Vorlage zu seinen Memoiren diente, bemerkte er: «Überhaupt waren es vor allem Erwägungen der deutschen Kriegswirtschaft, die damals zu unserem Vorteil ins Gewicht gefallen sind. Eine intakte Schweiz, mit ihrer interessanten und verhältnismässig grossen Produktion, versprach der deutschen Kriegswirtschaft mehr Vorteile, als ein gewaltsam besetztes und verwüstetes Land, mit einer dann feindlich eingestellten Bevölkerung.»⁴¹⁸

Nüchtern betrachtet, musste die Schweiz wirtschaftliche Konzessionen eingehen. Wenn die erste Aufgabe eines Staates der Schutz seiner Staatsangehörigen ist, dann hatte sie keine andere Wahl. Die Unterhändler haben mit Beharrlichkeit und Geschick viel erreicht. Sie sorgten dafür – um mit Willy Bretscher zu sprechen –, dass «der isolierte und bedrängte neutrale Kleinstaat sich nicht widerstandslos den Diktaten der Mächtigen beugte, dass er entschlossen und mit Erfolg sowohl sein Lebensrecht als auch den Grundsatz der Gleichbehandlung der Kriegsparteien verteidigte, indem er seine Handelsbeziehungen auch mit der in den Wechselfällen des Krieges jeweils schwächeren Partei... aufrechterhielt.»⁴¹⁹

Nach Frölichers Meinung war die Ausgangslage der Schweizer Unterhändler prekär. Gewiss besass die Eidgenossenschaft mit ihren leistungsfähigen Alpenverbindungen durch den Gotthard und den Simplon Trümpfe, die sie ausspielen konnte. Aber im gefahrenvollen Jahr 1940 war auch die Zugkraft von solchen Argumenten begrenzt. Sie reichte gerade, um jenen eine hieb- und stichfeste Rechtfertigung zu liefern, die sich innerhalb des deutschen Machtapparates für Verhandlungen mit der Schweiz einsetzten. Frölicher kannte diese Personen. In wirtschaftlichen Belangen hatte er sich wohl das beste Kontaktnetz erarbeitet. Er traf sich öfters mit Reichswirtschaftsminister Funk; der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht, mittlerweile Minister ohne Portefeuille, zählte zu seinem Bekanntenkreis, und in Staatssekretär von Weizsäcker erkannte er einen Freund, der Verhandlungen mit der Schweiz immer unterstützte. Frölicher wusste aber auch, wie wichtig es war, das Gespräch mit den Generälen im Oberkommando der Wehrmacht zu suchen. Im Rückblick meinte er in einem Schreiben an General Hans Speidel:

«Die Schweiz ist ja eigentlich wunderbar durch die Krisis hindurchgekommen. Es wird bei uns übersehen, dass dies auch nur möglich war, weil wir im Auswärtigen Amt, in der Wehrmacht und in der Wirtschaft viele Freunde hatten. Die meisten dieser Freunde waren gegen die Hitlerpolitik, und wenn irgendjemand, so sollten wir dafür Verständnis haben, dass diese Freunde nicht einfach ihre Stellung aufgegeben, sondern ausgeharrt haben, denn wenn wir es nur mit Nazi zu tun gehabt hätten, dann hätte ich meine Mission nicht zu Ende führen können».⁴²⁰

Der Schweizer Gesandte war in der Lage, die Wirtschaftsunterhändler von Anbeginn gut zu beraten. Als sie in Berlin eintrafen, stellte er sogleich Kontakte mit hochgestellten Persönlichkeiten her. Hornberger würdigte diese Verdienste ausdrücklich. Gerade die Tatsache, dass Frölicher «bei den massgebenden Persönlichkeiten des deutschen Regierungsapparates Ansehen und Sympathie genoss», hätte es der Wirtschaftsdelegation erlaubt, «ihrerseits im sachlich begründeten Widerstand bis zur äussersten Grenze zu gehen».⁴²¹ Auch Frölichers intime Kenntnis der Beamenschaft kam den Negoziatoren zustatten. Er wusste, welche Stellen einflussreich waren und welche nicht. Hornberger bestätigte, wie wichtig es war, mit dem Oberkommando der Wehrmacht zu verhandeln. Denn die Generäle hätten, im Gegensatz zu den zivilen Beamten, durchaus Verständnis dafür gezeigt, dass die Schweiz auch mit der andern Kriegspartei Handel treiben müsste; sonst hätten ja die Alliierten keine Nahrungs- und Futtermittel mehr geliefert – Produkte, an denen Deutschland selbst Mangel litt und welche es somit nicht in die Schweiz exportieren konnte.⁴²² Ohne eine ausreichende Lebensmittelversorgung hätte die Schweiz auch keine Waffen und Maschinen bauen können. Der Chef des Eidgenössischen Kriegsernährungsamtes, Ernst Feisst, würdigte Frölichers Verdienste nicht weniger als Hornberger. Er schrieb dem Diplomaten, als sich dieser aus dem Staatsdienst verabschiedete: «Sie haben ... auch der Kriegsernährung grosse Erleichterung geschaffen, namentlich durch Ihre guten Beziehungen...».⁴²³

Frölichers Anteil an den Wirtschaftsverhandlungen beschränkte sich im Wesentlichen auf den gesellschaftlichen Teil. Er stellte Beziehungen her, und er trat als splendoriger Gastgeber auf. Zu den Besprechungen wurde er nur selten gebeten.⁴²⁴ In den Verhandlungen sass in den ersten Jahren sein Mitarbeiter Max Grässli, ab 1942 Alfred Zehnder. Als Missionschef in Berlin sprach er sich freilich auch mit dem Bundesrat und den Unterhändlern über die Richtlinien in den Verhandlungen aus. Frölicher vertrat im Wirtschaftsbereich die gleiche Auffassung wie in der Politik. Er riet zum geschmeidigen Umgang mit dem mächtigen Partner. Folglich befürwortete er die grosszügige Gewährung von Clearing-Vorschüssen. Er hätte nie wie sein Kollege in Rom, Paul Rüeegg, ge-

handelt. Dieser empfahl dem Bundesrat, der südlichen Achsenmacht nur dann entgegenzukommen, wenn Italien den politischen Würgegriff etwas lockere.⁴²⁵ Aber über der Gesandtschaft in Rom lastete, dies kann man kaum verneinen, auch nicht derselbe bleierne Druck wie über der diplomatischen Vertretung in Berlin. Und schliesslich: Was wären die Alternativen gewesen? Auch wenn die Schweiz die 1119 Millionen Franken im schweizerisch-deutschen Clearingverkehr als Totalverlust hätte abbuchen müssen, so hätte sie, um mit Urner zu sprechen, «sicherlich das kleinere Übel gewählt».⁴²⁶

Die Gesandtschaft und die Judenverfolgung

Die grösste Herausforderung für die Schweizer Gesandtschaft stellte sich, wenn man zurückblickt, auf moralischem Gebiet. Wie hat der diplomatische Aussenposten auf die Judenverfolgung reagiert? Im März 1938 marschierte Hitler triumphal in Wien ein. Nach dem Anschluss versuchten Tausende und Abertausende der rund 180'000 Juden, Österreich fluchtartig zu verlassen. Die Schweiz befürchtete, nachdem die Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien ihre Grenzen sofort gesperrt hatten und das faschistische Italien als Zufluchtsort für jüdische Flüchtlinge kaum in Frage kam, einen enorm anschwellenden Emigrantenstrom. Um die Zuwanderung zu begrenzen, schlug das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) vor, für alle Inhaber von österreichischen Pässen den Visumszwang einzuführen. Doch diese Massnahme liess sich nicht realisieren. Denn nach der Volksabstimmung in Österreich über den Anschluss (10. April) erhielten die Deutsch-Österreicher deutsche Pässe. Nun dachte man im EJPD daran, den Visumszwang für alle Inhaber von deutschen Pässen mit Wohnsitz in Österreich einzuführen. Aber damit würde man den Zweck, wie man bald realisierte, auch nicht erreichen. Denn die deutschen Behörden wollten sich der Juden mit allen Mitteln entledigen. Um deren Ausreise zu begünstigen, schreckten Amtsstellen auch nicht davor zurück, die Angaben über den Wohnsitz zu fälschen und einen in Deutschland gelegenen Ort im Pass einzutragen. Deshalb erwog man Mitte August in der Polizeiabteilung, den Visumszwang für alle Inhaber von deutschen Pässen einzuführen.

Tatsächlich beabsichtigten die Nationalsozialisten in Jener Phase, bis zum Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 und zur Wannsee-Konferenz vom Januar 1942, alle Juden, nachdem man sie ihres Vermögens beraubt hatte, aus dem Dritten Reich abzuschieben. Ein Rundschreiben des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1939 über «Die Judenfrage als Faktor der Aussenpolitik im Jahr 1938», erklärte, es sei das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik, alle im Reichsgebiet lebenden Juden zur Auswanderung anzuhalten; die Vertreibung der Juden würde, so stand in der Zirkularnote, ausserdem in den Aufnahmeländern positive Nebenwirkungen erzeugen: das massierte Auftreten der jüdischen

Flüchtlinge würde nämlich den Widerstand der eingessenen Bevölkerung gegen die Emigranten anstacheln, Verständnis für die deutsche Judenpolitik hervorrufen und damit die beste Propaganda für das Dritte Reich abgeben.⁴²⁷

Der Ansturm auf die schweizerischen Vertretungen nach dem Anschluss Österreichs war gross. In den ersten Wochen reisten über 3'000 österreichische Flüchtlinge in die Schweiz ein. Im Juni meldete die ehemalige Gesandtschaft in Wien, welche nun als Generalkonsulat der Gesandtschaft in Berlin unterstellt war, täglich würden 100 bis 150 Personen vorsprechen, um sich nach den Bedingungen für die Einreise in die Schweiz zu erkundigen. In Berlin schnellten die Einreiseanfragen nach den Pogromen der Kristallnacht (9./10. November 1938) in die Höhe. An einzelnen Tagen wandten sich mehr als 800 Juden an die Gesandtschaft. Doch rasch sprach sich herum, dass die meisten Gesuche abgewiesen würden, womit der Andrang innert kurzer Zeit abflaute. Bald war es Juden auch kaum noch möglich, sich legal zum Gesandtschaftsgebäude zu begeben. Gestützt auf die berüchtigte «Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit» vom 28. November 1938, verbot der Polizeipräsident von Berlin am 5. Dezember desselben Jahres den jüdischen Staatsbürgern, öffentliche Parkanlagen und Gebäude, namentlich alle Theater, Kinos, Konzertsäle und Museen zu betreten. Der Zutritt zu einigen prominenten Strassen, etwa der Wilhelmstrasse, war ihnen gleichfalls verwehrt. Das Sperrgebiet erstreckte sich zwar nicht auf die Fürst-Bismarck-Strasse, aber das Gebiet um die Gesandtschaft herum war weitgehend mit einem Bann belegt.⁴²⁸

Die Gesandtschaft in Berlin hatte von der Bedrängnis der Juden genaue Kenntnis. Sie berichtete darüber an das Politische Departement – und zwar seit Langem. In einem Bericht vom 7. Juli 1933 entlarvte Frölicher, damals Erster Mitarbeiter des Missionschefs, den wahren Charakter der antisemitischen Kampagnen. Im Auswärtigen Amt, so meldete er, hätte man ihm gesagt, die Juden würden nicht diskriminiert; ihnen würde lediglich im Gesellschaftsleben jener Platz zugewiesen, der ihnen anteilmässig zustünde. Doch Frölicher liess solche Phrasen nicht gelten. Wie könne man nur, so bemerkte er, eine krasse Benachteiligung der Juden in Abrede stellen, wenn ihnen der Zugang zum Beamtentum verwehrt würde!⁴²⁹ Auch Dinichert kritisierte verschiedentlich antisemitische Massnahmen.⁴³⁰ Und die Schreckensereignisse der Reichskristallnacht schilderten Konsul Franz Rudolph von Weiss aus Köln, die Konsuln aus Leipzig, Frankfurt und München sowie Frölicher selbst in detaillierten Berichten. Dieser meldete alarmiert am übernächsten Morgen nach der Schandtat: «Seit Mittwoch Abend spielen sich hier Vorgänge ab, die ... entgegen den in der Presse aufge-

stellten Behauptungen nicht spontane Handlungen aus der Bevölkerung heraus waren, sondern von gewisser Seite systematisch organisiert und befohlen worden sind. Einzelheiten haben Sie bereits aus der Presse entnommen. Leider Ihnen bestätigen, dass diese Mitteilungen in keiner Weise übertrieben sind, sondern voll und ganz der Wirklichkeit entsprechen.»⁴³¹ Einen Monat später unterstrich Frölicher, die vollständige Vertreibung der Juden werde nun mit allen Mitteln durchgepeitscht. Ständig neue Erlasse schränkten die Existenzmöglichkeit der Juden ein, um sie zum Auswandern zu veranlassen. «Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass Deutschland eine vollständige Eliminierung der Juden herbeizuführen beabsichtigt.»⁴³²

Freilich, während die Gesandtschaft die Notlage der Juden nicht verkannte, setzte sie sich gleichzeitig dafür ein, die Aufnahme von Emigranten in der Schweiz zu erschweren. Die Berichte über die Judenverfolgung kreuzten sich mit Ratschlägen, wie man die Flüchtlinge von der Schweizer Grenze fernhalten könne. In der politischen Lagebeurteilung der Gesandtschaft schien eines vorrangig: Die Schweiz durfte unter keinen Umständen als eines der ersten Länder einen generellen Visumszwang für deutsche Staatsangehörige einführen. Denn einen solchen Entscheid hätten die deutschen Machthaber, wie Frölicher meinte, in den angespannten Verhältnissen vom Sommer 1938 nicht verstanden. Ein unfreundlicher Akt dieser Grössenordnung hätte als eindeutiges Zeichen dafür gegolten, dass die Schweiz den Ausbruch eines Krieges für unvermeidbar erachte. Im krampfhaften Bemühen, den Visumszwang abzuwenden, geriet die Gesandtschaft auf Abwege. Sie verfolgte ein kurzfristiges politisches Ziel und verlor dabei die langfristigen ethischen Grundlagen aus den Augen. Sie brachte Vorschläge auf, welche die humanitäre Tradition der Schweiz verrieteten und zur Einführung des Judenstempels in den deutschen Pässen führten.

Der erste, der die Weichen falsch stellte, war Dinichert. Eingeklemmt zwischen einem EJPD, das am liebsten den generelTen Visumszwang eingeführt hätte, und dem Auswärtigen Amt, das unter allen Umständen eine solche Massnahme abzuwenden suchte, warf er, allerdings mit Gewissensbissen, die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, den Visurnszwang nur für Juden einzuführen. Er schrieb an die Behörden im Heimatstaat: «Die einfachste Lösung wäre natürlich die, dass der Visumszwang auf die nichtarischen deutschen Staatsangehörigen beschränkt würde. Sie widerstrebt allerdings unsern Grundsätzen ... Da auch in anderen Ländern, z.B. Ungarn und Rumänien, mehr und mehr Sondervorschriften für Juden erlassen werden, die zu einer Erweiterung der jüdischen Wanderbewegung führen dürften, verdient eine solche Regelung vielleicht doch, in nähere Erwägung gezogen zu werden.»⁴³³ Die Berner Zentrale antwortete auf diesen Vorschlag nicht.

Frölicher, der mittlerweile Dinichert als Missionschef abgelöst hatte, nahm einen weiteren Schritt. Er unterbreitete die von seinem Vorgänger aufgebrachte Idee dem Auswärtigen Amt. Doch der deutschen Seite gefiel dieser Vorschlag so wenig wie dem Chef der Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund. Dieser glaubte, die Lösung sei nicht praktikabel, die Wilhelmstrasse dagegen befürchtete, die Abschiebung der Juden würde durch den Visumszwang erschwert. Es schien vorerst, man könne sich in dieser Frage nicht einigen. Deshalb drängte die Polizeiabteilung ab Mitte August darauf, eine generelle Visumpflicht für deutsche Staatsangehörige einzuführen. In dieser Behörde war man nämlich zum Schluss gelangt, Deutschland speise die Schweiz lediglich mit hohlen Phrasen ab. Man beteuere zwar, die Juden nicht in die Schweiz abschieben zu wollen. Aber in Wirklichkeit sehe es anders aus. Deutschland beharre auf einer «rücksichtslosen Abschiebungspolitik».⁴³⁴

Unterdessen verhandelte in Berlin Franz Kappeler emsig mit Geheimrat Konrad Roediger vom Auswärtigen Amt. Kappeler, Frölichers rechte Hand mit weitgehenden Befugnissen, war mit der Materie bestens vertraut; schon unter Dinichert hatte er dieses Dossier betreut. Er war der eigentliche Sachbearbeiter auf der Gesandtschaft und beeinflusste die Verhandlungen mehr als alle andern. Seinem Naturell entsprach es, über Gebühr auf die deutschen Forderungen einzugehen. Bei Meinungsverschiedenheiten hätte er den Vertretern des Gastlandes nie die Stirn geboten. Er suchte den Deutschen derart entgegenzukommen, dass man ihm nicht ganz grundlos vorwarf, er vertrete mehr die deutsche Politik gegenüber der Schweiz als die schweizerische gegenüber Deutschland. Schon unter Dinichert warnte er die eidgenössischen Behörden verschiedentlich vor einer «Verjudung» der Schweiz. Ihn dürften kaum Skrupel geplagt haben, als er mit Roediger eine Sonderregelung für Nichtarier diskutierte. In diesen Gesprächen brachte Roediger zwei Vorschläge auf. Der erste lautete, die jüdischen Vornamen in den Pässen mit roter Tinte zu unterstreichen. Eine Verordnung vom 17. August 1938 hatte befohlen, ab 1. Januar 1939 seien in den amtlichen Ausweispapieren von jüdischen Staatsangehörigen die Vornamen Israel oder Sara zusätzlich zu den eigentlichen Vornamen einzutragen. Als Alternative schlug Roediger vor, im Pass ein grosses «J» in einem runden Kreis anzubringen.⁴³⁵

Der erste Vorschlag wurde sofort fallengelassen, da man die rote Tinte allzuleicht hätte schwarz überstreichen können. Den zweiten Vorschlag aber empfahl Kappeler in Bern als Verhandlungsgrundlage. Anfang September übermittelte die deutsche Gesandtschaft in Bern dem Auswärtigen Amt eine erste Stellungnahme des Chefs der Polizeiabteilung. Rothmund hätte dem Gesandten Kö-

cher erklärt, er wäre zwar bereit, den Visumszwang nur für die deutschen Juden einzuführen, wenn aus den Pässen klar ersichtlich sei, dass die Inhaber Juden seien. Aber Rothmund weigerte sich strikte, die deutsche Forderung nach Gegenrecht zu erfüllen. Es käme nicht in Frage, jüdische Schweizer im Personaldokument diskriminierend zu behandeln. Deshalb lehnte er den deutschen Vorschlag ab.⁴³⁶

Mitte September reiste Ministerialrat Hans Globke aus dem Innenministerium – später ein enger Mitarbeiter von Bundeskanzler Adenauer – nach Bern, um in direkten Verhandlungen mit dem Chef der Polizeiabteilung die Visumsfrage zu lösen. Er brachte den auf unterer Ebene diskutierten Vorschlag wieder auf: Einführung des Visumszwangs nur für Juden, wobei deren Pässe speziell gekennzeichnet sein sollen. Dabei fielen nach Notizen von Rothmund folgende Worte: «In die in Deutschland auszustellenden Pässe von Nichtariern wird das von Herrn Geheimrat Roediger Herrn Dr. Kappeler vorgeschlagene Zeichen eingetragen.»⁴³⁷ Doch Rothmund konnte sich mit diesem Vorschlag aus dem erwähnten Grund nicht abfinden: Er wollte nichts von einem Gegenrecht wissen. Seiner Meinung nach war die Regelung zudem zu lückenhaft. So könnten deutsche Juden mit Wohnsitz in Italien nach wie vor ungehindert in die Schweiz einreisen. Überdies bedachte der Chef der Polizeiabteilung die aussenpolitischen Weiterungen einer auf die Juden beschränkten Visumpflicht. Wie würde das Ausland reagieren, fragte er sich. Es würde gewiss heissen, «dass wir vor Deutschland wiederum eine Verbeugung machen und uns in die Rassenachse Berlin-Rom eingeschaltet haben würden. Ich befürchte, dass uns das enormen Schaden bringen könnte».⁴³⁸

Nach dieser erfolglosen Verhandlungsrunde machte sich das EJPD daran, die allgemeine Visumpflicht für deutsche Staatsangehörige einzuführen. Frölicher warnte zwar ein über das andere Mal vor den politischen Auswirkungen einer derartigen Massnahme. Aber die Sache schien gelaufen. In einem verzweifelten letzten Versuch wandte sich der deutsche Gesandte Köcher an den Vorsteher des Politischen Departementes. Er bat Motta, der Bundesrat möge den Chef der Polizeiabteilung nach Berlin zu Gesprächen entsenden. Rothmund, von dieser Einladung offensichtlich wenig angetan – das EJPD hätte etwas Mühe gezeigt, sich in die Lage zu schicken, hiess es im Politischen Departement –, begab sich widerwillig Ende September in die Reichshauptstadt.

In den dreitägigen Verhandlungen kam nicht viel anderes heraus als in den Berner Gesprächen – ausser einer entscheidenden Konzession: die deutsche Seite verzichtete auf das vollständige Gegenrecht. Zwar war Rothmund mit seinem eigenen Vorschlag nicht durchgedrungen. In einer Protokollnotiz hatte er

folgenden Textvorschlag festgehalten: «Deutschland verzichtet auf jede Gegenmassnahme gegenüber Schweizern».⁴³⁹ Aber die deutsche Seite akzeptierte schliesslich eine Formulierung, gemäss welcher sie die Zustimmung der Schweiz einholen müsste, wenn immer sie Sondermassnahmen für jüdische Schweizer ergreifen wollte. Die entsprechende Klausel lautete in der Vereinbarung folgendermassen: «Die Deutsche Regierung behält sich vor, nach Benehmen mit der schweizerischen Regierung auch von Juden schweizerischer Staatsangehörigkeit die Einladung einer ‚Zusicherung der Bewilligung zum Aufenthalt im Reichsgebiet oder zur Durchreise durch das Reichsgebiet« zu fordern,...».⁴⁴⁰ Die entscheidenden Worte sind in der Formel «nach Benehmen mit der schweizerischen Regierung» enthalten. Die Schweizer Delegation bemerkte in ihrem Bericht über die Verhandlungen vom 27.-29. September, sie habe lange gezögert, die Formulierung anzunehmen, endlich Jedoch zugestimmt, weil sich die deutsche Seite verpflichtet habe, keine einseitigen Massnahmen zu erlassen, sondern vor Jeglicher Änderung die Einwilligung der Schweiz zu suchen. Die Schweiz hatte somit stets einen Fuss zwischen Tür und Angel, um die Zustimmung verweigern zu können. Hätte das Dritte Reich aber die jüdischen Schweizer ohne vorherige Konsultation mit der Schweizer Regierung bei der Einreise einer besonderen Kontrolle unterworfen, so hätte es die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt und die Schweiz wäre somit berechtigt gewesen, vom Vertrag zurückzutreten.⁴⁴¹

Zögernd willigte Rothmund ein, auf die Einführung einer allgemeinen Visumpflicht für deutsche Staatsangehörige zu verzichten, wenn auf allen in Deutschland ausgestellten Reisepässen auf der ersten Seite links oben ein Kennzeichen für Juden angebracht würde. Im Verhandlungsbericht meinte er über die Vereinbarung vom 29. September, es hätte ihn einige Überwindung gekostet, dem Ergebnis zuzustimmen. Er hätte jedoch den Eindruck bekommen, die deutschen Behörden suchten ernsthaft die vorgesehenen Massnahmen durchzuführen. Ausserdem sei er sich bewusst gewesen, dass der Bundesrat nur ungern den Visumszwang auf deutschen Pässen wieder eingeführt hätte. Und dann endet der Bericht an den Bundesrat mit den gewichtigen Worten: «Der Erstunterzeichnete [also Rothmund] hat in seinen früheren Berichten an Sie über die Kontrolle der Einreise von Flüchtlingen aus Deutschland seine Bedenken über eine nur gegen Juden gerichtete Massnahme mehrfach geäussert. Der vorliegende Bericht befasst sich nur mit der technischen Seite der Kontrolle. Der Bundesrat wird darüber befinden müssen, ob ihm die genannten Bedenken die Zustimmung zu der in Berlin vorgesehenen Massnahme gestatten.»⁴⁴²

Die politischen Bedenken, welche Rothmund ansprach, schienen dem Bun-

desrat verkräftbar. Einstimmig hiess er am 4. Oktober die Vereinbarung gut. In der Mitteilung an die Öffentlichkeit wurde allerdings nicht erwähnt, dass deutsche Pässe von jüdischen Staatsangehörigen inskünftig mit einem speziellen Kennzeichen versehen sein müssten. Es hiess lediglich, Emigranten werde der Grenzübertritt nur noch gestattet, wenn ein schweizerisches Konsulat die Bewilligung zum Aufenthalt in der Schweiz oder zur Landesdurchreise in den Pass eingetragen hätte. Die Vereinbarung trat mit Notenwechsel vom 10. November in Kraft, mithin am Morgen nach der Kristallnacht

In ihrem Bemühen, die politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich nicht zu gefährden, missachteten Schweizer Diplomaten völkerrechtliche Pflichten. Ausgerechnet jene Unterhändler, welche als Kronanwälte für die Ächtung des Rechts in den internationalen Beziehungen eintreten sollten, begaben sich auf abschüssiges Gelände. Gewiss, sie handelten unter enorm starkem Druck, und sie wichen auch nicht von dem ab, was andere diplomatische Vertretungen taten. In der Reichshauptstadt sicherten sich die ausländischen Missionen in der Politik der Engherzigkeit gegenseitig ab. Wo die Gefahr steigt, nimmt die Angst zu; und wo die Angst zunimmt, schwindet die Grosszügigkeit. Aber man kommt um die eine Feststellung nicht umhin: Die Gesandtschaft in Berlin versagte moralisch in der Flüchtlingsfrage. Sie hat ein erhebliches Verschulden an der Einführung des Judenstempels auf sich geladen. Mit einer prinzipienfesteren Haltung der Berliner Gesandtschaft hätte sich ein schwerer Sündenfall vermeiden lassen.

In praktischer Hinsicht mochte, nebenbei bemerkt, das diskriminierende Kennzeichen die Schweizer Grenzkontrolle nicht zu befriedigen. Schon Mitte Januar 1939, also nach bloss zwei Monaten, beschloss der Bundesrat, den Visumszwang für alle Emigranten einzuführen. Und mit dem Kriegsausbruch herrschte ohnehin rundum allgemeine Visumpflicht. Sodann gibt es noch andere Ungereimtheiten. Kappeler machte das EPD in einem Schreiben vom 30. August darauf aufmerksam, dass die Pässe der deutschen Juden ab dem 1. Januar 1939 zwangsweise mit jüdischen Vornamen⁴⁴³ gekennzeichnet würden, was die Grenzkontrolle erleichtern würde.⁴⁴³ Schleierhaft bleibt es, weshalb die Schweiz dennoch auf einer zusätzlichen Kennzeichnung bestand⁴⁴⁴ und weshalb sich ausgerechnet der genannte Diplomat zum Advokaten des «J»-Stempels aufschwang; nicht minder rätselhaft nimmt sich die Haltung des Dritten Reiches aus, dem anscheinend viel an einem Gegenrecht lag, obschon es sich sonst, wenn es um jüdische Staatsbürger ging, keinen Deut um Rechtsfragen scherte.

Die grundsätzlichen Bedenken, mit welchen Rothmund Sondermassnahmen

zulasten der deutschen Juden verhindern wollte, verdienen hervorgehoben zu werden. So wie er argumentierte, hätte eigentlich das Politische Departement mit seinen völkerrechtlich gebildeten Beamten argumentieren sollen. Auch strich Rothmund die politische Bedeutung der Vereinbarung klar hervor und wies den Bundesrat auf dessen Verantwortung hin. Aber die Beweggründe für Rothmunds Widerstand gegen die Diskriminierung der Juden lagen nur zum geringeren Teil in menschenrechtlichen Überlegungen. Ihm ging es in erster Linie darum, die Grenzen lückenlos kontrollieren zu können, wofür sich ein genereller Visumszwang am besten eignete. Philosemitische Gefühle schwangen kaum mit. Schon 1920 hatte er dem damaligen Chef der Abteilung für Auswärtiges, Paul Dinichert, geschrieben, er sei in der Überzeugung bestärkt worden, dass das jüdische Element im Allgemeinen für die Schweiz mehr schädlich als nützlich sei und er erachte den Augenblick für gekommen, sich darüber Gedanken zu machen, wie man die Einreise von Juden in die Schweiz einer besonders scharfen Kontrolle unterziehen könne.⁴⁴⁵

Die grosse Schuld, welche die Schweiz an der Einführung des Judenstempels hatte, wurde der Öffentlichkeit erst mit der Publikation der «Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik» bekannt. Im Jahr 1953 veröffentlichten die westlichen Alliierten den Band V, der die Vereinbarung vom 4. Oktober 1938 enthielt. Weitherum war man bestürzt. Das Entsetzen wurde lediglich durch den Umstand gemildert, dass man glaubte zu wissen, wem man die Hauptschuld überbürden könne: Heinrich Rothmund und Hans Frölicher. Alfred A. Häsler brandmarkte in seinem aufsehenerregenden Buch «Das Boot ist voll» die Versager deutlich. Doch wird man den beiden Beamten damit gerecht? Gewiss trugen sie eine grosse persönliche Verantwortung, hatten sie doch in ihren Chefpositionen mehr Möglichkeiten als andere, die Entscheidungen des Bundesrates massgeblich zu beeinflussen. Aber man muss einräumen, dass Rothmund, wie auch eine neue, umsichtige Publikation zur Flüchtlingspolitik festhält,⁴⁴⁶ von seiner Umgebung nicht negativ abstach; so wie er dachten die meisten.

Und Frölicher? Sein Fall ist komplizierter. Hätte er die Bedenken von Rothmund geteilt, so wäre es nie zum Judenstempel gekommen. Aber er verkannte die moralische Dimension dieser Massnahme. Selbst nach dem Krieg meinte er noch, er hätte seinem Land, indem er die Einführung des Visumszwangs abgewendet hätte, einen grossen Dienst erwiesen. Der Judenstempel hingegen hätte den Betroffenen nicht geschadet. Die jüdischen Staatsangehörigen hätten so oder so im Dritten Reich besondere Ausweispapiere tragen müssen. Es sei daher völlig unverstänglich, weshalb im eidgenössischen Parlament nach fast zwanzig Jahren eine

hitzige Debatte über diese Angelegenheit ausgebrochen sei.⁴⁴⁷ Die Tatsache, dass Frölicher selbst im Rückblick auf seine Berliner Tätigkeit und in voller Kenntnis aller Auswirkungen kein einziges Wort der Reue über die Lippen brachte, ist bestürzend – aber auch bezeichnend.

Frölicher wusste stets, mindestens in grossen Zügen, was vorging. Er verfügte über genügend Quellen, die ihn über die Judenverfolgung orientierten. Eine davon war Konsul Franz Rudolph von Weiss in Köln. Ab 1940 berichtete dieser über Deportationen von Juden und Zigeunern; er bestätigte auch die ungeheuerliche Beseitigung von Insassen in Heil- und Pflegeanstalten.⁴⁴⁸ Der Konsul war gehalten, seine Berichte der Gesandtschaft zu schicken, welche diese auf dem Dienstweg dem EPD zustellte. Doch während des Krieges, bis tief ins Jahr 1943 hinein, verbannte Frölicher die Vertreibung und Vernichtung der Juden aus seinem Gesichtskreis. Er sprach und schrieb nicht über das, was im Dritten Reich vorging. Hingegen tadelte er im bangen fierbst 1940 den Chefredaktor der «Basler Nachrichten», Albert Oeri, weil dieser die Judenverfolgung in einem Leitartikel angeprangert hatte. Frölicher hielt es für unangebracht, «dass der Leiter eines der angesehensten Blätter sich zum Anwalt der Juden gegenüber dem deutschen Antisemitismus macht und dadurch bei den massgebenden Kreisen in Deutschland Verärgerung hervorruft.»⁴⁴⁹ Frölicher beschönigte den flagranten Antisemitismus nicht. Aber dagegen zu protestieren, verbot seiner Ansicht nach die Staatsräson, die Sorge um das Überleben des eigenen Staates. Im Tagebuch findet sich erst unter dem 3. Mai 1943 ein höchst entlarvender Eintrag. Der Gesandte hatte von einem Mitglied des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz erfahren, welches Massaker sowjetische Truppen an polnischen Offizieren in Katyn verübt hatten. Er befürchtete nun, die Schreckensmeldung könnte von deutscher Seite propagandistisch gegen die Sowjetunion verwertet werden, und bemerkte dazu: «Hoffentlich macht man dies bei uns nicht mit ... Denn sonst müssten wir auch ein ähnliches öffentliches Interesse am Schicksal der Juden nehmen».

Erforderte es die Staatsräson, drückte Frölicher beide Augen zu – selbst wenn die Sowjets, für die er wirklich keine Sympathien hegte, Greuelthaten begingen. Dies wirft ein Schlaglicht auf seine Grundeinstellung. Frölicher war ein klassischer Diplomat; sein Denken und Handeln richteten sich nach Verhaltensregeln, die sich im Zeichen der Kongressdiplomatie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatten. Menschenrechte waren in dieser Optik eine nebensächliche Angelegenheit. Sie durften das Einvernehmen zwischen den Staaten nicht gefährden. Deshalb wollte er nichts unternehmen, was den Ärger der Machthaber in Berlin hätte erregen können. Sem vorrangiges Ziel war es, im höheren Utaatsinteresse möglichst gute Beziehungen zwischen der

Schweiz und Deutschland zu wahren, koste es, was es wolle. Diesem Gesichtspunkt ordnete er alles unter, auch moralische Bedenken. Ab 1944, als sich die akute Gefährdung der Schweiz verzogen hatte, begann er sich für Juden und andere Insassen von Konzentrationslagern einzusetzen. Er intervenierte zugunsten von norwegischen Studenten im Konzentrationslager Buchenwald, er wandte sich für Juden im Konzentrationslager Bergen-Belsen; auch zugunsten von ungarischen Juden, denen die Deportation drohte, sprach er im Auswärtigen Amt vor.⁴⁵⁰

Man kann Dinicherts, Kappellers und Frölicher's Schuld in der Bewältigung des Flüchtlingsproblems nicht in Abrede stellen. Aber man würde die Grössenordnungen verzerren, wenn man nicht auch etwas anderes erwähnte. Beamte haben eine Doppelstellung. Sie können einerseits Entscheidungsabläufe dank ihrer Stellung stark beeinflussen; andererseits sind sie Organe der ausführenden Gewalt. Sie sind an Weisungen gebunden und können nicht Belieben walten. Die letzte Verantwortlichkeit liegt somit beim Bundesrat und beim Schweizervolk. Rothmund hatte unmissverständlich erklärt, der Bundesrat müsse selbst entscheiden, ob er die Vereinbarung vom 4. Oktober mit dem Judenstempel politisch verantworten könne. Die Antwort der Landesregierung war eindeutig. Ohne Gegenstimme hiess sie das Verhandlungsergebnis ihrer Unterhändler gut. Ob zu Recht oder zu Unrecht nahm der Bundesrat an, mit der diskriminierenden Visapolitik ein Vorgehen einzuschlagen, welches die Mehrheit des Schweizervolkes aus Überfremdungsangst und Furcht vor der Politik des Dritten Reiches guthiess.⁴⁵¹ Das Volk, der Souverän, ist durchaus in einer Mitschuld befangen. Es war nur folgerichtig, wenn Bundespräsident Kaspar Villiger in seiner Ansprache zum fünfzigjährigen Kriegsende am 7. Mai 1995 vor den Eidgenössischen Räten erklärte: «Mit der Einführung des sogenannten Judenstempels kam Deutschland einem Anliegen der Schweiz entgegen. Dieser Stempel wurde im Oktober 1938 von der Schweiz gebilligt. Wir haben damals in allzu eng verstandenem Landesinteresse eine falsche Wahl getroffen. Der Bundesrat bedauert das zutiefst, und er entschuldigt sich dafür ...».

Bedrohte Schweizer im Dritten Reich

Einer diplomatischen und konsularischen Vertretung obliegt es, sich für die Interessen der eigenen Staatsangehörigen einzusetzen. Unter der Oberaufsicht des Postenchefs kümmern sich vornehmlich die konsularischen Mitarbeiter um die Anliegen der Landsleute. An Aufgaben fehlte es der Gesandtschaft in Berlin während des Zweiten Weltkriegs wahrlich nicht.

Erstaunlicherweise nahm die Anzahl von Schweizern im Dritten Reich bis Anfang 1943 zu. Laut den Geschäftsberichten der Gesandtschaft betrug die Kolonie Ende 1937 12'644 Personen; Ende 1942 waren 14'482 Landsleute registriert. Ein kleiner Zuwachs ergab sich anfänglich aus Schweizern, vor allem Landarbeitern und Technikern, die am Vorabend des Krieges im wirtschaftlich prosperierenden Deutschland Arbeit suchten, derweil die Schweiz nur schleppend aus der Wirtschaftskrise herauskam. Die Kolonie nahm indes hauptsächlich zu, weil sich der Zuständigkeitsbereich der Berliner Gesandtschaft infolge der deutschen Einverleibungen und Eroberungen ständig ausdehnte: im Frühjahr 1938 kam Österreich hinzu, im Herbst das Sudetenland, im Frühjahr 1939 Böhmen und Mähren, 1940 die besetzten polnischen Gebiete; 1942 erstreckten sich die Berlin unterstellten Konsularbezirke bis in die Ukraine. Erst 1943 verringerte sich die Anzahl von schweizerischen Staatsbürgern sachte auf 14'167. In den letzten beiden Kriegsjahren strömten dann die Auslandschweizer in grösseren Scharen in ihre Heimat zurück. Wieviele waren es? Man weiss es nicht genau. Im bombenversehrten Zentrum von Berlin fand man 1944 und 1945 keine Zeit mehr, um noch einen Geschäftsbericht zu erstellen. Aber bis zum Kriegsende im Mai 1945 dürften es etwa 3'000 Personen gewesen sein – angesichts der Kriegswirren eine erstaunlich kleine Minderheit.

Weshalb so wenig Rückwanderer? Bis tief ins Jahr 1944 hinein soll die Gesandtschaft, wie verschiedene Zeitzeugen berichteten, Auslandschweizern davon abgeraten haben, in die Heimat zurückzukehren. Einzelne Beamte hatten erwähnt, die Deutschen würden mit ihren neuen Wunderwaffen – man dachte an die geheimnisumwobenen «Vergeltungswaffen» V1 und V2 – das Kriegsglück schon noch wenden. Auch hiess es auf der Gesandtschaft, es wäre in der

Schweiz schwierig, Arbeit und ein Auskommen zu finden. Mit ähnlichen Argumenten soll der Landessender Beromünster noch im Januar 1945 die Landsleute im Osten aufgerufen haben, in der Ferne auszuharren.⁴⁵² Die Zentrale und die Aussenposten zögerten bedenklich lange, die eigenen Staatsangehörigen zu repatriieren. Ein anderer Sachverhalt dürfte indes zahlreiche Schweizer Bauern und Gewerbetreibende nicht minder bewogen haben, den widrigen Umständen bis zum bitteren Ende zu trotzen. Im Dritten Reich war es Auswanderern nämlich verboten, Vermögenswerte ins Ausland mitzunehmen. Rückwanderer hätten Hab und Gut fast vollständig verloren. Der grosse Rückfluss begann somit erst nach der deutschen Kapitulation, als die Schweizer vornehmlich aus den von den sowjetischen Truppen eroberten Gebieten flohen.⁴⁵³

Gelegentlich kam es auch vor, dass Schweizer der Wehrmacht beitraten. 1941 meldeten sich nach offiziellen Angaben 150 Landsleute freiwillig, im Jahr 1943, als sich die deutsche Niederlage schon abzeichnete, noch 68 Männer. Mit dem Eintritt in die Wehrmacht wurden diese Schweizer, die oft seit Generationen in Deutschland ansässig waren, automatisch im Deutschen Reich eingebürgert und verloren die schweizerische Staatsangehörigkeit. Die jungen Schweizer dagegen, die um Aufnahme in die Waffen-SS nachsuchten, waren zumeist aus ihrer Heimat geflüchtet. Von 133 Landsleuten, die nach Kenntnis der Gesandtschaft 1942 illegal nach Deutschland kamen, zogen 18 die schwarze Uniform an. Im nächsten Jahr waren es deren 30. Verzweifelte Eltern ersuchten die Gesandtschaft, ihre Söhne aus der Söldnerlegion herauszuholen. Solchen Interventionen war nie Erfolg beschieden. Wer älter als 17 Jahre alt war, wurde nicht mehr freigegeben, selbst wenn die Eltern protestierten. Die Gesandtschaft versuchte beispielsweise 1942, die Entlassung des achtzehnjährigen Ernst Zwicky oder des neunzehnjährigen Gottfried Schildknecht zu erwirken. Vergeblich. In keckem Übermut erklärten die Halbwüchsigen, sie seien stolz darauf, Angehörige dieser Sondertruppe zu sein;⁴⁵⁴ und der SS-Apparat beteuerte seine Unschuld, indem er die Respektierung des Willens der Burschen vorschützte. Von den meisten Legionären jedoch hatte die Gesandtschaft keine Kenntnis. Wer den schwarzen Waffenrock anzog, suchte die Verbindung mit der offiziellen Vertretung nicht. Rund 900 junge Schweizer dürften der Waffen-SS beigetreten sein – bei etwa 100'000 Freiwilligen aus den europäischen Ländern eine vergleichsweise geringe Zahl.⁴⁵⁵

Erfolgreicher war die Gesandtschaft in ihrem Bemühen, zum Tode verurteilte Schweizer vor der Urteilsvollstreckung zu retten. Stets sassen einige Schweizer Todeskandidaten in deutschen Gefängnissen ein. Den meisten wurde Spionage vorgeworfen – manchmal nicht zu Unrecht, beispielsweise dem Konsulats-

angestellten James Ketterer und dem Konsularbeamten Dr. Ernst Mörgeli, die nacheinander für den eidgenössischen Nachrichtendienst in Stuttgart gearbeitet hatten. Aber häufig wurden Schweizer aus andern Gründen verhaftet und verurteilt. Die nationalsozialistischen Machthaber bedurften eines Faustpfandes, um abgeurteilte deutsche Agenten in der Schweiz freizupressen. In einigen Fällen gaben die deutschen Behörden offen zu, dass es sich um eine Repressalie handle. Im Jahr 1942 beispielsweise wurden fünf konsularische Mitarbeiter verhaftet. Abgesehen vom Fall Mörgeli verurteilte ein deutsches Kriegsgericht einen Konsulatsangestellten in Besançon zum Tode; in Elbing wurde ein Angestellter wegen unerlaubten Nachrichtendienstes verhaftet; in Wien warf man einem Kanzlisten die «Weitergabe von Greuelnachrichten» vor, und in Prag wurde Frau Jeannette Jenny zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie den Abtransport eines Juden verhindern wollte. Sie wurde beschuldigt, zur Körperverletzung angestiftet zu haben.

Frölicher nahm diese Fälle nicht auf die leichte Schulter. Das harte Los der willkürlich abgeurteilten Landsleute bedrückte ihn. Verschiedentlich sprach er selbst in Bern vor und drängte im EPD darauf, die Schweizer so rasch als möglich aus den Gefängnissen herauszuholen. Er befürwortete unmissverständlich einen Austausch mit deutschen Agenten in der Schweiz. Am 16. Februar 1943 schrieb er, unter deutlicher Anspielung auf den Fall Jenny, ins Tagebuch: «Es geht nicht an, dass Konsulatsbeamte, die nichts getan haben, was in der Schweiz strafbar wäre, wofür im Gegenteil noch Gründe der Menschlichkeit angeführt werden können, im Stich gelassen werden. Unser Personal in Deutschland nimmt diszipliniert die Gefahren des Krieges auf sich, es kann aber erwarten, dass diese Treue auch vom Bundesrat erwidert wird.»⁴⁵⁶

In der Schweiz freilich war der Gefangenen austausch eine heisse Kartoffel, die niemand anfassen wollte. Die Schweizer aus den Gefängnissen herauszuholen – das war eine Sache; aber Saboteure und Spione ungestraft ins Reich abzuschieben: das widerstrebte der Volksmeinung zutiefst. Als Frölicher im Februar 1943 Bundesrat Pilet-Golaz bat, etwas für die inhaftierten Schweizer zu unternehmen, wischte der Waadtländer das Gesuch barsch vom Tisch. Er möchte, so erklärte er gemäss Frölicher's Tagebuch, mit dieser Angelegenheit nichts mehr zu tun haben. Er hätte sich mit einem Vorschlag, die Konsulatsangestellten gegen deutsche Spione freizukaufen, schon beinahe den Ruf eines Landesverrätters eingehandelt. Bitter vermerkte Frölicher, der Bundesrat zeige am Schicksal der Todeskandidaten – mit Ausnahme des Falles Mörgeli – überhaupt kein Interesse. Pilet-Golaz hätte ihn sogar ermächtigt, eine entsprechende Erklärung dem Auswärtigen Amt abzugeben. Frölicher hütete sich tunlichst vor

einem solchen Schritt, der wahrscheinlich die Vollstreckung der Todesurteile ausgelöst hätte. In seiner Vorsprache an der Wilhelmstrasse betonte er vielmehr, wie leidenschaftlich die Austauschfrage die Gemüter der Schweizer Bevölkerung aufwühle. Auch unterstrich er, die Schweiz hätte bisher keine Todesurteile gegen Deutsche gefällt. Diese Tatsache sollte es der deutschen Justiz ermöglichen, die Todesurteile für Schweizer in Haftstrafen umzuwandeln.⁴⁵⁷

Frölichers kluges Vorgehen wurde belohnt, allerdings nur auf Umwegen. Seine Ratschläge befolgte man an der Berner Zentrale nicht. Es bedurfte der Überredungskunst eines deutschen Unterhändlers, bis die Schweiz in einen Austausch einwilligte. Aber immerhin konnte der Minister verhindern, dass eine unbedachte Antwort Schweizern das Leben kostete. Nachdem Mörgeli dank Vermittlung des SS-Generals Walter Schellenberg schon nach kurzer Zeit in die Schweiz abgeschoben wurde, konnten im Laufe des Jahres 1943 auch die anderen Inhaftierten in ihre Heimat zurückkehren. In zahlreichen andern Fällen zögerte die Gesandtschaft ebenfalls nicht, sich mit Nachdruck für in Not geratene Landsleute einzusetzen. Die Interventionen waren meistens erfolgreich, wiewohl nicht immer im ersten Anlauf. Der deutsche Schriftsteller Walter Hammer, der den Zuständen in den Konzentrationslagern sowie den Haft- und Strafanstalten im Dritten Reich nachforschte, gelangte zum Schluss, beinahe alle zum Tode verurteilten Schweizer seien vor der angedrohten Exekution bewahrt worden, während die meisten Nationen Europas zahlreiche Tote als Opfer der Hitler Tyrannie zu beklagen hätten. Er bekam «den Eindruck, als habe es der eidgenössischen Diplomatie immer wieder glücken wollen, die im Hitlerreich unter fadenscheinigen Vorwänden zum Tod verurteilten Schweizer durch Austausch zu retten.»⁴⁵⁸

Umso erstaunlicher ist, dass Frölicher und seine Mitarbeiter sich kaum / für den Hitler-Attentäter Maurice Bavaud eingesetzt hatten. Warum nur überliessen sie den katholischen Theologiestudenten aus Neuenburg seinem Schicksal? Bavaud irrte im November 1938 zwischen München und Berchtesgarden mit der Absicht herum, Hitler zu ermorden. Als sich dazu keine günstige Gelegenheit einstellte und ihm mit der Zeit das Geld ausging, versuchte er verzweifelt, nach Frankreich zurückzukehren, wo er ein Priesterseminar besuchte. Kurz vor Augsburg jedoch erwischte ein Schaffner den Bahnreisenden ohne Fahrkarte, überstellte ihn der Bahnpolizei, die ihrerseits den Ausländer an die Gestapo weiter schob. Nun stellte sich heraus, dass er eine geladene «Schmeisser»-Pistole und ein fingiertes Empfehlungsschreiben an Hitler auf sich trug. Das Unheil nahm seinen Lauf. Zuerst verurteilte das Amtsgericht in Augsburg den Zweiundzwanzigjährigen wegen Fahrkartenbetrugs und unbefugten Waffenbesitzes. Dann wurde er

dem Volksgerichtshof in Berlin überstellt. Dieses Gericht fällte am 18. Dezember 1939 das Todesurteil. Bavaud wurde im Gefängnis Berlin-Plötzensee eingesperrt und nach zweieinhalbjähriger Haft am 14. Mai 1941 hingerichtet. Der eigenartige Student wurde einem grösseren Kreis erstmals durch Rolf Hochhuth bekannt. Als der Schriftsteller 1976 den Basler Kunstpreis entgegennahm, würdigte er den Neuenburger in seiner Dankesrede als einen Helden, ja er nannte ihn gar einen neuen Wilhelm Tell. Das bedauernswerte Schicksal des, wie Hitler sich ausdrückte, «Schweizer Heckenschützen» erregte auch das Interesse von Niklaus Meienberg. Zusammen mit Villi Hermann und Hans Stürm verfilmte er die Leidensgeschichte. Hernach verfasste der engagierte Schriftsteller eine vielbeachtete Reportage mit dem Titel «Es ist kalt in Brandenburg». Der Historiker Klaus Urner schliesslich handelte das Thema in einer erschöpfenden Monographie ab.⁴⁵⁹

In diesem schwerwiegendsten und tragischsten Fall hatte die Schweizer Gesandtschaft, wie Urner beizupflichten ist, nicht einmal das Minimum an konsularischem Beistand geleistet.⁴⁶⁰ Zwar ersuchte sie die deutschen Behörden, die Todesstrafe in eine Haftstrafe umzuwandeln; aber es fehlte die menschliche Anteilnahme. Frölicher und Kappeler weigerten sich, den Todeskandidaten in Plötzensee zu besuchen. Das betuliche Vorgehen der schweizerischen Vertretung missfiel selbst einigen Beamten im EPD. Diese müssen den Departementschef über die Vorgänge in Berlin orientiert haben. Jedenfalls ermahnte Pilet-Golaz seinen Missionschef, er möge alles daransetzen, um die Exekution abzuwenden. Zudem forderte er ihn auf, hartnäckig zu insistieren, dass ein Mitarbeiter der Gesandtschaft den Verurteilten im Gefängnis besuchen dürfe.

Dieser Zurechtweisung entzog sich Frölicher mit gewundenen Worten. Er meinte, man müsse sich grösste Zurückhaltung auferlegen; man dürfe die richterliche Beurteilung des Falls durch den Volksgerichtshof – ein farcenhafte Gericht, das bis in die Parteikreise hinein verachtet wurde – nicht in Zweifel ziehen. «Auch muss sich die Gesandtschaft mit Rücksicht auf die verabscheuungswürdigen Absichten des Verurteilten begreiflicherweise eine gewisse Zurückhaltung bei der Vorbringung ihrer Begehren auferlegen. Ich halte es deshalb nicht für angebracht, um einen Besuch bei dem Verurteilten nachzuzusehen.»⁴⁶¹ Legationsrat Kappeler, der das Dossier auf der Gesandtschaft bearbeitete, ging sogar noch weiter. Gemäss internen Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes soll er eine Demarche mit den Worten eröffnet haben, die Schweiz würde davon absehen, einen formellen Antrag auf Begnadigung zu stellen; sie würde es jedoch begrüssen, wenn die Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe umgewandelt würde.⁴⁶² Mit einer solchen Haltung verschaffte sich die Schweiz wenig Respekt. Die deutschen Behörden hielten es denn auch nicht für nötig, die

Gesandtschaft über die Vollstreckung des Todesurteils im Voraus zu benachrichtigen, obschon das Auswärtige Amt Frölicher eine entsprechende Zusicherung abgegeben hatte. Das Henkersbeil fiel nach zermürbend langem Warten auf einen einsamen und verlassenem Maurice Bavaud, den seltsamsten, aber auch den bedürftigsten aller Schweizer Insassen in deutschen Todeszellen.

Die Aussichten, für Bavaud eine Begnadigung zu erlangen, wären gewiss schlecht gewesen. Ein Regime, das Tausende und Abertausende hinrichtete, räumte einem Hitler-Attentäter keine Chance ein, mit dem Leben davonzukommen. Dennoch hätte die Gesandtschaft einen Austausch mit einem Landesverräter oder Saboteur, der in der Schweiz einsass, vorschlagen müssen. Dass sie es nicht tat, ist den geistigen Vorbehalten zuzuschreiben, die sie Bavaud entgegenbrachte: Frölicher und Kappeler waren in ihrem Innersten der Ansicht, Bavaud verdiene für seinen beabsichtigten Tyrannenmord die ihm auferlegte Todesstrafe. Das zitierte Schreiben von Frölicher spricht diesbezüglich eine klare Sprache. Doch wiederum, wie schon bei der Einführung des Judenstempels, ist die Schuld nicht auf eine Schulter allein verteilt. Warum pochte die Berner Zentrale, die erwiesenermassen Bavaud mehr Schutz gewähren wollte, nicht stärker auf den Tisch? Erneut ist man mit der beunruhigenden Tatsache konfrontiert, dass jene, die Instruktionen zu erteilen befugt waren, im falschen Moment geschwiegen oder sonst ihre Stimmen nicht kräftig genug erhoben haben. Bavaud wäre wohl der einzige Schweizer Häftling gewesen, dessen Straftat einen Gefangenenaustausch zu einem einigermaßen gleichgewichtigen Geschäft gemacht hätte: einen Hitler-Attentäter gegen einen hartgesottenen Saboteur. Solche Überlegungen stellte man im EPD zwar an.⁴⁶³ Aber im Angstklima von 1940/41 fand sich niemand, der sie mit Elan verfochten hätte. Sie gingen in einem Stapel von Bedenken unter.

Die Schweiz als Schutzmacht in Berlin

Nach Kriegsausbruch kamen auf die Schweiz ausserordentliche Aufgaben als Schutzmacht zu. Gestützt auf die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg war sie gut darauf vorbereitet. Der Bundesrat richtete, kaum hatte ihn das Parlament im August 1939 mit ausserordentlichen Vollmachten ausgestattet, eine eigene «Abteilung für fremde Interessen» im EPD ein. Dass die Schweiz bei offenen Konflikten mit Mandaten betraut würde, war vorauszusehen. Schon am 26. August fragte der deutsche Gesandte Köcher Bundesrat Motta an, ob die Schweiz im Kriegsfall bereit wäre, den Schutz der deutschen Interessen in England zu übernehmen.⁴⁶⁴ Am 4. September wurde die Schweiz mit dem entsprechenden Mandat in London und in vielen Überseeterritorien betraut.

Die Abteilung für fremde Interessen, die ausschliesslich Schutzmachtaufgaben ausführte, sollte schon bald mit Arbeit überhäuft werden. Nachdem die Vereinigten Staaten und Japan in den Krieg eingetreten waren, erhöhte sich die Anzahl der Mandate schlagartig. Auf dem Höhepunkt der Tätigkeit, zwischen 1943 und 1944, betrauten 35 Staaten die Schweiz mit der Vertretung ihrer Interessen in über 200 Ländern. Mitte 1943 waren an der Berner Zentrale mehr als 140 Mitarbeiter einzig mit Schutzmachtaufgaben beschäftigt.⁴⁶⁵ Im Vergleich zum Ersten Weltkrieg hatte sich auch das Verständnis, wie eine Schutzmacht am wirksamsten arbeiten könne, geändert. Während man früher glaubte, bei beidseitigen Vertretungen würden Interessenkonflikte entstehen, betrachtete man nun solche Doppelmandate als besonders günstig. So kam es, dass die Schweiz nicht nur die Interessen des Deutschen Reiches in London und Washington vertrat, sondern auch mit einem britischen und einem amerikanischen Mandat in Berlin betraut wurde.

Anfänglich war die Schutzmachtabteilung in Berlin in der schweizerischen Gesandtschaft untergebracht. Aber das Gebäude konnte die zahlreichen Mitarbeiter nicht mehr fassen, nachdem die Vereinigten Staaten der Schweiz die Wahrung ihrer Interessen übertragen hatten. Insgesamt nahm die Schweiz in Berlin während des Krieges die Interessen von 25 Staaten wahr, und der Mitar-

beiterstab in der Reichshauptstadt wuchs zeitweilig auf über 150 Personen an.⁴⁶⁶ Die Abteilung für Schutzmachtangelegenheiten quartierte sich in der leerstehenden amerikanischen Botschaft am Pariser Platz ein, und nebenan, in der britischen Botschaft, bezogen mehrere Mitarbeiter ihre Unterkunft. Im Dezember 1941, als mit dem amerikanischen Mandat noch zahlreiche andere Interessenvertretungen, welche die USA bisher für Drittstaaten wahrgenommen hatten, auf die Schweiz zukamen, ernannte der Bundesrat in der Person von Paul Werner Steiner einen Minister, der auf dem Platz Berlin ausschliesslich die fremden Interessen zu besorgen hatte. Doch schon nach wenigen Monaten verstarb Steiner an den Folgen einer Operation.

Sein Nachfolger, Peter Anton Feldscher, betreute die Abteilung für Schutzmachtangelegenheiten bis zum Kriegsende. Der Bündner Diplomat kannte Frölicher bestens. Er hatte mit ihm mehrere Jahre im Rechtsdienst des EPD zusammengearbeitet und 1938 die Nachfolge Frölichers in der Abteilung für Auswärtiges übernommen. Formell war die Berliner Schutzmachtabteilung Frölicher unterstellt. Als Missionschef liess er sich regelmässig über die wichtigsten Vorgänge orientieren. Bisweilen unternahm er auch selbst Demarchen, um einer Angelegenheit grössere Bedeutung zu verleihen. Er überwachte die Schutzmachtabteilung wesentlich stärker als etwa sein Kollege in London. Im Einklang mit seiner allgemeinen Einstellung bevorzugte er auch auf diesem Gebiet einen pfleglichen Umgang mit den deutschen Stellen. Vertrat Feldscher einmal eine andere Ansicht, so wusste er sich gegenüber dem selbstbewussten Kollegen nicht durchzusetzen.⁴⁶⁷ Dennoch verstanden sich die beiden gut und waren einander freundschaftlich verbunden, auch wenn Frölicher seine Grosszügigkeit mitunter etwas gönnerhaft ausspielte.

Im Sommer 1943 begann die Gesandtschaft, sich und der Schutzmachtabteilung Ausweichquartiere in der Umgebung von Berlin zu sichern. Von amerikanischer Seite war ihr geraten worden, das Zentrum von Berlin, um den bevorstehenden Bombenangriffen zu entgehen, zu verlassen und Unterkünfte in der Umgebung zu beziehen. Frölicher und einige Mitarbeiter quartierten sich im Schloss Börnicke am Ostrand der Stadt ein, das übrige Gesandtschaftspersonal zog nach Kladow. Der viel grössere Stab der Schutzmachtabteilung bezog Unterkünfte, die 50 bis 100 Kilometer ausserhalb Berlins lagen. Uniformierte PTT-Chauffeure, die sozusagen ihren militärischen Aktivdienst auf deutschem Boden erfüllten, fuhren das Gesandtschaftspersonal hin und her. Sie standen auch dem Personal der Schutzmachtabteilung zur Verfügung, das sich in Wudike, Blumenow, Bantikow und in fünf andern Dörfern der Mark Brandenburg einquartiert hatte.

Jeden Abend verliessen die Diplomaten die Stadt, um am Morgen ihre Arbeit wieder im kriegszerstörten Herzen Berlins aufzunehmen. Im November 1943 setzten die heftigsten Bombenangriffe auf das Stadtgebiet ein. Im Jahr 1944, als sich die Lage von Tag zu Tag verschlimmerte, verlegte die Schutzmachtabteilung einzelne Sektionen ganz aus Berlin heraus. Andere dagegen verharren in den diplomatischen Liegenschaften, die gossenteils verwüstet waren. In der amerikanischen Botschaft konnte man ab September 1944 nur noch in den Kellern arbeiten. Dennoch verblieben einige Beamte unter der Leitung von Legationssekretär Max König solange im Gebäude, bis die sowjetischen Artilleriegeschosse am 21. April 1945 buchstäblich auf den Pariser Platz niederprasselten. Im Keller hielten sich zu jenem Zeitpunkt auch drei aus Gefängnissen entwichene oder befreite Briten und Franzosen versteckt, denen König politisches Asyl gewährt hatte. Dem Schweizer Diplomaten selbst gelang es, während einer Feuerpause aus dem Inferno zu entkommen und nach Kladow zu entfliehen. Dort wartete er bis Mitte Mai sein Schicksal ab.⁴⁶⁸

Die meisten Mitarbeiter der Schutzmachtabteilung waren jedoch bei der sowjetischen Eroberung von Berlin nicht mehr in der Reichshauptstadt. Minister Feldscher hatte Ende März den Sitz nach Kisslegg in Württemberg verlegt. Nach den schlimmen Erfahrungen in Budapest wollte man in Berlin möglichst wenig Personal belassen, um die Beamten und Angestellten nicht den Gefahren einer sowjetischen Deportation auszusetzen. In Ungarn hatten die Sowjets nach der Eroberung der Hauptstadt drei Schweizer verschleppt: den Legationssekretär Harald Feller, den Kanzleibeamten Max Meier – in den siebziger Jahren Generalkonsul in Berlin⁴⁶⁹ – und Vizekonsul Carl Lutz, der sich um die fremden Interessen kümmerte und dabei mit selbstlosem Mut Tausenden von jüdischen Verfolgten das Leben rettete. Mitte Februar wurden sie, einer nach dem andern, verhaftet, langen Verhören unterzogen und schliesslich in sowjetische Gefängnisse und Lager abtransportiert. Sie sollten erst nach einem Jahr, im Austausch gegen sowjetische Internierte aus der Schweiz, die Freiheit zurückerlangen. Wahrscheinlich hatten die Rotarmisten die Diplomaten Meier und Feller einzig verschleppt, um sich ein Faustpfand zu verschaffen; mit diesen Geiseln wollten sie die sowjetischen Internierten in der Schweiz freipressen.⁴⁷⁰ Bei Lutz sind die Motive verworrener. Wollten sich die Sowjets auch an seinem humanitären Engagement rächen? Jedenfalls kehrte sein schwedischer Kollege, Raoul Wallenberg, der verschollene Retter der Juden von Budapest, aus der sowjetischen Gefangenschaft nicht mehr zurück.

Was tat die Schweiz als Schutzmacht? Zuerst übernahm sie die Gebäulichkeiten und Archive desjenigen Staates, welcher ihr ein Mandat übertragen hat-

te. Liegenschaften, die sie nicht für ihre eigene Tätigkeit benutzte, wurden versiegelt und mit deutlichen Kennzeichen unter Schweizer Schutz gestellt. Sodann bot sie den fremden Staatsangehörigen einen begrenzten konsularischen Schutz. Sie informierte den Heimatstaat, wie seine Staatsangehörigen behandelt würden; die Schutzmacht suchte auch die Staatsangehörigen in deren Heimat zurückzuführen. Schliesslich oblag ihr die Betreuung der Kriegsgefangenen, namentlich indem sie drei- bis viermal pro Jahr die Internierten besuchte. Die deutschen Behörden gestatteten nicht, das gleiche Lager jährlich mehr als viermal zu besuchen. Im Jahr 1944 begaben sich Schweizer Inspektoren auf 42 Rundreisen in 150 Lager, Lazarette und Militärgefängnisse in Deutschland, Polen, im Protektorat Böhmen und Mähren sowie in Österreich. Die Fahrten führten von Berlin aus bis nach Königsberg, an die Ostgrenze Polens oder nach Klagenfurt.⁴⁷¹ Die Gesandtschaft verfasste über die Inspektionen 350 Berichte. Sie beschrieb darin die Zustände in den Lagern und legte über die Schritte, die sie zur Verbesserung ungenügender Haftbedingungen eingeleitet hatte, Rechenschaft ab. Anschliessend wurden die Berichte jenen Regierungen zur Kenntnis gebracht, deren Staatsangehörige Schweizer Vertreter in deutschen Zwangsanstalten besucht hatten.

Da auch die Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) Lagerbesuche durchführten, kam es manchmal zu Reibereien zwischen der Schutzmachtabteilung und den IKRK-Vertretern. Frölicher hielt von solchen kleinlichen Animositäten nicht viel. Am 27. Mai 1944 notierte er in seinem Tagebuch: «Am Mittag sind Feldschers bei mir zum Essen. Die Diskussion wird lebhaft, weil ich dem Chef der Schutzmachtabteilung zu verstehen gebe, dass der Kontakt mit den Delegierten des Roten Kreuzes zu wünschen übrig lässt. Letzterer wirft den Delegierten vor, dass sie ... sich mit Angelegenheiten befassten, die in die Kompetenz der Schutzmacht fielen». Frölicher belehrte seinen Mitarbeiter eines Bessern. Von einem übergeordneten Schweizer Standpunkt aus könne man es nur begrüssen, «wenn ‚so oder so‘ verhindert wird, dass sich die Kriegsführung immer mehr von den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen und den Bestimmungen der Genfer Konvention entfernt. Die Lorbeeren, die das Internationale Rote Kreuz erntet, schmücken ja auch das Haupt der Mutter Helvetia.»⁴⁷²

Mit nüchterner Sachbezogenheit setzte sich Frölicher auch für die Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes ein. Schon Mitte 1943 liess er Staatssekretär Gustav Adolf Steengracht wissen, die Schweiz wäre bereit, einigen Tausend deutschen Kindern einen Urlaub in der Schweiz zu ermöglichen. Der Staatssekretär beantwortete die Einladung vorerst nicht. Nach fast einem Jahr erkundigte sich Frölicher nach einer Antwort. Steengracht meinte nur, Deutsch-

land möchte auf das Angebot nicht eingehen. Die Welt könnte sonst den Eindruck bekommen, das Reich sei nicht mehr in der Lage, selbst, für seine Kinder zu sorgen. Frölicher entgegnete, nichts liege der Schweiz ferner, als mit der Kinderhilfe irgendeine Propaganda zu betreiben. Sie lasse sich einzig vom Gedanken des Helfens und Heilens leiten; dazu fühle sie sich angesichts ihres «Beneficium neutralitatis» verpflichtet.⁴⁷³

Während die Schutzmachtbeamten die Interniertenlager in Deutschland unbehelligt besichtigen konnten, gab es auf anderen Gebieten zahlreiche Probleme, ja unüberwindbare Hindernisse. Die Schweizer Diplomaten erhielten nie Zutritt zu den Konzentrationslagern. Diese galten nach deutscher Auffassung, da sie schon vor dem Krieg bestanden hatten, als ausschliesslich innere Angelegenheit.⁴⁷⁴ Selbst als die Schutzmachtabteilung nachweisen konnte, dass sich britische Staatsangehörige, die Anspruch auf Schweizer Protektion erheben konnten, in den Lagern Buchenwald und Dachau befanden, erklärte das Auswärtige Amt unverblümt, die schutzberechtigten Personen befänden sich nicht in den Konzentrationslagern. Die einwandfreie Beweislage hätte es der Schweiz gestattet, auf einer Inspektion zu bestehen. Im Interesse der Gesamtbeziehungen, im Interesse auch Tausender von anderen Internierten erachtete man es indes auf der Gesandtschaft und an der Berner Zentrale für klüger, die deutschen Behörden nicht der Lüge zu überführen; man hätte sonst riskiert, dass das Dritte Reich die Schutzmandate insgesamt aufgekündigt hätte.⁴⁷⁵

Dennoch hatte die Gesandtschaft generell den Eindruck, das Auswärtige Amt und die Wehrmacht würden der Schutzmachtabteilung nicht nur keine Schwierigkeiten bereiten, sondern seien ihr bei der Bewältigung ihrer Aufgaben behilflich. Wenn einzelne Übergriffe vorkamen, so wurden sie meistens, wenn die Schutzmacht einschritt, abgestellt. Doch es gab auch schwerwiegende Verstösse gegen die internationalen Konventionen. Frölicher war überzeugt, diese seien nicht den deutschen Behörden anzulasten, sondern Hitler höchstpersönlich. Im Herbst 1941 sollte ein umfangreicher Gefangenenaustausch bei Dieppe erfolgen – in letzter Minute wurde er auf Hitlers Geheiss aufgehoben, da wesentlich mehr englische Kriegsgefangene als deutsche heimgeschafft werden sollten. Ein andermal wurden britische Kriegsgefangene gefesselt; ein nächstes Mal wurden 47 britische Fliegeroffiziere, nachdem sie aus dem Gefangenenlager Sagan in Niederschlesien entwichen waren, erschossen; dann peitschte Goebbels die Bevölkerung unverhohlen auf, notgelandete alliierte Flieger zu ermorden.

Was sollte die Gesandtschaft tun? Frölicher meinte nachträglich, Proteste hätten nichts gefruchtet; sie wären ohnehin auf Weisung von oben nicht entge-

genommen worden. Man hätte nur mit Geduld Probleme langsam entflechten können. Tatsächlich liess sich endlich im Oktober 1943, nach mühsamer Kleinarbeit, wieder ein grosser Gefangenen austausch arrangieren. Auch konnte die konventionswidrige Fesselung nach einiger Vermittlung aufgehoben werden. Bezeichnend für das damalige Arbeitsklima aber war, wie die Erschiessung der Fliegeroffiziere behandelt wurde. Frölicher intervenierte selbst bei Staatssekretär Steengracht. Dieser behauptete, die Betroffenen hätten bei der Verhaftung Widerstand geleistet. Der Schweizer Gesandte war überzeugt, dass dies nicht der Wahrheit entsprach; er glaubte jedoch, der Staatssekretär sei gehalten worden, ihm diese Antwort zu geben. Und in seinem Rückblick bemerkte er: «Für unsere Schutzmachtätigkeit, die ja im Übrigen weiterging, war es wohl auch besser, dass nicht durch Eingestehen der Wahrheit die Aufrechterhaltung der völkerrechtlichen Abmachungen überhaupt in Frage gestellt wurde.»⁴⁷⁶

Im letzten Kriegshalbjahr änderten sich die Arbeitsbedingungen für die Gesandtschaft und die Schutzmachtteilung gründlich. Im November 1944 unternahm Frölicher eine Demarche, um die Deportation von Juden zu verhindern. Dank der Vermittlung von alt Bundesrat Jean-Marie Musy wurden im Februar 1945 rund 1'200 Juden aus dem Konzentrationslager Theresienstadt befreit und in der Schweiz hospitalisiert. Im gleichen Monat hinterlegte Frölicher auch im Namen des Bundesrates einen Protest gegen die Massenvernichtung von Juden. Mittlerweile suchten selbst SS-Generäle den Kontakt zur Gesandtschaft. General Berger, dem das Kriegsgefangenenwesen oblag, lud Frölicher zur Jagd auf sein Gut in Polen ein. Die Verbindungen mit Berger wurden vor allem in jenen Wochen wichtig, die der deutschen Kapitulation vorangingen. Mit Bergers Hilfe gelang es den nach Süddeutschland dislozierten Diplomaten, zahlreiche Kriegsgefangene und Insassen in der letzten bedrohlichen Phase des Aufbäumens aus den Konzentrationslagern zu retten. Auch konnte die Schweiz nun permanent Delegierte in Lagern stationieren. Am 18. Februar hielt Frölicher im Tagebuch fest: «Für die Häftlinge in den Konzentrationslagern besteht höchste Gefahr, weil sie – wie wir hören – liquidiert werden sollen. Wir werden insistieren, dass die Schweizer konzentriert werden in Süddeutschland. Ferner wird die Schutzmacht ihr Interesse für die betreffenden Schützlinge zeigen. Die Alliierten sollen zu verstehen geben, dass eine korrekte und humane Behandlung der Inhaftierten bei den Kriegsverbrecherverfahren mit in Berücksichtigung gezogen wird.»

Selbst SS-General Walter Schellenberg setzte sich in den letzten Kriegsmonaten über die unverändert harte Haltung Hitlers hinweg und erleichterte die Aufgaben der Schutzmachtteilung. Er strich seine Verdienste auch gebüh-

rend heraus. Anfang März, nach einem Nachtessen in Frölichers Ausweichquartier in Kladow, bat er den Schweizer Gesandten zu einem Gespräch unter vier Augen. Er behauptete, die SS kämpfe für eine humanere Behandlung der Kriegshäftlinge und befürworte die volle Respektierung des Kriegsrechts. Im Wesentlichen sei es ihm zu verdanken, wenn Deutschland nach der Bombardierung Dresdens die Genfer Konventionen nicht, wie Hitler es in einem ersten Wutanfall forderte, aufgekündigt hätte.⁴⁷⁷ Der General war sich allerdings – dies war zumindest Frölichers Eindruck – bewusst, dass seine Bekehrung in allerletzter Minute die Greuelthaten von zwölf Jahren nicht mehr aufwiegen konnte.

Die Tatsache, dass die Schweiz in den letzten Kriegsmonaten mehr für die Schutzempfohlenen tun konnte, ist nicht ohne Bedeutung. Denn die Lage der Gefangenen hatte sich Anfang 1945 arg verschlechtert. Als die Rote Armee über die Weichsel vorstürmte, beschlossen die deutschen Behörden, alle Lager im Osten Deutschlands ins Landesinnere zu verlegen. Bei bitterer Kälte marschierten kilometerlange Kolonnen von Inhaftierten über verschneite Strassen. Erschöpft und ausgehungert langten sie in bereits überfüllten Lagern an, in welchen es kaum etwas zu essen gab. Denn die deutschen Behörden waren nicht mehr in der Lage, die Verpflegung zu organisieren.

Die Gesandtschaft tat, was sie konnte, um die Not zu lindern. Sie benachrichtigte unverzüglich das Internationale Komitee vom Roten Kreuz. Dieses versuchte, in möglichst vielen Lagern mit sogenannten Rot-Kreuz-Paketen den grössten Hunger zu stillen. Auch konnte sie in einigen Fällen die Befreiung von Kriegsgefangenen erreichen. Doch der Einsatz war häufig nicht mehr als ein Tropfen auf einen heissen Stein. Als die Alliierten auf die Internierungslager stiessen, fanden sie viele Gefangene in völlig ausgemergeltem Zustand vor. Es fehlte denn auch nicht an Kritik in amerikanischen Zeitungen. Der Schweiz wurde nach dem Krieg vorgeworfen, sie hätte die US-Regierung nie darauf aufmerksam gemacht, dass die Kriegsgefangenen ausgehungert würden. Die Schweizer Behörden sahen sich genötigt, öffentlich Stellung zu nehmen und ihre Tätigkeit in der dramatischen Schlussphase darzulegen und zu rechtfertigen.⁴⁷⁸

Die Schutzmachtstätigkeit der Schweiz im kriegsversehrten Deutschland war alles andere als einfach. Abgesehen von den beschwerlichen Arbeitsbedingungen kamen Schwierigkeiten hinzu, welche in der Natur der Interessenvertretung liegen. Man muss sich nach allen Seiten absichern. Die Schutzmachtbeamten wurden nicht nur vom vertretenen Staat kontrolliert, sondern auch von den eidgenössischen Behörden und dem Empfangsstaat. Drei verschiedene «Herren» haben häufig unterschiedliche Vorstellungen, die nicht leicht unter

einen Hut zu bringen sind. Sodann waren die völkerrechtlichen Bestimmungen in vielen Bereichen lückenhaft. Dennoch verbrachte die Schutzmachtabteilung in Berlin beachtenswerte Leistungen. Mit ihren Lagerinspektionen, den Vorgesprächen bei den Lagerkommandanten und beim Oberkommando der Wehrmacht sowie mit den Demarchen der Gesandtschaft beim Auswärtigen Amt wurden nicht nur Tausende von Kriegsgefangenen vor einem schlimmeren Los bewahrt; auch zahlreiche fremde Staatsangehörige konnten sich zumindest auf einen rudimentären konsularischen Schutz berufen. Dass die Schweiz dabei ständig lavierte musste, dass sie sich mitunter – wie auch das IKRK – hinter legalistischen Argumenten verkroch und dort schwieg, wo sie hätte sprechen sollen, dass sie Konzessionen einging, die sie in andern Zeiten tunlichst vermieden hätte, dies alles sei nicht verschwiegen. Hätte man die Mandate besser ausführen können? Die Frage muss man sich stellen. Eine Detailstudie gelangt allerdings zum Schluss, angesichts der widrigen Zeitumstände hätte kaum eine andere Möglichkeit bestanden, die Schutzmachttätigkeit einigermaßen unbescholten zu Ende zu führen.⁴⁷⁹

Für die Schweiz selbst bedeuteten die zahlreichen Mandate nicht nur eine Bestätigung ihrer Neutralität, sondern sie stärkten auch in Monaten äusserster Gefährdung die internationale Stellung des von feindlichen Kräften umzingelten Landes.

Schwierigkeiten mit dem Nachrichtendienst – und Edgar Bonjour

Nicht alle Mitarbeiter der Gesandtschaft teilten Frölichers Ansicht, wonach der pflegliche Umgang mit den nationalsozialistischen Machthabern die beste Art sei, um die Schweizer Interessen zu schützen. Bis ins Jahr 1942 hinein gab es zwei Lager. Die Unstimmigkeiten, die auf dem Berliner Posten herrschten, waren bis zu Pilet-Golaz vorgedrungen. Anfang 1943 schrieb der Bundesrat dem Gesandten, er sei froh, dass Frölicher nun mit allen Mitarbeitern zufrieden sei und endlich ein Teamgeist die Vertretung belebe.⁴⁸⁰

In all den Jahren konnte sich der Minister stets auf seinen Stellvertreter, den beflissenen Franz Kappeler, verlassen; auch Botschaftssekretär Max König, der in Berlin Frölichers Tochter Hélène geheiratet hatte, folgte dem vorgegebenen politischen Kurs, desgleichen der Militärattaché Hans von Werdt. Eine starke Stütze war der Offizier allerdings nicht. Er galt als unfähig und erfüllte seine Aufgabe, wie eine Studie festhält, «nur zum kleinsten Teil».⁴⁸¹ Werdt war Sohn einer Österreicherin und eines Schweizers, der in der österreichischen Armee gedient hatte. Er selbst war ebenfalls mit der k.u.k. Armee in den Ersten Weltkrieg gezogen. Erst nach dem Krieg wechselte er das Lager und trat als Instruktionsoffizier in die Schweizer Armee ein. Dass seine Sympathien dem deutschen Waffenbruder galten, war ein offenes Geheimnis. Urs Schwarz, nach Caratschs Ausweisung rund ein Jahr lang NZZ-Korrespondent in Berlin, nannte ihn ein «schwankendes Rohr».⁴⁸² Dabei hätte Hans von Werdt überhaupt nie Militärattaché werden sollen. Als seine Ernennung anstand, erhob sich im Parlament heftiger Widerspruch, angeführt vom angesehenen Waadtländer Nationalrat Henry Vallotton. Bundespräsident Motta beschwichtigte in der Dezembersession von 1937 die aufgebrachtten Gemüter und erklärte unumwunden: «Il n'est pas question que ce bon officier devienne attaché militaire. Je crois que de ce côté la question est réglée.»⁴⁸³ Trotz dieser kategorischen Erklärung des Bundespräsidenten trat Werdt seinen Posten in Berlin an. Es scheint, dass das EMD den Kandidaten seiner Wahl durchdrückte.

Weniger harmonisch verlief die Zusammenarbeit mit dem Handelsbeauftragten Max Grässli und dem aus der berühmten Zürcher Industriellenfamilie

stammenden Legationssekretär Alfred Escher, später Botschafter in Rom, Bonn und Wien. Beide suchten, soweit ihre Möglichkeiten reichten, dem deutschen Anpassungsdruck zu widerstehen – jedenfalls wesentlich stärker, als es Frölicher für angebracht erachtete. Aus dieser Absicht heraus arbeiteten sie wohl mit dem schweizerischen Nachrichtendienst zusammen und liessen sich hinter Frölichers Rücken namentlich vom Chef der «Nachrichtensammelstelle 1 Rigi», Max Waibel, für diverse Aufträge einspannen. Auch hinterbrachterTsie interne Vorgänge auf der Gesandtschaft brühwarm dem Nachrichtendienst.⁴⁸⁴ Im Jahr 1942 ersetzte Alfred Zehnder Grässli als Wirtschaftsbeauftragten, und Heinz Vischer, der später eine leitende Stellung bei der Rentenanstalt einnehmen sollte, löste Escher ab. Mit diesen Neubesetzungen sowie jener von Major Peter Burckhardt, der 1943 an Werdts Statt Militärattaché wurde, wichen die Spannungen innerhalb der Schweizer Gesandtschaft. Die kritische Auseinandersetzung verstummte deswegen keineswegs, aber die Lagermentalität war behoben.

Der neue Militärattaché leistete viel gründlichere Arbeit als sein Vorgänger. Hierarchisch unterstand er dem Gesandten, mit welchem er einen intensiven Informationsaustausch pflegte; ansonsten jedoch war er unabhängig. Seine zahlreichen faktengesättigten Berichte belegen, dass er über ein dichtes Beziehungsnetz verfügte, ohne indes die Grenzen seines Auftrages zu überschreiten. Er liess sich nicht in nachrichtendienstliche Missionen einspannen. Im Schlussbericht über seine Berliner Tätigkeit meinte Burckhardt: «Der landesübliche Begriff, wonach der Militärattaché nichts anderes als ein ‚offizieller Spion‘ sei, trifft den Kern der Sache kaum. [Der Militärattaché] kann weder Agenten in seinen Dienst nehmen, noch als Briefkasten oder Vermittler für die vom eigenen Nachrichtendienst verwendeten Personen dienen. Alles, was über den Rahmen seiner offiziellen Funktionen hinausgeht, bedeutet eine Gefährdung seiner Stellung und damit auch die direkte Kompromittierung des von ihm vertretenen Landes.»⁴⁸⁵

Burckhardts Berichte stiessen auch bei den deutschen Nachrichtendiensten auf Interesse. Im Sommer 1943 erhielt Burckhardt von einem Major des Heereswaffenamtes eine Warnung. Die geheimen Schreiben an das schweizerische Armeekommando würden von einer SS-Nachrichtenstelle fotokopiert; die Mitteilung stamme, so der Informant, von einem nahen Mitarbeiter von Admiral Canaris, dem Chef des deutschen Abwehrdienstes. Burckhardt fühlte sich rasch in seinem Verdacht bestätigt, dass der deutsche Hausdiener auf der iranischen Gesandtschaft, wo der schweizerische Militärattaché seine Büros bezogen hatte, die Unterlagen an unbefugte Stellen weiterleitete.⁴⁸⁶

Ein Jahr später, nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli

1944, klopfte ein Mann an die Türe von Legationssekretär Max König. Er wollte dringend den Militärattaché sprechen. König bat Burckhardt, in seine Wohnung zu kommen. Dort stellte sich der Fremde als Dr. Gisevius vor und erklärte, er sei derjenige, der Burckhardt vor Jahresfrist eine Warnung hätte zukommen lassen. Er würde nun, da er in das Attentat gegen Hitler verwickelt sei, von der Gestapo verfolgt. Gisevius flehte Burckhardt an, ihm in seiner Wohnung auf unbestimmte Zeit Zuflucht zu gewähren. Doch Burckhardt schlug die Bitte aus. In der militärgerichtlichen Untersuchung über die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Schweiz – ein Nachspiel zu den Aktenfunden in La Charité-sur-Loire – gab er 1947 Folgendes zu Protokoll: «Ich musste leider das Gesuch von Dr. Gisevius ablehnen, weil ich selbst unter starker polizeilicher Kontrolle stand und die Schweiz, dipl. Vertretung sich nicht kompromittieren durfte, weil es sich doch um ein Attentat gegen das Oberhaupt einer Macht handelte, mit welcher dipl. Beziehungen bestanden. Ich veranlasste, dass König dem Dr. Gisevius möglichst unbemerkt beim Verlassen der Wohnung behilflich war. Das war das einzige Mal, als ich Dr. Gisevius sah.»⁴⁸⁷

Diese etwas hartherzig klingende Erklärung wurde von den Bundesbehörden voll gedeckt. Der mysteriöse Gisevius konnte zwar im Januar 1945 in die Schweiz entkommen, aber im eidgenössischen Sicherheitsdienst misstraute man seinen Aussagen zutiefst: «Herr Gisevius ist u.E. nicht der, als der er sich ausgibt.»⁴⁸⁸ Die eidgenössische Militärjustiz leitete 1946 ein Strafverfahren gegen ihn ein. Als Vizekonsul in Zürich, soll er ehemals alles andere als einer geregelten konsularischen Tätigkeit nachgegangen sein; er stand im Sold des deutschen Nachrichtendienstes, unterhielt allerdings auch enge Beziehungen zu Allen W. Dulles, dem in Bern residierenden Chef des amerikanischen Geheimdienstes für Zentraleuropa. Nicht nur die Schweizer misstrauten dem Doppelspiel von Gisevius. Auch der britische Geheimdienst, für den er eine Zeitlang ebenfalls gearbeitet hatte, rückte von ihm ab, weil man ihn für einen Doppelagenten hielt. Obschon Gisevius zu den Widerstandskämpfern des 20. Juli gehört, haftet dem geltungssüchtigen Agenten bis auf den heutigen Tag etwas Zwielfichtiges an und die Ehrenhaftigkeit seiner Motive wird nicht selten – im Gegensatz zu den andern Opfern des misslungenen Hitler-Attentats – in Zweifel gezogen.⁴⁸⁹

Frölichers Arbeitsverhältnis zu Burckhardt war korrekt. Nachhaltig bekämpft wurde der Minister Jüngerer von Offizieren des Nachrichtendienstes, an erster Stelle von Max Waibel, dem Chef der Nachrichtensammelstelle Deutschland, aber auch von Alfred Ernst, dem Leiter des «Büros Deutschland» im Nachrichtendienst sowie von Major Hans Hausamann, einer schillernden Figur, die den privaten Geheimdienst «Büro Ha» betrieb.⁴⁹⁰ Die Offiziere im

Nachrichtendienst hatten selbstverständlich Grund, dem Minister in Berlin zu misstrauen. Seine anpassungswillige Politik konnten sie nicht gutheissen; sie war dem unbedingten Widerstand, den sie mit grossem Mut propagierten, diametral entgegengesetzt. Aber andere Motive spielten ebenfalls mit: im Fall von Max Waibel persönliche Ranküne, im Falle des Nachrichtendienstes ein Streit um die Betätigungsmöglichkeiten, welche diesem militärischen Dienstzweig auf den Botschaften und Konsulaten eingeräumt wurde.

Bundesrat Pilet-Golaz und Frölicher bekämpften stets die Absicht des Nachrichtendienstes, mehr Einfluss auf die Aussenpolitik zu gewinnen. Besonders die ‚Nachrichtensammelstelle 1‘, also der Dienst von Max Waibel, mischte sich derart in aussenpolitische Belange ein, dass sich Pilet-Golaz verschiedentlich veranlasst sah, bei General Guisan und dem Vorsteher des EMD zu intervenieren.⁴⁹¹ Der Nachrichtendienst hätte am liebsten auf allen wichtigen Aussenposten Leute des eigenen Vertrauens plaziert. Diese sollten nicht nur Informationen ausserhalb des üblichen Kanals sammeln und nach Bern übermitteln, sie sollten auch den Kurierdienst zwischen der Schweiz und den Aussenposten wahrnehmen, um auf ihren Fahrten militärische Beobachtungen zu sammeln. Frölicher und dem EPD missfielen derartige Missionen. Pilet-Golaz schrieb General Guisan, als er von den nachrichtendienstlichen Aufträgen Ernst Mörgelis in Stuttgart hörte, der Konsularbeamte beschäftige sich offenbar weder mit Handelsfragen noch mit der Verwaltung, und er fügte unmissverständlich bei: «Je n'ai jamais été d'accord avec l'utilisation de notre réseau consulaire pour des tâches sortant de son cadre normal»⁴⁹² Der Gesandte seinerseits untersagte kurzum allen Konsulaten in Deutschland, im Auftrag des Nachrichtendienstes im Land herumzureisen. Seiner Meinung nach hatte sich eine Gesandtschaft oder ein Konsulat strikte an die völkerrechtlichen Rechte und Pflichten zu halten. Und diese umfassten keine geheime nachrichtendienstliche Tätigkeit. War zu Beginn des Krieges auf gewissen Posten noch ein Gewährsmann des Nachrichtendienstes stationiert, so setzte Frölicher durch, dass bei der erstbesten Ablösung die betreffende Stelle gestrichen wurde. Im Herbst 1942, nachdem Mörgeli wegen Spionage verhaftet worden war, beklagte sich der Nachrichtendienst, er verfüge nun in Deutschland über keinen Aussenposten mehr. Sein Ansinnen, in München und Stuttgart erneut sogenannte «Consulats renforcés» einzuführen, stiess indes im Bundesrat auf wenig Widerhall.

Es dürfte keinen Missionschef geben, der es schätzt, wenn Mitarbeiter ohne sein Wissen nachrichtendienstliche Aufgaben ausführep. Wenn sich Frölicher beim Departementsvorsteher beschwerte, war er kein Einzelfall. Das Verhältnis zwischen den Nachrichtenbeschaffern und den diplomatischen Vertretungen

war so gestört, dass Pilet-Golaz im Sommer 1940 dem General vier Fälle zur Stellungnahme unterbreitete. Einer davon, der ein bezeichnendes Licht auf bürokratische Doppelspurigkeit wirft, sei erwähnt: der Fall Paul Ritter. In den angsterfüllten Tagen des Mai 1940 berief Waibel eigenmächtig Generalkonsul Ritter aus München zum Rapport nach Luzern. Da die Grenze hermetisch geschlossen war, hätte sich der Nachrichtendienst, wie ein Historiker verständnisvoll entschuldigt, in den höchst brisanten Tagen nur mit einem zwar etwas unkorrekten, aber durch die Notlage gerechtfertigten Vorgehen präzise Angaben über den strategisch wichtigen Raum jenseits des Bodensees verschaffen können.⁴⁹³ Frölicher, immerhin Ritters Vorgesetzter, wurde davon sowenig in Kenntnis gesetzt wie das EPD. Doch der heimliche Marschbefehl hätte sich gar nicht aufgedrängt. Denn der Schweizer Gesandte fuhr im selben Zeitraum, nämlich am 10. Mai, mit der gleichen Absicht die Strecke München-Bodensee ab und begab sich anschliessend nach Bern zur Berichterstattung. Sein Bericht, der, wie sich später herausstellte, zutreffend war⁴⁹⁴, wurde jedoch von den militärischen Kreisen kaum beachtet. «In der Schweiz war», erinnerte sich Frölicher, «Generalmobilmachung, und meiner Meldung, dass meine Beobachtungen nicht auf einen bevorstehenden Angriff schliessen liessen, glaubte man offenbar nicht».⁴⁹⁵

Im Nachrichtendienst wollte man von Frölichers Berichten nichts wissen. Max Waibel war dem Gesandten nicht nur aus beruflichen, sondern auch aus privaten Gründen nicht gewogen. Er vergass nie, wie der Missionschef ihn zu rechtgewiesen hatte, als er im Sommer 1939 die Kriegsakademie in Berlin besuchte hatte. Damals verkehrte er häufig auf der Gesandtschaft und glaubte, unter dem Deckmantel der Diplomatie nachrichtendienstlichen Aufträgen nachgehen zu können. So versuchte er den Chef des Postbüros und stellvertretenden Empfangschef des Hotels Adlon, einen Schweizer, als Informanten anzuwerben. Im Prominentenhotel am Pariser Platz verkehrte nicht nur alles, was Rang und Namen hatte; dort stiegen auch viele auswärtige Generäle ab, wenn sie in Berlin zu Besuch weilten. Waibel hätte gern gewusst, welche hohen Offiziere sich in der Hauptstadt befanden und welche Besucher sie empfingen. Aber der angepeilte Nachrichtenzuträger erwies sich als unwillig; er meldete den Anwerbungsversuch Frölicher, der über solche Machenschaften alles andere als erbaut war.⁴⁹⁶ Mit Vorliebe lichtete Waibel auch militärische Objekte rund um Berlin ab. Frölicher billigte aber dieses Berufsverständnis nicht. Er stellte Waibel zur Rede und untersagte ihm jegliche Tätigkeit, welche als Spionage ausgelegt werden könnte.

Waibel schied bald im Unfrieden. Er meinte: «Nach meinen Erfahrungen, die ich in Berlin mit unserer Gesandtschaft gemacht hatte, war zu erwarten,

dass der schweizerische Nachrichtendienst von jener Seite nicht nur keine Unterstützung erhoffen durfte, sondern befürchten musste, in einen Zweifrontenkrieg verwickelt zu werden.»⁴⁹⁷ Den Beweis, dass seine Erwartungen richtig waren, provozierte Waibel schon bald selbst. Er suchte die kritisch eingestellten Gesandtschaftssekretäre Escher und Grässli für I nachrichtendienstliche Aufträge zu gewinnen. Nach dem Balkankrieg nahm Waibel richtigerweise an, Hitlers Armee werde nun gegen die Sowjetunion ziehen. Auf seine Weisung hin begaben sich die beiden Diplomaten nach Frankfurt an der Oder, um den deutschen Aufmarsch nach Osten zu beobachten. Die Kundschafter blieben indes nicht unbemerkt. Weizsäcker zitierte Frölicher ins Auswärtige Amt und legte gegen die illegalen Aktivitäten Protest ein.⁴⁹⁸ Darauf verlangte der Minister die Versetzung seiner beiden Mitarbeiter, was nach geraumer Zeit auch geschah.

Nach seiner Rückkehr nach Bern versäumte Waibel selten eine Gelegenheit, Frölicher's Ruf zu schädigen. In Armeekreisen betrieb er intensiv die Abberufung des seiner Meinung nach rückgratlosen Missionschefs.⁴⁹⁹ Am 25. September 1940 schrieb er Oberst Werner Müller, dem stellvertretenden Chef des Nachrichtendienstes: «Meines Erachtens sollte man unseren Gesandten in Berlin nach der Schweiz zurückrufen und ihn durch einen standfesten Eidgenossen in Berlin ersetzen. Den Deutschen, denen Frölicher sicher ein lieber Gast ist, könnte man die Rückberufung damit begründen, dass es wünschenswert sei, einen über Deutschland wohlinformierten Mann in unmittelbarer Nähe des Chefs des Polit. Departementes zu haben.»⁵⁰⁰ Selbst vor ungeheuerlichen Verdächtigungen schreckte Waibel nicht zurück. In der ersten Bestürzung nach dem kompromittierenden Aktenfund von La Charite-sur-Loire verstieg er sich zu Andeutungen, wonach alles nur eine Intrige sein könnte, welche Frölicher in Zusammenarbeit mit den Deutschen zum Schaden des Generals ausgedacht hätte.⁵⁰¹

Oder er unterschob Frölicher und einigen seiner Mitarbeiter allen Ernstes, sie hätten sich von der nationalsozialistischen Partei am Gängelband führen lassen. In seinen Erinnerungen beklagte er, dass die Bundesräte Motta und Pilet-Golaz Frölicher volles Vertrauen entgegengebracht hatten. «[Frölicher's] Urteil blieb nach wie vor massgebend für die Gestaltung der Aussenpolitik des Bundesrates, auch dann noch, nachdem der Nachrichtendienst handgreifliche Beweise dafür erbrachte, dass unsere Gesandtschaft in Berlin von der Parteiführung eingespant war, ohne sich darüber Rechenschaft zu geben.»⁵⁰²

Derlei Gerüchte setzte der Nachrichtenbeschaffer in die Welt, obschon er den Gesandten anscheinend für einen anständigen Menschen hielt. Jedenfalls hatte er später erklärt: «Frölicher war eine intégré Persönlichkeit, ein Diplomat

jener alten Schule, die das internationale Parkett noch als einen Fechtboden betrachtete, auf dem Kavalieregeln und ein Ehrenkodex galten». ⁵⁰³ Die fortlaufend ausgestreuten Halbwahrheiten, Gerüchte und Verdächtigungen hinterliessen ihre Spuren. Sie prägten umso nachhaltiger das Bild von Frölicher, als Kritik an dessen politischer Einstellung und Amtsführung in mancherlei Hinsicht angebracht war. Nach dem Krieg glaubte man Waibels Darstellung weiterum vorbehaltlos. Wie lange gesuchte Einzelstücke fügte sich seine Version in ein halbfertiges Puzzle ein. Das auf diese Weise entstandene Bild war in sich stipatnig. Doch gab es auch die Wirklichkeit in ihren Brüchen und Widersprüchen wieder?

An einem Beispiel sei nachgewiesen, wie Waibels Konstrukt vom tatsächlichen Sachverhalt abweicht. Lange nach dem Krieg erstellte der Generalstabs-offizier folgende Version über seinen Berliner Aufenthalt:

«Ich sah die Katastrophe aufziehen und schrieb mir fast die Finger wund, um in meinen 61 Berichten, die ich insgesamt verfasste, davor zu warnen», ich versuchte auch die Herren der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin vom Kommenden zu überzeugen. Doch es war umsonst.

Nachdem ich mehrere Wochen auf Truppenübungsplätzen verbracht und mitten drin gelebt hatte, bestand nicht mehr der geringste Zweifel darüber, dass die Kriegsvorbereitungen bereits im Gange waren und eine Mobilmachung im bisherigen Stile gar nicht mehr erwartet werden durften ... Mitte August hätte ich im Anschluss an mein Truppenkommando Ferien gehabt, die ich in der Schweiz verbringen wollte. Aber daran war jetzt nicht zu denken, nach allem, was ich wusste. Deshalb fuhr ich schnurstracks von der Truppe weg nach Berlin, um auf unserer Gesandtschaft den Stand der Dinge zu melden und die Lage mit unserem Minister zu besprechen. Als ich auf der schweizerischen Gesandtschaft ankam, erfuhr ich zu meiner peinlichen Überraschung, dass unser Gesandter in der Schweiz in den Ferien weile, weil sich die politische Lage inzwischen beruhigt habe. Ich entschloss mich nun, auf der Gesandtschaft zu warten, bis der Militär attaché auf sein Büro kam, um mit ihm das nötige zu veranlassen. Doch bald erlebte ich meine zweite Enttäuschung. Gberst von Werdt kam zwar, aber er erklärte mir, jetzt keine Zeit zu haben, weil er noch diesen Abend verreisen müsse. Wohin? Nach der Schweiz in die Ferien. ⁵⁰⁴

Musste Waibel wirklich eine mit politischer Blindheit beschlagene Gesandtschaft vor den hereinbrechenden Gefahren warnen? Richtig ist, dass Frölicher

lange Zeit geglaubt hatte, ein Krieg lasse sich vermeiden. Aber in einem Bericht an Bundesrat Motta vom 20. Juni. 1939 korrigierte er sich selbst, indem er eingestand, sein Optimismus sei zerborsten. Er rechne nun vielmehr damit, dass die Krise in der zweiten Augushälfte ihren Höhepunkt erreiche – eine Prognose, die sich als erstaunlich präzise erwies, plante Hitler doch, Polen am 26. August zu überfallen.⁵⁰⁵ Ferner schrieb er, die Aussichten, dass sich Polen und Deutschland noch verständigen könnten, seien sehr gering geworden. Es entging ihm auch nicht, dass eine Mobilmachung grossen Stils im Gang war. «Für die nächste Zeit haben viele deutsche Wehrpflichtige, die seit längerer Zeit nicht mehr Militärdienst geleistet haben, ihre Gestellungsbefehle erhalten. Man fragt sich, ob dies bereits den Beginn einer Kriegsmobilmachung bedeutet».⁵⁰⁶ Am 27. Juli bekräftigte Frölicher in einem Schreiben an das EPD, dass sich seiner Meinung nach die Lage ab dem 20. August zuspitzen werde. Vor diesem Datum, glaubte er, würden sich die Ereignisse kaum überstürzen, so dass er, der in jener Zeit an Kreislaufstörungen litt, es für vertretbar hielt, einen dreiwöchigen Urlaub anzutreten. Frölicher verbrachte dann einige Tage auf seiner Jagdpacht im Tirol, hernach reiste er nach Bern, nicht um seine Ferien fortzusetzen, sondern um an der alljährlichen Zusammenkunft der Missionschefs teilzunehmen. Es wäre in der Tat merkwürdig gewesen, wenn ausgerechnet der Minister aus jenem Land, wo sich der gefährlichste Spannungsherd entfachte, an der Aussprache gefehlt hätte. Das Diplomatentreffen wurde freilich abgesagt, als am 23. August die politische Bombe platzte, wonach Deutschland und die Sowjetunion sich in einem Nichtangriffspakt verständigt hätten, die Verhandlungen mit den Westmächten dagegen abgebrochen worden seien. Frölicher eilte sofort nach Berlin zurück, und am 28. August schickte er Bundesrat Motta einen Bericht über die Vorgänge in der Reichshauptstadt, der mit folgenden Worten begann: «Die Lage muss, nachdem der Briefwechsel Daladier-Hitler bekannt geworden ist, als sehr ernst beurteilt werden. Die Antwort Hitlers zeigt, dass, nach bewährten Methoden» Deutschland seine Forderungen steigert und jetzt die Rückgabe des Korridors verlangt.»⁵⁰⁷

Waibel will dies alles ganz anders erlebt haben. Als er sich Anfang der sechziger Jahre im Luzernischen an den Schreibtisch setzte, um seine Sicht der Dinge aufzuzeichnen, porträtierte er Frölicher als einen Naivling. Obschon dieser erwiesenermassen den Departementschef vor der unmittelbaren Kriegsgefahr gewarnt hatte, soll er nicht gemerkt haben, was um ihn herum voring.

«Gegen Ende August tauchte ganz unerwartet für uns der Gesandte und der Militärattaché wieder in Berlin auf, weil sie in der Schweiz Weisung erhalten hatten,

ihre Ferien abzubrechen. Minister Frölicher war sehr ungehalten und ich hatte den Eindruck, er halte mich persönlich dafür verantwortlich, dass ich durch meine pessimistische Lagebeurteilung unnötigerweise seine Rückkehr verschuldet hätte.

Bezeichnend für diese Einstellung ist ein kurzes Gespräch, das wir am Tage des Kriegsausbruches, am 1. September nachmittags, führten und das in geradezu drastischer Weise die fatale Fehlbeurteilung der Lage durch unseren Gesandten in Deutschland beleuchtet.

An diesem Tage fand in der Kroll-Oper die Reichstag-Sitzung statt in der Hitler eine Rede angekündigt hatte. Minister Frölicher wohnte, wie alle ausländischen hohen Diplomaten, der Rede bei. Wir andern verfolgten sie in grösster Spannung am Radio. Es war die Rede, in der Hitler erklärte, dass seit den frühen Morgenstunden an der polnischen Grenze von den Deutschen ‚zurückgeschossen‘ würde.

Nach der Rede kam Minister Frölicher sofort auf die Gesandtschaft und sagte zu mir in aufgeräumter Laune: ‚So, Herr Hauptmann, Sie Pessimist, haben Sie jetzt gesehen, es ist doch nicht zum Kriege gekommen‘ Erstaunt antwortete ich: ‚Der Krieg ist bereits im Gange, Herr Minister. Hitler hat doch gesagt, dass jetzt geschossen wird.‘ ‚Aber er sprach nicht von einem Kriege, und es ist ja auch keine Kriegserklärung erfolgt.‘ So war denn am 1. September 1939 inmitten der Reichshauptstadt der schweizerische Gesandte wahrscheinlich der einzige Diplomat, der noch nicht wusste, dass der zweite Weltkrieg bereits ausgebrochen war.»⁵⁰⁸

War Frölicher also derart blauäugig, wie Waibel es ihm andichtete, in den Urlaub verreist? War der Gesandte tatsächlich wie ein tumber Tor vom Krieg überrascht worden? Weder der eine noch der andere Vorwurf ist triftig. Verzerrte Darstellungen zurechtzurücken, ist mühsam, Waibels, ‘Geschichtsklitterung’ erweist sich als besonders problematisch, stammt sie doch aus der Feder eines Geheimdienstlers. Quellen zu verschweigen oder

nur die Hälfte der Informationen auf den Tisch zu legen, gehört nun einmal zum Wesen geheimdienstlicher Tätigkeit. Auch lockt die Versuchung, die eigenen Verdienste über Gebühr dort herauszustreichen, wo die Quellen verhüllt bleiben.⁵⁰⁹ Diese problematische Ausgangslage hinderte indes einen (Historiker vom Format Edgar Bonjournicht, Waibels Bericht ausgiebig direkt und indirekt zu zitieren. Vielmehr schenkte er den Aussagen, obschon er sie als «etwas grell anmutende Darstellung»⁵¹⁰ qualifizierte, vorbehaltlos Glauben, ja dramatisierte diese noch mit schulmeisterlich erhobenem Zeigefinger. Wegen der wegleitenden Bedeutung von Bonjourns Werk, aber auch um aufzuzeigen, auf welche Quellen sich der Geschichtsschreiber stützte

und welche er beiseite schob, sei ein längerer Passus, der Waibels Darstellung wiedergibt, aus der «Geschichte der schweizerischen Neutralität» zitiert:

«Trotz dieser Drohung glaubte man in der Schweizer Gesandtschaft weiterhin an die Aufrechterhaltung des Friedens. Aber Max Waibel, damals noch Hauptmann in der Generalstabsschule des deutschen Heeres zu Berlin, war weniger vertrauensselig. Auf Grund seiner Beobachtungen und Informationen erwartete er mit Sicherheit den baldigen Kriegsausbruch. Obgleich er Mitte August im Anschluss an sein Truppenkommando Ferien hätte antreten können, die er in der Schweiz verbringen wollte, dachte er in dieser höchst gespannten Zeit nicht an Urlaub, sondern eilte schnurstracks von der Truppe weg in die Schweizer Gesandtschaft, um den Stand der Dinge zu melden und die gefährliche Lage zu besprechen. Hier erfuhr er zu seiner peinlichen Überraschung, dass der Gesandte in den Ferien weilte. Militär attaché Oberst von Werdt liess ihn – nach einer heftigen Diskussion – verblüfft stehen und fuhr auch nach der Schweiz in die Ferien, kurz bevor der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt besiegelt wurde. Es erwies sich als ebenso nutzlos, den Geschäftsträger Legationsrat Franz Kappeler zu warnen. Dieser erklärte, er betrachte den Abschluss des deutsch-russischen Abkommens als eine Garantie des Friedens und habe in diesem Sinne das Politische Departement informiert.

Als kurz darauf der Krieg doch vor der Türe stand, entschloss sich' der soeben in den Jagdurlaub verreiste Frölicher – wie er in seinem Erinnerungsbuch schreibt – die Ferien abzurechnen (Anm.: Hans Frölicher: Meine Aufgabe in Berlin; Privatdruck 1962, S. 25.) Das Politische Departement hatte nämlich alle Missionschefs angewiesen, auf ihre Posten zurückzukehren. Gegen Ende August tauchten unerwartet der Gesandte und der Militär attaché wieder in Berlin auf (Anm.: Bericht Max Waibel, S. 4: ‚Minister Frölicher war sehr ungehalten und ich hatte den Eindruck, er halte mich persönlich dafür verantwortlich, dass ich durch meine pessimistische Lagebeurteilung unnötigerweise seine Rückkehr verschuldet hätte‘.) Bezeichnend für die Einsichtslosigkeit gegenüber den Zeichen der Zeit ist Frölichs Relation von Hitlers Reichstagsrede am 1. September, der er in der Krolloper beiwohnte. Der Führer erklärte hier, dass seit den frühen Morgenstunden an der polnischen Grenze von den Deutschen ‚zurückgeschossen' würde. Frölicher bemerkte in aufgeräumter Laune zu Waibel: ‚So, Herr Hauptmann, Sie Pessimist, haben Sie jetzt gesehen, es ist doch nicht zum Krieg gekommen^ An die Wiedergabe dieses Gesprächs

knüpft Waibel 1962 die sarkastische Bemerkung: „So war denn am 1. September 1939 inmitten der Reichshauptstadt der schweizerische Gesandte wahrscheinlich der einzige Diplomat, der noch nicht wusste, dass der Zweite Weltkrieg bereits ausgebrochen war.“ (Anm.: Bericht Max Waibel, S. 5)⁵¹¹

Es fällt auf, dass Bonjour seine Informationen, fast ausschliesslich aus einer einzigen Quelle bezieht: aus dem Bericht von Max Waibel. Dieses Dokument ist freilich keine zeitgenössische Aufzeichnung, sondern ein nachgeschobenes Fabrikat. Erst 1962, als das Buch von Jon Kimche «Spying for Peace» erschien und FroTicEers Aufzeichnungen «Meine Aufgabe in Berlin» bereits vorlagen, schrieb Waibel einen längeren Kommentar, den er «Bericht zum Buche von Jon Kimche» betitelte. Der Text enthält jedoch in Wirklichkeit vorwiegend persönliche Erinnerungen. Die 61 zeitgenössischen Berichte aus Berlin, bei deren Abfassung sich Waibel fast die Finger wundgeschrieben haben will, bekam Bonjour dagegen nicht zu Gesicht. Sie sind nämlich unauffindbar. Im Bundesarchiv lagert keine einzige Kopie; auch an anderen Orten kam bisher nichts zum Vorschein. Im Gegensatz zu den meisten Dossiers von Offizieren, die sich zur Fortbildung ins Ausland begaben, enthält jenes von Waibel weder einen Tätigkeits- noch einen Informationsbericht über seinen Auslandsaufenthalt.⁵¹² Die authentischen politischen 4 Berichte Frölicher, welche korrigierend auf das schroffe Urteil hätten einwirken können, nahm der Basler Dozent dagegeji nicht zur Kenntnis; der einzige Verweis auf Frölicher's Aufzeichnungen in der zitierten Passage ist von einem hämischen Unterton durchzogen, und um Einsicht in die umfangreichen Tagebücher hatte sich Bonjour nie bemüht.

Die Tatsache, dass Bonjour ausnahmsweise einmal auf Frölicher's Memoiren verweist, ruft noch nach einer andern Bemerkung. Denn der Historiker versties gegen seine eigenen Grundsätze. Ausdrücklich hatte er sich nämlich geweigert, die Aufzeichnungen des Gesandten zu berücksichtigen. Er erklärte: «Hans Frölicher hat unter dem Titel „Meine Aufgabe in Berlin“ eine Erinnerungsschrift verfasst, die 1962 posthum erschien. Sie schildert die Vorgänge und Verhältnisse aus der persönlichen Perspektive und trägt – naturgemäss – Rechtfertigungscharakter ... Im Folgenden wird versucht, die Ereignisse nicht an Hand dieser Schrift zu schildern, sondern auf Grund der Originaldokumente zu rekonstruieren.»⁵¹³ Mit berechtigten Gründen misstraute Bonjour der Memoirenliteratur. Welcher Selbsterzähler kann schon der Versuchung widerstehen, sich selbst in ein vorteilhaftes Licht zu rücken? Aber Bonjour hätte den strikten Massstab nicht nur auf Frölicher, sondern auch auf Waibel anwenden müssen. Der sogenannte Waibel-Bericht ist kein Originaldoku-

ment. Konsequenz wäre es gewesen, wenn Bonjour diese Publikation kritisch ausgewertet, Frölicher's politische Berichte hingegen als Primärquelle berücksichtigt hätte. Der Historiker muss sich deshalb die Frage gefallen lassen: Warum verwarf er Frölicher's hundertfünfzigseitige Aufzeichnungen aus der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre pauschal, vertraute dagegen Waibel's fünfzehnseitigem nachgelieferten Bericht von 1962 vorbehaltlos? Beide Texte gehören dem gleichen Genre an, werden von Bonjour aber unterschiedlich behandelt.

Indem Bonjour, um auf den zitierten Passus zurückzukommen, mit dicker Kreide den von Waibel vorgezeichneten Linien nachfuhr, täuschte er dem Leser vor, Frölicher hätte nichts als Ferien im Kopf gehabt und sei deshalb aufgebracht gewesen, als ihn das Departement von seinem Jagdvergnügen abhielt und auf den Posten zurückbeordert hätte. Nur widerwillig, ohne Einsicht in die politische Notwendigkeit, hätte er sich dem Befehl unterzogen. An der einschlägigen Stelle in Frölicher's Aufzeichnungen steht allerdings etwas anderes: nämlich, dass sich Frölicher in Bern befand, um an der Diplomatenzusammenkunft teilzunehmen; dass er sich, als er die beunruhigende Nachricht vernahm, sofort entschloss («entschloss» ohne Gänsefüsschen), nach Berlin zurückzukehren; dass das Departement ausserdem alle Missionschefs wegen der Kriegsgefahr angewiesen hätte, sich auf ihre Posten zu begeben. Bonjour porträtiert den Gesandten als einen politischen Naivling, der nicht einmal gemerkt haben soll, dass der Krieg ausgebrochen ist, derweil Waibel als einziger in Berlin die Zeitzeichen zu deuten und «stch heldenhaft abrackerte, um die Eidgenossenschaft vor dem, was sich vorstand in der Reichshauptstadt zusammenbraute, zu warnen.

Edgar Bonjour ist gewiss ein bedeutender Historiker. Seine mehrbändige «Geschichte der schweizerischen Neutralität» bezeugt den überlegenen Wissenschaftler, der eine gewaltige Materialfülle zu sichten, zu gewichten und auch lebendig darzustellen versteht. Sein Opus magnum krankt nicht an des Geistes Blässe; unbefangen von Selbstzweifeln teilt er Lob und Tadel nach allen Seiten aus. Den Schweizer Gesandten in Berlin bedachte er mit harscher Kritik. Sein Hauptvorwurf, Frölicher hätte eine anpasserische, zu anpasserische Politik betrieben, entbehrt in manchen Bereichen nicht der Berechtigung. Auch Frölicher's verhängnisvolle Rolle in der Flüchtlingspolitik muss im Zusammenhang mit allen Schuldigen kritisiert werden – wahrscheinlich stärker als Bonjour es tat, der sich in dieser Hinsicht merkwürdig zurückhielt.

In andern Belangen jedoch ging Bonjour zu weit. Krass zeichnete er die Wirklichkeit, wenn er Frölicher's Verdienste bei den Wirtschaftsverhandlungen bestritt. Ohne einen Beleg anzuführen, behauptete er, die schweizerischen Wirt-

schaftsdelegationen hätten die Schwächen des Gesandten schmerzhaft erfahren müssen.⁵¹⁴ Tatsache ist das Gegenteil. Der Direktor des Bundesamtes für Kriegsernährung, Ernst Feisst, verdankte Frölicher's Unterstützung bei den Verhandlungen mit mehr als nur floskelhafter Höflichkeit. Und der Direktor des Vorortes, Heinrich Hornberger, ging noch einen Schritt weiter: er, der hochgeachtete Chefunterhändler, hob nicht nur Frölicher's Verdienste hervor, er widersprach Bonjours Behauptung ausdrücklich.⁵¹⁵

Der Basler Historiker kritisierte den Gesandten nicht nur punktuell, er sprach ihm generell jene intellektuellen und charakterlichen Eigenschaften ab, deren Frölicher bedurft hätte, um den anspruchsvollen Posten in schwierigster Zeit kompetent versehen zu können. Dabei legte Bonjour das Gewicht derart einseitig auf die Waagschale, dass jedem Leser das Abwägen erspart bleibt. Doch war Frölicher wirklich der Opportunist, als welchen ihn Bonjour schmäh-te,⁵¹⁶ wo selbst Max Waibe. Dem Minister einen integren Charakter bescheinigte? Hatte Frölicher wirklich Sympathie, wie Bonjour schreibt, für das nationalsozialistische Deutschland?⁵¹⁷ Sympathien für Deutschland gewiss; Furcht vor dem nationalsozialistischen Regime zweifelsohne, Verkennung der diabolischen Natur des Nationalsozialismus wohl auch – aber Sympathien für den Nationalsozialismus, wo ein so unverdächtig Zeuge wie August Lindt, immerhin ein Mitbegründer des Offiziersbundes und der «Aktion Nationaler Widerstand», erklärte, Frölicher sei kein Nazi gewesen?⁵¹⁸ Ein Historiker, der sich zu solch kompromittierender Behauptung versteigt, sollte mindestens die Bruchstellen im Leben des Gescholtenen aufzeigen; er sollte nachweisen, wo die verhängnisvollen Neigungen zum Vorschein kamen. Frölicher hatte nämlich schon früh ausdrücklich gegen den Nationalsozialismus Stellung bezogen.⁵¹⁹ Wann änderte er seine Meinung, und wo bekannte er seine Sympathien für den Nationalsozialismus? Meines Wissens hegte Frölicher nie Sympathien für den Nationalsozialismus; jedenfalls fand ich keine entsprechenden Belege. Und was soll der Vorwurf, Frölicher hätte «die Vorteile der Neutralität zu wenig vor den deutschen Stellen leuchten» lassen?⁵²⁰ Wo liegt das Versagen des Ministers? Die schweizerische Neutralität wurde ja, im Gegensatz zur belgischen oder niederländischen, vom Dritten Reich respektiert.

Leidenschaftslose Geschichtsschreibung – sine ira et studio – war kaum Bonjours Sache. Einem Hang zur dramatischen Darstellung, bisweilen auch zur Schwarzweissmalerei, erlag er nicht selten. Im hohen Alter von einem jungen Historiker auf seine Ansprachen am Vorabend des Zweiten Weltkriegs angesprochen, bekannte er, damals hätte er «den Mund etwas vollgenommen und Proben dessen geliefert, was man mit freier Synthese alles aus der Geschichte herausholen kann»⁵²¹; bei der Lektüre seiner eigenen Reden könne er sich gele-

gentlich eines sanften Lächelns nicht erwehren. Mit grandioser Gebärde, aber letztlich allzu selbstherrlich, hat er auch über Frölicher den Stab gebrochen. Ein ehemaliger Beamter des Politischen Departements, Jean-Frédéric Wagnière, verfasste 1972 eine auf persönlichen Erfahrungen beruhende Kritik des Bonjour-Berichts. Wagnière, der nie mit Frölicher zusammengearbeitet hatte, widersprach Bonjour in vielen Punkten. Er meinte, weder Frölichers Vorgesetzte noch seine Kollegen im EPD oder die Mitarbeiter auf der Gesandtschaft in Berlin – selbst jene, die Frölichers Gedankenwelt nicht teilten – würden Bonjours Meinung beipflichten. Wagnière gelangte vielmehr zum Schluss, nur wenige Schweizer Diplomaten hätten Frölichers schwierige Mission mit gleicher Unberirrbarkeit erfüllen können⁵²² – ein Urteil, das seinerseits einer kritischen Würdigung nicht standhält.

Bonjour ging mit Frölicher hart ins Gericht. Zeitgenossen des Gesandten, in ähnlich prominenter Position und weltanschaulich nicht weit voneinander entfernt, behandelte er viel gnädiger, ja er verfuhr wesentlich anders mit ihnen. Carl Jakob Burckhardt beispielsweise oder Walter Stucki, der schweizerische Gesandte in Paris und Vichy, brachten kaum weniger Verständnis für autoritäre Regimes auf als ihr Freund in Berlin. Sie alle teilten – ohne mit dem Nationalsozialismus zu sympathisieren, wovon sie allein schon dessen ordinärer Anstrich abgehalten hätte – die Überzeugung, wonach Europa vom Bolschewismus mehr bedroht würde als von Nationalsozialismus und Faschismus. Sie hielten die «braune Gefahr» für ein Übel, aber im Vergleich zur «roten» für das kleinere. Bei all seinen kritischen Fähigkeiten liesTlicITetwa Burckhardt 1936 in einem Schreiben an Hitler hinreissen, die «faustische Leistung der Reichsautobahn und des Arbeitsdienstes» zu feiern⁵²³ – eine Huldigung, wie man sie in derart erhabenen Tönen bei Frölicher nicht vorfindet.

Oder welche Rolfespielte Stucki nach dem Ende des Vichy-Regimes? Stucki, eine starke Persönlichkeit mit ausserordentlichen Verdiensten bei der Übergabe der Stadt Vichy an die Widerstandskämpfer, konnte von seiner Bewunderung für Pétain nicht lassen. Im Oktober 1944 wollte er den greisen Marschall auf Schloss Sigmaringen, wohin die Deutschen den ehemaligen Staatschef verschleppt hatten, besuchen. Bundesrat Pilet-Golaz musste seinem wichtigen Mitarbeiter zu verstehen geben, dass er eine solche Reise nicht gutheissen könne.⁵²⁴ Stucki riet auch lange davon ab, der Regierung von General de Gaulle die diplomatische Anerkennung zuteil werden zu lassen. Noch im Oktober 1944 meinte er, de Gaulle werde sich kaum halten können, die Kommunisten unter Maurice Thorez würden bald die Macht an sich reissen und die Schweiz müsste dann das Anerkennungsprozedere von Neuem aufrollen. In seiner Anhänglich-

keit an Pétain unterschätzte Stucki offensichtlich die demokratischen Kräfte und die Bedeutung, welche der Anerkennung der Regierung von de Gaulle durch die Schweiz zukam. Es entbehrt nicht der Ironie, wenn ausgerechnet Frölicher, den Bonjour mehrmals der politischen Kurzsichtigkeit bezichtigte, seinen Freund Stucki zu überzeugen versuchte, die Schweiz müsse mit dem Akt der diplomatischen Anerkennung de Gaulle den Rücken stärken und damit einen Beitrag zur Genesung Frankreichs leisten.⁵²⁵ Bonjour freilich überschüttete Stucki geradezu mit Lob. Fehlleistungen, die dem Minister nach Beendigung seiner Mission in Vichy unterliefen, erwähnte er nicht. Den wirkungsvollen Gegensatz, den der Historiker zwischen dem Gesandten in Frankreich und jenem in Deutschland bewusst herausarbeitete, inszenierte er so, dass auf den einen kein Schatten und auf den andern kein Licht fiel.

Der Historiker Erwin Bucher hat in seinem gewichtigen Werk «Zwischen Bundesrat und General» mehrere von Bonjour dargestellte Sachverhalte nochmals gründlich durchkämmt. Er gelangte zum Schluss, Bonjour hätte sich unkritisch auf Aussagen von zweifelhaften Zeugen gestützt und ausserdem eine impulsive Abneigung gegen Bundesrat Pilet-Golaz empfunden, «weshalb», so Bucher, «seine Geschichte der schweizerischen Neutralität zahllose gravierende Falschmeldungen und Fehlurteile enthält».⁵²⁶ Alt-Bundesrat Georges-André Chevallaz, um eine Rehabilitierung seines Waadtländer Landsmanns bemüht, kritisierte Bonjour bei allem Lob, das er dem Historiker auch spendete, noch schärfer. Er warf ihm nichts weniger vor, als Pilet-Golaz einen «procès d'intention» bereitet zu haben – also den Magistraten vorverurteilt zu haben.⁵²⁷ Das dürfte eine leicht zugespitzte Aussage sein. Auf sicherem Grund bewegt man sich, wenn man im Fall von Hans Frölicher festhält: um Fairness hat sich Bonjour nicht bemüht.

Merkwürdige Konstellationen im Urteil der Nachwelt

Es war allerdings nicht Edgar Bonjour, der das negative Bild von Hans Frölicher schuf. Er verlieh lediglich der vorherrschenden Meinung, die sich bei Kriegsende formiert hatte, beredten Ausdruck. Frölicher selbst sah sich keineswegs in diesem fahlen Licht. Nicht der gelindeste Zweifel schlich sich in sein Selbstverständnis ein. Am 31. Mai 1943 blickte er auf seine fünfjährige Amtszeit in Berlin zurück. Er notierte im Tagebuch: «Fünf Jahre sind vergangen. Und das Ergebnis? *Wir sind noch da!* Ich bilde mir nicht ein, dass das mein Verdienst sei, aber ich glaube, dass ich auch an meinem Platz dazu beigetragen habe, indem ich mich bemühte, die Linie von Bundesrat Motta einzuhalten, unsere Beziehungen auch zu einem nationalsozialistischen Deutschland freundschaftlich und vertrauensvoll zu gestalten. Und diese Bemühungen haben in der kritischen Zeit vom April 1940 bis Juni 1941 ihre Früchte getragen. Wohl mögen da auch andere Erwägungen mitgespielt haben, dass man unser Land in Ruhe liess. Aber wenn ich damals hier den Eindruck der Feindschaft und der Ablehnung gemacht hätte, zum Wohlgefallen mancher Patentpatrioten zuhause, dann weiss man nicht, was dem cholerischen Hitler hätte einfallen können. Mit einer gewissen Genugtuung kann ich diese fünf Jahre meiner Mission betrachten».

Auch im Rückblick, als er um 1957 herum seine Erinnerungen aufzeichnete, hielt er an seiner Auffassung fest, wonach er mit seiner Art von Umgang mit den nationalsozialistischen Machthabern einen wichtigen Beitrag zur Kriegverschonung der Schweiz geleistet hätte. Er schloss sein Buch mit den Worten: «Die Richtlinie, die ich mir für die Durchführung meiner Mission zugrunde legte, lässt sich in wenige Worte zusammenfassen: mit denjenigen, die uns wohlgesinnt waren, die praktischen Fragen regeln und mit den andern die Schwierigkeiten vermeiden. – Viele glauben, dass das Schweizervolk es mehr schätzt, wenn seine Diplomaten auf den Tisch schlagen und den bestehenden Machtverhältnissen zum Trotz in mutiger Gebärde glänzen. Das mag zum Teil zutreffen. Aber es hätte verhängnisvoll nicht nur für meine Aufgabe, sondern auch für das Land werden können, wenn ich in Berlin dem nachgegeben hätte.»⁵²⁸

Frölicher blieb selbstverständlich nicht verborgen, dass seine Sicht der Dinge weitherum nicht geteilt wurde. Doch in der Öffentlichkeit verteidigte er sich nie. Er schwieg bis ans Grab. Als 1970 der *Bonjour*-Bericht erschien, wurde die Rolle des ehemaligen Schweizer Gesandten in Berlin wohl erneut heftig diskutiert, aber wie eine Bombe schlug *Bonjours* Verdikt eigentlich nicht ein. Man bekam vielmehr den Eindruck, nun sei das wissenschaftlich erhärtet, was ohnehin schon längst gängige Meinung war. Vereinzelte Stimmen, welche die Objektivität von *Bonjours* Darstellung in Abrede stellten, nahm man wenig zur Kenntnis, sofern ihnen nicht heftig widersprochen wurde. Die beiden Artikel, welche der ehemalige Diplomat Jean-Frédéric Wagnière in der «*Gazette de Lausanne*» publizierte, lösten ein geringes Echo aus.⁵²⁹ Dagegen griff der ehemalige Chefredaktor der «*Neuen Zürcher Zeitung*», Willy Bretscher, persönlich zur Feder, als Heinrich Hornberger in seinen 1970 erschienenen Aufzeichnungen über die schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg Frölicher's Leistung in Berlin würdigte. Bretscher bezeugte dem Autor in seiner Besprechung hohe Wertschätzung, aber in einem Punkt, nämlich bezüglich Frölicher, widersprach er ihm aufs Entschiedenste. Seiner Meinung nach war es nutzlos, das negative Urteil über den Diplomaten revidieren zu wollen.⁵³⁰ Dass Hornberger «ritterlich auch ein Wort für Minister Frölicher einlegt, dessen gute Beziehungen zum deutschen Regierungsapparat den schweizerischen Unterhändlern ihre Aufgabe erleichtert hätten, muss hier wenigstens am Rande vermerkt werden; ohne der erwähnten Feststellung zu widersprechen, darf man vielleicht die Ansicht äussern, dass auch ein charakterfesterer Missionschef kaum ein erhebliches Handicap für unsere Unterhändler bedeutet hätte. *Bonjours* und Hornbergers Urteile über Frölicher gehen weit auseinander, und wir möchten unverblümt sagen, dass es wohl verlorene Liebesmühe ist, das nicht nur für den Basler Historiker feststehende Persönlichkeitsbild dieses seiner Aufgabe weder intellektuell noch charakterlich gewachsenen Diplomaten, der allzu lange unentwegt auf die Karte des deutschen Endsieges setzte, in den Hauptzügen zu verändern und zu verbessern.»

Das von *Bonjour* gefällte geschichtliche Urteil verstetigte sich mit den Jahren. Max Frisch verhöhnnte den Gesandten im «*Dienstbüchlein*» als «Hitlerfan».⁵³¹ Das historische Versagen des Ministers gerann immer mehr zur unumstösslichen, wissenschaftlich erwiesenen Gewissheit. Der wichtige Aufsatz von Georg Kreis über «*General Guisan, Minister Frölicher und die Mission Burckhardt 1940*» verstärkte diesen Eindruck, belegte der Historiker doch mit umsichtigen Nachforschungen, dass man mit Frölicher's Amtsführung nicht nur in der Umgebung des Generals unzufrieden war. Kreis hatte seinen Beitrag 1977 in der «*Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte*» publiziert, eine Vorarbeit war

jedoch schon im Frühjahr 1976 in der «Neuen Zürcher Zeitung» erschienen. Der NZZ-Artikel forderte allerdings den Widerspruch von alt Botschafter Max König heraus. Dieser beteuerte, Frölicher werde unrecht getan, und er meinte, es sei an der Zeit, «das Urteil über Minister Hans Frölicher auf eine gerechtere Grundlage zu stellen und ihn vor der Geschichte zu rehabilitieren.»⁵³² König kam indes mit seiner Verteidigung nicht weit, obschon niemand seine ehrenhafte Gesinnung anzweifelte. Aber als ehemaliger Schwiegersohn und getreuer Mitarbeiter von Frölicher galt er als zu befangen. Es fehlte denn nicht an Repliken, namentlich aus der Redaktionsstube der «Neuen Zürcher Zeitung» selbst. Alfred Cattani, die von Willy Bretscher eingeschlagene Linie verteidigend, sprach von einer eigentlichen Rehabilitierungskampagne, wozu jedoch bei nüchterner Betrachtung kein Anlass bestünde. Und Hugo Bütler gelangte, als er in die sich ausweitende Auseinandersetzung eingriff, zum Ergebnis: «Das kritische Urteil bleibt.»⁵³³ Bütlers Kommentar trug die bezeichnende Überschrift «Merkwürdige Konstellationen».

Tatsächlich hatte die Frölicher-Debatte Mitte der siebziger Jahre nicht nur unerwartet Auftrieb erhalten; noch mehr überraschte, aus welchen Kreisen man dem vielgescholtenen Diplomaten neues Interesse entgegenbrachte. Der grossbürgerliche und anpassungsbedachte Diplomat war in den Sog der achtundsechziger Revolte geraten. Aufmüpfige Literaten fanden plötzlich Gefallen an einer Person, welche die Aktivdienstgeneration mit ungunen Gefühlen erfüllte. Die Lust, festgefahrene Ansichten zu zerstören und vertraute Werte umzukrempeln, reizte gewiss zur provokanten Auseinandersetzung. Aber neu zugängliche Quellen, namentlich Frölichers Tagebücher, trugen nicht minder dazu bei. Gleichwohl war die Konstellation der Debatte, wie Felix E. Müller in einem Aufsatz über das historiographische Nachleben von Frölicher feststellte⁵³⁴, eigenartig: Auf der einen Seite verteidigten zwei prominente Vertreter der kritischen Schule einen Anpasser mit einem Argument, das üblicherweise bürgerliche Historiker zur Abwehr von Angriffen aus dem linken Lager verwenden, nämlich: Man muss «die damaligen Ereignisse aus der Zeit heraus und nicht von unserem heutigen Wissensstand aus»⁵³⁵ verstehen. Auf der andern Seite sträubte sich das bürgerliche Lager gegen jede Neubewertung Frölichers mit der Begründung, der Minister sei ein Hauptexponent der Anpasser gewesen und die schwierigen Zeitumstände änderten nichts an seinem moralischen Versagen – eine prinzipienorientierte, beinahe puristische Argumentation, mit welcher sonst die politische Linke bürgerliche Plädoyers, wonach man die zeitgeschichtlichen Bedingungen gebührend berücksichtigen müsse, zu verwerfen beliebt.

Den Stein ins Rollen brachte 1970 Christoph Geiser, Frölichers Enkel und

damals redaktioneller Mitarbeiter am «Vorwärts», dem Organ der kommunistischen «Partei der Arbeit». In einem Artikel in der Zeitschrift «Neutralität», ausgelöst durch den Vorabdruck des Bonjour-Berichtes in der «Neuen Zürcher Zeitung», rebellierte er gegen die vorherrschende Geschichtsschreibung. Der Widerstandsgeist der Armee soll die Schweiz gerettet haben? Geiser war anderer Ansicht: «An der offiziellen Theorie, allein die heldenhafte Widerstandsbereitschaft der Schweizer Armee und das ‚einfache, soldatische Gemüt‘ von General Guisan hätten die Schweiz vor einer Besetzung durch Deutschland gerettet, stimmt etwas nicht». ⁵³⁶ Der Enkel – für Uneingeweihte waren die nahen verwandtschaftlichen Beziehungen allerdings nicht ersichtlich – zitierte dann erstmals aus den Tagebüchern seines Grossvaters, die dieser vom September 1942 bis zum Kriegsende geführt hatte. Und mit deutlicher Spitze gegen die Landesverteidigung bilanzierte er: «Für den zweiten Weltkrieg lässt sich ... nachweisen, dass nicht die Armee die Schweiz gerettet hat, sondern die Anpassungspolitik der Wirtschaft.» ⁵³⁷ Auf Frölicher, den Befürworter der wirtschaftlichen Konzessionen und weitgehenden Anpassungen, fielen somit ein paar hellere Strahlen als im Bonjour-Bericht.

Geiser war auch empört, wie man seinen Grossvater nach dem Krieg als Buhmann verschrie. Unter Protest verwies er auf die Verantwortung des politischen Establishments, welches nach dem Krieg alle Schuld eilfertig auf den Aussenminister und dessen Gesandten in Berlin abgeschoben hätte. «Nach dem Zusammenbruch Frankreichs sprach man überall in der Schweiz offen von Anpassung – und nicht nur, wie das heute eine offizielle Geschichtsschreibung behauptet, in den Kreisen um Pilet-Golaz und Minister Frölicher. Pilet-Golaz und Frölicher waren ja nur die Ausführenden der offiziellen Anschlusspolitik.» ⁵³⁸ Mit behutsamem Spürsinn verarbeitete Geiser das Thema auch in seinem familiengeschichtlichen Roman «Brachland» und gab dem Unwillen der Familie über die Verfemung ihres Vorfahren Ausdruck: «Sie haben Deinen Grossvater», so lässt er seine Mutter sprechen, «zum ‚Sündenbock‘ gestempelt, als sich die Zeiten geändert hatten und man ihn nicht mehr brauchte». ⁵³⁹

Kurz danach begann sich auch Hans Rudolph Hilty für Frölicher's Schicksal zu interessieren. Geiser händigte ihm die Tagebücher aus. Hilty, zeitweilig Kolumnist des sozialdemokratischen «Volksrechts», veröffentlichte im März und April 1976 in der «Weltwoche» eine mehrteilige Serie über Frölicher mit dem Titel «Aus den Papieren einer Unperson der schweizerischen Zeitgeschichte». Die umfangreiche Artikelreihe leitete «Weltwoche»-Redaktor Otto Marchi ein – jener Marchi, der sich mit seiner «Schweizer Geschichte für Ketzer» einen Namen als witziger Bilderstürmer gemacht hatte. Obschon beide Autoren im

politischen Spektrum links zuhause waren, kam es keineswegs zu einem Scherbengericht über Frölicher, der mit beiden Beinen zweifelsfrei im rechten Lager gestanden hatte. Im Gegenteil. Hilty plädierte nicht nur für Verständnis, das man dem Gesandten aufgrund der Zeitumstände entgegenbringen müsse, er verlieh ihm sogar dort Lorbeeren, wo Frölicher sie entschieden nicht verdient hatte. So stilisierte Hilty den Gesandten allen Ernstes zum geistigen Urheber des Réduit – ein verwegenes Lob für jemanden, der im Juli 1940 die Demobilisierung und den Abbruch der Befestigungsarbeiten empfohlen hatte. Oder Frölicher soll sich, sobald die Umstände es erlaubten, unermüdlich für humanitäre Aufgaben aufgeopfert haben. Für solche Anliegen jedoch brachte der Minister, selbst wenn man alle einschlägigen Stellen im Tagebuch zusammenkratzt, bestenfalls ein mittelmässiges Engagement auf.

Aus einem Saulus konnte Hilty mit seiner Publikation natürlich keinen Paulus machen. Aber die «Weltwoche»-Serie bewirkte zumindest, dass jene Frage auf den Tisch kam, die jeder Historiker stellen sollte, ehe er sich an die Arbeit begibt. Diese lautet: welche Informationsquellen stehen zur Verfügung? Hilty hatte nicht nur Frölichers Erinnerungsschrift «Meine Aufgabe in Berlin» gelesen, er hatte auch als erster die Tagebücher eingehend ausgewertet. Während Bonjour Frölichers Memoiren, wie erwähnt, mit der richtigen Bemerkung, es handle sich um eine persönliche Darstellung, aber auch mit dem etwas schnöden Nachsatz, die Schrift trage Rechtfertigungscharakter, bewusst beiseite gelassen hatte, erweiterte Hilty mit den neuen Quellen den Sichtwinkel, aus welchem man den «Fall Frölicher» prüfen konnte. Statt die Linse ausschliesslich auf den Brennpunkt Schweiz zu richten, bezog er auch den Spannungsherd Berlin in seine Darstellung ein; er hörte sich die Version jenes Mannes an, der die kritischste Phase in der neueren Schweizer Geschichte in der Reichshauptstadt ausstehen musste. Zehn Jahre später nahm Jürg Fink diese Betrachtungsweise wieder auf und ging noch einen Schritt weiter. Er untersuchte, wie gefährdet die Schweiz gemäss den Unterlagen des Dritten Reiches gewesen war. Dabei schien ihm, Frölicher hätte mit seinem Anpassungskurs dazu beigetragen, die Schweiz aus dem Krieg herauszuhalten.⁵⁴⁰

Eine zweite Frölicher-Auseinandersetzung, eine literarische, wogte Anfang der neunziger Jahre. Erstaunlicherweise beschäftigte das Phänomen Frölicher die Schweizer Schriftsteller und Literaten immer in einem höheren Mass als die Historiker. Geiser, Hilty und Marchi erprobten die erste Geschichtsrevision – und nun verarbeiteten Thomas Hürlimann und Urs Widmer den Stoff in je einem Theaterstück. Es dürfte in der schweizerischen Theatergeschichte äusserst selten vorkommen, dass sich zwei Autoren zur selben Zeit mit dem gleichen

Gegenstand beschäftigen. Zudem realisierte die Fernsehproduzentin May Broda 1992 einen um Objektivität bemühten Film über Frölicher.⁵⁴¹ Mit umsichtigem Blick auf die Zeitumstände wagte sie sich an ein Porträt heran; sie lässt den Minister in seinen Tagebuchaufzeichnungen ausführlich zu Wort kommen, verschweigt indes auch den Groll des Nachrichtendienstes nicht. Schliesslich drehte Jürgen Miermeister einen Film zum «Fall Frölicher». In seiner Reportage «Mit Schoggi und Cognac gegen den Krieg» beobachtete und kommentierte er ein Symposium vom Oktober 1993 auf der schweizerischen Vertretung in Berlin. Damals hatten Hürlimann, Widmer und Broda zusammen mit Historikern, Publizisten und Diplomaten die Rolle von Hans Frölicher diskutiert⁵⁴²

Urs Widmer beabsichtigte mit seinem Stück, wie er auf jener Tagung erklärte, zu zeigen, dass Frölichers Anpassungspolitik die geschicktere Form des Widerstandes war als die bedingungslose Abwehr der Armee. Ob sein Schauspiel, das die Zeitgeschichte kenntnisreich verarbeitet, diesen Eindruck zu vermitteln vermag, bleibt allerdings fraglich. Die unbändige Lust des Autors, Bundesrat und General, Nachrichtendienstler und den Gesandten, kurzum alle politisch Handelnden in amüsanten Rundschlägen der doppelbödigen Moral zu bezichtigen und sie mit Spott zu übergiessen, rückt das Stück streckenweise eher in die Nähe einer unterhaltsamen Schmierenkomödie. Seiner schriftlichen Fassung stellte Widmer zwar ein beeindruckendes Zitat von Friedrich Dürrenmatt voran. Aber das Stück hinterlässt den Eindruck, Widmer bemühe sich, gerade das Gegenteil zu beweisen. Dürrenmatts Zitat lautet: «Wir haben sicher im Kriege viele Fehler gemacht, aber im Wesentlichen war unsere Politik menschlich. Man kann von den Politikern nicht das Heldische fordern. Wir haben kein Recht, auf unsere damaligen Politiker Steine zu werfen. Sie haben ihr politisches Ziel erreicht, nämlich die Schweiz aus dem Krieg herauszuhalten.»⁵⁴³

Wie Widmer inspirierte sich auch Thomas Hürlimann an Frölichers Aufzeichnungen «Meine Aufgabe in Berlin». Aber er wählte einen viel eingegrenzteren Handlungsraum. Das Dilemma, wie die Schweiz zwischen Anpassung und Widerstand durch den Zweiten Weltkrieg steuerte, verlegt er in die Person des Dr. Heinrich Zwygart, alias Dr. Hans Frölicher. Die eigene Regierung hatte diesem eine unmögliche Aufgabe übertragen, und mit der Zerschlagung des nationalsozialistischen Regimes liess sie ihn wie eine heisse Kartoffel fallen. Zwygart war eben im hochgemuten Gefühl nach Hause zurückgekehrt, seine Mission im Dritten Reich bravourös zum Nutzen der Schweiz erfüllt zu haben. Nun wartete er auf seinem Anwesen bei Bern darauf, in einem offiziellen Wagen zur Siegesfeier abgeholt zu werden, um den Dank des Vaterlandes entgegen-

genehmen zu können. Doch Zug um Zug muss er erfahren, dass jetzt, nach dem Kriegsende, sein Lavieren in Berlin nicht verdankt wird, sondern geächtet ist. Wie Schuppen fällt es ihm von den Augen, dass seine Gesellschaftskreise ihn meiden und ausgestossen haben. Er soll die zahlreichen Konzessionen sühnen, welche die Schweiz in ihren schwächsten Stunden notgedrungen eingehen musste. Mit seinem Sturz soll er den Makel tilgen, der an vielen Entscheidungsträgern haftet. In dieser vertrackten Seelenlage rechtfertigt Zwygart sein Handeln im Dritten Reich, und er wird zum Ankläger der offiziellen Schweiz. Mit bitterer Selbstironie, voller Galgenhumor schlüpft er in die Rolle seiner Verächter und parodiert das abgekartete Spiel:

«Wir küren den General zum grossen Sieger, und was den Dreck betrifft, diesen ganzen verdammten Dreck, der an allen Fingern klebt, auf unseren Westen und Zungen und Akten, bitte den werden wir auf die einfachste Weise los, mit diesem Dreck füllen wir Zwygarts Grab.»⁵⁴⁴

Weder Sündenbock noch Vorbild

Die Geschichte verzeiht vieles. Aber in einem Punkt verfährt sie erbarmungslos: Mit jenen, die auf der Verliererseite stehen, lässt sie keine Gnade walten. Was den Zeitgenossen noch im Dunst des Ungewissen erschien, was Politiker noch auf der Grundlage von dürftigen Kenntnissen entscheiden mussten, offenbart sich den Nachgeborenen in abgeklärtem Licht. Die einzelnen Elemente verweisen in der Rückschau aufeinander wie in einer vom Ursprung her geordneten Entwicklung. Der Wissensvorteil der späteren Generationen verdrängt zwangsläufig das Verständnis für jene, die nicht zur richtigen Einsicht kamen und falsch handelten. Bestenfalls billigt man den Verlierern redliche Absichten zu, tadelt jedoch deren Versagen. Doch die Geschichtsschreibung darf sich nicht damit begnügen, vom sicheren Hafen aus, nachdem aus einer Vielzahl von Optionen nur eine verwirklicht wurde, falsche Entscheide zu kritisieren. Sie muss, um mit Bonjour zu sprechen, vielmehr versuchen, «die objektiven Schwierigkeiten zu verstehen, denen jeder Staatsmann ausgesetzt ist».⁵⁴⁵ Dann erst kann sie Stärken und Schwächen gegeneinander abwägen. Frölicher stand als Schweizer Diplomat nicht auf der Verliererseite, er wurde jedoch später mit den Verlierern assoziiert. In einem Staat akkreditiert, der Europa an den Rand des Abgrunds brachte, pflegte er freundlichen Umgang mit einem Regime, das der Mehrheit der Schweizer verhasst war. Er hielt seinem von Nationalsozialisten und auch die Treue, als es zerschmettert am Boden lag. Mochten andere sich behende neu positionieren, er empfand mit den Deutschen und Deutschland Mitleid – und äusserte sich, weil er kein Opportunist war, auch dementsprechend. Frölicher war kein Nationalsozialist, aber er war unbestreitbar deutschfreundlich, mitunter bis zur Verblendung. Wenn Beamte der Schutzmachtabteilung politische Gefangene besuchen durften, dann wertete er diesen Vorgang mit sichtlicher Erleichterung als Beweis dafür, dass Deutschland eben doch gewillt sei, völkerrechtliche Pflichten einzuhalten. Sogar noch im März 1945 notierte er im Tagebuch, es sei wichtig, dass Deutschland sein Ansehen nicht mit einer verwilderten Kriegsführung schädige.⁵⁴⁶

Selten verriet Frölicher in seinem Tagebuch Gefühle – aber wenn es geschah, dann litt er stets mit den Deutschen. In solchen Momenten stöhnte er, wie man in der Schweiz überhaupt nichts Positives mehr über die Deutschen sagen dürfe. Und seinen Respekt, ja seine Bewunderung für die grossartigen Werke deutscher Kultur vertraute er nur noch seinem Journal an. Bis zum bitteren Kriegsende bewahrte sich Frölicher eine positive Voreingenommenheit in allem, was Deutschland betraf. Als die Götterdämmerung herembrach, erschien es ihm, ein ausgeblutetes, von den eigenen Machthabern zerschundenes Land bäume sich nochmals mit gebrochener Kraft auf, um die sowjetische Invasion hinzuhalten und dem Westen somit einen letzten Dienst zu erweisen. Wie viele Schweizer, wie etliche seiner Vorgänger auf dem Gesandtenposten in Berlin, fürchtete Frölicher im säkularen Ringen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus die rote Gefahr mehr als die braune Pest.

An den Hof eines Wahnsinnsregimes entsandt, erkannte Frölicher das Wesen des Totalitarismus nicht in seiner ganzen Tragweite. Das Phänomen des totalitären Staates war neu; er aber war ein Diplomat der alten Schule. Für ihn gab es bessere und schlechtere Staaten, wobei er das nationalsozialistische Regime eindeutig zu den schlechten zählte. Aber wie die staatliche Macht bis in die letzten Fasern des Privatlebens eindrang, wie sie die religiösen Sphären für sich reklamierte oder Wissenschaft und Kultur in ihrem Sinn umzugestalten versuchte, das beunruhigte ihn wenig. Die Gesellschaft in ihrer vielfältigen Schichtung, die Bereiche unterhalb der staatlichen Ebene, sie traten kaum in sein politisches Gesichtsfeld. Das waren Privatsachen oder innere Angelegenheiten eines Staates. Darum kümmerte sich ein Diplomat seiner Auffassung nach nicht. Es ist bezeichnend, wie Frölicher in den Jahren nach der Reichskristallnacht auf die Judenverfolgung reagierte: Keine alarmierenden Berichte, auch keine beschönigenden Berichte ergingen an die Zentrale. Er tat etwas anderes: er schwieg.

Frölicher fasste seine Aufgabe in Berlin ganz so auf, wie es das Pflichtenheft der Diplomatie vorschrieb. Ein Diplomat wird in die Welt hinausgeschickt, um die Interessen seines Landes zu verteidigen. Dabei überragt ein Auftrag alle andern: er muss sich für die Sicherheit und Unabhängigkeit seiner Heimat einsetzen. Diesen Auftrag hat er unter allen Umständen zu erfüllen. Deshalb muss er bei der Wahl seiner Gesprächspartner blind sein. Nicht mit wem er spricht ist entscheidend, sondern dass er die Interessen seines Landes durchsetzt. Andere Angelegenheiten können auch wichtig sein; aber sie sind stets zweitrangig. Eine solche Sicht mag heute im europäischen Kontext, wo man Sicherheit weithin als gegeben voraussetzt und Unabhängigkeit im

Zeichen der internationalen Verflechtung tiefer bewertet, engstirnig, ja brutal erscheinen. Aber entlang dieser Maxime hatte sich das diplomatische Geschäft vom Westfälischen Frieden bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, da Präsident Wilson moralische Forderungen in die Aussenpolitik einbrachte, abgewickelt.

Frölichers Auftrag lautete, die schwierigen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem nationalsozialistischen Deutschland von Regierung zu Regierung zu pflegen. Unbesehen, um wen es sich handelte, musste er mit den nationalsozialistischen Machthabern höflich verkehren. Auch sollte er sich in den massgeblichen Kreisen der Reichshauptstadt eine Position schaffen. Sieht man von der nationalsozialistischen Führungsriege ab, so gelang dies Frölicher innert kürzester Zeit. Sofort nach seiner Ankunft nahm er geschäftsmässig Kontakt mit den Stellen auf, und auf zahllosen Soirées parlierte und dinierte er sich in die Berliner Gesellschaft hinein. Diesen, aus anderer Perspektive besehen, anrühigen Umgang mit der «haute volée» des Nationalsozialismus erwarteten die Auftraggeber vom Gesandten in Berlin.

Wenn die enge Tuchfühlung mit dem Regime später Frölicher zum Vorwurf gereichte, dann wurde er bis zu einem gewissen Grad auch Opfer der innern Ansprüche der Diplomatie.

Wie hat der Minister seinen Auftrag konkret ausgeführt? Er selbst war überzeugt, er hätte seine Mission nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt. Von dieser Auffassung rückte Frölicher auch nach dem Krieg nicht ab. Bonjour und viele andere Schweizer vertraten hingegen die Ansicht, der Diplomat hätte auf seinem Posten in Berlin völlig versagt, ja er sei von seiner charakterlichen und geistigen Voraussetzung her für diesen Posten ungeeignet gewesen.

Bilanziert man die einzelnen Bereiche, dann lösen sich Licht und Schatten ab. In der politischen Berichterstattung, die im Pflichtenheft eines Missionschefs hoch oben rangiert, verdient Frölicher ohne Zweifel bessere Noten, als ihm seine Verächter erteilen. Auch im Umgang mit der Regierung des Residenzlandes sowie im gesellschaftlichen Verkehr mit den tonangebenden Kreisen im Dritten Reich bewies Frölicher viel Geschick. Jedenfalls musste man ihm nie vorwerfen, mit einem «faux-pas» die delikaten und bisweilen äusserst angespannten Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich noch einer zusätzlichen Belastungsprobe ausgesetzt zu haben. Das ist, im Vergleich mit seinem Vorgänger, aber auch im Vergleich mit einigen Diplomaten anderer Länder, nicht wenig. Schliesslich schuf Frölicher ein günstiges Klima für die Wirtschaftsverhandlungen – etwas, das dem ganzen Land sehr zustatten kam.

Dunkle Schattän jedoch verfinstern andere Bereiche. Der Minister nahm wenig Anteil am Leben der Schweizer Kolonie im Dritten Reich; im tragischen Fall

des Hitler-Attentäters Bavaud reichte es nicht einmal zu einem Gefängnisbesuch. Verhängnisvoll hätte sich auch seine eilfertige Bereitschaft, alle Anpassungsforderungen der Wilhelmstrasse mit einem persönlichen Empfehlungsschreiben nach Bern zu übermitteln, auswirken können. Sodann wollte er in saloppem Befehlston die Pressefreiheit in der Schweiz einschränken, und mit anmassenden Interventionen betrieb er den Rücktritt von Chefredaktoren prominenter Tageszeitungen. Nicht nur wusste er den hohen Wert einer eingehenden Berichterstattung und mutiger Leitartikel im Gesamtbild der schweizerischen Aussenpolitik nicht einzuordnen; er mischte sich auch in Dinge ein, für die er nicht zuständig war. In der Flüchtlingspolitik schliesslich blieb er weit hinter dem zurück, was die Gebote der Menschlichkeit erfordert hätten.

Dieser Fehlleistungen und Unzulänglichkeiten eingedenk, sei nochmals erwähnt: Frölicher handelte auf dem schwierigsten Posten, den die Schweiz im Ausland je zu vergeben hatte. Und vor allem führte er nicht eine Aussenpolitik nach eigenem Gutdünken. Er war vielmehr gehalten, die Politik des Bundesrates zu vertreten. Dazu erhielt er Instruktionen – allerdings nicht gerade häufig. Doch der Minister stand, wie es sich für eine so wichtige Vertretung gehört, in regem Kontakt mit der Zentrale. Es kam ja auch öfters zu Meinungsverschiedenheiten. Aber eine Politik, die der Bundesrat missbilligte, hatte Frölicher nie betrieben. Vielmehr hatte ihm der Departements-Vorsteher verschiedentlich ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen. Wenn man Frölicher, dem Instruktionsempfänger, ein Schuldverhalten vorwirft, dann muss man die Frage aufwerfen, ob der Bundesrat – und das EPD, die Instruktionserteiler, nicht mit dem gleichen Makel behaftet sind. Der Publizist und Schriftsteller Otto Marchi gelangte Mitte der siebziger Jahre zu dieser Ansicht.⁵⁴⁷ Der Historiker Hans Ulrich Jost ging noch einen Schritt weiter. Er meinte, man musste untersuchen, ob nicht die ganze politische Elite in eine verfehlte Aussenpolitik verstrickt gewesen sei.⁵⁴⁸ Tatsächlich muss man mindestens in einem Bereich, nämlich in der Politik gegenüber den verfolgten Juden, von einer Kollektivschuld sprechen – allerdings nicht nur der politischen Elite, sondern des ganzen Landes. Das Bedauern und die Entschuldigung, welche Bundespräsident Villiger 1995 ausdrückte, sind in diesem Sinn zu verstehen.

Insgesamt jedoch würde man den Widerstandswillen von zahlreichen Schweizern sträflich missachten, wenn man die Fehlleistungen und anrühigen Arrangements in den Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich gleichmässig auf die Schultern der politischen Elite abwälzte. Die politische Verantwortung ruht vielmehr auf drei Säulen: neben dem Souverän, also dem Volk, verantwortete selbstverständlich Frölicher, aber als dritter Akteur auch der Gesamtbundesrat

und namentlich das federführende EPD die Deutschlandpolitik in den Hauptzügen mit. Sie erteilten die Instruktionen; sie hatten zu kontrollieren, wie diese ausgeführt wurden. Wer Frölicher derart massiv abqualifiziert wie Bonjour, trifft mit seiner Kritik auch den Bundesrat – und zwar nicht Pilet-Golaz allein, sondern den Gesamtbundesrat. Dieser wäre verpflichtet gewesen, einen Missionschef, der den Anforderungen in keiner Weise genügte, abzuberufen und auf einen andern Posten zu versetzen – ein Vorgang übrigens, der sich im auswärtigen Dienst mit seinen zahlreichen Vertretungen ohne viel Aufhebens bewältigen liesse. Schliesslich muss man, was offenkundig ist, Frölicher in die Pflicht nehmen. Bei aller Mitverantwortung der vorgesetzten Behörden blieb reichlich Zwischenraum, welchen Frölicher allein auszufüllen hatte. Denn Instruktionen an die Missionschefs sind meistens allgemein gehalten. Sie enthalten einige wenige Grundsätze oder Orientierungspunkte. Wie diese umgesetzt werden, hängt hauptsächlich von der Persönlichkeit des Diplomaten ab.

Der entschlossene Widerstandswille der überwältigenden Mehrheit der Schweizer, getragen von einem unerschütterlichen Vertrauen in das eidgenössische Staatswesen, war das Wichtigste, um der Schweiz ein Überleben im Zweiten Weltkrieg zu sichern. Jene Bürger, welche die demokratische Tradition auch in den zermürbenden Monaten hochhielten, als die Schweiz in der totalitären Brandung zu versinken drohte, verdienen grösste Hochachtung. Wie Daniel Bourgeois in seiner Studie «Le Troisième Reich et la Suisse» nachgewiesen hat, wären die nationalsozialistischen Machthaber von der bedingungslosen Widerstandsentschlossenheit entschieden mehr beeindruckt als von klug kalkulierten Anpassungsgesten.⁵⁴⁹ Doch um einzelne (Konzessionen kam die Schweiz nicht umhin. Sie sind der unangenehme Teil in einer Dialektik, sozusagen die Antithese, die man am liebsten auslassen würde, um von der These gleich zur Synthese springen zu können. Die Wirtschaftskonzessionen und Frölichers Mission bilden die hervorstechenden Elemente der Antithese. Im wirtschaftlichen Bereich räumte die Schweiz, wie erwähnt, erhebliche Konzessionen ein, aber die Bevölkerung nahm daran kaum Anstoss. Anders bei Frölicher. Der Minister jedoch musste auf dem Aussenposten in Berlin, solange er entsprechend seinem Auftrag als Gesprächspartner des Regimes auftreten wollte, notgedrungen eine Rolle spielen, in welcher die Gesten der Anpassung dominierten. Er tat dies ausgiebig, aber immer mit dem Ziel, die Unabhängigkeit der Schweiz zu wahren. Seine Tätigkeit ins Gesamtszenario der schweizerischen Selbstbehauptung einzufügen und mit den andern Erfordernissen abzustimmen, war Aufgabe der Landesregierung.

Bemüht man sich um historische Gerechtigkeit, dann kann man Hans Frölicher Vorwürfe nicht ersparen. Aber man muss nuanciert urteilen. Vornehmlich zwei Fragen sollte man unterscheiden: (Wi\$ hat er seinen Auftrag beim akkreditierten Staat erfüllt, und/wie hat er die eigene Regierung beraten? Die Quintessenz dieser Unterscheidung besteht wohl im Folgenden: Im Rahmen der Instruktionen betrieb Frölicher eine kluge Politik in Berlin und eine schlechte in Bern. Der Schweiz hätte ein Diplomat, der seine Aufgabe in der Reichshauptstadt im gefährlichsten aller Zeitabschnitte falsch angegangen hätte, nicht nur wenig genützt, er hätte ihr zum Verhängnis werden können. Frölichers Auftrag in Berlin bestand nicht darin, Öl ins Feuer zu schütten, sondern Öl auf die Wogen zu giessen. Das hat er getan. Verfehlt war jedoch der Nachdruck, den er den Forderungen des nationalsozialistischen Regimes bei seiner eigenen Regierung verlieh. Hätte der Bundesrat Frölichers Empfehlungen unbesehen befolgt, die Auswirkungen hätten verheerend sein können. Über jene Souveränität des Denken und Handelns, die nötig gewesen wäre, um die harten Schläge in Berlin einzustecken, diese aber nur mit Augenmass an den Bundesrat weiterzuleiten, verfügte Frölicher nicht. Doch eine vom Krieg verschonte Schweiz darf dankbar anerkennen, dass Frölicher immerhin einen Teil seines Auftrags nicht schlecht ausgeführt hat – glücklicherweise jenen Teil, den nur er vor Ort im Umgang mit den Machthabern wahrnehmen konnte. Ihn zum Sündenbock zu stempeln, besteht kein Anlass; ihn zum Vorbild der Diplomatie zu erheben, aber auch nicht.

Das Kriegsende

Auf der Gesandtschaft

Mitte April erhielt der Geschäftsträger ad interim, Alfred Zehnder, vom Politischen Departement die Aufforderung, mit dem in Berlin verbliebenen Gesandtschaftspersonal in die Schweiz zurückzukehren, sobald er die Gewissheit erlangte, dass die Reichshauptstadt durch die Rote Armee allein eingenommen würde. Die Schweiz wollte nicht das Risiko laufen, dass wiederum, wie bei der Eroberung Budapests, Schweizer Diplomaten in die Sowjetunion verschleppt würden. Am 16. April hatten die sowjetischen Truppen zum Sturm über die Oder angesetzt, in den nächsten Tagen ertrugen sie unter gewaltigen Verlusten die Seelower Höhen und durchbrachen den letzten Verteidigungsring vor der Reichshauptstadt. Danach war der Weg nach Berlin frei, auch wenn das deutsche Ostheer noch energischen Widerstand leistete. In der Nacht vom 20. auf den 21. April fiel erstmals russische Artilleriefeuer auf den östlichen Teil der Reichshauptstadt. Die Russen in Berlin? Die vom Krieg zermürbte Bevölkerung wollte diese Tatsachen, obschon sie sich seit Monaten vor diesem Augenblick gefürchtet hatte, nicht glauben. Doch dann überstürzten sich die Ereignisse.

Alfred Zehnder (1900-1983) war ein kluger Diplomat und eine eindrucksvolle Persönlichkeit. In der Nähe von Moskau, wo sein Vater einen Betrieb der Firma Geigy leitete, geboren, wuchs er in Russland auf. Selbstredend sprach er fließend russisch – was der Schweizer Gesandtschaft in den kritischen Tagen der sowjetischen Besetzung sehr zugute kommen sollte. Seine Familie kehrte erst nach der Oktoberrevolution in die Schweiz zurück. Nach dem Eintritt ins Politische Departement beschäftigte er sich vornehmlich mit Handelsfragen, so auch auf der Gesandtschaft in Berlin von 1942-1945. Später wurden ihm wichtigste Posten anvertraut; von 1954-1956 war er Generalsekretär des Politischen Departements, damals die ranghöchste Stelle für einen Diplomaten; anschliessend wurde er Botschafter in der Sowjetunion, dann in Kanada und schliesslich in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Nachdem Minister Frölicher Ende März dem Auswärtigen Amt nach Süddeutschland gefolgt war, leitete Zehnder den Rumpfbestand der Gesandtschaft

in Berlin. Der erwähnte Befehl aus Bern belastete den gewissenhaften Beamten schwer. Wie sollte er ihn umsetzen? Die Lage war verzwick. Als die Russen die am südwestlichen Rand von Ostpreussen gelegene Stadt Elbing überrannt hatten, erschossen sie den Schwiegersohn des dortigen Schweizer Honorarkonsuls. Danach fragten mehrere Postenchefs die Gesandtschaft, ob sie den Schweizerbürgern die schleunige Rückkehr in die Heimat anraten oder diese zum Verbleiben ermuntern sollten. Auf Instruktion des Departements antwortete die Gesandtschaft, es müsse einem jeden Schweizer selbst überlassen bleiben, ob er seine Existenz vor Ort verteidigen oder ob er heimkehren wolle. Die offiziellen Vertretungen würden ihm in beiden Fällen mit Rat und Tat zur Seite stehen. So organisierte denn die Gesandtschaft von Anfang Februar bis Ende März siebzehn Kollektivtransporte für ungefähr tausend Rückwanderer. Jenen, die ausharren wollten, erklärte sie indes, ein arbeitsfähiger Stab werde in Berlin aufrechterhalten, es sei denn, er würde mit Gewalt vertrieben. Diese Schweizer sollte man nun trotz aller Zusicherungen verlassen?

Zehnder rang schwer mit sich selbst. Der Geschäftsträger wusste nämlich aufgrund einer Information, die ihm das Geheimkabinett des deutschen Abwehrdienstes zugesteckt hatte, dass die Demarkationslinie zwischen der Roten Armee und den Alliierten entlang der Elbe verlaufen würde. Berlin würde somit unweigerlich von den Russen eingenommen. Ihm war allerdings auch bekannt, dass die Reichshauptstadt sofort nach der Eroberung in verschiedene Besatzungszonen aufgeteilt werden sollte. Demnach würden die Gesandtschaft an der Fürst-Bismarck-Strasse und die Ausweichquartiere in Kladow in die britische Zone fallen. Musste Zehnder bei diesen Gegebenheiten die Weisung aus Bern befolgen?

Vorerst prüfte er, ob die Gesandtschaft überhaupt noch die Möglichkeit hätte, aus dem weitgehend umzingelten Berlin auszubrechen. Mehr als 30 Personen waren zu evakuieren, 14 Autos standen zur Verfügung, zwei Fluchtwege kamen in Frage, der eine nach Magdeburg, der andere nach Hamburg. Zehnder entschied sich für die zweite Variante, da der Ausfallkorridor nach Hamburg nicht durch eine Kampffront führte. Er beabsichtigte, auf Schloss Friedrichsruh bei Hamburg Quartier zu beziehen. Eine Vorhut sollte erkundschaften, ob man noch bis Hamburg vordringen könne. Die gefährliche Mission übernahm Attaché Hans Stadelhofer, begleitet vom Fahrer Leu. Doch die Kundschafter gelangten nicht bis zum ehemaligen Schloss des Fürsten Bismarck. In nicht abebbenden Wellen beschossen britische Tiefflieger alles, was sich auf der Autostrasse nach Hamburg bewegte. Stadelmann und Leu beschlossen, nur noch nachts und ohne Scheinwerferlicht zu fahren. Doch da stiessen sie mit einem andern verdunkelten Gefährt zusammen. Mit einem stark beschädigten Wagen

und leichten Quetschungen kehrten sie nach 48 Stunden unverrichteter Dinge zurück. Nach dem gescheiterten Unterfangen verzichtete Zehnder auf jeden weiteren Ausbruchversuch. Die Lage verschlimmerte sich zudem von Tag zu Tag. Der Treck würde aller Voraussicht nach, schätzte Militärattaché Burckhardt, nur unter Inkaufnahme von mehreren Toten und Verwundeten bis zu den Alliierten vorstossen können. In den Tieffliegerangriffen vom 29. April wurde übrigens Schloss Friedrichsruh heftig bombardiert, wobei der schweizerische Generalkonsul Zehnder sowie seine Gattin, die dort Zuflucht gesucht hatten, ums Leben kamen.

So trat denn Zehnder vor seine Mitarbeiter und stellte ihnen die Gewissensfrage, ob sie trotz der Weisung aus Bern in der sturmreifen Reichshauptstadt ausharren wollten. Für sich selbst lehnte er es kategorisch ab, aus Berlin abziehen. Er wollte die Schweizerkolonie nicht in der grössten Not im Stich lassen. Sein Verbleiben war für ihn eine Ehrensache. Der Geschäftsträger verstand es offensichtlich, seine Mitarbeiter zu überzeugen. Schien es zu Beginn der Versammlung noch, als ob eine Mehrheit raschestens abreisen wollte, so erhoben sich, glaubt man der literarischen Darstellung des Zeitzeugen Paul David, die Hände aller Versammelten einhellig, um in Berlin zu bleiben und der Kolonie bis zum bitteren Ende beizustehen; ja sogar ein Freudentaumel sei ausgebrochen, weil Anstand und Ehre gesiegt hätten.⁵⁵⁰

Den Mitarbeitern der Gesandtschaft erging es dann so, wie der Bundesrat befürchtet hatte: sie gerieten in russische Hände und wurden in die Sowjetunion abgeführt. Zehnder sah sich schon auf dem Rückweg aus Moskau, als die Equipe in Ankara einen längeren Zwischenhalt einlegte, genötigt, sein weisungswidriges Verhalten zu rechtfertigen. Im allerersten Bericht an den Chef der Abteilung für Auswärtiges, Minister Walter Stucki, beteuerte er, weder Kriegsromantik noch Russophilie – wie merkwürdig nahmen sich, angesichts der Zeitumstände, die tatsächlichen oder vermeintlichen Vorwürfe aus! – hätten ihn bewogen, Berlin nicht zu verlassen. Er hätte vielmehr so entschieden, weil er sich um die Kolonie sorgte und auch die Verantwortung, welche die Schweiz mit den Schutzmandaten übernommen hatte, nicht abschütteln wollte. Man hätte den provisorischen Leiter der Schutzmachtteilung, Gesandtschaftssekretär Max König, nicht allein seinem Schicksal überlassen können. Und dann schliesst er seine Rechtfertigung mit den Worten:

«Ich gebe mir Rechenschaft, dass nach den in Berlin später gemachten Erfahrungen mit den Russen mein Entschluss, am Ort zu bleiben, katastrophale Folgen für das Personal und die Beziehungen der Schweiz zur Sowjet-

union hätte haben können, aber wenigstens ist der Bundesrat nicht mit dem Odium des Im-Stich-Lassens der Kolonie in kritischer Zeit und sind ich und meine Mitarbeiter nicht mit dem Odium der Fahnenflucht belastet worden. Den letzten in Ankara vor gefundenen Nummern der Neuen Zürcher Zeitung habe ich entnommen, dass Sie inzwischen die Öffentlichkeit in dem Sinne aufgeklärt haben, dass die schweizerische Rumpfgesandtschaft in Berlin Weisung von Ihnen erhalten habe, zum Schutze der Schweizerkolonie in Berlin zu bleiben. Ich glaube daraus schliessen zu dürfen, dass Sie meine Haltung nachträglich gebilligt haben. Ich wäre Ihnen aber trotzdem sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie nach Prüfung der vorstehend verzeichneten Motive zum Entschluss zu bleiben, mir Ihre Déchargé erteilen wollten.»⁵⁵¹

In den letzten Kriegstagen oblag Zehnder freilich nicht nur die Sorge um die Landsleute und die eigene Mannschaft. Er musste auch noch den diplomatischen Verkehr mit dem in Auflösung begriffenen Regime, so gut es ging, wahrnehmen. Auf dem letzten Dejeuner, welches das Auswärtige Amt im Hotel Adlon gab, bedachte ihn Staatssekretär Steengracht mit besonderer Aufmerksamkeit. Arm in Arm durchschritt er mit dem Schweizer Geschäftsträger den ganzen Saal, um sich anschliessend mit ihm in eine vertrauliche Nische zu setzen. Hier erklärte er sich bereit, alle von der Schweiz vorgebrachten Forderungen, die bisher unbeantwortet blieben, zu erfüllen: Die Schweizer Häftlinge würden in einem Lager in Süddeutschland zusammengefasst; die belgischen Königs-kinder könnten in die Schweiz ausreisen, ja die Reichsregierung würde sogar die Schweiz als Schutzmacht für die gaullistischen Kriegsgefangenen anerkennen. Steengracht konnte sich, wie sein Verhalten verriet, nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass das Ende des Dritten Reiches angebrochen war. Wie den meisten Grössen des Regimes verblieb ihm nur noch der eine Wunsch, die Ostfront würde dem Ansturm der Roten Armee so lange widerstehen, bis die Alliierten Berlin eingenommen hätten. Er vertraute dem Geschäftsträger auch an, er sei eigentlich nie ein Nationalsozialist gewesen, sondern nur durch seine hohe Stellung in der Diplomatie in die Partei geraten. Auf Zehnders Frage, warum er ihm dies erzähle, soll er geantwortet haben: «Seien Sie beruhigt, ich beantrage kein Visum für die Schweiz; ich möchte nur, dass wenigstens ein Mensch auf der Welt meine wahren Gefühle kennt».⁵⁵²

Zehnder bemerkte, Steengracht sei mit diesen Äusserungen durchaus kein Einzelfall gewesen. Andere hohe Beamte hätten ihn auf der Gesandtschaft aufgesucht und ihm den gleichen Spruch vorgetragen. Im Zeichen der Götterdäm-

merung rückten alle vom Regime ab und wollten sich ein Alibi verschaffen. Als letzter meldete sich der Gesandte Erich Albrecht. Er leitete in der Schlussphase, nachdem der Hauptharst abgezogen war, das geschrumpfte Berliner Auswärtige Amt. Er bat, als sich auch seine Regierungsstelle in alle Windrichtungen verlief, um Aufnahme ins Ausweichquartier Wudicke. Zehnder konnte ihn von diesem verhängnisvollen Vorhaben, welches die Schutzmachtätigkeit auf höchste kompromittiert hätte, kaum abbringen. Aber schliesslich hörte Albrecht auf die Erklärung des Geschäftsträgers, wonach das Gut Wudicke bereits mit deutschem Personal überfüllt sei und er sich besser nach Schönhausen an der Elbe durchschlage, wo die Schweden das Bismarcksche Schloss geräumt hätten.

Mit dem Sturm auf Berlin, am 21. April, brach die Verwaltung völlig zusammen. In den gespenstischen Amtsrüinen war kaum noch eine Seele anzutreffen, in den Höfen der Ministerien verbrannten Kanzlisten Aktenstöße. Der Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», Eduard Geilinger, erinnerte sich: «Die Unordnung wuchs ins Grotteske. An dem kritischen Wochenende [21./22.04.] wurde ein Mitglied der schweizerischen Gesandtschaft in das Auswärtige Amt geschickt, um einige Nummern der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘ abzuholen, die man für die Information dringend brauchte. In der Wilhelmstrasse waren aber nur einige Amtsdienere zu treffen, die nicht Bescheid wussten. Man durchstöberte die Bureaus und fand schliesslich das letzte Kuriergepäck, das die deutsche Gesandtschaft in Bern nach Berlin geschickt hatte. Mit guten Worten und einigen Stumpfen liessen sich die Deutschen überreden, die Siegel zu erbrechen und im Kuriersack Nachschau zu halten.»⁵⁵³

Mochte die Verwaltung nicht mehr klappen, Berlin gab sich deswegen noch nicht auf. Die Einnahme der Reichshauptstadt lief allerdings anders ab, als es die Berliner erwartet hatten. Die meisten glaubten, die Ostfront werde hartnäckig verteidigt, während im Westen rasch eine Kapitulation erfolgte; als gleich würden die Briten und Amerikaner nach Berlin vorrücken, so dass die Stadt sich ihnen übergeben könnte. Die Alliierten stiessen jedoch nicht an die Spree vor, stattdessen gab die Ostfront nach, und Berlin wurde von der Roten Armee erobert. Einer hielt indes die Zügel bis zum bitteren Ende straff in den Händen: Joseph Goebbels, der, wie er nun hiess, Reichsverteidigungskommissar des Gaus Berlin. Er hob den Volkssturm aus und feuerte die Jugendlichen, Frauen und Greise pausenlos zum verzweifelten Barrikadenkampf an. Verstärkt wurde die Verteidigung der Stadt durch Truppen und SS-Formationen, die von der vergleichsweise ruhigen Westfront abgezogen wurden. Obschon für die deutsche Seite jeder Hoffnungsschimmer erloschen war, verteidigte das letzte Aufgebot mit fanatischem Ingrimm jeden Quadratmeter, namentlich im Herzen der

Stadt, um die Wilhelmstrasse, um den Reichstag und eben auch um die Schweizer Gesandtschaft herum.

Über all diese Ereignisse konnte Zehnder die Zentrale jedoch nicht eingehend unterrichten. Denn der Kurierdienst war unterbrochen. Anfang April versuchte ein wagemutiger Fahrer zum letzten Mal, von Bern nach Berlin durchzukommen. Unterwegs wurde er von Tieffliegern angeschossen und verletzt. Er langte in der Reichshauptstadt nicht mehr an. Zehnder hatte verschiedene Berichte verfasst, die nie abgeholt wurden. Als der Endkampf um Berlin begann, schien es ihm zu riskant, politische Kommentare herumliegen zu lassen. Er vernichtete seine Notizen und Berichte. Erst manche Wochen später, als sich die Verschleppten auf der Rückreise aus Russland einige Tage in Ankara aufhielten, schrieb er aus dem Gedächtnis auf, wie er den Untergang der Reichshauptstadt erlebt hatte. Militärrattaché Peter Burckhardt verfasste seinerseits Mitte Juni in Ankara einen langen Bericht über die Schlacht um Berlin, und Legationssekretär König legte Rechenschaft über das Ende der Schutzmachtätigkeit in Berlin ab.⁵⁵⁴

Die Gesandtschaft in Berlin war indes nicht jeglichen Kontakts mit der Berner Zentrale beraubt. Der Posten verfügte immer noch über ein Funkgerät. Zwar hatte Legationsrat Zehnder, als die Rote Armee heranstürmte, befohlen, den Sender zu vernichten, um das Personal nicht zusätzlich zu gefährden. Aber Willi Kaspar Elektriker, Funker, Chauffeur und Mechaniker in einem, widersetzte sich der Anordnung und versteckte die Sendestation im weitläufigen Keller. Während der sowjetischen Eroberung und Besetzung war es allerdings nicht ratsam, das Funkgerät zu benutzen. Erst am 8. Mai, um 14h00, am Tag der Kapitulation des Dritten Reiches, meldete die Gesandtschaft nach Bern:

«HES 4 HES 4 HES 4 HES 4»

«Ich möcht Ine sofort öppis säge, antworted Si, wann Si mich ghört händ.»

«Mir reded Schwizerdütsch, es isch besser, i bi ja au e Berner.»

«Mir befinded üs wohl, d'Gsandtschaft isch vo zoberscht bis zundersch uf de Chopf gstellt worde, i chan nöd lang rede, Uses Huus isch bewacht, tuend Si mir antworde, ob i soll d'Sändestation vernichte, bis jetzt han i si immer chönne verdeckt ha.»

«I cha nümmen verstah, i ha Schwund.»

«Mir sande wieder morn um di gliichi Zit. Wenn du weisch, wer ich bi, so richt miner Frau am Bäckereiweg Nummer eis en Gruess us.»⁵⁵⁵

Am nächsten Tag befahl die Zentrale, den Sender zu vernichten. Kaspar und der Registrator Paul David stahlen das Gerät an den sowjetischen Wachposten vorbei aus der Gesandtschaft heraus und warfen es erleichtert in Jenen Teich, der vor der Haustüre noch als schmutziges Überbleibsel vom Wahnwitz des Projektes «Hauptstadt Germania» zeugte.

Doch was hatte sich vorher, was hatte sich in den nachrichtenlosen Tagen und Wochen auf der Gesandtschaft abgespielt? Am 21. April, ein Datum, das kein Mitarbeiter auf dem Berliner Posten je vergessen wird, traf folgende letzte Meldung in Bern ein:

«Politisches, Bern

Nr. 25. Seit 11h27 unter russischem Artilleriefeuer.

Alles befindet sich wohl.

Während Bombardement ausserhalb der Stadt.

Schweizer Gesandtschaft⁵⁵⁶

Es war ein schrecklicher Tag. Am späten Vormittag sassen die drei Schweizer Korrespondenten, die Berlin noch nicht verlassen hatten, im Presseklub am Leipziger Platz. Arnold Belrichard von der «Gazette de Lausanne», Max Schnetzer vom «St. Galler Tagblatt» und dem Berner «Bund» sowie Eduard Geilinger von der «Neuen Zürcher Zeitung» warteten auf das Mittagessen. Plötzlich barsten die Fensterscheiben. Scherben flogen durch die Luft. Granatschuss jagte Granatschuss. Die drei sprangen von ihren Stühlen auf. Sie erfassen sogleich, was vor sich ging. Die Rote Armee musste ganz nahe an Berlin herangerückt sein; erstmals war sie in der Lage, das Stadtzentrum unter Feuer zu nehmen. Tausende von Artilleriegeschossen prasselten auf die Wilhelmstrasse und das Boulevard Unter den Linden, auf den Potsdamer Platz und den Königsplatz nieder. Sofort beschlossen die drei Schweizer, die Gesandtschaft aufzusuchen, die den Journalisten im Voraus Asyl angeboten hatte.

Belrichard und Schnetzer eilten über die Hermann-Göring-Strasse – heute Friedrich-Ebert-Strasse – zum Königsplatz. In der nahen Wilhelmstrasse krachte ein hoher Giebel zusammen, Kommandorufe erschallten zwischen dem Gezische und dem Getöse der Granaten, Menschen kreischten in schierer Verzweiflung. Beim Brandenburger Tor warfen sie einen Blick auf die Prachtsallee Unter den Linden. Hinten beim Königsschloss loderten schon die Flammen. Schnetzer berichtete: «Wir hören Einschlag auf Einschlag; wir beginnen zu zählen und kommen bis zu 5 Granaten in einer Sekunde, die Unter den Linden und an der Friedrichstrasse in einzelne Stockwerke fahren und sie mit Mauerwerk, Möbeln, Menschen und riesige Staubwolken aufwirbelndem Schutt auf die

Strasse schleudern ... alles ist ein Wirbel von Staub, durch den Menschen in schwachen, grauen Umrissen wie Schemen rennen, hinstürzen, wieder hochspringen und auf einmal wie vom Erdboden verschwunden sind. Dort kündigt sich schon das Inferno an.»⁵⁵⁷

Die beiden Journalisten konnten das tödliche Feuerwerk nicht lange beobachten. Granaten schlugen in unmittelbarer Nähe ein. Schnetzer und Belrichard warfen sich in den Dreck und suchten kauern Deckung. Als sie aufstanden, sahen sie, dass die hinter dem Brandenburger Tor gelegene amerikanische Botschaft am Pariser Platz getroffen worden war. Dort hatten die schweizerische Schutzmachtabteilung und die Visaabteilung ihren Sitz. Max König sass gerade an seinem Schreibtisch. Ihm fuhr der Schreck in die Glieder, als eine Granate direkt vor seinem Büro detonierte. Und Konsul Schmitz, der Leiter der Visaabteilung, stand neben seinem Wagen in der Einfahrt. Mit viel Glück entkam er dem Feuerhagel unversehrt. Aber beide Beamte flohen nun eiligst ebenfalls zum Gesandtschaftsgebäude. Keuchend und schweissgebadet, bald sich hinter Mauern werfend, bald vor den heulenden Granaten um ihr Leben rennend, überquerten Schnetzer und Geilinger den Königsplatz und stürzten sich am andern Ende in die Gesandtschaft, wo sie von Attaché Hans Stadelhofer empfangen wurden.

Auf der Schweizer Vertretung wurde hastig zusammengepackt. Koffern, Kisten und Säcke hob man in einen Lastwagen, die Privatautos waren schon mit Geräten und Gepäck vollgestopft. Das gesamte Personal und die Kanzlei wurden nun, wie nach Bern bereits gemeldet, aus der schlimmsten Gefahrenzone abgezogen und nach Kladow verlegt. Nur einige Unentwegte – lauter Freiwillige – hielten die Festung an der Fürst-Bismarck-Strasse 4: der Kanzlist Paul David und Willi Kaspar, dann einige deutsche Lokalangestellte, unter ihnen Frölichers Chauffeur Richard Fritze und der Pförtner Albert Neuhaus.⁵⁵⁸ Die Journalisten zogen mit den Mitarbeitern der Gesandtschaft nach Kladow und teilten deren Schicksal in den nächsten zwei Monaten. Alle drei sollten später darüber eingehend berichten.⁵⁵⁹

Auch wenn sich das Gros der Gesandtschaft auf das westliche Ufer der Havel verzogen hatte, ging es an der Fürst-Bismarck-Strasse emsig zu und her. Einige Flüchtlinge hatten auf der Schweizer Vertretung Unterschlupf gefunden. David organisierte den Schutz des Gebäudes. Das ständige Personal verzog sich in die Kellergewölbe und ernährte sich hinfort von Biskuits.⁵⁶⁰ Dann wurde in der Portierloge eine Wache aufgestellt, welche verzweifelnde Deutsche von der Gesandtschaft wegzuweisen hatte. Das war eine herzerreissende Angelegenheit. Die deutschen Bekannten, schrieb David, «sahen mich bittend an. Aber ich durfte nicht weich werden, durfte sie nicht aufnehmen, wollte ich nicht die andern in Gefahr bringen».⁵⁶¹ Wie berechtigt diese Annahme war, sollte sich

bald erweisen. Die Rote Armee durchsuchte, nachdem sie die Umgebung besetzt hatte, immer wieder das Gelände. Eines Tages waren, ohne Davids Wissen, drei Deutsche in die Gesandtschaft geflohen. Die Russen folgten ihnen auf den Fersen, schnappten sie und erschossen sie kurzerhand im Garten der Schweizer Vertretung.

Schicksalsergeben, zuweilen auch zermürbt, warteten die Eingeschlossenen auf die russische Einnahme. Siebzehnmal wurde das Gebäude von Granateinschüssen erschüttert. David schildert die Stimmung der in Todesgefahr Verharrenden so:

«Pausenloses Wetterleuchten am Himmel! Wo nehmen die Russen nur die viele, unerschöpfliche Munition her? Stampfen sie dieselbe nur so aus der Erde? – Unheimlich das Grollen der Kanonen, wie ferne Meeresbrandung im Sturm!

Da sitzt man nun und wartet und wartet, man weiss nicht genau, auf was. Vielleicht darauf, dass eine von den ungezählten über das Haus fliegenden Granaten einmal anders zische, dass ein Treffer mehr die Leute aus ihrer Apathie rüttle, oder vielleicht darauf, dass ein Flieger nachträglich entdecke, dass auf diesem Platze noch nicht alles zerstört ist und seine Bomben ausklinge? Man wartet, zermürbt und müde, und flüstert bald nur noch im Schein der Glühlampe; im Keller brummt die Lichtmaschine ihr eintöniges Lied.

Wann werden sie kommen, wann? Und wie? Die Ungewissheit zerrt an den Nerven, legt sich bleiern schwer auf das Denken. Alles dreht sich nur um die Frage: wann? – wann? Man rückt näher zum Radio, hört die Stimme Englands: ‚Russische Panzerspitzen am Alexanderplatz; man regt sich auf, einen Augenblick nur.

Jetzt müssen sie bald hier sein!

Wiederum versinkt man in sein dumpfes Brüten und hört den Bericht ab, als spräche einer nur von Dingen, die fernab geschehen.

Man zieht die Decken höher über die Knie, weil man von den vielen schlaflosen Nächten fröstelt, und rückt sich tiefer in die Stuhllehnen, schliesst die Augen und reisst sie wieder auf, weil die Mauern beben und das Gebäude einzustürzen droht.

‚Fünfzehn Treffer im Ganzen; das reicht vorläufig!‘ sagt jemand so nebenbei; man sieht sich an, fragt nichts, zündet sich eine Zigarette an und noch eine.

Wann ist der Krieg vorbei, und was nachher?

Man will die trüben Gedanken verscheuchen.»⁵⁶²

Plötzlich wird das bange Warten von einem ohrenbetäubenden Knall durchbrochen. In nächster Nähe hatte eine Bombe eingeschlagen.

«Jäh springen die Leute auf, und ehe sie begreifen, was geschah, kracht's entsetzlich im eigenen Haus. Sind Naturgewalten losgebrochen? – beb't die Erde?! Instinktiv schutzsuchend heben die Frauen ihre Arme hoch, verbergen ihr Gesicht hinter den verkrampften Fingern; die Männer ducken sich, erstarren – dann beb't noch einmal die Erde, ächzen die Stützbalken, bröckelt Deckenverputz herab; hin und her schwankt die Deckenlampe, lange, schaukelnde Schatten an die Wand malend.

Eine Bombe ins Haus! – Nicht zu fassen: eine Bombe ins Haus!

Jetzt aber laufen Kaspar und Neuhaus zur Küche; die beiden Fritze rennen zum Keller; Dumont und Chapmann prallen in der Hetze unter der Tür zur Loge mit Giger und Stucki zusammen: ihrer zwei laufen in die Etagen, und nur Wegmann bleibt bei den Frauen zurück.

Die Suche nach dem unheimlichen Ding geht fieberhaft los.

Allein schon nach wenigen Minuten finden sich alle Männer wieder im Schutzraum ein.

„Nichts gefunden – nichts zu finden!“

Und doch muss eine Bombe im Hause sein!

Ein Blindgänger? – Ein Zeitzünder?

Schwer lastet die Ungewissheit auf den Gemütern der Menschen, die, zusammengepfercht im engen Raum, kummervoll den nächsten Stunden oder bloss Minuten entgegensehen.

Sobald es hell ist, suchen die Männer erneut nach der Bombe. Komisch! – Man hatte doch nicht geträumt, und doch ist sie nicht zu finden, ja nicht einmal ihre Spur. Ist denn so etwas möglich! Frau Givago, meist sehr in sich gekehrt und nur mit ihrer Tochter Ksenia dann und wann leise sprechend, begibt sich in den neben der Küche gelegenen Vorratsraum, um ein-nige Flaschen Selterswasser zu holen. Plötzlich schreit sie auf und kommt eiligst zurück.

„Die Bombe, die Bombe liegt dort!“

Ewald läuft hin. Es stimmt, da liegt sie, neben dem Kühlkasten.

Sie kam schräg geflogen, drückte die Eisenstäbe vor dem Fenster auseinander und schlug seitlich auf. Nicht auszudenken, was geschehen, wäre die Bombe explodiert!»⁵⁶³

Nachdem der Krieg beendet war, legten Kaspar und David die Bombe behutsam in einen Wäschekorb, trugen sie zum Gebäude hinaus und kollerten sie in

eine Grube vor dem zerschossenen ehemaligen Generalstabsgebäude. Dieser Blindgänger sollte ein halbes Jahrhundert später zu jenen Altlasten gehören, die bei den Bauarbeiten für das neue Regierungsviertel in monatelanger Kleinarbeit aufgestöbert werden mussten.

Doch die bange Frage, die damals allen Insassen im tiefsten Kellerloch ins Gesicht geschrieben stand, war: wann kommen die Russen? Da, plötzlich, am 28. April um 17h00, springt ein sowjetischer Soldat über die Gartenmauer hinter der Gesandtschaft; ein zweiter und dritter, ein gutes Dutzend folgen. Der Stosstrupp dringt ins Gebäude ein.

«Blitzschnell richten die russischen Soldaten», wie David schildert, «ihre Maschinenpistolen nach der Küche. Gebückt, das Käppi schräg auf dem Kopfe, die Waffe schussbereit, bleiben sie einige Sekunden stehen. Das Folgende rollt sich innerhalb weniger Minuten ab. An die fünfzehn Soldaten mit einem Offizier an der Spitze springen auf die Steinplatten und stürmen über den Platz. Frau Neuhaus läuft dicht ans Fenster und ruft laut in ihrer Muttersprache: ‚Nicht schiessen; wir sind Freunde!‘

Der Vorderste stutzt einen Moment, schaut nach oben, nach links und nach rechts, und dann stürzen die Russen einer nach dem andern durch die Hintertür herein.

‚Hände hoch! Hände hoch!‘.⁵⁶⁴

Die schweizerische Gesandtschaft war besetzt. Die erstürmenden Elitesoldaten verhielten sich allerdings korrekt. Nach wenigen Tagen jedoch, als die geschundenen Bodentruppen nachrückten, änderte sich die Lage komplett. Alle Erklärungen, wonach dieses Gebäude als diplomatische Vertretung exterritorialen Status genieße, nützten nichts. Die Schweiz unterhielt damals freilich keine diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion. Aber selbst wenn der diplomatische Verkehr entsprechend den üblichen Gepflogenheiten geregelt gewesen wäre, hätte sich an der widerrechtlichen Besetzung kaum etwas geändert. Den andern Missionen erging es nicht besser. Der meistens betrunkene Soldateska, welche die Türen einschlug, konnte man nicht erklären, was eine fremde Mission war. Die Soldaten hatten noch nie in ihrem Leben etwas von Gesandtschaft oder einem Land wie Schweden, Dänemark oder der Schweiz gehört. Die beiden nordischen Vertretungen wurden rücksichtslos ausgeplündert und das Personal wiederholt mit dem Tod bedroht.

Wenn die Berliner geglaubt hatten, mit der Eroberung der Stadt sei das Schlimmste überstanden, dann hatten sie sich getäuscht. Die ärgste Schreckenszeit folgte erst. Es waren jene zehn Tage, die zwischen der Erstürmung des Zen-

trums am 29. April und der Kapitulation des Dritten Reiches am 8. Mai lagen. Betrunkene Soldatenhorden drangsalierten die gesamte Bevölkerung Tag und Nacht. Frauen wurden, wie Legationsrat Zehnder berichtete, zu jeder beliebigen Stunde auf den Strassen aufgejagt oder aus Kellern gezerrt und am laufenden Band vergewaltigt. Wer Uhren, Schmuck oder Spirituosen nicht herausgeben wollte, dem setzten Rotarmisten eine Waffe auf die Brust. Als die Zivilbevölkerung nach Kriegsende aus ihren Unterschlüpfen hervorkroch und die früheren Wohnsitze aufsuchte, fand sie alles in einem unbeschreiblichen Zustand vor. Aufgebrochene Möbel, herausgerissene Schubladen und zerstörte Apparate lagen am Boden verstreut herum, vermischt mit Kot und Unrat aller Art.⁵⁶⁵

Auch die Schweizer Gesandtschaft bot einen jämmerlichen Anblick. Insbesondere im Salon des ersten Stocks, wo Schäferhunde untergebracht waren, musste man fusshohen Dreck ausmisten. Fürchterlich sah es auch in jenem Raum im Erdgeschoss aus, wo die Gesandtschaft einen grössern Lebensmittelvorrat für die Schweizer Kolonie aufbewahrt und zudem einige Schweizer ihr Gut eingelagert hatten. Aufgeschlitzte Koffern, durchstochene Gemälde, Wäschestücke, Kartoffeln, Reis sowie ausgegossene Einmachgläser und Konserven lagen kreuz und quer durcheinander.⁵⁶⁶

Erstaunlicherweise geschah jedoch dem Personal nichts, weder den Schweizern noch den deutschen Lokalangestellten. Mit viel Glück, aber auch dank der ausserordentlichen Umsicht des Kanzlisten David, überstanden alle die Besetzung unversehrt. Die Rote Armee richtete im einzigen Gebäude, das im Alsenviertel für einen Stab noch brauchbar war, das Hauptquartier für die 150. Division ein, belegte alle Geschosse ausser dem Keller und hauste zeitweilig mit bis zu 300 Mann in der Schweizer Vertretung. Bis zum Abzug der Truppen war stets ein Kommandoposten im Gebäude stationiert, was den Hausbewohnern einen gewissen Schutz vor herumstreunenden Soldaten bot. Das Botschaftspersonal konnte sich allerdings nicht mehr frei bewegen. Es wurde in den Keller, ja eigentlich in das unheimliche Verlies eingesperrt, welches sich hinter dem Keller und dem Notstromaggregat befand.

Während drei langen Tagen und noch längeren Nächten waren über ein Dutzend Personen in dem fensterlosen Verlies eingepfercht. Nur gelegentlich konnten sie einige Minuten ins Freie, um frische Luft zu schnappen. Raum, um sich zu bewegen, gab es keinen. Kaspar beispielsweise musste auf einem Tisch schlafen. Als WC diente eine Badewanne, notdürftig hinter einer Türe versteckt. Hautnah erlebten die Eingeschlossenen alles, was vorging: den hartnäckigen Widerstand einer Abteilung des Volkssturms im Innenministerium nebenan; die Jungen, die dort kämpften, bis sie mit Sprengladungen ausgehoben

wurden; die höllischen Gefechte von der Moltkebrücke bis zur Haustüre, in deren Verlauf mehr als 20 deutsche und russische Panzer abgeschossen wurden; den verbissenen Kampf von vorwiegend ausländischen SS-Formationen im Reichstag, die dem Ansturm trotzten, bis die Eroberer nach mehreren Angriffswellen die unterirdischen Anlagen unter Wasser setzten und die Todeskandidaten ausräucherten. Am meisten fuhr ihnen indes das unter die Haut, was im Gebäude selbst geschah: David, der von einem Unteroffizier mit vorgehaltener Pistole in einen Nebenraum geführt wurde, sich vor zwei Rotarmisten auf ein Bett setzen musste, bis ihn schliesslich ein eilig herbeigerufener Tatarenleutnant rettete; die polnische Frau, die von Soldaten aus der Schicksalsgemeinschaft der Kellerbewohner herausgerissen wurde und nach mehrfacher Vergewaltigung wimmernd und gebrochen zurückkehrte;⁵⁶⁷ die durch Mark und Bein gehenden Schreie von einigen deutschen Heckenschützinnen, welche die Russen im Reichstag geschnappt hatten und im Hof der Gesandtschaft erschossen.⁵⁶⁸

Nach dem Abzug der Besetzer am 7. Mai blieben auf Bitte der Gesandtschaft zwei Rotarmisten als Wache zurück. Sie erwiesen sich als hilfsbereit und gewannen das Zutrauen des Personals. Mitunter beschützten sie sogar die Frauen im Gebäude vor Vergewaltigungen durch ihre eigenen Landsleute. Mehr als nur einmal drang ein plündernder Trupp ins Haus und suchte alles, was nicht dingfest war, an sich zu reissen. Als die Eingeschlossenen aus dem Verlies wieder in die Obergeschosse vordrangen, erlebten sie noch manche Überraschung. In der ersten Etage stiessen sie auf eine tote Frau. Lag sie in der früheren Wohnung des Ministers oder in der Wohnung des Fahrers im Hinterhaus, trug sie Uniform oder nicht, war ihre Bekleidung von den Hüften an aufgerissen oder nicht? Wie es mit dem Erinnerungsvermögen so geht: die einen meinen, es sei so gewesen, die anderen so.⁵⁶⁹ Aber niemand vergass der Anblick des gewaltamen Todes.

In den Ausweichquartieren in Kladow verlief die Einnahme Berlins vorerst ruhiger. Zehnder hatte das gesamte Personal und die drei Journalisten in zwei Häusern zusammengezogen. Er versah die Gebäude mit Inschriften in russischer Sprache und liess sie mit Schweizer Fahnen beflaggen. An die 50 Personen wohnten im Haus Körfer, in welchem der Geschäftsträger selbst logierte, und im Haus Köpp, wo seit anderthalb Jahren die Handelsabteilung untergebracht war. Ausser dem lokalen Hauspersonal war nur noch der iranische General Khan Ayroum dort untergebracht. Der ehemalige Polizeipräsident von Teheran, der einen gültigen liechtensteinischen Diplomatenpass besass und von Attaché Graf in letzter Minute aus dem Untersuchungsgefängnis befreit worden war, sollte sich in der Folge als sehr nützlich erweisen. Er beherrschte nämlich die russische Sprache und musste im Haus Köpp verschiedentlich in brenzligen

Situationen als Übersetzer einspringen. Ansonsten liessen sich über diesen General lange Geschichten erzählen. Die Deutschen hatten ihn in Frankreich gefangengenommen und ins Reich verschleppt, weil sie ihn als Chef einer nazi-freundlichen Regierung in Persien einsetzen wollten.⁵⁷⁰

Als die Rote Armee am 28. April Kladow besetzte, behandelte sie die schweizerische Delegation korrekt. Der Abschnittskommandant war von der Moskauer Zentrale über die Ausweichquartiere informiert worden und hatte Weisung erhalten, die Schweizer Vertretung zu respektieren. Die Russen besetzten zuerst das Haus Köpp. Der Kommandant richtete dort sein Quartier ein. Nachdem das erste Misstrauen überwunden war, entstand ein erträgliches, bald sogar ein kameradschaftliches Verhältnis. Als die Truppe abzog, hinterliess er den Schweizern zwei Politoffiziere als Wache. Somit kamen die Bewohner dieser Unterkunft vorerst recht ungeschoren davon. Erst als die Wache abgerufen wurde, mussten sich die Attachés Stadelhofer und Graf verschiedentlich gegen Übergriffe russischer Streifen wehren. Dann gab es Situationen, in welchen das Blut in den Adern erstarrte. Stadelhofer überlebte das Kriegsende nur dank einer mehrfachen Ladestörung. Er hatte, als er sich in seiner Unterkunft bewegte, den Befehl «Stehenbleiben» eines Unteroffiziers überhört. In höchster Erregung spannte der Russe den Revolver und drückte ab. Ein klassischer Bauchschuss hätte Stadelhofer, wäre es nach dem Willen des Soldaten gegangen, niederstrecken sollen.⁵⁷¹ Aber dem Abzug folgte keine Detonation. Es knackte nur. Wild fluchend, rot vor Wut, riss der Rotarmist das Magazin heraus und stopfte es hastig wieder hinein. Nochmals zielte er auf Stadelhofer – und nochmals eine Ladestörung.

Im Haus Körfer war die Lage von Anfang an schwierig. Dort hatte sich kein Armeestab einquartiert; auch keine Wache beschützte die fremde Mission. Als die Rote Armee Berlin einkreiste und an die Havel vorrückte, nahm sie das prächtige Anwesen, das direkt am Fluss lag, unter Beschuss. Max König vertat sich damals die schleppende Zeit mit Klavierspielen im Obergeschoss. Zehnder, der die lauernde Gefahr spürte, eilte die Treppe hinauf und forderte ihn auf, sich sofort in den Keller zu begeben. Kaum angelangt, zerfetzte eine Granate das Wohnzimmer. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Sowjets die auf dem Dach gehisste Schweizer Fahne mit dem Roten Kreuz verwechselt hatten und ihre Kanonen daher bewusst auf dieses Gebäude richteten. Denn verschiedentlich hatten Deutsche das Rot Kreuz-Wappen zum Schutz ihrer eignen Truppen missbraucht. Zehnder kam es sehr zustatten, dass er russisch sprach. Verschiedentlich stutzten betrunkene Soldaten, wenn sie ins Gebäude eindran-

gen und der Hausherr sie auf Russisch ansprach. Sie zogen es dann vor, die Nachbarhäuser auszurauben. Einmal freilich konnte sich Zehnder der Eindringlinge nur entledigen, indem er ihnen zwei Autos abtrat. Auf Bitte des Geschäftsträgers erhielt dann auch diese Liegenschaft während einigen Tagen eine Wache und durfte etwas ruhigeren Stunden entgehblicken.

An lebensgefährlichen Situationen mangelte es den Diplomaten in Kladow wahrlich trotzdem nicht. Am ersten Tag der Besetzung des Vorortes, am 28. April, wurde Zehnder zum russischen Kommandanten gerufen, der sich bekanntlich im andern Gebäude der Schweizer Delegation einquartiert hatte. Als der Geschäftsträger mit Major Burckhardt und Legationssekretär König dort ankam, gerieten sie vor dem Haus in einen heftigen Kugelwechsel. Eine versprengte deutsche Abteilung bäumte sich auf und verwickelte die Russen in einen Nahkampf. Zehnder und Burckhardt sprangen hinter eine Gartenmauer, König warf sich auf die Strasse und stellte sich scheinot. Den Schweizern war der Schreck in die Glieder gefahren. Der gefechtserprobte russische Regimentskommandant liess sich jedoch wegen der Schiesserei im Garten nicht beim Essen stören. Er empfing die Schweizer Delegation, als ob nichts geschehen wäre. Nach der Besprechung fuhren Zehnder und Burckhardt mit dessen Empfehlung zum Divisionshauptquartier in Glienecke. Der Kommandant empfing Zehnder und versprach, die Gebäude der Gesandtschaft unter den Schutz der Militärbehörden zu stellen.⁵⁷²

Unterdessen hatten die Zurückgebliebenen heikle Stunden erlebt. Mehrere Streifen durchsuchten mit vorgehaltenen Revolvern die Häuser der Schweizer Diplomaten nach geflüchteten Deutschen. Eine betrunkene Patrouille, die unter dem Vorwand, vor dem Haus sei ein Offizier erschossen worden, alle Zimmer und Schränke durchstöberte, verhielt sich besonders furchterregend. Nicht wenige Delegationsmitglieder wähten, für sie hätte die letzte Stunde geschlagen. Die Erleichterung war gross, als Zehnder nach einer abenteuerlichen Fahrt durch die Kampfgebiete zurückkehrte.

Nach der Kapitulation der Reichshauptstadt wagte sich Zehnder ohne Ordonnanz in die von plündernden Truppen heimgesuchte Stadt vor, um den Eroberer von Berlin, Marschall Georgij Schukow, zu sprechen. Zehnder drang tatsächlich bis ins Hauptquartier vor und wurde von einem General zum Marschall begleitet. Doch dieser wusste mit dem Schweizer Geschäftsträger nichts anzufangen. Er wies ihn an einen Major weiter, der Zehnder einen Passierschein für die Rückfahrt ausstellte und versprach, einen baldigen Termin im Hauptquartier anzuordnen. Binnen weniger als 24 Stunden wurde Zehnder zum Politikommissar geladen. Von einem Hauptmann abgeholt begab sich Zehnder in Begleitung von Burckhardt ins Hauptquartier. Dort mussten die beiden Schweizer lang warten. Endlich wurden sie zum Kommissar vorgelassen, und

ein unerbittlich strenges Verhör begann. Als der Kommissar sie schliesslich entlassen wollte, erinnerte ihn Zehnder daran, dass er sie doch zum Nachtessen eingeladen hätte. Der Offizier erwiderte lachend: «Wenn ein russischer Politischer Kommissar sagt, sie sind frei, dann laufen die Leute jeweils weg, so rasch die Füsse tragen. Sie wollen bei mir bleiben, bitte schön.»⁵⁷³ Sie setzten sich nun an den Tisch und brachen erst vor Mitternacht auf. Ein russischer Offizier begleitete sie hernach nach Hause, verabschiedete sich jedoch in merkwürdiger Eile. Kaum hatte Zehnder das Ausweichquartier betreten, wusste er weshalb. Die Sowjets hatten während seiner Abwesenheit alle Mitarbeiter in den Keller gesperrt, und die Elektrodrähte durchschnitten. Offenbar hatten sie eine geheime Sendestation bei der Schweizer Delegation vermutet. Tatsächlich hatte die Gesandtschaft zu jenem Zeitpunkt ihre Funkanlage noch nicht weggeworfen. Aber sie war, wie erwähnt, an der Fürst-Bismarck-Strasse unter Gerümpel versteckt. Hätten die Rotarmisten den Sender entdeckt, dann wären die Schweizer Diplomaten wohl, meinte Zehnder, für längere Zeit in einem sowjetischen Lager verschwunden.

Die folgende Woche war besonders nervenaufreibend und gefährlich. Täglich musste sich die Delegation, von der Aussenwelt nun völlig abgeschnitten, plündernder Trupps erwehren. Zehnder versuchte nochmals ohne Sonderbewilligung zum Hauptquartier vorzustossen. Doch dieses Mal gelang es ihm nicht mehr. Schon an den ersten Strassenkreuzungen schickten ihn bedrohliche Kontrollposten zurück. Mit umso grösserer Hoffnung suchte er am 10. Mai den neu eingetroffenen Kommandanten von Kladow auf. Er bat ihn um Schutz für die Ausweichquartiere sowie um einen Passierschein für eine Fahrt nach Berlin. Der Offizier zeigte sich sehr entgegenkommend, bedankte sich für Zehnders Besuch und erklärte, er werde sobald als möglich einen Gegenbesuch abstatten. Um den Kommandanten sofort in die Pflicht zu nehmen, lud Zehnder ihn noch auf den gleichen Abend um 20 Uhr zum Essen ein. Das war, wie sich alsbald herausstellen sollte, ein grosser Fehler. Der Russe nahm zwar die Einladung an, aber erschien nicht.

Am nächsten Morgen sprach Zehnder auf der Kommandantur vor. Er wurde zu einem Adjutanten in ein Wartezimmer geführt. Der Hauptmann schlief mit dem Kopf auf dem Tisch. Als er aufwachte und Zehnder erblickte, brach er in Wut aus und schrie: «Das ist er, der meinen Chef geärgert hat»; sogleich griff er nach dem Revolver und schoss los. Der Geschäftsträger konnte noch blitzschnell unter dem Tisch verschwinden.⁵⁷⁴ Wieder einmal war er mit Geistesgegenwart und einer grossen Portion Glück dem Tod entronnen. Draussen vor dem Haus fragte dann Zehnder die Sekretärin des Adjutanten, was denn geschehen sei. Diese antwortete ihm, er hätte den Kommandanten nicht zum

Nachtessen einladen dürfen. Sobald Zehnder am Vorabend weggegangen sei, hätte dieser den Hauptmann zu sich gerufen, sie hätten laut über die Einladung gestritten und eine ganze Flasche Cognac getrunken. Zehnder hätte den Kommandanten offensichtlich brüskiert. Nach diesem Vorfall war für den Geschäftsträger auch das Tor zur Kommandantur von Kladow verschlossen. Jahrzehnte später, als Zehnder über seine Erinnerungen an den Fall von Berlin sprach, meinte er, viele russische Offiziere hätten nicht gewusst, wie sie sich in Gesellschaft von Westeuropäern zu benehmen hätten. Deshalb hätte sich seine Einladung wie eine Beleidigung ausgenommen. «So eine Reaktion hätte doch ich, der in Russland aufgewachsen war, erwarten sollen».⁵⁷⁵

Nach diesen Vorkommnissen blieb den Schweizern nichts anderes übrig, als in ihren Häusern zu sitzen, vor sich hin zu brüten und das Schicksal von Stunde zu Stunde abzuwarten. Marschall Schukow versuchte nach den Siegesfeiern vom 9. Mai, in Berlin eine Zivilverwaltung einzurichten. In den einzelnen Bezirken wurden den russischen Kommandanten deutsche Bürgermeister beigeordnet. In diesem Zusammenhang geschah etwas, was die bedrückten Diplomaten und Journalisten doch kurz erheiterte. Von russischer Seite hatte man nämlich das Bürgermeisteramt von Kladow auch Zehnder angetragen. Natürlich musste der Schweizer Diplomat dankend ablehnen.

Abtransport nach Moskau und Heimreise in die Schweiz

Am frühen Morgen des 18. Mai kam ein russischer Offizier zum Schweizer Geschäftsträger und erklärte, dass die Delegation, da die Eidgenossenschaft keine diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion unterhalte, weder in der UdSSR noch in den von den Sowjets besetzten Gebieten diplomatische Privilegien genösse. Die Schweizer hätten Berlin innert vier Stunden zu verlassen. In einer Stunde werde ein Lastwagen vorfahren, um die Habe abzuholen. Die Diplomaten, Beamten und Journalisten hätten sich mit ihren Privatautos zum Bahnhof Berlin-Lichtenberg zu begeben; von dort würden sie nach Moskau gebracht, wo über ihr weiteres Schicksal entschieden würde.⁵⁷⁶

Mit diesem Befehl waren Zehnders Pläne zerschellt. Er hatte nämlich beabsichtigt, im sowjetisch besetzten Gebiet ein Konsulat einzurichten, um die Schweizer nicht schutzlos zurücklassen zu müssen. Da die Sowjets hierzu kaum Hand geboten hätten, hoffte er, in Berlin würde möglichst bald eine interalliierte Kommission errichtet. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam die rabiate Aufforderung dennoch nicht. Von den Schweden und Dänen hatte man munkeln gehört, sie würden über Moskau in ihre Länder zurücktransportiert; die Russen wollten die ausländischen Missionen aus der besetzten Zone entfernen, ehe die alliierte Kommission eingesetzt würde.

Jeder Widerstand gegen die Anordnung des sowjetischen Kommandanten wäre, wie im Voraus klar war, nutzlos gewesen. So versiegelte denn Zehnder die beiden Häuser in Kladow in Anwesenheit eines Offiziers und des kommunistischen Bezirksbürgermeisters, was indes nicht verhinderte, dass die beiden Liegenschaften von Deutschen hernach geplündert wurden. Dann fuhren die Schweizer von Kladow über Charlottenburg, den Tiergarten, das einstige Vorzeige-Boulevard Unter den Linden und den Alexanderplatz zum Bahnhof Lichtenberg im Osten der Stadt, wo die Russen die Privatautos sogleich requirierten. Ein Lastwagen aus dem Konvoi machte einen kleinen Umweg zum alten Gesandtschaftsgebäude an der Fürst-Bismarck-Strasse und nahm David und Kaspar mit; die deutschen Lokalangestellten blieben zurück. Was die Schweizer

auf der Fahrt sahen, war nichts als ein einziges Ruinenfeld. Der Journalist Max Schnetzer meinte: «Ein ähnliches Bild vollkommener Zerstörung habe ich nur noch in Küstrin und Warschau... gesehen. Es ist nicht denkbar, dass dieser riesenhafte Trümmerhaufen je wieder einmal eine Weltstadt werden kann.»⁵⁷⁷

In Lichtenberg wurden die Ankömmlinge in soeben geräumte Privatwohnungen eingewiesen und von der sowjetischen Polizei, dem NKWD, strengstens bewacht. Eine schwerbewaffnete Mannschaft sollte die Schweizer solange begleiten, bis diese nach einer zweiwöchigen Irrfahrt das sowjetische Territorium wieder verliessen. Vorerst war den Deportierten unerklärlich, weshalb sie stundenlang in Wohnungen eingesperrt waren. Aber bald merkten sie, dass sich die Abfahrt verzögerte, weil noch nicht alle Ausgewiesenen beieinander waren. Im Laufe des Nachmittags trafen die Mitarbeiter der Schutzmachtabteilung ein, zwei Schweizer sowie zahlreiche Deutsche und Heimatlose. Auch die Japaner rückten an, sie mit einem Kontingent von ungefähr 200 Personen; ferner sties- sen die Geschäftsträger von Dänemark, Schweden und Afghanistan mit zahlreicher Begleitung zur Gruppe. Insgesamt versammelten sich rund 300 Leute. Dazu kam viel Gepäck, für die Schweizer namentlich zahlreiche Nescafé-Dosen und Cognac-Flaschen sowie mehrere Aktenschränke. Es soll eine Fracht von mehr als 3 Tonnen gewesen sei.⁵⁷⁸ Zehnder wollte die Dokumente möglichst vollständig mitnehmen, weil er immer noch hoffte, den Alliierten die Schutzmachtdossiers in geordnetem Zustand übergeben zu können.

Als Zehnder sah, dass auch Deutsche und Heimatlose aus der Schutzmachtabteilung zum Abtransport nach Moskau gezwungen wurden, war er entsetzt. Wie konnte man nur diese Leute in die Höhle des Löwen ziehen lassen? Das Schicksal wollte es, dass sich die ganze Gruppe schon am Vorabend der Abreise in die Waggons begeben musste, wo sie die Nacht hindurch auszuharren hatten. In den einsamen Stunden des Wartens keimte im Geschäftsträger eine Idee: könnten sich die Nicht-Schweizer Mitarbeiter von der Schutzmachtabteilung nicht klammheimlich verdrücken? Er prüfte, wie streng die Rotarmisten die Bahnhofsausgänge bewachten. Zu seinem Erstaunen gab es kaum Kontrollen. Da riet er den Deutschen und Heimatlosen, im Dunkel der Nacht zu verschwinden und so lange unterzutauchen, bis die Amerikaner und Briten, die man stündlich erwartete, in Berlin einzögen. Der Koch der Schutzmachtabteilung beherzigte den Rat sogleich. Er verschwand, so rasch er konnte, mit Frau und sieben Kindern. Dann stahl sich auch der Radiotechniker zum Bahnhof hinaus.⁵⁷⁹

Einige ausländische Mitarbeiter der Schutzmachtabteilung und ein Dutzend Deutsche ängstigten sich indes zu sehr und verblieben in den Waggons. Die

Russen sonderten sie in Moskau sogleich, wie Zehnder es geahnt hatte, von den Schweizern ab und verbrachten sie ins Arbeitslager 23 B. Noch im September des gleichen Jahres konnten die Schweizer Unterhändler die meisten Ausländer in schwierigen Verhandlungen, in denen man um den Austausch der sowjetischen Internierten schachtelte, aus der traurigen Lage erlösen.⁵⁸⁰ Auch rund zwanzig zivile Schweizer und IKRK-Mitarbeiter, welche die Sowjets am 15. Juni aus Berlin abgeführt und im Kriegsgefangenenlager 27 in Krasnogorsk bei Moskau interniert hatten, wurden in diesen Handel einbezogen. Nach viermonatigem Herumlungern konnte dieser Trupp am 16. Oktober aus Moskau nach Baden bei Wien, in der sowjetischen Besatzungszone Österreichs, ausfliegen.⁵⁸¹ Glücklicherweise kam niemand von der Berliner Gesandtschaft im Gulag um. Aber die sowjetischen Behörden gaben die ehemaligen deutschen Gesandtschaftsmitarbeiter noch nicht frei. Diese verbrachten zwei Jahre und mehr in den Lagern.⁵⁸²

Auch von einer andern Mitarbeiterin ist bekannt, dass sie drei Jahre lang in einem Arbeitslager schmachten musste.⁵⁸³ Die russischen Eltern von Olive Zahony waren während der bolschewistischen Revolution nach Frankreich geflüchtet, sie selbst besass nur einen sogenannten Nansenpass für staatenlose Flüchtlinge, den die Sowjets nicht anerkannten. Sie betrachteten folglich die Internierte als eigene Staatsangehörige. Olive ahnte, dass ihr Schlimmes bevorstand. Sie bat noch auf der Fahrt nach Moskau darum, mit ihrem Bräutigam, dem Schweizer Max von Ritter, der auch auf der Schutzmachtabteilung gearbeitet hatte, vermählt zu werden. In der schwedischen Delegation gab es einen Pfarrer, der die Trauung vornehmen wollte. Aber die Schweizer hatten keine amtlichen Formulare bei sich, und somit hätte man den Sowjets die Änderung des Zivilstandes, welche ihr Schutz vor Zwangsmassnahmen gewährt hätte, nicht belegen können. Die Heirat kam erst nach der Entlassung aus dem Arbeitslager zustande.⁵⁸⁴

An einem strahlenden Pfingsttag, am 20. Mai zur Mittagszeit, fuhr der schwerbewachte Zug endlich aus dem Bahnhof Lichtenberg aus in Richtung Osten. Ohne Zwischenfälle gelangte der merkwürdige Transport nach Moskau. Dort wurden die andern Missionen von ihren diplomatischen Vertretungen empfangen. Die Schweizer blieben jedoch in den Waggons eingesperrt, bis der stellvertretende Protokollchef des Aussenministeriums erschien und erklärte, die Schweizer Gruppe hätte am Abend den Schnellzug nach Tiflis zu besteigen und in die Türkei weiterzureisen. Dieses Land sei zur Schutzmacht der Schweiz bestimmt worden. Die türkische Botschaft nahm sich denn auch auf rührende Art der Deportierten an. Die Schweizer hatten allerdings ihre Fahrkarten für den zweiten Teil der auferzwungenen Reise selbst zu bezahlen. Da Zehnder die

Botschaftskasse mitgenommen hatte, konnten sie diese eigenartige Rechnung ohne Schwierigkeiten mit einigen Goldvrenelis berappen.

Über Baku und Tiflis erreichte die Berliner Rumpfdelegation am 31. Mai die Grenzstation Leninakan in Armenien. Hier hatte sie die letzten harten Prüfungen zu bestehen. Die Sowjetunion war nicht bereit gewesen, den Schweizern Diplomatenvisa auszustellen. Diese mussten sich wie russische Auswanderer behandeln lassen. Jedes Delegationsmitglied musste sich bis auf die nackte Haut ausziehen. In zwei fünfstündigen Sitzungen wurden alle Habseligkeiten Stück für Stück untersucht. Die Wertgegenstände, namentlich die Uhren, der Schmuck, aber auch die Botschaftskasse und die eiserne Reserve an aufbewahrten Goldvrenelis wurden beschlagnahmt. Sogar die lästigen Aktenschränke der Schutzmachtabteilung musste man zurücklassen. Sie wurden dem amerikanischen Botschafter in Moskau zugesandt, der sie samt und sonders in seinem Kamin verbrannt haben soll.⁵⁸⁵ Mochte die Ausweisung aus dem besetzten Berlin rechtens sein, die Art und Weise, wie die Sowjetunion die Schweizer Diplomaten behandelte, verstieß schwer gegen völkerrechtliche Norm. Ein korrektes Verhalten wäre es gewesen, die Schweizer auf dem direktesten Weg in ihre Heimat zurückzuschicken, statt sie nach Moskau abzuführen und ihnen die besonderen Rechte, die Vertretern von Staaten zukommen, zu verweigern.

Gross war die Erleichterung, als die Schweizer Heimkehrer aus Berlin am 2. Juni die türkische Grenze überschritten. Sie begaben sich sogleich nach Ankara, wo sie einige Ruhetage einschalteten. Diese verbrachte man jedoch nicht untätig. Die Diplomaten und Journalisten schrieben bis Mitte Juni eifrig Berichte. Das war auch nötig. Denn die Bundesbehörden und die Redaktionen hatten keine Ahnung, welches Schicksal die in Berlin ausharrenden Landsleute nach der Kapitulation des Dritten Reiches ereilt hatte, man wusste vielfach nicht, ob diese überhaupt noch unter den Lebenden waren. So berichtete die «Neue Zürcher Zeitung» Ende Mai, das EPD hätte vom Gesandtschaftssekretär Max König seit der Besetzung von Berlin keine Nachricht mehr und wisse nicht wo, er sei.⁵⁸⁶ Nach dem Zwischenhalt in Ankara wurden die Diplomaten in Militärmaschinen der Alliierten über Kairo, Algier und Paris in die Schweiz zurückgeflogen, das Kanzleipersonal und die Journalisten schifften sich nach Marseille ein und erreichten die Heimat nach einer zweimonatigen Odyssee am 21. Juli. Sie wurden von Frölicher und den vorher eingetroffenen Diplomaten auf dem Bahnhof in Bern abgeholt.

Weshalb verschleppten die Sowjets den Restbestand der schweizerischen Gesandtschaft nach Moskau? Wollten sie sich ein Faustpfand sichern, um die Schweiz in den Verhandlungen über die Heimschaffung der sowjetischen Mili-

tärinternierten unter Druck setzen zu können? Beabsichtigten sie, einen ähnlichen Fall zu schaffen wie nach der Eroberung von Budapest, als sie Legationssekretär Harald Feller und seinen Mitarbeiter Max Meier in Gewahrsam nahmen und nach Moskau verbrachten?⁵⁸⁷ Die Vermutung liegt nahe, aber sie trifft nicht zu. Drei Sachverhalte sprechen dagegen.

Erstens wurden nicht nur die Schweizer, sondern auch Vertreter anderer Nationen nach Moskau abtransportiert. Es scheint, als ob ein beinahe kultureller Reflex die Russen in ihrem Wunsch beseelt hätte, die bisher in Berlin akkreditierten Missionen durch die Hauptstadt des Siegers in ihre jeweiligen Heimatstaaten zurückzuschicken – ein Vorgang, der in der Antike nicht ohne Vorbilder ist. Gegen die Faustpfandannahme spricht zudem der Ablauf der mehrwöchigen Irrfahrt. Die Schweizer Delegation wurde in Moskau sogleich nach der Ankunft zum Kurskerbahnhof gebracht, um noch am gleichen Tag einen Zug in Richtung Türkei zu besteigen. Wäre die Freilassung der Schweizer zum Gegenstand von Verhandlungen geworden, dann hätten die sowjetischen Behörden die Geiseln wohl sorgsamst für längere Zeit auf ihrem Territorium zurückbehalten. Schliesslich widerlegt auch, um das wichtigste Argument anzuführen, der chronologische Ablauf der Verhandlungen die Vermutung. Die Schweizer Gruppe wurde am 20. Mai aus Berlin nach Moskau abgeführt; am 2. Juni konnte sie die Sowjetunion wieder verlassen. Die Verhandlungen über die Heim-schaffung der sowjetischen Militärinternierten begannen dagegen erst am 27. Juni.

Die Zivilgruppe dagegen, die einen Monat später nach Russland verschleppt worden war, geriet offensichtlich ins Getriebe des Austauschhandels. Die Sowjets hatten am 18. Juni, als die Deportierten in Moskau anlangten, die Heimschaffung von Schweizern bereits seit zwei Tagen eingestellt. Sie ergriffen diese Massnahme, weil die Schweiz die sowjetischen Internierten angeblich schlecht behandelte. Sie nahmen die Repatriierung von Schweizern erst am 1. Oktober, nachdem das Gros der Militärinternierten die Schweiz verlassen hatte, wieder auf.⁵⁸⁸ Die Auslandschweizer aus Berlin wurden, wie sich ein Betroffener erinnert, im Lager anständig behandelt. Aber niemand wusste, weshalb man an diesen Ort verbracht worden war und wann das Herumsitzen endlich ein Ende nehmen würde.⁵⁸⁹

Es waren sehr schwierige Verhandlungen, die Divisionär Hermann Flückiger damals mit Generalmajor Alexander Wicharew zu führen hatte. Und sie brachten Bundesrat Max Petitpierre in schlimme moralische Bedrängnis. Denn die sowjetische Regierung gab sich mit der Heimschaffung von 7097 Militärinternierten im August nicht zufrieden; sie bestand auch auf der Auslieferung von einem Waffeningenieur und einem Piloten sowie vier andern Häftlingen, die nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollten. Um ihre Ziele durchzuset-

zen, hatten die sowjetischen Behörden eine Handvoll offizielle Schweizer Vertreter aus Budapest, Ostpreussen und der Mandschurei zwangsweise zurückbehalten. Sie schreckten vor Erpressung nicht zurück. Nach langem Abwägen entschied der Bundesrat in corpore die Gewissensfrage. In einer Sondersitzung am 28. Dezember entsprach er dem sowjetischen Begehren. Die beiden Männer wurden am nächsten Tag gegen ihren Willen mit einer sowjetischen Militärmaschine nach Moskau geflogen, zusammen mit den vier Delinquenten.⁵⁹⁰

Im Gegenzug kamen Meier und Feller frei. Legationsrat Feller war im berühmten Moskauer Gefängnis «Lubianka» eingekerkert gewesen. Auch der Schweizer Konsularagent aus Charbin in der Mandschurei, Boris Bryner, übrigens der Vater des Schauspielers Yul Brynner, wurde in diesen Austausch einbezogen und Anfang 1946 in die Schweiz entlassen.⁵⁹¹ Hingegen erlangten die beiden Konsularbeamten aus Elbing, welche die Sowjets während elf Monaten in Ostpreussen von einem Ort zum andern verschoben hatten, einige Tage vor der Abmachung vom 28. Dezember die Freiheit. Im Rahmen dieser Verhandlungen hatten die Sowjets auch Hand geboten, um Tausende von Schweizern aus den besetzten Gebieten in Ost- und Mitteleuropa ausreisen zu lassen. Eine neue Aufgabe stand bevor, die sich überwiegend in Berlin abwickelte. Die Rückführung der Schweizer war im Protokoll vom 10. September 1945 noch nicht geregelt, da zog schon Anfang September 1945, ein gutes Vierteljahr, nachdem die letzten Schweizer aus der Fürst-Bismarck-Strasse abgeführt worden waren, eine Heimschaffungsdelegation ins ehemalige Gesandtschaftsgebäude ein. Sie nahm sich dieser Probleme an.

Doch vorerst werfen wir noch einen Seitenblick auf das Konsulat in Elbing. Auch in Ostpreussen gibt es einiges über das Schicksal der Konsulatsangestellten, die das Kriegsende vor Ort miterlebten, zu berichten.

Kriegsende in Ostpreussen

Einen russischen Grossangriff auf Ostpreussen hatte man im Januar 1945 schon lange erwartet. Dennoch schreckte man überall auf, als die Rote Armee am 12. Januar mit solcher Wucht ins östlichste Gebiet des Dritten Reiches einbrach, dass sie innert knapp zwei Wochen bis an die Ostsee vorzudringen vermochte. Seit dem 17. Januar zogen endlose Flüchtlingskolonnen im dichten Schneege-stöber am Schweizerischen Konsulat für Ost- und Westpreussen in Elbing vorbei.

Vizekonsul Charles Brandenburg (1892-1972) fühlte sich in jenen Tagen in seiner Haut nicht mehr wohl. Höchst erregt telegrafierte er ein über das andere Mal an die Gesandtschaft, da er von Elbing aus nicht mehr nach Berlin telefonieren konnte. Am Sonntag, dem 21. Januar, schickte er nochmals drei Telegramme hintereinander. Was sollte er tun? Die Eisenbahnverbindungen waren bereits unterbrochen, und das Befahren der Strassen war höchst gefährlich. Ein Schweizer, der mit seinem Lastwagen nach Westen entkommen wollte, geriet in die Schusslinie einer sowjetischen Panzervorhut. Das Gefährt ging in Flammen auf. Brandenburg sass im Konsulat, im Zentrum der Stadt, an der Tannenbergallee, direkt neben dem Bahnhof und in der Nähe eines Rüstungsbetriebes, der Schichauwerft. Bis die Russen diesen Platz erobern würden, konnte nur noch eine Frage von Tagen, wenn nicht gar Stunden sein. Ein Landsmann nach dem andern klopfte ans Konsulat und ersuchte um Hilfe. Überdies war, wie bereits vermerkt, der Schwiegersohn von Ernst Stucki, dem hiesigen Honorarkonsul, von sowjetischen Soldaten erschossen worden.⁵⁹² Am 23. Januar, um 17 Uhr, erhielt der Vizekonsul endlich den ersehnten Anruf von der Gesandtschaft. Legationsrat Heinz Vischer war am andern Ende des Drahts. Brandenburg fragte verzweifelt, ob die Konsulatsmitarbeiter wirklich in der hoffnungslosen Lage in Elbing ausharren müssten. Vischer bejahte die Frage. Wie die Gesandtschaft in Berlin nicht weiche, so dürfe auch die Vertretung in Elbing die Schweizer nicht im Stich lassen. Darauf bat der Vizekonsul, die Gesandtschaft möchte jeden Tag das Konsulat anrufen. Doch es war das letzte Mal, dass der Aussenposten mit Berlin in Verbindung stand.⁵⁹³

Um Mitternacht des gleichen Tages befahlen die nationalsozialistischen Parteiorgane, die Stadt sei binnen vier Stunden zu evakuieren. Brandenburg fand zusammen mit dem Konsulatsbeamten Hugo Felber und der Sekretärin Gertrude Bienz in der Villa eines Schweizers am Stadtrand Unterschlupf. Vierzehn andere Landsleute, die den Schutz der offiziellen Vertretung gesucht hatten oder in den nächsten Tagen suchen sollten, bezogen gleichfalls dort Quartier. Für die siebzehnköpfige Gruppe begann nun eine fast einjährige Irrfahrt, in welcher es die Interessierten von Kellern zu Hinterzimmern, von stallartigen Unterständen zu engen Wohnzimmern verschlug.

Brandenburg muss geahnt haben, dass die Zuflucht am Stadtrand von Elbing lange dauern könnte. Jedenfalls kaufte er vom Hausherrn, dem Käsehändler Heinrich Wüthrich, gleich 150 Laib Tilsiter, um gegen den schlimmsten Hunger gewappnet zu sein. Untätig der Dinge harrend, die da kommen sollten, sass das Grüppchen eng zusammengepfertcht, des Tags wartend, während der Nacht wachend, mal im Wohnraum sitzend, mal im Keller lagernd, je nachdem, wie nahe die Artilleriegeschosse und Fliegerbomben einschlugen. Da, am 2. Februar, stürmten erstmals zwei Rotarmisten in den Keller hinein. Sie suchten nach deutschen Soldaten und verlangten nebenbei ihren Tribut in Form von Uhren. Von nun an verging kaum ein Tag, an welchem die Unterkunft nicht von russischen Patrouillen heimgesucht wurde. Verzweifelt versuchte Brandenburg den Soldaten zu erklären, dass die Räume nur von Schweizer Staatsbürgern bewohnt wurden. Er zeigte Ihnen die Schutzbriefe in russischer und polnischer Sprache. Aber die Soldateska pfiff auf völkerrechtliche Bestimmungen, und die Offiziere standen ihnen in Verfehlungen kaum nach. Während Brandenburg mit dem Patrouillenchef verhandelte, plünderte die Mannschaft schon nach Herzenslust die andern Zimmer. Nicht nur Schmucksachen und Uhren, auch Textilien, Schuhe und Schreibmaschinen wurden gestohlen. Bald war auch von den 150 Tilsitern nichts mehr vorhanden.

Am 11. Februar erschien ein russischer Unteroffizier, begleitet von zwei Soldaten, in der schweizerischen Unterkunft. Mit aufgepflanzten Bajonetten forderten sie Brandenburg und Felber auf, zur Kommandantur mitzukommen. Dort wurden sie einvernommen, und am Abend mussten sie alle Landsleute auf den Posten bringen.

«Es wurde uns ein Raum im Keller angewiesen, wo bereits deutsche Frauen untergebracht waren. Obwohl der wachhabende Offizier Anweisung gab, dass wir mit unseren Mitbürgerinnen zusammen bleiben sollten, traf später ein betrunkenener Offizier ein und jagte uns Männer, nachdem er seinen Säbel gegen uns gezogen hatte, hinaus. Wir Männer wurden nun in einen dunkeln

Kellerraum geführt, wo weder Stroh noch Decken vorhanden waren, und wir waren gezwungen, die ganze Nacht auf dem Zementboden zu verbringen. Unsere Ehemänner befürchteten für ihre Frauen das Schlimmste, denn während der ganzen Nacht hörten wir Musik und Gesang. Am andern Morgen, als es uns möglich war, mit unseren Mitbürgerinnen in Verbindung zu treten, vernahmen wir erfreulicherweise die Nachricht, dass ihnen kein Leid angetan worden war. Dagegen war es ihnen nicht möglich gewesen, sich auf den Pritschen auszuruhen, weil sich die russischen Soldaten an den nebenbei ruhenden deutschen Frauen vergriffen.»⁵⁹⁴

Anderntags wurde Brandenburg nochmals einvernommen. Weshalb der Vizekonsul die Stadt Elbing beim Ansturm der sowjetischen Truppen nicht verlassen hätte, wollte der General wissen. Brandenburg erwiderte wahrheitsgetreu, er sei geblieben, weil die vorgesetzte Behörde es ihm so befohlen hätte. Schliesslich lebten in seinem Konsularkreis, der sich von Danzig bis zur Memel erstreckte, rund 2'500 Schweizer, die er zu betreuen hätte. Den sowjetischen General beeindruckte diese Erklärung offenbar kaum. Am Ende des zweistündigen Verhörs erklärte er Brandenburg, es gäbe nun keine offizielle schweizerische Vertretung mehr, da die Eidgenossenschaft keine diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion unterhalte. Brandenbergs Mission als schweizerischer Vizekonsul sei beendet. Immerhin war er noch bereit, den drei EPD-Mitarbeitern, nebst Brandenburg auch Herrn Felber und Frau Bienz, den völkerrechtlich vereinbarten Schutz angedeihen zu lassen. Provisorisch sollte dieser Schutz auch den Landsleuten, die sich unter Brandenbergs Obhut befanden, zukommen. Deren Personalien wurden nochmals peinlichst notiert.⁵⁹⁵

Der General sandte die Liste mit den Schweizern an das Aussenkommissariat in Moskau. Für die Betroffenen war dies ein zweischneidiges Schwert. Sie waren ohne Zweifel besser vor Übergriffen der Soldateska geschützt als gewöhnliche Landsleute; dafür waren sie nicht nur in die Klauen einer schwerfälligen Verwaltung geraten, sondern ins Fahrwasser der sogenannten hohen Politik. Ihr konnten sie solange nicht entinnen, als die schweizerisch-sowjetischen Beziehungen nicht in dem Sinn geregelt waren, wie Moskau es in zentralen Fragen wünschte. Mehrere Landsleute sollten es in der Folge bitter bereuen, sich je unter die Obhut der Vertretung begeben zu haben. Sie versuchten auf eigene Faust, ihrem Gefangenendasein zu entkommen, sie stellten hinter dem Rücken des Vizekonsuls Anträge auf ihre Freilassung, und sie beschuldigten Brandenburg, nichts für ihre Heimkehr zu unternehmen. Obschon der Vizekon-

sul den örtlichen Kommandanten immer wieder weiszumachen versuchte, dass das Konsulatspersonal lediglich aus drei Personen bestehe, änderte sich an der Internierung aller Landsleute rein nichts. Seit dem Februar 1945 konnte nur noch das Aussenkommissariat in Moskau die Freilassung des eingeschlossenen Schweizer Trupps von Elbing anordnen.

Eine Zeit quälender Ungewissheit setzte nun ein. Die Stunden, Tage und Wochen zogen dahin, ohne dass man gewusst hätte, wohin sie mündeten. Langsam erblich das Licht der Hoffnung. Tag für Tag kehrte mit der Nacht die Enttäuschung eines nicht endenwollenden Arrests ein. Die Zuversicht, heil aus der Gefangenschaft zu entkommen, schwand; mitunter verdrängte das Bangen ums nackte Überleben jeden andern Gedanken. Verdrossenheit bemächtigte sich der Zusammengepferchten. Sie vergällten sich ihr Leben mit gegenseitigen Verdächtigungen und Beschuldigungen noch mehr, als es ihnen das Los ohnehin schon auferlegte. In dieser elenden Verfassung wurden die Internierten von einem Ort zum andern verschoben, von Elbing nach Christburg, dann nach Klein-Tromnau, wieder zurück nach Elbing; dort verbrachten sie nun Monate des Wartens, bald in diese, bald in jene Unterkunft eingewiesen; schliesslich verfrachtete man sie für zwei Monate nach Königsberg. Mit jedem Quartierwechsel wurden die Schweizer, wie Brandenburg berichtete, eines weiteren Teils ihrer Habe beraubt.

Von Januar bis Anfang Dezember waren die Eingeschlossenen von allen Nachrichten abgeschnitten. Sie wussten nicht, was in der Welt vor sich ging. Sie hatten keine Zeitungen und konnten kein Radio hören. Dass der Krieg beendet sei, sickerte aber auch zu ihnen durch. Brandenburg erinnerte sich folgendermassen an dieses Ereignis: «Am 8. Mai um 22 Uhr berichtete Herr Felber, dass er vom Wachposten erfahren habe, dass der Krieg beendet sei. In Folge der vielen Gerüchte konnten wir jedoch diesen Angaben keinen Glauben schenken. Erst am folgenden Morgen um 5 Uhr stellte es sich heraus, dass diese Angaben der Wahrheit entsprachen. Es wurde in der ganzen Stadt, auch in unserer Umgebung, aus allen Türen und Fenstern scharf geschossen. Nun trat eine gewisse Beruhigung in unsere Kolonie ein. Da wir doch alle jetzt den festen Glauben hatten, bald in die Heimat gelangen zu können».⁵⁹⁶ Doch die aufflackernde Hoffnung erlosch rasch wieder. Das Kriegsende änderte nichts an der Freiheitsberaubung. Ab Mitte Juni wurde die Situation noch schlimmer. Nun wurde auch der Kontakt mit allen Landsleuten ausserhalb der Unterkunft unterbunden. Als eine Schweizerin aus Königsberg mit ihren Kindern um Schutz flehte, wurde sie von den Wachposten, da sie sich weigerte wegzugehen, mit Gewalt vertrieben. Fortan durften keine Schweizer mehr mit den inhaftierten Landsleuten Verbindung aufnehmen.

Mit dem Politischen Departement hatte die verlorene Gruppe in Ostpreussen schon länger keinen Kontakt mehr. Brandenburg durfte zwar in den ersten Monaten der Zentrale einige Nachrichten zukommen lassen, doch ob seine Berichte auch angekommen seien, wusste er nicht. Eine Empfangsbestätigung von seiner Heimatbehörde wurde ihm nie überreicht. Am 20. März gestattete ihm der Stadtkommandant von Elbing, einen Bericht nach Bern zu schreiben. Das Aussenkommissariat in Moskau sollte das Schreiben übermitteln. In der Ungewissheit belassen, ob die Nachricht auch am Bestimmungsort angekommen sei, erbat Brandenburg die Erlaubnis, am 3. Mai nochmals eine Abschrift nach Bern senden zu dürfen. In diesem Bericht teilte er dem Departement mit, wer sich in seiner Obhut befand und welche nächsten Angehörigen man benachrichtigen möge; er liess die Zentrale überdies wissen, dass die Internierten seit dem 25. Januar keine Sendungen von Radio Beromünster, Sottens und dem Kurzwelnsender Schwarzenburg mehr empfangen könnten. Der Vizekonsul schien auch sorgfältigst daran gedacht zu haben, dass sein Bericht von den Sowjets mitgelesen würde; deshalb fügte er seinem französisch geschriebenen Text den Satz an: «Ich möchte es nicht unterlassen, die noble Einstellung zu erwähnen, welche die russischen Behörden an den Tag legen, um uns den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Anlässlich meiner Unterredung mit dem Armeekommandanten von Elbing am 12. Februar habe ich die Gelegenheit bereits genutzt, um ihm meinen innigsten Dank abzustatten.»⁵⁹⁷ In seinem Rechenschaftsbericht, den er nach der Freilassung verfasste, kann man allerdings eine andere Version über diesen Zeitabschnitt lesen: «Wir waren von der Aussenwelt völlig abgeschnitten und fühlten uns als richtig Internierte, da es uns nur gestattet war, im kleinen Hof des Grundstücks Spaziergänge zu machen. Dagegen hatten die andern Landsleute, [die sich nicht unter die Obhut der Vertretung begeben hatten], wie wir später erfuhren, Gelegenheit sich frei in der Stadt zu bewegen, wenn sie die Armbinde mit dem Schweizerkreuz trugen.»⁵⁹⁸ Ab Anfang Dezember durften sich die Eingeschlossenen im fernen Königsberg einer kleinen Erleichterung erfreuen. Der Wachkommandant hatte sich einen Radioapparat beschafft. Da die Internierten ihm halfen, das Gerät zu montieren, gestattete er ihnen, abends den Sender Beromünster zu hören. Hoffnung auf Freilassung keimte jedoch erst auf, als ein Hauptmann am 16. Dezember alle Pässe zur Einsichtnahme anforderte. Brandenburg wunderte sich über diese Massnahme und fragte, ob diese Kontrolle auf die baldige Freilassung hindeute.

«Der Offizier antwortete mir jedoch, er könne mir hierüber keine Auskunft geben. 2 Stunden später erschien er wieder und brachte uns die Ausweispa-

piere zurück. Jetzt teilte er mir mit, dass wir in den nächsten Tagen ah transportiert werden und dass ein Beamter des Aussenkommissariats aus Moskau eingetroffen sei, der die Pässe geprüft hätte. Ich teilte dies unsern Mitbürgern mit und gross war die Freude, da wir nun alle glaubten, das Weihnachtsfest in der Heimat verbringen zu können.»⁵⁹⁹

Es dauerte noch einige Tage, bis zwei Lastwagen vorfuhren und die Internierten aus ihrer fast einjährigen Zwangslage in die Freiheit brachten. Aber am 21. Dezember war es soweit. Nach einigen Umwegen durch Polen, die auf die Landesunkennnis der russischen Fahrer zurückzuführen waren, erreichten die hart Geprüften am 24. Dezember Berlin. Die sowjetischen Bewacher luden das Häufchen beim Brandenburger Tor ab. Brandenburg begab sich sogleich in Begleitung eines russischen Offiziers zur ehemaligen Gesandtschaft, die in der Nähe gelegen war. Dort wurde er vom Chef der Heimschaffungsdelegation, Major François de Diesbach, empfangen. Dieser liess nun alle Schweizer zur Vertretung kommen, unterzeichnete das Übergabeprotokoll – und erlöste mit seiner Unterschrift die verlorene Kolonie aus Ostpreussen von ihrem drückenden Joch. Gemeinsam mit der Delegation feierten die Heimkehrer im ausgebombten Spreebogen Weihnachten. Am übernächsten Morgen kehrte die Mannschaft über das Durchgangslager in Berlin-Zehlendorf in die Heimat zurück. Brandenburg und Felber verbrachten noch einige Tage in Berlin. Sie reisten dann zusammen mit Legationssekretär Emil Stadelhofer in die Schweiz. Am 13. Januar 1946 lieferte der einstige Vizekonsul aus Elbing den letzten Kuriersack seiner Vertretung mit fast einjähriger Verspätung pflichtgemäss im Bundeshaus ab.

An der ost-westlichen Sektorengrenze

Neubeginn mit einer Heimschaffungsdelegation

Mitte Juni 1945 entsandte der Bundesrat den jungen Diplomaten François de Diesbach ins Hauptquartier der Armee von General Jean de Lattre de Tassigny. Er sollte erste Kontakte mit der französischen Besatzungsmacht anknüpfen. Frankreich schickte sich eben an, den Südwesten Deutschlands sowie Vorarlberg und Tirol zu kontrollieren. Gleichzeitig erhielt Diesbach den Auftrag, den Schweizern in Österreich nach Kräften beizustehen. Man gab ihm zahlreiche Dossiers mit auf den Weg. Sie enthielten lange Listen von verschollenen Personen, von in Bedrängnis geratenen Mitbürgern und von beschädigten Betrieben. Da Diesbachs Reise in der Presse angekündigt worden war, wurde er von allen Seiten her gebeten, dieser Person oder jener Firma eine Nachricht zu übermitteln oder sich über den Aufenthalt und das Wohlbefinden von Verwandten und Bekannten zu erkundigen.

Seine Mission dauerte allerdings nicht lang. Mitte Juli erreichte ein Hilferuf der Schweizer Kolonie in Berlin das Bundeshaus in Bern. Die Schweizer Bürger in der verwüsteten ehemaligen Reichshauptstadt ersuchten die Bundesbehörden, eine kleine Delegation – heute würde man sagen: ein Katastrophenhilfscorps – nach Berlin zu schicken, um den verzweifelten Landsleuten, die nicht mehr wussten, an wen sie sich wenden konnten, beizustehen. Der Bundesrat hatte schon bei Kriegsende die konsularischen Vertretungen in Deutschland angewiesen, ihre Tätigkeit im Interesse der Schweizer Bürger solange ohne offiziellen Charakter fortzusetzen, bis man sich mit den Besatzungsmächten verständigt habe.⁶⁰⁰ Doch in der sowjetischen Besatzungszone gab es keine Vertretungen mehr. Sie waren bei der Eroberung vertrieben worden. Deshalb ging der Bundesrat auf das Gesuch sogleich ein. Bis Mitte August hatte das EPD eine zweckmässige Mannschaft zusammengestellt. Einen Augenblick lang spielte man mit dem Gedanken, den ehemaligen Militärattaché Peter Burckhardt mit der neuen Aufgabe zu betrauen. Aber man liess den Vorschlag sogleich wieder fallen, denn die Sowjets hätten diesen Diplomaten, da er im nationalsozialistischen Deutschland tätig war, gewiss nicht empfangen.⁶⁰¹ Erneut wurde Diesbach mit der Leitung der Mission betraut; zur Abordnung gehörten ferner die Diplomaten Gabriel Naville und Emil Stadelhofer, der Berlin aus der

Kriegszeit her ja bestens kannte, Felix Simmen als Vertreter der Polizeiabteilung, Max Hammer von der Kantonspolizei Zürich, Willy Pfister vom IKRK und ein Arzt. Mit Willi Kaspar wurde ihnen ein Fahrer zugeteilt, der Berlin in- und auswendig kannte.⁶⁰²

Ende August konnte die Delegation, nachdem das EPD das Einverständnis der amerikanischen Besatzungsbehörden in Frankfurt eingeholt hatte, nach Berlin aufbrechen. Die Amerikaner widersetzten sich dem Wunsch der Schweiz, eine kleine offizielle Abordnung nach Berlin zu entsenden, nicht. Und die Briten gewährten den Eidgenossen gar Unterstützung für ihr Vorhaben. In Fallersleben, nahe an der sowjetischen Zone, konnten die Schweizer einen Stützpunkt auf britischem Kontrollgebiet errichten. Ein Grossteil der Mannschaft blieb hier. Von diesem Auffanglager aus sollten die Heimkehrer aus Berlin in die Heimat zurückgeschafft werden. Diesbach selbst erreichte mit einem kleinen Stab Anfang September Berlin und richtete sich im ehemaligen Gesandtschaftsgebäude ein.

Der Delegierte für die Rückführung von Schweizer Bürgern liess mit guten Gründen den Hauptharst seiner Mitarbeiter in Fallersleben zurück. Denn die sowjetische Besatzungsmacht hatte die Rückkehr für alle Schweizer Staatsangehörigen aus dem von ihr kontrollierten Gebiet gesperrt. Die offizielle Delegation durfte folglich, wollte sie nicht in Schwierigkeiten geraten, nirgends in Erscheinung treten. Sie musste hinter den Kulissen arbeiten. Wie gelang dies? Diesbach konnte sich bei seiner Ankunft auf ein Fluchthelfernetz stützen, das ortsansässige Schweizer seit Juli insgeheim aufgebaut hatten. Diese hatten ein Büro am Kurfürstendamm eingerichtet. Chef der inoffiziellen «Schweizer Kolonie» war Ernst Rindlisbacher. Anfänglich schätzte Diesbach diese Gruppe sehr. Diskret ging er ihr zur Hand. Aber mit der Zeit verschlechterte sich das Verhältnis, und der Delegierte war erleichtert, als die «Schweizer Kolonie» Ende 1945 ihre Tätigkeit einstellen musste, weil, wie es im gemeinsamen Pressecommuniqué hiess, die russischen Behörden angeordnet hätten, Schweizer Bürger seien hinfort nur Schweizer Amtspersonen zu übergeben.⁶⁰³ Diesbach hielt Rindlisbacher für russenhörig und für einen dubiosen Geschäftemacher.

Die Heimschaffungsdelegation musste in der höchst riskanten «Pionierphase» tatsächlich auch die Hilfe von Leuten in Anspruch nehmen, deren Weste alles andere als makellos war. Von diesen erwarb sich Hans Diem, eine Abenteuerergestalt, wie sie im Bilderbuch steht, die allergrössten Verdienste. Mochte die Gefahr noch so gross sein, immer wusste er seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen; erschienen die Hindernisse allen andern als unüberwindbar, ihm fiel immer ein Schlich ein. So gelang es ihm als erstem, ein in Berlin blockiertes

Frachtschiff durch die sowjetische Besatzungszone nach Hamburg zu lotsen. Mit ein paar Flaschen Cognac und einigen Stangen Zigaretten wusste er Wunder zu wirken. Der Dachdecker und Kaminfeger Diem, 1924 in Winterthur geboren, war 1942 wegen eines Familienzwistes zu Hause ausgerissen, schwarz nach Deutschland eingesickert, wo sich der Halbwüchsige in die Waffen-SS einreichte. Nach seinen eigenen Aussagen diente er nur kurze Zeit regulär bei den Schwarzhemden. Wegen Auflehnung und Fluchtversuchen sei er von einem Straflager ins andere geschoben worden. In der Schweiz verurteilte ihn ein Militärgericht in Abwesenheit zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe.

Im Sommer 1945 tauchte Diem in Berlin auf, und er anerkant sich Rindlisbacher, bei der Heimschaffung von Landsleuten behilflich zu sein. Im Alleingang organisierte er die gefährlichsten Transporte in der sowjetischen Besatzungszone. Er liess die Flüchtlinge dort abholen oder chauffierte sie selbst in Sicherheit. Der Wagemut dieses Landsmanns beeindruckte Diesbach dermassen, dass er Diem, der in der Heimat eigentlich hinter Gitter gehörte, sogar ein schriftliches Zeugnis ausstellte. Er hielt in einer Notiz fest:

«Keine Aufgabe ist schwieriger als die Organisation von Autotransporten in die russische Zone, wo man überall und stündlich auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stösst und nicht zuletzt auch Gefahren ausgesetzt ist. Es ist wirklich überraschend, mit wieviel Ausdauer, Geschick und Erfolg Diem seine Aufgabe erfüllt. Hunderte von Schweizern verdanken es ihm ganz allein, dass sie in die Schweiz zurückkehren konnten. Ich habe mich denn auch im Interesse der Heimschaffungsaktion und in Anerkennung der geleisteten Dienste nicht gescheut, Diem bei der Organisation der Transporte freilich nicht offiziell, aber doch tatkräftig an die Hand zu gehen. Ich betrachte ihn als einen sympathischen, jugendlichen Abenteurer, der viele Verdienste um die Heimschaffung der Schweizer über Berlin hat.»⁶⁰⁴

Kaum war Diesbachs Mission in Berlin angelauten, wurde ihm klar, dass die Schweiz über kurz oder lang mit den Sowjets verhandeln müsse. Denn täglich standen 30 bis 40 Landsleute vor dem Gebäude an der Fürst-Bismarck-Strasse. Heimschaffungen in diesem Umfang konnte man nicht über längere Zeit auf Schleichwegen betreiben. Rindlisbacher hatte bereits einige Kontakte zu den Russen geknüpft. Diesbach wollte sogleich seinerseits Verhandlungen aufnehmen. Die Zentrale war damit einverstanden, zog es aber vor, die Gespräche in Bern einzuleiten. So wurde der Major denn nach ungefähr einem Monat über

«Radio Beromünster» – Post, Telefon und Telegraf funktionierten damals in Berlin nicht – aufgerufen, unverzüglich nach Hause zurückzukehren.⁶⁰⁵ Diesbach eilte nach Bern, er liess jedoch Stadelhofer und Naville an der Fürst-Bismarck-Strasse zurück. In den folgenden Verhandlungen wurde die Rückführung von Schweizern aus den sowjetisch besetzten Gebieten ins grosse Austauschgeschäft einbezogen, das sich um die Heimschaffung sowjetischer Militärinternierter aus der Schweiz anbahnte. Der sowjetische Chefunterhändler war nur bereit, die Rückführung von Schweizern zu dulden, wenn seine Gegenforderungen erfüllt würden. Da dies geschah, konnte Diesbach seine Tätigkeit im November mit dem Einverständnis der sowjetischen Besatzungsmacht wieder aufnehmen – allerdings nicht in Berlin. Ausserdem musste die ganze Abordnung, auch die Sekretärinnen, in Uniformen der Schweizer Armee schlüpfen. Denn die Alliierten liessen im besetzten Gebiet nur Militärdelegationen zu. So kam es denn, dass der Neuanfang in der alten Gesandtschaft per militärischen Marschbefehl erfolgte, wenngleich das EPD die Gehälter bezahlte.

Major Diesbach begab sich vorerst mit Hauptmann Jürg Nabholz, einem Russlandschweizer, der als Übersetzer diente, und Oberleutnant Herbert Michel nach Hof in Oberfranken, dem letzten grösseren Ort in der amerikanischen Besatzungszone vor dem Übertritt nach Sachsen. Die Sowjets hatten bestimmt, dass sich die rückkehrwilligen Schweizer in Plauen, im sächsischen Vogtland, zu sammeln hätten. Dort würden sie den offiziellen Vertretern übergeben. Untätig wartete die Delegation mehrere Tage auf die Ankömmlinge. Nach ungefähr einer Woche erschien es Diesbach sinnlos, in Plauen eine Sammelstelle einzurichten. Mittlerweile hatte er festgestellt, dass fast alle Rückwanderer wie von selbst auf die einstige Reichshauptstadt zuströmten und bei der ehemaligen Gesandtschaft um Hilfe suchten. Er bat deshalb die sowjetische Militärverwaltung, ihm die Rückkehr nach Berlin zu erlauben. Am 11. Dezember verlegte er seinen Standort zurück an die Spree, wo sich die verbliebenen zivilen Mitarbeiter der Militärdelegation anschlossen. Kurz vor Jahresende bestätigten die sowjetischen Behörden schriftlich, dass sie die Tätigkeit der Heimschaffungsdelegation in Berlin zu dulden gewillt seien.⁶⁰⁶

Ursprünglich hatte man angenommen, der zeitliche Auftrag der Delegation wäre eng befristet. In Berlin hatte man Diesbach mitgeteilt, seine Mission würde nur solange dauern, bis die Eidgenossenschaft beim Alliierten Kontrollrat für Deutschland eine offizielle Vertretung akkreditiert hätte. Ein entsprechendes Gesuch hatte das EPD bereits im September eingereicht. Alles schien nur eine Frage von Wochen zu sein. Doch es kam anders. Die vom «Schweizerischen Delegierten für die Rückführung von Schweizer Bürgern» gebildete

Einheit sollte in der einen oder andern Form, als «Schweizerische Heimschaffungsdelegation» oder als «Schweizerische Delegation», bis 1973 Bestand haben.

Die völkerrechtlichen Verhältnisse im besetzten Deutschland waren verworren. Mit der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 übernahmen die vier Besatzungsmächte offiziell die Regierungsgewalt in Deutschland. Gleichzeitig betonten sie aber, dass damit keine Annexion vorliege. Der Bundesrat ging daher davon aus, dass die Alliierten die Staatsgewalt nur de facto ausübten; rechtliche Folgen für das Ausland hatten die Amtshandlungen dagegen nicht.⁶⁰⁷ Die Schweiz hatte indes nur noch in den westlichen Zonen konsularische Vertretungen. In der Sowjetzone hatte sie die Konsulate schliessen müssen. Es herrschte dort ein Vakuum, ein vertretungsloser Zustand. Deshalb bemühte sich die Eidgenossenschaft, insbesondere wegen den Rückwanderern, um eine diplomatische Vertretung beim Alliierten Kontrollrat. Doch das schweizerische Gesuch fand keine Gnade.

Am 3. Oktober 1945 besprach der Koordinierungsausschuss der Alliierten Kontrollbehörde die Frage, welchen Staaten erlaubt werden solle, eine Militärmission zu eröffnen. Der französische Generalleutnant Louis Koeltz bemerkte zu seinen Kollegen, es liege eine Liste vor, die hierfür 16 Nationen vorsehe. Gemäss Protokoll sagte er dann: «Auf dieser Liste war die Schweiz nicht erwähnt, die – wie [der französische] General [Marie-Pierre] Koenig schon angesprochen hatte – darum nachgesucht hatte, beim Kontrollrat vertreten zu sein. General Költz lenkte die Aufmerksamkeit auf die Nachbarschaft der Schweiz zu Deutschland und die Interessen, die sie in diesem Land hatte, er forderte, dass die Schweiz ermächtigt wird, eine Vertretung in Berlin zu haben.»⁶⁰⁸ In der anschliessenden Diskussion meinte der britische General Brian Robertson, man müsse die Politische Direktion um Rat fragen, ob man die Schweiz zulassen könne, da sie nicht den Vereinten Nationen angehöre. Der amerikanische General Lucius D. Clay teilte diese Ansicht, fügte jedoch an, er würde keine Einwände gegen eine eidgenössische Militärmission erheben. Aber ihm schien es angezeigt, die Zulassung von neutralen Staaten generell zu prüfen. Schliesslich plädierte auch der sowjetische General Wassilij Sokolowski dafür, das schweizerische Gesuch der Politischen Direktion zu unterbreiten, aus seiner Sicht ganz besonders deshalb, weil die Sowjetunion keine diplomatischen Beziehungen zu diesem Land unterhalte.

Der Vorschlag, das Gesuch der Schweiz der Politischen Direktion zur Prüfung zu unterbreiten, war indes kaum mehr als eine bequeme Ausflucht, um den französischen Vorsitzenden nicht mit einer schroffen Absage brüskieren zu müssen. In Wahrheit hatte das Gesuch zu diesem Zeitpunkt gar keine Chancen

mehr. Denn die Politische Direktion hatte die Zulassungskriterien bereits festgelegt. Dem Koordinierungsausschuss lag in der gleichen Sitzung ein Bericht vor, in welchem stand, die Politische Direktion hätte die Frage der Zulassung von Militärmissionen sehr eingehend erörtert, alle Beteiligten seien zum Schluss gekommen, dass in den nächsten Monaten die verfügbaren Unterkünfte in Berlin äusserst begrenzt seien und deshalb die Anzahl von Staaten, die eine Militärmission zu entsenden ermächtigt würden, zu beschränken sei. Und dann hiess es wörtlich: «Auf Vorschlag des sowjetischen Mitgliedes wurde demzufolge vereinbart, keine Einladungen zur Akkreditierung von Militärmissionen bei der Alliierten Kontrollbehörde ergehen zu lassen und die Errichtung von Missionen zunächst solchen Bewerberstaaten vorzubehalten, die ein unmittelbares Interesse an den gegenwärtigen Deutschlandfragen haben oder als Siegermächte Anspruch auf eine Vertretung haben.»⁶⁰⁹ Anschliessend wurden die 16 Staaten aufgezählt, denen allein das Recht eingeräumt wurde, die Errichtung einer Militärmission zu beantragen.

Obschon der Koordinierungsausschuss die Politische Direktion anwies, das Gesuch der Schweiz und allfällige Anträge von andern neutralen Staaten zu prüfen, wies er den Bericht mit den Einschränkungskriterien nicht etwa zur Überarbeitung an die Politische Direktion zurück, nein, er genehmigte ihn noch in der gleichen Sitzung. Im November erfolgte dann, nicht überraschend, die förmliche Ablehnung des schweizerischen Gesuchs um eine offizielle Vertretung beim Alliierten Kontrollrat.⁶¹⁰ Der Schweiz blieb es somit versagt, in Berlin eine Vertretung offiziell zu errichten. In erster Linie sperrte sich die Sowjetunion gegen den schweizerischen Antrag. Sie glaubte einem Land, mit welchem sie keine diplomatischen Beziehungen hatte, dieses Recht nicht gewähren zu können – eine Argumentation, die später die Vereinigten Staaten gegenüber der Volksrepublik China anwandten, als dieses Land ein Grundstück in Ostberlin erwerben wollte. In zweiter Linie schienen damals auch auf britischer Seite einige Vorbehalte gegen einen Staat bestanden zu haben, der nicht zu den Vereinten Nationen gehörte. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Heimschaffungsdelegation später in besonderem Mass auf das Wohlwollen der britischen Besatzungsbehörden zählen durfte. Verschiedentlich unternahmen die Briten – wie auch die Franzosen – Vorstösse, um die Sowjets umzustimmen und deren Einspruch gegen eine schweizerische Vertretung beim Kontrollrat aufzuheben – doch stets vergeblich. Es blieb beim sowjetischen «Njet».⁶¹¹ Ausserdem lag der ehemalige Gesandtschaftsgebäude im britischen Sektor, und in den ersten Nachkriegsjahren waren die Schweizer Vertreter für Unterkunft und Verpflegung der Mitarbeiter auf britische Unterstützung angewiesen.

Der abschlägige Bescheid hatte grosse rechtliche Bedeutung, aber geringe praktische Auswirkungen. Die Delegation war zwar nun weder bei der obersten Regierungsgewalt, dem Alliierten Kontrollrat, noch bei den Militärregierungen der einzelnen Besatzungszonen akkreditiert. Dank dem Wohlwollen der Westmächte und der Duldung der Sowjetunion verschaffte sich die Schweizer Vertretung jedoch schon bald eine Position, welche sich de facto von derjenigen einer Militärmission kaum unterschied. Abgesehen von einem geringeren Immunitätsschutz konnte sie schalten und walten wie eine Militärmission. Auch dehnte sie ihr Tätigkeitsgebiet beträchtlich aus.

Die Heimschaffungsdelegation, deren Mission ursprünglich nach einigen Wochen hätte erledigt sein sollen, wuchs zusehends in Aufgaben hinein, wie sie einer regulären offiziellen Vertretung oblagen. Sie brachte nicht nur Lebensmittel in die Schweiz, sie verteilte nicht nur Lebensmittel und Kleider an die Kolonie in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone, sie betreute auch das Pass- und Zivilstandswesen, sie erteilte Visa, sie kümmerte sich um den Rechts- und Vermögensschutz, sie wurde in Handelsfragen tätig – und zwar in einem weit grössern Umfang, als dies auf einer diplomatischen Vertretung üblich ist. Die Heimschaffungsdelegation musste nämlich in der Nachkriegszeit, da Geschäftsbriefe im gewöhnlichen Postverkehr mit der Ostzone nicht zugelassen waren, die gesamte Handelskorrespondenz zwischen Schweizer Kaufleuten und Banken sowie den in den Handel eingeschalteten sowjetischen Organisationen vermitteln, kurz, sie arbeitete schon bald wie ein Generalkonsulat für das Gebiet von Gross-Berlin und die sowjetische Besatzungszone. Die Bezeichnung «Heimschaffungsdelegation» entsprach keineswegs mehr dem weiten Aufgabenfeld. Aber da man sich schweizerischerseits bewusst war, auf welchem delikaten Gelände man sich bewegte, hielt man vorerst die ursprüngliche Bezeichnung bei, um nicht die Diskussion über den rechtlichen Status wieder anzufachen. Doch 1947 unternahm die Schweiz nochmals einen Anlauf, um die Anerkennung der Heimschaffungsdelegation als offizieller Vertretung durch den Alliierten Kontrollrat zu erwirken. Man schien dem Ziel nahe zu sein. Aber im Frühjahr 1948 schlugen die Sowjets die Türen zum Kontrollrat zu, und sie boykottierten fortan dieses Gremium. Das gemeinsame Regierungsorgan war praktisch stillgelegt, und somit konnte die Anfrage nicht mehr beantwortet werden. Rein technisch gesehen, blieb das eidgenössische Gesuch Jahrzehntlang hängig, da nach Auffassung der westlichen Alliierten der Kontrollrat weiterbestand.

Der sowjetische Rückzug aus den alliierten Gremien erleichterte allerdings die Lage der Schweizer Vertretung. Diese wurde nun, zusammen mit der IKRK-Delegation, in die Kontrollratsliste der Militärmissionen aufgenommen, bis

1952 freilich mit dem Zusatz «are not accredited Military Missions, but are included for convenience». Mit Rückendeckung durch den Bundesrat versuchte dann Diesbach 1948 bei der sowjetischen Militäradministration die Zulassung eines Generalkonsulats zu erwirken. Die erste Reaktion war verhalten, aber keineswegs abweisend. Die Sowjets nahmen wohl an, die Schweiz beabsichtige, sich in der Ostzone auf gleicher Ebene vertreten zu lassen wie in Frankfurt, wo bereits ein Generalkonsulat bestand. Mit einem gewissen Recht durften sie diese Annahme hegen, obgleich die Vertretung nach wie vor im britischen Sektor von Berlin gelegen hätte. Dass sich die sowjetischen Gedankengänge in diese Richtung bewegten, ahnten indes auch die Bundesbehörden in Bern. Und diese Vorstellung behagte keineswegs. Man wollte die Ostzone diplomatisch nicht gleich behandeln wie die Westzonen. Um keine Zweideutigkeiten aufkommen zu lassen, beeilte sich die Eidgenossenschaft in den Verhandlungen, die sich etwas hinzogen, nicht mehr von einem «Generalkonsulat», sondern von einer «Schweizerischen Delegation in Berlin» zu sprechen.

Im Mai 1949 bewilligten die Sowjets den neuen Status der Vertretung. Gleichzeitig mit der Umwandlung der Heimschaffungsdelegation eröffnete die Schweiz eine Zweigstelle an der Friedrichstrasse im Ostsektor. Wahrscheinlich hofften die sowjetischen Behörden, aus diesem Ableger würde eine eigenständige diplomatische Vertretung in ihrem Bereich heranwachsen. Auch auf der Delegation an der Fürst-Bismarck-Strasse zog man eine solche Entwicklung, namentlich nachdem die DDR ausgerufen wurde, in Betracht.⁶¹² Die Schweizer Vertretung blieb indes was sie war und nannte sich ab Mai 1949 rund ein Vierteljahrhundert lang schlicht und vage «Schweizerische Delegation in Berlin».⁶¹³ Und ab 1956 erhielt der Delegationschef von den westlichen Alliierten eine Zulassung ähnlicher Art wie ein Generalkonsul.

Die Delegation in Berlin stand, dies ist unübersehbar, juristisch auf wackligen Füßen, und zwar von 1945-1973, bis zum Zeitpunkt, als die Eidgenossenschaft die Delegation in ein Generalkonsulat umwandelte. Der praktischen Arbeit der Vertretung tat dies indes keinen Abbruch. Als die Schweiz im November 1949 eine diplomatische Mission bei der Alliierten Hohen Kommission in Bonn akkreditieren liess, erst recht aber, nachdem sie am 16. März 1951 diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen und eine Gesandtschaft in Köln eröffnet hatte, ging die völkerrechtliche Bedeutung der Berliner Vertretung ohnehin erheblich zurück.

Status und Protokoll sind in der Diplomatie gewiss wichtiger als in andern Lebensbereichen. Da das verbürgte Recht im zwischenstaatlichen Verkehr eine

höchst fragile Grösse ist und man ihm nur selten jene Nachachtung verschaffen kann, die ihm im innerstaatlichen Bereich zukommt, ist es besonders wichtig, Vereinbarungen und gewohnheitsrechtliche Gepflogenheiten strikte zu beachten und ihnen einen tieferen Sinn zu geben, als im schieren zeremoniellen Gehabe ins Auge springt. Aus ihnen lassen sich mit einer klugen Politik Ansprüche und Pflichten zwischen Staaten ableiten. Dennoch zählt auch in der Diplomatie letztlich das mehr, was man tatsächlich leistet, als das, was man nur der Form nach wahrh. Diesbachs Auftrag war in erster Linie ein praktischer. Welcher Status dabei seiner Delegation eingeräumt wurde, war, von diesem Standpunkt aus betrachtet, zweitrangig. Zur Bewältigung seiner Aufgaben stand ihm eine eindrückliche Zahl von Mitarbeitern zur Verfügung. Anfang 1948 beschäftigte die Heimschaffungsdelegation nicht weniger als 68 Personen – das sind rund ein Drittel mehr, als die grössten schweizerischen Vertretungen, Washington und Paris, heute aufweisen.⁶¹⁴ Selbst 1956 betrug der Personalbestand noch 32 Personen – eine Anzahl von Mitarbeitern, welche weder die Gesandtschaft in Köln noch später die Botschaft in Bonn je erreichte.

Die Aufgaben der Heimschaffungsdelegation waren indes unbestreitbar von besonderer Natur. Am wichtigsten war selbstverständlich eines: die flüchtenden Landsleute so rasch als möglich in die Schweiz zurückzuschaffen. Und Berlin war voll von Vertriebenen und ratlosen Flüchtlingen. Von überall strömten sie her, aus Schlesien, aus Pommern, aus Polen, aus dem Baltikum und vornehmlich aus Ostpreussen, wo zahlreiche Schweizer eine Existenz als Melker, Käser oder Molkereibesitzer aufgebaut hatten. Für Personen, die infolge des Krieges aus ihrer Umgebung vertrieben oder verschleppt wurden, prägte man 1945 den Begriff «displaced persons». Im Lager Berlin-Zehlendorf – hierhin brachte man die Flüchtlinge, bis man festgestellt hatte, welcher Nationalität sie angehörten – stellten die Schweizer im November 1945 das zweitgrösste Kontingent von allen Nationen. Allein im erwähnten Monat kamen 491 Landsleute dort an und 587 verliessen das Durchgangslager. Einzig französische Staatsbürger, von den nationalsozialistischen Okkupanten zu Tausenden in Zwangsarbeitslager nach Deutschland verfrachtet, suchten diese Zufluchtsstätte mit 699 Eingängen und 605 Ausgängen noch stärker auf. Die Dänen dagegen wiesen, um einen Vergleich zu ermöglichen, lediglich 15 Eingänge und 16 Ausgänge auf; und um noch eine andere Nation zu erwähnen: nur 5 Schweden durchliefen das Lager.⁶¹⁵

Doch noch mehr ins Gewicht fielen all die Schweizer, die sich seit längerer Zeit in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone niedergelassen hatten. Die Heimschaffungsdelegation schätzte im ersten Geschäftsbericht nach dem

Krieg, den sie 1948 für das vorangehende Jahr erstellte, dass bei Kriegsende rund 14'000 Schweizer in diesem Gebiet sesshaft waren. Das ist in der Tat eine erstaunliche Zahl. Sie entspricht dem Bestand von 1943 für ganz Deutschland, obschon ab 1943 bis zur deutschen Kapitulation ungefähr 3'000 Landsleute das Dritte Reich verlassen hatten. Neu hinzugezogene Staatsbürger haben sich dagegen in diesem Zeitraum nicht in nennenswertem Umfang gemeldet. Den unverminderten Bestand kann man wohl nur dadurch erklären, dass sich zahlreiche Personen erst jetzt ihrer schweizerischen Nationalität entsannen und diese geltend machten. Die Hilfsgesuche der Landsleute überfluteten die Heimschaffungsdelegation. Binnen zweier Jahre waren annähernd zwei Drittel der Schweizer Bürger in die Heimat zurückzubringen. Allein vom September 1945 bis zum Februar 1946 verhalf die Heimschaffungsdelegation mehr als 4'000 Landsleuten zur Rückkehr in die Schweiz.^{615a} Ende 1947 war die Kolonie auf 5'300 Personen zusammengeschmolzen. Einen Grossteil der Rückwanderer musste die Delegation mitsamt dem Hausrat in der Provinz abholen und nach Berlin transportieren. Hansgeorg Gschwind, der Leiter der Betreuungsstelle Ost-Thüringen in Pössneck, hielt fest: «Die Heimschaffungs-Delegation holte diese Rückwanderer im eigenen Lastwagen zumeist vor der Haustür ab. Hochbeladen mit Sack und Pack und Kind und Kegel, fuhr man dann ins Rückwandererlager nach Berlin.»⁶¹⁶

Jüngst entbrannte in der Schweiz eine Debatte über die eigenen Staatsangehörigen, die unter der Naziherrschaft gelebt hatten. Auf einer Tagung im Stapferhaus zu Lenzburg verfochten mehrere Teilnehmer die Ansicht, die Schweiz hätte ihre Landsleute in Deutschland im Stich gelassen; die eidgenössischen Behörden hätten die Auslandschweizer nicht zur Rückkehr in die Heimat ermuntert.⁶¹⁷ Die Gesandtschaft hat zweifelsohne in Übereinstimmung mit der Politik des Bundesrates bis Anfang 1945 den Schweizern nicht nahegelegt, Deutschland zu verlassen. Wenn man etwas unternahm, dann ermunterte man die Landsleute zum Ausharren.⁶¹⁸ Erst als die Rote Armee im Januar ihren Grossangriff startete und es immer wahrscheinlicher wurde, dass der Osten Deutschlands von den Sowjets besetzt würde, änderte man die Politik und warnte, angesichts der zu erwartenden Drangsal durch die sowjetischen Eroberer, zur unverzüglichen Heimkehr. Aber wie Max Keller, der in der Nachkriegszeit während Jahren dem Sozialdienst auf der Delegation in Berlin vorstand, mit Recht entgegnete, waren auch die Schweizer Bürger nur selten bereit, ein endgültiges Verlassen des Landes ins Auge zu fassen. Wegen der Devisenbewirtschaftung konnten Aussiedler keine Vermögenswerte mitnehmen.⁶¹⁹ So rangen sich die meisten Auslandschweizer auch aus eigenen Erwägungen erst, als es Fünf vor Zwölf war, zum Entschluss durch, ihre Wahlheimat zu verlassen.

Die bäuerliche Bevölkerung, welche einen Grossteil der Schweizer Kolonie ausmachte, sträubte sich selbst in dieser Stunde noch, ihre in harter Arbeit aufgebauten Betriebe aufzugeben. Sofern die Bauern nicht zu den Vertriebenen aus den Ostprovinzen gehörten, versuchten die meisten, aller Unbill zu trotzen, die sowjetische Besetzung zu erdulden und ihre Existenzen in eine erhoffte bessere Zeit hinüberzuretten. Da die Schweizer in anderen Berufskategorien viel rascher um Repatriierung nachsuchten, waren schon 1947 die Mehrzahl der Landsleute in der sowjetischen Besatzungszone in der Landwirtschaft tätig. Doch 1952 verschlechterten sich die Lebensbedingungen für die bäuerliche Bevölkerung rasant. Die DDR-Führung startete eine Kampagne, die sich «Sozialisierung auf dem Dorf» nannte. Mit massivem Druck auf die Bauern suchte das Regime die Kollektivierung der Landwirtschaft durchzupfeitschen. Wer sich nicht einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) anschloss, musste ein sogenanntes Ablieferungssoll erfüllen, er musste mithin ein bestimmtes Quantum an Landesprodukten an den Staat abliefern. Die Pflichtabgaben wurden für die freien Bauern so hoch angesetzt, dass sie nur mit Mühe oder gar nicht zu erfüllen waren. Immer mehr Landwirte sahen sich vor die Alternative gestellt, entweder in eine LPG einzutreten oder den Hof aufzugeben. Zwei Schweizer Bauern wurden 1952 verhaftet, weil sie das Plansoll nicht zu erfüllen vermochten. Man beschuldigte sie der Wirtschaftssabotage. Zwei andere Bauern waren nach Westberlin geflüchtet, da ihnen aus dem gleichen Grund die Verhaftung drohte.⁶²⁰ Im nächsten Jahr besserte sich die Lage kaum. Wiederum wurden zwei Schweizer Bauern wegen Nichterfüllung des Solls zu Zuchthausstrafen verurteilt. Unter diesen Umständen liessen immer mehr Landwirte ihre Höfe im Stich und flohen in die Schweiz. Rund 120 Bauern kehrten 1952 und 350 im Jahr 1953 der DDR den Rücken. Sie machten in jenem Jahr gut die Hälfte aller Rückwanderer aus.

Trotz aller Nöte versuchten selbst nach der grossen Fluchtwelle von 1953 noch 4'000 Landsleute, sich im Arbeiter- und Bauernstaat zurechtzufinden. Doch ihr Bestand bröckelte stetig ab, bis er am 01.01.1990 noch 2'589 Personen betrug. Erstaunlich ist, wie viele Personen bis in die Gegenwart der Landwirtschaft verhaftet blieben. Unmittelbar nach der Wende übten beispielsweise in der Gegend von Prenzlau, in den sanften Hügeln der Uckermark im Bundesland Brandenburg, die Nachkommen von Berner Bauern folgende Berufe aus: Agrotechniker, Schäfer, Rinderzüchterin, Melker, Traktoristin und Landwirt. Selbst die kolossalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen, welche die Wiedervereinigung für die Bevölkerung der ehemaligen DDR mit sich brachte, verwischten die Spuren der bäuerlichen Schweizer Aussiedler nicht vollständig.⁶²¹

Doch nun zurück zu den Anfängen der Heimschaffungsdelegation, zur Arbeit, welche die Mitarbeiter zu erledigen hatten. Als Diesbach im September seine Mission in Berlin antrat, durfte er auf die tatkräftige Mithilfe des amerikanischen Truppenkommandos und der internationalen Hilfsorganisation UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) zählen. Sie betreuten die Flüchtlinge in den Durchgangslagern Berlin-Zehlendorf und Fallersleben, auch transportierten sie die Rückkehrer in Lastwagen durch die Sowjetzone nach Fallersleben. Dort nahmen Schweizer Beamte ihre Landsleute in Empfang und brachten sie in die Heimat zurück. Zu den Schweizern, welche die beiden erwähnten Lager durchliefen, gehörte auch der ehemalige Konsularagent in Charbin in der Mandschurei. Nach einjähriger sowjetischer Inhaftierung betrat Boris Bryner mit seiner Familie am 3. März 1946 in Basel wieder eidgenössischen Boden.⁶²² Auch die von der Roten Armee in Ungarn verschleppten Mitarbeiter der schweizerischen Legation in Budapest, Feller und Meier, sowie die in Ostpreussen festgehaltenen Konsulatsangestellten wurden nach einjähriger Gefangenschaft der Heimschaffungsdelegation in Berlin übergeben.

Die UNRRA stellte jedoch Ende 1946 ihr Hilfsprogramm für Europa ein. Nun musste die Heimschaffungsdelegation den Transport von Berlin bis in die britische Zone selbst organisieren. Seit dem Frühjahr 1946 war die Delegation auch gezwungen, ein eigenes Rückwandererlager einzurichten. Die Schokoladenfabrik Sarotti, bereits damals zum Nestlé-Konzern gehörend, stellte für diesen Zweck ein Firmengebäude in Berlin-Tempelhof zur Verfügung. Eine wesentliche Transporterleichterung erfolgte im März 1947. Damals erlaubte der Oberkommandierende der französischen Besatzungszone, General Koenig, den Schweizern, den französischen Dienstzug von Berlin nach Baden-Baden zu benutzen. Von dort aus leitete das schweizerische Konsulat die Landsleute ins Rückwandererlager nach Rheinfelden. Als Gegenleistung für dieses Entgegenkommen entrichtete die Heimschaffungsdelegation für jede beförderte Person den französischen Besatzungsbehörden Lebensmittelpakete im Wert von 15 Franken zugunsten von Hilfswerken.⁶²³

Im Jahr der Berlin-Blockade verschlimmerte sich jedoch die Lage drastisch. Die Sowjetbehörden begannen 1948, die Reisenden an der Zonengrenze, die man bisher ziemlich formlos passieren konnte, zu kontrollieren; zudem forderten sie nun von Ausländern Ausreisevisa. Wegen sogenannten technischen Störungen sahen sich die westlichen Alliierten gezwungen, die Interzonenzüge einzustellen. Dadurch geriet der Rückschub von Heimkehrern arg ins Stocken. Denn die sowjetische Besatzungsmacht stellte nur in den wenigsten Fällen Ausreisevisa aus. Die Schweizer waren von der Berlin-Blockade ebenfalls be-

troffen. Das Rückwandererlager in Tempelhof füllte sich mit Heimkehrern, die steckenblieben. Sie warteten monatelang. Das Lager, maximal für 50 Passanten eingerichtet, überquellte mit Gestrandeten. In Berlin waren etwa 300 Personen für den Abtransport in die Schweiz zusammengezogen worden. Schliesslich erklärten sich die Briten bereit, die Schweizer in Luftbrückenflugzeugen nach Westdeutschland auszufliegen.⁶²⁴

Mit der Aufhebung der Blockade verbesserten sich die Transportmöglichkeiten nur unwesentlich. Die Gewährung eines Ausreisevisums wurde nach wie vor unter allen möglichen Vorwänden verhindert oder verzögert, so dass weiterhin bis zu zwei Dritteln der Ausreisewilligen ausgeflogen werden mussten. Erst als die neu gegründete DDR die Anträge selbst bearbeitete, bestand eine gewisse Gewähr dafür, dass die Visa, obschon nach einer langen Wartezeit, üblicherweise nach drei bis sechs Monaten, erteilt wurden. Wer nur wenig Habe zum Mitnehmen besass, verzichtete deshalb mit Vorteil auf einen Ausreisevermerk. Für viele Heimkehrer bedeutete ein sowjetisches Visum jedoch mehr als nur eine lästige Formalie. Denn nur wer im Besitz dieses Vermerks war, konnte seinen persönlichen Hausrat mitnehmen. Die Heimschaffungsdelegation hatte sich sehr dafür eingesetzt, dass die Schweizer ihr bewegliches Gut nicht zurücklassen mussten. 1946 konnte 270 Tonnen Hausrat ausgeführt werden, 1947 gar 280 Tonnen.

Der grosse Ansturm von rückkehrwilligen Landsleuten erfolgte, wie wäre es anders zu erwarten gewesen, in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ab August 1945 bis zum Jahresende kehrten ungefähr 3'000 Schweizer in ihre Heimat zurück; 1946 waren es 2'249, 1947 noch 1'043 und 1948 flachte die Anzahl auf 483 ab, um 1950 mit 159 einen Tiefpunkt zu erreichen. Bemerkenswert ist, dass 1948 immer noch 96 Rückkehrer aus Gebieten zugelaufen kamen, die nun zur Sowjetunion gehörten. Sie stammten insbesondere aus dem ehemaligen Konsularkreis Elbing in Ostpreussen.⁶²⁵ Bald schon klopfen wieder mehr Hilfesuchende an die Pforten der Delegation. 1951 stieg die Anzahl wieder auf 368 an, um zwei Jahre später, im Zeichen der Zwangskollektivierung, einen zweiten Höhepunkt mit 691 Flüchtlingen zu erreichen.

Als die stärkste Rückwandererwelle abgeebbt war, wurde Ende 1949 das Lager in Tempelhof aufgehoben. Die Firma Sarotti benötigte das Gebäude für eigene Zwecke. Die Delegation mietete aber an der Höhmannstrasse im Grunewald ein Privathaus, das den Heimkehrern im kleinern Rahmen als Durchgangsstation diente. Ab 1955 konnte auch dieses Lager geschlossen werden. Die ursprüngliche Mission war im Wesentlichen erfüllt, obschon jährlich noch zahlreiche Flüchtlinge, manchmal hundert und mehr, über Westberlin in die Schweiz zurückkehrten. Im offiziellen Jargon der DDR hiessen sie «Republik-

flüchtlinge». Aber die Haupttätigkeit der Delegation hatte sich mittlerweile in ganz andere Gebiete verlagert. Nicht verschwiegen werden soll, dass eine Handvoll von Heimkehrern, vornehmlich ältere Leute, in der Schweiz nicht mehr Fuss fassen konnten und wieder nach Ostdeutschland zurückkehrten. Zu den spärlichen Neuansiedlern gesellten sich auch einige überzeugte Schweizer Kommunisten wie der Basler Professor Arthur Baumgarten, der ab 1947 an der Universität in Ost-Berlin im ideologischen Schlüsselbereich «Jurisprudenz» Rechtsphilosophie und Strafrecht unterrichtete und bei seiner Emeritierung im Jahr 1953 den Ehrendoktor erhielt.

Die zweite Hauptaufgabe der Heimschaffungsdelegation bestand in der Betreuung der in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone ansässigen Schweizer. Rund 5'000 Landsleute, häufig Doppelbürger und seit Generationen zwischen Elbe und Oder wohnhaft, entschieden sich trotz Krieg, Besatzung und Not im vertrauten Ostdeutschland zu bleiben. Die Eidgenossenschaft versah diese Mitbürger grosszügig mit Lebensmitteln, Kleidern und Medikamenten. Jeder erhielt monatlich 3 kg Lebensmittel; Ende 1947 erhöhte man die Monatsration auf 5 kg pro Person. Im Winter gab man zusätzlich 50 kg Kartoffeln an alle Schweizer ab; dazu kamen eine Schokoladentafel und 250 gr Kaffee zu Weihnachten. Jede Person durfte auch mindestens ein Paar Schuhe und einige Stücke Unterwäsche entgegennehmen. Mäntel, Anzüge und Röcke liess man den Allerbedürftigsten, den Geplünderten, Flüchtlingen und Umsiedlern zukommen. Im Jahr 1947 verteilte die Delegation 230 Tonnen Lebensmittelpakete; dazu kamen 300 Tonnen Kartoffeln sowie Textilien und Schuhe im Wert von 360'000 Franken.

Die Unterstützung aus der Heimat war sehr wichtig. Viele Betroffene meinten, erst diese Hilfe hätte es ihnen ermöglicht, im kriegsversehrten Deutschland durchzuhalten. Die Schweizer Kinder sollen in den hungergeplagten Jahren 1946 und 1947, als viele Deutsche kaum mehr wussten, wie und mit was sie sich ernähren konnten, im Durchschnitt 10-20% mehr gewogen haben als ihre deutschen Altersgenossen.⁶²⁶ Bis zum Jahr 1951 hatte sich aber die Ernährungslage so gebessert, dass man auf eine generelle Unterstützung aller Schweizer verzichten konnte. Nur noch die Bedürftigen erhielten weiterhin Lebensmittelpakete. Der bezugsberechtigte Kreis war allerdings gross. Er machte 1951 mit 2'265 Personen mehr als 40% aller Landsleute aus.

Es war keine leichte Aufgabe, alle Schweizer Bürger mit Lebensmitteln zu unterstützen. Denn die meisten lebten nicht in Westberlin, sondern in der sowjetischen Besatzungszone. 1949 etwa wohnten von 4'985 Schweizern 466 in Westberlin, 235 im Ostsektor und 4'284 in der sowjetischen Besatzungszone.

Bald nach der Ankunft begann die Delegation, in der ganzen Ostzone Stützpunkte zu errichten. Vertrauenswürdige ortsansässige Schweizer verteilten die Lebensmittel in Sachsen-Anhalt, in Thüringen, in Sachsen und Vorpommern.⁶²⁷ Die Landsleute aus Gross-Berlin, Brandenburg und Mecklenburg konnten ihre Rationen auf der Gesandtschaft abholen. Dort war das Prunkstück des Hauses, die stückbehängene Bibliothek, in ein Lebensmittellager umgewandelt worden. Dieses System funktionierte recht gut bis 1948. Im Jahr der Berlin-Blockade aber baute die sowjetische Militäradministration ein Hindernis nach dem andern für den Warenverkehr auf. Glücklicherweise konnte die Delegation in Ostberlin eine eigene Verteilstelle einrichten. Nach einer ersten provisorischen Unterkunft bezog sie im Sommer 1949 das Haus «Friedrichstadt» in der Friedrichstrasse 194/199. Sie mietete 16 Büros in dem zentral gelegenen Gebäude, das der Bank Leu in Zürich gehörte. Dort quartierte sie den ganzen Sozialdienst ein, d.h. die Lebensmittelverteilung, die Rückwandererberatung und die Organisation der Rücktransporte. Obschon sich die Zweigstelle nicht schlecht bewährt hatte, musste die Schweiz im Jahr 1953 die Ostberliner Dependence auf Geheiss der DDR-Behörden schliessen. Die Zweigstelle war mittlerweile zu einem völkerrechtlichen Ärgernis geworden, denn die Schweiz hatte unterdessen mit der Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen aufgenommen. Ein diplomatischer Aussenposten in Ostberlin, der einer Vertretung in Westberlin unterstand, schmälerte – dies war kaum zu bestreiten – die Souveränität der gleichfalls auf internationale Anerkennung bedachten DDR.

Recht gut, aber nicht völlig problemlos, konnte man die Pakete in der Provinz verteilen. Es soll vorgekommen sein, dass bewaffnete Wegelagerer den Lastwagen auflauerten, bei der Durchfahrt auf die Ladebrücke sprangen und in Sekundenschnelle einige Kisten abwarfen.⁶²⁸ In den ersten Nachkriegsjahren, als noch kaum intersektorale Handelsschranken bestanden, wurden überdies verschiedene Vertrauensleute kurzfristig inhaftiert oder auf andere Weise schikaniert. Einige entschlossen sich hernach, die sowjetische Besatzungszone zu verlassen, und ab 1952 musste die Delegation auf die bewährten Vertrauensleute ganz verzichten. Mit der Gründung der DDR wurde es immer schwieriger, ganze Lastwagenladungen von Lebensmitteln, Kleidern und Medikamenten an den Bestimmungsort zu transportieren. Als die Post wieder leidlich gut funktionierte, fing die Delegation deshalb 1951 an, die Lebensmittelpakete über diesen Kanal zu verteilen. Anfänglich ging es gut. Aber ab Oktober 1952 weigerten sich die ostdeutschen Behörden, umfangreiche Paketsendungen von der Schweizer Delegation entgegenzunehmen. Inskünftig war es nur noch gestattet,

sogenannte Liebesgaben von privat zu privat zu versenden. Mit Hilfe des Schweizer Vereins in Westberlin errichtete die Delegation ein dichtes Patenschaftsnetz. Landsleute in Westberlin schickten den bedürftigen Mitbürgern in der DDR im Auftrag der Delegation vierteljährlich ein Liebesgabenpaket. Auf diese Weise konnte man 1953 etwa 19 Tonnen Waren in Ostdeutschland verteilen. Die Unterstützung durch die Delegation bedeutete den Schweizern in Ostdeutschland viel. Zahlreiche Dankesbriefe bezeugen es. Bände spricht das tragische Ende eines alten Ehepaars im sächsischen Plauen. Nachdem die DDR-Regierung die Delegation Anfang 1953 aus dem Ostsektor ausgewiesen hatte und der Briefverkehr mit der Vertretung in Westberlin über Monate hinweg behindert wurde, glaubten die beiden Landsleute, die schweizerische Vertretung könne ihnen nicht mehr beistehen. Und sie schieden freiwillig aus dem Leben.⁶²⁹

Von Anfang an arbeitete die Heimschaffungsdelegation fast wie ein Generalkonsulat. So beschäftigte sie sich auch mit Handelsfragen und dem Rechtswesen. Lediglich in formellen konsularischen Angelegenheiten hielt sie sich zurück. Zwar stellte sie Ausländern Visa für die Einreise in die Schweiz aus und verlängerte den Landsleuten ihre Pässe. Aber sie nahm keine eigentlichen Immatrikulationen vor; stattdessen führte sie eine Kontrollkartei, welche die wesentlichen Personalangaben enthielt. Von der Pflege des militärischen Meldewesens sah sie bis Ende 1954 jedoch ganz ab. Dann wurde es auf leisen Sohlen, ohne dass irgendeine Seite Einspruch erhoben hätte, für die in Westberlin lebenden Schweizer wieder eingeführt.

Im Sommer 1946 nahm die Schweiz zudem Handelsbeziehungen mit der Ostzone auf. Max Troendle, der Delegierte für Handelsverträge, reiste an und schloss innerhalb einer Woche eine Vereinbarung mit der sowjetischen Militäradministration ab. Dieses Abkommen stärkte, wie Diesbach erkannte, die Stellung der Delegation erheblich. Im nächsten Jahr konnte man die Vereinbarung mit der sowjetischen Militäradministration erneuern. Aber die Besatzungsbehörden wiesen darauf hin, dass die Schweiz nun auch mit der neu geschaffenen Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), eine Art Wirtschaftsministerium für die sowjetische Besatzungszone, sprechen müsse. 1948 wurden folgerichtig nur noch die Grundsatzfragen mit der sowjetischen Behörde besprochen, die Warenlisten dagegen mit einer Delegation der DWK bereinigt. Als sich herausstellte, dass ein Leiter der DWK das Erneuerungsprotokoll unterzeichnen würde, sah sich Troendle aus protokollarischen Gründen veranlasst, vorzeitig abzureisen, und Diesbach setzte seine Unterschrift unter die Vereinbarung. Die Schweiz wollte keine falschen Hoffnungen aufkommen lassen. Sie war nicht bereit, die neu geschaffene ostdeutsche Institution als völkerrechtlichen Partner

anzuerkennen. Die Unterschrift eines hochrangigen Vertreters der Zentrale neben jener eines DKW-Beamten hätte jedoch diesen Anschein erwecken können.

Das bescheidene Handelsprotokoll von 1948 sollte gewissermassen das vertragliche Rückgrat für die gesamten Handelsbeziehungen mit der DDR bis zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen im Jahr 1973 bilden. Denn als die ersten Verhandlungen mit der neuen DDR-Behörde 1950 nach zweieinhalb Wochen scheiterten, vereinbarte man mündlich, die massgeblichen bisherigen Bestimmungen weiter zu beachten. Zwei Jahre danach endeten längere Verhandlungen ebenfalls in einer Sackgasse. Man einigte sich einzig darauf, die mündlichen Vereinbarungen von 1950 zu verlängern. Und so ging es von Jahr zu Jahr. Ein Vertrag kam nicht mehr zustande. Die DDR erstrebte mehr politischen Gewinn, als die Schweiz zu geben bereit war. Die Handesgespräche waren in die Zwickmühle der völkerrechtlichen Anerkennungspolitik geraten. Die DDR wollte jeden neuen Handelsvertrag als ersten Schritt zu einer offiziellen Anerkennung durch die Schweiz aufbauen, die Schweiz wollte gerade dies vermeiden. Ausserdem hätte sich die Schweiz, wie Bundesrat Max Petitpierre hervorhob, auf ein neues Handelsabkommen nur eingelassen, wenn die DDR in Entschädigungsangelegenheiten entgegengekommen wäre.⁶³⁰

Die Mitarbeiter an der Fürst-Bismarck-Strasse wurden auch stark von Rechtsfragen beansprucht. Nachforschungen wegen schweizerischen Eigentums, das die sowjetische Besatzungsmacht nach dem Kriegsende beschlagnahmt hatte, erforderten eine Engelsgeduld. Unerledigt musste man die Fälle von einem Jahr auf das andere übertragen. Schweizer, die ausserhalb der DDR wohnten und Vermögenswerte in Ostdeutschland besaßen, konnten über ihr Eigentum ab 1951 nicht mehr verfügen. Sie mussten ihn den Behörden zur treuhändischen Verwendung überlassen. Die Delegation, der Ende 1953 308 solcher Fälle bekannt waren, vermochte ihnen kaum zu helfen.⁶³¹ Es konnte lediglich darum gehen, den Anspruch auf die Liegenschaften nicht aufzugeben, diesen vielmehr mit störrischem Nachdruck zu wiederholen.⁶³² Die meisten Vermögens- und Entschädigungsfälle erfuhren erst nach der Wende eine Regelung; ein Grossteil ist infolge des Arbeitsanfalls noch heute nicht erledigt.

In Strafverfahren gegen Schweizer Bürger versuchte die Delegation vergeblich, von der sowjetischen Militäradministration Auskunft über jene 20 Personen zu bekommen, die in Ostdeutschland vermisst wurden, und die sich, wie man aus zufällig aufgeschnappten Nachrichten schliessen musste, in sowjetischen Internierungslagern in Gewahrsam befanden.⁶³³ Zwei junge Landsleute, die 1948 aus der Haft entlassen wurden, bestätigten dann die Richtigkeit der Annahme und konnten über mehrere der Gesuchten Näheres berichten. Zahlrei-

che Interventionen fruchteten nichts. Ein wenig besser war es um die Betreuungsmöglichkeit in solchen Fällen bestellt, welche die deutschen Strafbehörden behandelten. Einige Demarchen erzielten die gewünschte Wirkung. Auch konnte man vereinzelt Inhaftierten zusätzliche Nahrungsmittel zukommen lassen. Aber insgesamt war es schwierig, Mitbürgern, die in die Mühlen der Justiz geraten waren, beizustehen. Auch nach der Gründung der DDR durfte ein offizieller Vertreter nur in den seltensten Fällen einem Gerichtsprozess beiwohnen. Ja die Lage verschlechterte sich in mancher Hinsicht. Wandte sich die Delegation an die jeweils zuständige Staatsanwaltschaft, erhielt sie nun häufig zur Antwort, die Demarche sei auf dem «üblichen diplomatischen Weg» vorzunehmen.⁶³⁴ Das hiess konkret, die Delegation hätte sich an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR zu wenden – ein Vorgehen, das die Schweiz, solange sie mit der DDR keine diplomatischen Beziehungen hatte, zu vermeiden trachtete. Auf diese Weise wurden zahlreiche Interventionen abgeklemt.

Unter Diesbach (1907-1949) entwickelte sich die Heimschaffungsdelegation innerhalb kürzester Zeit zu einer leistungsfähigen Vertretung. Zwar hatte der junge Jurist, als er 1945 mit wichtigen Missionen betraut wurde, über keine Ausländerfahrung verfügt. Nachdem der Freiburger Aristokrat, der in Uebewil vor den Toren seiner Heimatstadt einen Landsitz besass, 1935 die diplomatische Laufbahn eingeschlagen hatte, verbrachte er zehn Jahre an der Zentrale. Aber mit seinem gewinnenden Wesen und seiner ausgeprägten Unparteilichkeit verschaffte er sich überall Achtung, auch wenn der Major in der EPD-Skala bis 1946 lediglich den Rang eines Gesandtschaftssekretärs innehatte. Diesbach interessierte sich auch stark für kulturelle Belange. Als er zu seiner ersten Mission nach Berlin aufbrach und einige Tage in Niedersachsen abwarten musste, besuchte er den Schriftsteller Ernst Jünger in Kirchhorst, einem Dorf unweit von Fallersleben gelegen. Offenbar empfing ihn Jünger mit etwas gemischten Gefühlen. Am 29. August 1945 notierte der scharfe Beobachter in seinem Tagebuch: «Im Auftrag von Schweizer Freunden besuchte mich François de Diesbach, ein Diplomat aus Bern. Solche Besucher kommen heute weniger, um sich nach dem Ergehen zu erkundigen, als um auszumachen, ob man überhaupt noch lebt. Das ist wie auf den Schlachtfeldern».⁶³⁵

Gross war die Bestürzung, als sich am Abend des 23. Juli 1949 die Nachricht in Berlin verbreitete, Major Diesbach sei auf der Havel ertrunken. An jenem Samstagnachmittag hatte er sich auf das Segelschiff eines Delegationsmitglieds begeben. In Offiziershosen, feldgrauem Hemd und leichten Segelschuhen legte er sich auf der Mitte des Achterdecks an die Sonne. Auf der Höhe des

Breithorns brachte eine jähle Böe das Boot in Schräglage. Diesbach fiel vor den Augen seiner Gattin und seiner Schwester, die zu Besuch weilte, ins Wasser. Er soll zuerst einige Schwimmzüge ausgeführt haben, aber plötzlich streckte er mit schneeweissem Kopf beide Arme in die Höhe und versank. Nach mehr als dreistündigem Suchen fand man den Leichnam, den die Strömung nahe ans Ufer gespült hatte.⁶³⁶ Es hiess später, Diesbach sei nicht eigentlich ertrunken, sondern an einem Herzschlag gestorben.

In der Schweizer Presse bedauerte man den tragischen Hinschied des Berliner Delegationschefs rundum. Viele Zeitungen würdigten die überragende Persönlichkeit mit Worten, die weit über ein pietätvolles Gedenken, das sich bei solchem Anlass ohnehin gebietet, hinausgingen. In der «Neuen Zürcher Zeitung» stand: «Major François de Diesbach hat als Vertreter schweizerischer Interessen bei den Militärregierungen und Militärmissionen höchstes Ansehen genossen... Wie hoch sein Ansehen auch bei den Deutschen stand, zeigt sich darin, dass die streikenden Eisenbahner daran dachten, ihn als Schiedsrichter vorzuschlagen. Den schweizerischen Interessen hat François de Diesbach bei unzähligen, oft überaus schwierigen und heiklen Verhandlungen mit den Besatzungsmächten unschätzbare Dienste geleistet.»⁶³⁷

Aus der DDR abgedrängt

Zum Nachfolger ernannte der Bundesrat Legationsrat Felix Schnyder. Der Bruder des Altmeisters des Schweizer Films, Franz Schnyder, blieb bis Anfang 1954 in Berlin, wurde später UN-Hochkommissar für das Flüchtlingswesen und schloss seine hervorragende diplomatische Karriere als Botschafter in Washington ab. Mit Schnyders Amtsantritt streifte die Berliner Vertretung das militärische Etikett ab. Die Mitarbeiter kleideten sich fortan in Zivil, und von einer Heimschaffungsdelegation sprach niemand mehr. Die Aufgaben hatten sich wahrhaftig gewandelt. Zwar musste man immer noch hilfeschuchenden Heimkehrern beistehen. Aber ins Zentrum der Aufmerksamkeit glitten zusehends Fragen der Art, wie man mit dem Gebilde der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), das am 7. Oktober 1949 als Staat ausgerufen worden war, umzugehen hatte.

Erste Komplikationen tauchten schon auf, bevor die DDR offiziell proklamiert wurde. Die Delegation war sich stets bewusst, auf welchen prekären Rechtsgrundlagen sie in Ostberlin und der sowjetischen Besatzungszone arbeitete. Letztlich verfügte die Vertretung einzig über die Erlaubnis, Schweizer aus Berlin und der Ostzone heimzuschaffen. Zwar hatte die sowjetische Militäradministration grundsätzlich keine Einwendungen gegen die andern Aufgaben erhoben, welche die Delegation in Ostdeutschland wahrnahm. Aber das EPD hätte den Status der Delegation gern etwas fester verankert gesehen. Deshalb reiste der Chef der Verwaltungsangelegenheiten, Julien Rossat, bald nach Diesbachs Tod an die Spree, um mit den Sowjetbehörden über die Gestaltung der schweizerischen Vertretung zu sprechen. Im September erhielt er eine Zusicherung, wonach sich die Delegation nebst der Heimschaffung auch mit Handelsfragen und mit andern Aufgaben befassen könne. Kaum waren die Worte gesprochen, waren sie schon überholt. Denn die sowjetische Militäradministration ermächtigte einen Monat später die neugebildete DDR, die aussenpolitischen Beziehungen selbst an die Hand zu nehmen. Wie aber sollte die Schweiz mit dem zweiten deutschen Staat umgehen?

Bei Kriegsende, am 8. Mai 1945, hatte der Bundesrat festgestellt, Deutsch-

land existiere als einheitlicher Staat weiter, aber es gebe keine Reichsregierung mehr. Folglich könnten zwischen den beiden Ländern auch keine diplomatischen Beziehungen mehr bestehen.⁶³⁸ Die tatsächliche Staatsgewalt wurde nach dem Krieg von den Alliierten ausgeübt – allerdings nur de facto; die Siegermächte beanspruchten nie, die Rechtsnachfolge des Reiches anzutreten.

Im November 1949 errichtete die Schweiz bei der «Alliierten Hohen Kommission» in Bonn eine diplomatische Mission. Dagegen erachtete sie es als nicht möglich, die «Bundesrepublik Deutschland» und die «Deutsche Demokratische Republik», beide kurz zuvor gegründet, offiziell anzuerkennen. Noch 1950 vertrat das EPD die Auffassung, sowohl die BRD wie die DDR wiesen zwar alle Merkmale eines Staates auf, seien indes nicht souverän: die oberste Gewalt werde von den Besatzungsmächten ausgeübt. Erwünscht sei zwar, zu den Behörden beider Staatsgebilde faktische Beziehungen zu unterhalten, um die schweizerischen Interessen zu wahren; aber eine Gesandtschaft könne man weder bei der einen noch der andern Regierung errichten.

Diese Stellungnahme des EPD war natürlich keine rein akademische Fingerübung. Sie hatte einen konkreten Hintergrund und verfolgte einen genauen Zweck. Der Hintergrund: die Handelsabteilung, das heutige Bundesamt für Aussenwirtschaft, hatte eben mit einer ostdeutschen Delegation Gespräche über eine Handelsvereinbarung geführt.⁶³⁹ Derartige Verhandlungen missfielen den westlichen Alliierten. Sie wandten sich mehrmals an die Bundesbehörden und zeigten sich über die politische Bedeutung, welche solchen Gesprächen zukommen kann, besorgt. Das EPD erachtete es nun als vordringlich, die andern Departemente an die Kande zu nehmen. Gerade auf einem diplomatischen Minenfeld, wie es die beiden deutschen Regierungen mit ihren sich gegenseitig ausschliessenden Ansprüchen bildeten, durfte keine Amtsstelle eigenmächtige Kavalierstouren einschlagen. Deshalb beschloss der Bundesrat auf Antrag des EPD: «Alle eidgenössischen Dienststellen, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit mit deutschen Behörden verkehren, sind anzuweisen, mit dem Eidgenössischen Politischen Departement in Föhlung zu bleiben. Im Falle bevorstehender Verhandlungen ist das Politische Departement zu konsultieren, noch bevor die Initiative zur Aufnahme solcher Verhandlungen ergriffen wurde. Vereinbarungen irgendwelcher Art mit Deutschland sollen erst abgeschlossen werden, nachdem die Formfrage mit dem Eidgenössischen Politischen Departement abgeklärt wurde.»⁶⁴⁰

Die Haltung, welche die Schweiz einnahm, war im Grossen und Ganzen konsequent: eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR kam nicht in Frage, die Errich-

tung einer Gesandtschaft ebenfalls nicht. Deshalb wollte man mit den höchsten Regierungsvertretern keine regelmässigen Kontakte aufnehmen. Aber auf untergeordneter Ebene hätte man gern einige Beziehungen gepflegt, vornehmlich um die eigenen Landsleute besser betreuen zu können. Selbst dieses bescheidene Vorhaben sollte sich als schwierig erweisen. Nach einigen Jahren musste sich die Delegation Rechenschaft geben, dass einzig mit dem Ministerium für Aussenhandel ein befriedigender Kontakt bestand.

Doch in der Anfangsphase der DDR war die schweizerische Zurückhaltung gegenüber der Regierung in Ost-Berlin noch keineswegs derart in Stein gemeisselt, wie man es im Rückblick vermutete. Hätte die DDR-Regierung etwas geschmeidiger gehandelt, so hätten sich bescheidene diplomatische Beziehungen, etwa mit einem Geschäftsträger, anbahnen können. Bei allem Bemühen um eine folgerichtige Haltung schritt die Schweiz einige Male nicht so eindeutig der Hauptlinie entlang, wie es erforderlich gewesen wäre, hätte man jede Zweideutigkeit vermeiden wollen.

Eine kleine Panne ereignete sich schon bei der Gründungsversammlung der DDR. Als die Provisorische Volkskammer am 7. Oktober 1949 zur konstituierenden Sitzung zusammentrat, waren selbstverständlich auch die diplomatischen Vertretungen zur Festveranstaltung geladen. Wie sollte sich die schweizerische Delegation verhalten? Die Zentrale gab Order, der Feier beizuwohnen, aber wenn möglich ‚incognito‘. Das war in der Tat ein schwieriges Unterfangen. Auf der Vertretung, wo immer noch ein Verweser Diesbachs Nachfolge verwaltete, schob man diese Aufgabe auf das Delegationsmitglied mit dem tiefsten diplomatischen Rang ab, auf Attaché Otto f Burki. Dieser verschaffte sich Zutritt zum Gebäude der Deutschen Wirtschaftskommission, dem ehemaligen Reichsluftfahrtministerium, und versuchte, sich unauffällig auf die Tribüne zu begeben. Aber man erkannte ihn. Zwei Wachen holten ihn auf der Treppe ein und hiessen ihn gestreng, auf den vordersten Ehrenplätzen im Parkett Platz zu nehmen. Während des I Festakts geschah dann das Unvermeidliche: Burki wurde offiziell begrüsst und unter grossem Applaus als Schweizer Gesandter vorgestellt. Alles wurde so inszeniert, als ob die Schweiz drauf und dran wäre, die DDR anzuerkennen. Selbst Korrespondenten der internationalen Presse erkundigten sich, ob die Schweiz diesen Schritt zu tun gedenke.⁶⁴¹ Doch davon konnte keine Rede sein. Das groteske Zwischenspiel sollte den Bundesbehörden nachträglich noch einiges Kopfzerbrechen bereiten.⁶⁴²

Obschon Felix Schnyder eine Politik verfolgte, die mit jener des EPD im Einklang war, überlegte er sich doch ab und zu, wie er die Zentrale bewegen könnte, der DDR etwas mehr entgegenzukommen. Einig Male vermochte er

auch die Berner Behörden mit seiner Argumentation zu überzeugen. So schickte er Ende 1949 mit Rückendeckung der Zentrale den Chef der Ostberliner Zweigstelle, Emil Stadelhofer, zu den westlichen Alliierten, um zu sondieren, ob man die Zweigstelle in eine «Schweizerische Handels- und Interessenvertretung in der DDR» aufwerten könne. Die britischen und französischen Gesprächspartner waren ob dieser Absicht nicht erbaut. Das Wort «Interessenvertretung» störte sie. Es schillerte zu sehr in diplomatischen Farben und hätte ihrer Ansicht nach gerade das bedeuten können, was sich die Sowjets von der Errichtung der Zweigstelle erhofft hatten: nämlich den Grundstein zu einer eigenständigen Vertretung. Schnyder drang mit seiner Argumentation nicht durch. Verärgert schrieb er nach Bern: «Vorläufig ist also die Situation so, dass die Westmächte im Westen Deutschlands, unbekümmert um die Russen, aus eigener Machtvollkommenheit tun wollen, was ihnen passt, in Bezug auf den Osten aber, gestützt auf das Potsdamer Abkommen, dessen Konzeption sie in wesentlichen Punkten doch selbst ignorieren, ihre Stellungnahme verhalten wollen.»⁶⁴³

Als sich der Bundesrat im März 1951 anschickte, mit der Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen aufzunehmen, erachtete es das EPD für möglich, mit der Deutschen Demokratischen Republik einen ähnlichen, protokollarisch etwas tiefer eingestuften Austausch vorzunehmen. Im Bundesratsantrag vom 15. März 1951 zum Traktandum «Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der «Bundesrepublik Deutschland» und Errichtung einer schweizerischen Gesandtschaft» steht:

«Indessen ist angesichts des Bestehens zweier deutscher Regierungen, deren Souveränität von den Besatzungsmächten herrührt, zwei Grundsätzen Rechnung zu tragen: Einmal muss vermieden werden, dass die alleinige Anerkennung der westdeutschen Bundesregierung von der Deutschen Demokratischen Republik als Einmischung in die inneren deutschen Angelegenheiten erklärt werden kann. Ferner darf sich die Schweiz aus Gründen der Neutralitätspolitik nicht den Anschein geben, für eine der deutschen Regierungen, die beide mit dem Anspruch, ganz Deutschland zu verkörpern, auftreten, Partei zu ergreifen, und zwar weil Deutschland mitten im west-östlich en Spannungsfeld liegt und dessen Regierungen sich weitgehend an die beiden Mächteblöcke anlehnen.

Solchen Gefahren können wir entgehen, wenn wir bereit sind, der ostdeutschen Regierung, falls sie darum ersucht, ebenfalls die Aufnahme gegenseitiger direkter Beziehungen zuzugestehen. Wir müssten uns unter Umständen also mit der unerfreulichen Tatsache abfinden, in der Schweiz zweierlei deutsche Vertretungen zu dulden. Wir wollen aber der ostdeutschen Regierung die Initiative zu ei-

nem solchen Schritt überlassen. Ist dies einmal geschehen, so wäre es nicht unbedingt erforderlich, unserer Vertretung bei der Volksrepublik Deutschland den gleichen Rang zu geben wie jener bei der Bundesrepublik. Aber auch mit Ostdeutschland müsste darüber ein Einvernehmen erzielt werden. Dafür hätten wir die nicht zu unterschätzende Möglichkeit, zugunsten unserer bedeutenden Interessen in der Ostzone offiziell intervenieren zu können; eine Möglichkeit, die bis heute nicht bestand, worunter der Schutz von rund 5'000 Schweizerbürgern in Ost-Deutschland in zunehmendem und fühlbarem Masse leidet. Aller Voraussicht nach wird die Normalisierung unserer Beziehungen zur Bundesrepublik für die schweizerischen Interessen im Gebiet der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und für die Stellung der Schweizerischen Delegation in Berlin eine zusätzliche Erschwerung bedeuten.»⁶⁴⁴

Ob solche Überlegungen dem Regime in Ost-Berlin je zu Ohren gekommen sind? Mit etwas mehr Fingerspitzengefühl hätten DDR-Unterhändler allerdings auch aus dem Angebot einer Schweizer Verhandlungsdelegation spüren können, dass die Aufnahme direkter Kontakte nicht ausser jeglicher Reichweite lag.

Es entbehrt nicht ganz der Ironie, dass ausgerechnet das grösste schweizerische Entgegenkommen in Richtung Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR der Delegation in Berlin die nachhaltigsten Schwierigkeiten bereitete. Nachdem die Schweiz bei der BRD einen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister akkreditiert hatte, liess die Retourkutsche der DDR-Regierung, wie befürchtet, nicht lange auf sich warten. Im Mai 1952 scheiterte nach sechswöchigen Verhandlungen ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr. In den Handelsfragen war man sich zwar einig geworden. Aber die Schweiz wollte nur Hand zu einem Vertragsabschluss bieten, wenn zugleich ein «Modus vivendi» für die Wahrung der Schweizer Interessen in der DDR und die Betreuung der Schweizer Bürger gefunden werden konnte. Dazu aber war die DDR nicht bereit.

Die Gespräche standen von Anfang unter einem schlechten Stern; sie verschlechterten sich indes noch zusätzlich, nachdem in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» ein Artikel über «die geplante Errichtung diplomatischer Vertretungen in Ostberlin durch die Schweiz, Schweden und Finnland» erschienen war.⁶⁴⁵ Der Bericht löste im EPD Bestürzung aus. Man hielt es für angebracht, in den Verhandlungen nochmals deutlich die Schweizer Stossrichtung darzulegen: «Ein Abschluss eines Handelsvertrages kommt», lautete die Parole, «nur

in Frage, wenn auf dem Gebiet des Personen- und Rechtsschutzes eine befriedigende Lösung gefunden werden kann.» Und man fügte hinzu: «Eine solche [Lösung] wird hinwiederum zur Voraussetzung für die Aufnahme direkter Beziehungen gemacht.»⁶⁴⁶

Wieviele Bedingungen man auch auftürmte, eines ist unübersehbar: erstmals seit der Proklamation der DDR schloss die Schweiz in Gesprächen mit ostdeutschen Unterhändlern die Aufnahme von direkten Beziehungen nicht rundweg aus. Die Entwicklung hätte für die Eidgenossenschaft recht ungemütlich werden können, wenn die DDR-Führung mit weitsichtigen Schachzügen auf die neue Eröffnung reagiert hätte. Aber die ideologische Verblendung von Walter Ulbricht ersparte der Schweiz die Peinlichkeit, die eigenen Avancen, wollte sie nicht allein aus der Gemeinschaft der westlichen Länder ausscheren, zurücknehmen zu müssen. Auf der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) rügte der Generalsekretär die Verhandlungen mit der Schweiz schärfstens. Die schweizerische Bundesrepublik – so drückte er sich aus – wolle mit der DDR diplomatische Beziehungen aufnehmen. Sie hätte sich indes erdreistet, daran Bedingungen zu knüpfen – ein Unterfangen, welches die DDR aufs Entschiedenste zurückgewiesen hätte.⁶⁴⁷ Ulbricht fasste in der Tat die schweizerischen Forderungen als Frontalangriff auf den Arbeiter- und Bauernstaat auf. Gemäss einer Meldung der ostdeutschen Nachrichtenagentur ADN vom 4. Juli 1952 soll er auf der Parteikonferenz behauptet haben, die Schweiz hätte als Gegenleistung für die Anerkennung gefordert, die DDR müsse die Bodenreform rückgängig machen und die Schulden des Dritten Reiches begleichen.

Auch wenn Ulbricht das eidgenössische Angebot verzerrt in die Öffentlichkeit zog, sah sich die Schweiz veranlasst, ihren Standpunkt in Washington, London, Paris und Bonn zu erläutern. Die Verhandlungen mit der DDR konnten unter diesen Umständen natürlich auf keinen grünen Zweig führen. Vielmehr legte sich nun dickster Frost auf jene wenigen Knospen, die dem rauen Klima bisher noch widerstanden hatten. Der Bundesrat wäre zwar bereit gewesen, die Verhandlungen nochmals aufzunehmen. Aber als man dem Aussenhandelsministerium die entsprechende Mitteilung überbringen wollte, weigerte sich das Ministerium, die Nachricht entgegenzunehmen; es sei nur, verlautete, für den Handel zuständig; alle andern Fragen sollten über das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten besprochen werden. Darauf konnte die Schweiz aus den bekannten Gründen nicht eingehen.

Am 15. September präsentierte dann die DDR-Regierung die Quittung. In einer Regierungserklärung wies sie die Behörden in Ostdeutschland an, Briefe

und Eingaben der, wie es hiess, «sogenannten Schweizerischen Delegation» zurückzuweisen und Besuche von deren Mitarbeitern abzulehnen; man könne diese Delegation nicht anerkennen, da zwischen der DDR und der Schweiz keine diplomatischen Beziehungen bestünden. Sodann wurde allen Amtsstellen untersagt, «Verkehr irgendwelcher Art» mit dieser Mission zu pflegen.⁶⁴⁸ Die Kontakte wurden in der Folge immer spärlicher und mühsamer, bis im Dezember sogar das Aussenhandelsministerium wissen liess, es könne keine Delegationsmitglieder mehr empfangen. Schliesslich eskalierte der Konflikt so weit, dass die Zweigstelle im Januar 1953 aus Ostberlin ausgewiesen wurde. Und zuletzt störten die DDR-Behörden in der ersten Jahreshälfte gar den Postverkehr zwischen der Delegation und den Landsleuten. Viele Briefe kamen mit dem Vermerk «unzustellbar» zurück.

Die Schwierigkeiten verringerten sich erst im Verlauf des Sommers. Damals verkündete die Regierung einen «neuen Kurs», mit welchem sie die rücksichtslose Sozialisierung etwas bremste. Im Rahmen dieser Kurskorrektur beseitigte sie auch die Schikanen im Postverkehr; selbst bei der Kontaktnahme zeigten sich die Behörden eine Spur weniger zugeknöpft.⁶⁴⁹ Der SED-Regierung fiel es damals allerdings schwer, die Zügel zu lockern. Im Juni war nämlich das Regime empfindlich erschüttert worden – ausgerechnet von jenen, welche die Partei als Säulen des Staates pries: den Arbeitern. Heinz Langenbacher, der Leiter des Rechts- und Wirtschaftsdienstes, erlebte die dramatischen Stunden so:

«Aus einem Schneeball einer Arbeiter demonstration wurde eine Lawine der Auflehnung, die alles mit sich riss, bis am Nachmittag des 17. Juni sowjetische Panzer, unter einem Steinhagel und mit Buhrufen empfangen, alles niederwalzten. Zur gleichen Stunde gingen über Berlin heftige Gewitter mit prasselndem Platzregen nieder. Ein dramatischer Hintergrund!

Wären diese Monstergewitter nicht gewesen, so wäre es den sowjetischen Truppen sehr wahrscheinlich nicht so schnell gelungen, die Situation unter Kontrolle zu nehmen. Das rebellierende Volk suchte unter dem ersten Wolkenbruch Schutz unter Vordächern und in Hauseingängen, womit sich die Aufbruchstimmung offensichtlich abkühlte und die Revolution den Schwung verlor. Noch versuchten Jugendliche Holzscheite zwischen die Raupen der Panzer zu klemmen, kletterten aufs Brandenburgertor, rissen die rote Fahne herunter und hissten die Berliner Fahne. Überall loderten Brände. Die Menge sang das Deutschlandlied. Tote und Verletzte wurden weggetragen. Doch, dann ‚fegten‘ die Russen und die Volkspolizei die Strassen im massierten Einsatz, ‚sauber‘, gruben sich ein und sperrten die Sektorengren-

ze hermetisch ab. Eine Stunde später wurde der Belagerungszustand erklärt.

Mit einer letzten Gruppe von Westberliner ‚Schaulustigen‘ gelang es meinem Chef [Felix Schnyder] und mir, auf allen Vieren, neben dem Brandenburgertor in den Westen zu kriechen. Wenn geschossen wurde, gingen wir platt zu Boden oder suchten hinter einer der zerschossenen Statuen Deckung.»⁶⁵⁰

Trotz der zaghaften Erleichterungen von 1953 blieb freilich die Situation alles andere als erfreulich. Die sowjetischen Behörden erklärten 1954 die DDR einseitig als souverän, und damit fielen, abgesehen von einigen gesellschaftlichen Einladungen, nicht nur die Kontakte zu den Sowjets auf dem Platz Berlin aus; die Schweiz musste nun noch peinlicher darauf bedacht sein, nichts zu unternehmen, was das SED-Regime als ersten Schritt zur Anerkennung hätte deuten und dementsprechend propagandistisch ausbeuten können. Unter diesen Bedingungen liessen sich nützliche Kontakte kaum noch herstellen. Delegationschef Felix Schnyder musste denn 1954, ehe er Berlin verliess, eingestehen, dass zur Regierung und zu den Behörden der DDR praktisch keine Verbindungen bestünden.⁶⁵¹ Und an diesem Befund änderte sich in den nächsten Jahren nichts Nennenswertes.

So war es um die Beziehungen zur DDR bestellt, als Hans Lacher, der nachmalige Botschafter in Bonn, die Nachfolge antrat. Das Leben hatte sich in der hartgeprüften Stadt weitgehend normalisiert – allerdings auf berlinerisch: die Vier-Sektoren-Stadt war zu einer Frontstadt geworden. Nirgends in Europa standen sich Ost und West so nah und gleichzeitig so abweisend wie feindlich gegenüber. Die Fronten erstarrten von Jahr zu Jahr. Ende der fünfziger Jahre spitzte sich die internationale Lage um Berlin erneut dramatisch zu, als Chruschtschow mit verschiedenen Ultimaten ungestüm den Abzug der westlichen Alliierten und für Westberlin den Status eine vollständig entmilitarisierten Stadt forderte. Zeitweilig befürchtete man gar, an der Berlin-Krise könnte sich ein neuer Weltkrieg entfachen. Berlin rückte von 1958 an in den Brennpunkt des politischen Geschehens, bis mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 die ganze westliche Welt um das Schicksal der eingeschlossenen Stadt bangte.

Der seelische Druck, der von Ultimaten ausging, und der wahnwitzige Mauerbau belasteten selbstverständlich auch die Schweizer Delegation. Erregung und Angst zogen nicht spurlos an den Mitarbeitern vorbei. Aber am Arbeitsfeld der schweizerischen Delegation änderte sich seit 1953 nicht mehr viel. Die Vertretung amtierte zusehends wie ein Generalkonsulat für Westberlin, derweil die Betätigungsmöglichkeiten in Ostberlin und der DDR sehr zu wünschen übrig

liessen. Routine bemächtigte sich des Alltags, Postenchefs kamen und gingen; die Wechsel kann man dem Anhang entnehmen. Zwei einzelne Vorkommnisse sollen jedoch noch erwähnt sein: das Schicksal von Heinrich und Hertha Bornhauser sowie der Mauerbau um und durch Berlin.

Einer der wenigen Schweizer, die von einem sowjetischen Militärgericht verurteilt wurden, war Heinrich Bornhauser (1882-1959). Am 9. Juni 1948 verhaftete ihn die gefürchtete sowjetische Sonderpolizei NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR). Er wurde wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sieben Jahre verbrachte er in der berüchtigten Strafanstalt Bautzen hinter Schloss und Riegel, ehe er 1955 aufgrund eines Gnadenerlasses vorzeitig entlassen wurde. Das Wort «Bautzen» rief schlimmste Vorstellungen hervor. Wer dort einsass, kam häufig nur noch gebrochen heraus – auch Bornhauser. Dabei waren die Bautzener Sträflinge meistens nicht einmal wegen schwersten Verbrechen abgeurteilt worden. Selbst in den Augen der sowjetischen Militärrichter galten sie als kleinere Fälle. Wen die russischen Besatzungsbehörden für einen grossen Delinquenten hielten, den transportierten sie gleich in die Sowjetunion ab. Quälende Ungewissheit belastete indes die politischen Gefangenen auf deutschem Boden aufs Schwerste. Sie lebten ständig in Angst, doch noch in sowjetische Zwangslager verschickt zu werden. Man schätzt, dass die Sowjets etwa 120'000 Deutsche – viele wegen belastender Kollaboration mit dem Nazi-Regime, etliche indes bloss aufgrund perfider Denunziation – in Haftanstalten und Lager wie Buchenwald in der eigenen Besatzungszone steckten. Diese Insassen bildeten das Reservepotential, aus welchem man den Nachschub für umgekommene Zwangsarbeiter in sibirischen Lagern schöpfte. In Bautzen eingesperrt zu sein, bedeutete für zahlreiche Gefangene, auf einer Warteliste für die Verfrachtung in die Sowjetunion zu stehen. Anzumerken bleibt, dass sich weder Bornhauser noch dessen Ehefrau einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten schuldig gemacht hatten. Eine Anfrage beim «American Document Center», einer zentralen Informationsstelle, welche über etwaige Verstrickungen Auskunft gab, erbrachte nichts Abträgliches. Die Eheleute waren nie NSDAP-Mitglieder gewesen, noch hatten sie sich sonst im Naziumfeld betätigt.⁶⁵²

Heinrich Bornhauser, 1882 in Kreuzlingen geboren, verbrachte die erste Hälfte seines Lebens in der Schweiz. Er wanderte erst nach Deutschland aus, nachdem seine zweite Ehe 1924 gescheitert war. In Berlin, wohin er zog, arbeitete er anfangs beim Reichssportamt in der Abteilung Sportabzeichen. Später leitete er das Ausländerbüro in der BAMAK (Berlin-Anhaltinische Maschinenbau AG), ab Mai 1941 nahm er die gleichen Aufgaben bei der BAMAK in

Dessau wahr. Ende 1940 hatte er sich erneut verheiratet, dieses Mal mit der Deutschen Hertha Raap. Aus beruflichen Gründen – die Anstellung beim Reichssportamt erforderte es wohl – hatte Bornhauser 1934 auch die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Mit der Schweizer Gesandtschaft und den offiziellen Schweizer Vereinen verkehrte er dagegen nicht. Weder war er auf der Vertretung eingeschrieben, noch wusste jemand, dass es einen Schweizer namens Bornhauser gab, der in Bautzen inhaftiert war, ehe seine Ehefrau im August 1950 an der Fürst-Bismarck-Strasse vorgesprochen hatte.

Die Stadt Dessau, die westlich der Elbe auf der Strecke Berlin-Leipzig liegt, war im April 1945 von den amerikanischen Truppen erobert worden. Bis zu jenem Zeitpunkt hatte Bornhauser seit 1942 die ausländischen Arbeiter der BAMAK betreut. Von ausländischen Arbeitern zu sprechen, ist allerdings ein Euphemismus. In Tat und Wahrheit waren es Kriegsgefangene, die zur Arbeit in der anhaltinischen Maschinenfabrik verdammte waren. Hauptsächlich handelte es sich um Franzosen – 400 an der Zahl. Aus eigener Initiative soll Bornhauser, der als ein tief religiöser und herzenguter Mensch geschildert wird, nach dem Einmarsch der Amerikaner einen Ausländerfriedhof angelegt haben. Rund 700 Gräber soll er persönlich gepflegt haben. Ausserdem versuchte er festzustellen, woher die Gefallenen stammten, und er bemühte sich, deren Angehörige in Ost und West davon zu benachrichtigen, dass die Vermissten in Dessau beigesetzt seien. Diese Tätigkeit brachte eine umfangreiche Korrespondenz mit sich. Auch musste Bornhauser mehrmals Offiziere der alliierten Gräberkommissionen in Berlin aufsuchen. Offenbar misstrauten einige Ortsbewohner diesen ungewohnten Tätigkeiten und denunzierten ihn bei den sowjetischen Behörden. Jedenfalls verhaftete ihn der NKWD am 9. Juni 1948, und ein sowjetisches Militärgericht beschuldigte ihn der Spionage. Zwar bescheinigten französische Amtsstellen bereits zehn Tage nach der Verhaftung, dass Bornhauser zahlreichen französischen Zwangsarbeitern geholfen hatte: «Herr Bornhauser hat diesen Franzosen einen grossen Dienst erwiesen. In zahlreichen Fällen schritt er persönlich ein, um zu verhindern, dass sie in Arbeitslager geschickt wurden ...».⁶⁵³ Aber die Sowjets liessen sich nicht erweichen. Sie gaben Bornhauser nicht mehr frei.

In einem Brief vom 28. Juni 1950, mithin zwei Jahre nach der Verhaftung, erfuhr Frau Bornhauser von ihrem Ehemann zum ersten Mal, dass er wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei. Im Sommer 1954 erwähnte er sodann während eines Besuchs, der Leiter der Strafanstalt hätte ihm mitgeteilt, die sowjetischen Behörden hätten ihm Spionage zugunsten des IKRK zur Last gelegt. Nach seiner Entlassung meinte Bornhauser einmal,

ihm sei wohl zum Verhängnis geworden, dass er im Auftrag der französischen Abteilung des Alliierten Kontrollrats und in Verbindung mit dem IKRK nach toten Bürgern der Vereinten Nationen gesucht hätte.⁶⁵⁴ Auf den Listen des IKRK figuriert allerdings kein Heinrich Bornhauser. Aber an der Genfer Zentrale schloss man seinerzeit nicht aus, dass sich Bornhauser an einer Suchaktion beteiligt haben könnte, um welche das IKRK interalliierte Stellen gebeten hatte. Wie dem auch sei, Beamte des Staatssicherheitsdienstes (SSD) behaupteten später gegenüber Frau Bornhauser, umfangreiche Dossiers würden belegen, dass der Gatte Spionage im Dienste der westlichen Alliierten betrieben hätte. Die Listen von Gefallenen, die er verschickt hätte, und seine jeweiligen Reisen zu alliierten Gräberkommissionen seien lediglich Tarnmanöver gewesen; tatsächlich hätte er damit vertrauliche Mitteilungen an die Westalliierten geleitet. Bornhauser hatte diese Beschuldigungen stets bestritten. Nichts anderes, keine politischen oder nachrichtendienstlichen Hintergedanken, hätten ihn bei seinem humanitären Einsatz für die ausländischen Gefallenen geleitet. Nach Ansicht der schweizerischen Bundesbehörden beruhte das Gerichtsverfahren auf reiner Willkür. Die Sowjets lehnten es rundweg ab, ein Urteil auszufertigen oder die Gerichtsakten herauszugeben. Das Verfahren verstieß zweifellos gegen Völkerrechtsbestimmungen.⁶⁵⁵

Lange Zeit wusste niemand, wo sich Bornhauser befand. «Erst nach einem Jahr», erinnerte sich seine Frau, «erhielt ich den ersten Brief meines Mannes unter Chiffre, Postamt NW 40. Von da an durfte ich jeden Monat einen 16-zeiligen Brief senden».⁶⁵⁶ Nach einem weiteren Jahr erfuhr sie, dass er in der Strafanstalt Bautzen eingesperrt war. Hertha Bornhauser wusste sich nicht mehr zu helfen; sie wandte sich deshalb im August 1950 an die Schweizerische Delegation in Berlin. Vorerst intervenierte die Vertretung auf ausdrücklichen Wunsch von Frau Bornhauser nicht. Diese befürchtete nämlich, eine schweizerische Demarche könnte die Haftbedingungen ihres Gatten noch verschlimmern. Nachdem aber Hoffnungen auf eine Amnestie 1953 zerschellt waren, überreichte die Delegation der sowjetischen Hohen Kommission in Ostdeutschland eine erste Note. Im Februar 1954 erhielt die Schweiz die Antwort: Es liege kein Grund vor für eine Freilassung. Im Herbst 1954 intervenierte der Gesandte in Moskau, Eduard de Haller, da Bornhauser ja von einem sowjetischen Militärtribunal verurteilt worden war. In einer Art Katz und Maus-Spiel erklärten die Moskauer Behörden, die Angelegenheit falle in die Kompetenz der DDR – was damals noch nicht zutraf. Die sogenannten Tribunalverurteilten wurden erst Ende 1954 von den Sowjets der DDR-Regierung übergeben. Haller gab sich jedoch mit der dürftigen Antwort nicht zufrieden. Er intervenierte erneut

und ersuchte die Sowjets, sie möchten, falls sie nicht direkt zuständig seien, bei den ostdeutschen Behörden ihren Einfluss geltend machen.⁶⁵⁷ Viel gefruchtet hat jedoch auch diese Intervention nicht. Erst im Rahmen einer sogenannten Gnadenaktion, die DDR-Präsident Wilhelm Pieck auf Ostern 1955 anordnete, wurde Bornhauser zusammen mit 107 andern Häftlingen aus dem Zuchthaus Bautzen nach West-Berlin entlassen.

Delegationschef Hans Lacher empfing den Entlassenen sogleich, als dieser in West-Berlin ankam. Lacher war erstaunt über den leidlich guten Gesundheitszustand des dreiundsiebzigjährigen Mannes. Auch glaubte er zu beobachten, Bornhauser seien geistige Frische und ein verschmitzter Humor, der für Ostschweizer typisch ist, in der Gefangenschaft nicht abhanden gekommen.⁶⁵⁸ Doch dieser Eindruck trog. Frau Bornhauser musste bald schmerzhaft zur Kenntnis nehmen, dass ihr Mann die sieben Jahre in Bautzen seelisch nicht verkraften konnte, sich in der Freiheit nicht mehr zurecht fand und seinen Kummer mit Alkohol zu erleichtern versuchte.

Eine Zeitlang dachte das Ehepaar daran, in die Schweiz zu übersiedeln. Die Eidgenössische Zentralstelle für Auslandschweizerfragen (EZAF) finanzierte einen vierwöchigen Erholungsurlaub im Hotel Bad Säntisblick in der appenzelischen Waldstatt. Danach aber entschlossen sich beide, ihren Lebensabend doch in Berlin zu verbringen. Bornhauser verstarb 1959 in West-Berlin. Seine Witwe, die sich oft in arger Geldnot befand, erhielt von der EZAF und der Schweizerischen Wohltätigkeitsgesellschaft verschiedentlich kleinere Unterstützungsbeiträge. Aber ein Gesuch um eine einmalige Zuwendung von Franken 650-1'000 wurde von der Kommission für die Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer abgelehnt. Man fand in der Begründung, Frau Bornhauser sei zuwenig mit der Schweiz verbunden und ausserdem beziehe sie, was zutreffend war, bereits eine deutsche Rente. Aus heutiger Sicht ist es dennoch schwer verständlich, dass die Ehefrau eines Schweizers, der über 40 Jahre in seiner Heimat verbracht hatte, der zudem unverschuldeterweise mehr als jeder andere Landsmann unter dem DDR-Regime zu leiden hatte, mit folgender hartherziger Antwort abgewiesen wurde: «Die verlangten Voraussetzungen für die Gewährung der Bundeshilfe [sind] in persönlicher und sachlicher Hinsicht nicht erfüllt»⁶⁵⁹ – dies umso mehr, wenn man bedenkt, dass die Bundesbehörden später in einem internen Formular den Schaden, der Bornhauser durch seine Gefangenschaft entstanden war, auf Franken 118'720 errechneten.⁶⁶⁰

Während der Inhaftierung ihres Ehemannes bemühte sich Hertha Bornhauser, in Dessau über die Runden zu kommen. Verschiedentlich dachte sie daran, nach West-Berlin zu übersiedeln. Aber sie verwarf diesen Gedanken immer wieder. Denn eine sogenannte Republikflucht hätte das ohnehin harte Los

ihres Mannes noch verschlimmert. Da geschah etwas im September 1954, das ihrem Leben eine neue Wendung gab. Frau Bornhauser wurde wieder einmal, wie so oft, zu einem Verhör vorgeladen, in welchem die Staatsfunktionäre erneut alle Einzelheiten über Heinrich Bornhausers frühere Tätigkeit erfahren wollten. Am Ende der Befragung bemerkte der SSD-Beamte, es sei ihm nicht entgangen, dass Frau Bornhauser Beziehungen zur Widerstandsbewegung in der DDR unterhalte und gelegentlich nach Berlin fahre; der SSD hätte genügend Unterlagen beieinander, um die Beschuldigte der Staatsanwaltschaft auszuliefern. Dann erklärte der Beamte, er verzichte vorderhand darauf, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen und gebe Frau Bornhauser eine «letzte Möglichkeit, sich zu retten».⁶⁶¹ Was bedeutete diese Drohung?

Eine verduztzte Frau Bornhauser sollte als gleich erfahren, was sie zu tun hatte. Der Beamte forderte sie auf, nach West-Berlin zu übersiedeln, dort mit den alliierten Behörden und der Schweizerischen Delegation Fühlung aufzunehmen und zu versuchen, bei diesen Vertretungen eine Arbeitsstelle zu erlangen. Nicht ohne Zynismus bemerkte der Beamte, die Bewerbungen sollten ihr umso leichter fallen, als die westlichen Alliierten wie die Schweizer sich wohl innerlich verpflichtet fühlten, ihr zu helfen, da ihr Mann in einer ostdeutschen Strafanstalt einsässe. Hernach diktierte der SSD-Beamte eine eidesstattliche Erklärung. Frau Bornhauser musste sich verpflichten, die vorgeschriebenen Kontakte aufzunehmen und dem SSD regelmässig alles Wissenswerte zu berichten. Die schweizerisch-deutsche Doppelbürgerin unterschrieb. Sie hatte gar keine Wahl. Man hatte sie, die Ehefrau eines politischen Gefangenen, zur Spionage gegen die Schweiz erpresst.

Wie befohlen, begab sich Frau Bornhauser sogleich nach West-Berlin. Sie sprach auf der Schweizerischen Delegation vor, und die gelernte Sekretärin erkundigte sich auftragsgemäss nach einer Anstellungsmöglichkeit – aber sie vertraute sich auch Legationssekretär Heinz Langenbacher an und erwähnte die Spionageverpflichtung. Die beiden heckten nun ein Szenario aus, wie Frau Bornhauser bis zum endgültigen Umzug nach West-Berlin das Spiel des SSD betreiben und gleichzeitig die Spitzelorganisation ausmanövrieren könne. Langenbacher setzte ein Schreiben auf, worin er bestätigte, dass die Schweizerische Delegation Frau Bornhauser anzustellen beabsichtige, aber nur unter der Bedingung, dass sie sich in West-Berlin niederlasse. Die präsumtive Spitzel-Agentin reiste nach Dessau zurück und überreichte das Schriftstück dem zuständigen SSD-Beamten. Dieser war anscheinend über die gefügige neue Mitarbeiterin erfreut. Er beschleunigte den Umzug. Frau Bornhauser konnte bereits am 4. November 1954 nach West-Berlin übersiedeln.

Vor der Abreise schärfte der SSD-Funktionär seiner Agentin nochmals ihren Auftrag ein. Er teilte ihr auch eine Spitzeladresse mit. In Berlin sollte sie sich sofort an ihren Führungsoffizier wenden. Dieser würde ihr weitere Anweisungen geben. Frau Bornhauser aber war entschlossen, die lästigen Fesseln so rasch als möglich abzustreifen. Kaum in Berlin angekommen, begab sie sich erneut zur Delegation. Sie bewarb sich schriftlich darum, als Sekretärin angestellt zu werden. Langenbacher beantwortete das Gesuch nun abschlägig, da Vertrauensstellen nur mit Personal aus der Schweiz besetzt würden.⁶⁶² Frau Bornhauser sandte diese Absage dem SSD zu – und hörte von ihrem Auftraggeber nichts mehr, obschon man ihr vor der Abreise aus Dessau gedroht hatte, sie würde in Berlin regelmässig von einem Führungsoffizier besucht.⁶⁶³

Nun zum andern Thema, das noch etwas erörtert werden soll, dem Mauerbau. Im Sommer 1961 spitzte sich die Lage um Berlin scharf zu. Zwar bedrohte der Kreml seit rund drei Jahren den Westen mit Ultimaten, in welchen er ein entmilitarisiertes West-Berlin und Neuverhandlungen über den Zugang zu dieser Stadt forderte. Aber nach dem Gipfeltreffen mit Präsident Kennedy in Wien pochte Chruschtschow im Juni 1961 noch stärker darauf, die Berlin Frage sei innert kürzester Zeit in seinem Sinn zu lösen; er erklärte, ein Deutschland-Vertrag lasse nicht mehr länger auf sich warten, er müsse noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Auch andern Gesprächspartnern gegenüber verheimlichte er seine Absichten nicht. Als Ende Juli der ehemalige amerikanische Hohe Kommissar für Deutschland, John McCloy, den sowjetischen Generalsekretär besuchte, liess er diesen wissen, er werde die «Menschenfalle in West-Berlin» zustopfen lassen.⁶⁶⁴ Schliesslich holte der Kremlchef am 10. August Marschall Iwan Konjew, den hochdekorierten Eroberer von Berlin, aus dem Ruhestand zurück und ernannte ihn zum Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland – eine wahrlich ausserordentliche Berufung, die eigentlich unter normalen Umständen eine Degradierung des Marschalls bedeutet hätte.

Diese Brandzeichen nahm man wohl überall wahr, und man war sich weiterhin bewusst, was sie bedeuten konnten; trotzdem hoffte man, dass die Zeichen nichts als Zeichen seien und man sie somit nicht als Vorboten künftiger Geschehnisse zu deuten hätte. Da die ultimativen Drohungen so häufig erfolglos waren und im entscheidenden Augenblick doch nicht in die Tat umgesetzt wurden, nahm man sie, bei aller Furcht, die sie verbreiteten, nicht mehr ganz zum Nennwert. So lastete denn den ganzen Sommer hindurch über Berlin eine bange Ungewissheit. Die Bevölkerung floh scharenweise aus der DDR; im Juli waren es über 30'000 Leute, am 12. August schwoll der Strom gar auf ein Tageshoch von 4'000 Personen an. Und dennoch, als in den grauen Morgenstunden des 13.

August einige 40'000 Volkspolizisten und Soldaten West-Berlin vom Ost-Sektor abriegelten, ergriff grenzenlose Bestürzung die Berliner und die westliche Welt. Was immer man erwartet haben mochte, auf so etwas war man nicht gefasst gewesen. Die offiziellen Reaktionen der westlichen Alliierten auf die krasseste Verletzung des Viermächte-Status waren im Gegensatz zur sogenannten Volksmeinung jedoch erstaunlich verhalten.

Die Schweizer Vertretung, im südlichen Spreebogen dicht an der ostwestlichen Sektorengrenze gelegen, wurde buchstäblich zum Zaungast des Mauerbaus. Der interimistische Delegationschef, Hans-Ulrich Rentsch, schilderte in einem Bericht vom 16. August, wie bereits am Sonntag, dem 13. August, Zehntausende von entrüsteten West-Berlinern protestierten und DDR-Soldaten bedrohten, welche, gedeckt von Kameraden mit aufgepflanzttem Bajonett, die Stacheldrahtrollen auslegten.

«Nur mit Mühe konnten Hundertschaften der Westberliner Polizei die aufgebrachte Menge davon abhalten, die ostdeutschen Stacheldrahtverhaue und Strassensperren zu stürmen. Auf mitgebrachten Transparenten und in Sprechchören, die bis weit in die Nacht hinein vom Brandenburger Tor widerhallten, gaben sie ihrer Entrüstung Ausdruck. Sie verschonten dabei auch die Westberliner Polizei nicht, die mit Lautsprecherwagen die Menschenmassen zur Besonnenheit mahnte. Trotzdem wurden an verschiedenen Stellen Volkspolizisten, deren die Menge habhaft werden konnte, verprügelt oder mit Steinen beworfen und Stacheldrahtverhaue eingerissen. Am Brandenburger Tor antwortete die Vopo mit Tränengasbomben, deren Wolken der herrschende Westwind allerdings umgehend nach Ostberlin blies. Offensichtlich hatten die Volksarmisten und Volkspolizisten Befehl, von der Schusswaffe keinen Gebrauch zu machen, so dass noch in letzter Minute zahlreichen Ostberlinern die Flucht aus ihrer zum Konzentrationslager gewordenen Stadt gelang. Als sich die Spannung am Brandenburger Tor immer mehr steigerte und ernste Zwischenfälle jederzeit möglich schienen, begann die Westberliner Polizei schliesslich am Montag Nachmittag, mit Wasserwerfern die Menge von der Sektorengrenze abzudrängen und etwa 300 m westlich davon einen dichten Polizeikordon zu bilden. (Das Gebäude der Delegation liegt seither im ‚Niemandland‘).»⁶⁶⁵

Die Delegation geriet für einige Wochen in eine ungemütliche Zwischenlage. Die Briten hatten von der Moltkebrücke bis zum Reichstag hin und dem Brandenburger Tor entlang einen Sicherheitsgürtel angelegt, den sie mit Stachel-

draht abschirmten. Die schweizerische Liegenschaft an der Fürst-Bismarck-Strasse lag in diesem Niemandsland, eingeklemmt zwischen der östlichen und der westlichen Absperrung. Um in der eigenen Liegenschaft wohnen oder arbeiten zu können, benötigten die Mitglieder einen Spezialausweis. Denn der damals einzige Zugang über die Moltkebrücke war für alle Passanten – ausser die schweizerischen Delegationsmitglieder – gesperrt.⁶⁶⁶

In jener dramatischen Zeit wuchs der schweizerischen Vertretung auch eine Aufgabe zu, die nicht in ihrem berufsmässigen Pflichtenheft stand. Das Gebäude im ehemaligen Alsenviertel war im Umkreis des Reichstags weit und breit das einzige bewohnte Haus auf westlicher Seite. Flüchtlinge, die in den ersten Tagen nach der Absperrung noch die Spree durchschwammen, strebten auf das Haus zu, um sich aufwärmen oder neu einkleiden zu lassen. Verwundete, die auf der Flucht von «Vopos» (Volkspolizisten) angeschossen wurden, soll man dort auch, bis eine Ambulanz eintraf, verarztet haben.⁶⁶⁷ Der Schweizer Diplomat erinnert sich an seinen Stage, den er damals auf dem Berliner Posten absolvierte, folgendermassen: «Die auf dem Dach wehende Schweizer Fahne diente in den ersten Wochen, als Ost-Berlin noch nicht ‚perfekt‘ abgeriegelt war, Flüchtlingen zur Orientierung. Mehrere empfingen bei uns Hilfe.»⁶⁶⁸ Anderen konnte sie nicht gereicht werden. Rund 300 Meter nördlich der Schweizer Vertretung erschossen Grenzwächter Günter Litfin. Er versuchte am 24. August 1961, die Spree beim Humboldt-Hafen zu durchschwimmen und wurde das erste Opfer, das Todesschützen an der Mauer forderten.

Der Delegationschef, der nicht nur an der Fürst-Bismarck-Strasse arbeitete, sondern auch dort wohnte, musste im Herbst und Winter ansehen, wie aus dem Stacheldrahtverhau ein ausgeklügeltes Mauersystem entstand, ein «Antifaschistischer Schutzwall», wie es im DDR-Jargon hiess. Ende November berichtete Frieder Heiner Andres, der Lärm der Baumaschinen dringe vom Brandenburger Tor zur Residenz hinüber. Tanksperrn würden errichtet, um jeglichen Versuch, die Mauer gewaltsam zu zerstören, zu vereiteln. Um die Vorgänge aus der Nähe zu inspizieren, begab er sich dann selbst zum Berliner Wahrzeichen und meldete:

«Ausserhalb der Mauer waren alle 4-5 m ‚Vopos‘ postiert, ausgerüstet mit Helm und automatischer Waffe. Sie hatten sichtlich den Auftrag, allfällige Fluchtversuche der Arbeitskräfte im Keime zu ersticken. Bei meiner Besichtigung war die Betonmauer bereits fast 2 m hoch. Sie führte in grossem Halbkreis der Sektorengrenze vor dem Brandenburger Tor entlang. Zahlreiche Arbeiter waren damit beschäftigt, mit fahrbaren Kranwagen die

Mauerteile vorzubereiten, einzusetzen und auszufüllen. ... Weiter hinten wurden separate Tanksperren vorbereitet, wobei alte Tramschienen als Material verwendet wurden. Ein Lautsprecherwagen plärrte Richtung Westen mit kommunistischen Slogans, Anwürfen gegen den Westen und Marschmusik. Der Anblick war trostlos.»⁶⁶⁹

Die 155 km lange Mauer durch Berlin und um West-Berlin herum sollte sich schon bald als beinahe undurchdringbar erweisen. Vom 13. August 1961 bis zum 9. November 1989 gelang es nur 5'043 Flüchtlingen, sie zu überwinden, wovon den meisten in der Anfangsphase. Nach provisorischen Angaben bezahlten 80 Personen ihren Fluchtversuch mit dem Leben, 118 wurden angeschossen. Nur widerwillig schickten sich viele Berliner und Auswärtige in die brutale Zweiteilung der Stadt. Einige heckten tollkühne Pläne aus, um die Mauerabspernung trotz aller Perfektion zu überwinden. Ab und zu schnappten die DDR-Behörden auch einen Schweizer, den sie wegen Fluchtbeihilfe verurteilten.

Einzelne Gestalten wie der 1979 ermordete Hans-Ulrich Lenzlinger trieben mit der Fluchthilfe ihre trüben Geschäfte und gerieten selbst in das Stasi-Gestrüpp.⁶⁷⁰ Unerbittlich schlug das Ministerium für Staatssicherheit zurück. Es mobilisierte alles, was ihm zur Verfügung stand. Mindestens dreizehn sogenannte informelle Mitarbeiter (IM) wurden in der Schweiz und der BRD auf Lenzlinger und sein Fluchthilfe-Unternehmen «Aramco» angesetzt, und mindestens neun waren es in der DDR. Die Zielsetzung der geheimdienstlichen Operation war eindeutig: «Einleitung von Massnahmen, die geeignet sind, innerhalb der Menschenhändlerbande eine zersetzende Wirkung zu erreichen und den Leiter der Bande direkt anzugreifen. Das Gesamtergebnis muss sich in der Isolierung, öffentlichen Diskriminierung, Zersetzung und Zerschlagung der Bande ausdrücken».⁶⁷¹ Die Stasi war, wie der Verlauf der Dinge bezeugt, erfolgreich.

Der Fall Lenzlinger ist indes nicht typisch. Die meisten Schweizer Fluchthelfer bewog menschliche Anteilnahme, mitunter auch ein Liebesverhältnis, ausserordentliche Risiken zu laufen. Mehrmals wurden der Delegation solche Fälle zur Kenntnis gebracht. Gewöhnlich liessen sie sich ziemlich rasch erledigen. Man erreichte, dass die Abgeurteilten bald nach dem Gerichtsverfahren diskret in die Schweiz abgeschoben wurden. Wenn es um derlei Angelegenheiten ging, erschien nicht selten der Ost-Berliner Anwalt Wolfgang Vogel, der Bevollmächtigte der DDR für humanitäre Fragen, auf der Vertretung und brachte die Verhandlungen zu einem Abschluss.⁶⁷²

Ein Schweizer musste indes, um der chronologischen Darstellung etwas vorzugreifen, verdächtig lange warten, bis er abgeschoben wurde. Sein Fall war

freilich in verschiedener Hinsicht merkwürdig. Es handelt sich um Peter Gross, den jungen Koch von Hans Miesch, dem ersten Schweizer Botschafter in der DDR. Rechnet man die Haft im Stasi-Untersuchungsgefängnis in Berlin-Lichtenberg an, so verbüsste er über drei Jahre in DDR-Gefängnissen.

Der knapp 26-jährige Gross wurde am 1. Februar 1975 am Grenzübergang Bornholmerstrasse verhaftet. In einem Austin-Mini hatte er seine ostdeutsche Freundin versteckt, die er auf den Kurfürstendamm ausführen wollte. Die Grenzsoldaten ertappten ihn in flagranti, als er angeblich Beihilfe zur Republikflucht leistete. In Tat und Wahrheit traf dies nicht zu. Nach einer nervenkitzelnden Spritzfahrt durch West-Berlin wollte er mit seinem blinden Passagier wieder nach Pankow zurückkehren – ein merkwürdiges Unterfangen, das kein Grenzsoldat geglaubt hatte. Es war nicht das erste Mal, dass Gross dieses waghalsige Spiel trieb. Er hatte seine Freundin, Christa Feurich, schon einmal auf eine Rundfahrt nach West-Berlin mitgenommen und heil in den Osten zurückgebracht. Auch soll er eine andere Bekannte in seinem Kleinwagen über die Grenze geschmuggelt haben. In jugendlichem Übermut glaubte er, solche Abenteuer eingehen zu können. Denn die Autos von Diplomaten oder deren Personal wurden üblicherweise, sofern kein begründeter Verdacht auf Gesetzesübertretung bestand, nicht peinlich genau kontrolliert. Die Diplomaten mussten keinen Kofferraumdeckel heben. Die DDR hielt sich in dieser Hinsicht an die völkerrechtlichen Vereinbarungen.

Warum wurde Gross denn angehalten? Warum musste er aussteigen und den Wagen durchsuchen lassen? Der junge Koch vermutete sogleich, er sei insgeheim fotografiert worden, als er seine Freundin in einer Ost-Berliner Nebenstrasse auflud und ihr in das Versteck half; er befürchtete, jemand hätte der Stasi einen Hinweis gegeben und ihn in eine Falle laufenlassen. Seit er seine Stasi-Akten einsehen konnte, weiss er, dass seine Vermutung zutrifft. Die beiden Personen, die ihn an die Stasi verraten hatten, sind aktenkundig.⁶⁷³ Obschon Gross einen Wagen mit einem Sonderkennzeichen – nicht dem «CD» für die Diplomaten, sondern dem «CY» für das technische Personal – besass, konnte er nach völkerrechtlichem Übereinkommen als Hausangestellter des Botschafters für seine private Tätigkeit keine diplomatischen Vorrechte geltend machen. Er musste sich dem Gerichtsverfahren stellen.⁶⁷⁴

Dass Gross DDR-Gesetze übertreten hatte, war zweifelsfrei erwiesen. Dennoch zögerte sich die Einvernahme ungebührlich lang hinaus. Erst im Juli 1975 verurteilte ihn das Stadtbezirksgericht Berlin-Lichtenberg zur Höchststrafe von 5 Jahren Freiheitsentzug in Bautzen. Seiner Freundin auferlegten die Richter bis auf ein halbes Jahr das gleiche Strafmass, das sie ebenfalls in Bautzen absit-

zen musste. In den Augen der Justiz nahm sich erschwerend aus, dass Gross mehrmals die Grenze illegal übertreten hatte. Auch hatte sich der Häftling, verlautete im Prozess, verschiedentlich aufmüpfig benommen und die Untersuchungsbehörden unflätig beschimpft. Aber verheerend für Gross wirkte sich etwas aus, wofür er nichts konnte.

Ehe er verhaftet wurde, hegte Botschafter Miesch schon die Befürchtung, die DDR-Behörden würden demnächst einen Schweizer schnappen und jedes noch so geringe Vergehen zu einem schweren Delikt aufbauschen. Denn in der Schweiz hatte man im September 1973 zwei Meisterspione der DDR, das Ehepaar Wolf alias Kälin, entlarvt und verhaftet. Der Urteilsspruch wurde in den nächsten Tagen erwartet. Hans-Günter Wolf und Gisela Wolf hatten in der Schweiz unter dem Decknamen «Kälin» von 1967-1973 für die Stasi Spionage im grossen Stil betrieben. Im Juni 1975 verurteilte sie das Bundesgericht unter anderem wegen fortgesetzter militärischer, politischer und wirtschaftlicher Spionage zu je sieben Jahren Zuchthaus, abzüglich 648 Tage Untersuchungshaft.⁶⁷⁵ Den ostdeutschen Staatsorganen kam deshalb die Fluchtbeihilfe des Schweizer Kochs wohl höchst gelegen. Bis sie gegen Gross Anklage erhoben, liessen sie sich reichlich Zeit – ohne Zweifel in der Absicht, den Ausgang des Verfahrens gegen Wolf in der Schweiz abzuwarten. Als dann das Urteil im Juli endlich verkündet wurde, gaben die DDR-Behörden verschiedentlich zu verstehen, sie wären bereit, Gross – sowie einen andern Schweizer, Albert Frey – gegen das Agentenehepaar auszutauschen. Die Schweiz weigerte sich jedoch, auf diesen Vorschlag, der völlig ungleichwertige Tatbestände gegeneinander aufzuwiegen trachtete, einzugehen.

Unter diesen Umständen erstaunt es kaum, dass zwei Begnadigungsgesuche, die der Vater des Häftlings dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Willy Stoph, einreichte, abgewiesen wurden. Auch verschiedene Gesuche des Anwalts um vorzeitige Haftentlassung erbrachten nichts. Man hielt ihm vielmehr entgegen, das Verhalten seines Klienten rechtfertige eine solche Gunst keineswegs; Gross hätte in einem Wutanfall nicht nur seine Zelle zertrümmert, sondern auch das Aufsichtspersonal beleidigt und die DDR verleumdet; er hätte vor zahlreichen Mitgefangenen lauthals behauptet, in der DDR würden die Menschenrechte fortwährend verletzt.

Im Frühjahr 1978 zeichnete sich endlich eine baldige Haftentlassung ab. Das Ehepaar Wolf hatte einen Grossteil der Strafe abgessen. Ein Gefangenenaustausch schien nun auch aus schweizerischer Sicht möglich. Schlag auf Schlag löste sich die festgefahrene Situation, sobald die Schweiz den ersten Zug vornahm. Am 11. Mai zitierte Botschafter Anton Hegner den DDR-Botschafter in Bern ins Bundeshaus. Er eröffnete ihm, dass das Agentenpaar am

nächsten Tag entlassen würde. In Ost-Berlin wurde Konsul Alfons Aeby am 12. Mai seinerseits ins Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten gebeten. Dort teilte man ihm mit, ein Botschaftsvertreter könne Peter Gross am 16. des Monats am Hauptsitz des Staatssicherheitsdienstes in Empfang nehmen; der Entlassene hätte die DDR unverzüglich zu verlassen; seiner Freundin werde die Ausreise gleichfalls gestattet. Tatsächlich langte Gross am 16. Mai in West-Berlin an.

Der ehemalige Koch des Botschafters – wegen seiner Gesetzesübertretung war er fristlos entlassen worden, da man vom Personal einer diplomatischen Vertretung erwartet, dass es die Vorschriften des Residenzlandes genau beachtet – übersiedelte sogleich in die Schweiz und ehelichte seine Braut, mit der er so lange im gleichen Gefängnis-komplex in nächster Ferne gelebt hatte. Gross hatte mit seinen tollkühnen Spritzfahrten sein Verhängnis gewiss selbst heraufbeschworen; aber deswegen darf man nicht übersehen, dass er letztlich ein Bauernopfer der «Hohen Politik» geworden war. Ohne den Spionagefall Wolf wäre er wohl, wie schon einige Schweizer vor ihm, nach der Ermittlung ohne viel Aufhebens in die Schweiz abgeschoben worden.

Einige Monate nach seiner Rückkehr in die Heimat erhielt Gross vom EPD eine Rechnung für Mühewaltung im Betrag von Franken 1'630,90 zugestellt. Niemand stellte gern diese Faktura aus. Innerhalb der Verwaltung hatte man vorher erörtert, ob der vom Bundesrat verordnete Gebührentarif entsprechend den Weisungen überhaupt anzuordnen sei. Die Schweizerische Botschaft in der DDR hatte davon abgeraten.⁶⁷⁶ Ihre Begründung war, so dünkt einen, stichhaltig: Gross sei für Taten verurteilt worden, die in der Schweiz kein Vergehen seien, und ausserdem sei er unverschuldet ins Austauschgeschäft eines Spionagefalls geraten. Die Zentrale liess sich von diesen Argumenten jedoch nicht restlos überzeugen. Sie war zwar bereit, etwas Milde walten zu lassen und dem einstigen Häftling nicht alle Arbeitsstunden zu berechnen. Aber am Prinzip der Gebührenerhebung liess sie nicht rütteln. So verrechnete man jeden Gefängnisbesuch, ja selbst einen Teil des Zeitaufwandes, den das Überbringen der Begnadigungsgesuche erfordert hatte. Empört beschwerte sich der mittellose Gross beim «Schweizerischen Beobachter», der den Fall aufgriff und das Verhalten der Bundesbehörden rügte.⁶⁷⁷ Auf der Gratwanderung zwischen strikter Gleichbehandlung und Begünstigung war, muss man im Rückblick feststellen, das Augenmass für politische und humanitäre Gesichtspunkte wohl getrübt worden.

Doch nach diesem Vorgriff zurück zu den sechziger Jahren. Die Berlinkrise, seit 1958 immer zuoberst auf der weltpolitischen Agenda, flaute etwa ein Jahr

nach dem Mauerbau ab. Mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba hatte Chruschtschow sein Pokerspiel überzogen. In einem dramatischen Kräftemessen zwang ihn Kennedy, den provokanten Schachzug zurückzunehmen. Ohne Zweifel hatte der sowjetische Generalsekretär gehofft, mit seinem Gewaltstreich in der Karibik auch seine Position in zukünftigen Verhandlungen über Berlin zu stärken und seinen Willen den westlichen Alliierten ohne deren ernsthaften Widerstand aufdrängen zu können. Das Gegenteil trat ein. Chruschtschow musste erkennen, dass er seine Trümpfe verspielt hatte. So erklärte er im Januar 1963, der «Erfolg» der Mauer erübrige nun einen Sonderfrieden über Berlin. Und um die Stadt trat ungewohnte Ruhe ein. Während zehn Jahren unternahm die Sowjets nichts mehr, um den vereinbarten Zugang nach Berlin zu behindern.

Vom Generalkonsulat zur Botschaft

In der Zwischenzeit streckten westdeutsche Politiker ihre Fühler nach Osten aus, um die Möglichkeit einer, wie Egon Bahr sich ausdrückte, «Annäherung durch Wandel» zu sondieren. Willy Brandt, der Vater der deutschen Ostpolitik, fand in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre aus verschiedenen Gründen, die Deutschen müssten ein neues Verhältnis zur Sowjetunion und den östlichen Nachbarn suchen. Vor allem hatte den ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin die verhaltene Reaktion der westlichen Alliierten auf den Mauerbau tief getroffen und zur Überzeugung gebracht, Deutschland müsse seine Interessen vermehrt selbst wahrnehmen. Im Zeichen der Entspannungspolitik von den Alliierten ermuntert, mit Blick auf die eigenen Rechte von denselben Mächten auch beargwöhnt, schlug er als Bundeskanzler einen Weg ein, den man schon bald als Ostpolitik bezeichnen sollte.

Zuerst steckte der Moskauer Vertrag mit der Sowjetunion die Umriss der Entspannungspolitik ab (1970). Der Warschauer Vertrag, in welchem die Bundesrepublik auf Gebietsansprüche östlich der Oder-Neisse-Grenze verzichtete, erleichterte hernach die Beziehungen zu Polen. Das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 sodann trug zu einer praktischen Regelung der Berlin-Frage bei. Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs bestanden darauf, dass sie weiterhin die Oberhoheit über Berlin ausübten und dass keine Vertragspartei das Abkommen einseitig ändern dürfe. Damit stärkten die Alliierten zweifelsohne die Position West-Berlins. Denn sie bekräftigten erneut, dass die Vereinbarungen der Alliierten für ganz Berlin gelten – und nicht, wie Moskau und die DDR-Regierung die entsprechenden Texte gern auslegten, nur für die Westsektoren. Gleichzeitig regelte aber das Vier-Mächte-Abkommen auch die Befugnisse, welche die Alliierten der Bundesrepublik bei der Vertretung der Westberliner Interessen einräumten. Der Vertrag hielt unzweideutig fest, dass West-Berlin in gewissen Belangen völkerrechtlich nicht zur Bundesrepublik gehörte. Die Alliierten gaben den Deutschen damit zu verstehen, dass Verhandlungen über die künftige politische Gestalt von Berlin nicht in deren Zuständigkeit fielen. Völkerrecht-

lich lag die Souveränität bei den vier Besatzungsmächten. Somit war das Feld für die nachfolgenden deutsch-deutschen Verhandlungen ausgemessen. Berlin wurde im Grundlagen- oder Grundvertrag, in welchem die Bundesrepublik und die DDR ihr Verhältnis im Dezember 1972 regelten, nur am Rande berührt, obgleich die Absicht, auch mit diesem Vertrag die Zukunft West-Berlins als freie und mit der BRD verbundene Stadt zu sichern, nicht aus den Köpfen wich.

Der Grundlagenvertrag ist ein kompliziertes Gebilde, eine moderne Version dessen, was die Franzosen in früheren Zeiten gern als «querelle allemande» bespöttelten, also todernte Auseinandersetzungen um Nuancen, die sich nur eingeweihten Augen offenbaren. Die Regierung in Bonn musste in den Verhandlungen ihren ganzen Scharfsinn aufwenden, um die DDR weder als Ausland noch als Inland zu behandeln. Die Regierung in Ost-Berlin wiederum wollte gerade von der BRD als Ausland angesehen werden und für das von ihr vertretene Gebiet die völkerrechtliche Anerkennung erreichen. Diese blieb ihr jedoch im förmlichen Sinn versagt. Aber der erste und der zweite deutsche Staat handelten einen «Modus vivendi» aus, der sich in faktischer Hinsicht nur wenig von einem Bezugssystem zwischen zwei Staaten unterschied. Die beiden Regierungen nahmen offizielle Beziehungen auf. Sie tauschten jedoch, um das Spezifische des deutsch-deutschen Verhältnisses zu markieren, statt Botschafter «Ständige Vertreter» aus. Die Normalisierung ermöglichte der BRD und der DDR den Vereinten Nationen beizutreten. Damit war für alle Staaten der Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR geebnet. In den Jahren 1973 und 1974 setzte eine eigentliche Anerkennungswelle ein. Denn bisher hatten die westlichen und neutralen Länder keine Vertretungen im östlichen Deutschland gehabt.

Wie die deutsch-deutsche Verständigung zusehends festere Konturen bekam, empfand auch die Schweiz das Bedürfnis, ihr diplomatisches Vertretungsnetz den politischen Veränderungen anzupassen. Im Juli 1972 kamen die Eidgenossenschaft und die DDR überein, offizielle Handelsmissionen auszutauschen. Aber man zögerte die Umsetzung des Beschlusses lange hinaus. Erst im November bezog der Chef der Handelsmission, Botschaftsrat Hansjakob Kaufmann, seine provisorische Geschäftsstelle im Hotel «Stadt Berlin», dem heutigen «Forum» am Alexanderplatz. Der Handelsmission war keine lange Dauer beschieden. Schon am 20. Dezember, am Vorabend der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags, vereinbarten Bern und Ost-Berlin, diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene aufzunehmen und die noch offenen technischen und praktischen Fragen in der ersten Januarhälfte zu regeln.⁶⁷⁸ Die Gespräche schritten zügig voran; nach wenigen Tagen kam ein Abschluss zustande. Die

Schweiz war mit den Vereinbarungen zufrieden, das DDR-Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ebenfalls. Dem Ministerium für Staatssicherheit missfielen dagegen verschiedene Bestimmungen. In einer Stellungnahme hielt die Stasi fest:

«Die vorliegende Vereinbarung entspricht nicht völlig den Anforderungen, die im Zusammenhang mit den Sicherheitserfordernissen und mit anderen Interessen der DDR gestellt werden müssen.

Die Vereinbarung ist zum Teil sehr allgemein abgefasst, enthält zu wichtigen Fragen keine konkreteren Festlegungen und lässt demzufolge verschiedene Auslegungen zu. So können besonders die Artikel 3, 4, und 5 einseitig zum Vorteil der schweizerischen Seite ausgelegt werden.»⁶⁷⁹

Insbesondere beanstandete die Stasi,

«...dass auch die privaten Hausangestellten, sofern diese Personen Schweizer Bürger sind, die Möglichkeit des ungehinderten Überschreitens der Staatsgrenze der DDR nach West-Berlin haben sollen. ...Es ist anzunehmen, dass mit Artikel 3 die 1965 der Schweizer Delegation in Westberlin eingeräumten Sonderrechte, wonach Diplomaten keinerlei Kontrolle und nicht-diplomatische Mitarbeiter keiner Zollkontrolle unterliegen, wenn diese mit Dienstfahrzeugen der schweizerischen Delegation in Westberlin die Staatsgrenze passieren, im Rahmen der vorliegenden Vereinbarung in gleicher Weise zugestanden werden sollen.»⁶⁸⁰

Hatte die Stasi Fälle wie jene von Peter Gross geahnt? Fatalerweise sollte sie in ihren Befürchtungen Recht bekommen. Aber damals wogen ihre Einwände erstaunlich wenig. Denn zum Zeitpunkt, da sie ihre Stellungnahme abgab, war das Protokoll über die technischen und praktischen Fragen bereits beiderseits unterzeichnet. Am 24. Januar 1973 ernannte der Bundesrat Hans Miesch zum ersten Botschafter in der DDR. Als stellvertretender Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten hatte er an massgeblicher Stelle die Vereinbarungen mit der DDR ausgehandelt.

Die neue Schweizer Vertretung zog nach Berlin-Pankow. In Windeseile hatte die DDR ein sogenanntes Diplomatenviertel errichtet, um die mit der Anerkennungswelle zuströmenden Botschaften angemessen unterzubringen – und systematisch überwachen zu können. Der Bauschutt war noch nicht abgeräumt, als die Delegation die Schweizer Fahne an der Esplanade 21, zwischen der indischen und der schwedischen Vertretung, hisste und die Kanzlei eröffnete. Seine Residenz mietete der Botschafter an der Kuckhoffstrasse 42-44, direkt

neben dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik. Im Rahmen des «Missionsschutzes» wurde das Diplomatenviertel so überwacht, wie man es von den osteuropäischen Hauptstädten her gewohnt war, nur etwas preussischer, etwas perfekter. Volkspolizisten führten über die Besucher Buch, die auf den Botschaften ein- und ausgingen.

Ein Reporter der «Schweizer Illustrierten», der die eben eröffnete Mission besuchte, um einen Bericht über den Neubeginn zu schreiben, schilderte seine Erfahrungen folgendermassen:

«Guten Tag. Ausweiskontrolle, Fahndungsprüfung’. Der Ostberliner Volkspolizist baute sich stramm vor mir auf. Mit meinem Pass verschwand er dann in einer kleinen Hütte mit weissgemalten Glasscheiben am Trottoir der anderen Strassenseite. Diese ‚Vopo-Hütte’ steht genau gegenüber der neuen Schweizer Botschaft in Berlin. An der einst von Kleingärten gesäumten Strasse ‚Esplanade’ im Stadtbezirk Pankow. In Ostberlin.

Nach einer Weile kam der Uniformierte, der einem Sondercorps angehört und erst nach 12 Stunden Dienst abgelöst wird, mit meinem Pass zurück. ‚Danke, alles in Ordnung, ich wünsche Ihnen ein angenehmen Aufenthalt in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik’, schnarrte er preussisch-militärisch.

Eine Stunde später aber machte just dieser Mann mir den Aufenthalt schon weniger angenehm.

Ich war nämlich in den Baustellen neuer Botschaften herumgekrochen, die hier aus dem Boden gestampft werden, um mit der ‚Anerkennungswelle’, der sich die DDR derzeit gegenüber sieht, Schritt halten zu können. Und ich hatte auf diesen Baustellen fotografiert, da es mich faszinierte, wie im sozialistischen Deutschland solche Botschaftsgebäude noch immer nach der uralten Methode Stein auf Stein entstehen.

‚Kein Wunder, dass Sie deshalb Ärger bekamen’, sagte mir wenig später ein Angehöriger unserer Botschaft. ‚Die haben es natürlich nicht gern, wenn man fotografiert, wie sie überall Abhörmikrophone einbauen. ‘»⁶⁸¹

Wie die Unterlagen der sogenannten Gauck-Behörde beweisen, war diese Vermutung mehr als berechtigt. Selbst harmloses Cocktail-Geplauder landete auf den Pulten des Staatssicherheitsdienstes – und dies noch zu einem Zeitpunkt, als Gorbatschow schon längst «Glasnost» zu seiner Devise erkoren hatte. Die Hauptabteilung II, mit der Spionageabwehr und der Überwachung der ausländischen Vertretungen beauftragt, wusste am 15. Dezember 1987 unter der Überschrift «Kampfbündnis II» als «streng geheim» zu melden: «Wie inoffiziell be-

kannt wurde, ist das Washingtoner Gipfeltreffen von Diplomaten der Botschaft der Schweiz mit Interesse verfolgt und der Abschluss des Vertrages über die Liquidierung von Mittelstreckenraketen als für alle dienlich bezeichnet worden.»⁶⁸² Offenbar griffen sich selbst höhere Stasi-Offiziere ob solcher Lappalien an den Kopf und zweifelten am Nutzen der unermüdlich beschafften Berichte im Rahmen der Aktion «Kampfbündnis II» – einer Nachrichtenbeschaffungskampagne, die Armeegeneral Erich Mielke im Hinblick auf die Tagung der Warschauer Staaten in Berlin (11.12.1987) persönlich angeordnet hatte. Jedenfalls kritzelte jemand in der «Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe» (ZAIG) die Frage an den Rand: «Wie lange wird denn diese Aktion in der HA II noch durchgeführt?» Zusätzlich vermerkte er: «(mit Genosse Neiber gesprochen)». Er hatte also Generalleutnant Gerhard Neiber, einen Stellvertreter von Stasi-Chef Mielke, auf die Angelegenheit hingewiesen.⁶⁸³

Die Stasi überwachte das ganze Staatsgebilde. Sie betrieb einen unheimlichen Aufwand und drang bis in die letzten Nischen des Privatlebens ein. Ein Beispiel: Am 17. November 1986 besuchte Botschafter Peter Eugen Dietschi ein Konzert im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt. Die Stasi wusste anscheinend, dass der Botschafter einige Musiker kannte, welche dem DDR-Regime kritisch gegenüberstanden. Über diesen Konzertbesuch erstellte ein Stasi-Hauptmann einen fünf Seiten langen Bericht von unübertrefflicher Banalität. «Prominenz» – so der Deckname des Botschafters – wurde, sobald er beim Schauspielhaus anlangte, beobachtet. Und bis er um 22.30 Uhr ein Restaurant betrat, hing ihm der «Informelle Mitarbeiter» an den Fersen.⁶⁸⁴

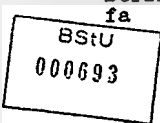
Ein westlicher Diplomat musste in kommunistischen Staaten grundsätzlich damit rechnen, überwacht zu werden. Das war irritierend. Es konnte ab und zu auch lästig sein. Dass der Windstoss der Geschichte das verwinkelte Gebilde von Überwachung und Spionage wie ein Kartenhaus hinwegfegte, dass die enorme Mühe des Staatsapparates, sich auf krummen Wegen Informationsvorteile zu verschaffen, nichts fruchtete, wirkt indes tröstlich.

Das Diplomatenleben in der DDR knisterte freilich selten vor Spannung. Die Tage reihten sich eher öde aneinander, allerdings häufig unterbrochen von markig aufgezogenen Staatsakten, grosszügig arrangierten Ausflügen und kumpelhaften Jagdpartien. Die Spitze des SED-Regimes liess sich das diplomatische Corps etwas kosten. Sie teilte ihre Privilegien mit den privilegierten Staatsrepräsentanten. Aber derartige Vergnügungen vermochten den Mief, der über Ost-Berlin lastete, nicht zu verblasen. Er drang tief in die Botschaftskanzleien ein und umhüllte die routinemässig hin- und hergeschobenen Dossiers mit seinem entkräftenden Geruch. Wer in Pankow arbeitete, musste sich in Geduld

üben. Ein Beispiel: Die Schweiz und die DDR nahmen schon 1972 Verhandlungen über vermögensrechtliche Fragen auf. Dabei ging es um wichtige Angelegenheiten, namentlich um die Entschädigung schweizerischen Vermögens, das in der DDR verstaatlicht worden war. Jährlich trafen sich die Delegationen, das eine Mal in Berlin, das andere Mal in Bern; man präsentierte Argumente und Gegenargumente, dann vertagte man die Sitzung auf das nächste Jahr, und anschliessend verfertigten beide Seiten ihre Protokolle. Im DDR-Schriftstück stand dann geschrieben, die Schweiz bestünde, wie schon in den vorangegangenen Verhandlungen, auf unrealistischen Entschädigungen; sie stelle nämlich Maximalforderungen in der Höhe von 140 Millionen Mark, die DDR dagegen sei nicht bereit, ihr Angebot von knapp 17 Millionen Mark zu erhöhen. Zum Schluss des Prozederes schickte der DDR-Verhandlungsleiter seinen Bericht mit einem Begleitschreiben, das er «mit sozialistischem Gruss» unterzeichnete, an die «werten Genossen» des Politbüros.⁶⁸⁵

Als die Eidgenossenschaft eine Botschaft im Ostteil der Stadt eröffnete, wandelte sie gleichzeitig die im Westen gelegene «Schweizerische Delegation in Berlin» in das um, was die Vertretung im Kern schon seit 25 Jahren war: ein Generalkonsulat. Das war eigentlich ein logischer Schritt. Trotzdem beunruhigte er Westberliner Behörden und Politiker. Eine völkerrechtliche Studie gelangte gar zum Schluss, «dass die Umwandlung der Schweizer Delegation in ein Generalkonsulat einen grossen Abschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte besonders markiert».⁶⁸⁶ Warum? Die Schweiz war das erste westeuropäische Land, das eine Delegation oder Militärmission in ein Generalkonsulat umwandelte. In West-Berlin gab es Anfang 1973 neun Militärmissionen und zwei Delegationen, nämlich die Schweiz und Österreich, die faktisch einen ähnlichen Status aufwiesen wie eine Militärmission. Sie waren beim Alliierten Kontrollrat akkreditiert oder, wie die Schweiz, zugelassen; durch diese Form der Akkreditierung bekundeten die Vertretungen ihr Interesse, Aufgaben über West-Berlin hinaus wahrzunehmen. Der Generalkonsul war dagegen nicht mehr beim Kontrollrat, sondern bei demjenigen Stadtkommandanten angesiedelt, in dessen Sektor das Generalkonsulat lag, der schweizerische mithin beim britischen Stadtkommandanten. Die Amtsbefugnisse waren ausdrücklich auf die Westsektoren beschränkt.

Die West-Berliner Behörden hätten es gern gesehen, wenn die Schweiz, ob schon sie eine Botschaft in der DDR – in der bundesrepublikanischen Lesart hiess es allerdings «bei der Regierung der DDR» – errichtete, den bisherigen Status bewahrt hätte, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass die Delegation weiterhin förmlichen Anspruch auf die Interessenwahrnehmungen im Ost-



Beobachtungsbericht
"Prominenz"

Beobachtungszeit : 17. 11. 86, 19.00 - 22.45 Uhr

- 19.15 Uhr wird im Bereich des Schauspielhauses mit der Beobachtung begonnen.
- 19.24 Uhr wird "Prominenz" mit seinem Pkw
Mercedes
Farbe: met.-grün
Kennzeichen: CD 33-01
in der Wilhelm-Külz-Str. aus Richtung Leipziger Str. kommend festgestellt.
- 19.25 Uhr parkt er den Pkw in der W.-Külz-Str. in Höhe des Schauspielhauses ab und begibt sich über den Platz der Akademie zum Schauspielhaus, wo er sich ca. 4 Minuten im Eingangsbereich aufhält und sich die Schaulustigen auf der linken Seite des Eingangs anschaut.
- 19.30 Uhr betritt er das Schauspielhaus. Die Beobachtung wird aus konspirativen Gründen unterbrochen.
- 19.43 Uhr wird "Prominenz" an der Bar des Schauspielhauses festgestellt. Er nimmt einen Imbiß zu sich.
- Mit dem Klingelzeichen um
- 19.50 Uhr begibt er sich auf seinen Platz, der sich im I. Rang, linke Seite befindet.
- 20.01 Uhr Nachdem die Musiker um auf der Bühne Platz genommen haben, begrüßt "Prominenz" einen Musiker aus dem Orchester mit Kopfnicken und Lächeln. Die männliche Person, die im weiteren "Cello" genannt wird, erwidert den Gruß ebenfalls durch Kopfnicken und sichtlicher Freude.

Auszug aus einem Beobachtungsbericht der Stasi von 1986 über einen Konzertbesuch von Botschafter Peter E. Dietschi. (Gauck-Behörde).

sektor der Stadt erhob und die Schweiz somit die von der DDR beanspruchte Oberhoheit über Ost-Berlin nicht anerkannte. Denn diese Stadthälfte war nicht, wie die SED-Regierung behauptete, Hauptstadt der DDR, sondern nach wie vor Teil von Gross-Berlin und unterlag folglich dem gleichen Sonderstatus wie der Westen. Die Umwandlung von Militärmissionen in Generalkonsulate, so befürchtete man im Schöneberger Rathaus, könnte völkerrechtlich das absichern, was sich in der Praxis ohnehin schon weitgehend durchgesetzt hatte: nämlich, dass der Vier-Mächte-Status nur noch für die Westsektoren gelten sollte, derweil Ost-Berlin als Teil der DDR anerkannt würde.

Das Schweizer Beispiel machte allerdings keine Schule. Die österreichische Vertretung, die in ähnlicher Lage war wie die schweizerische, wartete mit der Umwandlung der Delegation in ein Generalkonsulat bis Anfang der neunziger Jahre zu. Zwar entstanden in Berlin rund fünfzig Generalkonsulate. Aber jene Länder, die bereits eine Militärmission akkreditiert hatten, behielten diesen Status bis zur Wiedervereinigung bei – pro forma, wie man anfügen muss, denn bei den westlichen Staaten war der Botschafter in Bonn der Leiter. Die geteilte Stadt Berlin war in vielerlei Hinsicht einzigartig – auch im Austüfteln von völkerrechtlichen Subtilitäten und protokollarischen Winkelzügen.

Das Generalkonsulat erlebte in den nächsten Jahren eine eher geruhsame Zeit. Einige merkwürdige Vorkommnisse gibt es gleichwohl zu verzeichnen. Eine offizielle Vertretung im Ausland zieht, gerade in jüngster Zeit, immer wieder die Aufmerksamkeit von Leuten auf sich, die ihrem Protest gegen die Politik eines Landes mit schrillen Aktionen nachhaltigen Widerhall verschaffen wollen. Die Schweiz hat in dieser Hinsicht gewiss keinen Grund, sich übermässig zu beklagen. Obschon auch sie von den Auswirkungen des internationalen Terrorismus nicht verschont wurde, geriet sie doch nur selten ins Fadenkreuz der Kritik oder wurde gar Zielscheibe von gewalttätigen Aktionen. Nur wenige Schweizer Diplomaten mussten bisher ihr Residenzland wegen akuter Gefährdung um intensiven Polizeischutz bitten. Dennoch ist unübersehbar, dass sich die Bereitschaft, Gewalt gegen ausländische Vertretungen anzuwenden, seit den siebziger Jahren massiv erhöht hat. Die terroristische Furie kann überall wüten; kein Land ist vor einem Überraschungscoup gefeit. Das Schweizerische Generalkonsulat in Berlin war nie Schauplatz von gewalttätigen Auseinandersetzungen. Aber in den achtziger Jahren besetzten protestierende Kurden zweimal das Gebäude.⁶⁸⁷

Am 10. Dezember 1985 stürmte, nachdem der Hausmeister das Portal geöffnet hatte, eine Schar von elf jungen, mehrheitlich verummumten Männern ins Generalkonsulat hinein. Da der Aufstieg zum Treppenhaus und damit zu den

Büroräumlichkeiten ebenso abgeschlossen war wie die Flügeltüre zu den Empfangssälen, verblieben sie in den Vorräumen des Erdgeschosses. Dort entrollten sie ein Transparent, auf welchem sie gegen die Entsendung von General Haydar Saltik als türkischem Botschafter in die Schweiz protestierten. Ausserdem verlangten sie, von Generalkonsul Ernest Sunier empfangen zu werden. Dieser liess eine unvermummte Zweierdelegation in den zweiten Stock vor. In seinem Büro verlasen die Kurden ein Protestschreiben, das an das Schweizer Volk gerichtet war. Nach kurzer Zeit trafen drei Reporter von der «Berliner Morgenpost», der «BZ» (Berliner Zeitung) und einer türkischsprachigen Berliner Tageszeitung ein. Die Besetzer hatten diese Journalisten im Voraus bestellt. Als auch diese die Protestnote angehört und einige Aufnahmen geknipst hatten, verliessen die Kurden das Generalkonsulat nach gut einer Stunde. Die Besetzung verlief glücklicherweise gewaltlos, obschon die vermummten Gestalten zu Beginn einen bedrohlichen Eindruck erweckt hatten.

Am 23. Mai 1987 drangen protestierende Kurden erneut in die Schweizer Vertretung ein. In einer konzertierten Aktion wurden auch die Generalkonsulate in Stuttgart und Düsseldorf besetzt. Einige Tage zuvor hatte die Bundesanwaltschaft in Zürich und Basel Wohnungen von Türken durchsucht und dabei dreizehn Personen vorübergehend festgenommen, die der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) oder der linksextremen Türkischen Kommunistischen Partei (PARTIZAN – TKP/ML) angehörten. Kurz vor Mittag erzwangen in Berlin acht Männer und eine Frau Zutritt zur Kanzlei im zweiten Stock. Sie verlangten, den Generalkonsul, vor dessen Bürotüre sie bereits angelangt waren, zu sprechen. Sunier, der sich in seinem Arbeitszimmer aufhielt, empfing die Gruppe im Vestibül. Erneut überreichten sie ihm ein Protestschreiben zuhanden der Bundesbehörden; zudem forderten sie, die Presse sei unverzüglich einzuladen. Aber es erschien nur ein Fotograf der «BZ». Nach einer Stunde liessen sich die Besetzer dazu bewegen, das «Sit in» im Wartezimmer des Erdgeschosses fortzusetzen, und nach rund zwei Stunden brachen sie die Aktion ab.

Auch in den folgenden Jahren vergassen einige Gruppen nie, wo die Schweiz ihre Vertretung hatte. Am 24. Juni 1993 erschoss ein türkischer Sicherheitsbeamter bei einer gewalttätigen Demonstration einen Kurden auf dem Gelände der türkischen Botschaft in Bern. Am nächsten Abend bemerkte der Verfasser dieser Zeilen, als er nach Hause zurückkehrte, am Portal der Fürst-Bismarck-Strasse 4 eine hölzerne Kranzimitation mit einer Schärpe, auf welcher geschrieben stand: «Nieder mit dem schmutzigen Krieg in Kurdistan». Meistens lohnt es sich nicht, lange über solche Gesten nachzudenken. Aber ein türkischer oder kurdischer Wink mit dem Zaunpfahl hatte für die Schweizer

Vertretung in Berlin bisher besonderes Gewicht, leben doch um die 130'000 türkische Staatsangehörige in dieser Stadt. Und etliche von ihnen warfen mehrmals im Jahr einen Blick auf die Botschaft. Den Sommer hindurch wurde die Aussenstelle an sonnigen Wochenendtagen von Türken umzingelt, sie wurde sozusagen zu einer Enklave auf türkischem Picknickgelände. Der Parkplatz vor dem Gebäude war jeweils hoffnungslos mit Autos überstellt; zu Tausenden bevölkerten türkische Grossfamilien die Wiesen rund um die Botschaft. Auf eindrucksvolle Weise lebten sie vor, wie verschiedene Generationen zusammen einen fröhlichen Sommertag verbringen können. Aber hätte sich eine Handvoll gewalttätiger Protestler ins friedliche Volk gemengt, so hätte die Botschaft wenig ausrichten können. Mit der Neugestaltung des Regierungsviertels dürften die türkischen Wochenendriten, welche von Frühjahr bis Herbst dem verödeten Leben im südlichen Spreebogen etwas Sauerstoff zuführten, in dieser Umgebung «tempi passati» sein.

Nach diesem Vorgriff in die neunziger Jahre nun zurück zu jenem Ereignis, das die Welt auf den Kopf stellte: dem Fall der Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989. Hunderttausende von Ostberlinern drängten sich durch die Breschen des bisher unbezwingbaren Schandmals; sie feierten das Unglaubliche auf allen Strassen und Plätzen, vor allem aber vor dem Brandenburger Tor und vor dem Reichstag. Generalkonsul Edwin Trinkler, gerade auf seinem neuen Posten angekommen, konnte den Freudentaumel, dem sich die Berliner auf dem Platz der Republik hingaben, von seiner Residenz aus betrachten. Als Jeanne-Claude und Christo im Sommer 1995 den Reichstag verhüllten, ergriff nochmals eine ähnliche Feststimmung riesige Volksmassen. Zu Tausenden strömten Berliner und auswärtige Gäste vor das Schicksalsgebäude deutscher Geschichte, feierten fröhlich in die langen weissen Nächte hinein und hinterliessen einen heiteren Eindruck von der wiedervereinigten Stadt.

Die Wiedervereinigung liess selbstverständlich das Vertretungsnetz der Schweiz in Deutschland nicht ungeschoren. Indem die DDR am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik – oder, um präzise zu sein: dem Geltungsbereich des Grundgesetzes – beitrug, entfielen auch die Geschäftsgrundlagen für die bisherige Vertretung in der DDR. Die gemieteten Gebäulichkeiten in Pankow wurden in den nächsten Monaten geräumt. Die Botschaft in Bonn übernahm automatisch das ganze Beitrittsgebiet, und die konsularischen Angelegenheiten für die neuen Bundesländer oblagen dem Generalkonsulat in Berlin. Dieser Zustand dauerte indes nicht lang. Um Ostdeutschland, namentlich den hochindustrialisierten Süden, gebührend betreuen zu können, gründete die Schweiz Ende 1991 ein Generalkonsulat in Dresden, welchem Berlin die Bundesländer Sach-

sen, Thüringen und Sachsen-Anhalt abtrat. Der eigene Konsularbezirk wurde auf Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern beschränkt.

Die deutsche Einheit wirkte sich obendrein auch auf den Status des Postens an der Fürst-Bismarck-Strasse aus. Am 1. Oktober 1992 wandelte die Schweiz das Generalkonsulat in Berlin in eine Aussenstelle der Botschaft um und erhöhte somit den Rang der Vertretung. Die eigentliche Botschaft ist bis zum Umzug um die Jahrtausendwende weiterhin in Bonn. Weshalb wollte denn die Schweiz schon ab 1992 in Berlin mit einer Art Ableger der Botschaft vertreten sein? Die Antwort ist einfach: aus Respekt vor dem Entscheid des Deutschen Bundestags. Dieser hatte am 20. Juni 1991 beschlossen, Berlin solle wieder Regierungs- und Parlamentssitz sein. In eine Hauptstadt gehört aber eine Botschaft, nicht ein Konsulat. Die Umwandlung brachte sichtbar zum Ausdruck, dass die Schweiz bereit war, die neuen Tatsachen, die mit der Wiedervereinigung vom 3. Oktober 1990 geschaffen wurden, anzuerkennen. Der Wechsel war folglich in erster Linie eine symbolische Geste.

Nur eitel Wortspiel war die Umbenennung trotzdem nicht. Auch wenn die meiste Arbeit weiterhin auf konsularischem Gebiet anfiel, so wurde die Aussenstelle doch auch mit Aufgaben betraut, die ins Pflichtenheft einer Botschaft gehören und mithin die Neubezeichnung von der Tätigkeit her rechtfertigten. Aber vielleicht sollte man zuerst erklären, was der Unterschied zwischen einer Botschaft und einem Generalkonsulat ist. Lässt man die völkerrechtlichen Feinheiten beiseite, dann gibt es zwei Hauptmerkmale: Eine Botschaft nimmt die Geschäfte von Regierung zu Regierung wahr und ist normalerweise in der Hauptstadt angesiedelt; ein Generalkonsulat betreut vornehmlich die eigenen Landsleute im Ausland. Eine Botschaft ist sodann für das ganze Land zuständig. Es gibt pro Land nur eine Botschaft; hingegen hat es in einem grösseren Land meistens mehrere Generalkonsulate, deren Zuständigkeitsbereich geographisch abgegrenzt ist. In seinem Konsularbezirk pflegt der Generalkonsul, nebst der Betreuung der eigenen Staatsangehörigen, auch die Beziehungen mit den regionalen und lokalen Behörden. Die Schweiz verfügt in Deutschland über eine Botschaft in Bonn, eine Aussenstelle in Berlin, die eigentlich Teil der Botschaft ist, sowie je ein Generalkonsulat in Dresden, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München und Stuttgart.

Mit der Eröffnung der Aussenstelle zog auch, um auf die neuen Aufgaben zurückzukommen, der Kulturdienst der Botschaft von Bonn nach Berlin. Er ist der erste Fachdienst, der den Sprung vom Rhein an die Spree gewagt hat. Selbst im Vergleich zu den Aussenstellen anderer Länder spielt die Schweiz, indem

sie in einem Bereich gesamtdeutsche Angelegenheiten von Berlin aus bearbeitet, Vorreiter. Auch im Bausektor wuchsen der Berliner Vertretung Aufgaben zu, welche über den regionalen Zuständigkeitsbereich eines Generalkonsulats hinausreichen. Die gigantischen Baumassnahmen rings um die Schweizer Liegenschaft im Spreebogen und die Neugestaltung der eigenen Vertretung mit einem Neubau, der auf den Tiergartentunnel zu stehen kommt, brachten es mit sich, dass der Botschafter in Bonn wie sein Vertreter in Berlin ständig mit Bundes – und Landesbehörden zu verhandeln hatten. Schliesslich wollte die Schweiz mit der Aufwertung des Berliner Postens auch ein klares Zeichen setzen. Mit diesem Akt bekräftigte sie den Willen, an der angestammten Liegenschaft auch dann festzuhalten, wenn einige Leute die Vorstellung hegen mochten, die Schweiz könnte ihre Immobilie gegen eine andere abtauschen.

Die meisten Aufgaben der Aussenstelle waren zu Beginn freilich, wie erwähnt, konsularischer Natur. Die Kolonie wuchs innert kurzer Zeit von 3'500 auf 4'000 Landsleute. Nach der Wende ergriff eine ungeheure Dynamik die wiedervereinigte Stadt. Das alte Stadtzentrum, Berlin-Mitte, wurde ein einziger riesiger Bauplatz; und wo früher die Mauer Ost von West trennte, vom Potsdamer Platz bis zum Lehrter Bahnhof, errichteten nun Tausende von Bauarbeitern die neuen Wahrzeichen der designierten Hauptstadt. Im Berlin der neunziger Jahre bietet sich zum letzten Mal in Europa die Möglichkeit, das Antlitz einer Metropole zu gestalten. Viele Schweizer beteiligen sich ohne Zaudern an diesem Aufbruch. Die angesehensten Architekten wie Roger Diener, Peter Zumthor oder Max Dudler gewannen bedeutende Wettbewerbe und werden mit wichtigen Bauten Stadtakzente setzen. 1993 und 1994 zog Berlin Fachleute aus der Baubranche wie ein Magnet an. Waren am 1. Januar 1993 in den Immatrikulationslisten der Aussenstelle und des Generalkonsulats in Dresden lediglich 56 Schweizer der Berufskategorie «Architekten, Ingenieure, Bauführer» verzeichnet, so waren es am 1. Mai 1994 deren 134. In diesen Zahlen sind selbstredend jene Landsleute nicht enthalten, die zwischen der Schweiz und Berlin pendeln oder an der Spree leben, ohne sich bei der offiziellen Vertretung gemeldet zu haben. Diese sind gerade in der Baubranche besonders zahlreich.

Sehr stark engagierte sich auch die Wirtschaft in Ostdeutschland. Schweizer Unternehmen kauften mehr Firmen von der Treuhandanstalt als andere. Mit rund 140 Betriebsübernahmen rangierte die Schweiz auf Platz eins aller Länder. Die Investitionen sind allerdings meistens klein. Schweizer Grossunternehmen hielten sich bis auf rare Ausnahmen vom ostdeutschen Produktionsstandort fern. Hingegen errichteten mehrere international tätige Dienstleistungsunternehmen eine Niederlassung in Berlin. Insgesamt dürfte es in Ost-

deutschland 300 Schweizer Betriebe geben, wovon 80 in Berlin. Um den neu zugezogenen Unternehmern den Einstieg ins Berliner Geschäftsleben zu erleichtern, wurde 1994 auf Anregung der Aussenstelle ein Schweizerisch-Deutscher Wirtschaftskreis gegründet.

Hervorstechend sind ferner die Umschichtungen innerhalb von Wissenschaft und Kultur. Berlin ist für Schweizer Kulturschaffende eine der attraktivsten Weltstädte. Setzen sich Landsleute auf diesem heissen Pflaster durch, dann winkt ihnen der Erfolg auch in der Heimat. Die Schweizer sind im musikalischen Leben, in den bildenden Künsten und in der Literatur gut vertreten, im Theater sind sie in jüngster Zeit beinahe tonangebend. Abgesehen vom Iffland-Ringträger Bruno Ganz, der in Berlin wohnt, feierten Stefan Bachmann und Christoph Marthaler auf Berliner Bühnen Triumphe; Ruedi Häusermann, Ueli Jaeggi, Jürg Kienberger und Penelope Wehrli gehören zu den Stars der Volksbühne. Aber im Schnitt nimmt, sofern der Eindruck nicht trügt, die Anzahl Schweizer Kulturschaffender leicht ab. Für bildende Künstler werden die Ateliers zu teuer, nachdem die Mieten auch im Boheme-Bezirk Kreuzberg massiv gestiegen sind. Allerdings suchen einige Kantone diese Entwicklung insofern etwas auszugleichen, als sie Ateliers mieten und Stipendiaten zur Verfügung stellen. Der Kanton Aargau wie auch die Eidgenossenschaft und die Schriftstellergruppe Olten haben diesen Schritt bereits getan, eine Handvoll Kantone dürften ihnen demnächst folgen. Auch die Subventionskürzungen, welche die Finanzmisere im öffentlichen Haushalt von Berlin erzwingt, dürften den Zuzug von Musikern und Schauspielern bremsen. Ins Gewicht fällt zudem, dass eher weniger Schweizer Studenten in Berlin ein Universitätsstudium aufnehmen als früher. Die Freie Universität, in den siebziger Jahren das behaglichste Biotop für revolutionär angehauchte Theoretiker, hat ihren speziellen Appeal verloren, seit sie der scharfen Konkurrenz der Humboldt-Universität ausgesetzt ist. Früher bildete gerade die Westberliner Universität ein Reservoir an Schweizer Kulturschaffenden: Etliche Landsleute kamen als Studenten hierher, verweilten etwas länger als erforderlich und nisteten sich im Kulturbetrieb ein.

Nach der Wende kamen dafür mehr Wissenschaftler in arrivierten Positionen an akademische Einrichtungen, an die Universitäten und Hochschulen, an renommierte Wissenschaftskolleg, an die Max-Planck-Institute und diverse Forschungszentren. Zahlreiche Schweizer erhielten einen Ruf auf einen Lehrstuhl, insbesondere an Universitäten in der ehemaligen DDR, wo der Lehrkörper grossenteils ausgewechselt wurde. Mittlerweile sind im Grossraum Berlin über 30 Professuren mit Schweizern besetzt – ein beachtliches Zeugnis für den schweizerisch-deutschen Akademikeraustausch, auch wenn dieser schon im-

mer rege war. Unter Friedrich dem Grossen stammte zeitweise ein Drittel der ordentlichen Mitglieder der Akademie aus der Schweiz.⁶⁸⁸ Um den Zusammenhalt unter den Wissenschaftlern zu fördern, aber nicht minder, um über das Wissenschaftsleben in der Schweiz zu informieren, entstand im Jahr 1995 mit Hilfe der Aussenstelle eine «Vereinigung Schweizer Wissenschaftler Berlin» – neben der 1844 gegründeten Schweizerischen Wohltätigkeitsgesellschaft, der ältesten Schweizer Vereinigung in Deutschland überhaupt, dem 1861 ins Leben gerufenen Schweizer Verein⁶⁸⁹ und dem Wirtschaftskreis die vierte gesellschaftliche Organisation von Landsleuten in der Region Berlin.

Seit April 1996 hat sich das Arbeitsfeld der Aussenstelle verengt. Der Berliner Posten vollzieht keine konsularischen Amtshandlungen mehr; er stellt keine Visen mehr aus, er verlängert keine Pässe, er nimmt keine neu angekommenen Schweizer mehr ins Immatrikulationsregister auf. Diese Geschäfte erledigt nun das konsularische Dienstleistungszentrum in Bonn – nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland. In einem Pilotprojekt, welches das EDA in Deutschland erprobt, erfüllt eine zentrale Stelle statt sieben verschiedenen Posten alle konsularischen Aufgaben. Die Zentrale verspricht sich von diesem Vorgehen namhafte Personal- und Kosteneinsparungen. Bewährt sich das Pilotprojekt, so wird das Dienstleistungszentrum, das vorläufig Geschäftsräume in der Bundesstadt Bonn gemietet hat, mit seinen rund 30 Beamten und Angestellten die Kanzlei der Botschaft in Bonn-Bad Godesberg beziehen, sobald diese nach Berlin übersiedelt.

Zusammen mit den konsularischen Mitarbeitern, die im Frühjahr nach Bonn verabschiedet wurden, räumte auch die Aussenstelle für einige Jahre ihr angestammtes Gebäude. Die Kanzlei wurde provisorisch im «Haus am Wasser» in der neuen Spreebogen-Überbauung in Alt-Moabit untergebracht. Der Postenchef bezog eine Residenz in Dahlem. Um die Aussenstelle schreiten derweil die Bauarbeiten für das neue Regierungsviertel in schwindelerregendem Tempo voran. Wohin das Auge auch blickt, überall wird die Erde auf- und umgebrochen, ringsum sind Bauarbeiter so emsig beschäftigt, als ob sie die Vorlagen zu einem Buch von Dr. Seuss über die fleissigsten Leute auf Erden abgeben müssten. Ein Bauplatz schliesst sich an den andern an: der Tiergartentunnel, der Alsenblock, der Reichstag, das Bundeskanzleramt, der Lehrter Bahnhof und der Luisenblock. Das Gelände um die Schweizer Vertretung ist in einem weiten Umkreis mit einem Holz- oder Gitterzaun abgeriegelt, und Sicherheitspatrouillen kontrollieren den Zugang. Zutrittsberechtigte können in gewissen Bauphasen nur noch zum leeren Haus gelangen, wenn sie Gummistiefel anziehen. Fast dünkt einen, das grosse Feld zwischen dem Reichstag und der alten Gesandtschaft biete wieder einen ähnlichen Anblick wie nach den Zerstö-

rungen des Zweiten Weltkriegs: Sand, nichts als mannigfach umwühlter Sand, durchlöchert von Tümpeln und Gruben, aus welchen Eisenstangen und Betonstücke emporragen. Der Berliner «Tagesspiegel» schilderte den Zustand im Herbst 1996 so:

«Tief unten im Keller mit den weiss gefliessten Wänden ist nur das Quiet-schen der Bagger zu hören, die dem Haus so gefährlich nahe sind. An der Wand steht noch das Notstromaggregat aus schlechteren Zeiten^ und geradezu gähnen die feuersicher gemauerten Aktenschränke dem Besucher entgegen. Draussen vor der Tür schaut das Schild Fürst-Bismarck-Strasse 4-5 ein wenig ironisch in die Gegend. Es ist im Moment nämlich gar keine Strasse, auf der das Haus der Schweizerischen Gesandtschaft steht, sondern eine Mondlandschaft. Überall Kuhlen und Gruben und Gräben in grau-beigen Pastellen. Bestimmt würde der Mond so aussehen, wenn jemand beschlösse, dort ein Regierungsviertel zu bauen.

Im März ist die Aussenstelle der Botschaft ausgezogen. Solange ringsum am Tiergarten-Tunnel gebaut wird, kommt man als Nicht-Bauarbeiter an das Haus gar nicht mehr heran. Erst wenn der Tunnel in diesem Abschnitt fertig ist, also 1998, kann mit der Renovierung und einem geplanten Anbau für die künftige Schweizer Botschaft begonnen werden. ... Bis zum Jahr 2000 liegt das Haus noch im Dornröschenschlaf, soweit man auf einer Baustelle überhaupt schlafen kann. Dann ist die Zeit der Bagger und Betontransporter vorbei – und die Geschichte kann weiter gehen.»⁶⁹⁰

In der Tat, auf das Jahr 2000 wird die Schweizerische Botschaft nach einem fünfzigjährigen Zwischenspiel am Rhein von Bonn nach Berlin übersiedeln und das prominente Gebäude an der Fürst-Bismarck-Strasse, die dannzumal «Nordallee» heissen dürfte, beziehen. Die Schweizer Aussenstelle wird ebenso wie die entsprechenden Posten anderer Staaten verschwinden. Sie waren ohnehin etwas eigenartige, dem Einfallsreichtum der Stunde gehorchende Gebilde, für welche es keine völkerrechtlichen Kategorien gibt.

Mit dem Einzug der Botschaft wird ein Kapitel in der Geschichte jener eidgenössischen Auslandsvertretung enden, die historisch befrachteter und interessanter ist als jede andere: die Geschichte der Berliner Gesandtschaft und, auf deren Trümmern gewachsen, der nachfolgenden Delegationen, die sich in verschiedener Drapierung dem komplizierten Status von Berlin und des geteilten Deutschland diplomatisch anzupassen hatten. Mit dem Umzug von Bundestag und Regierung nach Berlin werden die letzten politischen Auswirkungen des von den Nationalsozialisten ausgelösten Zweiten Weltkriegs behoben. Ein tra-

gisches Jahrhundert kommt zur Ruhe. Das dritte Millennium könnte eine gesegnetere Ära einläuten. Die Bundesrepublik hat hierfür in jahrzehntelanger Bewährung ein günstiges Fundament gelegt. Ob dies gelingt, hängt im Wesentlichen von der Einsicht und dem Friedenswillen der kommenden Generationen ab. Wenn die Schweiz inskünftig mit ihrer Botschaft im grössten Nachbarstaat und wichtigsten Land der Europäischen Union an allerbesten Lage vertreten sein wird, möge sie sich daran erinnern, dass sie diese Gunst nur zum kleineren Teil dem eigenen Verdienst verdankt. Sie nehme dieses Glück in der Geschichte zum Anlass, um über Unglück und Verhängnis nachzudenken sowie bedächtige Bescheidenheit in der Aussenpolitik aus Überzeugung und Tradition zu bejahen.

Anhang

Anmerkungen

Das Gebäude

- 1 Vgl. Michael S. Cullen: Platz der Republik. Vom Exerzierplatz zum Regierungsviertel. Berlin 1992, 34f.
- 2 Übersichtsplan von Julius Straube, 1880-90. In: Städtebauliches Gutachten, Umfeld Reichstag, Pariser Platz. Berlin 1992,19.
- 3 Vgl. Cullen, a.a.O., 34f.
- 4 Vgl. Helge Pitz, Wolfgang Hofmann, Jürgen Tomisch: Berlin-W, Geschichte und Schicksal einer Stadtmitte, 2 Bde. Berlin 1984, Bd. 1, 153ff.
- 5 Ulrich Bräker: Lebensgeschichte und Natürliche Ebentheuer des Armen Mannes im Tockenburg. In: Ulrich Bräker: Werke, hg. v. Samuel Voellmy. Basel 1945, Bd. 1,200f.
- 6 Michael S. Cullen, Uwe Kieling: Der Deutsche Reichstag. Geschichte eines Parlaments. Berlin 1992, 23.
- 7 Archiv des Bau- und Wohnungsaufsichtsamtes des Bezirkes Tiergarten von Berlin. Acta der Städtischen Polizeiverwaltung betreffend das Grundstück des Eigenthümers (Fürst) Bismarck Strasse 4, Bd. 1.
- 8 Vgl. Franz Hermann Franken: Friedrich Theodor Frerichs (1819-1885). Leben und hepatologisches Werk. Zur 100. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin. 1994. [Freiburg 1994], [Privatdruck], 13.
- 9 Fjodor Dostojewski: Die Briefe an Anna 1866-1880. Zit. bei Cullen: Platz der Republik, a.a.O., 35.
- 10 Vgl. Zeitschrift für Bauwesen 25 (1875), 1, Taf. 1-3 im Atlas.
- 11 Acta der Städtischen Polizeiverwaltung, s. Anm. 7.
- 12 Vgl. Michael S. Cullen. Der Reichstag. In: Ders. u. Wolfgang Volz: Christo, Jeanne-Claude. Bergisch-Gladbach 1995, 261-317, 278.
- 13 Acta der Städtischen Polizeiverwaltung, s. Anm. 7.
- 14 Paul Baumgarten der Ältere ist der Vater des gleichnamigen Sohns, der in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts den zerstörten Reichstag wieder aufgebaut hatte.
- 15 Vgl. 100 Jahre Kunheim. Ein Rückblick auf Entstehung und Entwicklung der Chemischen Fabrik Kunheim. Berlin [1926].
- 16 Ebd.,4.
- 17 Die erste Kanzlei brachte man 1867/68 an der berühmten Wilhelmstrasse unter, im Haus Nr. 55, südlich der Leipziger Strasse. Dann liess sich die Gesandtschaft

im Stadtteil Tiergarten nieder. Die Residenz und Kanzlei des Gesandten Hammer (1868–76) befanden sich an der Bellevuestrasse 7, zwischen dem Park und dem Leipziger Platz. Minister Roth (1877–1904) etablierte sich an der Regentenstrasse 17, der heutigen Hitzigallee, neben dem Bendlerblock. Mit Alfred de Claparède (1905–1917) zog die Schweizer Gesandtschaft, allerdings nur die Kanzlei, an die Friedrich-Wilhelm-Strasse, die heutige Klingelhöferstrasse. Zuerst war sie im Haus Nr. 10, ab September 1909 nebenan, im Erdgeschoss von Nr. 11 untergebracht. Hier blieb die Vertretung, bis sie an den gegenwärtigen Standort zog. Nur die Passabteilung wurde wegen Platzmangel im Herbst 1919 an die Kaiserin-Augusta-Strasse 75/76 ausgelagert. Die Residenz richtete sich das Ehepaar Claparède an der Rauchstrasse 6 ein. Die beiden Nachfolger, Haab und Mercier, beide nur auf temporärer Mission in Berlin, stiegen anscheinend ausschliesslich in Hotels ab. (Landesarchiv Berlin, Berliner Adressbücher; Stadtarchiv Olten, Nachlass von B. Hammer; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, R 131 185; Dt. Bundesarchiv Abteilungen Potsdam R 902, Bd. 50699/1; BAR, Gesandtschaft Berlin, Claparède, E 2001 A).

- 18 Max Gutzwiller: Siebzig Jahre Jurisprudenz. Erinnerungen eines Neunzigjährigen. Basel u. Stuttgart 1978, 46f.
- 19 Notarieller Kaufvorvertrag vom 15.10.1919.
- 20 Zit. nach Laurenz Demps: Berlin – Wilhelmstrasse. Eine Topographie preussisch-deutscher Macht. Berlin 1994, 173.
- 21 Albert Speer: Erinnerungen. Zit. nach Hans J. Reichhardt und Wolfgang Schäche: Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen. Berlin, 5. Aufl. 1990, 47.
- 22 Vgl. ebd., 62
- 23 Archiv der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen. Erläuterungsbericht vom 24.12.1938 zum «Spreedurchstich am Königsplatz», 6.
- 24 Zit. nach Paul Ortwin Rave (Hg.): Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin. Bezirk Tiergarten. Berlin 1955, 166.
- 25 Akten des Landesarchivs Berlin, Grundbuchblatt Rauchstrasse 15.
- 26 Mündliche Mitteilung von Willi Kaspar, damals technischer Mitarbeiter auf der Gesandtschaft, Bern 28.12.1994.
- 27 Vgl. Rave, a.a.O., 72.
- 28 Vgl. Hans Frölicher. Meine Aufgabe in Berlin. Wabern-Bern 1962 [Privatdruck], 112.
- 29 Frölicher, a.a.O., 106.
- 30 BAR, E 2300 Berlin, P.B. vom 29.11.1943.
- 31 Tagebuch vom 30.01.1945.
- 32 Vgl. Tony Le Tissier: Berlin Then and Now. London 1992, 232ff.
- 33 Aufzeichnungen von Willi Kaspar vom Sommer 1950, 4.
- 34 Vgl. Peter Burckhardt: Bericht über die Schlacht um Berlin. An das Armeekommando. Ankara 15.06.1945. BAR, E 27 9758, Bd. 20.
- 35 S.u.S. 291.
- 36 Mündliche Mitteilung von Willi Kaspar, Bern, 28.12.94.
- 37 Aufzeichnung von Andreas Nigg, Balsthal, während des Krieges der Gesandt-

- schaft zugeteilter Chauffeur, vom 26. Mai 1993.
- 38 Vgl. AfZ, Nachlass Alfred Zehnder, Erinnerungen, 9.
- 39 Schweizer Illustrierte 23, 7.6.1944, S. 11.
- 40 Frölicher, a.a.O., 107.
- 41 Ebd., 109.
- 42 Ebd., 110.
- 43 Ebd., 111.
- 44 BAR E 2400 Berlin 11, Geschäftsbericht 1947,18.
- 45 Aufzeichnung von Willi Kaspar, a.a.O., 4
- 46 Vgl. Landesarchiv Berlin, Akte Alsenstrasse 6/Ecke Fürst-Bismarck-Strasse.
- 47 Internationaler Städtebaulicher Ideenwettbewerb Spreebogen. Arbeitsgemeinschaft Wettbewerb Spreebogen. Berlin/Bonn, Juni 1992, 64.
- 48 Der dritte Preis ging an die junge Berner Architektengemeinschaft Gartenmann, Werren, Jöhri.
- 49 NZZ vom 17./18.06.1995.

Die Anfänge der Gesandtschaft

- 50 DDS I, Doc. 199,414, Vorschlag Frey-Hérosé an Bundesrat vom 30.03.1854.
- 51 Vgl. Gerald Arlettaz: Les finances de l'Etat fédéral de 1848 à 1939. In: Veröffentlichungen des Schweizerischen Bundesarchivs. Studien und Quellen, Bd. 3. Bern 1977, 24.
- 52 DDS I, Doc. 199, 417, Vorschlag Frey-Hérosé an Bundesrat vom 30.03.1854.
- 53 Zit. nach Eduard Fueter: Die Schweiz seit 1848. Zürich und Leipzig 1928, 82.
- 54 Vgl. DDS I, Doc. 73,158, Schreiben Hirzel-Lampe an Furrer vom 05.03.1850.
- 55 Geheimes Staatsarchiv PK, I 81 Bern V 52, Bd. 5, Proklamation vom 03.01.1857.
- 56 DDS I, Doc. 256, 510, Schreiben Furrer an Hirzel-Lampe vom 23.12.1856.
- 57 Vgl. DDS I, Doc. 273, 534f. Bundesratsantrag vom 31.01.1857.
- 58 Vgl. Geheimes Staatsarchiv PK, I 81 Bern V 62, Schreiben Kamptz vom 21.02.1859.
- 59 Vgl. Claude Altermatt: Les débuts de la diplomatie professionnelle en Suisse (1848-1914). Fribourg 1990, 46ff.
- 60 Anzahl der Gesandtschaften
- | | 1854 | 1870 |
|--------------|------|------|
| Belgien | 19 | 16 |
| Portugal | 14 | 14 |
| Schweden | 16 | 14 |
| Griechenland | 5 | 8 |
| Schweiz | 2 | 4 |
- nach Altermatt, a.a.O., 5.
- 61 Vgl. DDS II, Doc. 93,139, Schreiben Heer an Fornerod vom 19.05.1867.
- 62 Vgl. SchweizerVerein Berlin. Chronik 1861-1961. Berlin 1961, o.S.
- 63 Vgl. Bundesarchiv, Abt. Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr. 50699/1.
- 64 Johannes Dierauer (Hg.): Aus den Papieren des Landammanns Aepli. In: St. Gallische Analekten 13. St. Gallen 1904,16.

- 65 Ebd., 18.
- 66 Vgl. Bundesarchiv, Abt. Potsdam, Auswärtiges Amt Nr. 50699/1.
- 67 DDS II, Doc. 77, 107, Protokoll der Bundesratssitzung vom 17.04.1867.
- 68 Geheimes Staatsarchiv PK, I 81 Bern V 62, 23, Schreiben Roeder an Minister Graf Bismarck vom 12.05.1867.
- 69 Vgl. DDS II, Doc. 45, 63ff, Schreiben Aepli an Bundesrat vom 08.09.1866.
- 70 Vgl. DDS II, Doc. 78, 107ff, Schreiben Heer an Fornerod vom 20.04.1867 und Doc. 80, 111, Protokoll der Bundesratssitzung vom 22.04.1867.
- 71 Bundesarchiv, Abt. Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr. 50699/1.
- 72 Geheimes Staatsarchiv PK, I 81 Bern V 62, 24, Tg. vom 06.05.1867.
- 73 DDS II, Doc. 78, 108, Schreiben Heer an Fornerod vom 20.04.1867.
- 74 Staatssekretär Franz Blankart: Wettstein und Europa. Rede zum 400-jährigen Geburtstag des Basler Bürgermeisters Johann Rudolf Wettstein. Riehen, 27.10.1994.
- 75 Vgl. Hans Hiller: Arnold Otto Aepli. St. Gallen 1953, 183ff.
- 76 Vgl. DDS II, Doc. 94, 142, Schreiben Heer an Fornerod vom 22.05.1867.
- 77 Zit. nach Eduard Vischer: Landammann Dr. Joachim Heers deutsche Gesandtschaft 1867/68. In: Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte, Bd. 17 (1959), 153–195, 167.
- 78 Zit. nach Vischer, a.a.O., 169f.
- 79 Vgl. DDS II, Doc. 131, 203, Schreiben Heer an Dubs vom 16.04.1868.
- 80 Philipp Anton von Segesser: Kleine Schriften III. Bern 1879, 32.
- 81 Zit. nach Vischer, a.a.O., 167.
- 82 Zit. nach Urs Altermatt (Hg.): Die Schweizer Bundesräte. Zürich und München 1991, 205.
- 83 Zit. nach Vischer, a.a.O., 162.
- 84 Zit. nach Altermatt (Hg.), a.a.O., 205.
- 85 Zit. nach Vischer, a.a.O., 162.
- 86 Vgl. Altermatt (Hg.), a.a.O., 212f.
- 87 Vgl. Eduard Fischer: Bundesrat Bernhard Hammer. Solothurn 1969, 301.
- 88 Vgl. Fischer, a.a.O., 238.
- 89 DDS II, Doc. 256, Anm. 7, 391, Schreiben Mercier an Dubs vom 21.07.1870.
- 90 DDS II, Doc. 352, 560, Schreiben Hammer an Schenk vom 01.04.1871.
- 91 Zit. nach Fischer, a.a.O., 254.
- 92 DDS II, Doc. 417, 662, Schreiben Welti an Röder vom 07.06.1872.
- 93 Vgl. DDS II, Doc. 354, 562f, Schreiben Hammer an Schenk vom 03.04.1871.
- 94 DDS II, Doc. 362, 574, Schreiben Hammer an Schenk vom 02.05.1871.
- 95 S.u.S. 106f und 240ff.
- 96 Vgl. DDS III, Doc. 2, 7ff, Schreiben Hammer an Cérésolle vom 23.02.1873.
- 97 Vgl. Fischer, a.a.O., 293.
- 98 Vgl. Peter Stadler: Bismarck und der Ausbruch des Kulturkampfes in der Schweiz. In: Innen- und Aussenpolitik. Festschrift Walther Hofer. Bern 1980, 511.
- 99 Vgl. Altermatt: Les débuts, a.a.O., Anm. 269, 81.
- 100 Zit. nach Fischer, a.a.O., 299.

- 101 Vgl. Fischer, a.a.O., 289.
- 102 Zit. nach Peter Stadler: Der Kulturkampf in der Schweiz. Frauenfeld und Stuttgart 1984, 717, Anm. 39.
- 103 Vgl. Schweizer Verein Berlin, Chronik 1861-1961, o.S.

Wohlbestallt im Deutschen Reich

- 104 Vgl. Walter Schläpfer: Ein Schweizer Diplomat: Arnold Roth aus Teufen. In: Bodensee-buch 38 (1963), 54-59, 54.
- 105 Vgl. Willi Nef: Minister Arnold Roth. Ein Lebensbild. In: Appenzellische Jahrbücher 4 (1905), 1-108, 82.
- 106 Nef, a.a.O., 36.
- 107 Zit. nach Nef a.a.O., 54.
- 108 Zit. nach Albert Schoop: Johann Konrad Kern. Die Gesandtschaft in Paris. Frauenfeld 1967, 662.
- 109 Zit. nach Nef, a.a.O., 103.
- 110 Vgl. DDS III, Doc. 308, 670, Schreiben Roth an Droz vorn 06.01.1887.
- 111 Brief vom 7.3.1862. In: Bismarck: Die Gesammelten Werke, Bd. 14, 582.
- 112 DDS III, Doc. 308, 670, Schreiben Roth an Droz vom 06.01.1887.
- 113 Zit. nach: Edgar Bonjour: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Basel 1970, Band 2, 70.
- 114 Vgl. ebd., 71.
- 115 Vgl. Klaus Urner: Die Deutschen in der Schweiz. Frauenfeld 1976, 226.
- 116 DDS III, Doc. 372, 830, Schreiben Roth an Droz vom 10.05.1888.
- 117 DDS III, Doc. 360, 799, Schreiben Roth an Droz vom 14.02.1888. [Kursiv im Originaltext].
- 118 Vgl. Hansjörg Renk: Bismarcks Konflikt mit der Schweiz. Der Wohlgemuth-Handel von 1889. Basel und Stuttgart 1972, 154.
- 119 Zit. nach ebd., 159.
- 120 Zit. nach ebd., 188.
- 121 Zit. nach Bonjour, a.a.O., Bd. 2, 50.
- 122 DDS III, Doc. 405, 903, Schreiben Roth an Droz vom 07.06.1889.
- 123 DDS III, Doc. 418, 925, Schreiben Roth an Droz vom 04.07.1889.
- 124 Zit. nach Nef, a.a.O., 67.
- 125 John C.G. Röhl (Hg.): Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz, Bd. 1. Boppard a. Rhein 1976, 440.
- 126 Vgl. ebd., Bd. 3, Boppard 1983, 1705.
- 127 DDS IV, Doc. 14, 29, Schreiben Roth an Droz vom 19.02.1890. [Kursiv im Originaltext.]
- 128 DDS IV, Doc. 311, 680, Schreiben Roth an Müller vom 08.05.1899.
- 129 Zit. nach: Beat Hemmi: Kaiser Wilhelm II. und die Reichsgründung im Urteil schweizerischer diplomatischer Berichte (1888-1894). Zürich 1964, 77
- 130 Vgl. Lothar Gall: Bismarck. Der weisse Revolutionär. Frankfurt 1980, 694.
- 131 Vgl. Nef, a.a.O., 83.

- 132 BAR, Gesandtschaft Berlin, E 2001 (A), Personaldossier Alfred de Claparède, Claparède an EPD 29.08.1904.
- 133 Vgl. Altermatt: Les débuts, a.a.O., 261.
- 134 Vgl. Berner Tagwacht vom 7.12.1917.
- 135 Vgl. Frölicher a.a.O., 102.
- 136 DDS V, Doc. 214, 483, Schreiben Claparède an Brenner vom 30.01.1908.
- 137 Vgl. DDS V, Doc. 223, 500f, Schreiben Claparède an Bülow vom 27.03.1908.
- 138 Vgl. DDS V, Doc. 267, 595, Schreiben Claparède an Bethmann Hollweg vom 18.11.1909.
- 139 Vgl. Felix Bosshard: Der Gotthardvertrag von 1909. Zürich 1973, 30f.
- 140 Politisches Jahrbuch 23 (1909), 375.
- 141 Vgl. DDS V, Doc. 282, 618, Schreiben Claparède an Forrer vom 07.02.1911 und Bosshard, a.a.O., 135 und 228.
- 142 Vgl. DDS V, Doc. 232, Anm. 1, 521, Protokoll der Bundesratssitzung vom 01.10.1908.
- 143 Vgl. DDS V, Doc. 214, 482, Schreiben Claparède an Brenner vom 30.01.1908.
- 144 Vgl. DDS V, Doc. 281, 615f, Schreiben Claparède an Ruchet vom 03.02.1911
- 145 Vgl. Othmar Uhl: Die diplomatisch-politischen Beziehungen zwischen Grossbritannien und der Schweiz in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg (1890-1914). Basel und Stuttgart 1961, 170f.
- 146 DDS V, Doc. 302, 660, Schreiben Claparède an Forrer vom 28.01.1912.
- 147 Zit. nach Rolf App: Wilhelm II. im Toggenburg. In: Toggenburger Annalen 5 (1978). Uzwil 1977, 71-84, 76.
- 148 Deutsches Bundesarchiv, Abt. Potsdam, R43 Reichskanzlei, Nr. 819.
- 149 Vgl. DDS V, Doc. 309, 673, Schreiben Claparède an Forrer vom 07.03.1912.
- 150 Urner, Die Deutschen, a.a.O., 559.
- 151 Vgl. Rudolf Probst: Das Politische Departement 1849-1945. Lie. Uni Bern. Bern 1982, Tabellen 82.
- 152 Vgl. App, a.a.O., 75.
- 153 DDS VI, Doc. 13,25, Schreiben Claparède an Hoffmann vom 02.08.1914.
- 154 Vgl. Max Huber: Denkwürdigkeiten 1907-1924. Zürich 1974, 63.
- 155 Vgl. DDS VI, Doc. 12, 23, Schreiben Claparède an Hoffmann vom 31.07.1914.
- 156 S.u. S. U7f.
- 157 Zit. nach: Hans Rappold: Der Schweizerische Generalstab, Bd. 5. Zeit der Bewährung? Die Epoche um den Ersten Weltkrieg, 1907 bis 1924. Basel und Frankfurt 1988, 279f.
- 158 Vgl. DDS VI, Doc. 277, 505f, Schreiben Haab an Hoffmann vom 16.02.1917.
- 159 Giuseppe Motta: Testimonia temporum 1911-1931. Bellinzona 1931, 219.
- 160 Vgl. DDS VI, Doc. 330, 580, Schreiben Haab an Ador vom 02.07.1917.
- 161 Vgl. DDS VI, Doc. 131, 224ff, Protokoll der Bundesratssitzung vom 12.06.1915.
- 162 Vgl. DDS VI, Doc. 199, 380, Schweizer Gesandtschaft in Berlin an Eichmann vom 07.07.1916.
- 163 Vgl. BAR, Personalakte Alfred de Claparède, E 2001 (A), Bundesrat-Protokollauszug vom 11.01.1917.

Turbulente Zeiten

- 164 Vgl. BAR, E 2001 (A), Personaldossier A. de Claparède, Bundesrat-Protokollauszug vom 11. und 13.01.1917.
- 165 Vgl. Huber, a.a.O., 90.
- 166 Vgl. Berner Tagwacht vom 7.12.1917.
- 167 Vgl. DDS VI, Doc. 330, 580, Schreiben Haab an Ador vom 02.07.1917.
- 168 S.o.S. 66.
- 169 Vgl. Probst, a.a.o., 41.
- 170 DDS VI, Doc. 378, 672, Schreiben Mercier an Calonder vom 19.01.1918.
- 171 Vgl. DDS VI, Doc. 425, 736, Schreiben Mercier an Calonder vom 15.05.1918.
- 172 DDS VII-I, Doc. 3, 3, Schreiben Egger an Calonder vom 11.11.1918
- 173 DDS VI, Doc. 456, 813, Schreiben Mercier an Calonder vom 26.10.1918.
- 174 BAR, E 2300 Berlin (19), Mercier an Calonder vom 21.11.1918.
- 175 Vgl. DDS VII-I, Doc. 3, 4, Schreiben Egger an Calonder vom 11.11.1918.
- 176 DDS VII-I, Doc. 225, 449f, Schreiben Mercier an Müller vom 06.03.1919.
- 177 Vgl. DDS VII-I, Doc. 459, 911, Schreiben Mercier an Calonder vom 25.06.1919.
- 178 Vgl. DDS VII-I, Doc. 28, 40, Schreiben Mercier an Abteilung für Auswärtiges vom 24.11.1918.
- 179 DDS VII-I, Doc. 199, 405f, Schreiben Calonder an Mercier vom 22.02.1919.
- 180 Vgl. DDS VII-I, Doc. 222, 443ff, Schreiben Abteilung für Auswärtiges an Gesandtschaft in Berlin vom 05.03.1919.
- 181 Vgl. Fabio Casgnola: Les attachés militaires suisses et leur importance pour notre service de renseignements militaire. Mémoire de licence. Université de Genève 1986, 222 u. 443ff.
- 182 Vgl. Peter Metz: Geschichte des Kantons Graubünden, Bd. 3. Chur 1993, 69.
- 183 Vgl. Hans Beat Kunz: Weltrevolution und Völkerbund. Bern 1981, 100, Anm. 97.
- 184 Vgl. BAR, Personalakte Alfred von Planta, E 2500/1, Bundesrat-Protokollauszug vom 17.01.1919.
- 185 Schweizer Verein Berlin, Chronik 1861–1961, o.S.
- 186 BAR, E 2500/1, Personalakte Alfred von Planta, Von Planta an Calonder, 27.11.1919.
- 187 Vgl. Le Démocrate, 10.02.1921.
- 188 BAR, E 2300, Berlin (21), Planta an Motta vom 21.03.1920.
- 189 Vgl. Kunz, a.a.O., 97ff.
- 190 S.o.S. 97f.
- 191 DDS VII-II, Doc. 101, Anm. 2, 241, Schreiben Planta an Calonder vom 06.10.1919.
- 192 Vgl. DDS VII-II, Doc. 108, 256f, Protokoll der Bundesratssitzung vom 14.10.1919.
- 193 Vgl. DDS VII-II, Doc. 160A, 352ff, Schreiben Decoppet an Calonder vom 24.11.1919.
- 194 Vgl. DDS VIII, Doc. 133, 369, Schreiben Planta an Motta vom 17.11.1921.
- 195 DDS VIII, Doc. 77, 225, Schreiben Planta an Motta vom 30.04.1921.
- 196 S.o.S. 87.

- 197 Vgl. DDS VIII, Doc. 200, 545ff, Schreiben Carlin an Motta vom 03.06.1922.
- 198 Vgl. Hermann Böschenstein: Zwischen Diplomatie und Gesellschaft. Der Schweizer Gesandte in der Weimarer Republik (1922–1932) Hermann Rüfenacht. Bern 1992, 23.
- 199 Vgl. BAR, E 2500/1, Personalakte Hermann Rüfenacht, Motta an Rüfenacht, vom 09.04.1932.
- 200 Aus den Memoiren von Eduard A. Feer (1894–1983), 257. Privataufzeichnung.
- 201 Zit. nach Böschenstein, a.a.O., Brief vom 25.6.1924, 66 f.
- 202 Wie Alfred de Claparède und Alfred von Planta liess sich Rüfenacht auch mit ungetrübtem Selbstbewusstsein vom Schweizer Maler Gustav Adolf Meng-Trimmis, der damals in Berlin lebte, porträtieren. Vor seinem Rücktritt schenkte er das Bild der Eidgenossenschaft. Es hängt heute, wie die Bilder seiner Vorgänger und das von O. Kodym angefertigte Porträt von Bernhard Hammer, in der prächtigen Bibliothek der Schweizer Vertretung in Berlin.
- 203 Vgl. Feer, a.a.O., 316.
- 204 Vgl. BAR, E 2500/1, Personalakte Hermann Rüfenacht, EPD Dinichert an Rüfenacht, vom 07.07.1932.
- 205 Vgl. Böschenstein, Brief vom 11.10.1923, 62.
- 206 DDS IX, Doc. 64, Anm. 3, 100, Schreiben Rüfenacht an Motta vom 27.06.1925.
- 207 Vgl. DDS VIII, Doc. 298, 796 ff, Schreiben Rüfenacht an Motta vom 17.11.1923.
- 208 DDS X, Doc. 36, 89, Schreiben Rüfenacht an Motta vom 29.09.1930.
- 209 DDS X, Doc. 84, 197, Schreiben Rüfenacht an Motta vom 20.06.1931.
- 210 Böschenstein, a.a.O., Brief vom 31.03.1932, 112.
- 211 S.u.S. 207.
- 212 DDS VII-II, Doc. 304, 621, Schreiben Bircher an Egger vom 16.04.1920.
- 213 S.o.S. 108f.
- 214 Vgl. Annetta Gattiker. L'affaire Conradi. Bern u. Frankfurt 1975.
- 215 Vgl. DDS IX, Doc. 131, 207, Schreiben Rüfenacht an Motta vom 16.12.1925.
- 216 Vgl. DDS VIII, Doc. 357, A, 948 ff, Schreiben Rüfenacht an Motta vom 15.10.1924.
- 217 Vgl. Walther Hofer: Der Abbruch der Beziehungen mit dem revolutionären Russland 1917–1927. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 43 (1993), 223–240, 237ff.
- 218 Vgl. DDS IX, Doc. 298, A 2, 516, Schreiben Krestinski an Rüfenacht vom 14.04.1927.
- 219 Vgl. Böschenstein, a.a.O., 32.
- 220 Vgl. Schweizer Verein Berlin, Chronik 1861–1961, o.S.
- 221 Zit. nach Böschenstein, Brief vom 02.05.1932, 117.

«Persona non grata» bei den Nazis

- 222 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 02.02.1933, 7f.
- 223 Vgl. Sir Nevile Henderson: Failure of a Mission. New York 1940, 33 u. 51.
- 224 Vgl. Manfred Todt: Die diplomatischen Beziehungen der Schweiz zu Deutsch-

- land 1934/35 im Urteil von zwei diplomatischen Berichten des deutschen Gesandten in Bern Ernst von Weizsäcker. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 36 (1986), 59–70.
- 225 Vgl. Rainer A. Blasius: Für Grossdeutschland – gegen den grossen Krieg. Ernst von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen. Köln und Wien 1981, 9 u. 158ff.
- 226 Ernst von Weizsäcker: Erinnerungen. München 1950, 116.
- 227 Leonidas E. Hill (Hg.): Die Weizsäcker Papiere 1933–1950. Frankfurt 1974, 77; vgl. auch Jürg Fink: Die Schweiz aus der Sicht des Dritten Reiches. Zürich 1985, 114ff.
- 228 Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie C, Bd. III, 2, 870ff. Schreiben vom 31.01.1935.
- 229 André François-Poncet: Als Botschafter in Berlin 1931–1938. Dt. Übersetzung. Mainz 2. Aufl. 1949, 8ff.
- 230 Vgl. DDS X, Doc. 327, 813, Schreiben Dinichert an Motta vom 05.09.1933.
- 231 Vgl. DDS XI, Doc. 8, 32ff, Schreiben Dinichert an Motta vom 31.01.1934.
- 232 Zit. nach DDS XI, Doc. 124, 384, Anm. 2, Schreiben Motta an Dinichert vom 25.05.1935. [Kursiv im Originaltext].
- 233 Zit. nach Bonjour, Band 3, a.a.O., 51.
- 234 DDS XII, Doc. 39, 85, Aufzeichnung von alt Bundesrat Schulthess vom 03.03.1937.
- 235 Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie C, Bd. VI, 2, 965f. Schreiben vom 14.07.1937.
- 236 Vgl. DDS XII, Doc. 41, Anm. 1, 87f, Schreiben Dinichert an Motta vom 06.03.1937.
- 237 Vgl. BAR, E 2400 Berlin 7, Geschäftsbericht 1933, 8.
- 238 Bella Fromm: Als Hitler mir die Hand küsste. Hamburg 1993, 221.
- 239 DDS XI, Doc. 111, 342, Schreiben Dinichert an Motta vom 02.04.1935.
- 240 S.o.S. 79ff.
- 241 Zit. nach Bonjour, Band D. 3, a.a.O., 90.
- 242 DDS XI, Doc. 219, 655, Schreiben Caratsch an Motta vom 05.03.1936.
- 243 Vgl. DDS XI, Doc. 204, 610, Schreiben Dinichert an Motta vom 05.02.1936.
- 244 Vgl. Bonjour, Band 3, a.a.O., 93f.
- 245 DDS XI, Doc. 52, 168, Schreiben Dinichert an Motta vom 10.07.1934.
- 246 Vgl. DDS XI, Doc. 131, 408ff, Protokoll der Bundesratssitzung vom 02.07.1935.
- 247 Vgl. Geschäftsbericht des Bundesrates 1938, 76.
- 248 BAR, 2001 (D), 15/3, Brief vom 06.10.1937 an Dr. Karl Sartorius.
- 249 Vgl. Hermann Böschstein: Vor unsern Augen. Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935–1945. Bern 1978, 306ff.
- 250 Vgl. DDS XII, Doc. 155, 325ff, Protokoll der Bundesratssitzung vom 30.11.1937.
- 251 Vgl. DDS X, Doc. 329, 816, Schreiben Dinichert an Motta vom 08.09.1933.
- 252 Vgl. DDS X, Doc. 245, 596f, Schreiben Dinichert an Motta vom 10.03.1933.
- 253 Vgl. BAR, E 2400 Berlin 7, Geschäftsbericht 1933, 11.
- 254 Vgl. DDS X, Doc. 253, 614f. Schreiben Dinichert an Häberlin vom 24.03.1933.
- 255 Wenig Interesse zeigte die Schweizer Vertretung allerdings am Schicksal von

Dr. Leopold Obermayer. Der Würzburger Weinhändler war Jude, Schweizer und Homosexueller. Obermayer, ein ausgebildeter Jurist mit geschliffenen Umgangsformen, wurde im Herbst 1934 verhaftet und kam trotz verbissenem Kampf um sein Recht nicht mehr aus den Fängen der Justiz. Immer wieder berief er sich in seinem Verfahren auf seine schweizerische Staatsangehörigkeit. Zwar erhielt das Generalkonsulat in München und später auch die Gesandtschaft in Berlin Kunde von seinem Fall; es kam auch zu einem Gespräch mit einem Konsularbeamten aus München. Aber nach zwei Jahren stellte sich heraus, dass Obermayer nebst der schweizerischen Staatsangehörigkeit auch die deutsche besass. Hernach entzog ihm die Schweiz den konsularischen Schutz – ein Vorgang, der bei geordneten Verhältnissen den völkerrechtlichen Gepflogenheiten entspricht: Besitzt ein Doppelbürger auch die Staatsangehörigkeit seines Residenzlandes, so steht er voll in der Obhut des Residenzlandes. Ob man diesen Grundsatz bei einem Unrechtsregime wie dem nationalsozialistischen auch anwenden durfte, ist indes fragwürdig. Für Obermayer sollte der Entscheid fatale Konsequenzen haben. Seine Lage verschlechterte sich, sobald das Abseitsstehen der schweizerischen Vertretung bekannt wurde, drastisch. Denn bisher hatten die Amtsstellen, wie aus bayrischen Quellen hervorgeht, den Häftling verhältnismässig behutsam angefasst, weil sie befürchteten, die Schweiz könnte den Fall Obermayer zu einer internationalen Angelegenheit machen. Fortan entfiel diese Rücksichtnahme. Im Herbst 1942 wurde Obermayer aus einem regulären Zuchthaus ins Konzentrationslager Mauthausen überführt. Dort fand er unter unbekanntem Umständen am 22. Februar 1943 den Tod. (Martin Broszat und Elke Fröhlich: *Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus*. München 1987, 424ff.).

- 256 DDS X, Doc. 260, 638, Schreiben de Stoutz an Dinichert vom 20.04.1933.
 257 DDS XI, Doc. 151, Anm. 1, 455, Schreiben Feer an de Stoutz vom 27.09.1935.
 258 Vgl. BAR, E 2400 Berlin 9, Geschäftsbericht 1938, 14ff.
 259 Vgl. BAR, E 2400 Berlin 7, Geschäftsbericht 1934, 62ff.
 260 Vgl. BAR, E 2400 Berlin 7, Geschäftsbericht 1935, 13ff.
 261 William E. Dodd jr. und Martha Dodd (Hg.): *Diplomat auf heissem Boden. Tagebuch des USA-Botschafters William E. Dodd in Berlin 1933–1938*, Berlin 1964, 480, Eintrag am 03.11.1937.
 262 Ebd., 493.
 263 Vgl. Peter Martig: *Die Berichte der schweizerischen Diplomaten zur nationalsozialistischen «Machtergreifung» in Deutschland in den Jahren 1933 und 1934*. In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Bd. 28, 1978, 350–378, 362.
 264 DDS X, Doc. 59, 142, Schreiben Schweizer Gesandtschaft in Berlin an Motta vom 02.02.1931.
 265 Vgl. BAR, E 2300 Berlin, PB vom 15.8.1932.
 266 Vgl. Martig, a.a.O., 362.
 267 Vgl. Alfred Cattani: *Der Fall Minister Frölicher (Replik)*. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 23.03.1976.
 268 S.u.S. 193ff.

- 269 Zit. nach: Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt, Berlin. 5. Aufl. 1995, 1114.
- 270 Ebd., 707.
- 271 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 19.09.1936.
- 272 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 03.10.1936.
- 273 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 02.10.1937.
- 274 Vgl. Franz Kappeler: Archiv für Zeitgeschichte, Privataufzeichnung vom 25.03.1975.
- 275 Vgl. Feer, a.a.O., 339.
- 276 Vgl. Martig: a.a.O., 353.
- 277 Vgl. DDS XI, Doc. 219, 656, Schreiben Caratsch an Motta vom 05.03.1936.
- 278 Auch in der Chronik des Schweizer Vereins wird Dinicherts Abgang 1938 mit keinem Wort der Anerkennung vermerkt.
- 279 Zit. nach Martig, a.a.O., 353 – Eine Wendung übrigens, die Caratsch in seinem Beschwerdebrief an Bundesrat Motta vier Monate später wortwörtlich auch gebrauchte.
- 280 DDS XI, Doc. 219, Anm. 6, 657, Schreiben Caratsch an Motta vom 05.03.1936. [Kursiv im Originaltext].
- 281 Vgl. Daniel Bourgeois: Milieux d'affaires et politique étrangère suisse à l'époque des fascismes. In: Relations internationales I (1974), 194f.
- 282 Vgl. DDS XII, Doc. 162, 343, Schreiben Motta an Dinichert vom 13.12.1937.
- 283 Vgl. DDS XII, Doc. 163 und Anhang, 345f, Schreiben Schürch an Motta vom 13.12.1937.
- 284 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Gesandtschaft Bern, Bd. 1928, Schreiben vom 23.11.1937, 2.
- 285 Vgl. DDS XII, Doc. 213, 472, Schreiben Dinichert an Motta vom 20.02.1938.
- 286 BAR, E 2500/1 Personaldossier Dinichert Paul, Bundesrats-Protokollauszug vom 11.02.1938.
- 287 BAR, E 2500/1 Personaldossier Dinichert Paul, Communiqué vom 22.02.1938.
- 288 BAR, E 2500/1, Personaldossier Dinichert Paul.
- 289 Vgl. DDS XII, Doc. 167, 353, Schreiben Dinichert an Motta vom 16.12.1937.
- 290 Mitteilung von Hermann Böschenstein am 16.11.1995.

Auf dem schwierigsten Posten

- 291 BAR, E 2500/1, Personaldossier Dinichert, Bundesratsprotokoll vom 11.02.1938.
- 292 Kritiker verwandten diese Beziehungen immer wieder als Argument gegen Frölicher's politische Zuverlässigkeit. Wie das nachstehende Beispiel zeigt, zögerten einige nicht, ihm deswegen übelste Machenschaften, bis hin zu blankem Landesverrat, zu unterstellen. Vom 5.-8. August 1938 hielt sich Frölicher in Bern zu Besprechungen auf. An jenem Tag begab er sich auch zum deutschen Legationsrat Sigismund von Bibra, den er aus seiner Berner Amtszeit her kannte, zu einem Nachessen. Ein Hobby-Detektiv, der ihm anscheinend nachschlich, schickte dem «Nebelspalter»-Verlag folgenden Text:

«Geehrter Herr Redaktor!

Sie bekommen hiermit eine Skizze, nach der ein Künstler vom «Nebelspalter» ein Bild anfertigen kann. Die Skizze behandelt den skandalösen Besuch bei Nacht des schweizerischen Gesandten Fröhlicher [sic!] am Hofe von Hitler. Fröhlicher kam direkt von Berlin zu dem Nachfolger von Gustloff nach Muri und verliess den Baron Bibra [sic! = Bibra] in der Nacht, ohne in Bern sich aufzuhalten? Dieser schweizerische Seiss-Inquart [sic! Seyss-Inquart = Führer der österreichischen Nationalsozialisten; 1946 in Nürnberg als Kriegsverbrecher hingerichtet] sollte sofort aberufen werden, sonst gibts einen Skandal. Der «Nebelspalter» verdient einen Orden, wenn er diesen schweizerischen Seiss entlarvt.»

Der Verleger des «Nebelspalters», Ernst Löpfe-Benz, erkannte sogleich die Ungeheuerlichkeit der Anschuldigung und schrieb dem Einsender:

«Ihr Vorschlag, Herrn Minister Fröhlicher in der von Ihnen skizzierten Art im ‚Nebelspalter‘ blosszustellen, ist ein völlig undiskutabler Wunsch. Ihr Vorwurf ist so furchtbar, dass ich verstehen würde, wenn der Bundesrat den ‚Nebelspalter‘ sofort beschlagnahmen würde. Einen schweizerischen Gesandten einfach des Landesverrates zu bezichtigen, ohne dafür Beweise zu haben, würde ich als Verbrechen am Vaterlande betrachten. Wenn Sie glauben, Ursache zu einem solchen Vorwurf zu haben, dann melden Sie ihn beim Politischen Departement. Die Skizze folgt zurück.»

Gleichzeitig orientierte der Vizepräsident des Ständerates, welcher Löpfe-Benz auch war, Bundesrat Motta über den Vorgang. Er fügte noch bei, im Parlament werde diese Geschichte bereits kolportiert, sei sie ihm doch auch aus dem Munde eines Ständerates der katholisch-konservativen Fraktion zugetragen worden.

Bundesrat Motta verdankte am 06.10.1938 das verantwortungsbewusste Verhalten von Löpfe-Benz mit einem Schreiben, das den Hintergrund von Fröhlichers Besuch schildert: «Hochgeehrter Herr Vizepräsident,

Empfangen Sie meinen Dank für Ihre persönlichen Zeilen vom 4. Oktober, denen Sie einen Briefwechsel zwischen Ihnen und einem ungenannten Korrespondenten des ‚Nebelspalter‘ in Abschrift beigelegt haben. Ich bin Ihnen dankbar für die klare und entschiedene Absage, die Sie diesem Denunzianten erteilt haben.

Es mag Sie interessieren zu erfahren, was für eine Bewandnis es mit diesem ‚nächtlichen Besuch‘ bei Baron von Bibra hat.

Herr Minister Fröhlicher hat sich vom 5. bis 8. August d.J. zur Besprechung verschiedener hängiger Geschäfte in Bern aufgehalten. Während dieser Zeit stand er in *dauernder* Verbindung mit dem Politischen Departement und andern Stellen der Bundesverwaltung. Es war mir bekannt, dass er auf Samstag Abend von Herrn v. Bibra, Legationsrat der Deutschen Gesandtschaft, mit dem er seit seiner Berner Zeit gesellschaftlichen Verkehr unterhält, in dessen Haus nach Muri zum Nachtessen gebeten war; zu diesem Essen war übrigens auch ein anderer meiner Mitarbeiter, Herr Dr. K. Stucki, eingeladen worden. Es ist ohne Weiteres verständlich, dass Herr Fröhlicher beim Verlassen von Muri nicht nach Bern fuhr, da

er bei seinen Aufenthalten in der Schweiz auf seiner Besitzung in Ursellen bei Konolfingen zu wohnen pflegt.

Im übrigen sind Sie wohl mit mir der Auffassung, es sei nicht nur normal, sondern durchaus wünschenswert, ja unerlässlich, dass der schweizerische Gesandte in Berlin mit dem deutschen Gesandten in Bern und seinen engsten Mitarbeitern freundschaftliche Beziehungen unterhalte. Das Fehlen solcher Beziehungen, nicht aber ihre Existenz, wäre vom dienstlichen Gesichtspunkt aus unbefriedigend. Wegen der Pflege eines derartigen Verkehrs, der in jeder Hinsicht den elementarsten diplomatischen Anstandsregeln entspricht, den Patriotismus eines Mannes, dessen Gesinnung und Charakter wir in mehr als zwanzigjähriger Zusammenarbeit zu erproben Gelegenheit hatten, in Zweifel zu ziehen, ist, wie Sie mit Recht betonen, eine Ungeheuerlichkeit, die sich nur aus einer von blindem Parteifanatismus verwirrten Geistesverfassung erklären lässt.

Genehmigen Sie, Herr Vizepräsident, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.» (BAR, E 2001 1968/87, Bd. 22, Personaldossier Frölicher). [Kursiv im Originaltext].

293 Mitteilung von a. Botschafter August Lindt am 16.11.1995.

294 S.o.S. 160f.

295 Vgl. Franz Kappeler: Schweizerischer Diplomat in Berlin 1936–1944. Unterlagen zu einem ETH-Referat vom 26.01.1971, 4.

296 Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 5, Doc. 520 vom 01.06.1938.

297 Frölicher, a.a.O., 95.

298 S.o.S. 85f.

299 Vgl. Hanns Jürgen Küsters und Hans Peter Mensing (Hg.): Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944–1945. München 1986, 8ff.

300 Im Frühjahr 1945 gab es noch 13 ausländische Vertretungen in Berlin: Die Reste des Drei-Mächte-Pakts, nämlich Finnland, Japan, Kroatien und die Slowakei, sowie die neutralen Staaten Schweiz, Schweden, Afghanistan, Irland, Portugal, Spanien, Thailand und ausserdem den Heiligen Stuhl.

301 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 100.

302 Tagebuch vom 28.02.1945.

303 Archiv für Zeitgeschichte, Bestand Nürnberger Prozesse, 11.5.4.4.4 Affidavit, 06.03.1948.

304 Vgl. Tagebuch vom 07.05.1943.

305 Vgl. Hans Jürgen Döscher: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Berlin 1987, 190f.

306 Frölicher, a.a.O., 70.

307 Frölicher selbst hatte am 15. Juli im Tagebuch notiert, Gerüchte über einen Hitlerputsch würden umgehen; er schenke ihnen jedoch keinen Glauben. «Aber der Armee kann es in einem gewissen Zeitpunkt zu unsinnig werden, sich für eine sicher verlorene Sache zu opfern.» Frölicher dürfte die Informationen von seinem Militärattaché, Major Peter Burckhardt, erhalten haben. Dieser hatte aus gewöhn-

- lich zuverlässiger Quelle erfahren, Hitler solle beseitigt werden und diese Information am 14.07.1944 nach Bern gemeldet. (Vgl. Peter Voegeli: Der Führer selbst soll durch ein Attentat beiseite geschafft werden». In NZZ vom 16./17.07.1994).
- 308 Heinrich Homberger: Schweizer Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg. Erlenbach und Stuttgart, 1970, 66f.
- 309 Zit. nach: Georg Kreis: General Guisan, Minister Frölicher und die Mission Burckhardt 1940. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 27 (1977), 99–121, 117.
- 310 Zit. nach ebd., 117.
- 311 Vgl. Erwin Bucher: Zwischen Bundesrat und General. Zürich 1993, 369.
- 312 DDS XIII, Doc. 367, 897, Schreiben Guisan an Minger vom 14.08.1940.
- 313 Ebd. [Kursiv im Originaltext].
- 314 Ebd., 898.
- 315 Willi Gautschi: General Henri Guisan. Zürich 1989, 361.
- 316 S.o.S. 97f. und 117.
- 317 DDS XIII, Doc. 355, 870, Telegramm Schweizer Gesandtschaft an EPD vom 03.08.1940.
- 318 Vgl. Kreis, a.a.O., 114, Tagebucheintrag von Markus Feldmann vom 21.10.1940.
- 319 Zit. nach: Georg Kreis: Auf den Spuren von «La Charité». Basel 1976, 143.
- 320 S.u.S. 250f.
- 321 Vgl. Kreis: General Guisan, a.a.O., 115, Anm. 23.
- 322 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. VIII, 63ff. P.B. 114f. vom 01.11.1940.
- 323 Zit. nach Gautschi, a.a.O., 361.
- 324 Vgl. Volksrecht (Zürich) vom 24.05.1941 oder Berner Tagwacht vom 26.05.1941.
- 325 Vgl. Manuskript zum «Frölicher-Symposium» vom 15./16.10.1993 auf der Ausstelle der Schweizerischen Botschaft in Berlin.
- 326 BAR, J.I. 236, Nachlass Frölicher, Brief an Frölicher vom 30.05.1941.
- 327 Tagebuch vom 13.12.1944.
- 328 Diese Version wurde auch von Alfred Zehnder, der die Leitung der schweizerischen Restdelegation übernahm, bestätigt. (Vgl. Erinnerungen des Russlandschweizers und Diplomaten Alfred Zehnder (1900–1983), 9. Unveröffentlichter Bericht im Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich.
- 329 Frölicher, a.a.O., 134.
- 330 Ebd.
- 331 Ebd., 138.
- 332 Tagebuch vom 29.11.1944.
- 333 Ebd.
- 334 Christoph Geiser: Brachland. Zürich 1980, 216.
- 335 BAR, Personalakte Frölicher, Schreiben von A. Zehnder vom 02.02.1953.
- 336 DDS XII, Doc. 320, 745, Schreiben Frölicher an Motta vom 10.06.1938.
- 337 Zit. nach Neue Zürcher Nachrichten vom 29.11.1938.
- 338 Die «Münchener Neuesten Nachrichten» bestritten kategorisch, die Presserüge in freier Interpretation hinzugefügt zu haben: «Wir möchten nicht verfehlen, all jenen Blättern in der Schweiz, die später behauptet haben, in unserm Bericht über diese Rede wären Hinzufügungen gemacht worden, die in der Rede selbst

- nicht enthalten gewesen waren, zu versichern, dass der von uns wiedergegebene Text auf der Grundlage des Stenogramms eines unserer Berichterstatter beruht, der an der Veranstaltung teilgenommen hat und dass jeder von uns wiedergegebene Gedanke, auch der, der die Schweizer Presse selbst betraf, sinngemäss den Ausführungen entspricht, die unser Bericht gehört hat.» (Zit. nach: Karl Weber: Die Schweiz im Nervenkrieg. Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit 1933–1945. Bern 1948, 94).
- 339 BAR, Personaldossier Hans Frölicher, Ansprache vom 25.11.1938.
- 340 Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Nr. 2152 vom 05.12.1938.
- 341 Der Bund, Nr. 570 vom 06.12.1938.
- 342 Berner Tagblatt, Nr. 287 vom 06.12.1938.
- 343 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 18.11.1938.
- 344 DDS XIII, Doc. 19, 44, PB vom 02.02.1939. [Kursiv im Originaltext].
- 345 Vgl. DDS XII, Doc. 323, 751f, PB vom 13.06.1938.
- 346 Vgl. BAR, E 2300, PB vom 18.11.1938.
- 347 Vgl. Rainer A. Blasius: Ein konservativer Patriot im Dienste Hitlers – Ernst Freiherr von Weizsäcker. In: W. Filmer und H. Schwan: Richard von Weizsäcker. Düsseldorf, Wien, New York 2 1989, 246–271, 254ff.
- 348 Vgl. BAR, E 2300, PB vom 15.03.1939.
- 349 BAR, E 2300, PB vom 20.06.1939.
- 350 BAR, E 2300, PB vom 28.08.1939.
- 351 Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Band 7, Nr. 528.
- 352 Vgl. Frölicher, a.a.O., 29.
- 353 Vgl. Klaus Urner: Die Schweiz muss noch geschluckt werden. Zürich. 3. Aufl. 1991, 48ff.
- 354 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 351, Denkschrift vom 10.07.1945.
- 355 DDS XV, Doc. 59, 153, Schreiben Frölicher an Pilet-Golaz vom 21.12.1943.
- 356 Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VIII, 353, Denkschrift vom 10.07.1945.
- 357 Am 19.11.1948 erkundigte sich Frölicher beim hochangesehenen General Hans Speidel – er sollte später Adenauers Hauptberater bei der Einführung der Bundeswehr sowie Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Zentraleuropa werden –, ob die Besetzung der Schweiz in den Jahren 1940 oder 1943 ernstlich erwogen worden sei. Speidel, mit welchem Frölicher freundschaftliche Beziehungen pflegte, hatte während des Krieges verschiedene hohe Positionen bekleidet; zuletzt war er Generalstabschef unter Generalfeldmarschall Rommel gewesen. Am 07.09.1944 wurde er wegen seinen Kontakten zum militärischen Widerstand verhaftet und bis zum Kriegsende gefangengehalten. Speidel verneinte die Frage. Er teilte Frölicher am 28.11.1948 folgendes mit: «In den Aufmarsch- und Operationsplänen von 1940 wurde mit den Gedanken einer Neutralitätsverletzung der Schweiz überhaupt nie gespielt. Ich kann aus meiner damals schon über 10jährigen Generalstabspraxis Ihnen sagen, dass ich kein einziges Plan- oder Kriegspiel, das sich mit einer solchen Frage befasst hätte, mitgemacht habe. Ich wäre aber als Mitglied der Frankreich-Gruppe und späterer Leiter der Abteilung Fremde Heere West bestimmt zugezogen worden. Auch 1943 halte ich die von Ihnen erwähnten Gedankengänge für abwegig:

1) Stalingrad und seine Folgen hatten beinahe eine halbe Million deutscher Soldaten verschlungen. Die letzten Reserven rollten nach dem Osten. Als Armeechef im Süden der Ostfront habe ich diese furchtbare Krise selbst miterlebt. ...

5) Vorbereitungen hätten, wenn sie tatsächlich erfolgt wären, nie geheim gehalten werden können.» (BAR, J.I.236).

In seinem Schreiben erwähnte Frölicher auch, er gedenke nach seiner Pensionierung Memoiren zu schreiben, weil er befürchte, ein falsches Geschichtsbild setze sich durch. Seine Begründung lautete: «Im Ernste wird behauptet, dass die Wehrmacht im Frühjahr, bei Beginn der Westoffensive, für den Einfall in die Schweiz im Schwarzwald bereit gestellt gewesen sei und nur deshalb nicht marschiert sei, weil der Durchbruch bei Sedan gelungen sei! Diese falsche Beurteilung der Lage kommt wohl davon her, dass man die Maginotlinie als Hauptproblem annahm, entsprechend der französischen Auffassung.

Dann wird noch gar gesagt, dass Ende März 1943, also nach Stalingrad, der Einmarsch bereits beschlossen und vorbereitet gewesen sei, wo die Alpen noch im tiefsten Winter steckten und die deutschen Gebirgstruppen sicherlich anderswo beschäftigt waren. Ich habe diese Behauptung immer als eine Falschmeldung des Nachrichtendienstes aufgefasst. Schellenberg behauptet, er habe damals die Schweiz gerettet, er hat es auch mir gesagt. Wer weiss, ob die Nachricht aus dem Führerhauptquartier nicht von dem S.D. [Sicherheitsdienst] stammt!». Schreiben Frölicher an Spedel vom 19.11.1948 (Privatarchiv).

358 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 76, Brief vom 27.12.1941.

359 Frölicher, a.a.O., 46.

360 Vgl. Schreiben von Alfred Ernst an Masson vom 19.04.1942, zit. bei Pierre – Th. Braunschweig: Geheimer Draht nach Berlin. Zürich 1989, 217.

361 Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Band 9, 219, Notiz vom 02.05.1940.

362 DDS XIII, Doc. 303, 712, PB vom 11.06.1940.

363 DDS XIII, Doc. 383, 935, Schreiben Frölicher an Bonna vom 17.09.1940.

364 Missglückte Reise durch Deutschland. In: Schweizer Monatshefte 43 (1963), 246–261, 258f. Der Autor verfasste den Bericht über die Vortragsreise vom Febr./März 1940 schon 1943 anhand von Reisenotizen, überarbeitete ihn später leicht, publizierte ihn jedoch erst 1963.

365 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hg. von Elke Fröhlich, Teil II, Bd. 8 (April – Juni 1943). München 1993, 237.

366 Hugh R. Trevor-Roper (Hg.): Le testament politique de Hitler. Paris 1959, 62f (Eintrag vom 05.02.1945), zit. bei Fest, a.a.O., 1153.

367 In einem Leitartikel mit dem Titel «Die Schweiz und die europäischen Tatsachen» schrieb Bretscher, an die Rede von Pilet-Golaz vom 25.06. anknüpfend, am 25.07.1940: «Das aber ist eben das Entscheidende: dass sich die Anpassung an «das Neue» auf dem Wege der Anpassung des «Neuen» an schweizerische Eigenart, schweizerische Tradition vollziehen muss und nicht zur blinden Nachahmung, zum blöden Kopieren fremder Gedanken und Einrichtungen führen darf. Die Besonderheit der Lebensbedingungen, der staatlichen und kulturellen Existenzform der Schweiz, die sie zu einem Sonderfall unter den Nationen stempelt

- und ihre Raison d'être darstellt, verbietet ihr eine <Anpassung um jeden Preis>. Die Schweiz muss die Schweiz bleiben – worin ihr ureigenes Wesen besteht, ist dem Eidgenossen in den letzten Jahren deutlicher als je bewusst geworden, und die Bereitschaft des Schweizervolkes zu jedem Opfer für die Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes ist heute gleichbedeutend mit dem Willen, die Substanz der Eidgenossenschaft durch alle Stürme der Zeit hindurch zu retten und zu bewahren». (Zit. nach: Willy Bretscher: Im Sturm von Krise und Krieg. Neue Zürcher Zeitung von 1933–1944. Zürich 1987, 262).
- 368 BAR E 2300, Berlin, P.B. vom 23.07.1940.
- 369 Bonjour, a.a.O., Bd. VIII, 56, Brief vom 09.09.1940.
- 370 DDS XIII, Doc. 383, 935, Schreiben Frölicher an Bonna vom 17.09.1940.
- 371 Vgl. ebd., Anhang, 937f, Brief vom 24.09.1940.
- 372 Vgl. Küsters u. Mensing, a.a.O., 116, Schreiben von Wyss an Frölicher vom 04.06.1945, 165f.
- 373 Vgl. Willi Gautschi: Helvetische Streiflichter. Aufsätze und Vorträge zur Zeitgeschichte: Zürich 1994, 226.
- 374 Vgl. Frölicher a.a.O., 53.
- 375 Vgl. Tagebuch vom 08.05.1943.
- 376 Zit. nach Bonjour, a.a.O., Band VIII, 79, Brief an Pilet vom 19.01.1942.
- 377 BAR, J. I, 236, Brief vom 01.03.1938.
- 378 DDS XII, Doc. 431, 982, Schreiben Frölicher an Bonna vom 21.10.1938.
- 379 Vgl. Reto Caratsch: Juli 1940: Meine Ausweisung aus Berlin. In: Bündner Jahrbuch 23 (1981), 1–13, 4.
- 380 Vgl. DDS XIII, Doc. 338, 821, Schreiben Frölicher an Bonna vom 11.07.1940.
- 381 Vgl. Kurt Humbel: Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931–1939. Zürich 1976, 79.
- 382 Briefe Frölicher an Koenig vom 21.09.1938 und Kappeler an Stahel vom 12.10.1938 (Privatarchiv).
- 383 Vgl. z.B. DDS XIII, Doc. 392, 963, Schreiben Frölicher an Bonna vom 03.10.1940.
- 384 Vgl. BAR, 2001 (D) 15/3, Brief vom 01.03.1938 an Caratsch.
- 385 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. VIII, 109, Protokoll vom 22.10.1938.
- 386 Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VIII, 108f.
- 387 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 20, Rundschreiben vom 23.12.1938.
- 388 Vgl. DDS XIII, Doc. 161, 362f, PB vom 13.09.1939.
- 389 David Gerber: Bericht über Aufenthalt in Heeres-, Reit- und Fahrschule in Hannover und Potsdam, vom 10.01.–30.04.1939. Aufzeichnung vom 01.05.1939, 32f. Privatarchiv. [Unterstreichung im Original].
- 390 Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VIII, 273, Notizen vom 16.07.1941.
- 391 Zit. nach Gautschi, a.a.O., 573, Schreiben vom 21.06.1940.
- 392 Vgl. DDS XII, Doc. 432, 984ff, Schreiben Frölicher an Bonna vom 22.10.1938 und Anhang vom 20.10.1938.
- 393 Vgl. Homberger, a.a.O., 69.
- 394 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 122.
- 395 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 257.

- 396 Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Band 9, Nr. 377. Aktenvermerk vom 03.06.1940.
- 397 Frölicher, a.a.O., 39.
- 398 Vgl. ebd., 38f.
- 399 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. VIII, 156ff., Antrag an EVD vom 09.09.1939.
- 400 Frölicher, a.a.O., 8.
- 401 Vgl. Hans Schaffner: Die Aussenhandelspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. In: NZZ vom 10.02.1997.
- 402 Vgl. Robert Urs Vogler: Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941. Diss. Zürich 1983.
- 403 Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Band 10, S. 91, Aufzeichnung vom 03.07.1940.
- 404 Vgl. Klaus Urner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges. In NZZ vom 27.11.1968. Schreiben Hemmen vom 06.03.1940.
- 405 Ebd.
- 406 Im Abkommen vom August 1952 über die schweizerischen Staatsforderungen gegen das ehemalige Deutsche Reich erreichte Minister Walter Stucki, dass die BRD von der sogenannten Clearing-Milliarde 650 Millionen Franken zurückzahlte, also etwa 55 % der ausstehenden Schulden, respektive 40 %, wenn man die auflaufenden Zinsen mitrechnet. (Vgl. Linus von Castelmur: Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg. Die deutschen Guthaben in der Schweiz zwischen Zwangsliquidierung und Freigabe (1945–1952). Zürich 1992, 378ff.
- 407 BAR, J. I, 236, 3. Aufzeichnung von Frölicher: Die Schweiz in der zweiten Hälfte des Jahres 1940, 13f.
- 408 Vgl. Homberger, a.a.O., 69.
- 409 Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VIII, 82. PB vom 27.03.1942.
- 410 Vgl. Jakob Tanner: Hand in Hand mit den Nazis. In: Bilanz 10 (1989), 348.
- 411 Jan Vonder Mühl: Die Aktivitäten der schweizerischen Maschinenindustrie und ihrer Verbände ASM und VSM während des Zweiten Weltkrieges (1933–1945). Eine Untersuchung im Auftrag von ASM/VSM. Zürich 1997.
- 412 Walther Hofer: Wer hat den Zweiten Weltkrieg verlängert? Kritisches zur merkwürdigen These einer Kriegsverlängerung durch die Schweiz. In: NZZ vom 07./08.06.1997.
- 413 Zit. nach: Klaus Urner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, a.a.O.
- 414 Zit. nach: Klaus Urner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges, II. Teil. In NZZ vom 02.12.1968.
- 415 Vgl. «Eisenstat-Bericht», Vf.
- 416 Vgl. Tanner, a.a.O., 352.
- 417 Vgl. Klaus Urner: «Die Schweiz muss noch geschluckt werden!» Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz. Zürich 1990, 74.
- 418 BAR, J.I. 236, 3. Nachlass Frölicher. Aufzeichnung: Die Schweiz in der zweiten Hälfte des Jahres 1940, 5.

- 419 NZZ vom 13.09.1970.
- 420 Brief vom 19.11.1948. (Privatarchiv).
- 421 Homberger, a.a.O., 67.
- 422 Vgl. Homberger, a.a.O., 69.
- 423 BAR, J.I., 236, Brief vom 02.04.1953 an Frölicher.
- 424 Vgl. DDS XIII, Doc. 292, 691, PB vom 28.05.1940.
- 425 Vgl. Stephan Winkler: Die Schweiz und das geteilte Italien. Bilaterale Beziehungen in einer Umbruchphase 1943–1945. Basel und Frankfurt/M 1992, 55.
- 426 Klaus Urner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges. III. Teil (Schluss). In: NZZ vom 06.12.1968.
- 427 Vgl. Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Bern 1957 (= Bericht Ludwig), 126.
- 428 Vgl. auch Wolf Gruner: Judenverfolgung in Berlin 1933–1945. Eine Chronologie der Behördenmassnahmen in der Reichshauptstadt. Berlin 1996.
- 429 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 07.07.1933.
- 430 S.o.S. 155f.
- 431 DDS XII, Doc. 443, 1013f, Schreiben Frölicher an Bonna vom 11.11.1938.
- 432 DDS XII, Doc. 477, 1107, PB vom 14.12.1938.
- 433 DDS XII, Doc. 298, 699, Schreiben Dinichert an Bonna vom 16.05.1938.
- 434 Zit. nach Ludwig, a.a.O., 110. Bericht der Polizeiabteilung vom 31.08.1938.
- 435 Vgl. ebd., 114f, Bericht Kappeler vom 07.09.1938.
- 436 Vgl. ebd., 127 und 147.
- 437 Zit. nach Ludwig, a.a.O., 120. Besprechung vom 17.09.1938 in Bern.
- 438 Ebd., 123. Bericht vom 21.09.1938.
- 439 Zit. nach Ludwig, a.a.O., 127 Anm. 1.
- 440 Ebd. 128.
- 441 Picard erachtet den zitierten Passus als eine «formelle Reziprozitätserklärung», die man im Extremfall sogar so hätte auslegen können, «dass die Schweiz die Pässe von jüdischen Schweizerbürgern ebenfalls mit einem J-Stempel zu versehen» hätte (vgl. Jacques Picard: Die Schweiz und die Juden 1933–45. Zürich 1994, 159.) Das ist aber eine unangemessene Zuschreibung. Die Formel «nach Benehmen mit der schweizerischen Regierung» verhinderte gerade eine vollumfängliche Reziprozität, und zudem belegt der Verhandlungsverlauf, dass die Schweiz ausdrücklich darauf bedacht war, kein Gegenrecht einzuräumen.
- 442 Zit. nach Ludwig, a.a.O., 128. Bericht über Verhandlungen vom 27.–29.10.1938.
- 443 Vgl. ebd., 109.
- 444 Vgl. Picard, a.a.O., 157f.
- 445 Vgl. DDS VII-II, Doc. 399, 796, Schreiben Rothmund an Dinichert vom 11.10.1920. Zu Rothmunds Antisemitismus, der kaum stärker ausgeprägt war als bei manchen andern Chefbeamten oder Politikern, vgl. auch Heinz Roschewski: Heinrich Rothmund in seinen persönlichen Akten. In: Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933–1945, 109ff. (= Studien und Quellen 22, Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs. Bern 1996).
- 446 Vgl. André Lasserre: Frontière et camps. Le réfugié en Suisse de 1933–1945. Lausanne 1995, 365f.

- 447 Vgl. Frölicher, a.a.O., 17.
- 448 Vgl. Gaston Haas: «Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte...», 1941–1943. Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste. Basel und Frankfurt 1994, 65ff.
- 449 Zit. nach: Alfred Cattani: Hans Frölicher – Berns Mann in Berlin. In: NZZ vom 31.05.1991.
- 450 Vgl. z.B. Frölicher: Tagebuch, 10.11.1944, und Jean-Claude Favez: Das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich. Zürich 1989, 494.
- 451 Vgl. auch Lasserre, a.a.O., 77ff.
- 452 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. V, 278.
- 453 S.u.S. 319f.
- 454 Vgl. BAR, Berlin E 2400 10, Geschäftsbericht 1942.
- 455 Vgl. Linus Reichlin: Kriegsverbrecher Wipf, Eugen. Zürich 1994, 121f u. 240. Freiwillige anderer Nationen: Holländer 25'000, Dänen 8'000, Franzosen mindestens 5'000, Schweden 101.
- 456 Tagebuch vom 16.02.1943.
- 457 Vgl. Tagebuch vom 19.03.1943.
- 458 Zit. nach: Klaus Urner: Der Schweizer-Hitler-Attentäter. Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzbereichen. Frauenfeld und Stuttgart 1980, 360.
- 459 Vgl. Rolf Hochhuth: Tell 38. Hamburg 1979; Niklaus Meienberg: Es ist kalt in Brandenburg. Ein Hitler-Attentat. Zürich 1980. Urner: Der Schweizer Hitler-Attentäter, a.a.O.
- 460 Vgl. Urner: Der Schweizer Hitler-Attentäter, a.a.O., 238.
- 461 Frölicher an EPD vom 02.04.1940, zit. nach Urner: Der Schweizer-Hitler-Attentäter, a.a.O., 254.
- 462 Vgl. ebd. 246.
- 463 Vgl. ebd. 263.
- 464 Vgl. DDS XIII, Doc. 146, 331f, Bundesratsprotokoll vom 01.09.1939.
- 465 Vgl. Matthias Inhelder: Die Schweiz als Schutzmacht Grossbritanniens und Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Lizentiatsarbeit. Zürich 1989, 3.
- 466 Bei Kriegsausbruch vertrat die Schweiz Grossbritannien mit weiten Teilen des Commonwealth; 1940 kam Ägypten dazu, 1941 folgten die USA, Liberia und 16 südamerikanische Staaten, 1943 Irak und 1945 die Türkei; nach deren Frontwechsel vertrauten 1944 Bulgarien und Rumänien ihre Interessen inoffiziell der Schweiz an sowie, auch inoffiziell, das befreite Frankreich.
- 467 Vgl. Urner: Der Schweizer Hitler-Attentäter, a.a.O., 291.
- 468 Vgl. BAR 2001 (D) 11, Bericht von Max König an Minister Feldscher über das Ende der Schutzmachtätigkeit in Berlin, Ankara, 14.06.1945.
- 469 Nach der Rückkehr arbeiteten Meier, Lutz und Frölicher in der gleichen Dienststelle. Frölicher übernahm die gesamte deutsche Interessenvertretung in der Schweiz. Lutz wurde die Interessenvertretung für die Ostschweiz mit Sitz in Zürich anvertraut, und Meier war als Kanzleisekretär in der Zürcher Geschäftsstelle angestellt. Später wirkte Meier von 1973 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1978 als Generalkonsul in Berlin.
- 470 Vgl. Theo Tschuy: Carl Lutz und die Juden von Budapest. Zürich 1995, 359.

471 Um den mannigfachen Anforderungen als Schutzmacht genügen zu können, bedurfte die Schweiz eines grossen Fuhrparks. Am 1. Februar 1945 umfasste der Automobildienst einen Garagenchef, zwei Postwagenführer, vier Chauffeure-Mechaniker und fünf Chauffeure. Die Fahrer der Schutzmachtabteilung legten im letzten Kriegsjahr im Durchschnitt über zwanzigttausend Kilometer pro Monat zurück, im Februar und März 1945 gar über vierzigtausend Kilometer. Besonders lange Fahrten ergaben sich zu den Kriegsgefangenenlagern. Albert Sigrist, der letzte Garagenchef der Gesandtschaft, vermerkte in seinem Tätigkeitsbericht: «Die Fahrer waren bei [den] ausgedehnten Reisen mit ihren Fahrzeugen mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen. Daher bedurften die Reisewagen einer peinlichen und wohldurchdachten Vorbereitung und Ausrüstung an Werkzeugen und Ersatzteilen, führten sie doch z. T. durch Partisanengebiete.» (Tätigkeitsbericht des Automobildienstes vom 01.03.1944–31.10.1945, 5, Privatarchiv).

472 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 93, Brief an Pilet vom 03.06.1944.

473 Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VI, 153.

474 Die Schweiz hatte diese Argumentation grundsätzlich anerkannt. Als die Bundesbehörden die Schutzmachtspolitik nach dem Krieg verteidigen mussten, hiess es in einer amtlichen Verlautbarung: «Lebhafte Kritiken wurden der Schweiz auch zuteil, weil sie über die in den *«Konzentrationslagern»* in Deutschland begangenen Grausamkeiten nicht berichtet habe. Es muss hervorgehoben werden, dass diese Lager nichts mit den Interniertenlagern, in welchen sich einzig Angehörige von Staaten befanden, deren Interessen die Schweiz vertrat, gemeinsam hatten. Während die Lager dieser zweiten Kategorie in regelmässigen Zwischenräumen durch Inspektoren der schweizerischen Gesandtschaft in Deutschland besucht wurden, war dies für die *«Konzentrationslager»* nicht der Fall. In der Tat fielen letztere, die bereits vor dem Kriege bestanden, nach der Auffassung der deutschen Regierung ausschliesslich in den Bereich der Innenpolitik. Die Reichsregierung hat offiziell nie zugegeben, dass sich darin Personen befanden, die berechtigterweise den Schutz der Schweiz in Anspruch nehmen konnten, und sie hat ständig die Besuchsermächtigung verweigert. Nichtsdestoweniger ist die schweizerische Gesandtschaft in Deutschland wiederholt beim Auswärtigen Amt vorstellig geworden, um die Besuchserlaubnis zu erwirken, allerdings ohne jemals zum Ziele zu gelangen.» (NZZ vom 25.05.1945.) [Gespart im Originaltext].

475 Vgl. Inhelder, a.a.O., 103f.

476 Frölicher, a.a.O., 60.

477 Vgl. Tagebuch vom 03.03.1945.

478 Vgl. NZZ vom 25.05.1945.

479 Vgl. Inhelder, a.a.O., 115.

480 BAR J.I. 236 1993/368, Brief vom 11.01.1943.

481 Hans Senn: Der schweizerische Generalstab, Band VII. Anfänge einer Dissuasionsstrategie während des Zweiten Weltkrieges. Basel und Frankfurt 1995, 39.

482 NZZ vom 08.08.1986.

483 Protokoll des Nationalrates, Sitzung vom 14.12.1937, Anhang 5, 107.

- 484 Mündliche Mitteilung von Max König vom 15.10.1993; vgl. auch Anm. 501.
- 485 BAR E 27 9758, Bd. 20, Schlussbericht vom Juli 1945, 1.
- 486 BAR E 27 10064; Zeugenaussagen von Waldemar Pabst und Peter Burckhardt vom 13.05.1947.
- 487 Ebd., Zeugenaussage Burckhardt vom 13.05.1947.
- 488 BAR E 27 10024, Schreiben an die Bundesanwaltschaft vom 13.06.1945.
- 489 Vgl. Urner: Der Schweizer Hitler-Attentäter, a.a.O., 15ff.
- 490 Vgl. Bucher, a.a.O., 223ff.
- 491 Vgl. z.B. DDS XIII, 355, Anhang vom 09.08.1940, und Braunschweig, a.a.O., 130ff.
- 492 Brief vom 08.07.1941, zit. nach Kreis: General Guisan, Minister Frölicher, a.a.O., Anm. 24.
- 493 Vgl. Braunschweig, a.a.O., 138.
- 494 S.o.S. 199.
- 495 Frölicher a.a.O., 28.
- 496 Mündliche Mitteilung von Walter Storz, Berlin, 17.09.1996.
- 497 Zit. nach Braunschweig, a.a.O., 131.
- 498 Vgl. Christian Kaiser: War das Urteil Bonjours über den Schweizer Gesandten in Berlin, Hans Frölicher, gerecht? Diplomarbeit. Hochschule St. Gallen 1994 [Typoskript], 46.
- 499 Vgl. Max König: Der Fall Minister Frölicher. In: NZZ vom 23.03.1976.
- 500 BAR, E 27 9943.
- 501 «Herr Oberst, in Verfolgung der Angelegenheit der Dokumente, über welche ich Ihnen in meinem Brief vom 16.9. berichtete, kann ich Ihnen heute einige weitere Mitteilungen machen, die mir sehr interessant erscheinen und den Eindruck verstärken, dass es sich möglicherweise um eine Intrige gegen General Guisan handelt. Aus zuverlässiger Quelle habe ich inzwischen gehört, dass *Minister Frölicher in Berlin gegenüber einigen Herren geäußert hat, dass General Guisan für Deutschland untragbar sei (!) als Welschschweizer (!) und dass er zur Demission veranlasst werden sollte. An seine Stelle müsste Wille treten als Armee-Inspektor. Diese Lösung würde in Deutschland einen ausgezeichneten Eindruck machen.* Minister Frölicher fügte ausserdem noch bei, dass er in diesem Sinne einen Bericht an das Politische Departement erstatten werde. Ob er dies getan hat, entzieht sich der Kenntnis meines Vertrauensmannes. Es könnte aber von Ihnen vielleicht festgestellt werden. Ich betone, dass es sich bei meinem Vertrauensmann um eine absolut zuverlässige Persönlichkeit handelt, die zum engern Kreise um Frölicher gehört. Bei einer derartigen Einstellung unseres Gesandten gegenüber unserem General wäre es deshalb nicht verwunderlich, wenn einer in Berlin gesponnenen Intrige nicht energisch und rechtzeitig genug entgegengetreten würde. (BAR E 27 9943, Schreiben von Waibel an Oberst Müller vom 25.09.1940), [Hervorgehobenes und Ausrufzeichen im Original].
- 502 BAR E 5001 (G), Bd. 15, 044.23./62. Bericht zum Buch von Jon Kimche «Spying for Peace», 7 (= Bericht Waibel).
- 503 Ebd., 1.

- 504 Ebd. 1 und 3.
- 505 Vgl. Fest, a.a.O., 815.
- 506 BAR E 2300 Berlin, PB vom 20.06.1939.
- 507 BAR E 2300 Berlin, PB vom 28.08.1939.
- 508 Bericht Waibel, a.a.O., 4f.
- 509 Vgl. auch für die sattsam bekannte Tendenz der SS-Generale Schellenberg und Berger, die Abwendung von unheilvollen Angriffsabsichten auf die Schweiz ihrem fürsprecherischem Einfluss innerhalb des engsten Führungskreises um Hitler zuzuschreiben.
- 510 Bonjour, a.a.O., Bd. IV, Basel 1971, 250
- 511 Ebd., 249f. Die Anmerkungen bei Bonjour sind in das Zitat hineingenommen und stehen in runden Klammern.
- 512 Freundliche Mitteilung von Herrn Daniel Bourgeois vom Bundesarchiv. Herr Eduard Tschabold suchte, als das Bundesarchiv das Inventar E 27 «Landesverteidigung, 1848–1950» erstellte, intensiv nach diesen Berichten.
- 513 Bonjour, a.a.O., Bd. IV, 245f.
- 514 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. IV, 261f.
- 515 S.o.S. 222.
- 516 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. III, 55.
- 517 Ebd., 56.
- 518 Vgl. August R. Lindt: Die Schweiz, das kleine Stachelschwein. Bern 1992, 95.
- 519 S.o.S. 160f.
- 520 Bonjour, a.a.O., Bd. IV, 246.
- 521 Jakob Tanner: «Die Schweiz hatte wieder einmal Glück». Edgar Bonjours Geschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Volkserziehung. In: NZZ-Folio, August 1991, 32. Diese Äusserung bezog sich auf eine Rede, die Bonjour am 26.08.1939 auf dem historischen Schlachtfeld von St. Jakob an der Birs hielt. Ein Auszug: «Wir vermögen heute die untergehenden Kämpfer nicht anders zu sehen, als wie Ferdinand Hodler eidgenössische Krieger gemalt hat: kraftgeschwellte, steifnackige Gestalten, im Blick zornmütigen Trotz und verhaltenen Ingrim, aus offenen Wunden blutend, mit letzter Anstrengung steineschleudernd oder den Zweihänder schwingend, das Haupt schon von den Fittichen des Todes umweht; ein letztes hohes Aufflammen der Lebenskraft vor dem Erlöschen».
- 522 Jean-Frédéric Wagnière: Le rapport Bonjour, 1972, 42. [Typoskript]. Dass Bonjour Frölicher nicht gerecht wurde, ist auch die Schlussfolgerung einer Diplomarbeit an der Hochschule St. Gallen; vgl. Kaiser, a.a.O.
- 523 Brief vom 23.05.1936, zit. nach Fest, a.a.O., 695. Weitere Belege finden sich in der Monographie von Paul Stauffer: Zwischen Hofmannsthal und Hitler: Carl J. Burckhardt, Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz. Zürich 1991.
- 524 Frölicher: Tagebuch, 12.10.1944.
- 525 Ebd., 17.10.1944.
- 526 Interview in: Weltwoche vom 29.04.1993.
- 527 Vgl. George-André Chevallaz: Le défi de la neutralité. Diplomatie et défense de la Suisse 1939–1945. Vevey 1995, 374.
- 528 Frölicher, a.a.O., 139.

- 529 Vgl. Gazette de Lausanne vom 04.03.1970 und 14.04.1971
- 530 NZZ vom 13.10.1970.
- 531 Max Frisch: Dienstbüchlein. Frankfurt 1974, 144.
- 532 NZZ vom 23.03.1976.
- 533 NZZ vom 23.03.1976 und 03.04.1976.
- 534 Vgl. Felix E. Müller: Hans Frölicher, Botschafter im Nazi-Deutschland, im Urteil der Nachwelt. In: Weltwoche vom 30.12.1993.
- 535 Otto Marchi: Hans Frölicher – Anpasser oder Patriot? In: Weltwoche vom 03.06.1976.
- 536 Christoph Geiser: Der Anschluss fand statt. In: Neutralität Nr. 1 (Januar 1970), 20.
- 537 Ebd., 29.
- 538 Ebd., 25.
- 539 Christoph Geiser: Brachland. Zürich 1980, 216.
- 540 Vgl. Fink, a.a.O., 239.
- 541 Hans Frölicher – Der gute Schweizer in Berlin. Schweizerische Beziehungen zu Deutschland 1938–1945. Satellitenprogramm SF DRS für 3sat, 1992.
Angeregt vom geschichtsträchtigen Gebäude der schweizerischen Vertretung in Berlin und von Hürlimanns Stück schrieb ausserdem Eva Brunner ein längeres Feature über Frölicher, das vom Sender Freies Berlin (SFB3) am 27.10.1991 ausgestrahlt wurde (Der Schweiz den Rücken kehren? Von der Berliner Gesandtschaft und anderen Wundern Helvetiens).
- 542 Berichte in: Tagesanzeiger vom 18.10.1993; NZZ-Fernaussgabe vom 26.10.1993; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.11.1993; Weltwoche vom 30.12.1993.
- 543 Zit. bei Urs Widmer: Der Sprung in der Schüssel. Frölicher – Ein Fest. Zwei Stücke. Frankfurt 1992, 77.
- 544 Thomas Hürlimann: Der Gesandte. Zürich 1991, 55.
- 545 Bonjour, a.a.O., Bd. V, 452.
- 546 Vgl. Tagebuch vom 03.03.1945.
- 547 Vgl. Weltwoche vom 03.03.1976.
- 548 Vgl. Weltwoche vom 30.01.1992.
- 549 Vgl. Daniel Bourgeois: Le Troisième Reich et la Suisse 1933–1941. Neuchâtel 1974, 300f.

Das Kriegsende

- 550 Vgl. David, a.a.O., 64ff.
- 551 BAR, E/2300, Berlin 46, Bericht Nr. 1, Ankara, 14.06.1945.
- 552 BAR, E/2300, Berlin 46, Bericht Nr. 2, Ankara, 15.06.1945.
- 553 NZZ vom 15.06.1945.
- 554 BAR, E/2300, Berlin 46, Berichte aus Ankara vom 14. – 16.06.1946.
- 555 BAR, E/279756.
- 556 BAR, E/2300, Berlin 46.
- 557 Max Schnetzer: Bericht über die Eroberung der Reichshauptstadt. In: Der Bund, Nr. 285 vom 21.06.1945.

- 558 Im Hinterhauskeller befanden sich folgende Schweizer: der Kanzlist Paul David; der Funker Willi Kaspar; der Heizer Johannes Wegmann, der einige Tage nach der Kapitulation an einem Herzschlag verschied; folgende Deutsche: der Pförtner Albert Neuhaus mit Frau und Tochter, Frau Neuhaus war teils jüdischer Herkunft; der Elektriker Jakob Kunz, die Haushalthilfe Bela Stein, ebenfalls halb jüdischer Abstammung; der Chauffeur Richard Fritze mit Frau und Sohn; der als Hilfselektriker ausgewiesene Kurt Pfeffer, der sich in den letzten Kriegstagen, um der Aushebung im Volkssturm zu entgehen, in die Gesandtschaft geflüchtet hatte und dort, weil er Neuhaus' Tocher Ella gut kannte, aufgenommen wurde; ausserdem gehörten die aus Russland stammende Küchenhilfe Frau Givago und deren Tochter Ksenia sowie ein Engländer, der sich Chapman nannte und für den britischen Geheimdienst gearbeitet haben soll, zum Personalbestand. Chapman hatte Ende April an die Gesandtschaftsporten geklopft und um Einlass gefleht. Da die Schweiz die britischen Interessen vertrat, wurde ihm Zuflucht gewährt. In den Nebenräumen befanden sich Flüchtlinge und von den Sowjets eingewiesene Personen, die mit dem Gesandtschaftspersonal wenig in Berührung kamen.
- 559 Vgl. Eduard Geilinger in: NZZ Nr. 935 (15.6.), Nr. 936 (15.6.), Nr. 954 (18.6.), Nr. 970 (21.6. 1945); Max Schnetzer in: Der Bund, in 15 Folgen, beginnend am 14.06.1945; Adolf Belrichard berichtete in der «Gazette de Lausanne» (1945) über die Verschleppung der Delegation nach Moskau. Die Serie erschien in erweiterter Fassung als Buch unter dem Titel: Auf Befehl Moskaus. Eine Zwangsfahrt: Berlin-Polen-Russland zur Türkei: Kriegsende 1945. [o.O. 1975].
- 560 Vgl. Peter Voegeli: Das Kriegsende in Berlin. Das Schicksal der Schweizer Gesandtschaft im Frühling 1945. In: NZZ vom 06./07.05.1995.
- 561 P[aul] D[avid] erlebt den Untergang von Berlin. Zweiteiliger Artikel. 2. Folge. In: Berner Tagblatt Nr. 203 vom 28.07.1945.
- 562 David, a.a.O., 78f. Das Pseudonym Dumont steht für David selbst.
- 563 Ebd., 87ff.
- 564 Ebd., 101f.
- 565 Vgl. BAR, E/2300 Berlin 46, Bericht Nr. 3, Ankara vom 15.06.1945.
- 566 Vgl. Geilinger, a.a.O., NZZ vom 21.06.1945.
- 567 David, a.a.O., passim.
- 568 Vgl. BAR E 27 9758, Bd. 20. Major Peter Burckhardt: Bericht über die Schlacht um Berlin. Ankara 15.06.1945, 17.
- 569 Vgl. Voegeli, a.a.O. und schriftliche Mitteilungen von Willi Kaspar vom 01.06.1995 und 18.07.1996.
- 570 Vgl. Schnetzer, a.a.O., Nr. 292 vom 26.06.1945.
- 571 Schnetzer, a.a.O., Nr. 293 vom 26.06.1945.
- 572 Vgl. Geilinger, a.a.O., NZZ vom 18.06.1945.
- 573 Zehnder, a.a.O., 11.
- 574 Vgl. Voegeli, a.a.O.
- 575 Vgl. Zehnder, a.a.O., 21.
- 576 Vgl. Zehnder, a.a.O., 13.
- 577 Schnetzer, a.a.O., Nr. 299 vom 29.06.1945.

- 578 Vgl. Gisela Blau: Deportation ins Ungewisse. In: Schweizer Illustrierte vom 09.04.1973.
- 579 Vgl. ebd.
- 580 Vgl. Zehnder, a.a.O., 13.
- 581 Vgl. René Favre: Kriegsgefangenenlager 27, Juni-Oktober 1945. Tagebuch eines 17-jährigen. (Privataufzeichnung).
- 582 Vgl. Schweiz-Russland, Aufbau und Krise der Beziehungen 1813-1955, hg. vom EDA. Bern, Stuttgart, Wien 1994, 625. Aufzeichnung des sowjetischen Vizeausenministers J.A. Malik vom 3.7.1947.
- 583 Vgl. Belrichard, a.a.O., 11, und Mitteilung ihres Sohnes, C. von Ritter.
- 584 Vgl. Blau, a.a.O.,
- 585 Vgl. Zehnder, a.a.O., 14f.
- 586 Vgl. NZZ Nr. 831 vom 25.05.1945.
- 587 S.o.S. 242.
- 588 Vgl. Schweiz-Russland, a.a.O., 577. Memorandum des Ersten europäischen Departementes des sowjetischen Aussenministeriums vom 25.1.1946.
- 589 Vgl. Favre, a.a.O.
- 590 Vgl. Raymond Probst: Heimschaffung sowjetischer Militärinternierter im Sommer 1945. In: NZZ vom 07.08.1995.
- 591 BAR E 2001 (D) 7, Bd. 20, Schreiben von Zehnder an die britische Gesandtschaft vom 04.04.1946. Vgl. auch Olivier Grivat: Internés en Suisse: 1939-1945. Chapelle sur Moudon 1995, 121.
- 592 S.o.S. 280.
- 593 BAR E 2001 (D) 7, Bd. 20, Bericht von Charles Brandenburg über die Schliessung des Konsulats in Elbing und über die Internierung durch die russischen Militärbehörden im Jahr 1945 vom 01.02.1946.
- 594 Ebd., 11f.
- 595 Es handelte sich um folgende Personen:
1. Brandenburg, Charles, Vizekonsul
 2. Felber, Hugo, Konsulatsangestellter
 3. Bienz, Gertrud, Konsulatsangestellte
 4. Bienz, Fritz, Molkereifachmann aus Bordehnen (Ostpr.)
 5. Bienz, Klara Ehefrau des Vorgenannten
 6. Burri, Rudolf, früherer Molkereibesitzer, jetzt Rentier in Elbing
 7. Burri, Olga, Ehefrau des Vorgenannten
 8. Gerber, Johann, früherer Bauer im Memelgebiet, jetzt wohnhaft in Elbing
 9. Müller, Sophie, Witwe, Hausbesitzerin in Elbing
 10. Scheidegger, Justine, Ehefrau des Maschinenschlossers Max Scheidegger, wohnhaft in Elbing
 11. Schnetzer, Käthe, Ehefrau des Molkereibesitzers R. Schnetzer, wohnhaft in Hütte bei Elbing
 12. Schnetzer, Anneliese, Tochter der Vorgenannten
 13. Schori, Adolf, früherer Molkereibesitzer, jetzt Hausbesitzer in Elbing
 14. Schori, Lina, Ehefrau des Vorgenannten
 15. Wüthrich, Heinrich, Käsereibesitzer, wohnhaft in Elbing

- und ihre Raison d'être darstellt, verbietet ihr eine ‚Anpassung um jeden Preis‘. Die Schweiz muss die Schweiz bleiben – worin ihr ureigenes Wesen besteht, ist dem Eidgenossen in den letzten Jahren deutlicher als je bewusst geworden, und die Bereitschaft des Schweizervolkes zu jedem Opfer für die Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes ist heute gleichbedeutend mit dem Willen, die Substanz der Eidgenossenschaft durch alle Stürme der Zeit hindurch zu retten und zu bewahren». (Zit. nach: Willy Bretscher: Im Sturm von Krise und Krieg. Neue Zürcher Zeitung von 1933-1944. Zürich 1987, 262).
- 368 BAR E 2300, Berlin, P.B. vom 23.07.1940.
- 369 Bonjour, a.a.O., Bd. VIII, 56, Brief vom 09.09.1940.
- 370 DDS XIII, Doc. 383, 935, Schreiben Frölicher an Bonna vom 17.09.1940.
- 371 Vgl. ebd., Anhang, 937f, Brief vom 24.09.1940.
- 372 Vgl. Küsters u. Mensing, a.a.O., 116, Schreiben von Wyss an Frölicher vom 04.06.1945, 165f.
- 373 Vgl. Willi Gautschi: Helvetische Streiflichter. Aufsätze und Vorträge zur Zeitgeschichte: Zürich 1994, 226.
- 374 Vgl. Frölicher a.a.O., 53.
- 375 Vgl. Tagebuch vom 08.05.1943.
- 376 Zit. nach Bonjour, a.a.O., Band VIII, 79, Brief an Pilet vom 19.01.1942.
- 377 BAR, J. I, 236, Brief vom 01.03.1938.
- 378 DDS XII, Doc. 431, 982, Schreiben Frölicher an Bonna vom 21.10.1938.
- 379 Vgl. Reto Caratsch: Juli 1940: Meine Ausweisung aus Berlin. In: Bündner Jahrbuch 23 (1981), 1-13,4.
- 380 Vgl. DDS XIII, Doc. 338, 821, Schreiben Frölicher an Bonna vom 11.07.1940.
- 381 Vgl. Kurt Humbel: Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931-1939. Zürich 1976, 79.
- 382 Briefe Frölicher an Koenig vom 21.09.1938 und Kappeler an Stahel vom 12.10.1938 (Privatarchiv).
- 383 Vgl. z.B. DDS XIII, Doc. 392, 963, Schreiben Frölicher an Bonna vom 03.10.1940.
- 384 Vgl. BAR, 2001 (D) 15/3, Brief vom 01.03.1938 an Caratsch.
- 385 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. VIII, 109, Protokoll vom 22.10.1938.
- 386 Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VIII, 108f.
- 387 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 20, Rundschreiben vom 23.12.1938.
- 388 Vgl. DDS XIII, Doc. 161, 362f, PB vom 13.09.1939.
- 389 David Gerber: Bericht über Aufenthalt in Heeres-, Reit- und Fahrschule in Hannover und Potsdam, vom 10.01.-30.04.1939. Aufzeichnung vom 01.05.1939, 32f. Privatarchiv. [Unterstreichung im Original].
- 390 Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VIII, 273, Notizen vom 16.07.1941.
- 391 Zit. nach Gautschi, a.a.O., 573, Schreiben vom 21.06.1940.
- 392 Vgl. DDS XII, Doc. 432, 984ff, Schreiben Frölicher an Bonna vom 22.10.1938 und Anhang vom 20.10.1938.
- 393 Vgl. Hornberger, a.a.O., 69.
- 394 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 122.
- 395 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 257.

- 396 Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Band 9, Nr. 377. Aktenvermerk vom 03.06.1940.
- 397 Frölicher, a.a.O., 39.
- 398 Vgl. ebd., 38f.
- 399 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. VIII, 156ff., Antrag an EVD vom 09.09.1939.
- 400 Frölicher, a.a.O., 8.
- 401 Vgl. Hans Schaffner: Die Aussenhandelspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. In: NZZ vom 10.02.1997.
- 402 Vgl. Robert Urs Vogler: Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941. Diss. Zürich 1983.
- 403 Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Band 10, S. 91, Aufzeichnung vom 03.07.1940.
- 404 Vgl. Klaus Urner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges. In NZZ vom 27.11.1968. Schreiben Hemmen vom 06.03.1940.
- 405 Ebd.
- 406 Im Abkommen vom August 1952 über die schweizerischen Staatsforderungen gegen das ehemalige Deutsche Reich erreichte Minister Walter Stucki, dass die BRD von der sogenannten Clearing-Milliarde 650 Millionen Franken zurückzahlte, also etwa 55 % der ausstehenden Schulden, respektive 40 %, wenn man die auflaufenden Zinsen mitrechnet. (Vgl. Linus von Castelmur: Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg. Die deutschen Guthaben in der Schweiz zwischen Zwangsliquidierung und Freigabe (1945–1952). Zürich 1992, 378ff.
- 407 BAR, J. I, 236, 3. Aufzeichnung von Frölicher: Die Schweiz in der zweiten Hälfte des Jahres 1940, 13f.
- 408 Vgl. Homberger, a.a.O., 69.
- 409 Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VIII, 82. PB vom 27.03.1942.
- 410 Vgl. Jakob Tanner: Hand in Hand mit den Nazis. In: Bilanz 10 (1989), 348.
- 411 Jan Vonder Mühl: Die Aktivitäten der schweizerischen Maschinenindustrie und ihrer Verbände ASM und VSM während des Zweiten Weltkrieges (1933–1945). Eine Untersuchung im Auftrag von ASM/VSM. Zürich 1997.
- 412 Walther Hofer: Wer hat den Zweiten Weltkrieg verlängert? Kritisches zur merkwürdigen These einer Kriegsverlängerung durch die Schweiz. In: NZZ vom 07./08.06.1997.
- 413 Zit. nach: Klaus Urner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, a.a.O.
- 414 Zit. nach: Klaus Urner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges, II. Teil. In NZZ vom 02.12.1968.
- 415 Vgl. «Eizenstat-Bericht», Vf.
- 416 Vgl. Tanner, a.a.O., 352.
- 417 Vgl. Klaus Urner: «Die Schweiz muss noch geschluckt werden!» Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz. Zürich 1990, 74.
- 418 BAR, J.I. 236, 3. Nachlass Frölicher. Aufzeichnung: Die Schweiz in der zweiten Hälfte des Jahres 1940, 5.

- 419 NZZ vom 13.09.1970.
- 420 Brief vom 19.11.1948. (Privatarchiv).
- 421 Hornberger, a.a.O., 67.
- 422 Vgl. Hornberger, a.a.O., 69.
- 423 BAR, J.L, 236, Brief vom 02.04.1953 an Frölicher.
- 424 Vgl. DDS XIII, Doc. 292, 691, PB vom 28.05.1940.
- 425 Vgl. Stephan Winkler: Die Schweiz und das geteilte Italien. Bilaterale Beziehungen in einer Umbruchphase 1943-1945. Basel und Frankfurt/M 1992, 55.
- 426 Klaus Urner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges. III. Teil (Schluss). In: NZZ vom 06.12.1968.
- 427 Vgl. Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Bern 1957 (= Bericht Ludwig), 126.
- 428 Vgl. auch Wolf Gruner: Judenverfolgung in Berlin 1933-1945. Eine Chronologie der Behördenmassnahmen in der Reichshauptstadt. Berlin 1996.
- 429 BAR, E 2300 Berlin, PB vom 07.07.1933.
- 430 S.o.S. 155f.
- 431 DDS XII, Doc. 443, 1013f, Schreiben Frölicher an Bonna vom 11.11.1938.
- 432 DDS XII, Doc. 477, 1107, PB vom 14.12.1938.
- 433 DDS XII, Doc. 298, 699, Schreiben Dinichert an Bonna vom 16.05.1938.
- 434 Zit. nach Ludwig, a.a.O., 110. Bericht der Polizeiabteilung vom 31.08.1938.
- 435 Vgl. ebd., 114f, Bericht Kappeler vom 07.09.1938.
- 436 Vgl. ebd., 127 und 147.
- 437 Zit. nach Ludwig, a.a.O., 120. Besprechung vom 17.09.1938 in Bern.
- 438 Ebd., 123. Bericht vom 21.09.1938.
- 439 Zit. nach Ludwig, a.a.O., 127 Anm. 1.
- 440 Ebd. 128.
- 441 Picard erachtet den zitierten Passus als eine «formelle Reziprozitätserklärung», die man im Extremfall sogar so hätte auslegen können, «dass die Schweiz die Pässe von jüdischen Schweizerbürgern ebenfalls mit einem J-Stempel zu versehen» hätte (vgl. Jacques Picard: Die Schweiz und die Juden 1933-45. Zürich 1994, 159.) Das ist aber eine unangemessene Zuschreibung. Die Formel «nach Benehmen mit der schweizerischen Regierung» verhinderte gerade eine vollumfängliche Reziprozität, und zudem belegt der Verhandlungsverlauf, dass die Schweiz ausdrücklich darauf bedacht war, kein Gegenrecht einzuräumen.
- 442 Zit. nach Ludwig, a.a.O., 128. Bericht über Verhandlungen vom 27.-29.10.1938.
- 443 Vgl. ebd., 109.
- 444 Vgl. Picard, a.a.O., 157f.
- 445 Vgl. DDS VII-II, Doc. 399, 796, Schreiben Rothmund an Dinichert vom 11.10.1920. Zu Rothmunds Antisemitismus, der kaum stärker ausgeprägt war als bei manchen andern Chefbeamten oder Politikern, vgl. auch Heinz Roschewski: Heinrich Rothmund in seinen persönlichen Akten. In: Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, 109ff. (= Studien und Quellen 22, Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs. Bern 1996).
- 446 Vgl. André Lasserre: Frontière et camps. Le réfugié en Suisse de 1933-1945. Lausanne 1995, 365f.

- 447 Vgl. Frölicher, a.a.O., 17.
- 448 Vgl. Gaston Haas: «Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte...», 1941–1943. Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste. Basel und Frankfurt 1994, 65ff.
- 449 Zit. nach: Alfred Cattani: Hans Frölicher – Berns Mann in Berlin. In: NZZ vom 31.05.1991.
- 450 Vgl. z.B. Frölicher: Tagebuch, 10.11.1944, und Jean-Claude Favez: Das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich. Zürich 1989, 494.
- 451 Vgl. auch Lasserre, a.a.O., 77ff.
- 452 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. V, 278.
- 453 S.u.S. 319f.
- 454 Vgl. BAR, Berlin E 2400 10, Geschäftsbericht 1942.
- 455 Vgl. Linus Reichlin: Kriegsverbrecher Wipf, Eugen. Zürich 1994, 121f u. 240. Freiwillige anderer Nationen: Holländer 25'000, Dänen 8'000, Franzosen mindestens 5'000, Schweden 101.
- 456 Tagebuch vom 16.02.1943.
- 457 Vgl. Tagebuch vom 19.03.1943.
- 458 Zit. nach: Klaus Urner: Der Schweizer-Hitler-Attentäter. Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzbereichen. Frauenfeld und Stuttgart 1980, 360.
- 459 Vgl. Rolf Hochhuth: Tell 38. Hamburg 1979; Niklaus Meienberg: Es ist kalt in Brandenburg. Ein Hitler-Attentat. Zürich 1980. Urner: Der Schweizer Hitler-Attentäter, a.a.O.
- 460 Vgl. Urner: Der Schweizer Hitler-Attentäter, a.a.O., 238.
- 461 Frölicher an EPD vom 02.04.1940, zit. nach Urner: Der Schweizer-Hitler-Attentäter, a.a.O., 254.
- 462 Vgl. ebd. 246.
- 463 Vgl. ebd. 263.
- 464 Vgl. DDS XIII, Doc. 146, 331f, Bundesratsprotokoll vom 01.09.1939.
- 465 Vgl. Matthias Inhelder: Die Schweiz als Schutzmacht Grossbritanniens und Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Lizentiatsarbeit. Zürich 1989, 3.
- 466 Bei Kriegsausbruch vertrat die Schweiz Grossbritannien mit weiten Teilen des Commonwealth; 1940 kam Ägypten dazu, 1941 folgten die USA, Liberia und 16 südamerikanische Staaten, 1943 Irak und 1945 die Türkei; nach deren Frontwechsel vertrauten 1944 Bulgarien und Rumänien ihre Interessen inoffiziell der Schweiz an sowie, auch inoffiziell, das befreite Frankreich.
- 467 Vgl. Urner: Der Schweizer Hitler-Attentäter, a.a.O., 291.
- 468 Vgl. BAR 2001 (D) 11, Bericht von Max König an Minister Feldscher über das Ende der Schutzmachttätigkeit in Berlin, Ankara, 14.06.1945.
- 469 Nach der Rückkehr arbeiteten Meier, Lutz und Frölicher in der gleichen Dienststelle. Frölicher übernahm die gesamte deutsche Interessenvertretung in der Schweiz. Lutz wurde die Interessenvertretung für die Ostschweiz mit Sitz in Zürich anvertraut, und Meier war als Kanzleisekretär in der Zürcher Geschäftsstelle angestellt. Später wirkte Meier von 1973 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1978 als Generalkonsul in Berlin.
- 470 Vgl. Theo Tschuy: Carl Lutz und die Juden von Budapest. Zürich 1995, 359.

- 471 Um den mannigfachen Anforderungen als Schutzmacht genügen zu können, bedurfte die Schweiz eines grossen Fuhrparks. Am 1. Februar 1945 umfasste der Automobildienst einen Garagenchef, zwei Postwagenführer, vier Chauffeure-Mechaniker und fünf Chauffeure. Die Fahrer der Schutzmachtabteilung legten im letzten Kriegsjahr im Durchschnitt über zwanzigtausend Kilometer pro Monat zurück, im Februar und März 1945 gar über vierzigtausend Kilometer. Besonders lange Fahrten ergaben sich zu den Kriegsgefangenenlagern. Albert Sigrist, der letzte Garagenchef der Gesandtschaft, vermerkte in seinem Tätigkeitsbericht: «Die Fahrer waren bei [den] ausgedehnten Reisen mit ihren Fahrzeugen mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen. Daher bedurften die Reisewagen einer peinlichen und wohlgedachten Vorbereitung und Ausrüstung an Werkzeugen und Ersatzteilen, führten sie doch z. T. durch Partisanengebiete.» (Tätigkeitsbericht des Automobildienstes vom 01.03.1944–31.10.1945, 5, Privatarchiv).
- 472 Bonjour, a.a.O., Band VIII, 93, Brief an Pilet vom 03.06.1944.
- 473 Vgl. Bonjour, a.a.O., Band VI, 153.
- 474 Die Schweiz hatte diese Argumentation grundsätzlich anerkannt. Als die Bundesbehörden die Schutzmachtspolitik nach dem Krieg verteidigen mussten, hiess es in einer amtlichen Verlautbarung: «Lebhafte Kritiken wurden der Schweiz auch zuteil, weil sie über die in den *Konzentrationslagern* in Deutschland begangenen Grausamkeiten nicht berichtet habe. Es muss hervorgehoben werden, dass diese Lager nichts mit den Interniertenlagern, in welchen sich einzig Angehörige von Staaten befanden, deren Interessen die Schweiz vertrat, gemeinsam hatten. Während die Lager dieser zweiten Kategorie in regelmässigen Zwischenräumen durch Inspektoren der schweizerischen Gesandtschaft in Deutschland besucht wurden, war dies für die *Konzentrationslager* nicht der Fall. In der Tat fielen letztere, die bereits vor dem Kriege bestanden, nach der Auffassung der deutschen Regierung ausschliesslich in den Bereich der Innenpolitik. Die Reichsregierung hat offiziell nie zugegeben, dass sich darin Personen befanden, die berechtigterweise den Schutz der Schweiz in Anspruch nehmen konnten, und sie hat ständig die Besuchsermächtigung verweigert. Nichtsdestoweniger ist die schweizerische Gesandtschaft in Deutschland wiederholt beim Auswärtigen Amt vorstellig geworden, um die Besuchserlaubnis zu erwirken, allerdings ohne jemals zum Ziele zu gelangen.» (NZZ vom 25.05.1945.) [Gesperrt im Originaltext].
- 475 Vgl. Inhelder, a.a.O., 103f.
- 476 Frölicher, a.a.O., 60.
- 477 Vgl. Tagebuch vom 03.03.1945.
- 478 Vgl. NZZ vom 25.05.1945.
- 479 Vgl. Inhelder, a.a.O., 115.
- 480 BAR J.I. 236 1993/368, Brief vom 11.01.1943.
- 481 Hans Senn: Der schweizerische Generalstab, Band VII. Anfänge einer Dissuasionsstrategie während des Zweiten Weltkrieges. Basel und Frankfurt 1995, 39.
- 482 NZZ vom 08.08.1986.
- 483 Protokoll des Nationalrates, Sitzung vom 14.12.1937, Anhang 5, 107.

- 484 Mündliche Mitteilung von Max König vom 15.10.1993; vgl. auch Anm. 501.
- 485 BAR E 27 9758, Bd. 20, Schlussbericht vom Juli 1945, 1.
- 486 BAR E 27 10064; Zeugenaussagen von Waldemar Pabst und Peter Burckhardt vom 13.05.1947.
- 487 Ebd., Zeugenaussage Burckhardt vom 13.05.1947.
- 488 BAR E 27 10024, Schreiben an die Bundesanwaltschaft vom 13.06.1945.
- 489 Vgl. Urner: Der Schweizer Hitler-Attentäter, a.a.O., 15ff.
- 490 Vgl. Bucher, a.a.O., 223ff.
- 491 Vgl. z.B. DDS XIII, 355, Anhang vom 09.08.1940, und Braunschweig, a.a.O., 130ff.
- 492 Brief vom 08.07.1941, zit. nach Kreis: General Guisan, Minister Frölicher, a.a.O., Anm. 24.
- 493 Vgl. Braunschweig, a.a.O., 138.
- 494 S.o.S. 199.
- 495 Frölicher a.a.O., 28.
- 496 Mündliche Mitteilung von Walter Storz, Berlin, 17.09.1996.
- 497 Zit. nach Braunschweig, a.a.O., 131.
- 498 Vgl. Christian Kaiser: War das Urteil Bonjours über den Schweizer Gesandten in Berlin, Hans Frölicher, gerecht? Diplomarbeit. Hochschule St. Gallen 1994 [Typoskript], 46.
- 499 Vgl. Max König: Der Fall Minister Frölicher. In: NZZ vom 23.03.1976.
- 500 BAR, E 27 9943.
- 501 «Herr Oberst, in Verfolgung der Angelegenheit der Dokumente, über welche ich Ihnen in meinem Brief vom 16.9. berichtete, kann ich Ihnen heute einige weitere Mitteilungen machen, die mir sehr interessant erscheinen und den Eindruck verstärken, dass es sich möglicherweise um eine Intrige gegen General Guisan handelt. Aus zuverlässiger Quelle habe ich inzwischen gehört, dass *Minister Frölicher in Berlin gegenüber einigen Herren geäußert hat, dass General Guisan für Deutschland untragbar sei (!) als Welsch Schweiz er (!) und dass er zur Demission veranlasst werden sollte. An seine Stelle müsste Wille treten als Armee-Inspektor. Diese ‚Lösung‘ würde in Deutschland einen ausgezeichneten Eindruck machen.*
- Minister Frölicher fügte ausserdem noch bei, dass er in diesem Sinne einen Bericht an das Politische Departement erstatten werde. Ob er dies getan hat, entzieht sich der Kenntnis meines Vertrauensmannes. Es könnte aber von Ihnen vielleicht festgestellt werden.
- Ich betone, dass es sich bei meinem Vertrauensmann um eine absolut zuverlässige Persönlichkeit handelt, die zum engern Kreise um Frölicher gehört.
- Bei einer derartigen Einstellung unseres Gesandten gegenüber unserem General wäre es deshalb nicht verwunderlich, wenn einer in Berlin gesponnenen Intrige nicht energisch und rechtzeitig genug entgegengetreten würde.
- (BAR E 27 9943, Schreiben von Waibel an Oberst Müller vom 25.09.1940), [Hervorgehobenes und Ausruf Zeichen im Original].
- 502 BAR E 5001 (G), Bd. 15,044.23./62. Bericht zum Buch von Jon Kimche «Spying for Peace», 7 (= Bericht Waibel).
- 503 Ebd., 1.

- 504 Ebd. 1 und 3.
- 505 Vgl. Fest, a.a.O., 815.
- 506 BAR E 2300 Berlin, PB vom 20.06.1939.
- 507 BAR E 2300 Berlin, PB vom 28.08.1939.
- 508 Bericht Waibel, a.a.O., 4f.
- 509 Vgl. auch für die sattsam bekannte Tendenz der SS-Generale Schellenberg und Berger, die Abwendung von unheilvollen Angriffsabsichten auf die Schweiz ihrem fürsprecherischem Einfluss innerhalb des engsten Führungskreises um Hitler zuzuschreiben.
- 510 Bonjour, a.a.O., Bd. IV, Basel 1971, 250
- 511 Ebd., 249f. Die Anmerkungen bei Bonjour sind in das Zitat hineingenommen und stehen in runden Klammern.
- 512 Freundliche Mitteilung von Herrn Daniel Bourgeois vom Bundesarchiv. Herr Eduard Tschabold suchte, als das Bundesarchiv das Inventar E 27 «Landesverteidigung, 1848–1950» erstellte, intensiv nach diesen Berichten.
- 513 Bonjour, a.a.O., Bd. IV, 245f.
- 514 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. IV, 261f.
- 515 S.o.S. 222.
- 516 Vgl. Bonjour, a.a.O., Bd. III, 55.
- 517 Ebd., 56.
- 518 Vgl. August R. Lindt: Die Schweiz, das kleine Stachelschwein. Bern 1992, 95.
- 519 S.o.S. 160f.
- 520 Bonjour, a.a.O., Bd. IV, 246.
- 521 Jakob Tanner: «Die Schweiz hatte wieder einmal Glück». Edgar Bonjours Geschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Volkserziehung. In: NZZ-Folio, August 1991, 32. Diese Äusserung bezog sich auf eine Rede, die Bonjour am 26.08.1939 auf dem historischen Schlachtfeld von St. Jakob an der Birs hielt. Ein Auszug: «Wir vermögen heute die untergehenden Kämpfer nicht anders zu sehen, als wie Ferdinand Hodler eidgenössische Krieger gemalt hat: kraftgeschwellte, steifnackige Gestalten, im Blick zornmütigen Trotz und verhaltenen Ingrim, aus offenen Wunden blutend, mit letzter Anstrengung steineschleudernd oder den Zweihänder schwingend, das Haupt schon von den Fittichen des Todes umweht; ein letztes hohes Aufflammen der Lebenskraft vor dem Erlöschen».
- 522 Jean-Frédéric Wagnière: Le rapport Bonjour, 1972, 42. [Typoskript]. Dass Bonjour Frölicher nicht gerecht wurde, ist auch die Schlussfolgerung einer Diplomarbeit an der Hochschule St. Gallen; vgl. Kaiser, a.a.O.
- 523 Brief vom 23.05.1936, zit. nach Fest, a.a.O., 695. Weitere Belege finden sich in der Monographie von Paul Stauffer: Zwischen Hofmannsthal und Hitler: Carl J. Burckhardt, Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz. Zürich 1991.
- 524 Frölicher: Tagebuch, 12.10.1944.
- 525 Ebd., 17.10.1944.
- 526 Interview in: Weltwoche vom 29.04.1993.
- 527 Vgl. George-André Chevallaz: Le défi de la neutralité. Diplomatie et défense de la Suisse 1939–1945. Vevey 1995, 374.
- 528 Frölicher, a.a.O., 139.

- 529 Vgl. Gazette de Lausanne vom 04.03.1970 und 14.04.1971
- 530 NZZ vom 13.10.1970.
- 531 Max Frisch: Dienstbüchlein. Frankfurt 1974, 144.
- 532 NZZ vom 23.03.1976.
- 533 NZZ vom 23.03.1976 und 03.04.1976.
- 534 Vgl. Felix E. Müller: Hans Frölicher, Botschafter im Nazi-Deutschland, im Urteil der Nachwelt. In: Weltwoche vom 30.12.1993.
- 535 Otto Marchi: Hans Frölicher – Anpasser oder Patriot? In: Weltwoche vom 03.06.1976.
- 536 Christoph Geiser: Der Anschluss fand statt. In: Neutralität Nr. 1 (Januar 1970), 20.
- 537 Ebd., 29.
- 538 Ebd., 25.
- 539 Christoph Geiser: Brachland. Zürich 1980, 216.
- 540 Vgl. Fink, a.a.O., 239.
- 541 Hans Frölicher – Der gute Schweizer in Berlin. Schweizerische Beziehungen zu Deutschland 1938–1945. Satellitenprogramm SF DRS für 3sat, 1992.
Angeregt vom geschichtsträchtigen Gebäude der schweizerischen Vertretung in Berlin und von Hürlimanns Stück schrieb ausserdem Eva Brunner ein längeres Feature über Frölicher, das vom Sender Freies Berlin (SFB3) am 27.10.1991 ausgestrahlt wurde (Der Schweiz den Rücken kehren? Von der Berliner Gesandtschaft und anderen Wundern Helvetiens).
- 542 Berichte in: Tagesanzeiger vom 18.10.1993; NZZ-Fernausgabe vom 26.10.1993; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.11.1993; Weltwoche vom 30.12.1993.
- 543 Zit. bei Urs Widmer: Der Sprung in der Schüssel. Frölicher – Ein Fest. Zwei Stücke. Frankfurt 1992, 77.
- 544 Thomas Hürlimann: Der Gesandte. Zürich 1991, 55.
- 545 Bonjour, a.a.O., Bd. V, 452.
- 546 Vgl. Tagebuch vom 03.03.1945.
- 547 Vgl. Weltwoche vom 03.03.1976.
- 548 Vgl. Weltwoche vom 30.01.1992.
- 549 Vgl. Daniel Bourgeois: Le Troisième Reich et la Suisse 1933–1941. Neuchâtel 1974, 300f.

Das Kriegsende

- 550 Vgl. David, a.a.O., 64ff.
- 551 BAR, E/2300, Berlin 46, Bericht Nr. 1, Ankara, 14.06.1945.
- 552 BAR, E/2300, Berlin 46, Bericht Nr. 2, Ankara, 15.06.1945.
- 553 NZZ vom 15.06.1945.
- 554 BAR, E/2300, Berlin 46, Berichte aus Ankara vom 14. – 16.06.1946.
- 555 BAR, E/279756.
- 556 BAR, E/2300, Berlin 46.
- 557 Max Schnetzer: Bericht über die Eroberung der Reichshauptstadt. In: Der Bund, Nr. 285 vom 21.06.1945.

- 558 Im Hinterhauskeller befanden sich folgende Schweizer: der Kanzlist Paul David; der Funker Willi Kaspar; der Heizer Johannes Wegmann, der einige Tage nach der Kapitulation an einem Herzschlag verschied; folgende Deutsche: der Pförtner Albert Neuhaus mit Frau und Tochter, Frau Neuhaus war teils jüdischer Herkunft; der Elektriker Jakob Kunz, die Haushalthilfe Bela Stein, ebenfalls halb jüdischer Abstammung; der Chauffeur Richard Fritze mit Frau und Sohn; der als Hilfeelektriker ausgewiesene Kurt Pfeffer, der sich in den letzten Kriegstagen, um der Aushebung im Volkssturm zu entgehen, in die Gesandtschaft geflüchtet hatte und dort, weil er Neuhaus' Tocher Ella gut kannte, aufgenommen wurde; ausserdem gehörten die aus Russland stammende Küchenhilfe Frau Givago und deren Tochter Ksenia sowie ein Engländer, der sich Chapman nannte und für den britischen Geheimdienst gearbeitet haben soll, zum Personalbestand. Chapman hatte Ende April an die Gesandtschaftspforten geklopft und um Einlass gefleht. Da die Schweiz die britischen Interessen vertrat, wurde ihm Zuflucht gewährt. In den Nebenräumen befanden sich Flüchtlinge und von den Sowjets eingewiesene Personen, die mit dem Gesandtschaftspersonal wenig in Berührung kamen.
- 559 Vgl. Eduard Geilinger in: NZZ Nr. 935 (15.6.), Nr. 936 (15.6.), Nr. 954 (18.6.), Nr. 970 (21.6. 1945); Max Schnetzer in: Der Bund, in 15 Folgen, beginnend am 14.06.1945; Adolf Belrichard berichtete in der «Gazette de Lausanne» (1945) über die Verschleppung der Delegation nach Moskau. Die Serie erschien in erweiterter Fassung als Buch unter dem Titel: Auf Befehl Moskaus. Eine Zwangsfahrt: Berlin-Polen-Russland zur Türkei: Kriegsende 1945. [o.O. 1975].
- 560 Vgl. Peter Voegeli: Das Kriegsende in Berlin. Das Schicksal der Schweizer Gesandtschaft im Frühling 1945. In: NZZ vom 06./07.05.1995.
- 561 [Paul] David] erlebt den Untergang von Berlin. Zweiteiliger Artikel. 2. Folge. In: Berner Tagblatt Nr. 203 vom 28.07.1945.
- 562 David, a.a.O., 78f. Das Pseudonym Dumont steht für David selbst.
- 563 Ebd., 87ff.
- 564 Ebd., IOlf.
- 565 Vgl. BAR, E/2300 Berlin 46, Bericht Nr. 3, Ankara vom 15.06.1945.
- 566 Vgl. Geilinger, a.a.O., NZZ vom 21.06.1945.
- 567 David, a.a.O., passim.
- 568 Vgl. BAR E 27 9758, Bd. 20. Major Peter Burckhardt: Bericht über die Schlacht um Berlin. Ankara 15.06.1945,17.
- 569 Vgl. Voegeli, a.a.O. und schriftliche Mitteilungen von Willi Kaspar vom 01.06.1995 und 18.07.1996.
- 570 Vgl. Schnetzer, a.a.O., Nr. 292 vom 26.06.1945.
- 571 Schnetzer, a.a.O., Nr. 293 vom 26.06.1945.
- 572 Vgl. Geilinger, a.a.O., NZZ vom 18.06.1945.
- 573 Zehnder, a.a.O., 11.
- 574 Vgl. Voegeli, a.a.O.
- 575 Vgl. Zehnder, a.a.O., 21.
- 576 Vgl. Zehnder, a.a.O., 13.
- 577 Schnetzer, a.a.O., Nr. 299 vom 29.06.1945.

- 578 Vgl. Gisela Blau: Deportation ins Ungewisse. In: Schweizer Illustrierte vom 09.04.1973.
- 579 Vgl. ebd.
- 580 Vgl. Zehnder, a.a.O., 13.
- 581 Vgl. René Favre: Kriegsgefangenenlager 27, Juni-Oktober 1945. Tagebuch eines 17-jährigen. (Privataufzeichnung).
- 582 Vgl. Schweiz-Russland, Aufbau und Krise der Beziehungen 1813-1955, hg. vom EDA. Bern, Stuttgart, Wien 1994, 625. Aufzeichnung des sowjetischen Vizeausenministers J.A. Malik vom 3.7.1947.
- 583 Vgl. Belrichard, a.a.O., 11, und Mitteilung ihres Sohnes, C. von Ritter.
- 584 Vgl. Blau, a.a.O.,
- 585 Vgl. Zehnder, a.a.O., 14f.
- 586 Vgl. NZZ Nr. 831 vom 25.05.1945.
- 587 S.o.S. 242.
- 588 Vgl. Schweiz-Russland, a.a.O., 577. Memorandum des Ersten europäischen Departementes des sowjetischen Ausenministeriums vom 25.1.1946.
- 589 Vgl. Favre, a.a.O.
- 590 Vgl. Raymond Probst: Heimschaffung sowjetischer Militärinternierter im Sommer 1945. In: NZZ vom 07.08.1995.
- 591 BAR E 2001 (D) 7, Bd. 20, Schreiben von Zehnder an die britische Gesandtschaft vom 04.04.1946. Vgl. auch Olivier Grivat: Internés en Suisse: 1939-1945. Châpelle sur Moudon 1995, 121.
- 592 S.o.S. 280.
- 593 BAR E 2001 (D) 7, Bd. 20, Bericht von Charles Brandenburg über die Schliessung des Konsulats in Elbing und über die Internierung durch die russischen Militärbehörden im Jahr 1945 vom 01.02.1946.
- 594 Ebd., 11f.
- 595 Es handelte sich um folgende Personen:
1. Brandenburg, Charles, Vizekonsul
 2. Felber, Hugo, Konsulatsangestellter
 3. Bienz, Gertrud, Konsulatsangestellte
 4. Bienz, Fritz, Molkereifachmann aus Bordehnen (Ostpr.)
 5. Bienz, Klara Ehefrau des Vorgenannten
 6. Burri, Rudolf, früherer Molkereibesitzer, jetzt Rentier in Elbing
 7. Burri, Olga, Ehefrau des Vorgenannten
 8. Gerber, Johann, früherer Bauer im Memelgebiet, jetzt wohnhaft in Elbing
 9. Müller, Sophie, Witwe, Hausbesitzerin in Elbing
 10. Scheidegger, Justine, Ehefrau des Maschinenschlossers Max Scheidegger, wohnhaft in Elbing
 11. Schnetzer, Käthe, Ehefrau des Molkereibesitzers R. Schnetzer, wohnhaft in Hütte bei Elbing
 12. Schnetzer, Anneliese, Tochter der Vorgenannten
 13. Schori, Adolf, früherer Molkereibesitzer, jetzt Hausbesitzer in Elbing
 14. Schori, Lina, Ehefrau des Vorgenannten
 15. Wüthrich, Heinrich, Käsereibesitzer, wohnhaft in Elbing

1. Zürcher, Albert, Molkereifachmann, wohnhaft in Elbing
 2. Zürcher, Emma, Ehefrau des Vorgenannten
- 596 Ebd., 25.
 597 BAR E 2001 (D) 7, Bd. 20, Schreiben an das EPD vom 20.03.1945.
 598 BAR E 2001 (D) 7, Bd. 20, Bericht, a.a.O., 22.
 599 Ebd., 36.

An der ost-westlichen Sektorengrenze

- 600 Vgl. DDS XV, Doc. 441,1106f, Bundesrats-Protokoll vom 08.05.1945.
 601 Markus Glatz: Berlin und Ostdeutschland im Kalten Krieg 1945-1952. Liz. Uni. Bern 1988, 65.
 602 Vgl. BAR, E 2400 Berlin 11, Geschäftsbericht 1947,1.
 603 Glatz, a.a.O., 66f.
 604 BAR E 2300, Berlin 1973/103, Bd. 23. Notiz vom 23.10.1945.
 605 Willi Kaspar: Privataufzeichnung vom April 1986.
 606 Glatz, a.a.O., 66.
 607 Vgl. Heinrich Maurer: Die Schweiz und Westdeutschland in den ersten Nachkriegsjahren. In: NZZ vom 14.02.1989 (Fernaussgabe Nr. 36).
 608 Protokoll der Sitzung des Koordinierungsausschusses der Alliierten Kontrollbehörde vom 03.10.1945, CORC/M (45) 11, zit. bei: Dieter Schröder: Die ausländischen Vertretungen in Berlin. Baden-Baden 1983,125f.
 609 Bericht an den Koordinierungsausschuss über die Zulassung Alliiertes Militärmissionen bei der Alliierten Kontrollbehörde in Berlin, CORC/P (45) 86, zit bei: Ebd., 126f.
 610 BAR E 2400 Berlin 11, Geschäftsbericht 1947, 2.
 611 Vgl. DDS XVI, Doc. 62,190f. Bericht Diesbach vom 20.02.1946.
 612 BAR E 2400 Berlin 11, Geschäftsbericht 49, 4.
 613 Schröder, a.a.O., 30.
 614 Trotz dieser beeindruckenden Grössenordnung hielt sich die Eidgenossenschaft in ihrer offiziellen Klassierung streng an die völkerrechtlichen Usancen. Da die Heimschafungsdelegation keinen gesicherten Status hatte, sondern nur geduldet war, sah man davon ab, die Delegation im Staatskalender zu verzeichnen und verschwieg deren Existenz. In der Liste der schweizerischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen kam sie nicht vor; nur Delegationschef François de Diesbach wurde mit dem nichtssagenden Vermerk erwähnt: «Dem Politischen Departement zugeteilt».
 615 Vgl. Reinhard Rürup (Hg.): Berlin 1945. Eine Dokumentation. Berlin 1995,127.
 616 Bericht der Schweizer Kolonie Ost-Thüringen vom 08.11.1948. In: Nachlass von Jacques Baudinot, Leipzig. Auslandschweizer-Sekretariat, Bern.
 617 Vgl. NZZ vom 01.12.1995.
 618 S.o.S. 234
 619 Vgl. NZZ vom 27.02.1996.
 620 BAR E 2400 Berlin 12, Geschäftsbericht 1952, 59.

- 621 Im Dorf Nattwerder im Havelland, das nach der Wende der Stadt Potsdam eingemeindet wurde, gibt es eine schlichte zwinglianische Kirche. Hier siedelten sich 1685 die ersten Berner Bauern an, die vom Grossen Kurfürsten ins Land geholt wurden. Die von den Zinslasten befreiten Bauern mussten das sumpfige Gelände urbar machen. Noch heute finden sich auf dem Friedhof Grabsteine, die zu Anfang des 20. Jahrhunderts gesetzt wurden, mit der Inschrift «Hier ruht der Schweizer Erb kolonist...». Im Sommer 1996 konnte, mit tatkräftiger finanzieller TjInferstützung der Schweizer aus Berlin, ja aus ganz Deutschland, eine neue Orgel in der sogenannten Schweizer Kirche eingeweiht werden.
- 622 Vgl. Illustré Nr. 12 vom 21.03.1946.
- 623 BAR E 2400 Berlin 11, Geschäftsbericht 1947, 7.
- 624 BAR E 2400 Berlin 12, Geschäftsbericht 1951, 74f.
- 625 BAR E 2400 Berlin 11, Geschäftsbericht 1948, 18.
- 626 BAR E 2400 Berlin 11, Geschäftsbericht 1947, 8f.
- 627 Es gab je eine Station in Magdeburg, Halle, Pösneck (Ost-Thüringen), Jena, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Hernhut (Zittau) in der Lausitz und Greifswald.
- 628 Vgl. Bericht des Leiters der Betreuungsstelle Ost-Thüringen vom 08.11.1948. In: Nachlass von Jacques Baudinot, Leipzig. Auslandschweizer-Sekretariat, Bern.
- 629 BAR E 2400 Berlin 12, Geschäftsbericht 1953, 61.
- 630 Vgl. Glatz, a.a.O., 89.
- 631 Die Vermögenswerte teilten sich wie folgt auf:
 33 Unternehmen oder schweizerische Mehrheitsbeteiligungen;
 15 Minderheitsbeteiligungen an Unternehmen;
 252 Liegenschaften;
 8 Forderungen (Sparguthaben, Nachlässe usw.). (BAR E 2400 Berlin 12, Geschäftsbericht 1953, 43). 355f.
- 632 S.u.S.
- 633 BAR E 2400 Berlin 11, Geschäftsbericht 1948, 28.
- 634 BAR E 2400 Berlin 13, Geschäftsbericht 1955, 42f.
- 635 Ernst Jünger: Strahlungen II. In: Sämtliche Werke, Bd. 3. Stuttgart 1979.
- 636 BAR E 2500 – /I Bd. 8. Personaldossier François de Diesbach. Schreiben Stadelhofer an den Bundesrat vom 25.07.1949.
- 637 NZZ Nr. 1521 vom 25.07.1949.
- 638 Vgl. DDS XV, Doc. 441, 1106f, Bundesrats-Protokoll vom 08.05.1945.
- 639 S.o.S. 327.
- 640 BAR 2001 (E) 1967, Bd. 113. Bundesrats-Protokoll, Beschluss vom 09.06.1950.
- 641 Mitteilung von Otto Burki vom 23.09.1996.
- 642 Vgl. Glatz, a.a.O., 80.
- 643 Schreiben vom 09.12.1949, zit. nach Glatz, a.a.O., 82
- 644 BAR 2001 (E) 1967, Bd. 113. Bundesrats-Protokoll, Beschluss vom 16.03.1951.
- 645 FAZ Nr. 112 vom 14.05.1952.
- 646 Schreiben EPD vom 18.06.1952, zit.nach Glatz, a.a.O., 92.
- 647 Glatz, a.a.O., 93.
- 648 Zit.nach Glatz, a.a.O., 95.
- 649 BAR E 2400 Berlin 12, Geschäftsbericht 1952, 27f.

- 650 Aufzeichnung von Heinz Langenbacher (Privatarchiv).
- 651 BAR E 2400 Berlin 13, Geschäftsbericht 1954, 24f.
- 652 BAR E 2001 (E) 1972/33, Bd. 304. EZAF-Personalblatt vom 06.09.1961.
- 653 Ebd., Schreiben Schnyder an EPD vom 02.09.1950, Anhang: Bestätigungen des Aufanglagers Nord II vom 19.06.1945.
- 654 Ebd., Schreiben Bucher an das IKRK vom 15.08.1960.
- 655 Ebd., Formular Entschädigungsforderungen gegenüber der Sowjetunion vom 01.09.1971.
- 656 Hertha Bornhauser: Unter der russischen Eisenfaust. In: Solothurner Zeitung vom 15./16.10.1960 (Sonderbeilage).
- 657 BAR E 2001 (E) 1972/33, Bd. 304. Schreiben E. de Haller an EPD vom 25.11.1954.
- 658 Ebd., Schreiben Lacher an EPD vom 13.04.1955.
- 659 Ebd., Begründung der KHK vom 12.12.1961.
- 660 Ebd., Entschädigungsforderungen gegenüber der Sowjetunion vom 01.09.1971.
- 661 Ebd., Schreiben Lacher an EPD vom 04.10.1954.
- 662 Ebd., Schreiben Lacher an EPD vom 13.11.1954.
- 663 Solothurner Zeitung vom 15./16.10.1960.
- 664 Zit. nach: Thilo Vogelsang: Das geteilte Deutschland. München 1966, 240.
- 665 BAR E 2300 Berlin, Bd. 55, Rentsch an EPD, Pol. Brief vom 16.08.1961.
- 666 Mitteilung von Dieter Chenaux-Repond vom 20.09.1996.
- 667 Ebd.
- 668 Dieter Chenaux-Repond: Vom Kalten Krieg bis zum Fall der Mauer. Notizen eines Schweizer Diplomaten. München 1994, 13.
- 669 BAR E 2300 Berlin, Bd. 55, Andres an EPD, Pol. Brief vom 21.11.1961.
- 670 Vgl. Sonntags-Zeitung vom 07.07.1996.
- 671 MfS – Archivierter Operativer Vorgang (AOP) 5238/84, Hauptabteilung VI, 1. Bearbeitungskonzeption vom Juni 1976, Teil I, 9.
- 672 Mitteilung von Bernard Dubois vom 12.09.1996.
- 673 Mitteilung von Peter Gross vom 14.11.1996.
- 674 Die illegalen Grenzübertritte von Peter Gross und seiner Freundin inspirierten Jürgen Engert 1987 zum Film «Einmal Kudamm und zurück».
- 675 Vgl. Spionagefall Wolf alias «Kälin». In: Zitate, Analysen, Kommentare E4 (Juli 1975). Institut für politologische Zeitfragen. Zürich 1975.
- 676 Mitteilung von Friedrich Schnyder vom 01.10.1996.
- 677 Vgl. Ausgabe vom 15.01.1980, 5f.
- 678 Vgl. Geschäftsbericht des Bundesrates 1972, 14.
- 679 MfS – Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) 15568, Stellungnahme vom 26.01.1973.
- 680 Ebd.
- 681 Schweizer Illustrierte vom 09.04.1973.
- 682 MfS-ZAIG 15356.
- 683 Die handschriftliche Anmerkung dürfte von Oberst Hackenberg, dem stellvertretenden Leiter des Bereiches 1 der ZAIG, stammen.
- 684 MfS – HA 11/17 Bericht vom 24.11.1986.

- 685 MfS – Rechtsstelle (RS) 146. Bericht vom 3.7.1987.
- 686 Schröder, a.a.O., 43.
- 687 Mitteilung von Ernest Sunier vom 31.07.1995.
- 688 Vgl. Ulrich Im Hof: Friedrich II. und die Schweiz. In: Martin Fontius Und Helmut Holzhey (Hg.): Schweizer in Berlin des 18. Jahrhunderts. Berlin 1996, 15-32, 26.
- 689 S.o.S. 48.
- 690 Elisabeth Binder: Der Schweiz aufs Dach gestiegen. In: Der Tagesspiegel vom 22.09.1996.

Quellen- und Literaturverzeichnis

A Ungedrucktes Material und Mischdossiers

Bundesarchiv Bern (BAR)

- | | | | |
|------------|--------|---------------------------------|--------------------------------------------------------------------|
| - E 2001 | (A) | 1029 | Personalakte Alfred de Claparède |
| - E 2500 | | 1/40 | Personalakte Alfred von Planta |
| - E 2500 | | 1/43 | Personalakte Hermann Rüfenacht |
| - E 2500 | | 1/9 | Personalakte Paul Dinichert |
| - E 2500 | | 1968/87 Bd. 22 | Personalakte Hans Frölicher |
| - E 2500 | | 1/8 | Personalakte François de Diesbach |
| | | | |
| - E 2001 | (D) | 15/3 | Dossier H. Böschenstein |
| -E2001 | (D) | Berlin | Akten der Vertretung in Berlin |
| -E2001 | (D) | 7/20 | Evaluation der Gesandtschaft |
| -E2001 | (D) | 17/20 | Kriegsende in Ostpreussen |
| -E2001 | (E) | 1967/113 | Aufnahme dipl. Beziehungen mit der BRD |
| -E2001 | (E) | 1972/33 Bd. 304 | Akte Heinrich Bornhauser |
| - E 2200 | Berlin | 1992/250 Bd. 5
und 251 Bd. 6 | Akte Peter Gross |
| | | | |
| - E 2300 | Berlin | | Politische Berichterstattung |
| - E 2400 | Berlin | | Geschäftsberichte |
| | | | |
| -J.I236 | | | Nachlass Hans Frölicher
auch Tagebuch vom 16.09.1942-23.05.1945 |
| | | | |
| -E27 | | 9756 | EMD-Akten |
| -E27 | | 9758, Bd. 20 | EMD-Akten |
| -E27 | | 9943 | EMD-Akten |
| -E27 | | 10024 | EMD-Akten |
| -E27 | | 10064 | EMD-Akten |
| | | | |
| -E5001 (G) | | 1973/23, Bd. 15 | Bericht Waibel |

Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin

- 181 Gesandtschaft Bern V 62
- 181 Gesandtschaft Bern V 52, Bd. 5

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn

- IB Verwaltungsakten, Serie Schweiz Bd. 8, R 131 185 u. 131 189
- Gesandtschaft Bern, Bd. 1928

Deutsches Bundesarchiv, Abteilung Potsdam

- Auswärtiges Amt R 43, Reichskanzlei Nr. 819
- Auswärtiges Amt R 902, Bd. 50 699/1

Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin

- MfS-ZAIG 15 358
- MfS-ZAIG 15 568
- MfS-HA 11/17
- MfS-RS 146
- MfS- AOP 5238/84

Archiv der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr, Berlin

- Erläuterungsbericht zum Spreedurchstich vom 24.12.1938

Archiv des Bau- und Wohnungsaufsichtsamtes des Bezirkes Tiergarten von Berlin

- Acta der Städtischen Polizeiverwaltung betr. das Grundstück (Fürst) Bismarck Strasse 4, Bd. 1 und 2

Landesarchiv Berlin

- Akten betr. Grundstücke Alsenstrasse 6, Moltkestrasse 1, Rauchstrasse 15, Lichtenstein-allee 5

Archiv des Schweizer Vereins Berlin

- Schweizer Verein Berlin. Chronik 1861-1961. Berlin 1961 [Typoskript]

Auslandschweizer-Sekretariat, Bern

- Nachlass Jacques Baudinot, Leipzig

Stadtarchiv Olten

- Nachlass Bernhard Hammer

Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich (AfZ)

- Nachlass a. Botschafter Dr. Alfred Zehnder
- Aufzeichnung vom 25.03.1975 mit a. Botschafter Dr. Franz Kappeler
- Unterlagen zu einem ETH-Referat von Dr. Franz Kappeler vom 26.01.1971
- Bestand Nürnberger Prozesse – Affidavit von H. Frölicher für E. von Weizsäcker

Aufzeichnungen und Briefe aus Privatarchiven

- Dr. h.c. Willy Bretscher, ehemals Chefredaktor NZZ
- Dr. René Favre, Lausanne
- Dr. Eduard A. Feer, ehemals Diplomat
- Jean-Daniel Gerber, Washington/Bern
- Christian Kaiser, St. Gallen
- Willi Kaspar, Bern
- Dr. Heinz Langenbacher, Stettien
- Andreas Nigg, Balsthal
- Albert Sigrist, Ittigen
- Brigadegeneral Hans Speidel, Berlin
- Dr. Paul Stauffer, Bern
- Jean-Frédéric Wagnière, ehemals Diplomat

B Diverse mündliche und schriftliche Mitteilungen

- Dr. h.c. Hermann Böschenstein, a. Korrespondent, Bern
- Dr. Otto Burki, ehemals Attaché in Berlin, Zug
- Lothar Brauner, Kunsthistoriker, Nationalgalerie, Berlin
- Dr. Peter Burckhardt, a. Divisionär, ehemaliger Militärattaché in Berlin, Bern
- Botschafter Dr. Dieter Chenaux-Repond, Bonn
- Frau Carla de Claparède, Onex-Genf
- Michael S. Cullen, Historiker, Berlin
- Paul David, ehemals Mitarbeiter in Berlin, Zürich
- Dr. Peter-Eugen Dietschi, a. Botschafter, Wien
- Dr. Bernard Dubois, ehemals Gesandtschaftssekretär in Berlin, Bern
- Dr. Christian Engeli, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
- Martin Escher, Unternehmensberater, Zürich/Wien
- Dr. Max Frölicher, St.-Légier
- Hermann Grob, a. Botschaftsrat, Burgstein-Dorf
- Peter Gross, Rickenbach bei Winterthur
- Jürgen Haberland, Bonn
- Dr. Franz Hammer, Solothurn
- Willi Kaspar, ehemals Mitarbeiter in Berlin, Bern
- Dr. Max Keller, ehemals Leiter des Sozialdienstes in Berlin, Bern
- Dr. Max König, a. Botschafter, Bern
- Dr. Heinz Langenbacher, a. Botschafter, Stettien
- Dr. August Lindt, a. Botschafter, Bern
- Tony LeTissier, a. Protokollchef und Historiker, Berlin
- Gerhard Meier, a. Präsident des Schweizer Vereins, Berlin
- Andreas Nigg, ehemals Fahrer der Gesandtschaft, Balsthal
- Dr. Raymond Probst, a. Staatssekretär, Bern
- Dr. Friedrich Schnyder, a. Botschafter, Bern
- Albert Sigrist, ehemals Fahrer der Gesandtschaft, Ittigen
- Dr. Paul Stauffer, a. Botschafter und Historiker, Bern
- Walter Storz, Vorstandsmitglied der Schweiz. Wohltätigkeitsgesellschaft, Berlin
- Ernest Sunier, a. Generalkonsul, Grenchen
- Dr. Peter Wegmann, Konservator, Winterthur
- Dr. Peter Witschi, Archivar des Kantons A. Rh., Herisau
- Frau Lucie Zehnder, Horgen

C Veröffentlichte Quellen

1. Dokumentensammlungen und Memoiren

- Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie C, Bde. III, IV, VI, 2, und Serie D Bde. V, VII, IX, X.
- Adolf Belrichard: Auf Befehl Moskaus. Eine Zwangsfahrt: Berlin-Polen-Russland zur Türkei: Kriegsende 1945. [o.O. 1975].
- Bismarck: Die Gesammelten Werke, Bd. 14. Berlin ²1933.
- Edgar Bonjour: Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Bde 7-9. Dokumente. Basel und Stuttgart 1974ff.
- Herta Bornhauser: Unter der russischen Eisenfaust. In: Solothurner Zeitung vom 15./16.10.1960.
- Hermann Böschstein: Vor unsern Augen. Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935-1945. Bern 1978.
- Hermann Böschstein: Zwischen Diplomatie und Gesellschaft. Der Schweizer Gesandte in der Weimarer Republik (1922-1932) Hermann Rüfenacht. Bern 1992.
- Ulrich Bräker: Lebensgeschichte und Natürliche Ebentheuer des Armen Mannes im Tokkenburg. In: Ulrich Bräker: Werke, hg. v. Samuel Voellmy. Basel 1945.
- Willy Bretscher: Im Sturm von Krise und Krieg. Neue Zürcher Zeitung von 1933-1944. Zürich 1987.
- Reto Caratsch: Juli 1940. Meine Ausweisung aus Berlin. In: Bündner Jahrbuch 23 (1981).
- Dieter Chenux-Repond: Vom Kalten Krieg bis zum Fall der Mauer. Notizen eines Schweizer Diplomaten. München 1994.
- Paul David: Am Königsplatz. Die letzten Tage der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin. Zürich 1948.
- Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848-1945. Bern 1981 ff.
- Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 16. Zürich 1997.
- William E. Dodd jr. und Martha Dodd (Hg.): Diplomat auf heissem Boden. Tagebuch des USA-Botschafters William E. Dodd in Berlin 1933-1938. Dt. Übersetzung, Berlin 1964.
- Eidgenössischer Staatskalender 1867ff.
- André François-Poncet: Als Botschafter in Berlin. 1931-1938. Dt. Übersetzung, Mainz ²1949.
- Elke Fröhlich (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil II, Bd. 8. München 1993.
- Hans Fröhlicher: Meine Aufgabe in Berlin. Wabern-Bern 1962. [Privatdruck].
- Bella Fromm: Als Hitler mir die Hand küsste. Hamburg 1993.
- Geschäftsberichte des Bundesrates.
- Sir Nevile Henderson: Failure of a Mission. New York 1940.
- Leonidas E. Hill (Hg.): Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950. Frankfurt 1974.
- Heinrich Hornberger: Schweizer Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg. Erlenbach und Stuttgart 1970.

- Max Huber: Denkwürdigkeiten 1907-1924. Zürich 1974.
- Internationaler Städtebaulicher Ideenwettbewerb Spreebogen. Arbeitsgemeinschaft Wettbewerb Spreebogen. Berlin/Bonn, Juni 1992.
- Ernst Jünger: Strahlungen II. In: Sämtliche Werke, Bd. 3. Stuttgart 1979.
- Hans Jürgen Küsters und Hans Peter Mensing (Hg.): Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944-1945. München 1986.
- August R. Lindt: Die Schweiz, das kleine Stachelschwein. Bern 1992.
- Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Bern 1957.
- Giuseppe Motta: Testimonia temporum 1911-1933. Bellinzona 1931.
- Politisches Jahrbuch 23 (1909).
- Russland-Schweiz, Aufbau und Krisen der Beziehungen 1813-1955, hg. vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und vom Schweizerischen Bundesarchiv. Bern, Stuttgart, Wien 1994.
- John C.G. Röhl (Hg.): Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz. Bd. 1 und 3. Boppard 1976 und 1983.
- Hans Schaffner: Die Aussenhandelspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, [Aufzeichnung von 1946]. In: NZZ vom 10.02.1997.
- Max Schnetzer: Bericht über die Eroberung der Reichshauptstadt. In: Der Bund: 15 Folgen, ab 21.06.1945.
- Städtebauliches Gutachten, Umfeld Reichstag, Pariser Platz. Berlin 1992.
- Hugh R. Trevor-Roper (Hg.): Le testament politique de Hitler. Paris 1959.
- U.S. and Allied Efforts to Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen Hidden by Germany During World War II. Preliminary Study. Coordinated by Stuart E. Eizenstat. [Washington, D.C.] 1997, [= Eizenstat-Bericht].
- Ernst von Weizsäcker: Erinnerungen. München 1950.

2. Zeitungen und Zeitschriften

- | | |
|----------------------------------|---------------------------------|
| - Berner Tagblatt | - Der Schweizerische Beobachter |
| - Berner Tagwacht | - Schweizer Illustrierte |
| - Der Bund, Bern | - Solothurner Zeitung |
| - Frankfurter Allgemeine Zeitung | - Sonntags-Zeitung |
| - Gazette de Lausanne | - Tagesanzeiger |
| - Illustré | - Der Tagesspiegel, Berlin |
| - Le Démocrate, Deisberg | - Volksrecht, Zürich |
| - Neue Zürcher Nachrichten | - Die Weltwoche |
| - Neue Zürcher Zeitung | - Zeitschrift für Bauwesen |

D Sekundärliteratur

- Claude Altermatt: Les débuts de la diplomatie professionnelle en Suisse (1848-1914). Fribourg 1990.
- Urs Altermatt (Hg.): Die Schweizer Bundesräte. Zürich und München 1991.
- Rolf App: Wilhelm II. im Toggenburg. In: Toggenburger Annalen 5 (1978). Uzwil 1977.
- Gerald Arlettaz: Les finances de l'Etat fédéral de 1848 à 1939. In: Veröffentlichungen des Schweizerischen Bundesarchivs. Studien und Quellen, Bd. 3. Bern 1977.
- Rainer A. Blasius: Für Grossdeutschland – gegen den grossen Krieg. Ernst von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen. Köln und Wien 1981.
- Rainer A. Blasius: Ein konservativer Patriot im Dienste Hitlers – Ernst Freiherr von Weizsäcker. In: W. Filmer und H. Schwan: Richard von Weizsäcker. Düsseldorf, Wien, New York, 2. Auflage 1989.
- Edgar Bonjour: Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Bde. 1-6. Basel 1970-1975.
- Felix Bosshard: Der Gotthardvertrag von 1909. Zürich 1973.
- Daniel Bourgeois: Milieux d'affaires et politique étrangère suisse à l'époque des fascismes. In: Relations internationales 1 (1974).
- Daniel Bourgeois: Le Troisième Reich et la Suisse 1933-1941. Neuchâtel 1974.
- Pierre-Th. Braunschweig: Geheimer Draht nach Berlin. Zürich 1989.
- Martin Broszat und Elke Fröhlich: Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus. München 1987.
- Erwin Bucher: Zwischen Bundesrat und General. Zürich 1993.
- Fabio Casgnola: Les attachés militaires suisses et leur importance pour notre service de renseignements militaire. Mémoire de licence Université de Genève 1986.
- Linus von Castelmur: Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg. Die deutschen Guthaben in der Schweiz zwischen Zwangsliquidierung und Freigabe (1945-1952). Zürich 1992.
- Alfred Cattani: Der Fall Minister Frölicher (Replik). In: NZZ vom 23.03.1976.
- Alfred Cattani: Hans Frölicher – Berns Mann in Berlin. In: NZZ vom 31.05.1991.
- George-André Chevallaz: Le défi de la neutralité. Diplomatie et défense de la Suisse 1939-1945. Vevey 1995.
- Michael S. Cullen: Platz der Republik. Vom Exerzierplatz zum Regierungsviertel. Berlin 1992.
- Michael S. Cullen, Uwe Kieling: Der Deutsche Reichstag. Geschichte eines Parlaments. Berlin 1992.
- Michael S. Cullen. Der Reichstag. In: Ders. u. Wolfgang Volz: Christo, Jeanne-Claude. Bergisch-Gladbach 1995.
- Laurenz Demps: Berlin – Wilhelmstrasse. Eine Topographie preussisch-deutscher Macht. Berlin 1994.
- Johannes Dierauer (Hg.): Aus den Papieren des Landammanns Aepli. In: St. Gallische Analekten 13. St. Gallen 1904.
- Hans Jürgen Döscher: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Berlin 1987.

- Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt, Berlin, 5. Auflage 1995.
- Eduard Fischer: Bundesrat Bernhard Hammer. Solothurn 1969.
- Franz Hermann Franken: Friedrich Theodor Frerichs (1819-1885). Leben und hepatologisches Werk. Zur 100. Tagung der Deutschen-Gesellschaft für Innere Medizin. [Freiburg] 1994, [Privatdruck].
- Max Frisch: Dienstbüchlein. Frankfurt 1974.
- Eduard Fueter: Die Schweiz seit 1848. Zürich und Leipzig 1928.
- Lothar Gall: Bismarck. Der weisse Revolutionär. Frankfurt 1980.
- Annetta Gattiker: L'affaire Conradi. Bern und Frankfurt 1975.
- Willi Gautschi: General Henri Guisan. Zürich 1989.
- Willi Gautschi: Helvetische Streiflichter. Aufsätze und Vorträge zur Zeitgeschichte. Zürich 1994.
- Christoph Geiser: Brachland. Zürich 1980.
- Christoph Geiser: Der Anschluss fand statt. In: Neutralität Nr. 1, Januar 1970.
- Markus Glatz: Berlin und Ostdeutschland im Kalten Krieg 1945-1952. Lizentiatsarbeit Universität Bern 1988.
- Olivier Grivat: Internes en Suisse: 1939-1945. Chapelle sur Moudon 1995.
- Wolf Gruner: Judenverfolgung in Berlin 1933-1945. Eine Chronologie der Behördenmassnahmen in der Reichshauptstadt. Berlin 1996.
- Max Gutzwiller: Siebzig Jahre Jurisprudenz. Erinnerungen eines Neunzigjährigen. Basel u. Stuttgart 1978.
- Gaston Haas: „Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte...“, 1941-1943. Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste. Basel und Frankfurt 1994.
- Beat Hemmi: Kaiser Wilhelm II. und die Reichsgründung im Urteil schweizerischer diplomatischer Berichte. Zürich 1964.
- Hans Hiller: Arnold Otto Aepli. St. Gallen 1953.
- Rolf Hochhuth: Teil 38. Hamburg 1979.
- Walther Hofer: Der Abbruch der Beziehungen mit dem revolutionären Russland 1917-1927. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 43 (1993).
- Walther Hofer: Wer hat den Zweiten Weltkrieg verlängert? Kritisches zur merkwürdigen These einer Kriegsverlängerung durch die Schweiz. In: NZZ vom 07./08.06.1997.
- Kurt Humbel: Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931-1939. Zürich 1967.
- Thomas Hürlimann: Der Gesandte. Zürich 1991.
- Ulrich Im Hof: Friedrich II. und die Schweiz. In: Martin Fontius und Helmut Holzhey (Hg.): Schweizer im Berlin des 18. Jahrhunderts. Berlin 1996.
- Meinrad Inglin: Missglückte Reise durch Deutschland. In: Schweizer Monatshefte 43 (1963).
- Matthias Inhelder: Die Schweiz als Schutzmacht Grossbritanniens und Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Lizentiatsarbeit Zürich 1989.
- Max König: Der Fall Minister Frölicher. In: NZZ vom 23.03.1976.
- Georg Kreis: General Guisan, Minister Frölicher und die Mission Burckhardt 1940. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 27 (1977).

- Georg Kreis: Auf den Spuren von „La Charité“. Basel 1976.
- 100 Jahre Kunheim. Ein Rückblick auf Entstehung und Entwicklung der Chemischen Fabrik Kunheim. Berlin [1926].
- Hans Beat Kunz: Weltrevolution und Völkerbund. Bern 1981.
- André Lasserre: Frontière et camps. Le réfugié en Suisse de 1933-1945. Lausanne 1995.
- Otto Marchi: Hans Frölicher – Anpasser oder Patriot? In: Weltwoche vom 03.06.1976.
- Peter Martig: Die Berichte der schweizerischen Diplomaten zur nationalsozialistischen „Machtergreifung“ in Deutschland in den Jahren 1933 und 1934. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 28 (1978).
- Heinrich Maurer: Die Schweiz und Westdeutschland in den ersten Nachkriegsjahren. In: NZZ vom 14.02.1989.
- Niklaus Meienberg: Es ist kalt in Brandenburg. Ein Hitler-Attentat. Zürich 1980.
- Peter Metz: Geschichte des Kantons Graubünden, Bd. 3. Chur 1993.
- Felix E. Müller: Hans Frölicher, Botschafter im Nazi-Deutschland, im Urteil der Nachwelt. In: Weltwoche vom 30.12.1993.
- Willi Nef: Minister Arnold Roth. Ein Lebensbild. In: Appenzellische Jahrbücher 4 (1905).
- Jacques Picard: Die Schweiz und die Juden 1933-45. Zürich 1994.
- Helge Pitz, Wolfgang Hofmann, Jürgen Tomisch: Berlin-W., Geschichte und Schicksal einer Stadtmitte, 2 Bde. Berlin 1984, Bd. 1.
- Raymond Probst: Heimschaffung sowjetischer Militärinternierter im Sommer 1945. In: NZZ vom 07.08.1995.
- Rudolf Probst: Das Politische Departement 1849-1945. Lizentiatsarbeit Universität Bern 1982.
- Hans Rappold: Der Schweizerische Generalstab, Bd. 5. Zeit der Bewährung? Die Epoche um den Ersten Weltkrieg 1907 bis 1924. Basel und Frankfurt 1988.
- Paul Ortwin Rave (Hg.): Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin. Bezirk Tiergarten. Berlin 1955.
- Hans J. Reichhardt und Wolfgang Schäche: Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen. Berlin, 5. Auflage 1990.
- Linus Reichlin: Kriegsverbrecher Wipf, Eugen. Zürich 1994.
- Hansjörg Renk: Bismarcks Konflikt mit der Schweiz. Der Wohlgemuth-Handel von 1889. Basel und Stuttgart 1972.
- Heinz Roschweski: Heinrich Rothmund in seinen persönlichen Akten. In: Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, 107-136. (= Studien und Quellen 22, Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, Bern 1996).
- Reinhard Rürup (Hg.): Berlin 1945. Eine Dokumentation. Berlin 1995.
- Walter Schläpfer: Ein Schweizer Diplomat: Arnold Roth aus Teufen. In: Bodenseebuch 38 (1963).
- Albert Schoop: Johann Konrad Kern. Die Gesandtschaft in Paris. Frauenfeld 1967.
- Dieter Schröder: Die ausländischen Vertretungen in Berlin. Baden-Baden 1983.
- Philipp Anton von Segesser: Kleine Schriften III. Bern 1879.

- Hans Senn: Der schweizerische Generalstab, Band VII. Anfänge einer Dissuasionsstrategie während des Zweiten Weltkrieges. Basel und Frankfurt 1995.
- Peter Stadler: Bismarck und der Ausbruch des Kulturkampfes in der Schweiz. In: Innen- und Aussenpolitik. Festschrift Walther Hofer. Bern 1980.
- Peter Stadler: Der Kulturkampf in der Schweiz. Frauenfeld und Stuttgart 1984.
- Paul Stauffer: Zwischen Hofmannsthal und Hitler: Carl J. Burckhardt, Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz. Zürich 1991.
- Jakob Tanner. Hand in Hand mit den Nazis. In: Bilanz 10/1989.
- Jakob Tanner: „Die Schweiz hatte wieder einmal Glück“. Edgar Bonjourns Geschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Volkserziehung. In: NZZ-Folio 8/1991.
- Tony Le Tissier: Berlin Then and Now. London 1992.
- Manfred Todt: Die diplomatischen Beziehungen der Schweiz zu Deutschland 1934/35 im Urteil von zwei diplomatischen Berichten des deutschen Gesandten in Bern Ernst von Weizsäcker. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 36 (1986).
- Theo Tschuy: Carl Lutz und die Juden von Budapest. Zürich 1995.
- Othmar Uhl: Die diplomatisch-politischen Beziehungen zwischen Grossbritannien und der Schweiz in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg (1890-1914). Basel und Stuttgart 1961.
- Klaus Urner: Die Deutschen in der Schweiz. Frauenfeld 1976.
- Klaus Urner: Die Schweiz muss noch geschluckt werden. Zürich, 3. Auflage 1991.
- Klaus Urner: Der Schweizer-Hitler-Attentäter. Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzbereichen. Frauenfeld und Stuttgart 1980.
- Klaus Urner: Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges. In: NZZ vom 27.11.1968,02.12.1968,06.12.1968.
- Eduard Vischer: Landammann Dr. Joachim Heers deutsche Gesandtschaft 1867/68. In: Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte 17 (1959).
- Peter Voegeli: Der Führer selbst soll durch ein Attentat beiseite geschafft werden. In: NZZ vom 16./17.07.1994.
- Peter Voegeli: Das Kriegsende in Berlin. Das Schicksal der Schweizer Gesandtschaft im Frühling 1945. In: NZZ vom 06./07.05.1995.
- Thilo Vogelsang: Das geteilte Deutschland. München 1966.
- Robert Urs Vogler: Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941. Diss. Zürich 1983.
- Jan Vonder Mühl: Die Aktivitäten der schweizerischen Maschinenindustrie und ihrer Verbände ASM und VSM während des Zeiten Weltkrieges (1933-1945). Eine Untersuchung im Auftrag von ASM/VSM. Zürich 1977.
- Karl Weber: Die Schweiz im Nervenkrieg. Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit 1933-1945. Bern 1948.
- Urs Widmer: Der Sprung in der Schüssel. Frölicher – Ein Fest. Zwei Stücke. Frankfurt 1992.
- Stephan Winkler: Die Schweiz und das geteilte Italien. Bilaterale Beziehungen in einer Umbruchphase 1943-1945. Basel und Frankfurt 1992.
- Spionagefall Wolf alias „Kälin“. In: Zitate, Analysen, Kommentare E4 (Juli 1975):Institut für politologische Zeitfragen. Zürich 1975.

Liste der Postenchefs

1 Berlin

1 a) Art der Vertretung in Berlin bzw. West-Berlin

- Gesandtschaft 1867
- Errichtung einer Mission militärischen Charakters zur Rückführung von Schweizerbürgern (Heimschaffungsdelegation) 1945
- Delegation 1949
- Generalkonsulat 1973
- Aussenstelle der Schweizerischen Botschaft 1992

1 b) Postenchefs

Postenchef	Rang	Ernennung	Rücktritt
Heer Joachim	M	22.4.1867	1868
Hammer Bernhard	M	5.8.1868	1876
Roth Arnold	M	4.12.1876	1904
de Claparède Alfred	M	13.6.1904	1917
Haab Robert	M	10.2.1917	1917
Mercier Philippe	M	26.12.1917	1919
von Planta Alfred	M	15.7.1919	1922
Carlin Gaston	M	8.4.1922	1922
Rüfenacht Hermann	M	30.6.1922	1932
Dinichert Paul	M	27.6.1932	1938
Frölicher Hans	M	22.2.1938	1945
de Diesbach François	1)	24.8.1945	
de Diesbach François	2)	24.6.1946	1949
Schnyder Felix	2)	24.10.1949	1954
Lacher Hans	2)	18.2.1954	1960
Andres Frieder Heiner	2)	9.12.1960	1963
Corti Max	3)	9.12.1963	1969
Luy Marcel	4)	28.11.1968	1971
Dumont Pierre	4)	25.2.1971	1973
Meier Max	GK	17.7.1973	1978
Wild Walter	GK	13.3.1978	1984
Sunier Ernest	GK	21.11.1984	1989
Trinkler Edwin	GK	27.9.1989	1992
Widmer Paul	M	18.9.1992	

1 c) Art der Vertretung in Ost-Berlin

- Handelsmission 1972 – Botschaft 1973-1990

1 d) Postenchefs

Postenchef	Rang	Ernennung	Rücktritt
Kaufmann Hansjakob	5)	3.11.1972	1973
Miesch Hans	B	24.1.1973	1976
Schnyder Friedrich	B	3.11.1976	1982
Dietschi Peter	B	27.9.1982	1987
Birrer Franz	B	12.11.1987	1990

2 Köln/Bonn

2 a) Art der Vertretung

- Delegation 1919
- Generalkonsulat 1920
- Konsulat 1937
- Evakuierung nach Rhöndorf 1943
- Evakuierung von Rhöndorf nach Bad Godesberg 1945
- Rückerverlegung nach Köln 1946
- Diplomatische Mission bei der Alliierten Hohen Kommission in Bonn 1949
- Gesandtschaft bei der Bundesrepublik Deutschland 1951
- Botschaft 1957
- Verlegung der Botschaft nach Bonn 1977

2 b) Postenchefs

Postenchef	Rang	Ernennung	Rücktritt
Deucher Walter	D	1.7.1919	
Deucher Walter	GK	17.2.1920	1921
von Segesser Hans	GK	30.8.1921	1924
von Tschudi Christoph	Vw	11.1924	1925
Dunkel Wilhelm Hans	K*, Vw	15.7.1925	1926
Schöller Leopold	6)*	20.10.1926	1936
von Weiss Franz Rudolph	Vw	25.4.1936	
von Weiss Franz Rudolph	K	11.3.1937	
von Weiss Franz Rudolph	GK*	8.3.1943	1949
Huber Albert	7)*	15.11.1949	
Huber Albert	M	30.3.1951	
Huber Albert	B	12.7.1957	1959
Escher Alfred	B	20.2.1959	1963
Troendle Max	B	20.12.1963	1969
Lacher Hans	B	20.11.1968	1975
Geizer Michael	B	30.9.1974	1981
Müller Charles	B	16.3.1981	1987
Hohl Alfred	B	8.4.1987	1991
Chenaux-Repond Dieter	B	10.4.1991	

B Botschafter

D Delegierter

GK Generalkonsul

K Konsul

M Minister

Vw Verweser

- 1) Major, Delegierter für die Heimschaffung von Schweizerbürgern aus der Sowjetzone
- 2) Botschaftsrat, Chef der Heimschaffungsdelegation
- 3) Botschaftsrat, Chef der Heimschaffungsdelegation
- 4) Minister, Chef der Heimschaffungsdelegation
- 5) Chef der Handelsmission
- 6) GK mit Sitz in Düsseldorf
- 7) M mit Sitz in Frankfurt

* Honorarvertreter

Personenregister

- Adenauer, Konrad 201,215
Ador, Gustave 119
Aeby, Alfons 373
Aeppli, Arnold Otto 57, 63
Amiel, Henri-Frédéric 54
Andres, Frieder Heiner 369
Arnhold, Eduard 22
Attolico, Bernardo 203
Ayroum, Khan 315
- Bachmann, Stefan 387
Bahr, Egon 375
Barth, Karl 181
Battista, Pioda Giovanni 61
Baumgarten, Arthur 348
Baumgarten, Paul 19
Bavaud, Maurice 26Iff.
Bavier, Simeon 86 von Below, Carl 143,147
Belrichard, Arnold 309f.
von Berchem, Max 92
Berger, Gottlob 269
von Bernegg, Theophil Sprecher 108 f
Bernstein, Eduard 91
von Bernstorff, Johann Heinrich 118 von
Bertmann, Hollweg Theodor 105 Berzin,
Jan 128,150
von Bethmann, Hollweg 112
von Bibra, Hans Sigismund 170, 200, 226,
403
von Bieberstein, Adolf 101
Bienz, Gertrude 327f.
Bircher, Eugen 150,231
Bismarck, Herbert 64f., 72f., 76f., 89, 91,
92ff., 96
von Bismarck, Otto 57ff.
Bluntschli, Johann Kaspar 57
Bohle, Ernst Wilhelm 200
Bonjour, Edgar 280ff., 294, 298
Bonna, Pierre 200, 230
Bornhauser, Heinrich 362ff.
Bornhauser, Hertha 362ff.
Böschenstein, Hermann 173f., 187
Bourcart, Charles-Daniel 101
Bourgeois, Daniel 298
Bräker, Ulrich 16
Brandenberg, Charles 326ff.
Brandt, Willy 375
Bretscher, Willy 190, 194, 227, 229, 234f.,
245, 288
Broda, May 292
Brüning 149
Bryner, Boris 325, 346
Brynner, Yul 325
Bucher, Erwin 286
Bühler, Frieda Emily 104
von Bülow, Alfred 104,109
von Bülow, Bernhard 104
von Bülow, Bernhard Wilhelm 162,165,
178
von Bülow, Otto 88f., 91f.
Burckhardt, Carl Christoph 133
Burckhardt, Carl Jacob 133, 207, 209, 285
Burckhardt, Peter 273f., 308, 317, 335, 405
Burki, Otto 356
Busch-Liengme, Clara 36
von dem Bussche, Hilmar 129f.
Bütler, Hugo 289

- Calender, Felix 131, 133ff., 141
 Canaris, Wilhelm 273f.
 Caprivi, Leo 88, 96f.
 Caratsch, Reto 173f., 187, 190, 234
 Carlin, Gaston 140f.
 Cattani, Alfred 289
 Chevallaz, Georges-André 286
 Chruschtschow, Nikita C. 361, 367, 374
 Claparède, Alfred junior 100
 Claparède, Hugo 100
 de Claparède, Alfred 81, 96ff.
 Clay, Lucius D. 339
 Cohn, Oskar 137f.
 Conradi, Moritz 150
 Coulondre, Robert 184
 Crola, Katharina 100
 Curti, Theodor 100
- Däniker, Gustav 209
 David, Paul 33, 305, 309ff., 320, 417
 Debrunner, Albert 182
 Deucher, Adolf 104
 Deucher, Walter 101, 104
 Diem, Hans 336f.
 Diener, Roger 46, 386
 de Diesbach, François 331, 335ff.
 Dietschi, Eugen 379
 Dinichert, Paul 113, 157ff., 249, 250f., 255
 von Dirksen, Victoria 204
 Dodd, William E. 182
 Dostojewski, Fjodor M. D. 18
 Droz, Numa 93, 95
 Dubs, Jakob 64ff., 66, 67, 70, 74,
 Dudler, Max 386
 Dufour, Henri 54
 Dürrenmatt, Friedrich 292
 Dürrenmatt, Peter 209
 Duttweiler, Gottlieb 179
- Ebert, Friedrich 26, 129, 139, 141
 Egger, Karl 128, 129
 Egli, Karl 115
 Einstein, Albert 179
 Eisner, Kurt 130, 132
 Eizenstat, Stuart 244
- Elisabeth von Österreich 95
 Erni, Eugen 34, 152
 Ernst, Alfred 274
 Escher, Alfred 57, 72, 273, 277
 Esser, Max 19
 Eugster, Arthur 125
- Fallières, Armand 109
 Fank, Hans 164
 Federle, Helmut 46
 Feer, Eduard 175, 180, 183
 Feer, Eduard A. 145, 146f., 152
 Feisst, Ernst 246, 284
 Felber, Hugo 327f.
 Feldmann, Markus 233
 Feldscher, Peter Anton 35, 265ff.
 Feller, Harald 266, 325, 346
 Feurich, Christa 371
 Fininger, Leonhard 96
 Fink, Jürg 291
 Fischer, Jakob 90f.
 Flückiger, Hermann 324
 Fontane, Theodor 16
 Fornerod, Constant 60, 62
 Forrer, Ludwig 101, 109, 113, 126
 Franco, Francisco 197
 François-Poncet, André 162, 184, 188,
 189, 203, 221
 Frankfurter, David 169
 Frerichs, Friedrich Theodor 17ff.
 Frey, Albert 372
 Frey, Oscar 237
 Frey-Herosé, Friedrich 51ff.
 von Freytagh-Loringhoven, Axel 168
 Friedrich Wilhelm III. 17
- Friedrich Wilhelm IV. 53
 Frisch, Max 288
 Fritze, Richard 34, 310, 417
 Frölicher, Hans 30ff., 35ff., 101, 167, 173,
 183f., 190, 192, 194, 197ff., 403, 405,
 407
 Frölicher, M.J. 198
 Fromm, Bella 167
 Funk, Walter 202, 245
 Furrer, Jonas 54

Gall, Lothar 96
 Ganz, Bruno 387
 de Gaulle, Charles 285
 Gautschi, Willi 208
 Geilinger, Eduard 307, 309f.
 Geiser, Christoph 289f.
 Gerber, David 236
 Gisevius, Hans Bernd 274
 Glinz, Adolf 68
 Globke, Hans 252
 Goebbels, Joseph 164,169,172,201, 228,
 231,307
 Gontard 36
 Gorbatschow 378
 Göring, Hermann 165,201f., 209, 223, 241
 Grässli, Max 175, 246, 272f., 277
 Grässli, Walter 183
 Greulich, Hermann 126
 Grimm, Robert 118f., 197f., 220
 Grisebach, Hans 30
 Gross, Peter 371 ff., 377
 Grynszpan, Herszel 170
 Gschwind, Hansgeorg 344
 Guggenheim, Willy 178
 Guisan, Henri 206ff., 237, 275
 Guiser, Hélène, geb. Frölicher 272
 Gustlof, Wilhelm 169f.
 Gutzwiller, Max 182
 Gygax, Fritz 88

 Haab, Robert 118f., 128, 125ff.
 Häberlin, Heinrich 143,144,146f., 179
 Hammer, Bernhard 70, 87, 89, 99
 Hammer, Max 336
 Hammer, Walter 261
 Häring, Hugo 16
 Häslar, Alfred A. 255
 Hausamann, Hans 274
 Häusermann, Ruedi 387
 Heer, Joachim 62ff., 76, 87, 125
 Hegner, Anton 372
 Hemmen, Johannes 242
 Henderson, Nevile 160, 203, 218
 Hermann, Villi 262
 Hess, Rudolf 201

 Hilty, Carl 106
 Hilty, Hans Rudolph 290f.
 von Hindenburg, Paul 148f.
 Hirsch, Samuel 20, 22
 Hirzel-Lampe, Caspar 53, 63
 Hitler, Adolf 26,158,163ff., 193, 200f.,
 209, 217ff., 244
 Hitzig, Friedrich 18
 Hochhuth, Rolf 262
 Hoffmann, Arthur 113,118f., 125 von
 Hohenzollern, Karl Anton 57ff.
 Hollenstein, Roman 46
 von Holstein, Friedrich 94
 Hornberger, Heinrich 205, 246, 284,
 288
 Hotz, Jean 205, 240f.
 von Holzschuher, Rosemarie 215
 Huber, Albert 209
 Huber, Jacob 209
 Huber, Max 114,125,168
 Hugenberg, Alfred 149
 Hürlimann, Thomas 291ff.
 Hus, Emilie 68

 Inglin, Meinrad 113,227f.
 Iselin, Isaak 125

 Jacob, Berthold 167ff., 189
 Jaeggi, Ueli 387
 von Jagow, Gottlieb 101
 Jegorow, Michael 33
 Jenny, Jeannette 260
 Josef, Maximilian 198
 Jost, Hans Ulrich 297
 Jünger, Ernst 352

 von Kamptz, Karl 55,57
 Kantaria, Meliton 33
 Kappeler, Franz 184ff., 234, 251f., 262f.,
 272, 281
 Kappeler, Wilhelm 34
 von Karajan, Herbert 204
 Kaspar, Willi 33, 308ff., 320, 336, 417
 Kaufmann, Hansjakob 376
 Kautsky, Karl 138

Keller, Max 344
 Kennedy, John E 367
 Kern, Johann Conrad 61, 74, 80, 86f., 114
 Ketterer, James 260
 Kienberger, Jürg 387
 Kimche, Jon 282
 Köcher, Otto 191, 200, 206, 233, 264
 Koeltz, Louis 339
 Koenig, Marie-Pierre 339, 346
 Kohl, Helmut 44
 Kohtz, Otto 16
 König, Hans 206, 234
 König, Max 266, 272, 274, 289, 305, 310, 316f., 323
 Kreis, Georg 288
 Krestinski, Nikolai 151
 Kunheim, Erich 19ff.
 Kunheim, Hugo 22
 Kunz, Jakob 417

Labhart, Jakob 209
 Lacher, Hans 42, 365
 Langenbacher, Heinz 360f., 366f.
 Lardy, Charles 80, 88, 96, 114
 de Lattre de Tassigny, Jean 335
 Lenné, Peter Josef 17
 Lenzlinger, Hans-Ulrich 370
 Liebknecht, Karl 130
 Lindt, August 284
 Litfin, Günter 369
 Löpfe-Benz, Ernst 404
 Ludwig II. 64
 Lutz, Carl 266

Mächler, Martin 16
 Marchi, Otto 290f., 297
 von Marschall, Adolf 96f.
 Marthaler, Christoph 387
 McCloy, John 367
 Meienberg, Niklaus 262
 Meier, Max 266, 325, 346
 Meier-Appenzell, Ernst 26
 von Mendelssohn, Eva 35
 Meng-Trimmis, Gustav Adolf 400 von
 Mensshengen, Ferdinand 60

Mercier, Charles -Philippe 68, 74, 80
 Mercier, Philippe 127ff., 135
 Meyer, Johann Conrad 234
 Michel, Herber 338
 Mielke, Erich 379
 Miemöller, Martin 173
 Miermeister, Jürgen 292
 Miesch, Hans 372, 377
 von Moltke, Helmut 78, 88f.
 von Moltke, Helmuth Johann Ludwig 114f., 137f.
 Mörgeli, Ernst 260f., 275
 Motta, Giuseppe 119, 134, 136, 140, 143, 144, 147f., 152, 157, 162f., 164ff. 169, 174, 188, 190, 191, 235, 277, 404
 Müller, Felix E. 289
 Müller, Hermann 138
 Müller, Werner 277
 Mussolini, Benito 164, 185f.
 Musy, Jean-Marie 269

Nabholz, Jürg 338
 Napoleon III. 54f., 72
 Naville, Gabriel 335, 336
 Neiber, Gerhard 379
 Neuhaus, Albert 310, 417
 von Neurath, Konstantin 160, 164, 166, 169, 172

Oeri, Jakob Albert 172f., 232, 235, 256
 Offelsmeyer, Klara 18
 Olbricht, Friedrich 205

Pacelli, Eugenio 140
 von Papen, Franz 158ff.
 Pétain, Philippe 285
 Petitpierre, Max 214, 324, 351
 Pfeffer, Kurt 417
 Pfister, Willy 336
 Pieck, Wilhelm 35, 365
 Pilet-Golaz, Marcel 206f., 210, 214f., 226, 230f., 242, 260, 262, 272, 275f., 277, 285
 von Planta, Alfred 23, 115, 121, 128, 133ff., 147

Poelzig, Hans 16
 von Puttkammer, Robert 91

Rakovksy, Christian 151
 vom Rat, Ernst 170
 Rathenau, Walther 141
 Ravoux, Paul 189
 Reinhart, Oskar 22
 Rentsch, Hans-Ulrich 368
 von Ribbentrop, Joachim 160, 201ff., 225,
 228, 238
 Rindlisbacher, Ernst 336f.
 Ritter, Karl 191,238,241
 Ritter, Paul, Generalkonsul in München
 276
 Ritter, Paul, Gesandter in Washington,
 115f., 127
 von Ritter, Max 322
 Robertson, Brian 339
 von Roeder, Max 60, 62, 74, 75, 80
 Roediger, Konrad 25If.
 von Romberg, Gisbert 104,115
 Rossat, Julien 354
 Roth, Arnold 85ff., 201
 Rothmund, Heinrich 179, 25Iff.
 Ruchet, Marc 109
 Ruchonnet, Louis 80
 Rüegger, Paul 190,198, 201, 236, 247
 Rüfenacht, Hermann 142ff., 199
 Rüfenacht, Walter 143

von Salis, Jean-Rodolphe 227
 von Salis, Peter Anton 175
 Saltik, Haydar 383
 Sartorius, Dr. Karl 173
 Sauerbruch, Ferdinand 204, 23Iff.
 Schacht, Hjalmar 163,166,180, 201, 245
 von Schacky 44
 Schaufelberger, Johannes 181
 Scheidemann, Philipp 130
 Schellenberg, Walter 261,269
 Schildknecht, Gottfried 259
 Schleicher 149
 Schmidheiny, Ernst 120
 Schnetzer, Max 309f., 321

Schnyder, Felix 42, 354, 356, 361
 von Schubert, Carl Theodor 143, 147
 Schukow, Georgij 317, 319
 Schultes, Axel 45
 Schulthess, Edmund 166f., 170, 209
 Schürch, Ernst 190, 235
 Schwarz, Urs 272
 Schwarzenbach, Edwin 199
 von Segesser, Philipp Anton 67
 Sigrist, Albert 413
 Silvestre, Albert 101
 Simmen, Felix 336
 Singer, Paul 90f.
 Sokolowski, Wassilij 339
 Speer, Albert 26f.
 Speidel, Hans 407
 Spitteier, Carl 119
 Sprecher, Theophil 109,115,119,137f.
 Stadelhofer, Emil 331, 336, 357
 Stadelhofer, Hans 304f., 310, 316
 Staehelin-Brunner, August 63
 Stauffer, Paul 210
 Steengracht, Gustav Adolf von Moyland
 202, 204, 267f., 306
 Stehli, Margaretha Emerenzia 198
 von Steiger, Eduard 207
 Stein, Bela 417
 Stein, Ludwig 151
 Steiner, Paul Werner 265
 Sticki, Walter 206
 Stoph, Willy 372
 de Stoutz, Maxime 180
 Stresemann, Gustav 148f.
 Stucki, Ernst 326
 Stucki, Walter 152,175f., 191, 285f.
 Studer, Madeleine 143
 Stürm, Hans 262
 Sunier, Ernest 383

von Thiele, Hermann 74f.
 Thorez, Maurice 285
 Thormann, Margaretha 198
 Trinkler, Edwin 384
 Troendle, Max 350
 Tschitscherin, Georgi 151

von Tschudi, Johann Jakob 56,100
 de Turgot, Louis-Felix-Etienne 55

Ulbricht, Walter 359
 Urner, Klaus 223, 245, 262
 Usteri, Paul Emil 120,126

Vallotton, Henry 272
 Vieli, Peter 231
 Villiger, Kaspar 257
 Vischer, Heinz 273, 326
 Vogel, Friedrich 144,147
 Vogel, Leo 127
 Vogel, Wolfgang 370

Wagnière, Jean-Frédéric 285, 288
 Waibel, Max 273ff., 414
 Wallot, Paul 26
 Walther, Heinrich 206, 210
 Wassiltschikoff, Marie 204
 von Wattenwyl, F. Moritz 115
 Wegmann, Johannes 417
 Wehrli, Penelope 387
 von Weiss, Franz Rudolph 98, 201,231,
 249, 256
 von Weizsäcker, Ernst 160f., 169,171,
 186,200,203f., 222f., 224, 238

Welti, Emil 70, 72, 75, 78f., 85ff.
 von Werdt, Hans 272, 281
 Wetter, Ernst 206
 Wicharew, Alexander 324
 Widmer, Urs 291 f.
 Wild, Walter 44
 Wilhelm I. 17,19, 56, 64, 66, 76, 81, 85
 Wilhelm II 94f, 96f, 101,108ff.
 Wille, U., Korpskommandant 209
 Wille, Ulrich 108f., 119,125
 Wilson, Woodrow 118,129, 296
 Wirth, Joseph 139,141
 Wohlgemuth, August 91
 Wolf, Gisela 372
 Wolf, Hans-Günter 372
 Worowski, Waclaw 150
 von Württemberg, Karl I. 64
 Wüthrich, Heinrich 327
 Wyss, Margarete 210

Zahony, Olive 322
 Zehnder, Adolf L. 211,305
 Zehnder, Alfred 36, 246, 273, 303ff.
 Zimmermann, Eduard 101
 zu Eulenberg, Philipp 94
 Zumthor, Peter 386
 Zwicky, Ernst 259